

Geschäftsbericht des Stadtrates

2003

Stadt Winterthur



Inhalt

Seite

Grosser Gemeinderat, Stadtrat, Stadtkanzlei:

– Der Grosse Gemeinderat	7
– Der Stadtrat	14
– Stadtkanzlei	15

Departement Kulturelles und Dienste 19

Departement Finanzen 41

Departement Bau 57

Departement Sicherheit und Umwelt 87

Departement Schule und Sport 113

Departement Soziales 133

Departement Technische Betriebe 163

Initiativen und parlamentarische Vorstösse 187

Behördenverzeichnis 195

Vertretungen in Gesellschaften, Stiftungen usw. 205

Departements- und Bereichsleitungen 206

Inhaltsverzeichnis 208

An den
Grossen Gemeinderat Winterthur

In Anwendung von § 28 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung unterbreitet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat den Geschäftsbericht der Stadtverwaltung Winterthur über das Jahr 2003.

Winterthur, 31. März 2004

Im Namen des Stadtrates

Der Stadtpräsident:
Ernst Wohlwend

Der Stadtschreiber:
Arthur Frauenfelder

Der Grosse Gemeinderat

Der Grosse Gemeinderat trat zu 11 Doppelsitzungen (Vorjahr 14) und zu 4 (2) einfachen Sitzungen zusammen.

Die Kommissionen des Grossen Gemeinderates erledigten ihre Geschäfte an folgenden Sitzungen:

- **Ratsleitung (RL) 0 (0) (Beschlüsse erfolgten auf dem Zirkularweg)**
- **Erweiterte Ratsleitung (ERL) 2 (2)**
- **Aufsichtskommission (AK) 15 (8)**
- **Sachkommission Hochbau (HBK) 14 (7)**
- **Sachkommission Stadtentwicklung (SEK) 17 (5)**
- **Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) 18 (5)**
- **Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) 26 (6)**
- **Sachkommission Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ver- und Entsorgung (TUVEK) 8 (4).**

Der Grosse Gemeinderat verabschiedete folgende Geschäfte:

20. Januar 2003

- I. Die Interpellation H. Keller (SVP) betreffend vorprogrammiertes Verkehrschaos in Hegi, Hegifeld, Ohrbühl, Seenerstrasse wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation W. Langhard (SVP) betreffend Sicherheitsmassnahmen bei Grossanlässen wird nicht dringlich erklärt und somit als erledigt abgeschrieben.
- III. Für die jährlich wiederkehrenden Mietkosten für den Betrieb einer Aussenwohngruppe des Alterszentrums Neumarkt an der Museumstrasse 74 wird ein Kredit von Fr. 72 000.– ab 1. April 2003 bewilligt. Diese Kreditbewilligung umfasst auch indexbedingte Mehr- oder Minderkosten.
- IV. Von den Legislatorschwerpunkten 2002 – 2006 des Stadtrates Winterthur wird zustimmend Kenntnis genommen.
- V. 5.1 Als Anhang zu den Legislatorschwerpunkten 2002 – 2006 des Stadtrates werden sieben Planungsbeschlüsse gutgeheissen.
5.2 Sechs Planungsbeschluss-Anträge werden infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.
5.3 Die übrigen 15 Planungsbeschluss-Anträge werden abgelehnt und damit als erledigt abgeschrieben.

24. Februar 2003

- I. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend Nachparkgebühren wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Als neues Mitglied der Fürsorgebehörde für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird H. Steiger (SVP) gewählt.
- III. Der Kredit von Fr. 750 000.– für ein unverzinsliches und Pfand gesichertes Darlehen an den Ferienkolonieverein Oberwinterthur (Investitionsbeitrag an die Renovation des Ferienkolonieheimes Davos-Wolfgang) wird abgelehnt.

- IV. 1. Für den Kauf der Sulzer-Stromversorgungsanlagen in den Arealen Winterthur Zentrum und Oberwinterthur durch die Städtischen Werke Winterthur wird zu Lasten der Investitionsrechnung StWW/Elektrizität, Konten 711001/5010, 5030, 5060, Projekt-Nr. 20314 des Verwaltungsvermögens, ein Kredit von Fr. 4 900 000.– (exkl. allfälliger MWSt) bewilligt.

2. Es wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass mit dem Kauf der Stromversorgungsanlagen sämtliche zum Betrieb der Stromversorgung notwendigen Nutzungsrechte und Dienstbarkeiten erworben werden.

- V. 1. Die Musikschule Winterthur wird von der Stadt gemäss kantonaler Musikschulverordnung vom 29. September 1998 anerkannt und ab 1. Januar 2004 mit Beiträgen unterstützt, welche den nach Abzug der maximal möglichen Elternbeiträge (50 % der anrechenbaren Kosten) und des Staatsbeitrages verbleibenden Betriebskostenanteil für die SchülerInnen aus der Stadt Winterthur decken.

2. Ab dem Jahr 2004 übernimmt die Stadt Winterthur zudem wiederkehrend die Defizitdeckung für die Musikpädagogischen Sonderleistungen und die Gebäude- und Infrastrukturkosten der Musikschule Winterthur bis zum maximalen Betrag von Fr. 500 000.– pro Jahr.

3. Nach mindestens vier Beitragsjahren kann der Grosse Gemeinderat den Defizitbeitrag gemäss Ziffer 2 aufheben oder ihn den dannzumaligen Verhältnissen anpassen. Für eine allfällige Erhöhung des jährlichen Maximalbeitrages ab frühestens dem Jahr 2008 wird dem Grossen Gemeinderat die Zuständigkeit gemäss § 28 Abs. 1 Ziff. 17 der Gemeindeordnung übertragen.

- VI. 1. Für die befristete Weiterführung der zwölf teilautonomen Volksschulen (TaV-Schulen) in der Stadt Winterthur wird ein Kredit von Fr. 1 327 000.–, verteilt auf die zwei Schuljahre 2003/2004 und 2004/2005, bewilligt.

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für den Zeitraum 15. August 2003 bis 31. Dezember 2003 bereits Fr. 135 000.– im Budget eingestellt sind.

3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass dieser Kredit sich bei einer Weiterführung der TaV-Schulversuche durch den Kanton um den vom Kanton zu übernehmenden Betrag reduziert.

- VII. 1. Dem VII. Nachtrag betreffend Art. 13 (Departement Schule und Sport) der Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung vom 26. Oktober 1987 wird zugestimmt.

2. Der Stadtrat setzt diesen VII. Nachtrag in Kraft.

- VIII. Die Interpellation S. O'Brien (Grüne) betreffend Turn- und Mehrzweckhalle für primär schulische Nutzung auf dem Sulzer Areal wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

- IX. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat M. Böni (SVP) betreffend freiwillige Sprachaufenthalte während der Oberstufe wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

24. März 2003

- I. Es wird festgestellt, dass das am 24. Februar 2003 mit total 20 Unterschriften eingereichte Behörden-Referendum gegen den Beschluss des Grossen

Gemeinderates vom 24. Februar 2003 betreffend Ablehnung eines unverzinslichen Darlehens an den Ferienkolonieverein Oberwinterthur in der Höhe von Fr. 750 000.– zustandegekommen ist.

- II. a) Die vom Stadtrat zur Fristwahrung vorsorglich erhobenen staatsrechtlichen Beschwerden an das Bundesgericht gegen die nachfolgenden Entscheide des Verwaltungsgerichtes werden zurückgezogen:
 - VB.2002.00052 vom 11. Juli 2002 (Zuweisung der Grundstücke Kat.-Nrn. 1/3185, 1/3187 und 1/7979 zur Quartiererhaltungszone Geiselweid – Lindstrasse)
 - VB.2002.00028 vom 11. Juli 2002 (Erholungszone E2, östliches Niederfeld, Wülflingen)
 b) Es wird davon Vormerk genommen, dass der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat in einem späteren Zeitpunkt einen Antrag für eine neue Zonenzuweisung stellen wird.
- III. I. Die zur Wahrung der Frist vom Stadtrat vorsorglich erhobenen Beschwerden an das Bundesgericht gegen die nachfolgenden Entscheide des Verwaltungsgerichtes werden zurückgezogen:
 - a) VB.2002.00079 vom 14. November 2002 (Zuweisung des Gebietes Rosenstrasse/ Büelrainstrasse mit den Grundstücken Kat.-Nrn. 1/6094, 1/6351, 1/1199 und 1/1200 zur Wohnzone mit Gewerbebeileichterung W3G).
 - b) VB.2001.00391 vom 14. November 2002 (Zuweisung des Gebietes Türlimattstrasse / Kurlistrasse mit den Grundstücken Kat.-Nrn. 2/10554, 2/10564, 2/9283, 2/9282, 2/10629, 2/9478, 2/9287 und 2/9286 zur Wohnzone W2/1.6).
 II. a) Das Gebiet Rosenstrasse/Büelrainstrasse (begrenzt durch die Eulach im Norden, die Turmhaldenstrasse im Westen, die Büelrainstrasse im Süden sowie die Kantonsschule Büelrain im Osten) mit den Grundstücken Kat.-Nrn. 1/6094, 1/6351, 1/1199 und 1/1200 wird entsprechend der bisherigen Zonierung der viergeschossigen Wohnzone mit Gewerbebeileichterung W4G zugewiesen.
 b) Die Grundstücke Kat.-Nrn. 2/10554, 2/10564, 2/9283, 2/9282, 2/10629, 2/9478, 2/9287 und 2/9286 an der Türlimattstrasse/Kurlistrasse werden entsprechend der bisherigen Zonierung der Wohnzone W2/2.0 zugewiesen.
- IV. I. Die Beschlüsse des Grossen Gemeinderates vom 26. Februar 2001 betreffend Umwandlung von Teilen der Städtischen Werke in eine Aktiengesellschaft werden aufgehoben und das Geschäft Nr. 2000/079 infolge Rückzug der Vorlage als erledigt abgeschlossen.
 II. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat bei Vorliegen einer gesicherten Entwicklung im Bereich der Stromversorgung einen Bericht unterbreiten und gegebenenfalls dem Grossen Gemeinderat Antrag für geeignete Strukturänderungen für die Städtischen Werke stellen wird.
 III. Der Stadtrat erstattet spätestens nach anderthalb Jahren dem Grossen Gemeinderat Bericht über die Entwicklung und die Entwicklungsmöglichkeiten in den verschiedenen Geschäftsfeldern der Städtischen Werke Winterthur (StWW).
- V. I. Es wird ein VI. Nachtrag zur Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) erlassen.
 II. Der Stadtrat setzt diesen VI. Nachtrag in Kraft.
- VI. 1. Für die Ausrüstung der Lehrerzimmer und der Schulleitungs- und Hausvorstandsbüros aller Winterthurer Volksschulen, für die Schulung der Lehrkräfte und für den Betrieb (2003) wird ein Kredit von Fr. 769 000.– zu Lasten der Laufenden Rechnung 2003 bewilligt.
 2. Für den Betrieb der Computer in Lehrerzimmern und Schulleitungs- bzw. Hausvorstandsbüros wird

ab 2004 ein jährlich wiederkehrender Kredit von Fr. 125 000.– zu Lasten der Laufenden Rechnung bewilligt.

- VII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat R. Kleiber (EVP), G. Beutler (SVP), V. Gick (FDP) und P. Anwander (CVP) betreffend Lehrerzimmer der Primarschulhäuser ans Internet wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Die Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend PC-Einsatz in der Primarschule wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IX. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- X. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat M. Böni (SVP) betreffend sicherer Schulweg von der Steig ins Dätteln wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.

14. April 2003

- I. Für die Erschliessung der Städtischen Heime Wohn- und Pflegezentrum Oberi, Altersheim Brühlgut und Altersheim Rosental mit dem Datennetzwerk der Stadt Winterthur über Glasfaserkabel wird ein Kredit von Fr. 465 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und mehrwertsteuerbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Dezember 2002.
- II. I. Für die Erstellung eines 3. Nacheindickers in der Kläranlage Hard wird zu Lasten der Investitionsrechnung der Kläranlage Hard ein Bruttokredit von Fr. 1 250 000.– exkl. MWSt bewilligt.
 II. Die Lehrlingsausbildung ist beim Realisieren des Projektes als Kriterium gemäss § 31 der Submissionsverordnung angemessen zu berücksichtigen.
- III. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat R. Messmer (EVP) und R. Peter (Grüne/DaP) betreffend Bereitstellung einer Jugendherberge für Winterthur wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- IV. Das Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Ausgabengrenze wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- V. Das Postulat D. Hauser (SP) betreffend räumliche Verbindung Altstadt – Sulzerareal Stadtmitte wird an den Stadtrat überwiesen.
- VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat P. Anwander (CVP), D. Kläy (FDP) und M. Böni (SVP) betreffend künftiger Nutzung der Schenkeliwiese im Sinne der Gartenstadt-Tradition wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VII. Die Interpellation F. Hofmann (SVP) und P. Rütimann (FDP) betreffend Weierstrasse: Mehrkosten wegen unbewilligter Deponie-Aufschüttungen? wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Die Motion F. Hofmann (SVP) betreffend Verkehrssicherheit für Schulkinder sowie Personen, die das öffentliche Verkehrsmittel im Bereich Gotzenwilerstrasse bis Ausgang Gotzenwil benützen, wird an den Stadtrat überwiesen.
- IX. Die Interpellation A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend Ge- und Missbrauch stiller Örtchen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- X. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat M. Gfeller (Grüne) betreffend Konzept für einen «Ökopark Rangierbahnhof» wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XI. 1. Vom Ergänzungsbericht des Stadtrates zum Postulat M. Böni (SVP), M. Künzle (CVP), R. Werren (FDP), St. Terzi (EVP) und M. Gfeller (Grüne) betreffend Erschliessung der S-Bahn-Station Felsenhof und Schulhaus Oberseen wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XII. Die Frist für die Ausarbeitung einer Vorlage zur Umsetzung der Motion N. Dorizzi (SP) und die Anpassung der Verordnung über die Zusatzleistungen zur Eidg. Alter-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 24. April 1989 wird bis ein Jahr nach Inkrafttreten der 4. IVG-Revision (frühestens Mitte 2005) erstreckt.
- XIII. Die Interpellation U. Bründler (CVP) betreffend flankierende Massnahmen zur Fristenregelung wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

5. Mai 2003

- I. 1. Für die flächendeckende Einführung der Blockzeiten in allen Schulkreisen sowie deren Erprobung während den beiden Schuljahren vom 15. August 2003 bis 14. August 2005 wird zu Lasten der Laufenden Rechnung ein Bruttokredit von insgesamt Fr. 2 100 000.– bewilligt.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für den Zeitraum vom 15. August 2003 bis 31. Dezember 2003 bereits Fr. 400 000.– im Budget eingestellt sind.
3. Die am 26. August 2002 erheblich erklärte Motion V. Gick (FDP) (Nr. 2001/091) betreffend Kredit für die kostengünstige Einführung von Blockzeiten in Winterthur wird als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation M. Böni (SVP) betreffend «Ab wann halten die Züge an der S-Bahn Haltestelle Försterhaus?» wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- III. Die Interpellation C. Bodmer (FDP) betreffend «S-Bahn: Direkte Verbindung Seen–Stadelhofen ade?» wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- IV. Die Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend Buserschliessung von Bauentwicklungsarealen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- V. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum WOV-Postulat Y. Beutler (SP) betreffend Trauungen am Samstag wird in ablehnendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat M. Künzle (CVP), M. Gfeller (Grüne/DaP) und R. Weibel (EVP) betreffend integriertes Verkehrsmanagement (IVM) wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- II. Als 1. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2003/2004 wird Gisela Beutler-Bucher (SVP) gewählt.
- Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:
- | | |
|-------------------------|----|
| ausgeteilte Stimmzettel | 59 |
| abgegebene Stimmzettel | 59 |
| leere Stimmzettel | 13 |
| massgebende Stimmen | 46 |
| absolutes Mehr | 24 |
- Stimmen haben erhalten:
- | | |
|-----------------------------|----|
| Gisela Beutler-Bucher (SVP) | 37 |
| vereinzelte Stimmen | 9 |
- III. Als 2. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2003/2004 wird Marianne Ott (SP) gewählt.
- Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:
- | | |
|-------------------------|----|
| ausgeteilte Stimmzettel | 59 |
| abgegebene Stimmzettel | 59 |
| leere Stimmzettel | 12 |
| massgebende Stimmen | 47 |
| absolutes Mehr | 24 |
- Stimmen haben erhalten:
- | | |
|---------------------|----|
| Marianne Ott (SP) | 46 |
| vereinzelte Stimmen | 1 |
- IV. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als Stimmzähler Markus Kalt (SVP) gewählt.
- V. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden als neue Mitglieder der Aufsichtskommission Patrick Meier (SVP) und Martin Stauber (Grüne/AL) gewählt.
- VI. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als neues Mitglied der Sachkommission Hochbau Liliith C. Hübscher (Grüne/AL) gewählt.
- VII. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als neues Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur Natalie Rickli (SVP) gewählt.
- VIII. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden als neue Mitglieder der Sachkommission Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ent- und Versorgung Stefan Fritschi (FDP) und Peter Fuchs (SVP) gewählt.

2. Juni 2003

12. Mai 2003

- I. Als Präsident für das Amtsjahr 2003/2004 wird Dieter Kläy (FDP) gewählt.
- Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:
- | | |
|-------------------------|----|
| ausgeteilte Stimmzettel | 59 |
| abgegebene Stimmzettel | 59 |
| leere Stimmzettel | 4 |
| massgebende Stimmen | 55 |
| absolutes Mehr | 28 |
- Stimmen haben erhalten:
- | | |
|---------------------|----|
| Dieter Kläy (FDP) | 52 |
| vereinzelte Stimmen | 3 |
- V. Das Postulat R. Weibel (EVP) betreffend mögliche Erschliessung von Reservezonen wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- VI. Das Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Gebührenerhöhung für auswärtige Bibliotheksbenutzer/innen wird an den Stadtrat überwiesen.
- VII. Das Postulat S. O'Brien (Grüne/AL) betreffend Lehrstellenangebote für schulisch schwächere Jugendliche wird an den Stadtrat überwiesen.

- VIII. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend amtliche Publikationen in den Winterthurer Zeitungen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- IX. 1. Vom Ergänzungsbericht des Stadtrates zum Postulat N. Galladé (SP) und R. Peter (Grüne/DaP) betreffend Tempo 30 – kein Papiertiger! wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- X. Die Interpellation H. Strahm (SP) betreffend beim Anhalten Motor abschalten wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XI. Die Interpellation U. Dolski (SP) betreffend Weiterbildung der Beschäftigten der Stadtverwaltung in schwierigen Situationen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XII. Das Postulat M. Gfeller (Grüne/AL) und E. Schlegel (SP) betreffend Beitritt der Stadt Winterthur zum Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich (SBFZ) wird an den Stadtrat überwiesen.

30. Juni 2003

- I. Die Interpellation J. Lisibach (SVP) betreffend Kinderplanschbecken im Hallen-/Freibad Geiselweid wird nicht dringlich erklärt und damit als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation H. Keller (SVP) betreffend Ermässigung für Wasserbezüge ab Hydranten zur Bewässerung für die Landwirtschaft auf dem Gebiet der Stadt Winterthur wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- III. 1. Auf Beginn des Schuljahres 2003/2004 werden die Schulgelder für auswärtige Schüler/innen wie folgt neu festgesetzt: Kindergarten Fr. 10 200.– pro Kind und Jahr; Primarschule Fr. 9800.– pro Kind und Jahr; Oberstufe Fr. 13 000.– pro Kind und Jahr. Bei Kleinklassen wird je das Schulgeld nach den vorstehenden Schulstufen erhoben.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, diese Schulgelder jährlich an die Kostenentwicklung anzupassen sowie bei veränderten Verhältnissen eine Aktualisierung der Kostenberechnung vorzunehmen.
- IV. 1. Für den Betrieb von Pfliegewohngruppen wird dem «Verein Pfliegewohngruppen Winterthur» ab dem Jahr 2004 eine wiederkehrende Defizitgarantie von jährlich Fr. 800 000.– bewilligt.
2. Die Zuständigkeit für die Erhöhung des Kredites gemäss Ziffer 1 wird, in Anwendung von § 28 Abs. 1 Ziff. 17 der Gemeindeordnung, dem Grossen Gemeinderat übertragen, wobei dieser die Erhöhung mit dem Voranschlag beschliesst. (Dieser Beschluss unterliegt der Volksabstimmung.)
- V. Die Rechnung 2002 wird abgenommen.
- VI. Die Rechnung in Bezug auf den Globalkredit, die Netto-Zielabweichung und die Zuweisung von 20 % davon an das Reservekonto der jeweiligen Organisation sowie der Jahresbericht für das Jahr 2002 werden für die 12 Pilotorganisationen der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung genehmigt.
- VII. Der Geschäftsbericht 2002 wird genehmigt.
- VIII. Es werden 14 Abrechnungen von Verpflichtungskrediten abgenommen.
- IX. Die Interpellation Ch. Kern (SVP) betreffend Stadt Winterthur als Darlehensgeberin und Darlehensnehmerin wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- X. Die Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend kostendeckende Verrechnung an andere Gemeinden wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat G. Beutler (SVP), R. Kleiber (EVP) und P. Anwander (CVP) betreffend rollende Schulraumplanung in Winterthur wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

7. Juli 2003

- I. Die Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend Stelleninserat: Leiterin/Leiter des Logopädischen Dienstes wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- II. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat E. Schlegel (SP), S. O'Brien (Grüne) und R. Kleiber (EVP) betreffend Einführung von obligatorischem Musikalischem Grundschulunterricht bei Einführung von Blockzeiten wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- III. Die Interpellation R. Kleiber (EVP) und G. Beutler (SVP) betreffend Schüler/innenzahlen der Regelklassen der Primarschule wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- IV. Die Interpellation E. Wettstein (SP) betreffend OPTINUTZ wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- V. Das Postulat G. Beutler (SVP), R. Kleiber (EVP), C. Bodmer (FDP) und R. Schürmann (CVP) betreffend optimale Nutzung der Schulhauswartungen in Winterthur wird an den Stadtrat überwiesen.
- VI. Das Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Sportpass-Tarifierhöhung für Auswärtige wird an den Stadtrat überwiesen.
- VII. Die Interpellation A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend Dampflokswindel in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Die Interpellation B. Baltensberger (SP) betreffend neue Verkehrsregeln für Inline-Skater, Skateboarder, Trottnettfahrer usw. wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- IX. Die Interpellation A. Huber (FDP) betreffend fehlende Motorrad-Parkplätze in Winterthurs Quartieren wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- X. Das Postulat D. Werner (SP) betreffend Atommüll-Endlager Benken wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- XI. Das Postulat R. Kleiber (EVP) betreffend auf den Winterthurer Friedhöfen ein würdiges Gemeinschaftsgrab wird an den Stadtrat überwiesen.

25. August 2003

- I. Die Interpellation U. Künsch (FDP), W. Badertscher (SVP), M. Künzle (CVP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Budgetstand 2003 wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation R. Kleiber (EVP) und S. O'Brien (Grüne/AL) betreffend Reduktion des Schulgeldes für die Musikalische Grundschule in der ersten Primarklasse in den Schulkreisen Seen und Wülflingen für das Schuljahr 2003/04 wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- III. Die Interpellation D. Hauser (SP) betreffend Poststellennetz in Winterthur wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.

- IV. Als neues Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit wird für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 M. Schwager (SP) gewählt.
- V. Als neues Mitglied der Sachkommission TUVEK wird für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 U. Böni (SP) gewählt.
- VI. Die Frist für den Antrag und den Bericht zur Volksinitiative betreffend «Mehr Zug für Winterthur – für den Winterthurer S-Bahn-Vollausbau» wird um sechs Monate erstreckt.
- VII. Das Postulat N. Dorizzi (SP) betreffend Ausbau Buslinie 13 wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Das Postulat N. Rickli (SVP) betreffend Abschaffung Gleichstellungspreis wird infolge Rückzug als erledigt abgeschlossen.
- IX. Das Postulat A. Peter (Grüne/AL) und G. Schmid (SP) betreffend Massnahmen gegen rassistisch motivierte Diskriminierung wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- X. Die Interpellation U. Bründler (CVP) betreffend Kapitalanlagen der Pensionskasse der Stadt Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XI. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend Inserate wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XII. Die Interpellation D. Kläy (FDP) betreffend Stadtmarketing – wie weiter? wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XIII. Das Postulat Ch. Kern (SVP) betreffend Verwaltung der städtischen Liegenschaften durch private Unternehmen wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- XIV. Die Interpellation H. Iseli (EDU) und R. Kleiber (EVP) betreffend Gebühren/Abgaben wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XV. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend externe Berater wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XVI. Das Postulat B. Baltensberger (SP) betreffend Zuschüsse an die Pflegekosten anstelle von Sozialhilfe; Änderung der städtischen Verordnung über die Zusatzleistungen zur AHV/IV wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- XVII. Das Postulat B. Baltensberger (SP) und U. Bründler (CVP) betreffend Schaffung von Übergangswohn- und -pflegeplätze für Betagte wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- XVIII. Das Postulat N. Galladé (SP), N. Gugger (EVP), A. Peter (Grüne/AL) und U. Bründler (CVP) betreffend Konzept zur Kinder- und Jugendpartizipation wird an den Stadtrat überwiesen.

8. September 2003

- I. Die Interpellation C. Bodmer (FDP) betreffend Hortschliessungen während Blockzeiten wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- II. Es werden elf Änderungen der Nutzungsplanung beschlossen und der Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen genehmigt.
- III. Die Interpellation D. Hauser (SP) betreffend Wohnungsnot in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IV. Das Postulat M. Stauber (Grüne/AL), N. Galladé (SP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Wohnschutz entlang der Autobahnumfahrung wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- V. Das Postulat B. Baltensberger (SP) betreffend Ehrung

für freiwillig Tätige wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.

- VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat M. Schafitz (FDP), U. Martinelli (EVP) und W. Steiner (SVP) betreffend Verpachtung der Heim-Cafeterias wird im zustimmenden Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VII. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- VIII. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend Asylpraxis und Drogenhandel nach dem 24.11.2002 wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

Beschlüsse der Bürgerlichen Abteilung:

- I. Als neues Mitglied des Stiftungsrates der Arnold Schenkel-Stiftung wird J. Heusser (FDP) gewählt.
- II. Das Postulat A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend Verfassungskonforme Einbürgerung wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.

22. September 2003

- I. Die Interpellation J. Lisibach (SVP) betreffend Er-schliessungsstrasse Variante W2B Oberwinterthur wird dringlich erklärt und aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- II. Als neues Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur wird für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 M. Kalt (SVP) gewählt.
- III. 1. Die ambulanten (Sucht-)Präventionsprogramme jump und jumpina werden per 1. Januar 2004 bzw. 1. Juli 2004 von der Stadt Winterthur übernommen und als definitives Angebot weitergeführt.
2. Für die Weiterführung von jump und jumpina werden folgende Kredite bewilligt:
a) Ab 2004 ein jährlich wiederkehrender Betrag von Fr. 259 500.– für jump.
b) Für 2004 ein einmaliger Betrag von Fr. 113 500.– und ab 2005 ein jährlich wiederkehrender Betrag von Fr. 227 000.– für jumpina.
- IV. Die Interpellation C. Krebs (SP) betreffend Impulsprogramm für familienergänzende Kinderbetreuung wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- V. Der Beschlussantrag M. Schwager (SP) betreffend Einreichung einer Behördeninitiative zwecks Erhöhung der Anzahl der Arbeitslosentaggeldbezüge wird an die Erw. Ratsleitung überwiesen.

20. Oktober 2003

- I. Die Interpellation U. Fröhlich (SD) betreffend Restaurants im Besitze der Stadt wird infolge Rückzug als erledigt abgeschlossen.
- II. Für das neue 110/11 kV-Unterwerk Wülflingen, inklusive der stadinternen 110 kV-Kabelstrecke, wird ein Objektkredit von Fr. 20 550 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung Elektrizität bewilligt. Dieser Objektkredit ist Teil des Rahmenkredites von Fr. 187 Mio., welcher am 27. September 1992 von den StimmbürgerInnen genehmigt wurde, und damit dem Referendum entzogen. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- und Minderkosten: 1. Juni 2003.
- III. Das Postulat G. Schmid (SP), M. Stauber (Grüne/AL), U. Bründler (CVP) und N. Gugger (EVP) betreffend Beleuchtung Zebrastreifen wird an den Stadtrat überwiesen.
- IV. Die Interpellation R. Werren (FDP), R. Kleiber (EVP) und H. Iseli (EDU) betreffend Abschaffung des För-

derungsanerkennungspreis für frauenfreundliche Betriebe (Gleichstellungspreis) wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

- V. Die Interpellation W. Badertscher (SVP) betreffend «Bonus»-Zahlungen an Mitarbeiter wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat R. Favero (EDU/FPS), Ch. Kern (SVP) und R. Werren (FDP) betreffend Aufhebung Kanalreinigungsabteilung wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat N. Dorizzi (SP) betreffend Unterführung Zürcherstrasse/Klosterstrasse wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Die Interpellation M. Künzle (CVP) betreffend Bahnverkehr nach Schaffhausen – Stuttgart wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IX. Die Motion F. Hofmann (SVP) betreffend Verkehrssicherheit für Schulkinder sowie Personen die das öffentliche Verkehrsmittel im Bereich Gotzenwilerstrasse bis Ausgang Gotzenwil benützen wird nicht erheblich erklärt und als erledigt abgeschlossen.

10. November

- I. Die Interpellation H. Strahm (SP) betreffend Landverkauf an KBV wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- II. Als neues Mitglied der Sportkommission wird H. Strahm (SP) gewählt.
- III. Vom Bericht des Stadtrates zum Projekt win.03, Phase I, wird Kenntnis genommen.
- IV. Die Abrechnungen von 11 Verpflichtungskrediten werden abgenommen.
- V. Die Interpellation N. Rickli (SVP) und H. Iseli (EDU) betreffend bei Budgetüberschreitung weniger Stadtratslohn wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VI. Die Interpellation A. Meier-Camenisch (FDP) betreffend Einforderung der Verwandtenunterstützung bei Ausrichtung von Sozialhilfe wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VII. Die Interpellation D. Kläy (FDP) betreffend Strassenmarkierungen in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Das Postulat G. Schmid (SP) betreffend AusländerInnen in der Stadtpolizei wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- IX. Die Interpellation G. Schmid (SP) betreffend Unterstützung für Angehörige eines/einer Verstorbenen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- X. Die Interpellation G. Schmid (SP) betreffend Arbeitsprojekte für arbeitslose Frauen und Männer wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XI. Die Interpellation R. Weibel (EVP) und M. Gfeller (Grüne/AL) betreffend Nacht- und Sonntagsfahrverbot in Wohnquartieren wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

8. Dezember 2003

- I. Die Interpellation R. Werren (FDP) betreffend kantonales Steueramt des Kantons Zürich sucht neuen Standort wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.

- II. Der Beschlussantrag G. Beutler (SVP) betreffend Rückzug des Antrages für eine Teilrevision für die regionale Erschliessung des Zentrumsgebietes Oberwinterthur wird infolge Rückzug als erledigt abgeschlossen.
- III. Die Motion G. Beutler (SVP) betreffend Eintragung der Erschliessung des Zentrumsgebietes von Oberwinterthur auf dem Trasse der geplanten Südostumfahrung wird infolge Rückzug als erledigt abgeschlossen.
- IV. Als Beitrag an das von einer gemischtwirtschaftlichen Organisation betriebene Stadtmarketing Winterthur wird zulasten der Laufenden Rechnung ein Kredit von Fr. 1 200 000.–, aufgeteilt in Tranchen von jährlich Fr. 400 000.–, für die Jahre 2004 bis und mit 2006 bewilligt.
- V. 1. Für das Projekt Nr. 12592 / Dachsanierung wird ein Kredit von Fr. 390 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und die Mehrwertsteuer bedingten Mehr- oder Minderkosten: 30. Juni 2003.
2. Für das Projekt Nr. 12593 / Ersatz Trefferanzeigen 50-m-Anlage wird ein Kredit von Fr. 210 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und die Mehrwertsteuer bedingten Mehr- oder Minderkosten: 20. Februar 2003.
3. Für das Projekt Nr. 12594 / Ersatz Trefferanzeigen 25-m-Anlage wird ein Kredit von Fr. 170 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und die Mehrwertsteuer bedingten Mehr- oder Minderkosten: 20. Februar 2003.
4. Für das Projekt Nr. 12648 / Umbau der bestehenden 64 elektronischen Trefferanzeigen der 300-m-Anlage wird ein Kredit von Fr. 800 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und die Mehrwertsteuer bedingten Mehr- oder Minderkosten: 20. Februar 2003.
5. Für das Projekt Nr. 12595 / Einbau von 64 Sonnenschutzblenden wird ein Kredit von Fr. 31 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und die Mehrwertsteuer bedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2003.
- VI. Der Geschäftsbericht 2002 des Ombudsmannes und des Datenschutzbeauftragten wird abgenommen.

15. Dezember 2003

- I. 1. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Stadt Winterthur in der Laufenden Rechnung sowie in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2004 werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
2. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 % (2003: 122 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (Fr. 24.– pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.
- II. Die Globalbudgets für das Jahr 2004 der Institutionen Bibliothekswesen, Theater am Stadtgarten, Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen, Informatikdienste, Steueramt, Strasseninspektorat, Vermessungsamt, Melde- und Zivilstandswesen, Materialverwaltung, Sportamt, Asylkoordination sowie Wohn- und Pflegezentrum Oberi werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.

Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates

Die Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates tagte zur Behandlung der Gesuche an folgenden Daten:

20. Januar 2003	28 Bewerber/innen	13 mit Ehepartner/in	20 Kinder
24. Februar 2003	27 Bewerber/innen	8 mit Ehepartner/in	18 Kinder
24. März 2003	34 Bewerber/innen	17 mit Ehepartner/in	40 Kinder
14. April 2003	21 Bewerber/innen	11 mit Ehepartner/in	25 Kinder
2. Juni 2003	24 Bewerber/innen	10 mit Ehepartner/in	18 Kinder
30. Juni 2003	9 Bewerber/innen	6 mit Ehepartner/in	15 Kinder
25. August 2003	12 Bewerber/innen	3 mit Ehepartner/in	7 Kinder
8. September 2003	18 Bewerber/innen	7 mit Ehepartner/in	14 Kinder
22. September 2003	15 Bewerber/innen	7 mit Ehepartner/in	19 Kinder
20. Oktober 2003	17 Bewerber/innen	3 mit Ehepartner/in	8 Kinder
10. November 2003	21 Bewerber/innen	10 mit Ehepartner/in	19 Kinder
8. Dezember 2003	43 Bewerber/innen	22 mit Ehepartner/in	51 Kinder

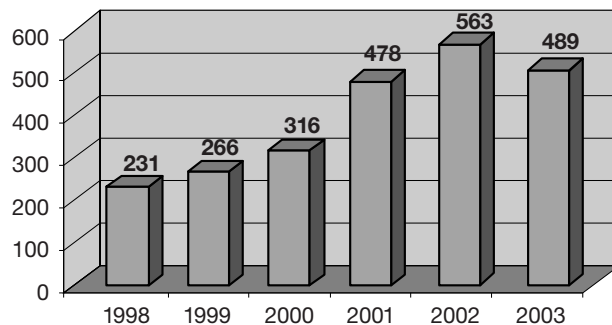
Die Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates hat damit insgesamt 12 (10) Sitzungen abgehalten. An diesen 12 Sitzungen wurden 213 (232) Bewerber und Bewerberinnen ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen. Mit eingebürgert wurden dabei 86 (89) Ehepartner/innen und 190 (242) Kinder, insgesamt somit 489 (563) Personen.

Die Gesuchsteller und Gesuchstellerinnen wurden vorgängig durch die Bürgerrechtskommission (BüK) an 20 (19) Sitzungen zu einer mündlichen Befragung eingeladen, um einen persönlichen Eindruck von den betreffenden Personen und ihrer Eignung zur Einbürgerung zu gewinnen. Ein Teil der Bewerber und Bewerberinnen konnte gemäss Verordnung ohne Befragung zur Aufnahme empfohlen werden. 53 (34) Gesuche mussten wegen offensichtlich ungenügender Kenntnisse um ein oder gar 2 Jahre zurückgestellt und 5 (1) Gesuche definitiv abgelehnt werden.

Die neuen Bürger und Bürgerinnen stammen aus folgenden Ländern:

Jugoslawien 129; Türkei 103; Mazedonien 72; Serbien-Montenegro 37; Bosnien-Herzegowien 35; Kroatien 30; Italien 23; Sri Lanka 15; Philippinen 12; Libanon 6; Polen 5; Somalia, Pakistan und Deutschland je 3; Südafrika 2; Kanada, Slowenien, Brasilien, Tibet, Iran, Indien, Afghanistan, Kongo, Grossbritannien, Dominikanische Republik und Antigua und Barbuda je 1.

Einbürgerungen (Gesamtpersonenzahl)



Der Stadtrat

Trotz grossem Spardruck richtete der Stadtrat seine Tätigkeit konsequent auf die Zielsetzungen aus, wie er sie in den Legislatorschwerpunkten 2002 – 2006 formuliert hatte.

Impulse für Arealnutzungen und Wohnbauförderung

In den Legislatorschwerpunkten 2002 – 2006 räumt der Stadtrat der Stadtentwicklung oberste Priorität ein. Im Berichtsjahr lancierte er nun verschiedene Projekte, mit denen er die im Legislaturprogramm anvisierten Ziele erreichen will. Im Vordergrund stehen Impulse zur Neunutzung der zwei Industrieareale Stadtmitte und Oberwinterthur, die Wohnbauförderung und das Projekt Arch-Areal.

Auf den beiden Industriearealen konnte 2003 die verkehrsmässige Erschliessung verbessert werden. Auf dem Areal Oberwinterthur wurden mit dem Wettbewerb Eulachpark konkrete Gestaltungsmöglichkeiten erarbeitet. Als wichtige Voraussetzung für die weitere Entwicklung auf dem Areal Stadtmitte konnte erreicht werden, dass Grundeigentümerin, Denkmalpflege, Stadt Winterthur und Kanton Zürich eine Vereinbarung unterzeichneten, welche bezüglich der Erhaltung von Gebäuden und Hallen eine klare Situation schafft. Beim Projekt Arch-Areal konnte der Wettbewerb erfolgreich durchgeführt und das weitere Vorgehen festgelegt werden. Der Stadtrat geht davon aus, dass private Investoren 2005 an dieser ausgezeichneten Lage im Zentrum der Stadt mit dem Neubau beginnen können.

2003 wurde im privaten Wohnungsbau eine rege Tätigkeit registriert, insbesondere in Wülflingen und Hegi. Es ist aber wichtig, dass in den kommenden Jahren vermehrt auch Wohnangebote für gehobene Ansprüche realisiert werden. Deshalb hat der Stadtrat im Berichtsjahr die Vorbereitungen vorangetrieben, damit die drei städtischen Areale Schenkelwiese, Zelgli und Tägelmoos dem privaten Wohnungsbau zugeführt werden können.

Vertrauen in den Standort Winterthur

In seinem Bestreben, das Vertrauen in den Standort Winterthur zu stärken, pflegte der Stadtrat auf verschiedensten Ebenen von Wirtschaft, Bildung, Politik und Kultur intensive Kontakte. Unter anderem fand eine Aussprache mit dem Zürcher Regierungsrat statt, und für die Kantonsratsmitglieder aus der Grossregion Winterthur wurde ein Informationsanlass durchgeführt. Aktiv mitgewirkt wurde zudem in verschiedensten Gremien, so auch im Gemeindepräsidentenverband des Kantons Zürich und im Städteverband.

Bei allen Aktivitäten zur Stadtentwicklung arbeiteten Stadtrat/Stadtverwaltung (mit der neuen Stabsstelle für Stadtentwicklung) eng mit dem Stadtmarketing und teils auch mit Winterthur Tourismus zusammen. Die Koordination der Tätigkeiten dieser Körperschaften wurde einer neuen Feinabstimmung unterzogen. Dies mit dem Ziel, die Kräfte zu bündeln und die Wirkung zu erhöhen.

Obwohl die Stadt im wirtschaftlichen Bereich auch 2003 nicht von Rückschlägen verschont blieb und die Arbeitslosenquote weiterhin zu Besorgnis Anlass gab, stellten sich auch ermutigende Signale ein. So durfte der Stadtrat anlässlich der traditionellen Aussprachen am Jahresende mit den Spitzenleuten aus der Winterthurer Wirtschaft von einer grundsätzlich positiven Zukunftsstimmung Kenntnis nehmen.

Das Vertrauen in eine Stadt wird auch dadurch gestärkt, dass sie über eine Verwaltung verfügt, die kundenorientiert

arbeitet. Im Rahmen der im Vierjahresturnus durchgeführten repräsentativen Publikumsbefragung schnitt die Stadtverwaltung 2003 recht gut ab. Die Ergebnisse hatten sich gegenüber 1999 sogar noch leicht verbessert. Daneben gab es auch gewisse Schwachstellen, die man in der Folge zu beheben versuchte. Ein wichtiges Instrument für eine kundenorientierte Verwaltung stellt heute das Internet dar. Dem E-Government-Bereich kommt eine immer grössere Bedeutung zu und der Ausbau wurde im Berichtsjahr konsequent fortgesetzt.

Wichtige Projekte realisiert

Im Sinne der Legislatorschwerpunkte konnten 2003 eine ganze Reihe von Massnahmen zur Pflege des öffentlichen Raumes umgesetzt werden. Dazu gehören die Neugestaltungen des Neumarktplatzes, des Bahnhofplatzes und der Grün- und Brunnenanlage vor dem Stadthaus.

Weitere wichtige Projekte bildeten 2003 die neue Stadtbibliothek mit der damit verbundenen Aufwertung des Kirchplatzes im Zentrum der Stadt sowie die neue Leichtathletikanlage Deutweg. Ferner wurde mit der architektonisch bemerkenswerten Neugestaltung des Krematoriums Rosenberg die Friedhofanlage aufgewertet.

Ein wichtiges Ereignis mit starker positiver Ausstrahlung bildete im kulturellen Bereich die Eröffnung der Stiftung für Fotografie.

Unterstützung fand der Stadtrat im Jahre 2003 bei den Stimmberechtigten mit seinen vier städtischen Abstimmungsvorlagen: Die Beiträge an die Musikschule, die Einführung von Blockzeiten in allen Schulkreisen, das Darlehen an den Ferienkolonieverein Oberwinterthur sowie die Erhöhung der Defizitgarantie für Pflegewohngruppen fanden eindeutige Mehrheiten.

Grosser Spardruck

Die Finanzknappheit zog sich wie ein roter Faden durch die ganze Tätigkeit des Jahres 2003. Der Stadtrat setzte viel Zeit und Kraft ein, um den städtischen Finanzhaushalt im Griff zu behalten. Zu diesem Zweck schnürte er das Sparpaket win.03, welches bereits im laufenden Jahr erste Verbesserungen brachte und schliesslich den städtischen Haushalt um rund 30 Millionen Franken pro Jahr entlasten soll. Die Umsetzung der Massnahmen hat teils einschneidende Konsequenzen und ist schmerzlich. Obwohl die Rechnung 2003 besser abschneidet als erwartet, sehen die Finanzperspektiven für die kommenden zwei Jahren eher düster aus. Dies umso mehr, als zu befürchten ist, dass der Stadt durch übergeordnete Entscheide künftig noch mehr Steuermittel entzogen werden, dies unter gleichzeitiger Überbürdung zusätzlicher Lasten. Der Stadtrat wehrt sich vehement gegen diese aus seiner Sicht verheerende Entwicklung.

Der Stadtrat erledigte seine Geschäfte an seinen wöchentlichen Mittwochsitzungen. Zusätzlich führte er zwei Klausurtagungen durch, an denen er sich vertieft mit einzelnen Themen auseinandersetzte. Die zunehmende Geschäftsflut und nicht zuletzt der wachsende Spardruck haben das Gremium auch veranlasst, die Arbeitsweise anzupassen. So werden vertiefte Auseinandersetzungen zu wichtigen Geschäften aus einzelnen Departementen geführt. Dazu werden jeweils monatlich spezielle Stadtratssitzungen an Donnerstagnachmittagen abgehalten.

Über die zahlreichen Projekte und Einzelgeschäfte des Stadtrates enthalten die Einzelberichte der Departemente in diesem Geschäftsbericht detaillierte Informationen.

Stadtkanzlei

Die Stadtkanzlei verzeichnete in ihren verschiedenen Tätigkeitsfeldern eine merkbare Zunahme der Geschäfte: das Sekretariat des Grossen Gemeinderates hatte als Folge der neuen Parlamentsorganisation eine wesentlich grössere Zahl von Kommissionssitzungen zu betreuen, das Stadtratssekretariat einiges mehr an Stadtratsgeschäften zu verarbeiten, und im Bereich Einbürgerungen gingen erneut deutlich mehr Gesuche, vor allem zuhause der Bürgerlichen Abteilung des Grossen Gemeinderates, ein. Deutlich gestiegen ist auch die Zahl der vom Informationsdienst bearbeiteten Medienmitteilungen und -anlässe, und mit der Durchführung der Gesamterneuerungswahlen für Kantons- und Regierungsrat sowie für die eidgenössischen Räte war der Bereich Wahlen und Abstimmungen ebenfalls in besonderem Masse beansprucht.

Neben ihren ständigen Aufgaben beschäftigte die Stadtkanzlei in diesem Jahr speziell die kommende neue Kantonsverfassung: Im Mai tagte der Verfassungsrat auf Einladung des Stadtrates für eine mehrtägige Session in Winterthur; die Vorbereitung und Unterstützung dieses Anlasses lag zu einem guten Teil bei der Stadtkanzlei. Ende August liessen sich der Stadtrat und Mitarbeitende aus den Departementen sodann von vier Mitgliedern des Verfassungsrates den vorläufigen Verfassungsentwurf in einer halbtägigen Sitzung vorstellen, und in der Folge wurde dazu unter der Federführung des Stadtschreibers und mit Beteiligung aller Departemente eine ausführliche Vernehmlassung erarbeitet und vom Stadtrat zuhause des Verfassungsrates verabschiedet.

Einige Beachtung fand auch eine Stimmrechtsbeschwerde, mit der die Volksabstimmung vom 6. Juli betreffend die Blockzeiten in allen Winterthurer Schulkreisen angefochten wurde. Trotz knapper Zeitverhältnisse und vielfältiger Einwände konnte beim Bezirksrat noch rechtzeitig für das beginnende Schuljahr eine vollumfängliche Abweisung des Rechtsmittels erreicht werden. Sowohl die Abstimmungsvorlage des Stadtrates als auch das Vorgehen bei der Ansetzung und Durchführung des Urnengangs wurden dabei von der Beschwerdeinstanz als rechtmässig bestätigt.

Die Konferenz der Departementssekretärinnen und -sekretäre hatte im April turnusgemäss die Kolleginnen und Kollegen aus der Stadt Zürich zum Erfahrungsaustausch in Winterthur zu Gast. An seinen ordentlichen Sitzungen befasste sich das Gremium vor allem mit der Bearbeitung der BEREWI-Einsprachen. Diese hat, nachdem der Grosse Gemeinderat die befristete Schaffung eines zentralen Einspracheseekretariats abgelehnt hat, mit den vorhandenen Kapazitäten dezentral und schrittweise zu erfolgen, was eine besondere Koordination und einen speziellen Einsatz der Departementsstäbe erfordert. Ein weiteres wichtiges Traktandum der Konferenz betraf die Zusammenarbeit des Gremiums und der Departemente mit dem Inhaber der Stabsstelle Stadtentwicklung.

Die im Vorjahr eingesetzte Arbeitsgruppe Einbürgerung, in welcher die Stadtkanzlei mit drei Personen mitwirkt, konnte dem Stadtrat im November ihren Bericht mit Vorschlägen für verbesserte Einbürgerungsunterlagen vorlegen. Der Stadtrat hat sie ermächtigt, als Nächstes eine Vernehmlassung zu dieser Vorlage durchzuführen.

Wie in jedem zweiten Jahr nahm sich das Team der Stadtkanzlei schliesslich Zeit für einen gemeinsamen Weiterbildungstag. Er diente der Standortbestimmung sowie der Entwicklung von Ideen und Massnahmen für eine optimierte künftige Arbeit der Stadtkanzlei.

Abstimmungen und Wahlen

Ende 2003 waren in Winterthur 26 242 Männer und 31 392 Frauen, insgesamt somit 57 634 Stimm- und Wahlberechtigte, gemeldet. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hatten an 4 Urnengängen über 11 eidgenössische, 12 kantonale und 4 städtische, total also über 27 (Vorjahr 19) Sachvorlagen zu entscheiden. Darüber hinaus waren die Stimmberechtigten der reformierten Kirchgemeinden zu einer Abstimmung aufgerufen.

Die Stimmbeteiligung lag zwischen 36,1 Prozent (Darlehen an den Ferienkolonieverein Oberwinterthur) und 54,5 Prozent (Volksinitiative «für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit – ein Versuch für vier Jahre [Sonntagsinitiative]»).

Am 6. April 2003 fanden die Erneuerungswahlen für Kantons- und Regierungsrat statt. Am gleichen Tag galt es auch, die Amtsinhaber bzw. Amtsinhaberinnen für die drei Friedensrichterstellen der Stadt Winterthur neu zu wählen.

Die Gesamterneuerungswahlen für National- und Ständerat wurden am 19. Oktober 2003 durchgeführt. Dabei kam erstmals das durch die Direktion des Innern des Kantons Zürich bereit gestellte EDV-Programm «WABSTI» zur Anwendung.

Weiter wurden am 18. Mai 2003 die Erneuerungswahlen der evangelisch-reformierten sowie der römisch-katholischen Synode durchgeführt.

Ein in der Kirchenpflege Töss vakant gewordener Sitz konnte am 18. Mai im zweiten Wahlgang besetzt werden, nachdem im ersten Wahlgang vom 9. Februar 2003 kein Kandidat das absolute Mehr erreicht hatte. In Stiller Wahl wurden im Geschäftsjahr insgesamt 13 Mitglieder der Kreisschulpflegen sowie 5 Mitglieder der evangelisch-reformierten Kirchenpflegen gewählt. Am 30. November 2003 wurde überdies ein vakant gewordener Friedensrichtersitz neu besetzt.

Einbürgerungen

Im Berichtsjahr ging die folgende Anzahl Gesuche von Ausländern und Ausländerinnen um Einbürgerung in der Stadt Winterthur ein:

im Ausland geborene	352 (Vorjahr 259)
im Ausland geborene, zwischen	
16 und 25 Jahre alt	75 (Vorjahr 76)
in der Schweiz geborene	104 (Vorjahr 89)
Total eingereichte Gesuche	
von Ausländerinnen/Ausländern	531 (Vorjahr 424)

Der bürgerlichen Abteilung des Grossen Gemeinderates wurden 284 (Vorjahr 210) Weisungen um Aufnahme in das Bürgerrecht unterbreitet.

Die bürgerliche Abteilung des Stadtrates hat in eigener Kompetenz 113 (100) in der Schweiz geborene ausländische Personen in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen. Aufgrund von § 21 des Gemeindegesetzes wurden durch den Stadtrat 61 (54) im Ausland geborene Personen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren mit mindestens 5 Jahren Schulbildung in einer der Landessprachen in der Schweiz in das Bürgerrecht von Winterthur aufgenommen. Die insgesamt in der Kompetenz des Stadtrates eingebürgerte Anzahl von Ausländern beläuft sich somit auf 174 (154). Ebenfalls in eigener Kompetenz wurden durch den Stadtrat im Berichtsjahr 65 (114) Schweizerinnen und Schweizer in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen.

Jungbürgerfeier

Die Jungbürgerfeier wurde bereits das vierte Mal nach dem neuen Konzept in zwei Teilen durchgeführt. Im ersten

Teil, der wieder im Stadthaus stattfand, wurden die Rechte und Pflichten der zu Staatsbürgern- und -bürgerinnen gewordenen Angehörigen des Jahrganges 1985 mit einer Ansprache des Stadtpräsidenten gewürdigt. Eine moderierte Gesprächsrunde mit allen Mitgliedern des Stadtrates sowie Vertreterinnen und Vertreter der in Winterthur politisch aktiven Jungparteien ergänzte das Programm. Der zweite Teil fand in Form einer Volljährigkeitsparty mit Unterhaltung und Verpflegung in der Reithalle statt. Dazu wurden – nebst den Begleitpersonen der Jungbürgerinnen und Jungbürger – auch die in Winterthur wohnhaften 18-jährigen Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung B oder Niederlassung C eingeladen. Das Programm bestand aus einem Buffet mit kulinarischen Köstlichkeiten des Wohn- und Pflegezentrums Oberwinterthur, verschiedenen Informations- und Kontaktständen von Politik- und Jugendorganisationen und humoristischen Auftritten der Schweizer Artisten Michel Gammenthaler und Hannes vo Wald. Wie vergangenes Jahr wurde wieder eine Umfrage zur Jungbürgerfeier, verbunden mit einem Wettbewerb, durchgeführt. Die Preise wurden von ver-

schiedenen Winterthurer Firmen gesponsert. Auf die Einladung an 802 Schweizerinnen und Schweizer, 209 Ausländer und Ausländerinnen mit Niederlassung C und 36 Ausländer und Ausländerinnen mit Aufenthaltsbewilligung B haben sich zum ersten Teil 361 Personen und zum zweiten Teil 482 Personen angemeldet.

Sekretariat Grosser Gemeinderat und Stadtrat

Das Sekretariat Grosser Gemeinderat nahm 145 (Vorjahr 148) Versände an den Grossen Gemeinderat (GGR), dessen Kommissionen, sowie Medien und Abonnenten vor. Die Auflage der Geschäfte des GGR (Weisungen und Vorstösse) konnte aufgrund der zunehmend elektronischen Versandart auf 320 (350) Exemplare reduziert werden. Zusammen mit den übrigen Unterlagen (Sitzungseinladungen, Sitzungsprotokolle, Kommissionsunterlagen usw.) für den GGR bedeutete dies im Jahr 2003 eine Menge von 477 597 (535 462) Blatt Papier. Gesamthaft konnte die Anzahl Kopien weiter auf 821 427 (933 375) reduziert werden. Für ca. 90 % dieser Menge wird recyc-

Abstimmungen 2003

Städtische Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	Stimmende	Ja	Nein	Leer	Ungültige	%
18. Mai	1. Beiträge an die Musikschule Winterthur	30 054	20 655	8 635	431	333	52.7
6. Juli	1. Blockzeiten in allen Winterthurer Schulkreisen	20 733	12 540	7 641	213	339	36.3
	2. Darlehen an den Ferienkolonieverein Oberwinterthur	20 635	12 201	7 759	334	341	36.1
30. November	1. Erhöhung der Defizitgarantie für Pflegewohngruppen	24 239	19 670	3 996	327	246	42.1

Kantonale Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	Stimmende	Ja	Nein	Leer	Ungültige	%
9. Februar	1. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB) (Änderung)	20 932	10 727	9 428	510	267	36.9
	2. Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung je eines Rahmenkredites für einen Staatsbeitrag an den Bau der Glattalbahn sowie für Strassenausbauten und -anpassungen im mittleren Glattal	20 991	13 818	6 483	428	262	36.9
18. Mai	1. Volksinitiative «Weniger Steuern für niedrige Einkommen (Volksinitiative für mehr Steuergerechtigkeit im Kanton Zürich)»	30 155	12 026	17 156	636	337	52.9
30. November	1. Kantonsverfassung (Änderung; Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden)	24 582	19 043	3 902	1 376	261	42.7
	2. Kantonsverfassung: Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirchen und Staat (Änderung)	24 746	11 913	11 783	790	260	42.9
	3. Kirchengesetz	24 757	11 899	11 610	972	276	43.0
	4. Gesetz über die Anerkennung von Religionsgemeinschaften (Anerkennungsgesetz)	24 883	9 337	14 560	722	264	43.2
	5. Gesetz für ein Polizei- und Justizzentrum Zürich	24 771	12 747	10 641	1 119	264	43.0
	6. Gesundheitsgesetz (Änderung; Abgabe von Medikamenten)	25 043	12 494	11 691	592	266	43.5
	7. Gesetz über die Teilrevision der Strafprozessgesetzgebung	24 521	16 949	5 217	2 096	259	42.5
	8. Volksinitiative «Mitspracherecht des Volkes in Steuerangelegenheiten» (Maximalsteuersatz 98 % in der Verfassung)	24 761	8 526	15 085	886	264	43.0
	9. Volksinitiative «Schluss mit amtlicher Verteuerung der Wohnkosten für Mieter und Eigentümer» (Abschaffung Handänderungssteuer)	24 854	11 586	12 253	745	270	43.1

ling- oder chlorfreies Papier verwendet. Hochweisses Papier wird vorwiegend für Drucksachen, welche archiviert werden müssen, benötigt.

Die Stadtkanzlei hat 44 (Vorjahr 45) Stadtratssitzungen vor- und nachbereitet und dabei 2558 (2035) Stadtratsgeschäfte verarbeitet. Zur Ausfertigung gelangten 569 (412) Stadtratsbeschlüsse und 433 (295) Stadtratsbriefe.

Informationsdienst

Der Informationsdienst veröffentlichte 412 Medienmitteilungen aus dem Stadtrat und der Stadtverwaltung (Vorjahr 348). Das sind mehr als doppelt so viele wie vor fünf Jahren. Zusätzlich wurden die Medienschaffenden zu 61 (Vorjahr 58) Pressekonferenzen, Besichtigungen und Anlässen eingeladen.

Weitere Schwerpunkte bildeten das Mitwirken an zahlreichen Kommunikationsprojekten in der ganzen Stadtverwaltung sowie an der laufenden Aktualisierung und Entwicklung der Inhalte im städtischen Internetportal. Ferner wurden sechs Personalzeitungen herausgegeben

und die Produktion von drei Abstimmungszeitungen koordiniert.

Behördenverkehr/Empfänge

Die Stadtkanzlei organisierte gegen 100 kleinere und grössere Anlässe. Nebst den wiederkehrenden Empfängen und Feierlichkeiten wurden Besucher und Besucherinnen aus Deutschland, Italien, Tschechien, Slowakei und USA empfangen. Die Treffen mit Behörden von Pilsen, La Chaux-de-Fonds, Schaffhausen, St. Gallen, Zürich und Illnau-Effretikon hatten partnerschaftlichen oder nachbarschaftlichen Charakter. Quartalsmässig wurden im Stadthaus wieder Empfänge für Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen durchgeführt. Im Weiteren gab es Feiern für sportliche Erfolge: Der Thaiboxer Maksutaj wurde als Weltmeister geehrt, das Radballteam Jiricek und Looser als Vizeweltmeister und das Handballteam von Pfadi Winterthur als Schweizermeister. Ausserdem führten die Schweizer Parlamentarierdelegation beim Europarat und der Verfassungsrat des Kantons Zürich in Winterthur Sitzungen durch.

Eidgenössische Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	Stimmende	Ja	Nein	Leer	Ungültige	%
9. Februar	1. Bundesbeschluss vom 4. Oktober 2002 über die Änderung der Volksrechte	21 479	14 750	5 956	497	276	37.0
	2. Bundesgesetz vom 21. Juni 2002 über die Anpassung der kantonalen Beiträge für die interkantonalen stationären Behandlungen nach dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung	21 500	16 612	4 174	435	279	37.0
18. Mai	1. Änderung vom 4. Oktober 2002 des Armeegesetzes (Armee XXI)	31 541	23 141	6 552	1 490	358	54.2
	2. Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz	31 494	25 033	4 925	1 181	355	54.1
	3. Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten»	31 493	12 411	17 767	959	356	54.1
	4. Volksinitiative «für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit – ein Versuch für vier Jahre (Sonntagsinitiative)»	31 762	14 825	16 361	220	356	54.5
	5. Volksinitiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben (Gesundheitsinitiative)»	31 656	9 719	20 785	796	356	54.4
	6. Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte»	31 665	12 273	18 394	644	354	54.4
	7. Volksinitiative «Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke (Strom ohne Atom)»	31 665	12 019	18 855	435	356	54.4
	8. Volksinitiative «MoratoriumPlus – Für eine Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustops und die Begrenzung des Atomrisikos (MoratoriumPlus)»	31 595	14 997	15 571	675	352	54.3
	9. Volksinitiative «für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstelleninitiative)»	31 543	11 745	18 603	843	352	54.2

Departement Kulturelles und Dienste

Zu den Zielen der Legislaturperiode 2002 bis 2006 gehört die Stärkung Winterthurs als wirtschaftliches Zentrum. Trotz dem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld hat der Stadtrat unvermindert versucht, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass neue Unternehmen den Weg nach Winterthur finden und bereits ansässige sich hier wohl fühlen. Ein Mittel dazu bildet nach wie vor das Stadtmarketing, das schon seit bald 10 Jahren tätig ist. Dessen weitere Finanzierung ist gesichert, nicht zuletzt, weil auch die lokale Wirtschaft und neuerdings die umliegenden Gemeinden von der Notwendigkeit überzeugt und zur Mitwirkung gewonnen werden konnten. Die Erfolge bei der Neuansiedlung der Firma Maag, die Wahl von Winterthur als Headquarter der Firma Zimmer für Europa, Asien und Australien dürften dazu beigetragen haben.

Einen Meilenstein in Bezug auf die gesteckten Ziele für die laufende Legislaturperiode stellt die Besetzung der Fachstelle Stadtentwicklung ab Mitte Jahr dar. Nebst der Koordination der verschiedenen Institutionen, deren Tätigkeit Einfluss auf die Stadtentwicklung hat (z.B. Stadtplanung und Stadtmarketing), wird eine der Zielsetzungen sein, die Wohnbautätigkeit so zu beeinflussen, dass speziell Wohnraum für besser Verdienende geschaffen werden kann. Das setzt sowohl Gespräche mit Landbesitzern als auch mit Investoren voraus. Auf gutem Weg sind die Überbauungen der drei städtischen Areale Zelgli, Schenkelwiese und Tägelmoo. Die entsprechenden Wettbewerbe sind entweder schon abgeschlossen oder stehen kurz davor.

Im Berichtsjahr wurden die Informatikdienste (IDW) an das Departement Finanzen abgetreten. Damit sind zwei interne Dienstleistungsorganisationen in einem Departement zusammengefasst, die eng zusammen arbeiten und einen Synergiegewinn versprechen. Der Übergang erfolgte

per 1. Juli und verlief ohne Probleme. Die daraus resultierende Entlastung der Departementsleitung Kulturelles und Dienste schafft dafür Kapazitäten für ein verstärktes Engagement in Sachen Stadtentwicklung.

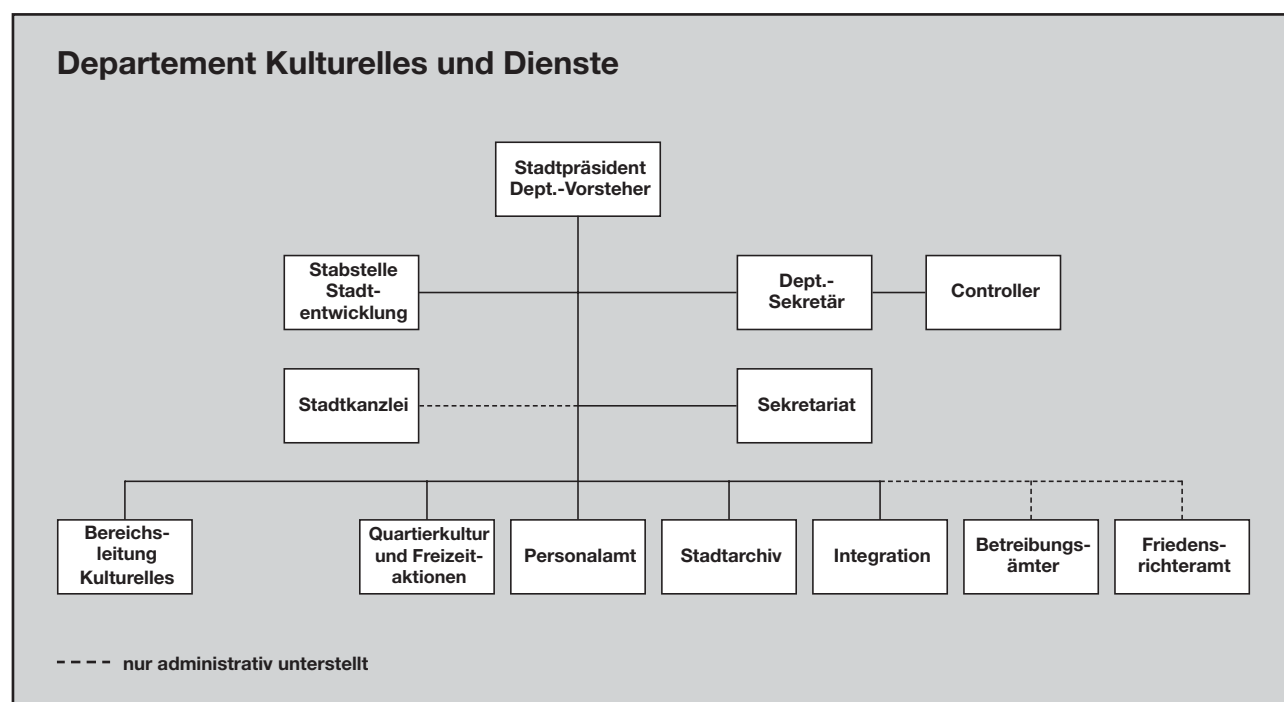
Fehlende Kapazitäten machten sich hingegen bei der Umsetzung des BEREWI bemerkbar. Weil der Grosse Gemeinderat die notwendigen personellen Ressourcen zur Bewältigung der Einsprachen nicht bewilligt hat, verzögern sich die Entscheide in unverantwortlicher Weise.

Mit der Neubesetzung der Abteilung «Integration» im Spätsommer wurden gleichzeitig auch klare Führungsstrukturen bei der bisherigen Beratungsstelle für Integration geschaffen. Inzwischen sind die Büros der Integration während den Bürozeiten immer besetzt. Für die Aufbauphase stand ein bewährter Mitarbeiter mit einem halben Pensum zur Verfügung, der angesichts der hohen Zahl von Arbeitslosen inzwischen wieder voll für die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte tätig ist.

Als Resultat einer internen Reorganisation wurde die Jugendarbeit aus der Institution Quartierkultur und Freizeitaktionen herausgelöst und im Departement Soziales zusammengefasst. Der bisherige Co-Leiter übernahm die neu geschaffene Aufgabe eines Jugenddelegierten. Damit sind zukünftig nur noch zwei statt wie bisher drei Departemente direkt für die Jugendarbeit zuständig (Departemente Soziales sowie Schule und Sport).

Im Rahmen einer internen Reorganisation wurden die kulturellen Institutionen, die bisher alle direkt dem Departementsvorsteher unterstellt waren, neu geordnet und in einem Bereich zusammengefasst. Bezüglich Personal und Büroräume hatte dies keine Auswirkungen, indem der bisherige Kultursekretär mit der Leitung des neuen Bereichs betraut wurde.

Das umfassende neue Kulturleitbild wurde in eine umfassende Vernehmlassung gegeben. Die Rückmeldungen



waren äusserst positiv und führten zu einigen Anpassungen. Auf der Grundlage dieses Leitbildes werden nun Subventionsverträge ausgearbeitet, die ab 2006 gültig sein sollen.

Die Eröffnung der neuen Stadtbibliothek am Kirchenplatz gab zu vielen positiven Reaktionen des Publikums Anlass und fand auch in den Medien gebührend Beachtung. Die Stadt hat damit einerseits das Bibliotheksangebot wesentlich verbessert und andererseits wurde mit diesem Bau auch ein grosser Beitrag an den Erhalt der

Altstadt geleistet. Zwei auffällige Häuser wurden renoviert und konnten sinnvoll neu genutzt werden.

Bei den Naturwissenschaftlichen Sammlungen wurde das Kindermuseum umgebaut, ebenso der Raum für Wechselausstellungen.

Einen glanzvollen Abschluss des Jahres stellte im November die Eröffnung der Stiftung für Fotografie dar. Zusammen mit dem Fotomuseum wird damit die Stadt Winterthur zu einem Fotozentrum mit europäischer Bedeutung.

Personalamt

Personalrecht und Personalpolitik

Am 26. Mai erliess der Stadtrat Richtlinien über die Vergütung von Mehrzeitleistungen des Kaderpersonals ab Lohnklasse 14. Solche Mehrzeitleistungen dürfen grundsätzlich nur in einem 150 Mehrstunden pro Jahr übersteigenden Umfang vergütet werden, ausser es handelt sich um angeordnete bzw. anerkannte Überzeit oder um Mehrstunden anstelle eines befristeten Zusatzpensums wegen Ausfällen in der Abteilung usw.

Am 26. September änderte der Stadtrat die Regelung der Weiterausrichtung der Vergütung für dauernden oder regelmässigen Nacht- und Sonntagsdienst während Mutterschaftsurlaub, Krankheit und Unfall sowie bei andern unverschuldeten und unfreiwilligen Arbeitsverhinderungen (§ 78 Abs. 4 der Vollzugsverordnung zum Personalstatut). Die Vergütung wird in diesen Fällen nur noch weiter ausgerichtet, sofern im Schnitt mehr als 30 % Nacht- und/oder Sonntagsdienst (bezogen auf das jeweilige Pensum) geleistet werden. Diese Einschränkung der erst Mitte 2002 eingeführten bisherigen Regelung ohne solche Limite erwies sich auf Grund der Mehrkosten als notwendig. Die Änderung ist auf Anfang 2004 in Kraft getreten.

Die Einsprache-Kommission, die der Stadtrat zur Prüfung der Einreichungs-Einsprachen im Zusammenhang mit der Besoldungsrevision BEREWI eingesetzt hatte, führte im Januar und Februar die Anhörung der 10 Gruppen und der 39 Einzelfälle von Einsprechenden durch. Im Anschluss an die Anhörung konnten die Departemente der Kommission eine Stellungnahme zur jeweiligen Einsprache einreichen. Am 6./7. Mai und am 3./5. Juni beriet und verabschiedete das Plenum der Kommission seine Empfehlungen an den Stadtrat. Bereits am 21. Mai stimmte der Stadtrat einem Bericht der Projektleitung und des Stadtschreibers zu einer Reihe von Verfahrensfragen zu und legte dazu verschiedene Vorgaben fest.

Die Kommission unterbreitete dem Stadtrat ihre Empfehlungen in einem umfangreichen Bericht am 1. Juli. Sie behandelte 92 Einsprachen, nachdem deren 6 zurückgezogen wurden. Die behandelten Einsprachen betrafen 42 unterschiedliche Funktionen. Die Kommission empfahl in 26 Fällen Gutheissung, in 36 Fällen Ablehnung und in 30 Fällen eine teilweise Gutheissung; bezogen auf die unterschiedlichen Funktionen waren dies je 14 Fälle. Der Stadtrat nahm an seinem Seminar vom 13. bis 15. August Kenntnis vom Bericht der Kommission. Die um den Stadtschreiber erweiterte Projektleitung führte in der Folge das Akteneinsichtsverfahren in den Einreichungsfällen durch. Im September benützten 31 Einsprechende die Gelegenheit zur Akteneinsicht, deren 14 reichten eine ergänzende Stellungnahme zu 9 unterschiedlichen Funktionen ein. Am 21. November erstattete die Projektleitung dem Stadtrat Bericht über das Ergebnis des Akteneinsichtsverfahrens und unterbreitete ihm ihre Empfehlungen, die mit einer Ausnahme in allen Fällen denjenigen der Kommission entsprachen; die Ausnahme betraf eine Funktion, bei der sich seit der Beurteilung durch die Kommission eine Weiterentwicklung ergeben hatte. Am 3. Dezember nahm der Stadtrat in zustimmendem Sinne Kenntnis vom Ergänzungsbericht und legte im Sinne einer Vorgabe für die Departemente die definitiven Einreichungen in den Einsprachefällen samt deren indirekten Auswirkungen fest, die aber erst mit den einzelnen Entscheidungen in Kraft treten. Diese werden in den nächsten Monaten vorbereitet und sollen dem Stadtrat gestaffelt vorgelegt werden. Bis Ende Jahr wurden Entscheidungsmuster für die verschiedenen Typen von Einsprachen vorbereitet.

Die nach dem Verzicht auf die Schaffung eines zentra-

len Einsprachesekretariates beschränkten personellen Ressourcen machten ein zweistufiges Verfahren bei der Behandlung der Einsprachen notwendig: In erster Priorität wurden die Einreichungsfälle behandelt und die Prüfung durch die Einsprache-Kommission vorgezogen. Erst im zweiten Schritt können die reinen Überführungsfälle bearbeitet werden. Damit hat sich eine zeitliche Verzögerung ergeben. Der Stadtrat hofft dennoch, dass die Einsprachen – es sind insgesamt deren 9 zurückgezogen worden – bis Ende 2004 erledigt werden können.

Nachdem der Grosse Gemeinderat am 15. Dezember den Voranschlag genehmigt hatte und dabei dem vom Stadtrat unterbreiteten Anträgen hinsichtlich Lohnmassnahmen gefolgt war, fasste der Stadtrat über dieselben am 17. Dezember definitiv Beschluss. Da der für den Teuerungsausgleich massgebende Zürcher Städteindex vom November gegenüber dem per 1. Januar ausgeglichenen Indexstand unverändert war, sind auf den 1. Januar 2004 auch die Löhne, einschliesslich Renten der Pensionskasse, unverändert geblieben. Erstmals seit Inkrafttreten der neuen Besoldungsordnung BEREWI konnte das Lohnkonzept auf den 1. Januar 2004 angewendet werden, wenn auch aus finanzpolitischen Gründen mit Einschränkungen. Angestellte mit der Mindestqualifikation «gut» erhielten eine Lohnstufe als Erfahrungsanteil, sofern sie mindestens fünf Dienstjahre bei der Stadt geleistet hatten. Zusätzlich wurde für Leistungsanteile eine Quote von 1 000 000 Franken bewilligt und der zur Verfügung stehende Betrag entsprechend dem Anteil an der Gesamtlohnsumme auf die Departemente verteilt. Die individuelle Lohnerhöhung durfte maximal 5 % betragen. Der Stadtrat genehmigte die Weisung des Personalamtes zum Vollzug der Lohnmassnahmen.

Das Personalamt wirkte mit bei der Überarbeitung des Reglements über die Entschädigung an Behördenmitglieder (Motion Nr. 2001/072). Die 2001 in erster Auflage erschienene Broschüre «Das Wichtigste in Kürze – Das städtische Personalrecht im Überblick» konnte bis Ende Jahr überarbeitet und an die Weiterentwicklungen im Personalrecht angepasst werden. Die Broschüre wird Anfang 2004 in zweiter Auflage erscheinen. Im Rahmen des Sparprogrammes «win.03» wurden vier Massnahmen erarbeitet, die das Personalwesen betreffen: Die Personalbeschaffungskosten sollen künftig koordiniert budgetiert und deren Controlling und Kontrolle ausgebaut werden (Massnahme 1). Ebenso sollen die dezentralen Weiterbildungskosten vermehrt koordiniert und gestrafft und einem zentralen Controlling unterstellt werden (Massnahme 2). Die Dienstaltersgeschenke (bzw. die Treuprämien) sollen teilweise abgeschafft werden (Massnahme 3) und auch auf die Verleihung des Gleichstellungspreises soll verzichtet werden (Massnahme 4). Für die Massnahmen 1 und 2 wurden bis Ende Jahr die Feinkonzepte erarbeitet, für Massnahme 3 dem Stadtrat mehrere Varianten vorgelegt, die den Personalverbänden zur Vernehmlassung unterbreitet werden sollen, und für Massnahme 4 wurde der Antrag an den Grossen Gemeinderat vorbereitet.

Personalbestand, Personalbeschaffung und Funktionsbewertung

Die Grundlagen und Datenstruktur der Personalstatistik sind unverändert (siehe Bemerkungen zur Statistik): Sie weist die kumulierten Stelleneinheiten über das ganze Jahr und die Anzahl beschäftigter Personen per Stichtag aus. Aus technischen Gründen werden bestimmte Arbeitsverhältnisse (ca. 1 % der Gesamtzahl) nicht mitgezählt. Nicht ausgewiesen werden die Stelleneinheiten bei den städtischen Lehrkräften, weil deren Arbeitsverhältnisse in ihrer Struktur stark von den Verwaltungsstellen

abweichen.

Das Total der besetzten Stelleneinheiten (ohne Lehrkräfte) weist gegenüber dem Vorjahr eine Differenz von 86,2 (58,2) Stelleneinheiten aus. Im Total der Stelleneinheiten sind 364,9 (350,4) Lehrverhältnisse enthalten. Die Anzahl der beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Kleinstpensen (ohne Lehrkräfte) hat sich um 146 (169) Personen verändert.

Die Funktionsbewertungskommission trat zu 3 Sitzungen zusammen. Insgesamt wurden 40 Einreichungs-Anträge beurteilt, davon 23 durch die Kommission und 17 im summarischen Verfahren durch das Personalamt. Zwei Anträge wurden zurückgezogen.

Löhne und Sozialleistungen

Die Löhne wurden auf den 1. Januar um 0,8 % der Teuerung angepasst. Damit galt die Teuerung nach dem Stand des Zürcher-Indexes vom November 2002 mit 102,6 Punkten (Basis Mai 2000) als ausgeglichen. Aus finanzpolitischen Gründen musste auf den 1. Januar wiederum auf eine Erhöhung der Lohnstufe und des Leistungsanteils gemäss § 47 Personalstatut verzichtet werden.

Die Bruttobezüge und Sozialleistungen des gesamten Personals ohne Gemeindeanteil an den Lehrerlöhnen für 2003 von **37 936 213** Franken (2002: 38 308 893 Franken inkl. Sozialleistungen) betrugen:

Jahr	Bruttobezüge	Sozialleistungen	Total	Mehraufwand 2003
2003	309 054 756	54 473 206	363 527 962	13 446 963
2002	296 864 904	53 216 095	350 080 999	19 882 183

Personal- und Organisationsentwicklung

Das zentrale Weiterbildungsprogramm 2003 stiess auf reges Interesse, die Zahl der Kursanmeldungen nahm gegenüber dem Vorjahr um 50 % zu. Insgesamt wurden Kurse im Umfang von 834 Teilnehmer-Tagen besucht. Zusammen mit den Veranstaltungen der Führungsgruppen ergibt sich ein Gesamtvolumen von rund 1000 Teilnehmer-Tagen. Nicht enthalten in dieser Summe sind die Veranstaltungen der Beauftragten für Gleichstellung und die Kurse der Informatikdienste. Die Mehrheit der Kurse des Personalamtes und der Beauftragten für Gleichstellung wurde wiederum in Zusammenarbeit mit dem Kanton und der Stadt Zürich durchgeführt. Erstmals wurden sämtliche allgemein zugänglichen städtischen Weiterbildungsangebote in einer neu gestalteten Broschüre zusammengefasst, die in der Stadtverwaltung breit gestreut wurde.

Im Bereich der Führungsschulung wurde in Zusammenarbeit mit externen Fachpersonen ein neuer stadteigener Kurs für Führungsanfänger bzw. -anfängerinnen entwickelt. Der Kurs ist konsequent auf den tatsächlichen Schulungsbedarf dieser Personengruppe ausgerichtet und legt grosses Gewicht auf die konkrete Umsetzung der Lerninhalte im Führungsalltag. Im Weiteren wurden in drei Sonderkursen Kaderangehörige aller Stufen in der Mitarbeiterbeurteilung und insbesondere in der Anwendung des städtischen Qualifikationssystems geschult.

Basierend auf den Legislaturzielen des Stadtrates wurde ein Rahmenkonzept für die Neuorientierung und den Ausbau der Personalentwicklung in der Stadtverwaltung erstellt und vom Stadtrat verabschiedet. Das Rahmenkonzept berücksichtigt den aktuellen Erkenntnisstand der einschlägigen wissenschaftlichen Disziplinen ebenso, wie Praxiserfahrungen grosser Unternehmungen und Verwaltungen. Es enthält die inhaltlichen und organisatorischen Leitlinien für die Gestaltung der Personalentwicklung in den kommenden Jahren.

Die sieben Führungsgruppen des Stadtrates, welche

ein bedeutendes Element der Kaderförderung sowie der Entwicklung der Stadtverwaltung darstellen, wurden auf eine neue organisatorische Grundlage gestellt und personell erweitert, so dass nun eine grössere Zahl von Kaderangehörigen von dieser Institution profitieren kann. Die Führungsgruppen bearbeiten einerseits Aufträge des Stadtrates und andererseits selbst gewählte Themen aus den Bereichen Führung und Organisation. Sie sind aber auch ein bewährtes Instrument der sozialen Vernetzung der Angehörigen des oberen Kadern und fördern die Integration und die Identifikation mit der Stadtverwaltung als Ganzes.

Lehrlingswesen

Die Zahl der Lehr- und Anlehrverhältnisse hat sich um 22 % markant erhöht. Am Schluss des Berichtsjahres standen 123 (101) Personen in einem Ausbildungsverhältnis nach Berufsbildungsgesetz. Die bedeutende Zunahme hat im Wesentlichen zwei Gründe: Mit dem Inkrafttreten des neuen Berufsbildungsgesetzes fallen die Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialbereich in Bundeskompetenz und werden vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie reglementiert. Der Bereich Alter und Pflege bietet neu die «Soziale Lehre Fachrichtung BetagtenbetreuerIn» sowie die Grundausbildung «Fachangestellte Gesundheit» an. Der Stadtrat hat im April auf die angespannte Situation auf dem Lehrstellenmarkt reagiert und in der Stadtverwaltung kurzfristig 27 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen, davon 7 Praktikumsplätze.

Am Programm «Rauchfrei durch die Lehre» nahmen 70 % der Lernenden teil. Bemerkenswert und erfreulich ist dabei die Tatsache, dass auch ehemalige Rauchende mitmachten. Leider sind aber einige wieder zu ihrer alten Gewohnheit zurückgekehrt und brachen den Versuch noch vor dem ersten Überprüfungszeitpunkt ab. Anlässlich der Preisverlosung konnte Stadtpräsident Wohlwend acht Lernende für ihre rauchfreie Zeit belohnen.

Im diesjährigen Lehrlingslager engagierten sich die Lernenden als «Voluntari» (Freiwillige) für die Gemeinde Samedan. 27 (29) Lernende und 4 Begleitpersonen verbrachten die Woche im Oberengadin. Sie säuberten Seeufer, stellten beschädigte Wanderwege instand, bepflanzten einen Damm mit Bäumen und entfernten alte Zäune auf Alpweiden.

17 KV-Lernende haben im Sommer ihre Ausbildung nach den Grundsätzen der Neuen Kaufmännischen Grundbildung begonnen (keine Vorjahreszahl). Die neue Lehre bedeutet eine Aufwertung der Lehrbetriebe und Branchen. Durch die 50-prozentige Mitbestimmung bei der Lehrabschlussnote wird die Lehre vermehrt praxisorientiert. Es bestätigt sich, dass die Einführung der neuen



«Voluntari» im Lehrlingslager 2003

Instrumente (Arbeits- und Lernsituation, Prozesseinheiten, Katalog der Leistungsziele, Ausbildungsprogramm) für die Berufsbildner bzw. -bilderinnen zusätzlichen Aufwand bedeuten und sie zeitlich stärker beansprucht sind. Andererseits sensibilisiert die neue Ausbildung die Lernenden für die Komplexität der Arbeitsprozesse in der Verwaltung und fördert das vernetzte Denken. Die angehenden Kaufleute lernen das selbstständige Arbeiten, das heisst: Sie übernehmen Verantwortung am Arbeitsplatz, gewinnen Selbstsicherheit und stehen auf eigenen Füßen. Davon profitiert nicht zuletzt auch der Lehrbetrieb.

MitarbeiterInnenberatung

Es fanden 350 (285) Beratungsgespräche mit städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt. 158 (83) davon betrafen Frauen, 192 (202) Männer. Daneben führte der MitarbeiterInnenberater 3 (5) Supervisionssitzungen durch, alle im Rahmen von Teamsupervisionen mit einer durchschnittlichen Dauer von eineinhalb Stunden. Er erteilte 8 (11) telefonische Auskünfte bzw. Beratungen. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der Gespräche damit wieder deutlich gestiegen.

Bei den Besprechungsthemen dominierten – nochmals mit einer wesentlichen Zunahme – Fragen im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz mit 201 (143) Besprechungen. Im Vordergrund standen erneut Auseinandersetzungen zwischen Mitarbeitenden und Vorgesetzten, welche – auch dieser Trend hielt an – vielfach mit organisatorisch bedingten oder unter strategischer Begründung angeordneten Veränderungen am Arbeitsplatz oder im Pflichtenheft zusammenhingen und teilweise auch zum krankheitsbedingten Ausfall von Mitarbeitenden bzw. zu deren Freistellung führten. Dazu kam die Begleitung schwierig zu führender Qualifikationsgespräche, nachdem solche seit längerer Zeit wieder lohnwirksam waren. Neu führte der MitarbeiterInnenberater auch Mediationsgespräche durch. Es folgten Finanzprobleme mit 53 (74) und Alkoholprobleme am Arbeitsplatz mit 29 (13) Besprechungen. 26 Besprechungen (in Vorjahr nicht speziell erfasst) betrafen Fragen im Zusammenhang mit körperlicher und/oder psychischer Krankheit. Im Zusammenhang mit familiären Angelegenheiten fanden 16 (33) Unterredungen statt. Die übrigen 25 (17) Gespräche waren verschiedenen Themen (Rechtsberatung, Hilfe bei der Wohnungssuche usw.) gewidmet.

Als Mitglied der Arbeitsgruppe Pensionierungsvorbereitung nahm der MitarbeiterInnenberater an 16 (12) Sitzungen bzw. Veranstaltungen teil. Die Arbeitsgruppe «Suchtprobleme am Arbeitsplatz» war nur operativ tätig.

Im dritten Jahr des Sozialstellenplans – der mit einem jährlich wiederkehrenden Kredit von 450 000 Franken dotiert ist – waren noch zwei Gesuche aus dem Vorjahr pendente. Ein bisheriger Fall belastet den Sozialstellenkredit zufolge voller Pensionierung des Bezügers im Laufe des Jahres 2003 nicht mehr. Es wurden drei neue Gesuche gestellt. Sie sind noch hängig. Im Rahmen des Sozialstellenplans wurden 340 000 Franken aufgewendet. Der MitarbeiterInnenberater führte im Zusammenhang mit dem Plan zwei (11) Gespräche mit Betroffenen und 4 (2) Gespräche mit Gesuchstellenden.

Beauftragte für Gleichstellung

Das Berichtsjahr zeichnete sich aus durch eine grosse Nachfrage an Beratungen. Während Vorgesetzte das Beratungsangebot im gleichen Umfang wie im Vorjahr in Anspruch nahmen, haben Beratungen im Zusammenhang mit Arbeitsplatzveränderungen und entsprechenden Qualifikationsfragen zugenommen. Als Folge der Umsetzung der Besoldungsrevision BEREWI bestand zudem

ein grosses Bedürfnis an Beratungen vor, während und nach den Mitarbeiterinnen- bzw. Mitarbeiter-Gesprächen.

Im ersten Teil des Jahres beanspruchte die Mitarbeit in der Einsprachekommission der Besoldungsrevision einen Teil der Kapazität der Gleichstellungsbeauftragten. Die Beurteilung der Neueinreihung der Funktionen im neuen Lohngefüge beinhaltete häufig Fragen der beruflichen und finanziellen Gleichstellung von Mann und Frau im Erwerbsleben.

Die Weiterbildungsangebote des Büros für Gleichstellung fanden grossen Anklang und waren rasch ausgebucht. Die enge Zusammenarbeit mit Stadt und Kanton Zürich, durch welche das Kursangebot erweitert werden konnte, hat sich bewährt. Ein besonderer inhaltlicher Fokus lag in diesem Jahr auf der Thematik «Gender Working», d.h. der Frage, wie die unterschiedlichen Ressourcen und Verhaltensweisen von Männern und Frauen Gewinn bringend im Arbeitsalltag eingesetzt werden können.

Die 10 städtischen Plätze in der Arbeitgeberkrippe «Chäferfäscht» sind sehr beliebt. Innerhalb der geplanten Anlaufzeit waren die Plätze ausgebucht. Die betroffenen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung äusserten sich durchwegs positiv über die Betreuung ihrer Kinder in der Arbeitgeberkrippe. Es besteht mittlerweile eine Warteliste, sowohl für Säuglingsplätze als auch für Betreuungsplätze in der altersgemischten Gruppe. Die Vergabe der Plätze geschieht durch die Beauftragten für Gleichstellung, die sowohl für eine hohe Auslastungsrate als auch für die Berücksichtigung sozialer Vergabekriterien besorgt sind.

Das Büro für Gleichstellung wurde mit einer hohen Anzahl an Stipendiengesuchen konfrontiert. Dem jährlich zu vergebenden Betrag von 25 000 Franken standen Gesuche in der Höhe von rund 260 000 Franken gegenüber. Die Abklärungen, um fachlich fundierte Entscheide für die Vergabe der Stipendien treffen zu können, waren entsprechend zeitaufwendig.

2003 lancierte und koordinierte das Büro für Gleichstellung das Projekt «Tochtertag». Der Stadtrat hatte entschieden, dass die Stadtverwaltung am 3. Nationalen Tochtertag teilnimmt. Ziel des Tochtertags ist es, die Auseinandersetzung von Mädchen und jungen Frauen mit zeitgemässen Lebensperspektiven zu fördern. Am Tochtertag nahm eine erfreulich grosse Anzahl von rund 80 Vätern und Müttern mit ihren Töchtern mit viel Interesse und Engagement teil.

Die Beauftragten für Gleichstellung sind aufgrund ihrer organisatorischen Zugehörigkeit zum Personalamt stärker in die allgemeine Personalarbeit eingebunden, erreichten damit eine wichtige Vernetzung und vertraten Gleichstellungsfragen in verschiedensten Themenbereichen. Zudem wurde die Teilnahme an Kaderselektionen schrittweise weiter ausgebaut, insbesondere dort, wo im Auswahlgremium keine Frau vertreten ist, um die Chancengleichheit im Kader der Stadtverwaltung zu fördern.

Der diesjährige Gleichstellungspreis wurde nicht vergeben, da keines der eingereichten Projekte den hohen Anforderungen des Winterthurer Preises vollauf genüge. Im Rahmen des Sparprogramms win.03 hat der Stadtrat entschieden, den Gleichstellungspreis abzuschaffen. Dies nicht, weil er das damit verbundene Anliegen für überholt hielt, sondern weil er der Ansicht ist, dass andere Massnahmen entwickelt werden müssten, um günstigere und in der Wirkung klarer wahrnehmbare Formen der Gleichstellungsförderung für die Stadt Winterthur zu finden.

Verschiedenes

Den üblichen breiten Rahmen beanspruchten die Mitberichterstattung zu und die Prüfung von zahlreichen Personal- und Stellenplangeschäften im Stadtrat, die

Auskunfterteilung, die Abklärung und Beantwortung von Fragen zur Anwendung des Personalrechts sowie die Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen. Die Personalkommission trat zu 3 (3) Sitzungen zusammen. Mit dem Kanton, der Stadt Zürich und den Zürcher Gemeinden fanden 2 (2) personalpolitische Koordinations-sitzungen statt. Die Konferenz der Personalverantwort-lichen der Departemente und Ämter trat unter dem Vorsitz des Personalchefs zu 4 (4) Sitzungen zusammen. Der Personalchef wirkte an der Selektion für 4 (5) Stellen im oberen Kader mit.

Das Personalamt erarbeitete eine Vernehmlassung an die Finanzdirektion des Kantons Zürich zu geplanten Anpassungen des kantonalen Personalrechts und zu Einschränkungen beim Dienstaltersgeschenk. Der Perso-

nalchef organisierte zusammen mit der Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung Zürich ein Weiterbildungs-seminar für die Mitglieder des Stadtrats, das am 1. und 2. Oktober stattfand. Im Hinblick auf die geplante Über-nahme des Lohnbüros für das Departement Kulturelles und Dienste, auf die Übertragung von Koordinations-aufgaben mit der Unfallversicherung sowie mit Blick auf die Realisierung von win.03-Massnahmen hat das Per-sonalamt im Voranschlag 2004 eine zusätzliche Stelle beantragt und bewilligt erhalten. Auch so bewegt sich das Personalamt hinsichtlich Stellenbestands im Vergleich zu andern Verwaltungen allerdings weiterhin deutlich am unteren Rand.

Personalstatistik 2003

	Stelleneinheiten (kumuliert)				Personen (Stichtag 1.1.2004)			
	Frauen	Männer	Total 2003	Total 2002	Frauen	Männer	Total 2003	Total 2002
Stadtkanzlei	5.6	9.6	15.2	14.6	11	14	25	26
Subtotal	5.6	9.6	15.2	14.6	11	14	25	26
Kulturelles und Dienste								
Departementssekretariat	1.8	3.0	4.8	2.6	2	4	6	5
Personalamt	39.1	16.5	55.6	57.5	40	20	60	57
Stadtarchiv	1.5	1.5	3.0	3.0	3	2	5	5
Integration	2.9	0.5	3.4	3.3	9	–	9	9
Kulturelles	67.2	51.5	118.7	115.8	238	104	342	357
Stadtammann- und Betreibungsämter	12.7	15.4	28.1	25.1	20	16	36	32
Friedensrichterämter	2.1	0.2	2.3	2.5	4	–	4	6
Subtotal	127.3	88.6	215.9	209.8	316	146	462	▲ 471
Finanzen								
Departementssekretariat	1.9	–	1.9	1.7	3	–	3	2
Finanzkontrolle	1.7	2.5	4.2	3.7	2	3	5	3
Finanzamt	7.9	8.5	16.4	17.0	10	9	19	21
Steueramt	27.4	19.1	46.5	42.1	38	22	60	51
Liegenschaftsverwaltung	25.1	16.0	41.1	35.2	128	44	172	198
Informatikdienste	3.7	37.4	41.1	39.1	7	42	49	▲ 46
Subtotal	67.7	83.5	151.2	138.8	188	120	308	▲ 321
Bau								
Departementssekretariat	3.6	2.0	5.6	5.1	5	2	7	6
Stadtplanungsamt	4.9	9.3	14.2	13.7	5	10	15	15
Tiefbau	8.1	187.5	195.6	193.0	11	189	200	202
Hochbau	8.2	21.0	29.2	28.5	10	21	31	31
Vermessungsamt	2.4	16.0	18.4	18.5	3	17	20	21
Baupolizeiamt	9.2	21.6	30.8	30.2	13	22	35	34
Subtotal	36.4	257.4	293.8	289	47	261	308	309
Sicherheit und Umwelt								
Departementssekretariat	1.0	2.0	3.0	2.5	1	2	3	3
Polizeirichteramt	5.3	1.8	7.1	7.5	6	1	7	7
Stadtpolizei	41.2	176.7	217.9	231.3	111	197	308	298
Feuerwehr	2.5	34.2	36.7	36.9	4	34	38	39
Zivilschutzamt	3.3	17.9	21.2	22.2	6	16	22	25
Gesundheitsamt	1.2	9.2	10.4	10.5	4	11	15	15
Kontrollamt	26.5	8.1	34.6	31.1	36	9	45	46
Arbeitsamt	51.7	57.5	109.2	95.3	64	64	128	114
Umweltschutz	0.6	1.0	1.6	1.0	3	2	5	2
Subtotal	133.3	308.4	441.7	438.3	235	336	571	549
Schule und Sport								
Departementssekretariat	5.6	1.3	6.9	8.0	9	2	11	10
Schulbehörden	6.2	1.8	8.0	3.2	11	3	14	14
Zentrale Dienste	55.7	11.6	67.3	64.8	149	14	163	146
Städtische Schulen) ausgenommen Lehrkräfte,	13.6		13.6	14.0	36	2	38	38
Kant. Volksschule) siehe unten	75.2	44.2	119.4	118.4	301	88	389	387
Schulbauten	2.9	9.7	12.6	11.8	10	11	21	24
Fachdienste	41.9	7.3	49.2	46.6	110	59	169	163
Berufsvorbereitung	12.6	5.4	18.0	17.5	25	6	31	30
Metallarbeitserschule	13.3	204.9	218.2	214.6	20	211	231	224
Sportamt	11.1	29.2	40.3	38.5	33	41	74	75
Subtotal	238.1	315.4	553.5	537.2	704	437	1141	1111
Soziales								
Departementssekretariat	2.0	3.2	5.2	4.3	3	5	8	7
Vormundschaftsamt	35.9	12.7	48.6	47.0	49	17	66	65
Sozialamt	105.2	66.8	172.0	165.5	196	97	293	294
Alter und Pflege	604.5	124.5	729.0	710.9	960	139	1099	1088
Subtotal	747.6	207.2	954.8	927.7	1208	258	1466	1454
Technische Betriebe								
Departementssekretariat	1.0	1.0	2.0	2.0	2	1	3	2
Städtische Werke	37.2	264.8	302.0	294.7	55	287	342	334
Verkehrsbetriebe	18.9	194.4	213.3	204.8	24	200	224	216
Forstbetrieb	1.5	26.6	28.1	28.0	2	27	29	32
Stadtgärtnerei	15.5	72.6	88.1	88.4	27	77	104	104
Subtotal	74.1	559.4	633.5	618.0	110	592	702	688
Total	1430.2	1829.4	3259.6	3173.4	2819	2164	4983	4929
Im Total enthalten: Lehrverhältnisse	114.1	250.8	364.9	350.4	264	126	390	360

▲ Der Bereich Informatikdienste wechselte per 1.7.2003 vom Departement Kulturelles und Dienste zum Departement Finanzen

Personen (Stichtag 1.1.2004)

	Frauen	Männer	Total 2003	Total 2002
Lehrkräfte, inkl. Fachlehrkräfte, Vikariate (Stichtag 1.1.2004)				
Die Stelleneinheiten bei den städtischen Lehrkräften werden nicht ausgewiesen, weil diese Arbeitsverhältnisse in ihrer Struktur stark von den Verwaltungsstellen abweichen. Ein direkter Vergleich kann zu Missverständnissen führen, insbesondere bei den zahlreichen Teilzeit-Arbeitsverhältnissen, deren Pensen sich häufig während des Jahres ändern.				
Städtische Schulen	507	103	610	625
Kant. Volksschule	529	176	705	688
Total	1036	279	1315	1313

Bemerkungen:

Stelleneinheiten kumuliert = Total der geleisteten Pensen aller während des Jahres beschäftigten MitarbeiterInnen (eingeschlossen alle während des ganzen Jahres und während nur einer beschränkten Dauer in Voll- und Teilzeit Beschäftigten, in Berücksichtigung von Ein- und Austritten sowie unbezahltem Urlaub) umgerechnet auf Vollbeschäftigten.

Für die Berechnung der Stelleneinheiten kumuliert werden folgende Arbeitsverhältnisse berücksichtigt:

- im Monatslohn (Voll- und Teilpensum): wenn Einreihung und Pensum vorhanden
- im Stundenlohn: aufgrund der abgerechneten Pensen der Stundenlohn-Lohnarten (geleistete Stunden, die auf eine fremde Kostenstelle verbucht werden, können nicht berücksichtigt werden)
- Sozialstellen und Besitzstandsfälle sind nur berücksichtigt, wenn obige Bedingungen zutreffen.

Stadtammann- und Betreibungsämter

Die anhaltend schlechte Wirtschaftslage hat dazu beigetragen, dass die betreibungsrechtlichen Zwangsvollstreckungen in der Stadt weiter angestiegen sind. In der Stadt Winterthur wurden im Jahre 2003 die höchste je gemessene Zahl an betreibungsrechtlichen Geschäftsfällen verzeichnet. Total wurde 28 219 Betreibungsverfahren eingeleitet, was einer Zunahme von 0,75 % entspricht. Die vollzogenen Pfändungen haben um 10,1 % zugenommen. Insgesamt wurden in der Stadt Winterthur 13 512 Pfändungsvollzüge getätigt. Auch die Anzahl Konkursandrohungen sind um 10,9 % angestiegen, auf total 690. Die Zahl der ausgestellten Verlustscheine beträgt 9905, was einer Zunahme von 29,9 % entspricht. Auffallend ist, dass vor allem die Betreibungen und Pfändungen in den Kreisen II, III und IV überproportional zugenommen haben. Auch die stadtmannamtlichen Geschäfte, wie Beglaubigungen, Befundaufnahmen, gerichtliche Ausweisungen, allgemeine Verbote, usw. haben zugenommen.

Die Ausübung der Tätigkeit wird zunehmend schwieriger und belastender. Persönliche Angriffe und Bedrohungen gegen die Amtsinhaber, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen vermehrt vor, so wurde bspw. in einem Fall auch eine Gefängnisstrafe gegen einen renitenten Schuldner ausgesprochen. Dem Spannungsfeld zwischen Schuldner und Gläubiger ausgesetzt, üben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Winterthurer Stadtammann- und Betreibungsämter eine im hohen Masse anspruchsvolle Vermittlungs- und Vollstreckungstätigkeit aus, welche ebenfalls eine soziale Komponente beinhaltet.

Die grosse Arbeitsbelastung, welche die Amtsinhaber zu bewältigen haben, hat sich abermals positiv auf den Gebührenertrag ausgewirkt. Im Jahre 2003 konnten die Winterthurer Stadtammann- und Betreibungsämter einen Gewinn von 477 320 Franken abliefern. Dies, obwohl der Bundesrat bei der Festlegung der eidgenössischen Gebührenverordnung zum SchKG beschlossen hat, dass lediglich $\frac{2}{3}$ der Kosten der Betreibungsämter durch Gebühren-Einnahmen gedeckt werden können und dass $\frac{1}{3}$ durch die Gemeinde oder die Stadt zu tragen ist. Trotz ständiger Mehrarbeit, konnte das Jahr 2003 mit einem Einnahmenüberschuss abgeschlossen werden, nicht zuletzt dank den ausgewogenen und langjährigen Mitarbeiterstrukturen.

Die jährlich durch das Finanzamt der Stadt Winterthur, das Bezirksgericht Winterthur sowie dem Betreibungsinspektorat des Obergerichts des Kantons Zürich durchgeführten Inspektionen ergaben durchwegs positive Ergebnisse.

Eintragungen im Eigentumsvorbehaltsregister der Stadt Winterthur 2003

	Verträge	Fr.
Personenwagen	31	10 234 472.35
Möbel	1	4 997.00
Fernseh-, Radioapparate, Tonbandgeräte, Musikinstrumente, Computer	2	144 540.46
Bau- und Transportmaschinen	6	924 448.75
Gewerbliche Maschinen und Mobiliar	24	708 085.00
Staubsauger und Waschmaschinen	0	0
Wohnwagen und Schiffe	1	30 000.00
Motorräder, Mopeds, Velos	0	0
Tresore und Kassetten	0	0
Landwirtschaftliche Maschinen	0	0
Kleider	0	0
Neueintragungen	65	12 046 543.56

Betreibungsamt

Frankenbeträge in Millionen		Kreis I	Kreis II	Kreis III	Kreis IV	Total
Bilanzsumme	Fr.	31,912	5,853	5,634	5,249	48,648
Gebührenertrag	Fr.	2,351	0,735	0,440	0,625	4,151
Zahlungsbefehle, davon		15 595	5 230	3 205	4 189	28 219
– Gewöhnliche Betreibungen		15 574	5 222	3 205	4 186	28 187
– Faustpfandbetreibungen		8	4		1	13
– Grundpfandbetreibungen		13	4	2	2	21
– Wechselbetreibungen						
Rechtsvorschläge		1 475	538	509	471	2 993
Arreste		14	1	2		17
Retentionen		19	9		1	29
Konkursandrohungen		359	205	58	68	690
Pfändungsankündigungen		9 387	3 061	1 821	2 479	16 748
Vollzogene Pfändungen, davon		7 169	2 488	1 763	2 092	13 512
– Lohnpfändungen		4 171	1 316	1 294	1 561	8 342
– erfolglose Pfändungen		2 923	1 147	411	532	5 013
Fahrnissteigerungen		1				1
Grundstücksteigerungen		2	1		1	4
Aufschubsbewilligungen		47	38	12	7	104
Verlustscheine		5 785	1 929	849	1 342	9 905
Summe des Verlustes	Fr.	17,521	4,812	3,297	5,684	31,314
Kollokationspläne		337	103	26	64	530
Requisitionen		961	266	254	160	1 641
Auskünfte über Zahlungsfähigkeit		11 154	4 113	2 752	3 200	21 219
Viehverschreibungen						

Stadtammannamt

Beglaubigungen	221	124	34	73	452
Privatrechtliche Anzeigen	26	23	3	8	60
Anzahl der freiwilligen Steigerungen	13				13
Befundaufnahmen	39	16	12	6	73
Gerichtliche Ausweisungen	26	14	9	9	58
Allgemeine Verbote	12	9	3	3	27

Friedensrichteramt

Das Berichtsjahr ist geprägt durch die Gesamterneuerungswahlen für die Amtsperiode 2003 – 2009 und die Neuorganisation der Friedensrichterämter.

Am 6. April fanden die Gesamterneuerungswahlen für die Amtsperiode 2003 – 2009 statt. Dabei wurde die bisherige Friedensrichterin von Oberwinterthur und Seen, Karin Fischer, im Amt bestätigt sowie Verena Mettler-Späni und Yvonne Beutler neu gewählt. Sie ersetzen Karl Briner, der sich nach langjähriger Tätigkeit nicht mehr zur Wiederwahl zur Verfügung gestellt hat, sowie den im Amt verstorbenen René Häni. Am 1. Juli trat auch die vom Stimmvolk am 22. September 2002 beschlossene Neuorganisation der Friedensrichterämter in Kraft. Statt vier Kreisämtern gibt es nun ein zentrales Amt mit drei 65%-Stellen sowie einem 20%-Sekretariat (bisher 235 Friedensrichter-Stellenprozente).

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 495 Fälle erledigt (2001: 496, 2002: 550). Davon waren 361 gewöhnliche Zivilklagen (73 %), 59 Ehescheidungsklagen (12 %), 17 Vaterschaftsklagen (3 %), 43 Kompetenzfälle (9 %) sowie 15 Ehrverletzungsklagen (3 %).

Im zentralen Amt konnte für 122 von 191 Fällen eine aussergerichtliche Lösung gefunden werden (64 %). Zum Vergleich: der kantonale Durchschnitt liegt bei rund 50 %. Bei den 69 Fällen, wo eine Weisung an das Gericht ausgestellt werden musste, wurde die Klage in 40 Fällen bestritten. In 29 Fällen erschien die beklagte Partei nicht zur Sühnverhandlung. Somit wurde in 76 % der Fälle, in denen eine Sühnverhandlung ordentlich durchgeführt werden konnte, die Klage endgültig erledigt und ein für die Parteien und den Staat aufwändiges und teures Gerichtsverfahren vermieden.

Die Reorganisation des Amtes bewährt sich: Die Erreichbarkeit ist gewährleistet, die Stellvertretung erleichtert und der fachliche Austausch von hohem Wert.

Friedensrichterämter

	Kreis I		Kreis II		Kreis III		Kreis IV		zentral	
A. Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten										
Zu behandelnde Klagen:										
1. Uebertrag aus dem Vorjahr	26		9		5		0		0	
2. Neu eingegangen	119	145	61	70	29	34	25	25	174	174
Erledigt:										
1. Durch Rückzug oder Abschreibung	20		12		4		5		21	
2. Durch Anerkennung	16		10		9		1		20	
3. Durch Vergleich	22		19		8		4		51	
4. Durch Weisung an das Gericht	83		27		13		14		66	
5. Durch Ueberweisung (Scheidungen)	4	145	1	69	0	34	1	25	6	164
Übertrag auf das folgende Jahr		0		1		0		0		10
B. Zivilprozesse bis und mit 500 Fr. Streitwert										
Zu behandelnde Klagen										
1. Uebertrag aus dem Vorjahr	1		1		0		0		0	
2. Neu eingegangen	11	12	8	9	2	2	2	2	21	21
Erledigt:										
1. Durch Urteil	5		8		0		0		8	
2. Durch Verfügung	7	12	1	9	2	2	2	2	10	18
Übertrag auf das folgende Jahr		0		0		0		0		3
C. Sühnverfahren über Ehrverletzungsklagen										
Zu behandelnde Klagen:										
1. Uebertrag aus dem Vorjahr	0		1		1		0		0	
2. Neu eingegangen	3	3	0	1	1	2	0	0	10	10
Erledigt:										
1. Durch Vergleich	3		1		1		0		4	
2. Durch Rückzug oder Abschreibung	0		0		0		0		2	
3. Durch Weisung an das Gericht	0	3	0	1	1	2	0	0	3	9
Übertrag auf das folgende Jahr		0		0		0		0		1
D. Audienzgespräche		30		19		20		45		79
Total erledigte Fälle		160		79		38		27		191
Vorjahr		246		119		69		116		

Stadtarchiv

Neben den regelmässigen Ablieferungen von Stadtkanzlei, Finanzamt, Liegenschaftenverwaltung, Einwohnerkontrolle, Schulamt und Schulpflegen, Gartendenkmalpflege und Städtischen Werken gingen grössere Akten- und Planmengen von Kultursekretär, Baupolizei, Gebäudeunterhalt und Stadtbibliothek (Technischer Arbeitsdienst der Dreissigerjahre) ein.

Die nichtamtlichen Bestände vermehrten sich um Nachlieferungen zum Schützenfest 1990 und das aus einem feuchten Keller gerettete Archiv des Musikvereins Harmonie Kyburg Seen. Die in Auflösung begriffene Druckerei Winterthur überliess uns in grosszügiger Weise nicht nur die erhaltenen Archivalien, sondern auch eine fast vollständige Reihe des Neuen Winterthurer Tagblatts sowie weitere Erzeugnisse ihrer Kunst für die Handbibliothek.

Allen, die das Stadtarchiv bei seiner Aufgabe unterstützt haben, danken wir auch an dieser Stelle sehr: Etwa Frau H. Toggenburger für eine Sammlung von Kauf- und Schuldbriefen des 17./18. Jahrhunderts von Obereich oder den eifrigen Erforschern der Familiengeschichte Bretscher von Winterthur und Umgebung für die mit viel Liebe und Sorgfalt gestalteten Genealogien in mehreren Bänden und Auflagen.

Die Handbibliothek wuchs um 186 Titel. Auch Reihenwerke, Zeitschriften, Amtsdruckschriften und Berichte verzeichneten den gewohnten Zuwachs, nicht zuletzt dank Zuwendungen von Bundesarchiv und Landesmuseum, Staatsarchive Zürich und Zug, Thurgauer Ortsnamenbuch, Kantonsarchäologie und Stadtbibliothek.

Im vorarchivischen Bereich fanden die üblichen ad-hoc-Konsultationen (z.B. Nove PIAS) statt. Für die Stadtkanzlei wurden Register für 14 Protokollbände erstellt. Die Beratung mit den Sekretärinnen der reorganisierten Kreisschulpflegen trug zur Komplettierung lückenhafter Protokollserien bei. Da und dort blieb die Suche leider einstweilen ergebnislos. Die personellen Restriktionen in der Verwaltung betreffen nicht zuletzt die Ablagen, die zu oft Hilfskräften oder sich selbst überlassen bleiben. Da die Besetzung der Stelle für Registraturplanung seit Jahren an den Budgetvorgaben scheitert, fehlt dem Stadtarchiv die Kapazität für die nötige Propaganda und «proaktive» Beratung bei der Aktenführung. Ohne systematische Organisation der Ablagen und Ablieferungen wird der einseitig auf Steigerung und Beschleunigung der Produktion und Multiplikation gerichtete technologische Fortschritt trotz aller Verheissungen mehr Probleme schaffen als lösen.

Bei den Restaurierungen konnten 12 schwierige Stücke extern saniert, unzählige durch eigene Kräfte instand gestellt werden. Wiederum wurden fast tausend Bauprojekte mit 3000 Plänen verarbeitet, selektiert und registriert, teils restauriert und verfilmt.

Die Mikroverfilmung produzierte (krankheitsbedingt nur) 50 000 Aufnahmen, davon 13 000 für die Stadtbibliothek und 2500 für die Sicherungsverfilmung der Vermessung. Sie ermöglicht es, den Wunsch nach Kopien von Archivalien, Plänen und alten Zeitungen zu erfüllen, ohne die Originale zu gefährden, und muss angesichts schwindender Raumreserven mehr und mehr auch als Ersatz in Betracht kommen. Der wachsenden Nachfrage nach digitalen Kopien und rascherem Zugriff dient die laufende Ergänzung von Hardware und Know-how. Damit liessen sich ab und zu auch Originale gegen CDs eintauschen (Strasseninspektorat).

Zwei Mitarbeitende aus dem Arbeitsprogramm KAP waren mit Datenerfassung und Digitalisierung beschäftigt. Mit einem Praktikum beteiligte sich das Stadtarchiv auch

am neuen Ausbildungslehrgang für Informationsassistenten und -assistentinnen.

Die vielfältige Kundschaft – Amtsstellen, Studenten, Familienforscher, Gutachter oder Bauherren – brachte wiederum eine bunte Fülle von Anfragen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, die sich wie immer nur stichwortartig andeuten lässt. Am häufigsten betrafen sie wiederum Personen, Familien oder Gruppen (Juden, Auswanderer, Ausländer, Vermisste). Für die mühe- und verdienstvolle Aufarbeitung der Matrikel der Universität Zürich (Dr. U. Helfenstein) lieferte das Stadtarchiv Angaben zu 114 Absolventen. Weitere Recherchen galten Vereinen (Flurnossenschaften), Firmen (Aspasia, DW) oder Institutionen wie Ämtern oder Schulen. Der Überlebenskampf unter Sparzwang provozierte da und dort Nachforschungen über die eigenen Rechtsgrundlagen. Verschiedene Gutachter bzw. Gutachterinnen der Denkmalpflegen benötigten Unterlagen für Inventare (Siedlungsinventare Seen und Wülflingen) sowie einige Dutzend Einzelobjekte und die Geologen für den Altlastenkataster. 165 Bauherren und Architekten suchten nach Plänen. Eine Publikation über Kunst im öffentlichen Raum regte etliche Nachfragen an. Eine Dissertation über Bürgerliches Wohnen 1850–1920 fand in Konkursinventaren wertvolle Hinweise, eine andere ging der hiesigen Kinogeschichte nach. Weitere Nachforschungen betrafen die Stadtentwicklung im Allgemeinen oder in bestimmten Epochen bzw. Aspekten: Siedlungen und Quartiere (Reutlingen, Inneres Lind), Flur- und Strassennamen (Arch, Birchermüesli, Brüel), Flugplatz Hegmatten und Friedhöfe, Sport- und Gartenanlagen, Brunnen und Denkmäler (J.C. Heer, Giesser). Einen Schwerpunkt bildeten wiederum Fragen nach einzelnen Gebäuden, ihren Bewohnern oder Betreibern (Gemeindehaus Töss, Armenhaus Veltheim, Wetterhäuschen). Zu den «Dauerbrennern» gehören Albanifest, Fasnacht und die Wappen, die von Quartierpolizisten oder Wolfliedhabern gefragt waren. Die über die Stadtgrenzen hinaus reichenden älteren Quellen dienten etwa Nachforschungen über das Einsiedler Amt in Brütten. Der Stadtarchivar half bei der Identifikation von Antiquitäten, von Kutschen bis zu Silberschalen, und lieferte Auftragsarbeiten zu aktuellen Anlässen, zum Verhältnis Winterthur und Thurgau/Frauenfeld bzw. Zürich oder zur «école de Winterthur» (Kantonsverfassung von 1869). Für das Jahrbuch verfasste er einen Aufsatz über das abgebrochene Merz-Rieter-Gut und den Stadtgarten.

Das Semperjahr brachte die Beteiligung an verschiedenen Ausstellungen und Führungen mit Plänen, Fotos und Modellen, in München und Zürich, im Stadthaus und im Stadtarchiv.

Die Benutzung verzeichnete die üblichen Schwankungen.

<i>Benutzung und Auskünfte</i>	2003	2002
Benützende		
– aus der Verwaltung	502	510
– zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	1126	1100
Total	1628	1610
<i>Benutzte Archivalien</i>		
Urkunden und Verträge	30	36
Protokolle, Register und weitere Archivbücher	1503	1645
Einzelne Aktenstücke	611	562
Ganze Aktenmappen	483	468
Pläne, Fotografien	690	730
Filme	724	725
Handbibliothek, Drucksachen	1349	1429
<i>Auskünfte</i>		
– Mündliche	465	475
– Schriftliche	231	227
Führungen	3	11
Ausstellungen	4	4

Integration

Der Bereich der Integration befindet sich zurzeit in einer Übergangsphase. Nach der Pionierphase der letzten 15 Jahre, in welcher wichtige Aufbauarbeit geleistet wurde, folgt nun eine Phase der Professionalisierung. Dazu gehört die Einführung von Führungs- und Organisationsstrukturen, welche eine wirkungsorientierte und wirtschaftliche Leistungserbringung garantieren. Dadurch wird auch eine permanente Weiterentwicklung der Qualität der Leistungen sichergestellt.

In diesem Sinne wurden für die Integration in den letzten zwei Jahren entscheidende neue interne und externe Strukturen geschaffen.

Der Stadtrat wählte einen Integrationsausschuss, dem die Vorstehenden der Departemente Kulturelles und Dienste, Schule und Sport, sowie Soziales angehören. Ziel ist die Vernetzung und Förderung der vielfältigen Integrationsleistungen der Stadtverwaltung.

Der Ausländerbeirat nahm seine Arbeit als Beratungsorgan des Stadtrats auf. Die verschiedenen Fachkommissionen des Beirates sind bereits sehr aktiv.

Koordinationsstelle für Integration

Nachdem der Stadtrat für die zweijährige Startphase Peter Baltensberger als Integrationsdelegierten mit 50 Stellenprozenten eingesetzt hatte, wurde die Stelle per 1. September kostenneutral auf 80 Stellenprozente aufgestockt und mit Nadja Witzemann neu besetzt.

Ebenfalls seit dem 1. September umfasst die Koordinationsstelle für Integration die drei Abteilungen Projekte, Beratungen und Interkulturelle Kommunikation. Die Projektberatung für Ausländervereine wurde weitergeführt, ebenso die individuelle Beratung auf Deutsch und in verschiedenen Muttersprachen. Im Rahmen der Beratungen bot der Rechtsdienst weiterhin Unterstützung in Fragen der Aufenthaltsbewilligung an. Der Grundstein für eine Vermittlungsstelle für Dolmetscher und Kulturdolmetscher wurde gelegt.

Das Büro der Integrationsdelegierten befindet sich nun wie die Koordinationsstelle an der Wildbachstrasse 32. Damit ist die Integration unter einem Dach untergebracht, was nicht nur logistische Vorteile mit sich bringt.

Während die Koordinationsstelle bis zur Reorganisation die Geschäftsstelle des Interkulturellen Forum Winterthur führte, wurde die Entflechtung beider Stellen 2003 abgeschlossen. So sind Verwaltung und privater Verein organisatorisch, logistisch und personell klar getrennt. Die Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Forum entwickelte sich äusserst positiv. So konnte die Stadt Winterthur Ende Jahr mit dem Interkulturellen Forum einen Leistungsvertrag über die künftige Zusammenarbeit abschliessen.

Zusammenarbeit mit Bund und Kanton

Die Task Force Integration des Kantons, welcher der Integrationsdelegierte von Winterthur angehört, beurteilt die Integrationsprojekte im Kanton Zürich. Dabei wurden im Jahr kantonale Mittel von über 600 000 Franken gesprochen.

Die Städte Winterthur und Zürich, sowie die Kantonale Arbeitsgemeinschaft für Ausländerfragen erarbeiteten einen gemeinsamen Internetauftritt, der als Informationsplattform dient. Dieser neue Auftritt stärkt den Informationsaustausch von Projektträgern, Vereinen und Ausländern bzw. Ausländerinnen.

Die Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen und anderen grossen Städten wurde stark ausgebaut. Winter-

thur ist Gründungsmitglied der 2002 gegründeten schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten.

Mit dem Bundesamt für Ausländerfragen IMES wurde ein Leistungsvertrag zur Integrationsförderung abgeschlossen.

Dank lokaler Projektberatung wurden vermehrt Projekte zur Mitfinanzierung an die Eidgenössische Ausländerkommission und an den Kanton eingereicht.

Ziele und Aufgaben der Integration

Wiederum bildete die Umsetzung des Integrationsleitbilds die Kernaufgabe der Integrationsdelegierten und der Koordinationsstelle für Integration. Die Schwerpunkte wurden aus dem Massnahmenplan des Leitbilds abgeleitet, die Integrationsarbeit in allen Integrationsbrücken wiederum ausgebaut.

Die gewährten Bundesmittel ermöglichten zusätzliche Aktivitäten im Bereich der Integrationsförderung. Als Beispiele seien erwähnt: Organisationsentwicklung, Benchmark bei Beratungsaufgaben, Vernetzungsaufgaben in der Stadt und Region Winterthur sowie Verbesserung der Informationen innerhalb des Kantons.

Der städtische Begrüssungskurs «Leben in Winterthur» für neu zugezogene Fremdsprachige, welcher einen Überblick über die Strukturen der Stadt und das soziale Netz bietet, wurde monatlich weitergeführt. Allerdings wurde der Kurs als Gesamtveranstaltung auf Deutsch angeboten und nicht mehr sprachgruppenspezifisch. Als Pilotversuch wurde ausserdem ein Fortsetzungskurs mit Sozialinformation angeboten, in welchem z.B. das Wissen über das Schul- und Gesundheitssystem vertieft werden konnte. Beide Kurse fanden ein gutes Echo.

Zahlreiche Projekte von Ausländervereinen, die für ihre Landsleute Kurs- und Informationsveranstaltungen abhielten, wurden unterstützt.

In allen Schulkreisen wurden die Deutschkurse «Mein Kind lernt Deutsch – ich auch» weitergeführt, dank der guten Zusammenarbeit mit der Berufs- und Fortbildungsschule, den Schulpräsidenten und -präsidentinnen und vor allem der sehr interessierten Lehrerschaft. In Oberwinterthur erfüllte der Verein «Deutsch für fremdsprachige Mütter» erfolgreich diese wichtige Aufgabe.

Das Deutschkursangebot für türkische Frauen in Moscheen und Treffpunkten wurde weitergeführt. Dabei erteilte eine Lehrerin der Koordinationsstelle für Integration während des ersten halben Jahres Unterricht in der gewohnten Umgebung der Frauen. Später können die Frauen weitere Kurse aus dem allgemeinen Kursangebot besuchen.

Aus den Mitteln der Integrationsmassnahmen wurden 2003 wiederum kleinere und grössere Projekte lokaler Vereine gefördert. Dabei handelte es sich einerseits um Projekte im Bereich Spracherwerb und Elternbildung. Andererseits wurden interkulturelle Anlässe und Jugendprojekte unterstützt. So erhielten neben den bereits erwähnten Deutschkursen für Frauen und Mütter folgende Projekte finanzielle Unterstützung: Deutschkurs für Mitarbeitende im Altersheim Adlergarten, Integrationsprojekt für Mütter mit Babies, Malatelier für traumatisierte Kinder, Integrationsbibliothek, interkulturelle Quartierarbeit, Spielgruppenförderung sowie diverse Jugendprojekte. Besonders erwähnt sei hier die Zukunftskonferenz «Voll da», welche die Jugendintegration zum Thema hatte.

Im Rahmen der Leistungsverträge mit dem Bund werden seit zwei Jahren Ausländervereine und Organisationen aus Stadt und Region Winterthur unterstützt und beraten, neue qualifizierte Integrationsprojekte zu entwickeln. Dadurch nahm die Zahl der Integrationsprojekte stark zu. Es flossen namhafte finanzielle Beiträge des Bundes und des Kantons zugunsten von Winterthurer Projekten.

Vernetzung und Kontakte

Der städtische Internetauftritt www.integration-winterthur.ch wird rege zur Informationsbeschaffung und Vernetzung benützt. Das Konzept ermöglicht es mit einem flexiblen Ausbau künftigen Bedürfnissen zu entsprechen.

Gemeinsam mit der Stadt Zürich und der kantonalen Arbeitsgemeinschaft KAAZ wurde die Internetplattform unter der Adresse www.integration-zh.ch ausgebaut, auf welcher Projekte aufzeigt, Adressen von Ausländervereinen vermittelt und weiterführende Unterstützung angeboten wird.

Die kantonalen und städtischen Integrationsbeauftragten trafen sich während des Jahres regelmässig zum Erfahrungsaustausch. Sie sind in der Konferenz der Integrationsdelegierten zusammengeschlossen, welche sich als Ansprechpartnerin der Eidgenössischen Ausländerkommission und des Bundesamtes für Ausländerfragen versteht.

Ebenso trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Ausländerdienste regelmässig auf Bundesebene zu Weiterbildungstagen, welche auf Einladung der Eidgenössischen Ausländerkommission stattfanden.

Neben der Vernetzung auf kantonomer und Bundesebene spielte die lokale Vernetzung eine zentrale Rolle. Neue Kontakte zu Vereinen, Hilfswerken und anderen Partnern wurden geknüpft, um den Informationsaustausch zu erleichtern und durch eine verbesserte Koordination von lokalen Aktivitäten mögliche Synergien zu finden.

Ausländerbeirat

Für den Ausländerinnen- und Ausländerbeirat der Stadt Winterthur stand im Jahr 2003 das Beschaffen, Aufarbeiten und Austauschen von Informationen im Zentrum

seiner Aktivitäten. In Anlehnung an die Kommissionen des Grossen Gemeinderats hat er verschiedene Sachkommissionen eingesetzt (Schule, Sport, Soziales, Stadtentwicklung/Infrastruktur, Bürgerrecht, Kommunikation). Sie sammeln und sichten in einem ersten Schritt Anliegen und Wünsche der ausländischen Wohnbevölkerung im betreffenden Bereich, informieren sich über bestehende Angebote und Projekte und berichten dem Beirat, mit welchen konkreten Massnahmen die Integration in der Stadt Winterthur noch verbessert werden kann.

Die Kommission Schule und Bildung beispielsweise hat sich mehrmals mit den Verantwortlichen des Schuldepartements, mit einer Kreisschulpflege sowie dem schulpсихologischen Dienst getroffen und wird als erste Kommission Anfang 2004 dem Beirat berichten. In den Bereichen Soziales, Sport und Stadtentwicklung wird ähnlich vorgegangen. Die Bürgerrechtskommission des Beirats begleitet das städtische Projekt zur Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens und wirkt mit drei Mitgliedern in der entsprechenden städtischen Arbeitsgruppe mit. Die Kommunikations-Kommission hat ein Konzept erarbeitet, das der Beirat im November 2003 beschlossen hat.

Insgesamt fanden rund dreissig Kommissionsitzungen und vier Sitzungen des Beirats statt. Dabei hat sich der Beirat nebst der Kommissionsarbeit über folgende Themen direkt orientieren lassen: Begrüssungskurse für Neuzugezogene, Organisationsentwicklung im Integrationsbereich, Leistungsauftrag des Interkulturellen Forums, Prioritäten der Integrationspolitik des Bundes und dort mögliche Projekteingaben, Überblick über alle Integrationsprojekte in Winterthur.

An öffentlichen Tagungen und Podien haben verschiedene Büromitglieder des Beirats die Arbeit des Beirats vorgestellt und Integrationsthemen diskutiert.

Kulturelles

Museen und Sammlungen

Die Winterthurer Museen verzeichnen mit 416 251 (Vorjahr 440 385) Besucherinnen und Besuchern im Berichtsjahr trotz leichtem Rückgang ein gutes Resultat. Die anhaltend heisse und sonnige Sommer- und Herbstzeit sowie Umbauten in Museen waren u.a. für den Besucherrückgang verantwortlich. Besonders die Museen der Bildenden Kunst weisen rückläufige Zahlen auf. Der grosse Publikumshit war im 2003 die Ausstellung «Globi». Das Museum (inkl. Uhrensammlung) konnte damit eine Steigerung von rund 20 500 Personen verzeichnen. Die zum zweiten Mal durchgeführte MuseumsTagNacht im September war wiederum ein Erfolg und stiess auf grosses Publikumsinteresse. Von 12 bis 24 Uhr boten die Museen ein abwechslungsreiches Programm für Jung und Alt mit Musik, Lesungen, Führungen und Kulinarischem.

Museumspädagogik

Wiederum konnte für Schulklassen, Kindergartenklassen und für Lehrpersonen ein abwechslungsreich gestaltetes Programm angeboten werden. Für Winterthurer Schulklassen fanden 567 (468) Führungen mit 8148 (6972) Schülerinnen und Schülern statt. Für auswärtige Schulklassen wurden 52 (84) Workshops mit 967 (1560) Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Da die Nachfrage der Winterthurer Schulklassen stark gestiegen ist und diese Priorität haben, nahm – aus mangelnder Kapazität – die Zahl der auswärtigen Schulklassen ab. Das museumspädagogische Angebot boten folgende Museen an: Gewerbemuseum, Uhrensammlung Kellenberger, Naturwissenschaftliche Sammlungen, Münzkabinett und Antikensammlung, Sammlung Oskar Reinhart «Am Römerholz», Villa Flora, Kunstmuseum, Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Museum Briner und Kern, Museum Internationales Baum-Archiv, Fotomuseum und Schloss Kyburg. Das Technorama bot – wie jedes Jahr – ein interaktives Programm für Schulklassen. Das Angebot für Kindergartenklassen hat auch im Berichtsjahr wiederum reges Interesse gefunden und so besuchten 156 (111) Klassen mit 1606 (1158) Kindergarten-schülerinnen und -schülern die angebotenen Workshops. An den 7 Lehrer- und Lehrerinnenführungen nahmen 84, an den 2 Kindergärtner- und -gärtnerinnenführungen 20 Personen teil.



Das Museum vor dem Museum.
Zur Eröffnung des neuen Kindermuseums der Naturwissenschaftlichen Sammlungen gehörte der Museumsplatz einen Sonntag lang Kerala und den Kindern.
(Aufnahme D. Schaffner NWS)

Naturwissenschaftliche Sammlungen

Auf dem Weg zum kinderfreundlichen Naturmuseum wurde das erste Etappenziel fristgerecht erreicht: das Kindermuseum. Kerala bezog seine neue Stube am 4. Mai bei strahlendem Wetter und mit einem bunten Familienfest. Da im April auch die letzten Säle der alten Dauerausstellung schliessen mussten, beschränkte sich das Museum im 2003 hauptsächlich auf Wechselausstellungen. Trotzdem besuchten 18 959 grosse und kleine Gäste die Ausstellungen und 5419 Kinder spielten in Keralas Reich (2002: 7769).

Ausstellungstätigkeit

Am 12. März eröffnete der Schweizer Generalkonsul die Ausstellung Bienen und Wespen als Baumeister im Naturkundemuseum Leipzig. Während der Herbstmonate war sie im sächsischen Weissenfels zu sehen. Über die Biologie der Pferde und ihre lange Kulturgeschichte informierte das Museum bis Ende März im Temporärsaal. Während der Sommermonate wurde die Solothurner Bionikausstellung «HightechNatur – Wachsen und Bauen» gezeigt. Am 23. November wurde, gemeinsam mit dem Jugendorchester der Musikschule Prova, die Kleinsäugerausstellung «Nur eine Maus...» eröffnet. Zu allen drei Themen bestand ein reiches museumspädagogisches Rahmenprogramm.

Anzahl Besuchende seit 1989

Anzahl Besucher	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Technorama	156 310	142 283	118 206	132 100	126 654	134 900	158 729	174 832	193 637	224 440	243 502	238 940	247 213	231 407	204 224
Sammlung O. Reinhart am Römerholz	35 684	36 839	35 305	30 674	35 187	31 650	31 117	30 364	3 980	4 542	50 861	31 798	30 072	35 134	34 456
Museum O. Reinhart am Stadtgarten	17 260	17 778	16 001	13 603	6 085	0	18 919	20 025	24 511	27 250	13 632	13 767	13 293	13 031	11 837
Kunstmuseum	13 174	19 201	23 618	16 760	20 755	31 877	19 055	73 523	30 594	24 012	26 923	36 319	26 382	23 004	21 253
Fotomuseum	0	0	0	0	20 100	28 150	22 300	25 750	27 150	28 700	28 100	26 800	28 650	28 850	31 500
Fotostiftung Schweiz (ab 14.11.03)															8 736
Villa Flora	0	0	0	0	0	0	10 446	10 699	8 736	8 110	10 871	10 424	9 698	16 835	11 772
Gewerbemuseum															
(ab Sept. 99 inkl. Uhrensammlung)	24 028	21 953	29 255	29 922	27 414	23 958	28 173	35 531	18 995	2 253	7 695	26 027	35 174	37 364	50 982
Naturw. Sammlungen	17 546	18 200	23 851	30 235	24 450	19 691	20 631	38 582	27 285	29 440	37 352	32 128	28 867	28 582	18 959
Museum Lindengut	5 262	3 366	5 024	5 212	4 012	3 760	4 635	6 630	3 828	4 300	3 311	5 275	4 368	7 164	3 588
Münzkabinett	1 117	1 254	825	1 984	1 425	1 463	2 355	1 803	2 632	2 429	2 552	2 421	2 700	2 703	2 457
Museum Briner und Kern	3 898	3 279	3 571	3 722	3 935	5 170	4 965	5 445	5 333	6 797	4 174	4 012	4 047	5 366	5 489
Mörsburg	4 715	5 141	5 081	5 168	5 583	4 669	4 790	5 025	5 324	4 551	4 993	4 787	4 587	5 977	5 505
Schloss Hegi (März–Dez.)	1 937	1 800	2 100	2 300	2 150	2 320	2 410	2 125	2 299	2 215	2 195	2 067	1 997	2 498	2 480
Internationales Baum Archiv											1 598	2 085	2 600	2 470	3 013
Total / Jahr	280 931	271 094	262 837	271 680	277 750	287 608	328 525	430 334	354 304	369 039	437 759	436 850	439 648	440 385	416 251

Sammeln und Bearbeiten

In erster Linie wurden Schlüsselobjekte der geplanten Dauerausstellung bestimmt, dokumentiert und restauriert.

Rohrbach Zement GmbH gestattete den Naturwissenschaftlichen Sammlungen in ihrem Dottenhausener Steinbruch ein Wandsegment abzubauen für die spätere Präsentation der Seelilien und Fische aus dem Posidonienschiefer. Modelle von Kleinstlebewesen für den Abschnitt «Heimische Lebensräume» wurden nach elektronenmikroskopischen Aufnahmen gefertigt. Volkart Holding AG bereicherte die Ethnographica-Sammlung um zwei Karten und vier Ansichten indischer Städte. Ausgeliehen wurden 52 Einzelobjekte und Herbarbelege (2002: 45).

Vorträge, Führungen und Kinderaktionen

810 (835) Schüler und Schülerinnen und Lehrerschaft besuchten das Museum in 77 (77) Doppelaktionen zum Thema «Wirbeltiere: Die Welt der Säugetiere». 480 Kinder (500) in 47 (50) Gruppen besuchten die Kindergartenführungen «Alle Vögel sind schon da». Die Museumspädagogin organisierte 2 (1) Lehrerführungen mit 24 (8) Teilnehmenden und zusammen mit der Projektleiterin des Kindermuseums 1 (1) Kindergärtner- und -gärtnerinnenführung mit 11 (17) Teilnehmenden.

Durchschnittlich besuchten 43 (2002: 35) Gäste die 12 (2002: 12) traditionellen Museumsvorträge am Samstag-nachmittag. Im Schnitt nahmen 17 Personen an den Mit-tagsführungen teil.

Münzkabinett und Antikensammlung

Das Münzkabinett hatte auf Grund tieferer Frequenzen im Juli und August einen Besucherrückgang zu verzeichnen (2457 gegenüber 2703 im Vorjahr). In der Partnerstadt Hall richtete das Münzkabinett eine grosse Gastausstellung mit «Kostbarkeiten aus dem Münzkabinett Winterthur» ein. Am 13. Internationalen Numismatischen Kongress, der im September in Madrid stattfand, wurde der Konservator in den Vorstand der Commission internationale de numismatique (CIN) gewählt.

Ausstellungen und Veranstaltungen

Das Jahr begann mit der Sonderausstellung «Neu in der Sammlung: Erwerbungen und Geschenke 2002» (25. Januar bis 9. März). Am 4. April wurde die neue Wechselausstellung «1803–1848: Von Napoleon zum Bundesstaat» eröffnet; am 15. Juni begleitete ein Museumskonzert mit dem Ensemble «I corteggiani» die Wechselausstellung («An der Zeitenwende»). Wichtigster Anlass war daneben eine grosse Gastausstellung des Münzkabinetts («Griechische Münzen – Griechische Welt») in der Partnerstadt Hall in Tirol, die am 4. Oktober von den beiden Stadt-oberhäuptern festlich eröffnet wurde und bis Ende November zu sehen war. Während der «MuseumTagNacht» der Winterthurer Museen am 27. September strömten viele Leute bis Mitternacht in die Veranstaltungen des Münzkabinetts. Am 28. November wurde die Gastausstellung «Verborgen: Ein Schatzfund am Vorabend des Bundesstaates» eröffnet, die in Zusammenarbeit mit dem Inventar der Fundmünzen der Schweiz (IFS) und der Kantonsarchäologie Luzern entstanden war.

Besuch

Ausstellungen und Sammlungen zogen 2457 Besucherinnen und Besucher an (im Vorjahr: 2703). In den Ausstellungen fanden insgesamt 77 Führungen und Workshops

statt (davon 15 Führungen im Rahmen von «Museum am Mittag», «Museum am Abend» und neu «Museum am Sonntag», dazu drei Sonntags-Matineen mit Apéro). 785 Schülerinnen und Schüler nutzten die Museumspädagogik, deren Angebot um eine neue Dokumentation ergänzt wurde.

Erwerbungen

Die numismatischen Sammlungen vermehrten sich um 1460 Objekte. Davon waren 1243 Ankäufe (darunter rund 990 moderne Münzen im Rahmen des Aufbaus einer Sammlung des 19. und 20. Jahrhunderts); 217 Objekte wurden dem Münzkabinett von Privaten und Institutionen geschenkt. Die Bibliothek wuchs um 643 Bücher und Broschüren (davon 122 als Geschenke und im Tausch).

Dienstleistungen

Insgesamt 175 Personen aus dem In- und Ausland benutzten die Sammlungen und die Bibliothek. 1050 Bücher wurden am Ort oder nach Hause entliehen. Der Konservator und der wissenschaftliche Assistent beantworteten zahlreiche schriftliche und mündliche Anfragen aus dem In- und Ausland; dazu gehörten 40 teils aufwändige Recherchen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Schweiz sowie Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland und den Niederlanden. Für Ausstellungen in Bern (Museum für Kommunikation), Brugg (Vindonissa-Museum), Dietikon (Ortsmuseum) und St. Gallen (Museum für Völkerkunde) wurden insgesamt 53 Objekte ausgeliehen.

Wissenschaftliche Kontakte, Lehre

Das Liechtensteinische Landesmuseum in Vaduz, an dessen Ausstellungskonzept der Konservator mitgearbeitet hatte, öffnete am 29. November seine Tore. Kleinere wissenschaftliche Beratungen leistete das Münzkabinett für das Projekt Antiquit@s (Virtueller Campus Schweiz), das Historische Museum Aargau auf Schloss Lenzburg, die Kantonsarchäologie St. Gallen und den Archäologischen Dienst des Kantons Bern. Der Konservator hielt im Rahmen seines Lehrauftrags ein Kolloquium am Historischen Seminar der Universität Zürich und wurde zu Vorträgen in Winterthur, Liestal, Zürich, Zug, Madrid und Hall in Tirol eingeladen. – Die am Münzkabinett 2002 erarbeitete Ausstellung «Euro – Fertig – Los» wurde im Kulturgeschichtlichen Museum in der Burg Zug in leicht veränderter Form gezeigt (30. März bis 5. Oktober).

Sammlungen

Ende Jahr waren 1617 numismatische Objekte neu inventarisiert; 1291 davon wurden in die Datenbank integriert. Im September wurde eine Digitalkamera in Betrieb genommen; bis Ende Jahr wurden damit gegen 1000 Aufnahmen gemacht, die den Grundstock eines künftigen digitalen Bildarchivs bilden.

Fundmünzenbearbeitung

Im Auftrag der Kantonsarchäologie bestimmte das Münzkabinett die im Kanton Zürich neugefundenen Münzen, darunter ein grösseres Ensemble aus einer neuen Grabung in Oberwinterthur. Für drei Arbeiten wurden kurze Beiträge erarbeitet; eine Veröffentlichung mit einem Fundmünzen-Beitrag wurde im Berichtsjahr publiziert (Winterthur-Veltheim, Reformierte Kirche).

Gewerbemuseum und Uhrensammlung Kellenberger

Das Jahr 2003 war für das Gewerbemuseum ein Rekordjahr. Die beiden Ausstellungen «Food Design» und «Globi – Begegnung mit einem Schweizer Phänomen» brachten Besucherströme ins Haus wie nie zuvor: insgesamt 50 982 Personen. Sehr gut besucht war auch die MuseumsTagNacht mit rund 1800 Personen. Ende 2003 endet die Ära des freien Eintritts in die Museen der Stadt Winterthur. Wie sich diese Massnahme auf die Besucherzahlen auswirken wird, ist abzuwarten. Sicher ist, dass sich die Rekordzahlen des Jahres 2003 auch bei Gratis-eintritt nicht ohne weiteres wiederholen lassen. Der Erfolg des Hauses ist nicht zuletzt auch ein Produkt der enormen Medienpräsenz in den regionalen und überregionalen Printmedien sowie in den elektronischen Medien der deutschen, französischen und italienischen Schweiz. Das Gewerbemuseum hat sich zu einem Magnet entwickelt – sowohl für ein ausgewiesenes Fachpublikum als auch für ein breites Laienpublikum aller Altersklassen. Ausgebaut und intensiviert wurden zudem die Kontakte und Kooperationen mit anderen Museumsinstitutionen, mit Fachkreisen und Hochschulen.

Ausstellungen, Veranstaltungen, Museumspädagogik

Tendenziell versucht das Museum weniger Ausstellungen jährlich durchzuführen, diese dafür durch ein Vermittlungs- und Veranstaltungsangebot zu bereichern. Bis Ende März wurde die museumseigene grosse Eigenproduktion «Food Design» gezeigt, welche anschliessend ebenfalls mit Erfolg im Kornhausforum Bern Station machte. «Schuhwerk – extravagant, verspielt, erotisch» eine Produktion des mudac Lausanne (Musée de design et d'arts appliqués contemporains) wurde ergänzt u.a. mit Objekten aus dem Bally-Archiv und dem Schuhprojekt einer jungen Winterthurer Designerin. Die vom Büro raumprodukt und von der Kulturwissenschaftlerin Waltraut Bellwald in Zusammenarbeit mit dem Globi-Verlag konzipierte und realisierte Wanderausstellung «Globi» war Treffpunkt von alten, mittelalterlichen, jungen und jüngsten Globi-Fans. Die spielerisch gestaltete Ausstellung öffnete die Augen für ein offensichtlich noch immer aktuelles Phänomen aus der Pionierzeit des schweizerischen Comics und der Werbegrafik. Kurz vor Jahresende wurde die Ausstellung «Criss & Cross. Design aus der Schweiz» eröffnet, eine Wanderausstellung der Zeitschrift Hochparterre und des Designbüros re.form. Die seit 2002 permanent eingerichtete Materialmustersammlung im zweiten Obergeschoss erweist sich als gutes Anschauungsmaterial für Berufsleute und Studierende gestalterischer Fachrichtungen. Neu wurde die Schau durch eine Datenbank für Werkstoffe, materialatlas.com, ergänzt. Die Ausstellung war Ausgangspunkt eines mehrsemestrigen Projektes des Fachbereichs Architektur und Gestaltung der Fachhochschule Konstanz. Die Resultate waren im Forum zu besichtigen.

Professionelle Vermittlung ist ein wichtiger Bestandteil des Museumskonzeptes. Insgesamt besuchten 8384 Schüler und Schülerinnen das Gewerbemuseum. Davon nahmen 3041 an Workshops oder Führungen teil. Didaktische Materialien und schriftliche Unterlagen sind ein wesentlicher Anreiz für den selbständigen Museumsbesuch mit der Klasse, dies zeigte sich sowohl in «Food Design» als auch in «Globi». Die von unserer Museumspädagogin erarbeiteten Materialien wurden auch an weiteren Ausstellungsstationen eingesetzt.

Uhrensammlung Kellenberger

Die Uhrensammlung konnte 2003 mehr Einzeleintritte als in den vorherigen Jahren verbuchen. Von den insge-

samt 8252 Personen waren 6327 Einzelbesucher (2002: 5094 Personen). Rückläufig hingegen waren die geführten Touristengruppen.

Die Uhrensammlung konnte durch eine Schenkung, eine Wanduhr aus dem Kt. Neuenburg (ca. 1730) und durch eine Dauerleihgabe, eine Taschenuhr (1910) mit Minutenrepetition, Stoppuhr, Kalender und Mondphase, bereichert werden. Neuanschaffungen sind zwei Berner Stubezyt (18. Jh.) von A. und H. Stambach. Sie sind repräsentativ für das hohe handwerkliche Können der Uhrmacherfamilie Stambach. Zudem erhielt der Gönnerverein aus der Eggenberger Stiftung einen Beitrag in der Höhe von 25 000 Franken für einen künftigen Uhrenankauf.

Viel Zeit nahm die Restauration einer eisernen Konsolenuhr von Erhard Liechti (Inv.nr. 147) in Anspruch. Ausserdem wurden die eiserne Zuger Wanduhr (Inv.nr. 20) und die französische Laternenuhr (Inv.nr. 26) revidiert. Die elektronische Erfassung und die Ergänzung des Inventars konnte dank professioneller Unterstützung wesentlich vorangetrieben werden.

Durch kleinere und grössere Aktivitäten soll die Attraktivität der Uhrensammlung erhöht werden. Ab November 2003 stellen in der Reihe «Gastspiel» im halbjährlichen Turnus Museen oder Private ein Highlight aus ihrem Sammlungsbestand vor. Den Anfang machte das Historische Museum Basel, Haus zum Kirschgarten mit einer Strassburger Türmchenuhr 17. Jh. von Hans Georg Reinbold.

Schloss Hegi und Mörsburg

Annähernd gleich viele Besucherinnen und Besucher fanden dieses Jahr den Weg zum Schloss Hegi 2480 (2498). In der Mörsburg waren die Gäste leicht rückläufig 5505 (5977).

Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten

Das Museum Oskar Reinhart hatte im Berichtsjahr einen leichten Besucherrückgang zu verzeichnen 11 837 (13 031). 1427 (1153) Besucherinnen und Besucher nahmen an den 103 (101) Führungen teil. Die 8 (14) Konzerte konnten 681 (1553) Musikliebhaberinnen und -liebhaber begeistern. Die Veranstaltungen anlässlich der Museums-TagNacht vom 27. September besuchten rund 1200 Personen.

Das Museum zeigte folgende Wechselausstellungen im Dachgeschoss des Hauses: Zwischen Tradition und Moderne – Muirhead Bone und die englische Graphik um 1900 (bis 27. April); Auf dem Weg in die Moderne – Französische Grafik von Puis de Chavannes bis Picasso (20. Mai bis 22. Februar 2004). «Malen im Museum» hiess eine Ausstellung der Museumspädagogik Winterthur, die zu den Themen «Bäume ragen in den Himmel» und «Luise» ausgewählte Zeichnungen von Kindern und Jugendlichen zeigte. Die Ausstellung dauerte vom 11. Januar bis 9. Februar.

Museum Briner und Kern

Im Berichtsjahr besuchten 5489 (5366) Besucherinnen und Besucher die beiden Ausstellungen der Miniaturensammlung Emil S. Kern und der Jakob Briner-Stiftung, die im Rathaus untergebracht sind. An 121 (131) Führungen nahmen 2114 (2351) Interessierte teil, von den 121 Führungen wurden 109 Führungen von Winterthur Tourismus organisiert. Erstmals wurde auch ein museumspädagogisches Angebot in der Miniaturensammlung Emil S. Kern unter dem Titel «Ins Auge geschaut» angeboten.

Kunstmuseum

Auch im Kunstmuseum Winterthur waren die Besucherzahlen leicht rückläufig. So besuchten 21 253 (23 004) Personen die verschiedenen Ausstellungen. Das Kunstmuseum zeigte 7 Wechselausstellungen: Night Sky (276); Richard Artschwager-Blp (4699); Urs Plangg (441); Thomas Schütte (3306); Medardo Rosso (7154); Marisa Merz – Una stanza (58); Dezemberausstellung der Künstlergruppe Winterthur (2690). Diverse Veranstaltungen und die Sammlung (zwischen den Ausstellungen) wurden von 2629 Interessierten besucht.

Museum Lindengut

Das Museum Lindengut wurde von 14 534 (15 238) Gästen besucht. Im Museumsbetrieb wurde die hohe Besucherzahl des Vorjahres, welche auf die erfolgreichen Wechselausstellungen zurückzuführen war, nicht wieder erreicht. Von den 3588 (7164) Personen besuchten 3001 die Dauer- und Wechselausstellungen und 587 das Spielzeugmuseum im Kutscherhaus. Zu den Trauungen kamen 10 946 (8074) Gäste.

Villa Flora / Sammlung Hahnloser

11 772 (16 835) Gäste besuchten die Ausstellung. 104 (173) Führungen mit 1763 (4292) Teilnehmenden wurden durchgeführt. 61 (41) Winterthurer Schulen mit 1085 (688) Teilnehmenden und 4 (11) auswärtige Schulen mit 90 (221) Schülern besuchten die Flora.

Die Ausstellung «Der Sämman – Vincent van Gogh» dauerte vom 14. Juni 2002 bis am 30. März 2003. Am 11. April 2003 wurde die Ausstellung «Odilon Redon – Mythos und Traum» eröffnet.

Kunsthalle

2500 (2800) Besucherinnen und Besucher interessierten sich für die Ausstellungen in der während 40 Wochen geöffneten Kunsthalle. An Vernissagen waren gesamthaft etwa 500 Personen anwesend. Die sechs Wechselausstellungen zeigten Werke von folgenden Künstlerinnen und Künstlern: Sabina Käser, Thomas J. Hauck, Federica Gärtner, Peter Regli, Peter Wüthrich und Sabina Baumann.

Technorama der Schweiz

Die im Berichtsjahr erfassten Zahlen zeigen einen Rückgang um rund 28 000 Besucherinnen und Besucher. Mit 204 224 (231 407) erreichte das Technorama jedoch auch dieses Jahr ein gutes Ergebnis, der Anteil an der Gesamtbesucherzahl der Winterthurer Museen beträgt rund 49 %. Das vielseitige Angebot wird jährlich von über 2000 Schulklassen aus dem Kanton Zürich, aber auch aus der ganzen Schweiz und ebenso vielen aus dem süddeutschen Raum, genutzt.

Fotomuseum

Sechs Wechselausstellungen zeigte das Fotomuseum zu verschiedenen Themen. Die Besucherzahl konnte mit 31 500 gegenüber dem Vorjahr (28 850) wiederum gesteigert werden. Folgende Ausstellungen waren im Berichtsjahr zu sehen: Joachim Brohm-Areal, Valérie Jouve – Résonances (500 Besucher und Besucherinnen); Anders Petersen – «Ich Dich lieben, Du mich auch?», Yoshiko Seino – The Sign of Life (7850); Roni Horn – «If on a Winter's Night ... Roni Horn ...» (4650), Boris Mikhailov – Private Freuden, lastende Langeweile, öffentlicher Zerfall (4550); Charles Sheeler – Amerikanischer Modernist, Die Sammlung des Dr. Ikkaku Ochi – Medizinische Fotografie

aus Japan um 1900 (5100); Ordnung & Chaos/Cold Play – Set 1 aus der Sammlung des Fotomuseums Winterthur (8850).

Fotostiftung Schweiz

Am 14. November hat die Fotostiftung Schweiz an der Grünenstrasse 45 ihre Ausstellungsräume eröffnet. 8736 Gäste haben bis Ende Jahr die aktuelle Ausstellung «Fokus 50er-Jahre» besucht. Illustre Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur nahmen an den Eröffnungsfeierlichkeiten teil, die durch Ansprachen der Gastredner Bundesrat Moritz Leuenberger, Regierungsrat Dr. Markus Notter, Stadtpräsident Ernst Wohlwend und dem Förderer des Fotozentrums Winterthur, Andreas Reinhart, umrahmt wurden. Die Fotostiftung Schweiz und das Fotomuseum Winterthur bilden eigenständige Institutionen, treten aber gemeinsam unter dem Namen Fotozentrum Schweiz auf.

Museum Internationales Baum-Archiv

Gegenüber dem Vorjahr (2470) konnten die Besucherzahlen im Berichtsjahr gesteigert werden, 3013 Gäste besuchten das am Freitag und Samstag geöffnete Museum. Die museumspädagogischen Angebote für Schul- und Kindergartenklassen sowie die weiteren Führungen und Vorträge erfreuen sich grosser Beliebtheit.

Barockhäuschen

Das Barockhäuschen hatte 86 (91) Vermietungen, davon 9 (11) für amtliche und 77 (80) für private Anlässe.

Musikpavillon

Die Benützung des Musikpavillons mit 7 Veranstaltungen lag im Rahmen des Vorjahres (6). Folgendes wurde geboten: Fastnachtzelt, Zirkus Knie (Elefantenauftritt), Albanibühne, Rekrutenspiel, Musical und christliche Lieder, Fonduezelt.

Kunst- und Kulturpflege

Kulturförderung

Es wurden 228 (172) Gesuche für die Unterstützung von kulturellen Veranstaltungen und Projekten behandelt. An 124 (99) Gesuchstellende wurden finanzielle Beiträge ausgerichtet.

Kultursparte	Total Gesuche	Beiträge	Gesamtsumme
Bildende Kunst	4 (7)	1 (5)	5 000 (13 800)
Spartenübergreifende Projekte	20 (28)	11 (14)	94 505 (90 390)
Film / Foto	16 (14)	11 (10)	118 060 (101 220)
Literatur	35 (17)	15 (8)	110 880 (126 000)
Musik	107 (69)	60 (41)	251 256 (292 200)
Tanz / Ballett	12 (7)	7 (5)	78 500 (77 000)
Theater	34 (30)	19 (16)	152 458 (125 200)

Kunstkommission und Kunstankäufe

Die Kunstkommission hat an drei Sitzungen Projekte für Kunst am Bau diskutiert. Werke angekauft wurden an der Dezemberausstellung der Künstlergruppe Winterthur und an verschiedenen Ausstellungen in privaten Galerien.

Kulturpreis der Stadt Winterthur

Der Kulturpreis 2003 wurde dem Schriftsteller Peter Stamm verliehen. Die mit 10 000 Franken dotierte Aus-

zeichnung wird jährlich vom Stadtrat an eine Person oder Institution verliehen, die sich im kulturellen Bereich der Stadt besonders verdient gemacht hat. Peter Stamm wurde für sein aussergewöhnliches literarisches Schaffen ausgezeichnet.

Förderpreis

Mit dem Förderpreis 2003 wurde der Künstler Marcel Gähler für sein vielseitiges Schaffen im Bereich der Bildenden Kunst ausgezeichnet. Der Förderpreis ist mit 15 000 Franken dotiert. Es wurden insgesamt 9 Bewerbungen aus verschiedenen Kultursparten eingereicht.

Konzerte

Musikkollegium

In der Saison 2003/2004 des Musikkollegiums Winterthur wurden bzw. werden 18 A-Konzerte, 20 F-Konzerte, 12 H-Konzerte und E-Konzerte angeboten. Erstmals fanden in Zusammenarbeit mit dem Casinotheater Winterthur je 4 Konzerte und Theateraufführungen über Mittag unter dem Titel «CasiNoon» statt. Ausserdem bot das Festival «Nordlys», in Zusammenarbeit mit Jazz in Winterthur, 4 Konzerte mit Musik aus dem Norden Europas. Im Jahresbericht des Musikkollegiums können die weiteren Aktivitäten und Details nachgelesen werden.

Festivals

Die Veranstalter des internationalen Kammermusikfestivals Kyburgiade boten unter dem Titel «Lust und Spiellust» vom 5. bis 10. August ein attraktives Programm. Die Nachfrage war wiederum gross und einzelne Konzerte waren bald ausverkauft. Dank dem prächtigen Sommer im Berichtsjahr konnten alle Konzerte im Schlosshof der Kyburg durchgeführt werden, der hierfür einen gediegenen Rahmen bietet.

Das Programm der 28. Musikfestwochen mit den Konzerten und dem Rahmenprogramm mit diversen Veranstaltungen unterschiedlicher Musikrichtungen fand in und um die Altstadt statt. Veranstaltungen aus verschiedenen Kultursparten wie Theater, Film, Kleinkunst umrahmten das Angebot. Dank dem grossen Engagement der Verantwortlichen konnten die Musikfestwochen wieder auf Erfolgskurs geführt werden.

Das alljährliche Festival der gehobenen Unterhaltungsmusik fand wiederum während den Herbstferien im Theater Winterthur am Stadtgarten statt. Reto Parolari, der die Gesamtleitung innehatte, konnte mit dem abwechslungsreich gestalteten Programm Zuhörerinnen und Zuhörer begeistern.

Weitere Publikumsmagnete waren die 7. Kurzfilmtage im Casinotheater, die Afro-Pfingsten, das 11. Tanzzeitfestival im Theater am Gleis, das 8. Internationale Festival der komischen Künste sowie die NACHTderkleinKÜNSTE im Gaswerk. Die Litera'thur-Wochen konnten im Berichtsjahr nicht durchgeführt werden. Wie und ob diese Veranstaltung weitergeführt werden wird, ist noch offen.

Winterthur Tourismus und städtische Infostelle

In der Infostelle im Hauptbahnhof wurden im vergangenen Jahr 46 279 Kundinnen und Kunden bedient. Bezogen auf die angefragten Bedürfnisse überwiegen Angelegenheiten für Einheimische vor denjenigen für Touristinnen

und Touristen. 74 % der persönlich bedienten Kundinnen und Kunden haben städtische oder kulturelle Belange nachgefragt, 26 % touristische Dienstleistungen. Die Kundenfrequenzen haben sich seit dem Umzug von Winterthur Tourismus (ex. Tourist Service) und der Einführung der städtischen Infostelle stark erhöht. Im Jahr 1998 wurden gesamthaft 17 500 Kundinnen und Kunden bedient. Dies entspricht einem Zuwachs von plus 164 Prozent.

Das Kongressbüro von Winterthur Tourismus hat 72 Anlässe organisiert und damit 2162 Übernachtungen (Vorjahr 1135) generiert. Dank der Marketing-Anstrengungen von Winterthur Tourismus gelingt es vermehrt, nationale Tagungen und Kongresse nach Winterthur zu holen. Für das Jahr 2004 sind eine Reihe von bedeutenden Veranstaltungen gebucht: Kurse swch, Auslandschweizer-Kongress, Demokratieforum, Verband Schweizer Tourismus-Direktoren.

Winterthur Tourismus war an verschiedenen Anlässen, Veranstaltungen und Messen (bspw. CMT Stuttgart) aktiv. Zusammen mit Leistungsträgern, welche die jeweiligen Aktionen mitfinanzieren, wurden verschiedene Kampagnen realisiert (bspw. Nachtleben-Kampagne). In zahlreichen Medien sind dank der Aktivitäten von Winterthur Tourismus Berichte über Winterthur erschienen. Diese Präsenz und die Einflussnahme in verschiedenen Gremien (bspw. Zürich Tourismus, Schweiz Tourismus, Swiss Cities) trägt dazu bei, dass Winterthur immer mehr als progressive, lebenswerte Kultur- und Bildungsstadt wahrgenommen wird.

Bei den Stadtführungen konnte erneut eine erfreuliche Zunahme erzielt werden. 5087 Personen nahmen an total 877 Führungen teil. Die Zahl der Führungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 19 % erhöht, die Anzahl der Teilnehmenden sogar um 28 %.

In der Zeit von Januar bis November 2003 wurden in Winterthur 82 259 Logiernächte gezählt, dies sind 2,6 Prozent weniger als in der Vorjahresperiode. Darin widerspiegelt sich die anhaltende wirtschaftliche Stagnation. Abgenommen haben die Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland. Bei den Schweizer Gästen konnte eine Zunahme von 7,2 Prozent festgestellt werden. Daraus und aus den Erfahrungen der Hotels lässt sich ableiten, dass der Kultur- und Freizeittourismus zunehmend ist. In Winterthur ist die Situation besser als auf nationaler Ebene. So musste in Zürich ein doppelt so hoher Logiernächterückgang wie in Winterthur in Kauf genommen werden.

Die Anforderungen an das Tourismusmarketing werden in Zukunft weiter zunehmen. Die Beiträge an Marketingplattformen von Zürich Tourismus und Schweiz Tourismus werden sich weiter erhöhen. In Zukunft sind für die Stadt Winterthur wichtige neue Projekte geplant (Themenroute Kunst + Architektur und grosse Städtekampagne von Schweiz Tourismus ab 2006; Themenrouten von Zürich Tourismus ab 2005). Winterthur kann auf diesen Plattformen nur adäquat präsent sein, wenn Winterthur Tourismus seine Einnahmen erhöht und die Mittel für das Marketing einsetzen kann.

Theater Winterthur am Stadtgarten*

Das grösste Gastspieltheater der Schweiz verpflichtet

Die Bezeichnung Gastspieltheater wird beim Wort genommen: die Bühne wird von produzierenden Häusern und Ensembles immer mehr als Fenster zur Schweiz be-

* Das Theater Winterthur am Stadtgarten ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

trachtet und die Theater kommen exklusiv «ins Theater Winterthur mit Gastspielen» und nicht «vorbei auf Tournee». Die Bühne bietet auch ohne technischen Luxus breite theatralische Möglichkeiten, die von den meisten städtischen und staatlichen Bühnen in der europäischen Theaterkultur als Standard verlangt und gebraucht werden. Das Personal hat sich auf diese Bedürfnisse spezialisiert, die Gesprächsfähigkeit und Kompetenz werden allgemein hoch geschätzt. So ist das Theater als «Haus der Gäste» im europäischen Kontext gut positioniert.

Öffentlichkeitsarbeit und bisheriges Abonnementspublikum

Der Auftrag ist ein kultureller in einer humanistischen europäischen Dimension, und so werden Spezialitäten sowie Minderheiten gepflegt, sie gehören zum Gesamterscheinungsbild der Theaterkultur und zum Auftrag einer Kulturstadt. Fremdsprachiges Theater (mindestens französische und englische Aufführungen, auf die italienischen musste in diesem Jahr aus finanziellen Gründen verzichtet werden) gehört so selbstverständlich dazu wie Kinder- und Jugendtheater und natürlich Theater in allen üblichen Sparten. Alles gehört zum eigentlichen Programm – so weit dafür auch ein Publikum erreicht und aufgebaut werden kann. Auch Sondierungen in neue Gebiete kommen mit dazu. Das «Haus der Gäste» bietet dem Publikum die einmalige Chance, sich ständig mit der Theaterwelt zu messen: Hier wird Leben geprobt. Dies verlangt Auseinandersetzung.

Kunst am Bau

Die Fotografie bildet die optische Basis des Jahres: Als Kunstobjekt zielt eine Grossfotografie das Hauptfoyer, weitere das Saisonprogramm. Sie zeigen Szenen aus Benjamin Brittens Albert Herring der Neuen Oper Wien, die im Januar 03 im Hause gastiert hat. Die Fotografie als Kunstobjekt ist auch eine solidarische Begrüssung der Fotostiftung Schweiz in Winterthur.

Einführungen

Es haben zwei Einführungen in den Spielplan stattgefunden und mit «Das Ohr am Publikum» eine kritische Nachdiskussion über die gesamte Spielzeit. Die Einführungen in Schauspiel und Musiktheater gehören zum Standard und werden sehr gut besucht. Neben den eigenen Vorstellungen konnte das Theater an 70 Tagen vermietet werden. Gesamthaft kamen somit wieder rund 80 000 bis 100 000 Menschen ins Theater Winterthur.

Der Spielbetrieb (Spielzeit 2002/2003, Stand Juni 2003)

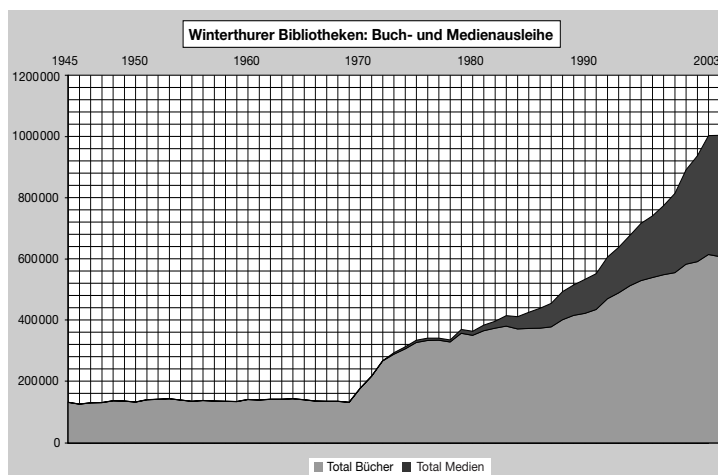
Die Anzahl der in eigener Verantwortung organisierten Aufführungen (ohne Lesungen) lag bei 155 (– 3), bei einer Gesamtauslastung von 57,41 % (Vorjahr 60,85 %). Bei der Auslastung nach Sparten zeigen vor allem das Nocturne (Casinotheater als Alternative für Kleinkunst in Winterthur?), das Schauspiel und das Ballett tiefere Werte. Beim Musiktheater konnte die Auslastung gehalten werden, dafür hat sich die Sparte Fremdsprachen und New Jazzline positiv entwickelt. Die genauen Zahlen für die Spielzeit 2002/2003 (in Klammern Vorjahreswerte): Schauspiel 47,21 % (52,62); Ballett 62,67 % (86,01); Musiktheater 68 % (69,15); Nocturne 51,91 % (109,36); Fremdsprachen 35,69 % (31,75); Jazz-Matinée 100 % (87,12); New Jazzline 48,52 % (36,59); Diverse 21,51 % (43,88). Bei Produkt 2 (Vermietungen) wurden 70 Vermietungstage erreicht.

Abonnentinnen, Abonnenten und Total Besucher (Spielzeit 2003/2003, Stand Juni 2003)

Die Anzahl Besucherinnen und Besucher hat um 6,5 % abgenommen (60 497 gegenüber 64 740 im Vorjahr; Hauptgrund ist hier ein verzeichneter Abonnementsrückgang). Wie bereits im letzten Geschäftsbericht angekündigt, hat sich der Abonnementsbestand um 7,2 % verschlechtert (5474 gegenüber 5899 im Juni 2001). Der Rückgang der Abonnenten konnte jedoch im aktuellen Abonnementsverkauf für die Spielzeit 2003/2004 gestoppt werden und die Abonnementzahlen werden sich um 5500 bewegen. Ein Aufwärtstrend ist ersichtlich.

Winterthurer Bibliotheken*

Gerade noch kurz vor den Sommerferien hat die neue Stadtbibliothek am Kirchplatz ihre Tore geöffnet. Auf acht Stockwerken vereinigt sie die aktuellsten Bestände der Stadtbibliothek, der Bibliothek Altstadt und der ehemaligen Gewerbebibliothek. Mit rund 200 000 Büchern und speziellen Medien auf rund 3000 m² gehört die neue Stadtbibliothek zu den grössten, thematisch geordneten Freihandbibliotheken der Schweiz. Mitten in der Winterthurer Altstadt ist damit ein zeitgemässes Informations- und Begegnungszentrum entstanden. In jedem Stockwerk laden Arbeitstische und bequeme Sitzgruppen zum Lesen und Verweilen ein, Film und Tonträger können im ersten Obergeschoss abgespielt werden und eine Etage höher stehen Internetplätze und Office-Arbeitsplätze zur Verfügung. Als neue Dienstleistung können die Infodesks auf allen Stockwerken betrachtet werden. Das Informationspersonal hilft den Benutzerinnen und Benutzern, Medien und elektronische Informationen zum Thema zu finden und ist auch in allen anderen Bereichen behilflich. Echte Entspannung findet man dann in der Cafeteria mit ihrem Garten, wo zahlreiche Zeitschriften sowie in- und ausländische Zeitungen zur Lektüre bereit liegen. Die neue Stadtbibliothek am Kirchplatz deckt nicht alle Funktionen der alten Stadtbibliothek ab. Am alten Standort am Museumsplatz sind weiterhin die Studienplätze und der Lesesaal, die Sondersammlungen mit der Bilder- und Fotosammlung und die Handschriftenabteilung geblieben. Auch das mehrstöckige Magazin mit den Buchbeständen vor 1980, die Bibliotheksleitung und die Verwaltung sind im alten



* Das Öffentliche Bibliothekswesen ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.



Die neue Stadtbibliothek am Kirchplatz: Eröffnung am 5. Juli 2003 (Foto: Stadtbibliothek Winterthur)

Haus geblieben. Da für den Betrieb der neuen Stadtbibliothek am Kirchplatz kein zusätzliches Personal eingestellt werden konnte, musste der Aufwand für die Ausleih- und Rückgabeverbuchung automatisiert werden. Die neu aufkommende Technik der Radiofrequenzidentifikation (RFID) zeigt einen möglichen Weg auf. Jedes Medium ist mit einem Chip ausgerüstet, der auf Distanz über eine Lesantenne mit dem Computer kommunizieren kann. Dadurch ist der konsequente Einsatz von Selbstverbuchungs- und Rückgabeautomaten sowie eine Medien-sicherung möglich. Der RFID-Chip ist aber auch in den neuen Bibliotheksausweis eingeschweisst. Mit ihm kann die Türe zum Vorraum der Stadtbibliothek auch ausserhalb der Öffnungszeiten geöffnet, und ausgeliehene Medien können rund um die Uhr in die Rückgabeautomaten gelegt werden. Mit dieser Ausrüstung beschreitet die Stadtbibliothek Winterthur völlig neue Wege; bei der gesamten elektronischen Infrastruktur steht in Winterthur eine europäische Pilotanlage.

Die neue Stadtbibliothek hat im Stadtzentrum für eine markante Umsatzsteigerung gesorgt. Seit der Neueröffnung am 5. Juli 2003 konnte sie die Zahl der ausgeliehenen Medien um rund 15 % steigern. Damit wurden nicht nur die durch den Umzug bedingten Schliessungsmonate der Stadtbibliothek und der Bibliothek Altstadt kompensiert, die Ausleihzahlen der beiden Bibliotheken konnten sogar um 7562 Einheiten gesteigert werden (2003: 558 477; 2002: 550 915). Damit konnte ein kleiner Umsatzrückgang bei den Quartierbibliotheken aufgefangen werden. Insgesamt liehen 22 545 (20 747) Benutzerinnen und Benutzer über eine Million Bücher und elektronische Medien aus (2003: 1 004 950; 2002: 1 003 315).

Bestandes- und Ausleihstatistik der Winterthurer Bibliotheken 2002/2003

Bibliotheken	Bestand, total 2003	Bestand, total 2002	Nonbooksbestand 2003	Nonbooksbestand 2002	Ausleihe, total 2003	Ausleihe, total 2002	Nonbooksausleihe 2003	Nonbooksausleihe 2002	BenutzerInnen 2003	BenutzerInnen 2002	BesucherInnen 2003	BesucherInnen 2002
Altstadt (bis 30. April 2003)		23 229		4 240		158 072		50 646		7 444		101 280
Hegi	5 832	5 054	741	795	14 011	14 973	4 239	4 542	451	409	9 102	10 491
Oberi	15 856	15 534	2 578	2 375	87 851	86 143	28 023	25 503	2 230	2 197	37 127	35 505
Seen	14 463	13 867	2 292	1 932	87 720	86 407	22 535	21 914	2 124	1 914	34 499	31 593
Töss	14 385	14 451	2 811	4 541	75 953	86 999	25 275	35 762	1 947	1 917	35 467	36 719
Veltheim	12 176	12 124	2 403	2 467	73 523	78 017	28 481	31 077	1 844	1 804	31 308	29 233
Wülflingen	15 541	14 587	3 404	3 142	103 998	95 548	42 033	36 323	2 986	2 517	46 944	39 577
Total Quartierbibliotheken	78 253	98 846	14 229	19 492	443 056	606 159	150 586	205 767	11 582	18 202	194 447	284 398
Stadtbibliothek	696 888	662 302	43 490	34 270	558 477	392 843	242 001	178 008	16 921	12 976	* 260 000	146 436
Sondersammlungen	265 096	261 634	265 096	261 634	3 417	4 313	3 417	4 313	0	0	* 72 531	770
Total Stadtbibliothek	961 984	923 936	308 586	295 904	561 894	397 156	245 418	182 321	16 921	12 976	332 531	147 206
Total alle Bibliotheken	1 040 237	1 022 782	322 815	315 396	1 004 950	1 003 315	396 004	388 088	**28 503	**31 178	526 978	431 604
Produkte:												
Produkt 1: Stadtbibliothek a.K.	696 888	662 302	43 490	34 270	558 477	392 843	242 001	178 008	16 921	12 976	260 000	146 436
Produkt 2: Quartierbibliothek	78 253	98 846	14 229	19 492	443 056	606 159	150 586	205 767	11 582	18 202	194 447	284 398
Produkt 3: Studienbibliothek	265 096	261 634	265 096	261 634	3 417	4 313	3 417	4 313	0	0	72 531	770
Total	1 040 237	1 022 782	322 815	315 396	1 004 950	1 003 315	396 004	388 088	***22 545	***20 747	526 978	431 604

* ab 5. Juli 2003 an zwei Standorten; die Zahl der BesucherInnen beruht auf einer Teilerfassung und einer Hochrechnung

** Total der BenutzerInnen aller Bibliotheken inkl. Mehrfachnutzung

*** BenutzerInnen ohne Mehrfachnutzung; Zahl der aktiven Bibliotheksausweise

Stadtbibliothek: Zuwachs- und Bestandesstatistik 2003

	Bände	Karten	Bilder	Hand-schriften	Mikro-formen	Wappen	Exlibris	Schall-platten	CD	Video	CD-ROM	DVD	PS2	Kass.	Total
Kauf	7 538	454	481	0	27	0	0	0	2 848	537	334	463	106	40	12 828
Geschenk	81		1 200	1 730	0	15	0	0	5	6					3 037
Tausch	5					0	0	0							5
Deposita	57			36		0	0	0							93
Bestand 2002	628 032	12 809	177 926	45 941	3 454	25 357	12 410	600	8 551	6 347	1 193	1 316	0	0	923 936
Zuwachs 2003	7 681	454	1 681	1 766	27	15	0	0	2 853	543	334	463	106	40	15 963
Altstadtbestand 2002 + Zuwachs bis April 03	19 139	600	0	0	0	0	0	0	2 202	572	384	177	0	970	24 044
Zwischentotal	654 852	13 863	179 607	47 707	3 481	25 372	12 410	600	13 606	7 462	1 911	1 956	106	1 010	963 943
Ausscheidungen	1 454	183	0	0	0	0	0	0	62	127	25	83	25	0	1 959
Bestand 2003	653 398	13 680	179 607	47 707	3 481	25 372	12 410	600	13 544	7 335	1 886	1 873	81	1 010	961 984



Stadtpräsident Ernst Wohlwend und Stadtbibliothekar Rolf Weiss beim Bezug der neuen Stadtbibliothek.
(Foto: Stadtbibliothek Winterthur)

Auf die Quartierbibliotheken wirkte sich die neue Stadtbibliothek kaum aus. Berücksichtigt man, dass die Bibliothek Altstadt nun ein Teil der neuen Stadtbibliothek ist, sanken die Ausleihzahlen lediglich um 5031 auf 443 056 (448 087) ausgeliehene Einheiten. Grössere Rückgänge in der Nutzung verzeichnen die Bibliotheken Töss und Veltheim; während sich in Töss die Eröffnung des neuen Schulhauses im Dättnau negativ auf die Bibliotheksnutzung auswirkte, verlor die Bibliothek Veltheim Kundenschaft an die neue Stadtbibliothek am Kirchplatz. Besonders erfolgreich war die neue Bibliothek Wülflingen, die ihre Ausleihzahlen ganz massiv auf 103 998 (95 548) erhöhen und damit erstmals die 100 000er-Grenze überschreiten konnte.

Trotz der grossen Belastung durch die Einrichtung der neuen Stadtbibliothek konnte entsprechend dem Zweijahresrhythmus der 3. Winterthurer Lesesommer durchgeführt werden. Die Vorbereitungsarbeiten wurden vor allem von den Quartierbibliotheken getragen. Für die Veranstaltungen im Stadtzentrum konnten erstmals die grosszügigen und vielseitigen Räume der Kinder- und Jugendbibliothek (KIBIZ und U21) im Tösserhaus benutzt werden.

Quartierkultur und Freizeitaktionen*

Das Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen unterstützte auch im Berichtsjahr Trägerschaften und Initiativgruppen in den Quartieren, so dass sie das Zusammenleben in Winterthur wesentlich mitgestalten konnten. Als fachliche Anlaufstelle übernahm das Büro die Aufgabe, freiwillig tätige Trägerschaften beim Betrieb der Einrichtungen und bei der Realisierung ihrer Aktivitäten zu unterstützen und zu beraten sowie Innovationen zu entwickeln. Mit spezifischer Weiterbildung, Vernetzungsanlässen, einem jährlichen Fest und regelmässigen Infoschreiben kann das Büro Freiwillige fördern, ihre Arbeit wertschätzen und anerkennen. Nachfolgend einige Beispiele, welche den Stellenwert, die Bedeutung und die Wirkung der Orts- und Quartiervereine aufzeigen:

Der Quartierverein Tössfeld-Brühlberg hat neu die Zusammenarbeit mit dem Büro gesucht, um seine Ideen, wie Quartierveranstaltungen im Gaswerk, bessere Information im Quartier usw., aufbauen zu können.

Das Abenteuer Hüttenbau im Eichwäldli stand mit Vandalenakten diesen Sommer im Mittelpunkt. Das Büro unterstützt den Verein, das Vorgefallene zu verarbeiten und für die Zukunft gemeinsam konstruktive Lösungen zu suchen.

Erwähnenswert ist auch die Umstellung der Ausleihe auf Computer in der Ludothek Oberi. Bei der Beurteilung des Poststellennetzes von Winterthur haben die Orts- und Quartiervereine mit der Post zusammengearbeitet, um sich für eine gute Quartierversorgung einzusetzen.

Das 1. Quartierforum Integration im Quartier Gutschick-Mattenbach ist aus Mitgliedern verschiedener Ethnien zusammengesetzt. Es legte die Ziele fest, die Begegnung der ausländischen und der einheimischen Quartierbevölkerung sowie die Partizipation am Quartierleben mit geeigneten Aktivitäten zu fördern.

Der Stadtrat hat den Umbau der Turnhalle Kanzlei in Seen (Sanierung der Küche und Einbau von Duschen) auf den Sommer 2004 verschoben, um die Investitionsrechnung 2003 zu entlasten.

In sechs Quartieren gastierte 2003 das Theater Kanton Zürich. Dank dem heissen Sommer konnten die in Zusammenarbeit mit dem Büro für Quartierkultur organisierten Aufführungen mehrheitlich im Freien stattfinden.

Von den Dienstleistungen der Infostelle profitieren Privatpersonen und Organisationen gleichermassen. Es wurden beispielsweise Anleitungen für die Organisation von Anlässen verlangt oder Auskünfte über Einrichtungen und Aktionen in Winterthur eingeholt.

Das Büro und die Vereine sind vom Sparpaket win.03 betroffen. Die Auseinandersetzung und die Suche nach Lösungen sind im Gange.

Jugendförderung

Das Jahr 2003 stand im Zeichen der stadtverwaltungs-internen Flurbereinigung im Bereich der Jugendförderung: Unter der Leitung des Sozialdepartements sind in einem ersten Schritt die Strukturen im Bereich der Jugendförderung überprüft worden, mit der Konsequenz, dass zukünftig alle bisher auf verschiedene Departemente verteilten Jugendförderungsmassnahmen beim Sozialdepartement zusammengefasst werden. Die bisher beim Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen angesiedelte Personalstelle für Jugendförderung wird ab 2004 ins Departement Soziales (Jugendsekretariat) überführt und neu mit «Jugenddelegierter» bezeichnet. Rolf Heusser, der langjährige Co-Leiter des Büros für Quartierkultur und Freizeitaktionen, übernimmt diese Stelle im Jugendsekretariat und wechselt somit vom Kultur- ins Sozialdepartement. Die bisherige Co-Leiterin des Büros für Quartierkultur und Freizeitaktionen, Susanne Keller, übernimmt ab diesem Zeitpunkt die Führung der gesamten Abteilung.

Die von der Stadt geförderten Einrichtungen der offenen Jugendarbeit in Winterthur werden in einem zweiten Schritt evaluiert und ein Modell der zukünftigen Jugendförderung entwickelt. Dieser Projektschritt soll im Sommer 2004 abgeschlossen sein.

Die zweijährige Pilotphase der Mobilen Jugendarbeit Winterthur schliesst per Ende 2003. Der Stadtrat beantragte dem Gemeinderat im Oktober das erfolgreiche Projekt für die nächsten zwei Jahre weiter finanziell zu unterstützen. Der Entscheid dazu wird Anfang 2004 im Gemeinderat gefällt.

Das Projekt Midnight Basketball in Töss (Schulhaus Rosenau, Samstag-Nacht von 22 bis 24 Uhr) verzeichnet nach kurzem Umbruch und Neustart im Herbst 03 einen grossen Zulauf (40 bis 80 Jugendliche pro Samstagabend) und etabliert sich als eigentliches Partizipationsprojekt in dem Jugendliche immer mehr Verantwortung für den

* Die Quartierkultur und Freizeitaktionen sind eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Betrieb übernehmen. In Verbindung mit diesem Projekt ist auch ein solches für Mädchen (Tanz) erfolgreich gestartet (ebenfalls im Schulhaus Rosenau, am Samstagabend von 20 bis 22 Uhr).

Das von älteren Jugendlichen stark frequentierte Jugendhaus in der Altstadt feierte im Berichtsjahr sein 40-Jahr-Jubiläum.

Die privaten Organisationen Hülfgesellschaft Winterthur (mit 100 000 Franken) und die Koller-Knüsli-Stiftung (mit 40 000 Franken) beteiligten sich neben der Stadt und den Kirchen an der Finanzierung der offenen Jugendarbeit in Winterthur.

Ferienprogramm und Spielmaterialverleih

Ein neuer Besucherrekord kann bei den Angeboten des Ferienprogramms, den Winterthurer Angeboten im Zürcher Ferienpass und des Dachverbandes Winterthurer Sportler verzeichnet werden. Im Trend liegen Angebote im Zusammenhang mit Tieren, zum Beispiel Igel, Hunde, Pferde, in der Natur und mit neuen Medien. Dauerbrenner seit Jahren ist der Babysittingkurs. Im Sport war der Andrang fürs Eislaufen gross. Die neue Eishalle spielt hier eine wichtige Rolle.

Das Angebot des Spielmaterialverleihs wird von Schulen, Institutionen aus Jugendarbeit, Kultur und Kirche, aber vermehrt auch von Privatpersonen genutzt. Der Spielbus liess bei über 30 Anlässen Kinder- und Erwachsenenherzen höher schlagen. Zudem besteht an der

Palmstrasse 16a ein breit gefächertes Freizeitangebot. In den Bereichen Keramik, Holz, Gestaltung mit verschiedenen Materialien, Fotografie und Siebdruck profitieren Interessierte von guten Infrastrukturen, kompetenter Beratung und Kursen.

Alte Kaserne

www.altekaserne.ch: unter dieser Adresse sind die neusten Informationen über die Alte Kaserne zu finden. Seit Juni läuft der hauseigene Internet-Auftitt, mit den aktuellen Veranstaltungen, Angaben über die Räumlichkeiten und die Infrastruktur, die täglich frischen Mittagsmenüs und das Catering-Angebot.

Eine offensichtliche Veränderung am Gebäude ist das neue Haupttor. Die schweren, abweisend wirkenden Holztüren wurden durch Glas ersetzt. Das neue Tor wirkt einladender, ist leichter zu öffnen und lässt Licht ins Foyer.

Im Rahmen der Eigenveranstaltungen hat zum zweiten Mal «taktvoll», ein Kulturabend für Gehörlose und Hörende, stattgefunden. Wie der erste, war auch dieser Anlass ausverkauft und hat das hörende, wie auch das gehörlose Publikum begeistert. Der Berliner Abend mit Musik aus der deutschen Hauptstadt hat dem DIALOG, dem Festival für Bild und Ton entlang der Schnittstelle Digital/Analog, eine ganz besondere Note gegeben.

Die Räumlichkeiten in der Alten Kaserne sind nach wie vor sehr gefragt, auch die Catering-Nachfrage ist steigend.

Departement Finanzen

Im laufenden Jahr vergrösserte sich das Departement Finanzen, indem die Informatikdienste per 1. Juni 2003 vom Departement Kulturelles und Dienste zu den Finanzen wechselten. Bei diesem Bereich kann insbesondere auf verschiedene Auszeichnungen im Zusammenhang mit der Jurierung des hervorragenden Internet-Auftritts der Stadt Winterthur hingewiesen werden. Im 2003 wurde ausserdem der Start für die Erarbeitung einer neuen Informatikstrategie gelegt.

Rechnung 2003

Die Rechnung 2003 präsentiert sich unerwartet sehr erfreulich, nämlich mit einem Ertragsüberschuss von 12,9 Millionen Franken! Budgetiert war eine schwarze 0. Der Überschuss ist zur Tilgung des Bilanzfehlbetrages zu verwenden. Der Kanton ermöglicht diese Tilgung, indem er auf die Rückforderung des Ertragsüberschusses im Rahmen des Steuerfussausgleichs verzichtet. Voraussetzung dafür war, dass Winterthur seine Sparvorgabe erfüllt und die Kontrolle und Steuerung der Aufwandseite verbessert hat. Dieses Ergebnis führt dazu, dass der im letzten Jahr verursachte Bilanzfehlbetrag von rund 16 Millionen Franken fast vollständig getilgt werden kann. Diese massive und erfreuliche Verbesserung ist allerdings grösstenteils auf einen um 14 Millionen Franken höheren Steuerkraftausgleich von über 84 Millionen Franken zurückzuführen. Die Steuerkraft der Stadt Winterthur entwickelte sich wie schon in den Vorjahren schlechter als das Kantonsmittel, was beim Steuerkraftausgleich zu diesem Mehrertrag in derart unerwartetem Ausmass führte. Auch verglichen mit dem Vorjahr hat der Steuerkraftausgleich stark zugenommen (49 Mio.). Der Steuerfussausgleich entspricht mit 43 Millionen Franken genau dem Budget, ist aber im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls angestiegen (37 Mio.). Leider waren aber sowohl bei den Personal- als auch bei den Sachkosten wiederum Budgetüberschreitungen und auch verglichen mit dem Vorjahr reale Zunahmen zu verzeichnen. Demgegenüber wurde die Investitionstätigkeit einer grundsätzlichen Priorisierung unterzogen und gestrafft. Der positive Rechnungsabschluss darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass die finanzielle Situation der Stadt Winterthur weiterhin sehr düster bleiben wird.

Finanz- und Rechnungswesen

Im laufenden Jahr hat der Stadtrat den Finanz- und Investitionsausschuss wieder ins Leben gerufen. Er soll die finanziellen Geschicke der Stadt Winterthur steuern und wichtige Finanzgeschäfte zu Handen des Stadtrates vorberaten. Sodann wurde ein zentrales Finanzcontrolling eingeführt, in welchem die Departemente über die Entwicklung der Laufenden Rechnung pro Quartal berichten und allenfalls zu treffende Korrekturmassnahmen vorschlagen. Dieses Instrument ist ein wichtiges Führungs- und Steuerungsmittel des Stadtrates und gibt ihm die Möglichkeit, negative Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und nötigenfalls korrigierend einzugreifen.

Landpolitik

Die Liegenschaftenverwaltung war mit der Vermarktung der grossen Areale «Arch», «Schenkelwiese Süd», «Zelgli» und «Tägelmoos» stark beschäftigt. Diese Areale sollen gezielt für die Ansiedlung neuer Unternehmungen sowie

die Erstellung von Wohnraum vor allem auch für mittelständische bis gehobene Ansprüche eingesetzt werden und so der Stadtentwicklung und der Verbesserung der Finanzkraft der Stadt Winterthur dienen. Ebenfalls zu erwähnen ist, dass die Stadt Winterthur in den Genuss einer ansehnlichen Erbschaft aus dem Nachlass +Dr. Zygmunt und Hedwig Luciak gekommen ist, bestehend aus mehreren Liegenschaften im Stadtkreis Veltheim und einer Villa am Ufer des Vierwaldstättersees in Vitznau. Der Erlös aus der Vermietung bzw. dem Verkauf dieser Grundstücke wird in einen Fonds gelegt und ist für kulturelle, schulische und sportliche Belange im Stadtteil Veltheim zu verwenden.

Steuern

Im Steueramt sind verschiedene Projekte zur Rationalisierung der Arbeitsabläufe produktiv und sehr erfolgreich in Betrieb genommen worden. Damit konnte die Zahl der selber vorgenommenen Einschätzungen zu einem neuen Rekordwert gesteigert werden. Leider flossen die damit verbundenen Vergütungen seitens des Kantons noch nicht in der erwarteten Höhe. Der Stadtrat hat Ende Jahr erstmals die Gelegenheit ergriffen, den 100 besten Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern für ihre erheblichen Leistungen zu danken, was von verschiedenen Privatpersonen und Unternehmungen positiv aufgenommen worden ist.

Projekt «win.03»

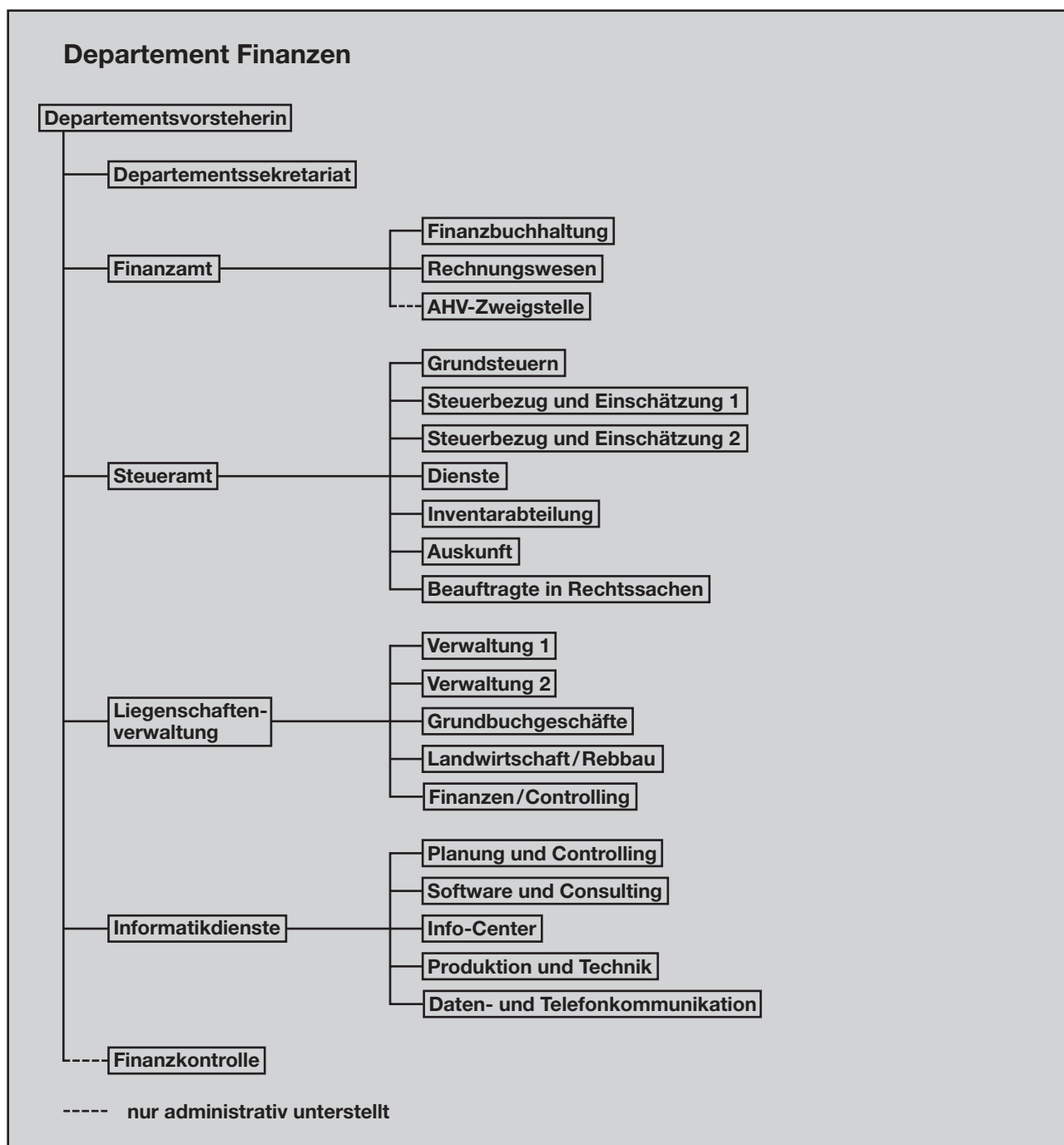
Der Stadtrat hat den ersten Bericht zum Projekt «win.03» im August verabschiedet und dem Parlament unterbreitet. Es wurde ein Massnahmenpaket mit 93 Einzelmassnahmen geschnürt, welches den Haushalt der Stadt Winterthur nachhaltig und ab 2006 um jährlich rund 30 Millionen Franken entlasten soll. Die Umsetzung jener Massnahmen, welche in der Kompetenz des Stadtrates liegen, sind in die Wege geleitet und die ersten sieben Projekte der Priorität I wurden lanciert. Der Grosse Gemeinderat hat den stadträtlichen Bericht Ende 2003 mehrheitlich positiv zur Kenntnis genommen.

Projekt WOV

Der Stadtrat hat in seinem Seminar vom August 2003 den Grundsatzentscheid für eine flächendeckende Ausbreitung der «wirkungsorientierten Verwaltung» in der Stadt Winterthur gefällt und die Projektverantwortung dem Departement Finanzen bzw. einem stadträtlichen Ausschuss unter der Leitung der Departementsvorsteherin gestellt.

Reform Zürcher Finanzausgleich

Unter der Federführung der Direktion des Innern des Kantons Zürich ist die Neuregelung des Zürcher Finanzausgleichs von der zuständigen Arbeitsgruppe weiter bearbeitet worden. Die Vorsteherin des Departementes Finanzen vertritt darin die Interessen der Stadt Winterthur. Im vierten Jahr hat die Arbeitsgruppe den Schlussbericht verabschiedet und in Vernehmlassung geschickt. Für Winterthur konnten wichtige Weichen in der gewünschten Richtung gestellt werden. Vor 2006 ist allerdings nicht mit der Inkraftsetzung der entsprechenden Gesetzgebung zu rechnen.



Finanzkontrolle

Auf Mitte Jahr konnte ein zusätzlicher Revisor eingestellt werden. Die entsprechenden Mittel wurden vom Parlament mit dem Budget 2003 bewilligt. Mit dieser Verstärkung wird dem vermehrten Prüfungsvolumen (WoV, dezentralisiertes Rechnungswesen) Rechnung getragen und gleichzeitig die Revisionsdichte verbessert.

Der Entwurf der neuen Finanzkontrollverordnung ist vom kantonalen Gemeindeamt rechtlich begutachtet und im zustimmenden Sinne zur Kenntnis genommen worden. Die Verordnung wird im Laufe des Jahres 2004 dem Grossen Gemeinderat vorgelegt.

Kontrolle der städtischen Finanzen

Die noch im Vorjahr vorhandenen Abstimmungsprobleme beim Abschluss der städtischen Rechnung zwischen den zwei dezentralen Buchführungssystemen «Energiefakturierung StWW» und «Mietzinsbuchhaltung der Liegenschaftenverwaltung» und dem zentralen CS2-System konnten behoben werden. Im Weiteren wird im Revisionsbericht zur städtischen Rechnung 2002 auf die massiven Budgetüberschreitungen im Personalaufwand wie auch beim allgemeinen Sachaufwand hingewiesen, wobei Letztere auf die viel zu hoch budgetierte Pauschkürzung zurückzuführen ist. Im Allgemeinen hat sich jedoch die Kostendisziplin gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Kassenrevisionen bei den Dienststellen ergaben ein gutes Ergebnis. Es waren nur vereinzelte und geringfügige Soll-Ist-Abweichungen zu verzeichnen.

Bei den Zwischenrevisionen wurde insbesondere im formellen Bereich der Buch- und Rechnungsführung ein Qualitätsverlust festgestellt, der nicht zuletzt auf die Dezentralisierung des Rechnungswesens zurückzuführen ist.

Jährlich wiederkehrende und laufende Prüfungsarbeiten

- Abschlussrevision der städtischen Rechnung
- Unangemeldete Kassenprüfungen bei 67 Dienststellen: rund 130 Kassen-, PC-, Bank-, Wertschriftenbestände
- PIAS (Besoldungswesen): monatliche Plausibilitätsprüfungen
- Vernehmlassungen zu Objektabrechnungen

Zwischenrevisionen (Revision bestimmter Teilgebiete) bei:

- Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen
- Departementssekretariat Finanzen
- Finanzamt
- Informatikdienste
- Steueramt, Personal- und Sachaufwand
- Steueramt, Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern
- Liegenschaftenverwaltung, Liegenschaften des Finanzvermögens
- Departementssekretariat Bau
- Strasseninspektorat
- Entsorgung
- Stadtentwässerung
- Bereichsleitung und Administration Tiefbau
- Hochbau, Sachaufwand und Ertrag
- Hochbau, Objektabrechnung Schulhaus Neuwiesen
- Vermessungsamt
- Feuerwehr
- Gesundheitsamt
- Schule, Behördenentschädigungen (Auftragsrevision)
- Schule, Zentrale Dienste und Schulbauten
- Schule, Primarschule
- Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule
- Sportamt
- Sozialamt, Amtsleitung, Sekretariat, Rechtsauskunft
- Sozialamt, Wirtschaftliche Hilfe
- Sozialamt, Krankenversicherung (im Auftrag des Kantons)
- Zentrum Adlergarten
- Winterthurer Verkehrsbetriebe

Übrige Kontrolltätigkeit

Gesetzliche Stiftungsaufsichtsmandate (Art. 84 ZGB)

- Dora Grob-Reinhart-Stiftung
- Stiftung Metzggasse 6
- Robert Sulzer-Forrer-Stiftung
- Stiftung für Symphoniekonzerte und das Stadt-orchester Winterthur

- Sportstiftung Winterthur
- Arnold Schenkel-Stiftung
- Carl Heinrich Ernst-Kunststiftung
- Stiftung Winterthurer Moschee
- Stiftung Musikschule WIWA
- Stiftung für Kleinsiedlungen
- Stiftung Akazia
- Margaretha und Werner Ehrat-Stiftung
- Stiftung zum Mandelbaum
- Stiftung für das Pflegepersonal am Kantonsspital Winterthur
- Stiftung Konradhof Winterthur
- Stiftung Sulzberg

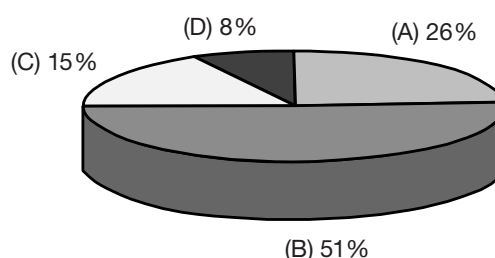
Revisionsmandate

- Brühlgutstiftung für Behinderte
- GAIWO (Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen)
- Stiftung Altersheim St. Urban
- Stiftung Jakob Briner
- Gesellschaft für zentrale Wärmeversorgungsanlage Büelhofquartier
- Verein AIDS-Informationsstelle
- Vereinigung «Stadtmarketing Winterthur»
- Trägerverein Jugendhaus Winterthur
- Überkommunale Abrechnungsstelle «Sackgebühren»
- Stiftung «Winterthur – La Chaux-de-Fonds»
- Musikkollegium Winterthur (subventionsrechtliche Prüfung)
- Kunstverein Winterthur (subventionsrechtliche Prüfung)

Weitere Prüfungen

- Gesetzlicher Betreuungsdienst, Klienten- und Klientinnen-Buchhaltung
- Beratungsstelle für das Alter, Klienten- und Klientinnen-Buchhaltung
- Sozialamt, Geldverwaltung von Klienten- und Klientinnen

Struktur der Kontrolltätigkeit



- (A) Abschluss städtische Rechnung
- (B) Zwischenrevisionen (inkl. Objektabrechnungen, Kassenrevisionen)
- (C) Ad-hoc-Kontrollen, Abklärungen, Beratungen und Projektbegleitung
- (D) Aufsichts- und Revisionsmandate (externe Revisionen)

Finanzamt

Die Rechnung 2003 schliesst bei bereinigten Aufwendungen von 982,1 Mio. Franken und bereinigten Erträgen von 995,0 Mio. Franken mit einem Ertragsüberschuss von 12,9 Mio. Franken ab. – Bei der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens stehen 103,2 Mio. Franken an Ausgaben 29,9 Mio. Franken an Einnahmen gegenüber, so dass netto 73,3 Mio. Franken investiert worden sind. Während davon 43,4 Mio. Franken ins Allgemeine Verwaltungsvermögen geflossen sind, beträgt der Anteil des Verwaltungsvermögens der städtischen Betriebe 29,8 Mio. Franken. Beim Finanzvermögen wurden netto 5,1 Mio. Franken desinvestiert. – Das Verwaltungsvermögen beläuft sich nach Berücksichtigung der Abschreibungen auf 545,5 Mio. Franken; davon entfallen 333,5 Mio. Franken auf das Allgemeine Verwaltungsvermögen und 212 Mio. Franken auf das Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe. – Der Bilanzfehlbetrag beträgt nun noch rund 21 300 Franken.

Die Rechnung 2003 zeigt folgende Resultate:

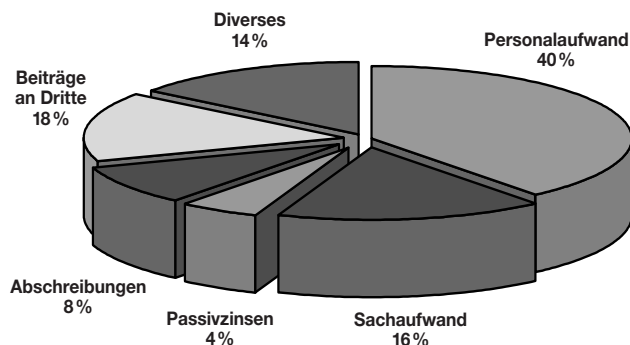
Laufende Rechnung

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2003	Voranschlag 2003	Veränderung
Aufwand	982 040	921 138	60 902 –
Ertrag	994 952	921 138	73 814 +
Ertragsüberschuss	12 912	0	12 912 +
Aufwand:			
Personalaufwand	380 864	376 457	4 407 –
Sachaufwand	157 812	153 644	4 168 –
Passivzinsen	39 042	37 131	1 911 –
Abschreibungen	82 282	84 769	2 487 +
Energie-/Rohmaterialankauf	64 483	56 632	7 851 –
Entschädigungen an andere Gemeinwesen	41 190	42 552	1 362 +
Beiträge an Dritte	181 307	157 416	23 891 –
Durchlaufende Beiträge	8 553	3 283	5 270 –
Einlagen in Spezialfinanzierungen	26 506	9 254	17 253 –
Ertrag:			
Steuern	283 616	275 845	7 771 +
Regalien und Konzessionen	507	512	5 –
Vermögenserträge	24 591	20 518	4 073 +
Entgelte	371 863	342 831	29 032 +
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	128 277	114 010	14 267 +
Rückerstattungen von Gemeinwesen	58 070	57 342	728 +
Beiträge mit Zweckbindung	112 397	93 355	19 042 +
Durchlaufende Beiträge	8 553	3 283	5 270 +
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	7 079	13 441	6 362 –

Der Gesamtaufwand ist um rund 60,9 Millionen Franken, der Gesamtertrag um rund 73,8 Millionen Franken höher als der Voranschlag. Das Gesamtergebnis weicht somit um 12,9 Millionen Franken positiv vom Budget ab. Die Gründe für diese Verbesserung sind aus der vorstehenden Tabelle über die Aufwand- und Ertragsarten ersichtlich. Die Rechnung soll hier nur summarisch beleuchtet werden; für tiefergreifende Analysen wird auf die Rechnung und die zugehörige Weisung verwiesen.

Beim Ertrag sind folgende Positionen speziell zu erwähnen: Die budgetierten Steuereinnahmen wurden um rund 7,8 Millionen Franken übertroffen und erreichten nun den Totalbetrag von 283,6 Millionen Franken (dieser Betrag umfasst sämtliche Steuereinnahmen des laufenden Jahres und der Vorjahre). Der Vorjahreswert, der ausserordentlich tief war, wurde um rund 13 Millionen Franken übertroffen. Die grössten positiven Abweichungen ergeben sich bei den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung, wo der Steuerkraftausgleich sehr viel höher ausgefallen ist als dies veranschlagt werden konnte (+14,2 Mio.) sowie bei den Beiträgen mit Zweckbindung, weil der Staat seine Beiträge in den Sektoren Asylwesen, Arbeitslosigkeit und Soziales erhöht hat (+19,0 Mio.). Ausserdem sind Staatsbeiträge zu verbuchen, die aus zeitlichen Abgren-

Aufwand 2003

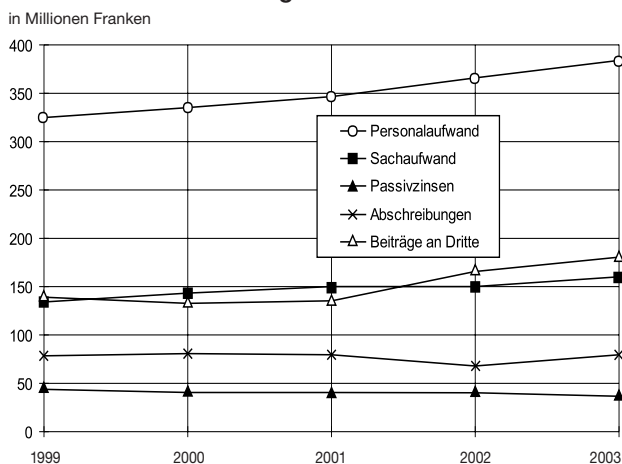


zungen etwas höher ausgefallen sind, als dies zum Budgetierungzeitpunkt anzunehmen war.

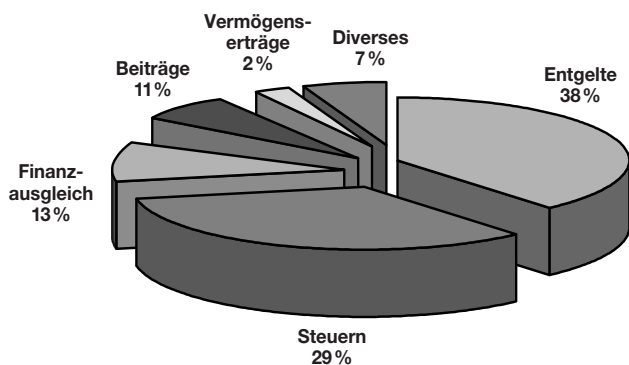
Beim Aufwand sind tendenziell höhere Werte zu konstatieren. Beim Sachaufwand wurden 4,2 Millionen Franken mehr ausgegeben als veranschlagt. Das ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die budgetierten Sachaufwendungen voll in Anspruch genommen wurden, was bedeutet, dass die in den Sammelkonti pauschal vorgenommene Korrektur nicht gegriffen hat und zum andern auf das Ansteigen bestimmter Kosten, wie die Dienstleistungen von Dritten, wo auch gestiegene Gebühren enthalten sind. Der Personalaufwand weicht mit Mehrausgaben von 4,4 Millionen Franken deutlich vom Voranschlag ab: hier sind vor allem höhere Lohnkosten angefallen. Die Abschreibungen sind um 2,5 Millionen Franken unter den Voranschlag gesunken, was auf die kleiner ausgefallenen Abschreibungen der Städtischen Werke zurückzuführen ist. Die Beiträge an Dritte weichen um rund 23,9 Millionen Franken negativ vom Budget ab. Hier ist die Ablieferung des Elektrizitätswerks von 8 Millionen Franken enthalten, da seit dem Jahr 2002 die Ablieferung über die Laufende Rechnung gebucht werden muss, damit die Institution Elektrizität der StWW mit einem ausgeglichenen Ergebnis gezeigt werden kann.

Der Verlauf der Rechnung zeigt deutlich, dass der finanzielle Spielraum der Stadt Winterthur ausserordentlich eng ist. Eine Senkung des Steuerfusses ist wegen der Abhängigkeit vom maximalen Steuerfussausgleichsbeitrag nicht möglich. Diese Abhängigkeit hat ausserdem zur Folge, dass der Kanton den Voranschlag zu genehmigen hat. Es bleibt keinerlei Raum für eine reale Ausweitung. Im Gegenteil: Durch den konjunkturellen Einbruch der vergangenen Jahre und die Finanzknappheit beim Kanton wird der Druck auf die kommunalen Finanzen noch weiter zunehmen.

Entwicklung des Aufwandes

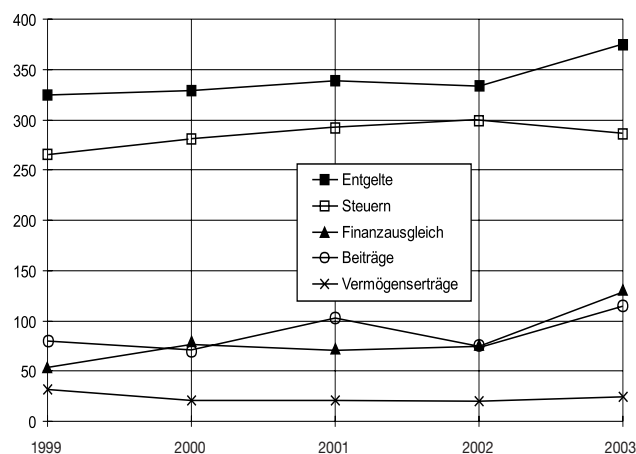


Erträge 2003



Entwicklung des Ertrages

in Millionen Franken



Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2003	Voranschlag 2003	Veränderung
Ausgaben	103 213	166 661	63 448 +
Einnahmen	29 958	45 532	15 574 -
Nettoinvestitionen	73 255	121 129	47 874 +
Ausgaben:			
Grundstückerwerb und Bauten	91 048	143 282	52 234 +
Darlehen und Beteiligungen	262	1 600	1 338 +
Investitionsbeiträge	6 439	5 415	1 024 -
übrige zu aktivierende Ausgaben	42	750	708 +
Einlagen in Spezialfonds	240	0	240 -
Interne Verrechnungen	5 179	15 614	10 435 +
Einnahmen:			
Abgang von Sachgütern	0	0	0
Nutzungsabgaben/Vorteilsentgelte	6 529	3 302	3 227 +
Rückzahlung von Darlehen/Beteiligungen	828	515	313 +
Rückerstattungen für Sachgüter	3 159	2 008	1 151 +
Rückzahlung von Investitionsbeiträgen	96	0	96 +
Beiträge mit Zweckbindung	8 472	8 192	276 +
Entnahmen aus Spezialfonds	5 179	15 614	10 435 -
Interne Verrechnungen	5 179	15 614	10 435 -

Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen liegen mit 73,2 Millionen Franken deutlich unter dem Voranschlag. Beim Allgemeinen Verwaltungsvermögen wurde wieder sehr viel weniger investiert als letztes Jahr. Während die Ausgaben 33,9 Millionen Franken unter dem Budget liegen, ist bei den Einnahmen ein Mindererlös von 16,8 Millionen Franken zu registrieren. Damit liegt die Nettoinvestition ins Allgemeine Verwaltungsvermögen mit 43,4 Millionen Franken wieder in der gewohnten Höhe. Der Realisierungsgrad liegt bei rund 72 Prozent des Pro-

gramms und damit zwar wieder über dem langjährigen Durchschnitt von gegen 55 Prozent, aber doch deutlich unter dem Ausreisser von 2002. Die Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe belaufen sich auf rund 29,8 Millionen Franken und liegen damit wesentlich tiefer als angenommen (60,6 Mio.).

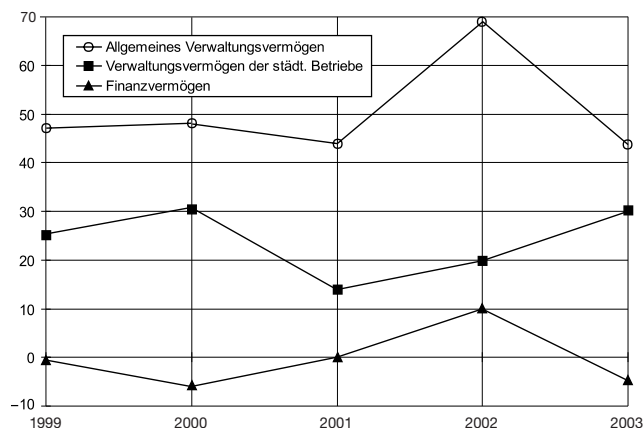
Investitionen ins Finanzvermögen

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2003	Voranschlag 2003	Veränderung
Total Ausgaben	6 201	11 619	5 418 +
Total Einnahmen	11 311	3 900	7 411 +
Nettoinvestitionen	- 5 110	7 719	12 829 +

Bei den Investitionen ins Finanzvermögen sind im Berichtsjahr verschiedene Verkäufe und Übertragungen abgewickelt worden, die auch im Rahmen der Massnahmen von «win.03» zu sehen sind (vgl. die Berichtserstattung dazu bei der Liegenschaftenverwaltung).

Entwicklung der Nettoinvestitionen

in Millionen Franken



Bestandesrechnung

Beträge in tausend Franken	31.12.2003	31.12.2002	Veränderung
Bilanzsumme	1 269 709	1 308 322	38 613 -
Aktiven:			
Finanzvermögen	723 657	745 746	22 089 -
Verwaltungsvermögen	545 496	545 767	271 -
Spezialfinanzierungen	534	641	107 -
Bilanzfehlbetrag	21	16 167	16 146 -
Passiven:			
Fremdkapital	1 101 958	1 175 124	73 166 -
Verrechnungen	25 438	5 174	20 264 +
Spezialfinanzierungen	142 313	128 024	14 289 +
Eigenkapital	0	0	0

Die Bilanzsumme hat wieder abgenommen (- 38,6 Mio.). Dies liegt vor allem daran, dass die Liquidität des Vorjahres durch die Pensionskasse nun weitgehend investiert worden ist. Beim Verwaltungsvermögen ist nur der allgemeine Teil um 6,4 Millionen Franken gewachsen. Das ergibt einen Bestand am Ende des Jahres von 333,5 Millionen Franken. Jenes der städtischen Betriebe ist um 6,7 Millionen Franken gesunken (eine Folge der stark verminderten Investitionen, die durch die Abschreibungen übertriften worden sind). Das ergibt einen Bestand am Ende des Jahres von 212 Millionen Franken. Der Bilanzfehlbetrag verringert sich nach der Verwendung des Ertragsüberschusses für dessen Tilgung auf 21 300 Franken.

Finanzierungsrechnung

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2003	Voranschlag 2003	Veränderung
Nettoinvestitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen	43 432	42 000	1 432 +
+ Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe	29 823	60 588	30 765 +
- Abschreibungen des Allgemeinen Verwaltungsvermögens	- 37 028	- 33 648	3 380 -
- Abschreibungen der städtischen Betriebe	- 36 498	- 45 313	8 815 +
+ Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung	- 12 912	+ 0	12 912 +
<i>Finanzierungsbedarf I</i>	- 13 183	23 627	36 810 +
- Einlagen in Spezialfinanzierungen	- 26 506	- 9 254	17 253 -
+ Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	+ 7 079	+ 13 441	6 362 +
<i>Finanzierungsbedarf II</i>	- 32 610	27 814	60 424 +
+ Nettoinvestitionen ins Finanzvermögen	- 5 110	+ 7 719	12 829 +
- Abschreibungen Finanzvermögen	- 2 539	- 1 500	1 039 +
Gesamter Finanzierungsbedarf	- 24 961	34 033	58 994 +

Der Finanzierungsbedarf stellte sich sehr viel tiefer als budgetiert. Dieser Effekt ist vor allem auf den Ertragsüberschuss und die stark zurückgenommenen Investitionen ins Verwaltungsvermögen zurückzuführen.

Der Selbstfinanzierungsgrad stellt sich auf 144,5 Prozent (ohne städtische Betriebe und Spezialfinanzierungen: 115 Prozent).

Finanz- und Rechnungswesen

Im laufenden Jahr konnten verschiedene neue Applikationen erstellt und eingeführt werden: Es ist nun möglich, dezentral und mit einfachen Mitteln die Begründungen zu Voranschlag und Rechnung einzugeben. Zudem wurden die WOV-Berichterstattungen (Globalbudget, Jahresbericht und Reporting) weitgehend automatisiert. Zusätzlich wurde ein zentrales Finanzcontrolling pro Quartal in den Departementen eingeführt, das zum Ziel hat, die laufende finanzielle Entwicklung zu verfolgen und allenfalls zu korrigieren. Gestützt darauf wird auf Ende Jahr eine Prognoserechnung erstellt, welche die Steuerung des Abschlusses wesentlich erleichtert.

Finanzielle Planung

Die finanzielle Planung legte ihre Schwergewichte erneut auf die Investitionsvorhaben und auf das Erarbeiten von Szenarien für die Entwicklung der Laufenden Rech-

nung. Die Investitionsprogramme für die Jahre 2004 bis 2008 wurden gestrafft und entlastet. Es müssen zwingend Anstrengungen zu einer weiter gehenden Priorisierung getroffen werden, da es unmöglich ist, die Investitionstätigkeit auf hohem Niveau zu halten. Es wurde dazu übergegangen, die Differenz zwischen den Planwerten für die Investitionen und der Basis, die für die Berechnung der Abschreibungen verwendet wird, stark zu verengen.

Der Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2008 signalisiert keine Entspannung der finanziellen Situation der Stadt Winterthur.

Projekt «win.03»

Der Stadtrat hat mit dem Projekt «win.03» ein Massnahmepaket geschnürt und diverse Projekte lanciert, welche den Haushalt der Stadt Winterthur nachhaltig entlasten sollen. Die Projektorganisation hat ihre Arbeit Mitte 2003 zu einem Zwischenziel geführt. Der Stadtrat hat im August 2003 den Katalog mit 93 Einzelmassnahmen verabschiedet, der die Rechnung der Stadt Winterthur ab 2006 um jährlich rund 30 Millionen Franken entlasten soll. Für die Umsetzung dieser Massnahmen sind verschiedene Instanzen zuständig: Stadtrat, Parlament und Kanton. Zusammen mit der Stadtverwaltung hat das Finanzamt mit der Umsetzung vor allem jener Massnahmen begonnen, welche in der Kompetenz des Stadtrats liegen. Weiter hat sich das Finanzamt an mehreren Projekten zur Identifizierung von Spar- oder Effizienzpotenzialen beteiligt.

Wohnbauförderung

Der Stadtrat hat sechs Wohneigentumsförderungsbeiträge im Gesamtbetrag von 160 800 Franken (0.00) zugesichert. Der erneute Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass deutlich mehr Angebote zu verzeichnen sind und die Finanzierung auf einem historischen Tiefpunkt angelangt ist. Seit dem Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 29. Mai 1995 steht dem Stadtrat für Wohneigentumsförderungsbeiträge ein Rahmenkredit von 750 000 Franken zur Verfügung, von dem zurzeit ein Betrag von 105 168 Franken noch nicht gebraucht ist. Dieser Betrag ist trotz der gesprochenen Beiträge höher als im Vorjahr, da die Beiträge der Vorjahre nach den kantonalen Vorgaben korrigiert worden sind.

Informatikdienste (IDW)*

Security Policy

Durch die starke Vernetzung der Stadtverwaltung gegen innen wie auch gegen aussen steigt die Gefahr von unerlaubten Zugriffen und von Attacken aller Art. Aus diesem Grund haben die IDW eine Security Policy – vorerst mit dem Fokus der externen Leistungsbeziehenden – erarbeitet. Nächstes Jahr wird sie mit der Sicht gegen innen vervollständigt. Vorgaben für diese Arbeit sind die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) Sicherheit, das Datenschutzgesetz und die Informatiksicherheitsverordnung des Kantons Zürich sowie die Informatikstrategie der Stadt Winterthur. Die Security Policy dient als Richtlinie für die zu überprüfenden Detailkonzepte wie Datensicherungskonzept, Zugriffskonzept, Verpflichtungserklärungen und viele mehr.

Rechenzentrum

Die Anzahl der im Rechenzentrum installierten und betreuten Server ist dank einer verstärkten Konsolidierung, trotz neuer Anwendungsbereiche und zusätzlicher Rezentralisierung von dezentralen Servern (z.B. Wohn- und Pflegezentrum Oberi), nur noch leicht angestiegen. Folgende Systeme werden betrieben: 9 UNIX-, 100 Windows- (vorwiegend Windows 2000), 2 Compaq Alpha-Server sowie 35 Oracle- und 12 SQL-Server-Datenbanken (Microsoft). Total sind rund 1200 Gigabytes Diskplatz (= 1'200'000'000'000 Zeichen) belegt. Die Server werden seit der Einführung einer Monitoring-Software automatisch überwacht. Fehler werden durch die Software erkannt und – je nach Wichtigkeit – per SMS oder E-Mail auch ausserhalb der normalen Arbeitszeit einem System-Techniker gemeldet. Zur Bewältigung der stetig steigenden Nachfrage nach Disk-Speicherplatz hat sich der Einsatz eines SAN (Storage Area Network) bewährt. Dank der guten Skalierbarkeit besitzt dieses System genügend Reserven.

Drei weitere Gemeinden (Fällanden, Herrliberg, Birmsdorf) entschlossen sich für den Betrieb ihrer Gemeinde-Software im Rechenzentrum der IDW. Total werden jetzt sieben Gemeinden und ein Werk im Rechenzentrum bedient. Mit weiteren Gemeinden stehen die IDW in Kontakt.



Blick ins Rechenzentrum

Anwendungssysteme

Internet- und eGovernment-Auftritt der Stadt Winterthur

Der Internet- und eGovernment-Auftritt der Stadt Winterthur findet weiterhin breite Anerkennung. Dies bezeugen einerseits die 1,35 Millionen Personen (980 000), die einen Auftritt von www.stadt-winterthur.ch besucht haben, und andererseits die vier Preise, welche die Stadt Winterthur gewonnen hat. Beim Wettbewerb «Best of Swiss Web 2003» platzierte sich Winterthur in der Kategorie «Public affairs» an erster Stelle. «Best of Swiss Web» ist in der Schweiz eine anerkannte Auszeichnung für die eBusiness-, eGovernment- und Internet-Lösungen. Das Urteil der Fachjury lautete wie folgt: «Der Internetauftritt der Stadt Winterthur hinterlässt einen hervorragenden Gesamteindruck und ist richtungweisend für eGovernment-Projekte». Innerhalb des «CH21» Impulsprogrammes, eine Initiative zur Bündelung und Förderung aller Aktivitäten und Programme, welche die Schweiz in der Informations- und Kommunikationstechnologie einen Schritt weiterbringen sollen, wurde das Internet-Portal der Stadt Winterthur im Wettbewerb «eGov02» für innovative eGovernment-Lösungen in der Kategorie «Beispielhafte, bereits realisierte eGovernment-Lösungen» von der Jury mit dem 1. Preis ausgezeichnet. Ebenso wurde ihr in der gleichen Kategorie der Publikumspreis verliehen. Gegen Ende des Jahres wurde bekannt, dass in einem vom Bund lancierten Wettbewerb die Online-Dienstleistungen der Stadt Winterthur im Bereich familienergänzende Kinderbetreuung mit dem Anerkennungspreis ausgezeichnet wurden.



Best of Swiss Web 2003:
Sieger in der Kategorie
Public Affairs

Folgende Sub-Auftritte von www.stadt-winterthur.ch wurden im Internet aufgeschaltet oder erweitert: Foto-service/Fotogalerie, Lehrstellenverzeichnis, Alte Kaserne, Kinderbetreuung, Stadtgärtnerei, Informationsdienst, Informatikdienste IDW, Wohn- und Pflegezentrum Oberi, Relaunch Theater am Stadtgarten, Berufswahlschule, Ausbau Bibliotheken, Ausbau Forstbetriebe. Die Sicherheit der städtischen WEB-Server wurde mit einer neuen Firewall stark erhöht.

Zentrale Aspekte beim Aufbau des Online-Schalters sind neben der Kundenorientierung nach aussen auch die Innenorientierung in die Verwaltung. Die heutige Lösung erlaubt es, dass von der Einwohnerin oder vom Einwohner angestossene Transaktionen teilweise direkt verarbeitet werden, ohne dass ein manueller Eingriff eines städtischen Mitarbeitenden nötig ist. Sofern die Prozesse angepasst werden, zeigt diese Lösung ein grosses Rationalisierungspotential auf. Leider gibt es in der Schweiz noch keine landesweit anerkannte PKI-Lösung (Public Key Infrastructure). Diese fehlende Authentifizierungsmöglichkeit steht einer grösseren Rationalisierung im Wege.

* Die Informatikdienste sind eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Städtische Anwendungen

Das städtische Intranet mit seinen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten sowie den integrierten Anwendungen wird rege benutzt. Zahlreiche neue Lösungen konnten realisiert werden. Beispiele sind die Archivierung der Baurechtsentscheide, die Erweiterung der Protokoll- und Geschäftsverwaltung, der Ausbau des Berichtswesens im Finanzwesen, das Vergaberegister und mehrere Anwendungen bei der Stadtpolizei. Bei der Sozial- und Wirtschaftshilfe wurde mit der Anwendung ZAS (zentrale Anlaufstelle) eine einheitliche Erfassung und Fallbearbeitung für Abklärungen geschaffen. Auch werden die Personen nur noch einmal erfasst oder direkt aus der Datenbank des Meldeamtes übernommen. Die Qualität der Daten ist so wesentlich besser. Ebenso konnte die Komplexität der Abläufe stark vereinfacht werden. Die Nationalratswahlen wurden erstmals mit der durch den Kanton Zürich bereitgestellten Anwendung WABSTI durchgeführt. Die Übertragung der Resultate erfolgte elektronisch über das Zürcher Kantonsnetz zum Verwaltungsrechenzentrum in St. Gallen.

PC-Benutzerservice

Zu den Hauptaufgaben des Info-Centers gehören Beschaffung, Installation, Wartung und Support der Arbeitsplatz-Infrastruktur. Folgende Projekte wurden realisiert: Ausrüstung der Stationszimmer im Alters- und Pflegezentrum Adlergarten mit 15 PC, Einführung der Personal- und Planungssoftware PEP in den Altersheimen Brühlgut, Rosental und Neumarkt mit 5 PC, Ausrüstung der Stadtbibliothek am Kirchplatz mit 20 Ausleih- und Multimedia-PC, Ausrüstung der Lehrerzimmer (Schulleitung) mit 70 PC am städtischen Kommunikationsnetz. Damit sind in der Stadtverwaltung rund 2000 PC im Einsatz (ohne Primarschule). Seit 2003 wird bei Neuinstallationen von PC ein Softwareverteilungs-Tool eingesetzt. Die Nachführung von Programmupdates und Sicherheits-Patches kann so automatisiert und dadurch rationalisiert werden.

Die Hotline des Helpdesks wurde gegen Ende Jahr mit einer Call-Center-Lösung ausgerüstet. Damit können eingehende Anrufe effizienter bearbeitet werden. Zusätzlich geben Auswertungen gezielte Aussagen über das Anrufverhalten der User Auskunft. Während der noch manuell getätigten Auswertung in den Monaten September bis Dezember 2003 wurden 3839 Anrufe registriert.

Im Schulungsraum wurden an 34 Kurstagen 21 Kurse für 199 Kursteilnehmende der Stadtverwaltung durchge-

führt. Zusätzlich war der Schulungsraum für Abteilungs- und Fach-Kurse (Asylkoordination, CS/2 Schulung, Wahlprogramm und weitere) an 43 Tagen vermietet.

Datenkommunikation und Telefonie

Im Frühling wurde der vierte Knoten des 1Gbps-Backbone-Netzwerks (Giga Bit per Second) in Betrieb genommen. Die Grundstruktur des Hochgeschwindigkeitsnetzwerks ist damit abgeschlossen und auf dem neuesten Stand der Technik. Die Anzahl verrechenbarer Netzwerkanschlüsse ist um 12 Prozent auf 2527 angestiegen. Während der Sommerferien wurden alle Schulleitungen der Volksschule ans Verwaltungsnetzwerk angeschlossen. Über 2Mbps-Mietleitungen haben die Lehrkräfte nun Zugriff auf Intranet, E-Mail-System, Internet sowie – sofern berechtigt – auf die Server des Departementes Schule und Sport. Das Wohn- und Pflegezentrum Oberi und das Altersheim Rosental konnten mit Glasfaserkabeln erschlossen werden. Das Altersheim Brühlgut wird Anfang 2004 dazu stossen.

Die Kommunikation mit Dienststellen des Bundes und des Kantons nimmt an Bedeutung stetig zu. Das neue Netzwerk des Kantons Zürich, das LEUnet, ist zur Zeit in Realisierung. Der Anschluss der Stadt Winterthur erfolgt 2004. Die IDW haben aktiv im kantonalen Projektteam mitgearbeitet. Als Vorbereitung auf die auf Bundesebene bevorstehende PKI-Lösung (Public Key Infrastructure) für die Verwaltungen haben die IDW als Pilot im ZHdirectory, dem zentralen Verzeichnis des Kantons, mitgewirkt. Auf dem Gebiet der Verkabelungsprojekte waren Telefonie und Datenkommunikation stark gefordert. Im Vordergrund standen dabei das Umbauprojekt «Fortuna Obertor», die Neubauten der Bibliothek am Kirchplatz und des Krematoriums sowie das neu erschlossene Vermessungsamt.

Die Telefonie stand ganz im Zeichen des Migrationsprojekts Teilnehmervermittlungsanlage (TVA). Die Telefonzentrale «Tech 81» wurde ersetzt, die Hauptzentrale an der Lindstrasse auf neue Hard- und Softwarestände angehoben und Teile davon zur Polizei verschoben. Parallel dazu wurde das gesamte Managementsystem der städtischen Telefonanlage inklusive aller Vermittlersysteme erneuert. Anfang Dezember konnte das Sportamt über das bestehende Glasfaserkabel an die Telefonzentrale Altstadt angeschlossen werden. Momentan laufen die Vorbereitungen für eine Integration der Kehrriechverbrennungsanlage ans Telefonsystem. Dann wird die Schwelle von 3000 Telefonanschlüssen an der TVA überschritten sein.

Steueramt*

Der budgetierte Frankenbetrag für die Steuern des laufenden Jahres ist um 0,86 Prozent unterschritten worden. Die Grundstückgewinnsteuern blieben über den Prognosen. Die Handänderungssteuern schlossen besser ab.

Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern sind mit einem Steuerfuss von 122 Prozent (124 %) eingezogen worden und brachten einen Ertrag von 217,7 Millionen Franken (219,7 Mio.). Absolut verschlechterten sich die Steuererträge der natürlichen Personen um 0,70 Prozent (+ 0,88 %), diejenigen der juristischen Personen verschlechterten sich um 2,22 Prozent (– 25,7 %). Hätte der Steuersatz wie im Vorjahr mit 124 % gerechnet werden können, hätte die Zunahme bei den natürlichen Personen 0,93 Prozent und der Rückgang bei den juristischen Personen 0,62 Prozent betragen. Die Steuerprognose ist um 0,86 Prozent (9,82 %) verfehlt worden.

Steuererlass

Es sind zu Gunsten von fünf Personen insgesamt 13 (3) Steuererlasse gewährt worden. An den Steuererlass werden so hohe Anforderungen gestellt, dass nur sehr selten entsprechende Gesuche positiv beantwortet werden können.

Bezugsmassnahmen

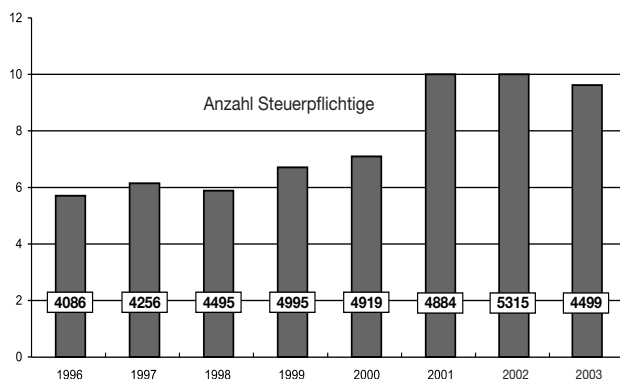
Insgesamt sind 17 147 (16 742) Mahnungen und 8339 (7784) Betreibungsandrohungen verschickt worden. Das führte zur Ausstellung von 3091 (2015) Zahlungsbefehlen; in 235 (137) Fällen wurde dagegen Rechtsvorschlag erhoben. In 1884 (1782) Fällen musste das Pfändungsbegehren gestellt werden, was 1167 (788) Lohn- und 42 (57) Fahrnispfändungen zur Folge hatte. Ferner mussten 26 (21) Verwertungsbegehren gestellt werden. Total sind 1075 (757) Verlustscheine ausgestellt worden, davon 53 (39) Konkursverlustscheine.

Nach- und Strafsteuern

In 48 (38) Fällen wurden Einnahmen von 350 131 Franken (273 528 Franken) erzielt. Aus abgeschriebenen Beträgen resultierten keine Eingänge (20 728 Franken).

Quellensteuern

Ertrag in Millionen Franken



* Das Steueramt ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Über den Steuerertrag berichtet das Steueramt weiterhin im ordentlichen Geschäftsbericht der Stadtverwaltung. Die ausführliche Berichterstattung über den Steuerbezug erfolgt im Rahmen des Projektes WoV in separater Form.

Steuerausscheidung

Ausscheidungen	Natürliche Personen		Juristische Personen	
	Anzahl	Fr.	Anzahl	Fr.
Aktive	484	6 291 663	131	7 490 706
Passive	222	3 146 620	48	3 949 122
Saldo zu Gunsten Winterthur		3 145 043		3 541 584
Total				6 686 627

Inventar

Die Inventarabteilung hat bei 934 (911) Todesfällen ein Inventar aufgenommen und 918 (907) Inventare abgeschlossen.

Liegenschaftendokumentation

Die neue Bewertung der Liegenschaften für die Steuerperiode 2003 wurde nach der «Weisung des Regierungsrates an die Steuerbehörden über die Bewertung von Liegenschaften und die Festsetzung der Eigenmietwerte ab Steuerperiode 2003 (Weisung 2003)» termingerecht vorbereitet und zum Versand an die Liegenschafteneigentümer und -eigentümerinnen bereitgestellt.

Grundsteuern

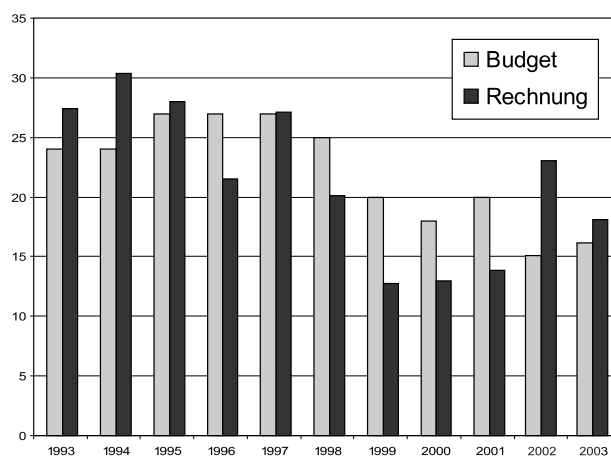
Verursacht durch die tiefen Hypothekarzinsen haben die Verkäufe von Liegenschaften und Stockwerkeigentum zugenommen, obwohl die Banken immer noch hohe Sicherheiten und Eigenkapital von 30 und 40 Prozent verlangen. Insgesamt sind 1223 (1099) Handänderungen eingegangen (+11,3 %). Von den pendenten Geschäften wurden 1231 (1269) erledigt.

Grundstückgewinnsteuern

Der erzielte Ertrag von 18,2 Millionen Franken (23,0 Mio.) resultiert aus 713 (879) steuertragenden Geschäften. Das Ergebnis liegt 2,2 Millionen Franken über dem budgetierten Betrag. In vielen Einzelfällen sind die hohen Verkehrswerte vor 20 Jahren für geringere Grundstückgewinnsteuereinnahmen mitverantwortlich. Durch ein Geschäft in Millionenhöhe wurde das positive Ergebnis dennoch erreicht.

Gegen die Entscheide des Grundsteuerausschusses der Stadt Winterthur wurden drei (3) Einsprachen und keine (0) Rekurse erhoben. Zwei (3) Rechtsmittelverfahren wurden erledigt.

Ertrag in Millionen Franken

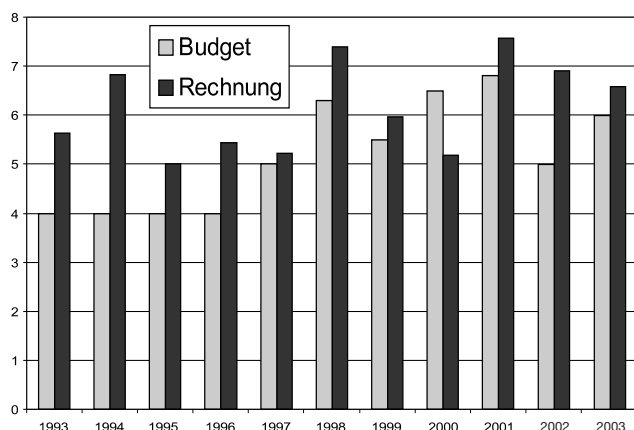


Handänderungssteuern

Mit Einnahmen von 6,5 Millionen Franken (6,9 Mio.) wurde der budgetierte Ertrag um 0,5 Millionen Franken leicht übertroffen.

Gegen die Handänderungssteuerentscheide sind sechs (7) Einsprachen und ein (0) Rekurs eingegangen. Sechs (3) Rechtsmittelverfahren wurden erledigt.

Ertrag in Millionen Franken



Steuerbezug

Das sechste WoV-Pilotjahr weist einen gegenüber dem budgetierten Globalkredit um 273 945 Franken erhöhten Verbrauch aus, obwohl zusätzliche Erträge erzielt worden sind. Dafür waren Mehraufwendungen bei den Sach- und Personalkosten verantwortlich. Die schneller realisierten Projekte kosteten mehr als die dafür erwarteten Entschädigungen. Mit zu berücksichtigten ist, dass den Mitarbeitenden für den Quantensprung von der Einschätzungstätigkeit auf Papier zur papierlosen Einschätzung mehr Angewöhnungszeit gewährt werden musste. Das führte unter anderem dazu, dass der Personalbestand überschritten wurde. Die Beauftragte in Rechtssachen konnte vor allem bei schwierigen Verlustfällen und in heiklen Konkursachen wertvolle Erfolge erzielen.

Die Zahl der steuerpflichtigen natürlichen Personen ist weiter angestiegen. Das hoch angesetzte Einschätzungsziel von 85 Prozent ist mit 96 Prozent erneut übertroffen worden. Die in Kauf genommenen Mehrkosten haben Übergangsprobleme mit den Mitarbeitenden verhindert und zudem die Steigerung auf diesen zürcherischen Rekordwert erlaubt.

Die provisorisch in Kraft gesetzten Reorganisationsmassnahmen sind kritisch überprüft worden und in zahlreichen Projekten wurden die Technik und das Berufswissen weiter verbessert.

Die Publikumsbefragung wurde einmal durchgeführt und hat die eigenen Beurteilungen bestätigt. Auch die stadtweite Publistumfrage bestätigte das eigene positive Ergebnis.

Die fortschrittliche und erfolgreiche Software «NEST» war weiterhin im Vormarsch: Die automatisierte Steuerveranlagung und die interaktive Bewilligungsmöglichkeit für Steuererklärungsfristen sind markante Hinweise darauf. Das Umbauprojekt «FOPTI II» verlief sehr erfolgreich und ist beinahe abgeschlossen. Das Steueramt konnte damit die Reorganisation auch räumlich nutzen und für Mitarbeitende und Lehrlinge zusätzliche und verbesserte Arbeitsplätze schaffen. Mit den verbesserten Arbeitsplätzen, mit gesteigerter interner und externer Ausbildung und noch breiteren Tätigkeitsfeldern konnte die Leistung der Mitarbeitenden weiter gesteigert werden und es ist gelungen, starke Veränderungen ohne grössere Schwierigkeiten über die Bühne zu bringen.

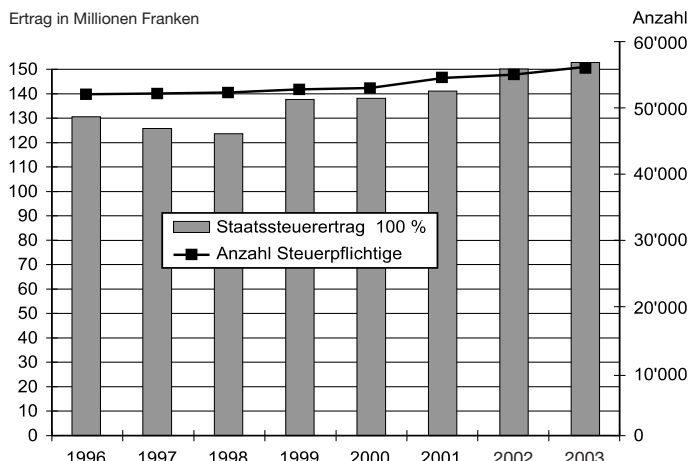
Drei kantonale Projekte konnten mit eigenen Kadermitarbeitenden mitgestaltet werden: Die Datenschnittstelle ist im Kommen, wenn auch nicht zum ursprünglich erhofften Zeitpunkt, Scanning und elektronisches Archivieren

sind dem Kanton in der Zwischenzeit auch zum eigenen Anliegen geworden und die partnerschaftliche Zusammenarbeit wird auch Seitens des Kantons forciert.

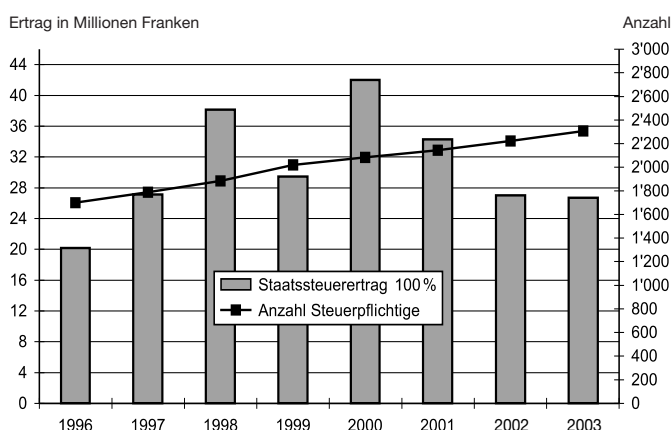
Die Liegenschaftsbewertung ist bereitgestellt und wird die Steuerpflichtigen mit der Steuererklärung 2003 im Januar beschäftigen. Weitere grössere, aber zum Teil umstrittene Veränderungen im Steuerrecht sind angezeigt, auch wenn die definitiven Inkraftsetzungen aufgeschoben worden sind. Nach der Volksabstimmung über die Handänderungssteuer steht diese den Gemeinden ab 2005 nicht mehr zur Verfügung.

Entwicklung der Steuerpflichtigen und des Staatssteuerertrages

Natürliche Personen

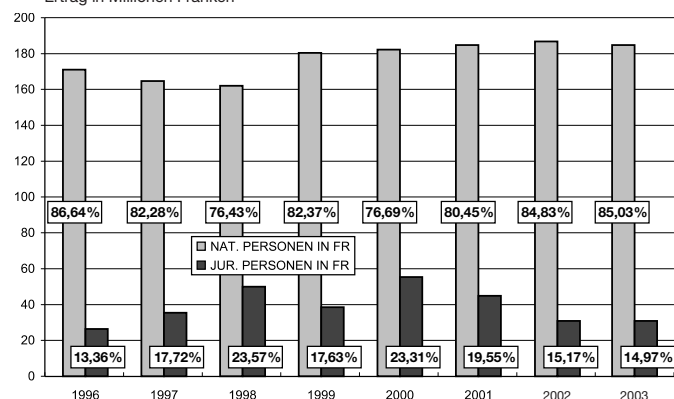


Juristische Personen



Anteil der natürlichen und juristischen Personen am Total der Gemeindesteuern

Ertrag in Millionen Franken



Liegenschaftenverwaltung

Im vergangenen Geschäftsjahr wurde intensiv an den Vorarbeiten zum Projekt «win.03» gearbeitet. Gleichzeitig sind verschiedene andere Grossprojekte, wie Landverkäufe Zelgli, Tägelmoss und Schenkeltwiese, Umsetzung der Lärmschutzverordnung für den Schiessstand Ohrbühl, Umsetzung Bodenschutzmassnahmen, initialisiert und bearbeitet worden. Die Nachbearbeitung der Vertragsablage sowie weitere Anpassungen der administrativen Abläufe waren die internen Arbeitsschwerpunkte.

Wohn- und Geschäftshäuser

Immobilienmarkt Winterthur

Die Leerwohnungsziffer in der Stadt Winterthur ist weiter auf 0,22 Prozent des Gesamtbestandes gesunken (2002: 0,36 %, 2001: 0,52 %). Bei den Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse haben die Wohnungswechsel mit 77 (73) Bewegungen zugenommen. Wohnungen können in der Regel gut am Markt platziert werden. Auffallend ist der Trend von ausserterminlichen Kündigungen, d.h. Kündigungen ohne Einhaltung der vertraglichen Kündigungsfrist. Dies erstaunt aufgrund des ausgetrockneten Wohnungsmarktes nicht, da sich die Mieterschaft häufig zu einem schnellen Handeln veranlasst sieht. Nach wie vor ist der Wunsch nach mehr Wohnraum spürbar. Grössere Wohnungen werden kleineren vorgezogen. Die mittlere Wohnfläche pro Bewohner oder Bewohnerin erhöhte sich zum Beispiel zwischen 1990 und 2000 um fünf auf 44 Quadratmeter. Ebenfalls erhöhten sich die Ansprüche der Mieterinnen und Mieter an die Ausstattung der Wohnungen.

Mietzinsentwicklung

Die erneut tieferen Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt sowie die schwache Konjunktur haben die Zürcher Kantonalbank dazu veranlasst, den mietrechtlich relevanten Hypothekenzinssatz im Jahr 2003 zweimal zu reduzieren. Ein erstes Mal wurde der Richtsatz für variabel verzinsliche Hypothekendarlehen im Wohnungsbau per 1. März 2003 um ¼ Prozent auf 3,50 Prozent gesenkt. Auf eine Weitergabe dieser Reduktion ist vorerst verzichtet worden, weil den Mieterinnen und Mietern bereits aufgrund der Reduktion im letzten Jahr (1.10.2002) eine Senkung der Mietzinse per 1. Februar 2003 gewährt wurde. Aufgrund der zweiten Senkung des Richtsatzes per 1. Juni 2003 um erneut ¼ Prozent auf 3,25 Prozent wurden die Mietzinse



Restaurant Tiefenbrunnen

der Liegenschaften des Finanzvermögens entsprechend angepasst. In die Berechnung der neuen Mietzinse wurde nebst dem neuen Richtsatz auch die Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise, die teuerungsbedingten Veränderungen der Betriebs- und Unterhaltskosten sowie ein allfällig vorhandener Mietzinsvorbehalt miteinbezogen.

Renovationen

Es standen keine grösseren Renovationen an.

Restaurantbetriebe

Im vergangenen Jahr wechselten in den drei Restaurantbetrieben Tiefenbrunnen, Schlosshalde und Strauss die Pächterschaft. Für das Theaterrestaurant konnte ein guter Ersatz gefunden werden, welcher den Betrieb im Sommer wieder aufnahm. Für die zwei Gastwirtschaftsbetriebe Hotel / Restaurant «Hörnli» und Restaurant «zur alten Post» konnten noch keine neuen Pächter oder Pächterinnen eingesetzt werden. Allgemein ist die schwache Wirtschaftslage spürbar. Die Betriebe mussten teils empfindliche Umsatzeinbussen in Kauf nehmen. Die wirtschaftliche Lage der städtischen Restaurants ist im Vergleich mit den Schweizer Gastrobetrieben nachvollziehbar.

Verwaltungsliegenschaften und Fachstelle für Raumbewirtschaftung

Die Liegenschaft Marktgasse 20/Stadthausstrasse 57 mit Museumsbetrieb, Festsaal und Gemeinderatssaal



Restaurant Schlosshalde



Liegenschaft Obertor 32



Stadthaus

sowie die Liegenschaft Marktgasse 53 mit dem alten Stadthausaal sind neu dem Departement Finanzen zur Verwaltung zugeteilt worden. Im Rathaus fanden 56 (122) Anlässe statt, davon 32 (68) Benutzungen des Gemeinderatssaales und 24 (54) Benutzungen des Festsaaes. Der markante Rückgang ist auf die vermehrte Benutzung von externen Räumlichkeiten durch den Stadtrat zurückzuführen. Im alten Stadthausaal fanden 194 (178) Anlässe statt.

Nach der Zusammenlegung der Friedensrichterämter an der Steinberggasse, werden die Räumlichkeiten an der Marktgasse 53 von der Kreisschulpflege Altstadt belegt. Die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sind zu 100 Prozent belegt.

Die Umbau- und Renovationsarbeiten an den Liegenschaften Obertor 32/Stadthausstrasse 31 und Stadthausstrasse 21 sind mit Erfolg abgeschlossen. Ebenfalls konnte der Stadthausbrunnen nach einer Gesamtanierung wieder in Betrieb genommen werden. An der Aussenfassade des Stadthauses wird eine detaillierte Untersuchung an den Natursteinen vorgenommen und anschliessend mit der Restaurierung an der Westfassade



Haus Marktgasse 20

begonnen. Die Gesamtfassadensanierung wird bis 2007 dauern. Das Stadthaus hat ein neues Hauswart-Ehepaar.

Betrieb Mehrzweckanlage Teuchelweiher

Die Mehrzweckanlage Teuchelweiher (MZA) ist sehr gut ausgelastet und wird sowohl für militärische als auch zivile Zwecke genutzt. Die militärischen Belegungszahlen haben gegenüber dem Vorjahr keine grossen Veränderungen erfahren. Speziell zu erwähnen ist die Rekrutenkompanie der Übermittlungstruppen, welche zum letzten Mal während 11 Wochen in der MZA untergebracht war. Die Brauerei Heineken Switzerland hat ihr elftägiges Oktoberfest zum fünften Mal in der MZA durchgeführt. Erstmals fand auch die Jungbürgerfeier der Stadt Winterthur in der MZA statt. Ausserdem hat der Stadtrat das gesamte Personal der Stadtverwaltung zu einem Apéro in die grosse Reithalle eingeladen. Die Unterkünfte im Parterre des Neubaus der MZA werden neu von der Kantonsschule Büelrain als zusätzlichen Schulungsraum genutzt.

Erstmals gastierte das «Merlin-Ess-Theater» während acht Wochen auf dem Wachterareal. Die als Übergangslösung eingerichtete Jugendunterkunft Löwengarten weist im dritten Betriebsjahr eine leicht rückläufige Auslastung auf. Der Toilettenwagen war 21 Mal (14) im Einsatz.

Militärische Einquartierungen

<i>Mehrzweckanlage Teuchelweiher</i>		
- Total Mannschaftstage	18 940	(18 150)
- Anzahl Tage Benützung Büro- und Theorieräume	204	(-)
- Anzahl Stunden Benützung Reithallen	930	(-)
- Anzahl Frühstücke	2616	(-)
ALST Steinacker	0	(0)

Zivile Nutzung der MZA Teuchelweiher

- Anzahl Vereine, Gruppen, Schulen usw.	425	(410)
- Anzahl Übernachtungen	10 889	(8500)
- Anzahl Tage Benützung Reithallen	89	(-)
- Anzahl Stunden Benützung Reithallen	85	(-)
- Anzahl Vermietungen Büro- und Theorieräume	237	(-)

Als grösste Veranstaltungen in den Reithallen sind zu erwähnen:

- Reithallengottesdienste der Stiftung Schleife
- Hallenflohmärkte, Ausstellungen
- FAKOWI (Winterthurer Fasnacht)
- Proben und Aufführungen des Theaters des Kanton Zürich
- 5. Winterthurer Oktoberfest
- Bazar der Rudolf Steiner-Schule
- Piccolo-Turnier des EHC Winterthur
- Kirchliches Familientreffen
- Velo- und Motorradausstellung
- Renault-Treffen
- Personalapéro der Stadt Winterthur
- Jungbürgerfeier der Stadt Winterthur
- Kaninchen- und Geflügelausstellung

Jugendunterkunft Löwengarten

- Betten	30	(30)
- Anzahl Gäste	1069	(1338)
- Anzahl Übernachtungen	2483	(2784)
- Anzahl Frühstücke	772	(1368)

Wachterareal

- Zirkusgastspiele	7	(7)
--------------------	---	-----

Grundbuchgeschäfte

Im Gegensatz zum Vorjahr sind 2003 mit Ausnahme von drei Landwirtschaftsparzellen keine Käufe getätigt worden (7,8 Mio.). Mehr als verdoppelt hat sich hingegen die Verkaufssumme mit über 10 Millionen Franken (4,4 Mio.). Nebst dem Verkauf einer einzigen Industrielandparzelle sind restlos alles Wohnbauland und drei Einfamilienhäuser veräussert worden. Vier Baurechte für Gewerbebauten wurden aufgelöst. Das Land ist den bisherigen Baurechtsnehmern verkauft worden. Gesamthaft ist der städtische Land- und Immobilienbesitz um rund zweieinhalb Hektaren (92 Aren) kleiner geworden.

Käufe Finanzvermögen

Fläche m²	Verkäuferchaft	Kaufobjekt und Lage
404,0	Thomas Lüscher Friedenstrasse 18 8400 Winterthur	Kat. Nr. 10277, Grossacher, Iberg Wiese (komm.Lw)
2 882,0	Heinrich Affeltranger Heinrich Atzenweiler Erben Alfred M. Klaiber	Kat. Nr. 10288, Grossacher, Iberg Wiese und Acker (F- und Lw-Zone)
403,0	Erben Alfred M. Klaiber Johannisstrasse 40 8404 Winterthur	Kat. Nr. 10275, Grossacher, Iberg Wiese und Acker (komm. Lw)
Total Kaufsumme:		Fr. 34 144.–

Verkäufe Finanzvermögen

Fläche m²	Käuferchaft	Kaufobjekt und Lage
66,0	Martin Albert Stähli Schürmattstrasse 3 8963 Kindhausen AG	Kat. Nr. 5403 und von 10329, Tösstalstrasse ehem. Brunnenparzelle/Strassengebiet (W3/2,6)
154,0	Martin und Marianne Hager-Huber Bättmur 17 8404 Winterthur	von Kat. Nr. 16257 (1/5), Bättmur, Landanteil Hofraum und Garten (KIII) (Bauland)
154,0	Jürg und Sibylle Sommerer-Aebi Bättmur 19 8404 Winterthur	von Kat. Nr. 16257 (1/5), Bättmur, Landanteil Hofraum und Garten (KIII) (Bauland)
506,0	Nelly Baumann-Vogt Alte Römerstrasse 17 8404 Winterthur	von Kat. Nr. 16183 (263/1000), Bättmur, Landanteil Hofraum und Garten (KIII) (Bauland)
506,0	Thomas Schneider-Hoppe Jonas-Furrer-Strasse 126 8400 Winterthur	von Kat. Nr. 16183 (407/1000), Bättmur, Landanteil Hofraum und Garten (KIII) (Bauland)
506,0	Thomas Schneider-Hoppe Jonas-Furrer-Strasse 126 8400 Winterthur	von Kat. Nr. 16183 (330/1000), Bättmur, Landanteil Hofraum und Garten (KIII) (Bauland)
361,0	Thomas und Martina Blum-Kusterer Talhofweg 5 8408 Winterthur	Kat. Nr. 16180, Bättmur, Hofraum und Garten (KIII) (Bauland)
232,0	Andreas Garzotto und Monika Hurter Garzotto Walkestrasse 5, 8400 Winterthur	Kat. Nr. 16181, Bättmur, Hofraum und Garten (KIII) (Bauland)
217,0	Angelo und Birgit D'Amelio-Trautwein Rosengartenstrasse 5 8805 Richterswil	Kat. Nr. 16182, Bättmur, Hofraum und Garten (KIII) (Bauland)
1 474,0	Edelmann AG Wässerwiesenstrasse 55 8408 Winterthur	Kat. Nr. 5423, Wässerwiesenstrasse Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten (G) (Auflösung Baurecht)
612,0	Kägi & Co AG In der Au 5 8408 Winterthur	von Kat. Nr. 6083, In der Au, Wiese (I1) Ausnutzungsübertragung
807,0	Jakob Hobi Kurlistrasse 31 8404 Winterthur	Kat. Nr. 14387, Schiltwiesenweg Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten (W3G) (Auflösung Baurecht)
74,0	Werner Rebsamen Lothar Kausche 8400 Winterthur	von Kat. Nr. 3817, Wüflingerstrasse, Wiese (W3G)
2 328,0	Ursula Lore Trutmann-Burkhalter Römerrain 6 8108 Dällikon	Kat. Nr. 3152, Oberfeldstrasse, Wiese (W3/2,6) (Bauland)
7 387,0	Krankenkasse KBV Badgasse 3 8400 Winterthur	Kat. Nr. 16268, Grüzefeldstrasse Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten (I1) (Bauland)
1 980,0	Walter und Nelli Gimmi-Thalmann Hölzliweg 12 8405 Winterthur	Kat. Nr. 6779, Im Hölzli Gebäudegrundfläche und Hofraum (I1) (Auflösung Baurecht)
882,0	Charles Tacheron Ibergstrasse 70b 8405 Winterthur	Kat. Nr. 5240, Sessel, Iberg Wiese und Acker (F)
634,0	Arnold und Silvia Candrian-Beeler Untere Hohlgasse 21 8404 Winterthur	Kat. Nr. 16289, Untere Hohlgasse 21 Wohnhaus (KIII)
435,0	Rolf und Sylke Löhner-Hülensbeck Wieshofstrasse 49 8408 Winterthur	Kat. Nr. 6865, Rappstrasse, Wiese (KIII) (Bauland)

Fläche m²	Käuferschaft	Kaufobjekt und Lage
377,0	Nicolaus Renner und Barbara R.M. von Matt Renner Lindbergstrasse 21 8404 Winterthur	Kat. Nr. 6847, Rappstrasse, Wiese (KIII) (Bauland)
161,0	Gustav Frey Bergblumenstrasse 1 8408 Winterthur	von Kat. Nr. 4682, Bergblumenstrasse Wiese (F)
151,0	Erben Walter Oberle Bergblumenstrasse 3 8408 Winterthur	von Kat. Nr. 4682, Bergblumenstrasse Wiese (F)
155,0	Markus A. und Heike Herzog-Moser Bergblumenstrasse 5 8408 Winterthur	von Kat. Nr. 4682 und 4312, Bergblumenstrasse Wiese (F)
155,0	Erben Walter Zuberbühler Bergblumenstrasse 7 8408 Winterthur	von Kat. Nr. 4312, Bergblumenstrasse Wiese (F)
215,0	Eva Magdalena Müller-Angst Bergblumenstrasse 9 8408 Winterthur	von Kat. Nr. 4312, Bergblumenstrasse Wiese (F)
223,3	Credit Suisse Asset Management Funds Giesshübelstrasse 30 8045 Zürich	Kat. Nr. 4246, Eichgutstrasse Weggebiet
252,0	Christian und Isabel M. Schärli-Volken Lindenstrasse 12 8155 Niederhasli	Kat. Nr. 3587, Untere Hohlgrasse 17 Wohnhaus (KIII)
309,0	Dr.med. Petra Bindig Obere Hohlgrasse 17 8404 Winterthur	Kat. Nr. 16290, Untere Hohlgrasse 23 Wohnhaus (KIII)
1 989,0	Kühlhaus AG Winterthur Schlachthofstrasse 23 8406 Winterthur	Kat. Nr. 4584, Schlachthofstrasse Gebäudegrundfläche, Hofraum, Garten (I2) (Auflösung Baurecht)
1 106,9	Dr.iur. Robert und Leny Hauser Amelenweg 8 8400 Winterthur	Kat. Nr. 4251, Amelenweg Gebäudegrundfläche, Hofraum, Garten (W2/2) (Auflösung Baurecht)
2 436,0	Giulio Albanese Amelenweg 16 8400 Winterthur	Kat. Nr. 6098, Taggenbergstrasse/Maienriedweg Wiese (W2G) (Bauland)
Total Verkaufssumme:		Fr. 10 675 790.–

Neue Baurechte

BaurechtsnehmerInnen	Kaufobjekt und Lage
Theo Huber AG Gewerbestrasse 5 8404 Winterthur	Kat. Nr. 16056 2095 m² Wiesen, Industrieland

Landwirtschaftskommission

Die Landwirtschaftskommission behandelte ihre Geschäfte in einer Sitzung.

Die wichtigsten zu behandelnden Themen waren:

- Beiträge an Viehzuchtgenossenschaften
- Informationen zum Bericht der Ackerbaustelle

Ackerbaustelle

Bewirtschaftungsformen	konventionell	ÖLN	Bio
Landwirtschaftsbetriebe der Stadt	0 (0)	9 (9)	1 (1)
Landwirtschaftsbetriebe in Winterthur	2 (2)	63 (66)	4 (4)

91 (91) Gesuche für «agrarpolitische Massnahmen» wurden eingereicht und behandelt.

Art der Beiträge	Anzahl Gesuche
Direktzahlungen	78 (70)
Zollrückerstattungen auf Treibstoffen	69 (73)

Rebbetrieb

Ein erfreuliches Rebjahr mit extrem hohen Temperaturen und wenig Niederschlägen konnte abgeschlossen

werden. Einmalige Traubenqualitäten sind die besten Voraussetzungen für den Jahrgang 2003. Der Weinverkaufsumsatz konnte trotz zusätzlichen Werbeaktionen nur marginal gesteigert werden.

Rebkommission

Die Rebkommission behandelte ihre Geschäfte in einer Sitzung und anlässlich des üblichen Rebumganges.

Rebberge

Erträge der stadteigenen Rebberge

Rebberg	Ertragsreben	Aren	Liter
Neftenbach	Gewürztraminer	16 (16)	1 006 (657)
Neftenbach	Blauburgunder	184 (184)	10 081 (7 853)
Wiesendangen	Blauburgunder	110 (130)	5 845 (6 806)
Wiesendangen	RieslingxSilvaner	45 (45)	2 662 (3 597)
Wiesendangen	Chardonnay	10 (10)	588 (614)
Wiesendangen	Garanoir	14 (14)	941 (1015)
Wiesendangen	Léon Millot	27 (27)	794 (1073)
Wiesendangen	Solaris	16 (16)	621 (88)
Wiesendangen	Helios	16 (16)	135 (124)
Wiesendangen	Da Capo	2 (2)	0 (0)

Pünten

Die Nachfrage nach Pünten hat sich dank des Jahrhundert-Sommers gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert.

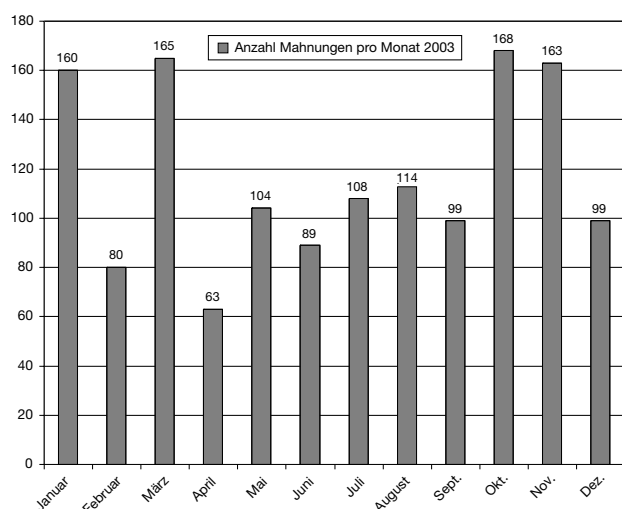
Das städtische Püntenland in Zahlen

	Aren		Pünten	
<i>Eigentum Stadt Winterthur</i>	5 249	(5 242)	3 105	(3 111)
– Verwaltung durch Stadt	1 179	(1 017)	761	(654)
– Verwaltung durch Püntenpächterverein	3 832	(3 832)	2 204	(2 212)
– Verwaltung durch Quartierverein Oberfeld	0	(155)	0	(105)
– Verwaltung durch Baugenossenschaft Union	69	(69)	29	(29)
– Verein Pünten Vogelsang	169	(169)	111	(111)
<i>Eigentum Private/SBB</i>				
– Verwaltung durch PPV	221	(221)	204	(204)

Finanzen/Controlling

Die Abteilung Finanzen/Controlling ist für die gesamte Buchhaltungsabwicklung verantwortlich. Ihr obliegt auch die zentrale Betreuung des Liegenschaftenbewirtschaftungs- und Inkassosystems «ImmoVision». Die buchhalterisch relevanten Daten werden monatlich in elektronischer Form via Schnittstelle ins Stadtbuchhaltungssystem CS2 übermittelt. Die Abstimmung der Scharnierkonten wird dadurch monatsgenau sichergestellt. Die Altbestände an Debitoren der Jahre 2001 und früher konnten abgearbeitet werden. Die laufende Debitorenbewirtschaftung hat sich normalisiert und ist nachhaltig mit einem fixen Mahnlauf pro Monat standardisiert.

Liegenschaftenbestand



Liegenschaftenbestand

Die Liegenschaftenverwaltung verwaltet folgende städtischen Grundstücke und Gebäude bzw. Vertrags-einheiten:

Finanzvermögen

Wohn- und Geschäftshäuser

401	(378)	Wohnungsverträge
85	(86)	Einfamilienhausverträge
160	(161)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
79	(68)	Garagenverträge
134	(128)	Parkplatzverträge

Sozialer Wohnungsbau

23	(23)	Einfamilienhausverträge
2	(2)	Garagenverträge
21	(21)	Parkplatzverträge

Restaurants

20	(20)	Restaurants (1 Verwaltungsvermögen)
47	(47)	Wohnungsverträge
10	(10)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
3	(3)	Garagenverträge
3	(3)	Parkplatzverträge

Landwirtschaftliche Pachtbetriebe

10	(10)	Bauernhöfe mit total 201 ha Land
----	------	----------------------------------

Unbebaute Grundstücke des Finanzvermögens

356 ha	(355)	Land
520	(519)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge

Baurechte

43	(44)	Baurechte für Wohnbauten
44	(44)	Baurechte für Industriebauten

Verwaltungsvermögen

Verwaltungsliegenschaften

9	(9)	Wohnungsverträge
99	(99)	Benützungsverträge Stadtverwaltung
24	(24)	Garagenverträge
75	(75)	Parkplatzverträge

Betrieb Mehrzweckanlage

1	(1)	MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)
1	(1)	Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker
2	(2)	Schiessanlagen (Ohrbühl / Wieshof)
15	(14)	Objekte (Plätze, Parkplätze usw.)

Übrige Liegenschaften des Verwaltungsvermögens

25	(24)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
5	(5)	Garagenverträge
24	(24)	Parkplatzverträge

Püntenverwaltung

772	(665)	Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)
-----	-------	--

Verwaltungsmandate

Liegenschaften der Pensionskasse

189	(189)	Wohnungsverträge
8	(8)	Einfamilienhausverträge
3	(3)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
89	(89)	Garagenverträge
44	(44)	Parkplatzverträge

Diverse städtische Objekte

39	(39)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
3	(3)	Restaurants
7	(7)	Baurechte

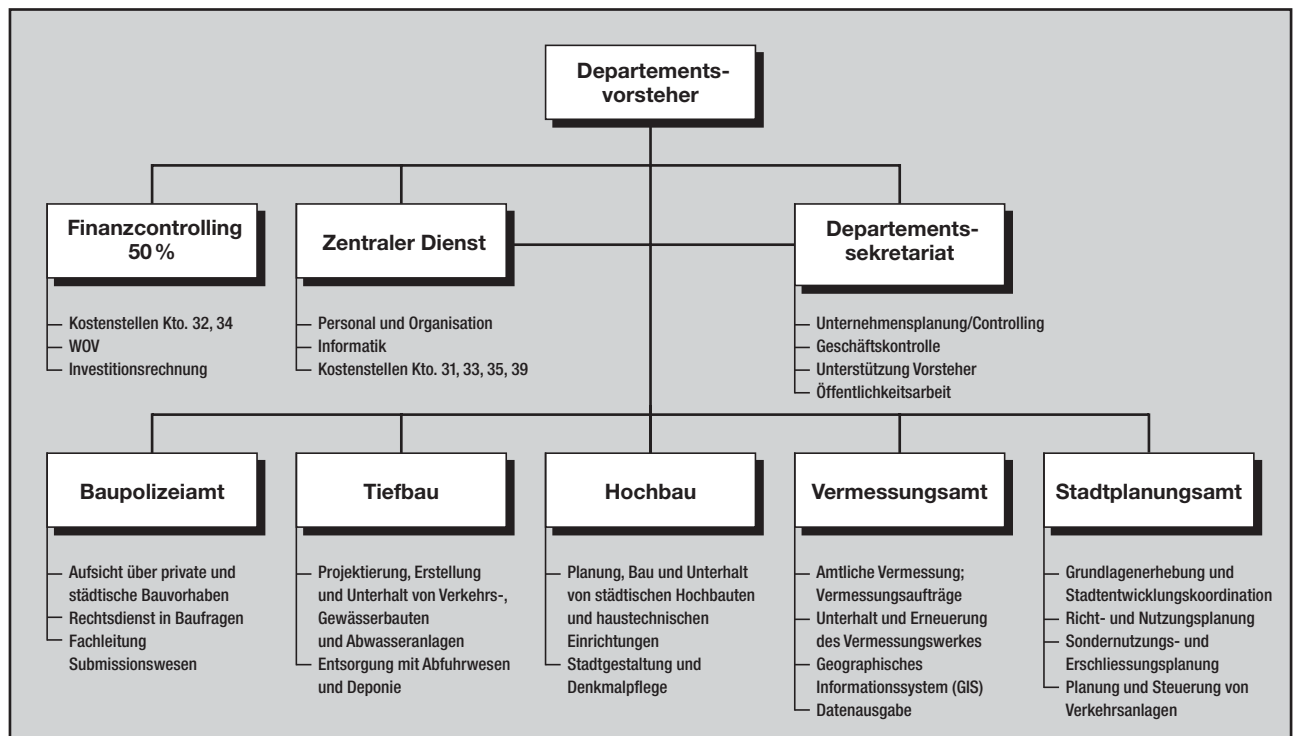
Inkassomandat für diverse städtische Objekte

133	(141)	Wohnungsverträge
45	(53)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
28	(29)	Garagenverträge
169	(185)	Parkplatzverträge

Departement Bau

Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt bei folgenden Geschäften:

- Am 24. März 2003 hat der Grosse Gemeinderat die zur Fristwahrung vorsorglich erhobenen staatsrechtlichen Beschwerden des Stadtrates betreffend Quartiererhaltungszone Geiselweid – Lindstrasse und der Erholungszone 2, östliches Niederfeld, zurückgezogen und davon Vormerk genommen, dass der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat in einem späteren Zeitpunkt einen Antrag für eine neue Zonenzuweisung stellen wird.
- Ebenfalls am 24. März 2003 hat der Grosse Gemeinderat die vorsorglich erhobene Beschwerde an das Bundesgericht für die Zuweisung des Gebietes Rosenstrasse/Büelrainstrasse zur Wohnzone mit Gewerbebeerleichterung W3G zurückgezogen und die betroffenen Grundstücke der bisherigen viergeschossigen Wohnzone mit Gewerbebeerleichterung W4G zugewiesen.
- Weiter hat der Grosse Gemeinderat am 24. März 2003 die vorsorglich erhobene Beschwerde an das Bundesgericht für die Zuweisung des Gebietes Türlimattstrasse/Kurlistrasse zur Wohnzone W2/1.6 zurückgezogen und die betroffenen Grundstücke der bisherigen Wohnzone W2/2.0 zugewiesen.
- Am 14. Mai 2003 hat der Regierungsrat die Beschwerde gegen den Beschluss des Bezirksamtes Winterthur vom 22. Februar 2002 betreffend Umgestaltung des Zwingliplatzes (Gemeindeabstimmung vom 23. September 2001) abgewiesen. Dieser Entscheid wurde nicht weitergezogen, weshalb mit den Bauarbeiten im Frühjahr 2004 begonnen werden kann.
- Ende Mai wurde der restaurierte Stadthausbrunnen in Betrieb genommen. Die Ausgaben von rund 10 Mio. Franken für die Renovation des Stadthauses sind vom Stadtrat im März als gebunden bezeichnet worden. Die Bauarbeiten begannen Ende 2002.
- Ende Juni wurde die Gestaltung des Neumarktes vollendet und der Platz mit einem Fest eingeweiht.
- Ebenfalls vor dem Albanifest wurde die neue WC-Anlage am Graben fertig.
- Rechtzeitig zum Beginn des heissen Jahrhunderts wurde die Instandstellung und Beckensanierung des Schwimmbades Töss fertig.
- Am 7. Juli 2003 fand die Grundsteinlegung zur neuen Metallarbeiterschule statt.
- Im Juli 2003 nahm die neue Freihandbibliothek im Tösserhaus und Blumengarten nach einem aufwändigen und sehr anspruchsvollen Umbau der historisch wertvollen Gebäude den Betrieb auf.
- Nachdem vom 20. Januar 2003 bis 20. März 2003 das öffentliche Planaufgabeverfahren durchgeführt wurde, hat die Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU) im September der Aufnahme der Entlastungsstrasse Oberwinterthur in den regionalen Verkehrsplan zugestimmt.
- Am 8. September 2003 hat der Grosse Gemeinderat diverse Umzonungen, die Neufestsetzung einer Gewässerabstandslinie und einen Ergänzungsplan für eine besondere Siedlung beschlossen:
 - Der westliche Teil der Parzelle Kat. Nr. 6/6068 (Rekursfläche «Wespimühle») wurde von der Zone für öffentliche Bauten in die dreigeschossige Wohnzone mit Gewerbebeerleichterung W3G umgezont.
 - Die Rekursfläche «Reservezone Lagerplatzareal» wurde von der Reservezone in die Industriezone 2, sowie in die Zentrumszone mit Gestaltungsplanpflicht umgezont.
 - Das Rekursareal «Wülflingerstrasse/Ruhtal» wurde von der Quartiererhaltungszone wieder in die viergeschossige Wohnzone mit Gewerbebeerleichterung W4G zurückgezont.



- Die Rekursfläche «Niderfeld» wurde von der Erholungszone 2 in die kommunale Freihaltezone umgezont.
- Die Gewässerabstandslinie «Wespimühle» wurde mit einem Abstand von 11 m zur Gewässerparzelle der Töss bzw. 5 m zum Kanal neu festgesetzt.
- Ein Teil des Grundstückes südlich der Wohnzone W2/1.2 Oberseen, an der Ricketwilerstrasse wurde von der Landwirtschaftszone in die zweigeschossige Wohnzone W2/1.2 umgezont. Die Bezeichnung «Empfindlicher Siedlungsrand» wurde entsprechend neu festgesetzt.
- Die drei Parzellen im Strassendreieck Lind-, Theater- und Kreuzstrasse wurden von der zweigeschossigen Quartiererhaltungszone in die dreigeschossige Wohnzone mit Gewerbebeileichterung W3G umgezont.
- Ein Grundstück am Neubruchweg, Dätttau, wurde von der zweigeschossigen Wohnzone W2/1.2 und der Kernzone III, Dätttau, in die kommunale Freihaltezone umgezont.
- Das Gebiet westlich der Dätttauenerstrasse wurde von der Gewerbezone in die dreigeschossige Wohnzone mit Gewerbebeileichterung W3G umgezont.
- Die Gewerbezone westlich der Mattenbachstrasse wurde im Norden von der Gewerbezone in die dreigeschossige Wohnzone mit Gewerbebeileichterung W3G und im Süden (Reihenhäuser) in die zweigeschossige Wohnzone W2/2.0 umgezont.
- Für das Quartier «Rieterstrasse» wurde ein Ergänzungsplan für eine besondere Siedlung mit Sonderbauvorschriften festgesetzt.
- Bis Ende September wurden die Deckbeläge für die neue Weierstrasse (zwischen Chlösterli und Weier) und die umgebaute Auwiesenstrasse (zwischen Rosenaustrasse und Reitplatzstrasse) eingebaut.
- Am 20. Oktober 2003 hat der Grosse Gemeinderat die Motion betreffend Verkehrssicherheit für Schulkinder sowie Personen, die das öffentliche Verkehrsmittel im Bereich Gotzenwilerstrasse bis Ausgang Gotzenwil benützen, für nicht erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.
- Ende Oktober wurden die Arbeiten für die Gestaltung und Instandstellung des Bahnhofplatzes nach einer Bauzeit von nur 12 Monaten abgeschlossen.
- Der neue Zusammenschluss zwischen der Sulzer-Allee, der Ohrbühlstrasse und der Rümikerstrasse mit einem Kreisel wurde am 31. Oktober 2003 offiziell eröffnet. Im Hinblick auf die bauliche Entwicklung im Gern und aufgrund des zwischenzeitlich eröffneten Media-Marktes wurde die neue Strassenanlage in einer Rekordzeit von sechs Monaten fertig gestellt.
- Die Neubauten beim Schulhaus Hohfurri und der Abschluss der Renovationsarbeiten wurden nach einer Bauzeit von rund drei Jahren anlässlich des Einweihungsfestes im November gebührend gefeiert.
- Ebenfalls im November wurde der Neubau des Krematoriums und die Renovation der Abdankungshalle fertig gestellt.
- Im Rahmen der Massnahmen zur Sanierung des städtischen Finanzhaushaltes (win.03) hat der Stadtrat am 12. November 2003 dem Grossen Gemeinderat den Erlass einer neuen Verordnung über die Gebühren im Bauwesen beantragt.

Departementssekretariat

Personelles

Im Departement stehen 14,5 Austritten 14 Eintritte gegenüber. Dies entspricht einer Fluktuation von weniger als 5 %. Die Neueintritte verteilen sich auf die folgenden Bereiche und Pensen: Departementsleitung 1, Stadtplanungsamt 1, Bereich Tiefbau 7,5 (Strasseninspektorat 7,5), Bereich Hochbau 1 und Baupolizeiamt 2,5 Stelleneinheiten.

Gegenüber dem Vorjahr resultiert eine Reduktion von einer halben Stelle.

Personelles zu den Bereichen und Abteilungen:

Stadtplanungsamt

Die als Folge einer Pensionierung frei gewordene Stelle bei der Abteilung Stadtentwicklung, konnte per 1. Dezember durch einen Raumplaner wieder besetzt werden.

Gebäudeunterhalt

Die als Folge einer Kündigung frei gewordene Sekretariatsstelle, konnte durch eine interne Versetzung wieder besetzt werden.

Vermessungsamt

Die vakante Stelle durch die vorzeitige Pensionierung eines Mitarbeiters, konnte durch eine neue Mitarbeiterin per 1. Januar besetzt werden.

Baupolizeiamt

Die Leiterin des Sekretariats der Amtsleitung wechselte ins Finanzamt, eine juristische Mitarbeiterin in einem 50 %-Pensum beim Rechtsdienst sowie ein Mitarbeiter bei der Baukontrolle sind aus den Diensten der Stadt ausgetreten. Die 2,5 Stellen konnten umgehend wieder besetzt werden.

Finanz- und Rechnungswesen

Durch die Baufachorgane Hochbauten, Gebäudeunterhalt, Fst. Haustechnik und Tiefbauten wurden total 64,8 Mio. Franken zu Lasten der Investitionsrechnung und der Laufenden Rechnung für Neu- und Umbauten ausgegeben. Dies sind 19,5 Mio. Franken weniger als im Vorjahr. Dies hängt damit zusammen, dass der Neubau der Eissportanlage Deutweg im Jahr 2002 fertig gestellt wurde. Der grösste Teil der Aufwendungen mit 38,9 Mio. Franken resp. 60 % (Vorjahr 62 Mio. oder 74 %) entfallen auf den Bereich Hochbau, und 25,9 Mio. Franken resp. 40 % (Vorjahr 22,3 Mio. oder 26 %) wurden in Tiefbauten investiert.

Die departementsinterne Gliederung des Finanz- und Rechnungswesens hat sich bewährt und die Handhabung des neuen Buchhaltungssystems CS2 gab zu keinen Problemen Anlass. Auch die Schnittstelle vom departementseigenen Bauinformationssystem (BIS) zum CS2 sowie die Schnittstelle für die direkten Zahlungen in elektronischer Form via Direct-Internet-Banking an die Unternehmer, funktionierten reibungslos.

Öffentliches Beschaffungswesen

Auch im vergangenen Jahr wurde die Dienstleistung der Fachleitung Beschaffungswesen rege genutzt. In allen Departementen begleitete die Fachstelle verschiedene Vorhaben, die zum Teil erst im neuen Jahr realisiert werden, z.B. die Ausschreibung von Trolleybussen im Departement Technische Betriebe, die Beschaffung eines Personalinformations- und Abrechnungssystems im De-

partement Kulturelles und Dienste, den Ersatz der Parkbewirtschaftungssysteme mehrerer Parkhäuser für das Departement Sicherheit und Umwelt oder die PC-Beschaffung 2004 – 2006 unter der Leitung des Departements Finanzen. Die Analyse der Ausgaben des Vorjahres ergaben bei einigen Bereichen und Abteilungen weiteren Ausschreibungsbedarf. Die entsprechenden Submissionen werden im neuen Jahr erfolgen. Weiterhin beansprucht das Departement Bau die Fachstelle am meisten. Grosse Beachtung fand in Fachkreisen der Beschluss des Stadtrates, bei möglichst allen Beschaffungen die Lehrlingsausbildung als Zuschlagskriterium mit 10% zu bewerten.

Per April 2003 wurde die Stabsstelle Fachleitung Beschaffungswesen wieder mit einem fixen Pensum von 50% besetzt. Sandra Eberle (lic. iur.) übernahm die Aufgabe von Daniela Lutz (lic. iur.), welche die Stelle seit 1999 betreute und bis Ende August noch als externe Beraterin zur Verfügung stand.

Im vergangenen Jahr waren zwei Beschwerdeverfahren zu bearbeiten, welche den Ausschluss von Bewerbern bei der Vergabe der Generalplanerleistungen Deponie betrafen. Der Verfahrensausschluss wegen Vorbefassung wurde vom Verwaltungsgericht geschützt, beide Beschwerden wurden abgewiesen.

Die Problematik der Vorbefassung wurde auch in einer Aussprache mit einer Gruppe von Ingenieuren und der Abteilung Tiefbauten im Zusammenhang mit Kunstbauten intensiv diskutiert. Es konnte ein Modellvorgehen definiert werden, das unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben und der Gerichtspraxis eine sachgerechte und Know-how-schonende Vergabe ermöglicht.

In Zusammenarbeit mit den Informatikdiensten der Stadt (IDW) entwickelte die Fachleitung Beschaffungswesen eine internetgestützte Vergabestatistik, welche seit Mai mit Daten ab Januar 2003 produktiv läuft und von über 20 Eingabestellen bedient wird. Sie wird der Fachleitung ermöglichen, aussagekräftige stadtübergreifende Angaben zur Vergabep Praxis zu machen. Erste Auswertungen werden im Jahr 2004 erstellt.

Die neue Inhaberin der Fachleitung Beschaffungswesen konnte den Bereich Schulung mit dem Workshop «Nachhaltige Beschaffung» in enger Zusammenarbeit mit der Umweltschutzfachstelle und einer externen Beraterin beginnen.

Die Fachleitung Beschaffungswesen bietet auch anderen, insbesondere kleineren Gemeinden des Kantons ihre Beratungsleistungen an. Dabei soll zu einem nach Aufwand verrechneten Ansatz das Know-how der Fachleitung weitergegeben, aber auch der Gedankenaustausch gefördert werden.

Stadtplanungsamt

Das Stadtplanungsamt war im Berichtsjahr durch zwei Problemkreise stark gefordert. Einerseits brachten die Neuorganisation des Stadtrats mit der Leitung der Stadtentwicklung beim Stadtpräsidenten und der Schaffung einer entsprechenden Stabsstelle im Präsidialamt neue Arbeitsabläufe und Schnittstellen, die im Stadtplanungsamt zu Mehrarbeit führten. Diese Probleme werden im Rahmen eines win03-Projekts angegangen. Andererseits führte die Erkrankung des stellvertretenden Stadtplaners, Jürg Gautschi, nach den Sommerferien zu seinem vollständigen Ausfall und einem grossen Verlust an Fachwissen und Kenntnissen über die Planungstätigkeit der letzten 33 Jahre. Jürg Gautschi ist am 6. Januar 2004 verstorben. Wir verlieren mit ihm einen guten Freund und hervorragenden Planungsfachmann, den wir schmerzlich vermissen.

Stadtentwicklung

Im Rahmenplangebiet Sulzer-Areal Oberwinterthur hat die Abteilung Stadtentwicklung die Koordinationsaufgaben betreffend Entwicklung und Erschliessung des Areals weiter geführt. Der Wettbewerb für die Gestaltung der öffentlich zugänglichen Parkanlagen konnte abgeschlossen werden. Die Abteilung hat die Vorbereitungsarbeiten für die Projektierung begleitet, die Umnutzungspotenziale verschiedener Bauten untersucht und zur Schulraumplanung Stellung genommen. Aus einer Grundlagenenerhebung der im Umfeld vorhandenen «Öffentlichen und teilöffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen» konnten Ansätze für Vorgehensweisen zur Entwicklung von Versorgungsschwerpunkten aufgezeigt werden. Die SBB haben das Vorprojekt für die S-Bahn Station Hegi zur Vernehmlassung vorgelegt.

Im Zentrumsgebiet Sulzer-Areal Stadtmitte wurde die weitere Entwicklung des Areals auf Fachebene begleitet. Vertreter der Abteilung haben für Fachgremien zu den Themen Arealentwicklung Stadtmitte und Oberwinterthur Referate und Begehungen durchgeführt und in den Steuerungsgremien verschiedener extern vergebener Studien mitgewirkt. Mit der Ausarbeitung einer Studie «Evaluation eines Kongresszentrums Winterthur» wurde ein interdisziplinär zusammengesetztes Team beauftragt.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Überbauung Arch-Areal wurden voran getrieben und die Grundlagen für den Wettbewerb «Gleisquerung Sulzer-Areal – Arch-Areal» zusammengestellt. Die Abteilung hat auch die Vorprüfung und die Überarbeitung des Privaten Gestaltungsplans «Milchküche» der SBB koordiniert. Der Private Gestaltungsplan «Rieter-Areal Obertöss-Nord» konnte den zuständigen Amtsstellen zur Vernehmlassung unterbreitet werden.

Bei dem im Mai 2002 im Rahmen der Agglomerationspolitik des Bundes gestarteten Modellvorhaben «Standortpolitik für Publikumsintensive Einrichtungen» (PE) wurde durch das beauftragte externe Planerteam ein Modellansatz entwickelt. Seit August 2003 beschäftigen sich vier Regionen des Kantons – u.a. die Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU) – mit einer versuchsweisen Anwendung des erarbeiteten Instrumentariums für den Umgang mit PE. Die Abteilung Stadtentwicklung begleitet die RWU in der Testphase.

Hinsichtlich der geplanten Entwicklungen auf Stadtgebiet sind verschiedene Übersichtspläne (Entwicklungsgebiete, städtisches Bauland, Gestaltungspläne, Quartierpläne, Sulzer-Areal Stadtmitte) und das Stadtmodell nachgeführt worden. Bis April 2003 wurde das durch die SBB lancierte Projekt «Facelifting Regionalbahnhöfe» begleitet.

Die SBB haben den Projektstand dokumentarisch festgehalten, verfolgen aber das Projekt nicht weiter.

Siedlungsplanung

Die meisten Rekurse gegen die Bau- und Zonenordnung 2000 konnten erledigt werden. 6 Rekurse zu 3 Gegenständen sind noch pendent. In Oberseen wurde die Wohnzone W1.2 geringfügig erweitert und die im Rechtsmittelverfahren aufgehobene Quartiererhaltungszone Lindstrasse wurde neu der dreigeschossigen Wohnzone mit Gewerbebeileichterung W3G zugewiesen. Gegen diese Beschlüsse wurde wiederum Rekurs erhoben. Ausserdem konnten drei zusätzliche Änderungen des Zonenplans sowie ein Ergänzungsplan zu den Sonderbauvorschriften Rietterstrasse festgesetzt und durch die Baudirektion genehmigt werden. Der Zonenplan wurde unter Berücksichtigung diverser Änderungen und Anpassungen neu aufgelegt.

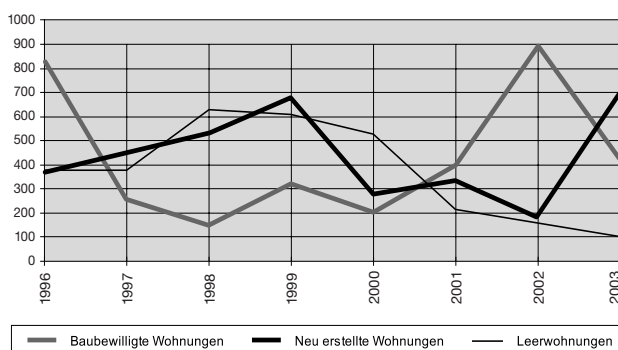
Die Vermarktung der städtischen Areale Schenkelwiese, Zelgli und Tägelmoo wurde vorangetrieben. Für das Areal Schenkelwiese wurde ein Studienauftrag unter den Interessenten durchgeführt, die bereit waren, den vom Stadtrat geforderten Mindestkaufpreis zu bezahlen. Für das Zelgliareal konnte ebenfalls eine Käuferschaft ermittelt werden. Die Vorbereitungen für einen offenen Projektwettbewerb sind weit fortgeschritten.

Über das Gebiet Wildbach-Eisweiher wurde ein Inventar der vorhandenen Planungsgrundlagen erstellt. Für den privaten Gestaltungsplan «Bäumlistrasse» wurde die stadinterne Vernehmlassung organisiert und koordiniert. Zudem wurden für diverse städtische und private Grundstücke von städtischem Interesse Nutzungs- und Überbauungsstudien erstellt bzw. Vernehmlassungen verfasst. Es fanden diverse Beratungsgespräche mit Bauherrschaften und Architekten bzw. Architektinnen im Zusammenhang mit Planungsfragen statt. Grössere Bauvorhaben in Quartiererhaltungszonen, welche zu Strukturänderungen führen könnten, wurden aus städtebaulicher Sicht beurteilt.

Fachstelle Statistik

Die eidgenössische Erhebung über die Bautätigkeit und die Bauvorhaben in Winterthur lieferte ein Bauvolumen bezogen auf das Jahr 2002 von 336 Mio. Franken (Vorjahr 393 Mio. Franken). Die Leerwohnungszählung vom 1. Juni ergab 99 leer stehende und auf dem Markt angebotene Wohnungen (Vorjahr 159). Ein vergleichbarer Tiefstand wurde letztmals 1993 registriert. Die Statistik-Broschüre «Winterthur in Zahlen» erschien im abgelaufenen Geschäftsjahr in ihrer zwanzigsten Auflage. Darin konnten auch die ersten Auswertungen aus der Volkszählung 2000 aufgenommen werden.

Neu erstellte Wohnungen, baubewilligte Wohnungen, Leerwohnungen



Die Fachstelle Statistik hat den Überbauungsstand für die kantonale Bauzonenstatistik nachgeführt. Sie lieferte zudem die statistischen Daten für die Nachführung der Winterthurer Internet-Seite und erteilte zahlreiche Auskünfte an Verwaltungsstellen und Private. Die Auswertung der Zahlen der Volkszählung 2000 verursachte einen grossen Aufwand.

Im Zentrumsgebiet Oberwinterthur wurde eine kurze Stichstrasse «Zum Park» benannt. Zudem benannte der Stadtrat in Seen drei kleinere Erschliessungsstrassen mit «Lavendelweg», «Rispenweg» und «Im Schönenberg».

Prüfung von Baugesuchen und Mutationen

Rund 300 Baugesuche, davon 265 ordentliche Verfahren, wurden durch die Abteilungen des Stadtplanungsamtes als Vernehmlassungsstellen der Projektorganisation Bauaufsicht begutachtet. Planungsrechtliche Aspekte wie Zonierung, Baureife, Erschliessung, Kinderspielflächen, Nutzungsziffern, Abstands- und Niveaulinien sowie Sicherheit im halböffentlichen und öffentlichen Raum wurden überprüft und in Zusammenarbeit mit den Baugesuchstellenden und dem Bauinspektorat überarbeitet.

Bei acht grossen Vorentscheidbegehren wurde die Vorprüfung durchgeführt und bei über 100 Grenzmutationsgesuchen die erschliessungs- und nutzungsmässige Überprüfung vorgenommen.

Die Beratungstätigkeit der Verwaltung wurde wiederum rege genutzt und wirkte sich auch positiv auf den Kontrollaufwand aus.

Quartierpläne

Die Bauabrechnung des Quartierplans «Industriezone Hegi» konnte abgeschlossen werden.

Beim Quartierplan «Dättelnau» wurde die zweite Quartierplanversammlung durchgeführt und die endgültige Fassung ausgearbeitet.

Im Quartierplangebiet «Iberg Südhang» konnte der Bau der Erschliessungsanlagen bis auf den Deckbelag fertig erstellt werden.

Der Quartierplan «Maienried» wurde digital aufbereitet und der Kostenverleger angepasst. Dieser teilrevidierte Quartierplan wurde zusammen mit der Zustimmung zum Projekt «Taggenbergbach» vom Stadtrat neu festgesetzt. Gegen den Beschluss sind vier Rekurse eingegangen.

Die Rekurse gegen den Quartierplan «Rotenbrunnen Ost» wurden zurückgezogen. Die Baudirektion hat den Quartierplan Ende Jahr genehmigt.

Für den Quartierplan «Wyden» wurde die zweite Quartierplanversammlung durchgeführt. Nach einer grundlegenden Überarbeitung steht er kurz vor dem Abschluss.

Private Erschliessungen

Der private Landumlegungs- und Erschliessungsvertrag «Oberzelg» konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die neuen Grenzen sind mutiert.

Für das Gebiet «Lantig» wurden Erschliessungsvarianten aufgezeichnet und Grundeigentümer beraten.

Betreffend Erschliessung und Überbauung an der verlängerten Schlosshofstrasse mussten Unterlagen bereitgestellt und Interessenten beraten werden.

Verschiedene städtische Privatstrassen wurden auf ihre Eignung für die Übernahme in das öffentliche Eigentum geprüft.

Bau- und Niveaulinien

Die Baulinienvorlagen «In der Au / Fussweg zum Tössuferweg», «Untere Briggerstrasse / ehemals geplante Ver-

bindungsstrasse», «Wülflinger- / Weststrasse», «Sulzer-Allee / Else Züblin- / Ohrbühl- / Rümikerstrasse» und «Geplanter Radweg Meisen- bis Turmhaldenstrasse» wurden von der kantonalen Baudirektion genehmigt.

Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum

Die Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum hat während des laufenden Jahres sämtliche Stadtkreise nach einem Kriterienraster im Hinblick auf Örtlichkeiten mit überdurchschnittlichem Gefahrenpotential untersucht. Im Mai 2003 wurde ein Internetauftritt und ein Aufruf an die Bevölkerung gestartet, gefährlich anmutende Orte der Arbeitsgruppe zu melden. Zur Erhöhung der Sicherheit sind Massnahmen zur Verbesserung der konkreten Situationen geprüft und in einem entsprechenden Massnahmenkatalog zusammengestellt worden. Dieser konnte Ende Jahr in die interne Vernehmlassung gegeben werden.

Aufgrund des Internetauftritts sind Vertreterinnen verschiedener Stadtverwaltungen zwecks Erfahrungsaustausch mit der Arbeitsgruppe in Kontakt getreten.

Verkehrserhebungen und Statistik

Neben zahlreichen Handzählungen, die der Beurteilung spezieller Problemstellungen dienen, wurde die periodische Erfassung der Verkehrsbelastungen an rund 70 Querschnitten des städtischen Strassennetzes fortgesetzt. Bei rund 15 Zählstellen ist dabei eine Klassifizierung der Fahrzeuge (Personenwagen, Lastwagen-, Motorräder) möglich. Die 2003 erfassten und ausgewerteten Daten werden im Bericht «Verkehr 2003» zusammengestellt.

Die Verkehrsmengen auf der Autobahnumfahrung und den bedeutendsten Einfallstrassen nahmen in den letzten 5 Jahren folgende Entwicklungen:

Autobahn A1

Tagesverkehr (Mittel aller Wochentage)

Monat	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03
Juli	70 700	76 400	76 500	79 300	80 600
August	74 100	79 300	80 200	82 900	82 200
September	75 000	80 500	81 000	81 500	83 200
Oktober	74 000	78 300	79 500	82 700	83 900
November	70 500	73 500	77 900	79 100	81 400
Dezember	65 700	70 000	72 300	70 400	74 700
Januar	63 100	66 700	68 200	69 500	69 600
Februar	60 800	71 600	73 300	75 500	73 000
März	73 100	77 400	77 200	79 900	80 800
April	74 700	76 100	78 200	81 900	83 300
Mai	75 600	79 300	80 900	82 000	83 500
Juni	77 800	78 500	81 900	82 500	84 700
Mittelwert	71 300	75 600	77 300	78 900	80 100

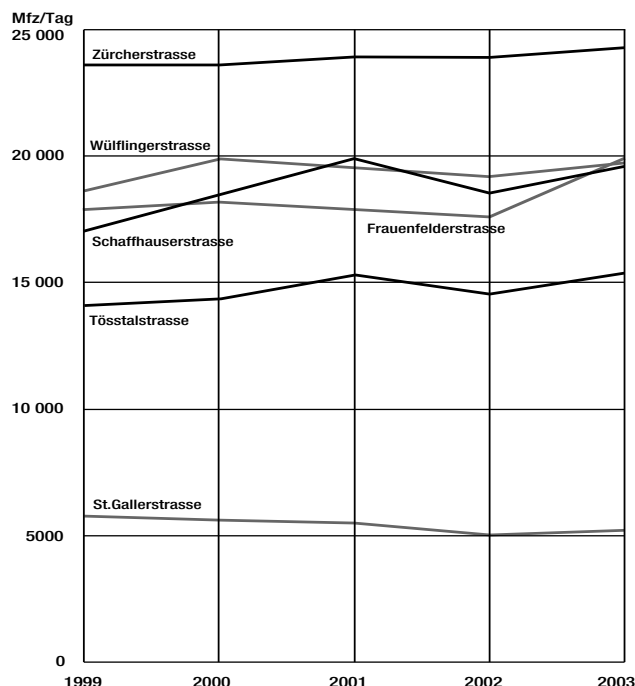
Verkehrsnetze und Erschliessungen

Die Realisierung des regionalen Gesamtverkehrskonzeptes und die damit zusammenhängenden Agglomerationsprojekte erfordern umfangreiche Vorbereitungsarbeiten, welche in die Wege geleitet sind. In diesem Zusammenhang muss auch geprüft werden, wie weit sich alternative Verkehrsführungen im Bereich des südlichen Bahnhof- und Archplatzes unter Berücksichtigung der geplanten tiefer gelegten Unteren Vogelsangstrasse und den Ergebnissen des Wettbewerbs für die Überbauung des Archareals realisieren lassen.

Nach der Untersuchung zahlreicher Varianten für eine Entlastungsstrasse in Oberwinterthur hat die Regionalplanung Winterthur und Umgebung die Aufnahme der Strassenverbindung in den Verkehrsplan beschlossen. Die weitere Projektierung wird unter Berücksichtigung

Verkehrsentwicklung der Einfallstrassen

Tagesverkehr (Mittel aller Wochentage)



der Anliegen Direktbetroffener die bestmögliche Lösung aufzeigen.

Im Anschluss an die Projektierung der S-Bahnhaltestelle Hegi erfolgte die Detailplanung der neuen WV-Linie 14 (Hauptbahnhof – Hegi) mit neuen Haltestellen beim Coop in der Rudolf Diesel-Strasse, beim Media Markt, im Oberen Gern und einer Endhaltestelle im Gebiet Stäffeli. Die Platzbeanspruchung durch die S-Bahnstation erfordert zudem eine konzeptionelle Überprüfung der St.Gallerstrasse. Die sanierungsbedürftigen Strassenabschnitte Talacker bis Schönengrund und Schönengrund bis Stadtgrenze sollen redimensioniert und besser gestaltet werden.

Eine im Berichtsjahr durchgeführte Studie zur besseren Erschliessung des Gebiets Zentrum Rosenberg/Schützenhaus mit dem Busverkehr gibt Auskunft über Vor- und Nachteile verschiedener Linienführungen, unterschiedlicher Betriebszustände und entsprechender Optimierungsmöglichkeiten.

Die Fuss- und Radwegproblematik im Lantig konnte planerisch bereinigt werden, so dass die entsprechenden Projektierungen in Angriff genommen wurden.

Neben der Erarbeitung der Baulinienvorlagen für die Hegi- und Wülflinger-/Neuwiesenstrasse standen im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens verschiedene kleinere und grössere Erschliessungs- und Parkierungsbeurteilungen an.

Verkehrssteuerung und Sicherheit

Verschiedene Abklärungen erforderte die neu installierte Lichtsignalanlage beim Knoten Frauenfelder-/Stadler-/Wiesendangerstrasse. Die Kreuzung ist während den Abendspitzen infolge der anfallenden Verkehrsmengen stark überlastet, so dass sich Stausituationen auch durch Steuerungskorrekturen nicht vermeiden lassen.

Die anhaltende Unfallhäufigkeit beim Knoten Frauenfelder-/Dorf-/Hegistrasse führte dazu, dass mit der anstehenden Sanierung des Strassenbelags und der Steuergeräte auch weitergehende Korrekturen geprüft werden.



Neue Veloabstellplätze Bahnhof

Im Zusammenhang mit parlamentarischen Vorstössen, welche die Verkehrssicherheit betrafen, wurden verkehrstechnische Untersuchungen in Gotzenwil und an der Zürcherstrasse bei der Einmündung Klosterstrasse durchgeführt. An weiteren Orten konnten Vorschläge zugunsten einer erhöhten Verkehrssicherheit vorgelegt werden, so zum Beispiel in Oberseen (Oberseener-/Gotzenwilerstrasse) oder im Sennhof (Einmündung Linsentalstrasse).

Anliegen, die den Fuss- und Veloverkehr betreffen, wurden in drei Sitzungen und einer Rundfahrt mit der «Arbeitsgruppe Velo» behandelt. Die Abstellplatzsituation im Bereich des Hauptbahnhofes ist dank einer neu erstellten Anlage, die für 60 Velos Platz bietet, leicht entschärft.

Neue Veloabstellplätze Bahnhof

Die aktive Mitarbeit in der Schweizerischen Velokonferenz (SVK) und Kontakte zur europäischen Vereinigung «Cities for Cyclists» erlauben immer wieder den Gedankenaustausch über die Stadtgrenze hinaus.

Verkehrsberuhigung und Lärmschutz

Die Änderung der Signalisationsverordnung führte dazu, dass der Handlungsbedarf für die in der Stadt Winterthur realisierten Tempo-Zonen zu ermitteln war. Die Anpassungen und Ergänzungen erfordern einen geringeren Kostenaufwand als ursprünglich vermutet. Die Nachfrage nach weiteren Zonen mit verkehrsberuhigten Strassen hält nach wie vor an. Neben den heute 39 signalisierten Tempo-Zonen – im Berichtsjahr konnten die Zonen Steinacker und Weinberg neu realisiert werden – liegen die erforderlichen Verkehrsgutachten und Massnahmenkataloge vor für die Gebiete Sonnenberg, Leimen-

egg, Neuwiesen-Tell, Dätttau. Oberfeld (Umsignalisation von 40 auf 30 km/h), Geissacker, Erweiterung Äusseres Lind, Adlergarten und Gotzenwil. Während die Realisierung der Zonen Dätttau und Oberfeld durch Rekurse blockiert sind, liegen bereits weitere Begehren betreffend der Gebiete Iberg, Hegifeld, Hölzli-Seen und Zinzikerberg vor.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Nachmessungen hat die Stadtpolizei 2003 in 190 Geschwindigkeitskontrollen rund 31 500 Motorfahrzeuge erfasst. Die Auswertungen der Messprotokolle stellt eine wertvolle Beurteilungsgrundlage dar.

Neben Lärmberechnungen, die im Rahmen von Baugesuchen oder Planungen erforderlich waren, wurden die Daten des Strassenlärmkatasters für die geografische Darstellung im kantonalen Lärminformationssystem aufbereitet. Die Aufschaltung soll im Sommer 2004 erfolgen.

Die Mitwirkung im Bereich der Fachgruppe Umwelt war insbesondere bei der Massnahmenplanung im Energiebereich gefragt. Massnahmen in den Bereichen Verkehrsberuhigung, Fuss- und Veloverkehr tragen massgeblich zum Rückgang der Umweltbelastung (Luft, Lärm) bei.

Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU)

Der Ausschuss hat neun Sitzungen abgehalten. Er beschäftigte sich vorwiegend mit Verkehrsfragen und mit der Beteiligung der Regionsgemeinden am Stadtmarketing Winterthur.

Anfang Jahr wurden Anhörung und öffentliche Auflage für die Neufestlegung der Verbindungsstrasse des kantonalen Zentrumsgebietes Oberwinterthur zur Frauenfelderstrasse organisiert. Die Auflage fand vom 20. Januar bis zum 21. März statt.

Die Idee einer äusseren Nordumfahrung Zürichs als Autobahn zwischen Wettingen und Winterthur wurde geprüft. Aus ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und landschaftlichen Gründen entschied sich der Ausschuss, diese nicht zur weiteren Prüfung zu empfehlen.

Für die Vernehmlassung über die Sachpläne «Strassen» und «Schiene/öffentlicher Verkehr» des Bundes wurde eine Stellungnahme aus Sicht der Region ausgearbeitet. Als Ergänzungen wurden die Aufnahme der Südostumfahrung Winterthur und die Verbindung der A1 zum Flughafen (K10) in das Bundesstrassennetz und im Sachplan Schiene der geplante Brüttenertunnel beantragt. In der Anhörung zur Revision des kantonalen Verkehrsplans hat der Ausschuss darauf hingewiesen, dass die Baudirektion im Zusammenhang mit der Südostumfahrung von Winterthur eine für Wiesendangen verträglichere Lösung vorlegen müsse.

Diskutiert wurden auch das Erarbeiten eines regionalen Gesamtverkehrskonzepts, die Standorte publikumsintensiver Einrichtungen und die Prioritäten der Realisierung von überkommunalen Strassenbauten. Der Ausschuss hat dabei klar festgehalten, dass neue Strassen einen positiven Beitrag zur regionalen Wirtschaftsentwicklung leisten müssen.

An der ordentlichen Delegiertenversammlung erfolgte die Abnahme der Jahresrechnung 2002 sowie des Budgets 2004. An einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung im Herbst wurde über die Entlastungsstrasse Oberwinterthur abgestimmt. Die Vorlage wurde einstimmig gutgeheissen.

Der Aufwand für die Regionalplanung Winterthur und Umgebung wird nach einem Verteilschlüssel aus Einwohnerzahl und berichteter Steuerkraft berechnet. Der Anteil der Stadt Winterthur beträgt 57,4 %. Das Stadtplanungsamt führt das Sekretariat nach der Verbandsordnung und verrechnet den Aufwand.

Tiefbau

Die Arbeiten am Generellen Entwässerungsplan (GEP) konnten nach fünf Jahren abgeschlossen werden. Der GEP wurde vom Stadtrat genehmigt, dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnisnahme unterbreitet und dem Amt für Abfall, Wasser Energie und Luft (AWEL) des Kantons Zürich zur Genehmigung durch den Regierungsrat eingereicht. Aus den Unterlagen ist ersichtlich, dass vor allem ein deutlicher Nachholbedarf bei der Werterhaltung besteht und weitere Regenbecken zur Verbesserung der Qualität der Fliessgewässer erforderlich sind.

Die Arbeiten für die beiden Baustellen in der Innenstadt (die erste Etappe des Bahnhofplatzes und der Neumarkt) konnten termingemäss abgeschlossen werden.

Durch die Verknüpfung der Sulzerallee mit der Rümikerstrasse konnte eine weitere Etappe für die Erschliessung des Zentrumsgebietes Oberwinterthur realisiert werden.

Unter der Federführung der SBB wurde das Vorprojekt für die S-Bahn Haltestelle Winterthur Hegi erstellt. Gestützt auf die verschiedenen Stellungnahmen wird zurzeit das Auflageprojekt für die öffentliche Planauflage im Sommer 2004 erarbeitet.

Der Rekurs gegen das Ergebnis der Volksabstimmung für die Gestaltung des Zwingliplatzes wurde abgewiesen. Mit den Bauarbeiten kann somit im Frühling 2004 begonnen werden.

Da die Absicht besteht, einen Teil der Pünken längs der Frauenfelderstrasse auf den neu gestalteten Rietberg zu verlegen, hat das Projekt zur Sanierung des alten Deponieteiles in die Nachsorge des Kantons einen höheren Stellenwert erhalten.

Gestützt auf den genehmigten Gestaltungsplan konnte die Baubewilligung für einen zeitlich befristeten Betrieb einer auf privater Basis erstellten Bauschutttaufbereitungsanlage erteilt werden. Die Anlage hat den Betrieb im Herbst 2003 aufgenommen.

Das neue Konzept des Kantons für die Sammlung der Sonderabfälle aus Haushaltungen und Kleinbetrieben führte zu einer Überkapazität der bestehenden Anlage. Mit der Vermietung eines Teils der Anlage konnte der weitere Betrieb der Anlage sichergestellt werden.

Die neue oberirdische WC-Anlage im Graben ist im Sommer 2003 in Betrieb genommen worden. Die Anlage kam von der Bevölkerung gut an. Etappenweise wird nun die Sanierung der noch verbleibenden Anlagen an die Hand genommen.

Die Sammelmengen der wiederverwertbaren und zu verbrennenden Abfälle verblieb in etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Die vorgezogene Entsorgungsgebühr auf Glasgebinden führte zu einer erfreulichen Entlastung der Abfallrechnung. Das Problem mit der Rückgabe der PET-Flaschen, welche bei den Verkaufsstellen abzugeben sind, ist vor allem im Bereich der 3 dl und 5 dl Flaschen noch nicht gelöst. Diese Flaschen machen einen massgebenden Anteil des Litteringproblems aus. Die Fachgruppe Entsorgung des Schweizerischen Städteverbandes arbeitet intensiv an der Lösung dieses Problems. Auch eine stadtinterne Arbeitsgruppe aus Vertretern des Forstbetriebes, der Stadtgärtnerei und des Strasseninspektorates beschäftigen sich mit den Fragen der Sauberkeit.

Das Problem des Fremdwassers aus dem Einzugsgebiet des Abwasserpumpwerkes Sennhof wird gemeinsam mit dem AWEL und den angeschlossenen Gemeinden intensiv weiter bearbeitet. Gestützt auf die Abklärungen des AWEL musste die Betriebssicherheit

des Abwasserpumpwerkes Sennhof im Hinblick auf die Grundwasserfassungen der Städtischen Werke im Linsental erhöht werden.

Sorgen bereitet die Entwicklung der Reserven beim Fonds für den Bau des überkommunalen Strassennetzes und beim Fonds für den Unterhalts des überkommunalen Strassennetzes. Da beim Kanton nicht genügend Mittel für den Strassenbau und den Strassenunterhalt vorhanden sind, fallen auch die entsprechenden Quoten für die Stadt Winterthur tief aus. In der aktuellen Situation sind die Mittel für die anstehenden Aufgaben knapp ausreichend. Für neue Grossprojekte, welche zurzeit diskutiert werden, müssen dringend neue Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden.

Ähnlich ist die Situation für die kommunalen Bauvorhaben. Hier zeichnet sich ohne zusätzliche finanzielle Mittel eine längerfristige Verschlechterung des Strassenzustandes ab.

Abteilung Tiefbauten

Der Jahrhundertssommer 2003 und die anhaltend trockene Witterung im Herbst begünstigten den Ablauf und die Ausführung der geplanten Tiefbauvorhaben wesentlich. Die beiden markantesten Baustellen in der Innenstadt, Bahnhofplatz und Neumarkt/Kasinostrasse, wurden unter grosser Beachtung der Passanten ausgeführt und abgeschlossen. Dank grossem Verständnis, Flexibilität und Kooperationsbereitschaft der Geschäftsinhaberinnen und Geschäftsinhabern, Passantinnen und Passanten, konnten die Bauarbeiten termingerecht und unfallfrei ausgeführt werden.

Am 16. August wurde der neu gestaltete Neumarktplatz mit einem kleinen Festakt offiziell eingeweiht. Die gelungene, grosszügig wirkende Gestaltung des grössten Platzes im Herzen der Altstadt findet viel Anerkennung und Wertschätzung.



Neumarktplatz

Am neu gestalteten Bahnhofplatz und der unteren Stadthausstrasse beeindruckten die neu entstandenen Strassenräume und die nachts markant beleuchteten Fassaden von Hauptbahnhof und Hauptpost.

Im Sulzerareal Oberwinterthur konnten, dank einer innovativen Unternehmervariante, die Bauarbeiten für den Zusammenschluss der Sulzerallee mit der Rümikerstrasse und dem neuen Kreisel Ohrbühl in nur fünf Monaten ausgeführt und abgeschlossen werden. Die neue Verbindungsstrasse wurde am 31. Oktober offiziell eröffnet und für den Verkehr freigegeben.

Fertig gestellt wurde auch die Auwiesenstrasse mit dem umgebauten Knoten Reitplatzstrasse.



Sulzerallee / Kreisel Ohrbühl



Personenunterführung Technikumstrasse



Auwiesenstrasse; Sanierung / Radanlagen



Zugang zum Parkhaus Technikum

Werterhaltende Massnahmen an Kunstbauten und Strassen wurden an folgenden Objekten termingerecht abgeschlossen:

- Eidbergstrasse; Brücke SBB-Linie Tösstal
- Mettlenstrasse; Brücke über Eulach



Mettlenstrasse/Eulachbrücke

- SBB-Linie Bülach; Bahn- und Strassenbrücke
- Untere Vogelsangstrasse; Stützmauern SBB-Areal
- St. Gallerstrasse; Im Schönggrund-Stegacker
- Wülflingerstrasse; Salomon Hirzel-Strasse–Lindenplatz
- Zürcherstrasse; Autobahnausfahrt Töss–Steigstrasse

Die mit Motion Hofmann verlangte Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fussgänger und Zweiradfahrer an der Weierstrasse wurde fertig gestellt.

Die Personenunterführung Technikumstrasse mit Zugang zum Parkhaus wurde saniert. Sie ist heller und publikumsfreundlich gestaltet.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Sanierung der Parkgarage Technikum im Jahr 2004 sind unter Federführung der Abteilung Tiefbauten in Bearbeitung.

Der Zustand des Abwassernetzes konnte im Berichtsjahr durch diverse Kanalneubauten und Sanierungen aufgewertet werden.

Die im letzten Berichtsjahr angesprochene Konjunkturlage im Tiefbaugewerbe hat sich noch verschärft. Entsprechend wurden im Berichtsjahr die Tiefbauvorhaben auf teilweise sehr tiefem Preisniveau vergeben.

Fertiggestellte Tiefbauten

- Auwiesenstrasse, Rosenaustrasse – Reitplatzstrasse; Strassensanierung, Radanlagen
- Bahnhofplatz, Stadthausstrasse – Museumstrasse; Gestaltung
- Eidbergstrasse, Brücke SBB-Linie Tösstal
- Kasinostrasse, Marktgasse – Technikumstrasse; Gestaltung
- Kiesstrasse, Schaffhauserstrasse – Meilistrasse; Sanierung
- Mettlenstrasse, Eulachbrücke; Instandsetzung
- Neumarkt, Marktgasse – Technikumstrasse; Gestaltung
- Paulstrasse, Tellstrasse – Neuwiesenstrasse; Strassensanierung
- Quartierplan Iberg Südhang; Erschliessungsanlagen
- Rychenbergstrasse/Haldenstrasse; Kreisel
- SBB Linie Bülach, Bahn- und Strassenbrücke; Instandsetzung



Bahnhofplatz

- Schützenwiesenweg, Knoten Hessengütlistrasse/Brühlgartenstrasse; Erschliessung
- St.Gallerstrasse, Im Schönegrund – Stegacker; Sanierung
- Technikumstrasse, PU Technikum; Sanierung
- Untere Vogelsangstrasse, Stützmauern SBB-Areal; Instandsetzung
- Weierstrasse, Sennhofweg – Chlösterli; Verbesserung
- Wülflingerstrasse, Salomon Hirzel-Strasse – Lindenplatz; Sanierung
- Zur Kesselschmiede, Jägerstrasse – Drehscheibe SLM; Strasseninstandsetzung
- Zürcherstrasse, Autobahnausfahrt Töss – Steigstrasse; Sanierung
- Zürcherstrasse, Brühleck; Fussgängerübergang
- Zürcherstrasse, Sulzerareal 1. Etappe; Aufweitung Pionierstrasse
- Zürcherstrasse, Unterführung SBB-Linie Bülach; Instandsetzung

Fertiggestellte Abwasseranlagen

- Auwiesenstrasse, Rosenaustrasse – Eichliackerstrasse; Kanalerneuerung
- Baderstrasse, Thurgauerstrasse – St.Gallerstrasse; Kanalerneuerung
- Freihofstrasse, Klosterstrasse – Zürcherstrasse; Kanalneubau
- Hermann Götz-Strasse, Lindstrasse – Jakobstrasse; Kanalneubau
- Iberg Südhang, Basiserschliessung
- Im Lee, Nordstrasse – Leesteig; Kanalerneuerung
- Kiesstrasse, Meilistrasse – Schaffhauserstrasse; Kanalneubau
- Rychenbergstrasse/Haldenstrasse, Haldengut – Mockentobel; Meteorwasserkanal
- Sulzerallee, Sulzerareal – Ohrbühlstrasse; Kanalneubau

Laufende Tiefbauten

- Brühlberg, Tempo-30-Zone; Ergänzung baulicher Massnahmen
- Feldstrasse, Lindenstrasse – Bachtelstrasse; Sanierung
- Hermann Götz-Strasse, Lindstrasse – Jakobstrasse; Sanierung
- Löwenstrasse, Bachtelstrasse – Feldstrasse; Sanierung
- Palmstrasse, St.Gallerstrasse – Töpferstrasse; Sanierung
- Parkplatzumlegung Grüzefeldstrasse; Kataster 2/16269

- Pflanzschulstrasse, St.Gallerstrasse – Römerstrasse; Sanierung
- Schachenweg, Zielstrasse – Buchackerstrasse; Sanierung
- Seenerstrasse/Sulzerallee; Erschliessungsstrasse
- Sulzerallee, Anschluss an Rümikerstrasse; Neubau
- Zürcherstrasse, Ob. Schöntalstrasse – Jägerstrasse; Sanierung

Laufende Abwasseranlagen

- Albanistrasse, Haldenstrasse – Rychenbergstrasse; Kanalerneuerung
- Feldstrasse, Lindenstrasse – Bachtelstrasse; Kanalerneuerung
- Lindenstrasse, Weststrasse – Feldstrasse; Kanalerneuerung
- Löwenstrasse, Bachtelstrasse – Feldstrasse; Kanalerneuerung
- Neugutstrasse, Feldstrasse – Haus Nr. 4; Kanalerneuerung
- Palmstrasse, St. Gallerstrasse – Töpferstrasse; Kanalerneuerung
- Pflanzschulstrasse, Zwingliplatz – Hallenbad; Kanalerneuerung
- Sennhof, Stadtgrenze – Pumpstation; Kanalsanierung

Projektierungen Tiefbauten

- Rychenbergstrasse – Schulhaus; Strassensanierung
- Brauerstrasse, Haldenstrasse – Albanistrasse; Strassensanierung
- Dättnauerbach, öffentliches Gewässer Nr. 121; Bachverlegung, Kapazitätsvergrößerung
- Dättnauerstrasse, Rainstrasse – Brüttenerfussweg; Trottoir



Löwenstrasse, Kanalneubau

- Eulachpark, Lindenplatz – Einkaufszentrum; Gestaltung
- Frauenfelderstrasse, Brücke über SBB-Linie; Instandsetzung
- Frauenfelderstrasse/Seenerstrasse, Seenerstrasse – Bahnhof Oberwinterthur; Strassensanierung
- Hegistrasse, Brücke über Seenerstrasse; Instandsetzung
- Neuwiesenstrasse, Eulachbrücke; Instandsetzung
- Obere Briggerstrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse; Strasseninstandstellung
- Oberer Deutweg, Zwingliplatz – Hörnlistrasse; Strasseninstandstellung
- Pappelweg, Brücke Frauenfelderstrasse; Instandsetzung
- Pappelweg, Riedbachbrücke, Instandsetzung
- Riedhofstrasse, Im Sporrer – Oberradstrasse; Trottoir
- SBB-Linie Etzwilen; Brücke über Frauenfelderstrasse; Instandsetzung
- Sonnenbergstrasse, Wylandstrasse – Hochwachtstrasse; Strassensanierung
- Sulzerallee, Bügel West – Giessereistrasse; Strasse
- Technoramastrasse, Brücke über Riedbach; Instandsetzung
- Tösstalstrasse, Palmstrasse – Tösstalstrasse 103; Instandsetzung
- Tösstalstrasse, Seenerstrasse – Oberseenerstrasse; Strassensanierung
- Zürcherstrasse, Einfahrt-Ausfahrt A1 Töss; Strassensanierung
- Zürcherstrasse, Sulzer Kopfbau; Fussgänger-/Veloerschliessung
- Zürcherstrasse/J.C. Heer-Strasse/Klosterstrasse, Knotenbereich; Strassensanierung

Projektierungen Abwasseranlagen

- Adlerstrasse, Gärtnerstrasse – Tösstalstrasse; Kanalvergrößerung
- Am Iberghang, Ibergstutz – Chlösterlistrasse; Kanalerneuerung
- Bäumlistrasse, Rychenbergstrasse – Schulhaus; Kanalerneuerung
- Brauerstrasse, Haldenstrasse – Albanistrasse; Kanalerneuerung
- Frauenfelderstrasse, Seenerstrasse – Bahnhof Oberwinterthur; Kanalneubau
- Gottfried Keller-Strasse, Haldenstrasse – Tössertobel; Kanalvergrößerung
- Leimeneggstrasse, Haus Nr. 10 – Römerstrasse; Kanalvergrößerung
- Museumstrasse, Lindstrasse – General Guisan-Strasse; Kanalerneuerung
- Obere Briggerstrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse; Kanalerneuerung
- Öffentliches Kanalnetz, diverse Innennsanierungen
- Rebwiesen/Rieter, KR 5510 - 55321; Kanalvergrößerung
- Sennhof, Stadtgrenze – Pumpstation; Kanalinnensanierung
- Sonnenbergstrasse, Hochwachtstrasse – Wylandstrasse; Kanalersatz
- Tösstalstrasse, Eulach – Allmannstrasse; Kanalvergrößerung
- Trottenstrasse, Selunweg Haus Nr. 19 – Haus Nr. 10; Kanalerneuerung

Naturflächenbilanz

Im Zusammenhang mit diversen Strassenprojekten und im speziellen mit dem Objekt Weierstrasse ergibt die Grünflächenbilanz eine Abnahme von 250 m².

Die Bilanz wird seit 1981 nachgeführt und kann bei Bedarf bei der Abteilung Tiefbauten eingesehen werden.

Strasseninspektorat*

Per 1. November wurde der langjährige Werkhofverwalter und Leiter Technik, Edi Scheidegger, pensioniert. Als Nachfolger wurde Bruno Fitze eingestellt.

Im Berichtsjahr sind infolge Krankheit leider zwei aktive Mitarbeiter (Jakob Wehrli, Belader und René Stahl, Lastwagenmechaniker) und ein Aushilfsmitarbeiter (Edi Isliker, Kehrlichtchauffeur) verstorben.

Kanalisationsunterhalt und -betrieb

Der betriebliche und technische Unterhalt des Kanalisationsnetzes und dessen Spezialbauwerke beanspruchte den Grossteil der Ressourcen. Im vergangenen Jahr sind rund 24 % des Netzes oder rund 86 130 m Kanalisation mit Wasserhochdruck gereinigt worden. Davon rund 1270 m durch Privatunternehmen. Unter Berücksichtigung der regulären Unterhaltsarbeiten dienten diese Spülarbeiten vorwiegend den darauf folgenden TV-Zustandsaufnahmen sowie zur Unterstützung der Spezialreinigungen (bspw. Wurzel und Kalk ausfräsen). Untersucht wurden insgesamt 49 870 m Abwasserleitungen, davon 400 m Grundstücks- und 850 m Strassenentwässerung.

29 707 m begehbare Kanalstrecken wurden gereinigt, kontrolliert und teils repariert. Aus Kanälen und Pumpwerken wurden 340 Tonnen/m³ Kies/Schlamm abgesogen oder manuell abgeschöpft.

Ein erfreuliches und lang erwartetes Ereignis war die Ersatzlieferung der beiden neuen Spülfahrzeuge. Nachdem die «Kinderkrankheiten» eliminiert sind, die Mitarbeitenden umgeschult und an die neuen Fahrzeuge gewöhnt, kann die Kanalreinigung jetzt mit beträchtlich höherer Effizienz durchgeführt werden.

Weitere Arbeitseinsätze:

- 225 Aufträge wie Untersuchungen, Spülungen, Saugarbeiten, vorwiegend im Liegenschaftsbereich. Daraus resultieren 576 m³ Material aus Gruben und Schächten.
- 2000 entleerte Strassensammler, wobei 360 m³ entsorgt wurden.
- Kontrollen und Saugarbeiten der öffentlichen Gewässer/Kiesfänge mit 75 m³ Geschiebmaterial
- Unterhalt und Reparaturen bei öffentlichen WC-Anlagen
- Kontrollen und Saugarbeiten der öffentlichen Gewässer/Kiesfänge mit 38 m³ Geschiebmaterial.
- Unterhaltsarbeiten im Werkhof an Fahrzeugen, Maschinen und Geräten.
- Rund 300 Notfalleinsätze ausgelöst durch Pumpwerke, Kunden oder öffentliche Bereiche wie Strassenentwässerung und Gewässer.

Pumpwerke/Spezialbauwerke

259 Betriebsstörungen (Alarmer) der 25 Abwasserpumpwerke forderten im vergangenen Jahr 161 notfallmässige Einsätze durch den eigenen Pikettdienst. Zum Teil (technisch) saniert resp. die Sicherheit erhöht, wurden die Pumpwerke im Rückhaltebecken Flüeli sowie die Anlage im Sennhof.

* Das Strasseninspektorat ist für den Betrieb und Unterhalt der Strassen eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Kehrrechtsammeldienst

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 55 323 Container geleert und 4038 Tonnen Gewerbekehrrecht gesammelt. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme von 4877 Containerleerungen (8,8%). Die Abfallmenge des Gewerbekehrrechts erhöhte sich um 294 Tonnen. Es wurde eine durchschnittliche Tagesleistung von 230 Containerleerungen oder 16,8 Tonnen erreicht. Der Anteil des Betriebskehrrechts am gesamten von der Stadt der Kehrrechtverbrennungsanlage zugeführten Kehrrechts (16 835 Tonnen) beträgt rund 24 %.

Insgesamt wurden vom Sammeldienst 6656 Stunden für das Einsammeln und Entsorgen der Abfälle aus Haushalt und Gewerbe aufgewendet. Dies belegt die sehr gute Auslastung der Fahrzeuge und ergibt Kennwerte für die Sammelleistung von 2,53 Tonnen/Std. Insgesamt entspricht die Jahresmenge von 16 835 Tonnen Abfällen aus Haushalten und Gewerbe der Stadt Winterthur einer Zunahme von geringen 50 Tonnen. Pro Einwohner wurden 179 kg Abfall in der Kehrrechtverbrennungsanlage entsorgt.

Sammelleistung Kehrrecht

Zusätzlich zum Stadtgebiet bedient der Sammeldienst auch die Gemeinden Zell, Elgg, Elsau, Wila und Wiesen-dangen. Die folgenden Mengen wurden in den letzten Jahren gesammelt:

Jahr	Kehrrecht Stadt t	Kehrrecht Gemeinden t	Total t
1997	14 680	2 242	16 922
1998	14 915	2 285	17 200
1999	15 900	2 458	18 358
2000	16 423	2 537	18 960
2001	16 657	2 857	19 514
2002	16 785	2 920	19 705
2003	16 835	2 965	19 800

Auch beim Gemeindekehrrecht ist eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Diese fällt aber mit 45 Tonnen sehr gering aus.

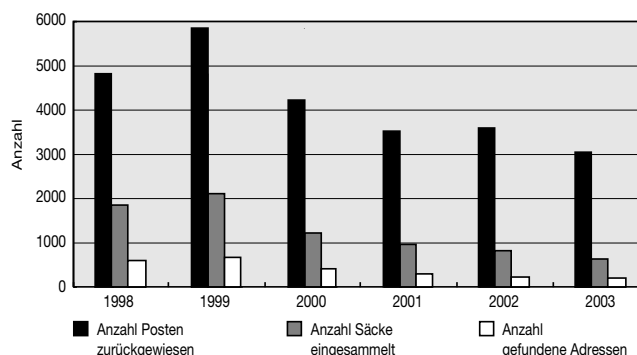
Abfallkontrolle/Verwaltungsverfahren/Verzeigungen

Ist ein Kehrrechtsack nicht oder zu wenig frankiert, wird er mit einem Rückweisungskleber versehen und stehen gelassen. Falls der Sack nicht zurückgenommen oder nachfrankiert wird, wird er nach drei bis vier Tagen durch den Abfallkontrolleur eingesammelt und geöffnet. Bei knapp einem Drittel der kontrollierten Säcke (660) konnte ein Hinweis auf den Verursacher oder die Verursacherin gefunden werden (196). Den Fehlbaren wird eine Bearbeitungsgebühr von 50 Franken auferlegt. Falls die Zahlung ausbleibt, erfolgt eine Strafanzeige an das Statthalteramt.

Die Anzahl der unfrankierten Säcke ist gegenüber dem Vorjahr um einiges zurückgegangen. Es waren 510 Säcke

weniger (ca. 16%). Mit immer mehr Containern wird die Kontrolle der Frankatur schwieriger und zeitaufwendiger.

Kontrolle von unfrankierten oder zu wenig frankierten Kehrrechtsäcken



Separatsammelstellen und Separatsammeltouren

Trotz Videoüberwachung an den Sammelstellen ist die Tendenz der widerrechtlichen Ablagerungen wieder steigend. Im Berichtsjahr mussten 297 Tonnen brennbares Material von den Sammelstellen entsorgt werden. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Zunahme von 9 Tonnen oder knapp 3 %. Diese Zahlen liegen jedoch immer noch unter den 330 Tonnen vor der Einführung der Überwachung. Die Verzeigungen aufgrund von Videobändern wegen Ablagerungen ausserhalb der Benützungzeiten oder wegen widerrechtlicher Ablagerungen haben im Berichtsjahr stark zugenommen. Es wurden 542 Personen angezeigt, das sind 242 mehr als im Vorjahr (298). Zusätzlich zu den Videoverzeigungen mussten noch 295 Falschentsorger verklagt werden, welche auf Grund von Adressmaterial erkannt wurden. Im Vorjahr waren es 104. Im Berichtsjahr wurden somit 837 Personen angezeigt, gegenüber 402 im Vorjahr. Dies entspricht einer Zunahme von 435 Strafanzeigen oder 108 %.

Altpapier

Wie schon im letzten Jahr musste auch im Berichtsjahr ein Rückgang der Altpapiermenge festgestellt werden. Dieser ist mit 248 Tonnen ziemlich massiv (4,2 %). 5787 Tonnen im Vorjahr gegenüber 5539 Tonnen im Berichtsjahr. Die gesammelte Papierqualität ist sehr gut. Der Rückgang bei der Papiermenge ist auf die wirtschaftliche Situation zurückzuführen. Es wurden weniger Prospekte verteilt und weniger Inserate (Stellen) aufgegeben. Dadurch ist der Zeitungsdruck viel dünner und leichter. Das Hauptproblem bei der Papierabfuhr ist nach wie vor die Bereitstellung in der falschen Woche.

Mengenbilanz Abfallentsorgung

Jahr	Einwohner	Hauskehrrecht/ Gewerbe		Altpapier t	Altglas t	Altmetall t	Alu/ Weissblech t	Grün- abfälle t	Total	
		t	kg/Ew						t	kg/Ew
1990	88 075	25 013	284	2 555	1 810	536	23	2 994	32 931	373
1991	89 085	25 143	282	2 982	2 015	584	59	3 537	34 320	385
1992	88 812	25 467	287	2 973	2 072	630	92	3 994	35 228	396
1993	89 271	25 783	289	3 133	2 060	582	114	4 328	36 000	403
1994	89 687	26 992	301	3 443	2 074	722	130	4 719	38 080	424
1995	89 860	28 039	312	3 650	2 101	830	141	4 892	39 653	441
1996	89 746	18 991	211	4 793	2 392	886	218	6 849	34 129	382
1997	89 772	14 680	164	5 071	2 371	642	214	7 315	30 411	339
1998	90 209	14 915	165	5 485	2 381	657	202	7 360	31 000	344
1999	90 792	15 900	175	5 789	2 408	696	194	7 887	32 874	362
2000	91 198	16 423	180	6 015	2 495	674	185	8 227	34 087	374
2001	92 041	16 657	181	6 090	2 600	716	179	8 336	34 587	376
2002	92 875	16 785	181	5 787	2 666	672	180	8 552	34 722	374
2003	94 081	16 834	179	5 539	2 722	620	180	8 588	34 484	367

Kartonsammlung

Die Kartonsammlung, im zweiten Jahr seit der Einführung, verzeichnet eine Zunahme von 23,41 Tonnen Karton, das sind pro Abgabetafel 450 kg. Im Vorjahr wurden 124,83 Tonnen gesammelt, im Berichtsjahr waren es 147,79 Tonnen. Das Kleingewerbe ist weiterhin sehr gut vertreten, obwohl das Gewerbe für die Entsorgung selbst verantwortlich wäre. Stark zugenommen hat die Verunreinigung der Sammelplätze. Die Kundschaft entsorgt den Karton häufig am falschen Ort und zur falschen Zeit (bereits am Samstagmorgen). Dadurch entstehen vor allem bei Regen und starkem Wind unschöne Bilder.

Altmittel

Die sechs durchgeführten Altmittel Haussammlungen ergaben 27,13 Tonnen Metallschrott, 1,47 Tonnen (5 %) weniger als im Vorjahr. Der grösste Teil des Altmittels fällt bei den Sammelstellen an. Hier ist eine Abnahme um 50,74 Tonnen (7,7 %) auf 593 Tonnen zu verzeichnen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 52 Tonnen weniger Altmittel eingesammelt als im Vorjahr.

Grünabfälle

Die Grüntour im Berichtsjahr ergab eine Sammelmenge von 8588 Tonnen. Die Jahresmenge ist damit um 36 Tonnen (0,42 %) angestiegen und entspricht rund 91 kg/Einwohner. Zur Grüntoubewirtschaftung gehört auch die Kompostberatung und der Häckseldienst. Beide Dienstleistungen werden von der Bevölkerung geschätzt und rege beansprucht.

Die Qualität des Grüntutes in der Stadt Winterthur hat sich auf einem akzeptablen Niveau eingependelt. Rückweisungen müssen sehr selten vorgenommen werden.

Grüntoutstation Riet

Gesamthaft wurden 11 442 Tonnen Grüntout angeliefert. Dies entspricht einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr um 568 Tonnen. Mit 8588 Tonnen ist die Anliefermenge der städtischen Grüntour leicht gestiegen (+ 32 t).



Neben der Rückführung von organischen und mineralischen Stoffen in die Landwirtschaft und den Gartenbau ist auch die Energiebilanz dieser Verwertung beachtlich: Aus den der Vergärung zugeführten 8500 Tonnen Grüntout werden rund 850 000 m³ Biogas erzeugt. Der Nettoenergieüberschuss dieser Verwertung beträgt rund 4,8 Mio kWh. Biogas stellt unter den heute genutzten erneuerbaren Energiequellen einen beachtlichen Posten dar.

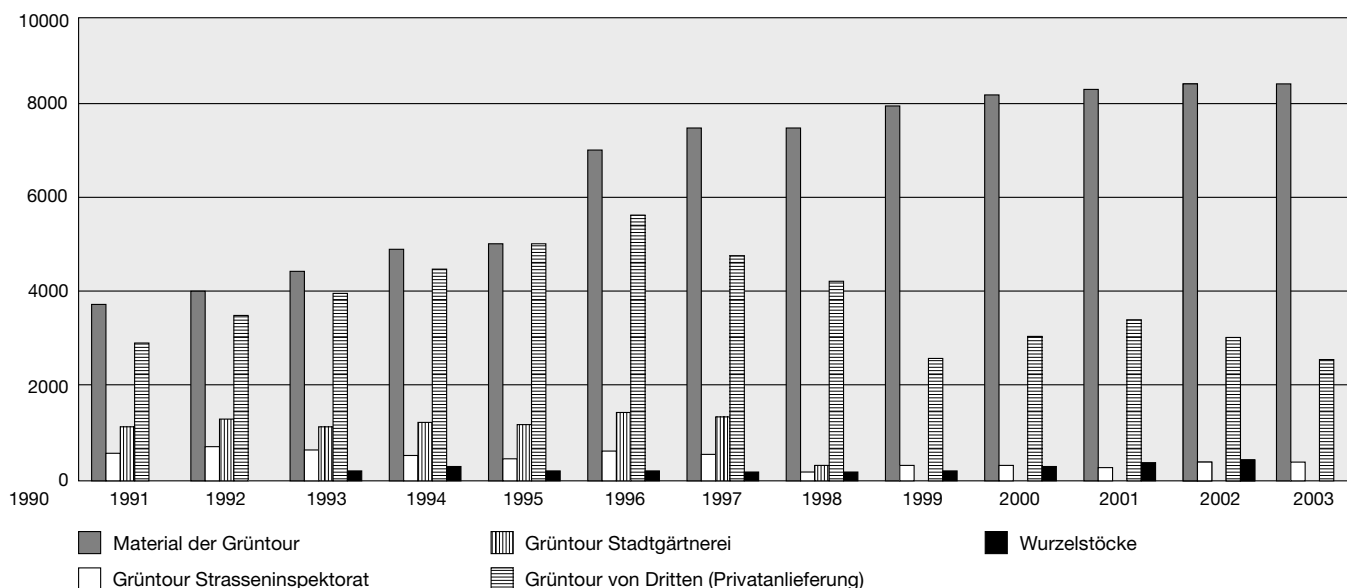
Abfallberatung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abfallberatung und des Abfalltelefons waren auch dieses Jahr gefragt. Es wurden sehr viele Auskünfte über das gesamte Spektrum der Entsorgung gegeben und zwei Kompostierkurse durchgeführt. Ausserdem beteiligte sich die Stadt Winterthur am Clean-Up Day, welcher im September stattfand. Es konnten ungefähr 750 Freiwillige gefunden werden, die bei der Waldreinigung mitwirkten. Das sind 250 Personen mehr als im Vorjahr. Ende Jahr wurde der neue Abfall-Leitfaden für die Jahre 2004/2005 herausgegeben.

Deponie Riet

An der Annahmestelle der Deponie Riet wurde im Berichtsjahr Material im Umfang von 42 271 Tonnen angeliefert. Davon entfallen 11 873 Tonnen auf Grünabfälle, welche der Grüntoubehandlung zugeführt wurden. In der betriebseigenen Bauschuttsortierung wurden 6321

Grüntoutanlieferung im Riet



Tonnen vermischte Abfälle triagiert. Dadurch konnten 118 Tonnen der Verwertung und 4533 Tonnen der KVA zugeführt werden, der Sortierrest wurde deponiert. Die Triagemenge ist stark angestiegen seit die Neuregelung (ab Mitte Jahr) erlaubt, dass brennbares Sperrgut von Privatanlieferern auch an der Annahmestelle auf der Deponie Riet (zum KVA Preis) abgegeben werden kann.

Strassenabfälle werden auf der Deponie nur zwischenlagert. Sie werden anschliessend in eine externe Aufbereitungsanlage gebracht.

Insgesamt wurden auf der Deponie 23 288 Tonnen feste Abfälle eingebaut. Dies entspricht einem Deponieraumverbrauch von rund 16 445 m³ (vgl. Tabelle).

Eingebaute Materialien

	t/m ³	t	2001 m ³ fest	t	2002 m ³ fest	2003 m ³ fest
KVA Schlacke	1,5	20 999	14 000	14 659	9 773	10 231
KVA Reststoffe	1,6	0	0	0	0	0
Sortierrest	1,2	2 643	2 202	2 402	2 002	1 390
Direkteinbau	1,3	6 005	4 619	4 237	3 259	4 824
Recycling-Bau- stoffe Deponie	1,3	806	504	0	0	0
Total		30 454	21 325	21 298	15 034	16 445

Der Deponiebetrieb verlief im Berichtsjahr ohne Störeneignisse. Alle Betriebs-, Überwachungs- und Vermessungsdaten entsprechen den Vorschriften und sind dokumentiert (vgl. Jahresbericht Deponie Riet). Die Einbaumenge und der Deponieraumverbrauch sind geringfügig höher als im (bisherigen) Minimaljahr 2002, aber immer noch deutlich geringer als in den Vorjahren. Vereinbarungsgemäss wird seit Oktober 2001 ein Teil der KVA Schlacke in eine ausserkantonale Deponie geführt (entsprechend den ausserkantonalen Abfallanlieferungen).

Die der Deponie Riet zugeführte Schlacke wird vor Ort mit einer mobilen Anlage durch einen privaten Betreiber aufbereitet (Betrieb 2003: Mai – Juli). Im Berichtsjahr wurden 157 Tonnen Eisenschrott und 64 Tonnen nicht Eisenschrott (Alu und Buntmetalle) wiedergewonnen. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Metallrecycling geleistet und eine Auflage der kantonalen Baudirektion erfüllt.

Im Hinblick auf die Nachsorgephase und den Abschluss der älteren Deponieteile wurden die Generalplanerleistungen vergeben und die Projektierung in Angriff genommen. Das Vorhaben umfasst eine neue Oberflächenabdeckung des Deponieteils Rietberg – mit der Option Nutzung als Püntenareal – sowie weitere Massnahmen zur Verbesserung des Wasserhaushalts (Grundwasserschirm).

Auf der Teiletappe 6.2 wird als Zwischennutzung eine Aufbereitungsanlage für Bauschutt betrieben. Die Anlage wurde von einer privaten Trägerschaft (WINREC) errichtet und steht seit dem 1. September in Betrieb.

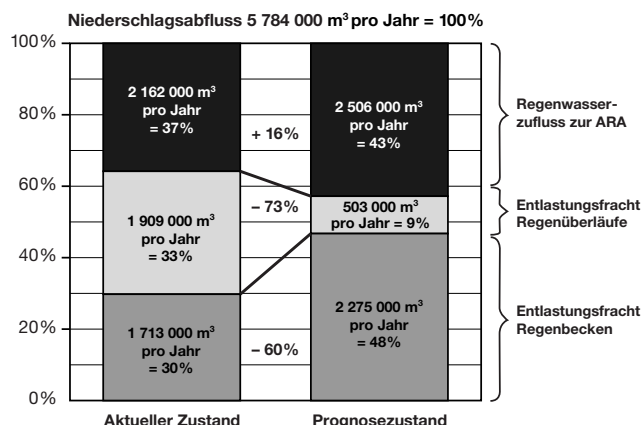
Stadtentwässerung

Im Juni stellten Vertreter des Tiefbaus den vollständig ausgearbeiteten Generellen Entwässerungsplan (GEP) dem Amtsvorsteher, verschiedenen Fachleuten des AWEL und weiteren kantonalen Amtsstellen vor. Anschliessend wurden dem Kanton vier Sätze des 11 Ordner umfassenden Werks zur Prüfung eingereicht. Am 29. Oktober hat der Stadtrat die GEP-Zustandsberichte zur Kenntnis genommen, das Entwässerungskonzept festgelegt und die Weisung an den Grossen Gemeinderat genehmigt. Die Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VSE) mit den im Jahre 2001 neu eingeführten Grundgebühren hat sich bewährt. Sämtliche Rekurse gegen die Verfügungen des Stadtrates wurden vom Bezirksrat abgelehnt.

Öffentliches Kanalisationsnetz und Liegenschaftenentwässerung

Das GEP-Grobkonzept aus dem Jahr 2002 wurde ausgearbeitet und verfeinert, die noch notwendigen Verbesserungen der Zustandsberichte praktisch vollständig abgeschlossen. In einem 72-seitigen technischen Bericht mit einem umfangreichen Anhang und einem Planordner wird vom GEP-Ingenieur der Stand und die Zukunft der Siedlungsentwässerung in Winterthur beschrieben.

Niederschlagsabfluss



Beispiel aus dem GEP: Mit dem Bau von vier zusätzlichen Regenbecken kann die jährliche Entlastungsfracht von unbehandeltem Mischwasser aus der Kanalisation in Mattenbach, Eulach und Töss um fast drei Viertel vermindert werden.

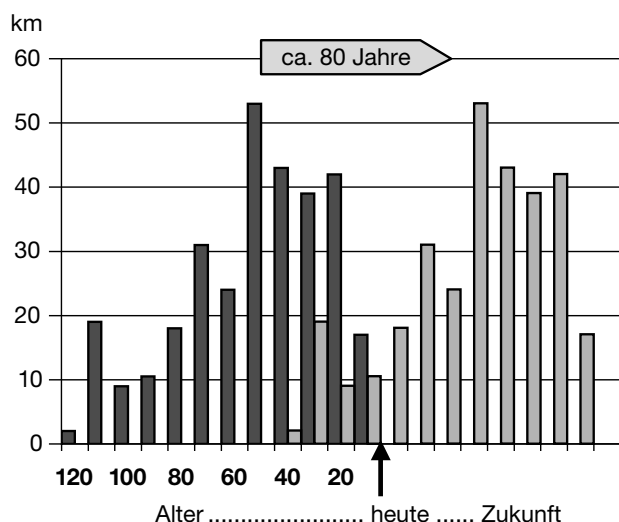
Eine vom Bereich Tiefbau erstellte Finanzplanung zum GEP zeigt den zukünftigen Investitionsbedarf und die Gebührenentwicklung bis 2030, um die dringend notwendigen Erneuerungsarbeiten und die den Gewässerschutz verbessernden Ausbauten bewältigen zu können. Für eine optimale Kommunikation des komplexen Themas wurde in Zusammenarbeit mit entsprechenden Fachleuten eine 16-seitige bebilderte Broschüre (Wasser – Abwasser – Gewässerschutz) und eine «Baustein»-PowerPoint-Präsentation erstellt.

Auf die zum dritten Mal versandten Rechnungen für die Grundgebühren trafen nur noch wenige Anfragen und Einsprachen ein. Alle hängigen Verfahren beim Stadt- und Bezirksrat wurden im Laufe des Berichtsjahres zu Gunsten der Stadtentwässerung entschieden – die vom Gemeinderat beschlossene VSE hat sich bewährt. Die speziellen Verträge des Stadtrates mit dem Kanton (überregionale Strassen) und den Schweizerischen Bundesbahnen (Bahntrassen) wurden abgeschlossen und die entsprechenden rückwirkenden Rechnungen gestellt.

Die Erfassung von Kanalisationsleitungen im Geografischen Informationssystem (GIS) machte dank der Mithilfe von Mitarbeitenden des Vermessungsamtes grosse Fortschritte. Der Schwerpunkt lag bei der öffentlichen Kanalisation, von der über 220 km im Berichtsjahr erfasst wurden. Total weist das öffentliche Kanalnetz im GIS bereits 385 km auf. Allerdings ist die Zuordnung (Kanalisation/Strassenentwässerung/übrige Entwässerung) noch nicht definitiv erfolgt. Private Anschlussleitungen wurden 77 km erfasst, der Bestand Ende 2003 beträgt 332 km.

Mit Kanal-TV wurden 40 km aufgenommen, 35 km der Kanäle auf den baulichen Zustand hin ausgewertet und die Ergebnisse in die zentrale Datenbank eingespielt. Insgesamt liegt nun von 279 km Kanälen der aktuelle Zustand vor. Auf Grund von Erkenntnissen aus dem GEP wurden

Altersverteilung der Winterthurer Kanäle



Beispiel aus dem GEP: Altersverteilung der Winterthurer Kanäle. Die durchschnittliche technische Lebensdauer eines Kanals beträgt 80 Jahre. Bis ins Jahr 2030 müssen alle Kanäle die vor 1950 erstellt wurden, ersetzt sein. Sonst kann die nächste Generation die Aufgabe nicht mehr bewältigen.

der Abteilung Tiefbauten 15 Aufträge erteilt für 2400 m Kanalerneuerungen respektive -vergrößerungen und für 1800 m Kanalsanierungen. Ausgeführt wurden von der Abteilung Tiefbauten im gleichen Zeitraum 1690 m Kanalerneuerungen und 160 m Kanalsanierungen. Der Zuwachs an neuen Kanälen beträgt rund 10,3 km, wovon allerdings 8,5 km Kanäle im Sulzer-Areal Oberwinterthur liegen. Diese hat der Stadtrat in einer Mitte Dezember beschlossenen Vereinbarung mit der Sulzer Immobilien AG unentgeltlich übernommen.

Die Wärmegewinnung aus Rohabwasser für Heizzwecke in einer grossen Überbauung in Wülflingen ist in Betrieb. Zu diesem Zweck erstellte der private Bauherr einen rund 80 m langen Parallelkanal mit speziellen Wärmetauschelementen. Ein Vertrag regelt die Rechte und Pflichten beider Seiten, wobei der Entzug der Wärmeenergie aus dem Abwasser gratis erfolgt.

Bei knapp 80 Baugesuchen wurden Kanal-TV-Untersuchungen verlangt, um den Zustand der privaten Liegenschaftsentwässerungsanlagen feststellen zu können. Die Aufnahmen wurden von den Mitarbeitern der Stadtentwässerung ausgewertet. Bei ungenügendem Zustand verlangten sie eine Sanierung oder den Ersatz der schadhaften Anlagenteile. Unzählige Male wurden die beiden zuständigen Mitarbeiter zu obligatorischen Kontrollen der ausgeführten privaten Anlagen vor dem Einbetonieren der Leitungen auf Baustellen gerufen. Architektinnen und Architekten, Sanitärplanerinnen und -planer wurden bei der Planung zu einer optimalen Entwässerung von Wohnhäusern und Industrieanlagen beraten und die Kanalisationsgesuche anschliessend bewilligt. Komplexe Versickerungsanlagen von nicht verschmutztem Abwasser (Regenwasser) bei Grossüberbauungen wurden speziell geprüft und bewilligt.

Fachstelle Industrieabwasser

Die Arbeiten der Fachstelle Industrieabwasser beinhalten einerseits die Überwachung von Betrieben und Gewerbe mit industriellem Abwasser sowie andererseits die Analyse von Abwasser- und Schlammproben.

Von den 68 überprüften Garagen waren 55 in Ordnung, bei 13 mussten die Abwasserproben beanstandet werden. Diese Anzahl bestätigt erneut, dass jährliche Überprüfungen der Abwasservorbehandlungsanlagen notwendig sind. Bei 17 Zahnarztpraxen wurde die Entsorgung von Sonderabfällen überprüft. Abgesehen von einer Ausnahme, war alles in Ordnung. Des Weiteren wurden vier Druckereien überprüft, wobei zwei Beanstandungen ausgesprochen wurden. Im Allgemeinen sind nur noch wenige Druckereien Abwasser relevant. Im Rahmen von periodischen Kontrollen bzw. zur Erteilung von speziellen Bewilligungen wurden acht verschiedene Betriebe besucht. Drei weitere Betriebsbegehungen fanden mit der Arbeitsgruppe Störfallvorsorge statt.

Drei Garagen, eine Zahnarztpraxis sowie sechs weiteren Betrieben wurden gewässerschutzrechtliche Bewilligungen erteilt.

Seit Anfang 2003 wird neu für die ARA der Schlamm analysiert. Für eine Standortbestimmung wird zudem während eines halben Jahres wöchentlich eine Vollanalyse des Abwassers der KVA durchgeführt. Weitere Analysen betreffen die Sielhautproben (dreimal im Jahr), das Deponiesickerwasser (zweimal), Proben der Versickerungsanlage Harzach sowie die selber entnommenen Wasserproben von Garagen.

Sonderabfallsammelstelle

Die Gesamtmenge an angenommenem Sonderabfall blieb mit 227 t praktisch auf Vorjahresniveau (230 t). Markant rückläufig waren die Mengen aus der Stadtenrummelung, welche von 17 t auf 11,3 t fielen. Möglicherweise wurden mit der Rekordmenge von 2002 viele Keller geräumt.

Die Direktanlieferungen verteilten sich auf Industrie, Gewerbe, Verwaltungen und Haushaltungen. Indirekte Anlieferungen betrafen die Sammlungen von Apotheken und Drogerien (9,7 t) sowie die Gemeindeentrummelungen aus dem Weinland (21,7 t). Beide Sammlungen werden in Zukunft der einzigen verbleibenden kantonalen Sonderabfallsammelstelle Hagenholz angeliefert.

Von den 227 t Sonderabfällen wurden 73 t über die KVA entsorgt; 66 t betrafen von den Kaminfeuern angeliefertes Ofenwaschwasser, welches einem Entsorgungsunternehmen zur chemischen Behandlung zugeführt wurde. Der Rest wurde ebenfalls über externe Betriebe entsorgt. Je nach Stoff gelangen dabei verschiedene Entsorgungswege wie Verbrennung in Zementwerken, Verbrennung im Hochtemperaturofen oder Recycling zur Anwendung.

Im Hinblick auf den Übergang von einer kantonalen zu einer städtischen Sonderabfallsammelstelle ab dem 1.1.2004 musste der gesamte Lagerbestand auf Ende des Berichtsjahres entsorgt werden. Die Entsorgungskosten liegen deshalb noch nicht vor. Sie werden jedoch aufgrund des Lagerabbaus mit Sicherheit die Annahmgebühren von 111 000 Franken klar übersteigen.

Um die nach dem Wegfall der indirekten Anlieferungen frei werdenden personellen Ressourcen zu nutzen, konnte ab dem 2. Quartal 2004 eine Zusammenarbeit mit dem Entsorgungsbetrieb Sovag realisiert werden.

Hochbau

Im Berichtsjahr lösten folgende Ereignisse ein breites Echo aus: die Fertigstellung des Krematoriums Rosenberg, die Eröffnung der Stadtbibliothek im «Tösserhaus», die Beckensanierung im Schwimmbad Töss, die denkmalpflegerische Sanierung des Arbeiterhauses am Oberen Deutweg, der Baubeginn für die Fassadensanierung des Stadthauses und der Umbau des Naturmuseums sowie die Gesamtleistungssubmission für die Erweiterung der Michaelsschule. Mit zahlreichen Umbau- und Sanierungsprojekten gelang es, trotz den beschränkten finanziellen Mitteln, das Etat der städtischen Liegenschaften den aktuellen Nutzungen anzupassen und auch den Wert der Bausubstanz zu erhalten.

Stadtgestaltung

Im Berichtsjahr wurden 660 Baugesuche hinsichtlich städtebaulicher Einordnung, architektonischer Gestaltung und denkmalpflegerischer Belange beurteilt. Hinzu kam noch die Beurteilung von 90 Reklamegesuchen, 40 Gesuchen für Fassadenrenovierungen sowie 120 Abnahmen von Material- und Farbkonzepten.

Erfreulich entwickelte sich im Berichtsjahr ebenfalls die Beratung von Bauwilligen vor der Eingabe eines Baugesuches.

Zu erwähnen ist auch die Mitarbeit an Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften.

Für den Tiefbau erfolgten gestalterische Beratungen für diverse Platz- und Brückenbauten.

Bei den unten stehenden Objekten begleitete die Stadtgestaltung die geforderten Auswahlverfahren für die Beschaffung von Kunst am Bau:

- Akzentbeleuchtung für den Neumarkt
- Metallarbeiterschule (Vorbereitung)
- Krematorium Rosenberg (Vorbereitung)

Fachgruppe Stadtgestaltung

Die Fachgruppe Stadtgestaltung hat 2003 als Nachfolgeorgan der Stadtbildkommission ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie wird präsiert vom Stadtarchitekten und setzt sich aus den Architekten Werner Heim, Christian Sumi, den Architektinnen Katharina Knapkiewicz, Astrid Stauer, dem Stadtplaner und dem Stadtgärtner zusammen. Die Fachgruppe hat verschiedene private und öffentliche Bauvorhaben nach architektonischen und städtebaulichen Gesichtspunkten geprüft und Empfehlungen zu Händen des Bauausschusses verfasst. Nach einer umfassenden Vernehmlassung bei den Mitgliedern der Fachgruppe und den betroffenen Branchenverbänden hat der Stadtrat am 29. Oktober 2003 das Geschäftsreglement für die Fachgruppe Stadtgestaltung und Denkmalpflege festgesetzt.

Abteilung Denkmalpflege

Renovationen, Umbauten von Inventar- und Schutzobjekten sowie Neubauten in Kernzonen.

Neben den bereits laufenden Baugesuchen wurden 193 neue betreut. Dies entspricht einem Anstieg von 37 % gegenüber dem Vorjahr. In 22 Fällen war die Erstellung eines Gutachtens oder einer Schutzabklärung erforderlich. Höhepunkte der denkmalpflegerischen Arbeit waren die

Umnutzungen und Renovationen vom «Blumengarten» und vom «Tösserhaus», vom Altstadtthaus Neustadtgasse 23 und vom Arbeiterhaus am Oberen Deutweg 41 / Hörnlistrasse 1. Nach wie vor eines der grössten Probleme bildete die Erhaltung von Villenanlagen.

Folgende grössere Umbau-, Renovations- und Neubau-Projekte wurden in diesem Jahr betreut:

Altstadt

- Badgasse 2/4. Fassadenrenovation.
- Kirchplatz 6 und 4, «Blumengarten» und «Tösserhaus». Umbau zur Stadtbibliothek. Im Inneren der Bauten konnten verschiedene Ausstattungsteile als Spuren der 800-jährigen Geschichte erhalten werden. Auch die Grundstruktur der Bauten wurde so weit möglich in die neue Nutzung einbezogen. Die denkmalpflegerische Beratung erfolgte insbesondere auch bei der Konservierung, den angewandten Baumaterialien und -techniken im Bereich der historischen Substanz (vgl. dazu den Beitrag im Jahrbuch der Stadt Winterthur 2004, S. 174ff.)
- Marktgasse 40. Erarbeitung eines Renovations- und Restaurierungskonzeptes für die Wohnung im 3. Obergeschoss des Schutzobjektes.
- Marktgasse 46. «Haus zum Geist». Abklärungen und Begleitung des Vorprojektes zum Ausbau des 1. und 2. Dachgeschosses.
- Metzggasse 10. Umbau eines Goldschmiedeateliers in eine Kleinwirtschaft mit Kunstgalerie.
- Metzggasse 13. «Gelbe Rose». Vorprojekt für einen Totalumbau.
- Metzggasse 15 und 17. Die Zusammenlegung von zwei Wohnungen im 3. Obergeschoss ist abgeschlossen. Auf der Brandmauer konnte eine einfache Wandmalerei aus dem 17./18. Jahrhundert festgestellt werden.
- Neustadtgasse 23 und 25. Umbau, Schutzvertrag. Modernisierung und Dachstuhlumbau unter Erhalt der Struktur und der bedeutenden historischen Raumausstattungen (vgl. auch den Bericht im Jahrbuch der Stadt Winterthur 2004, S. 174ff.).
- Oberer Graben 2. Fassadenrenovation und Reparatur der Sandsteingewände.
- Obertor 3. «Zum Wilden Mann» Umbauprojekt für die Umnutzung des traditionsreichen Gasthofes zu einem Wohn- und Geschäftshaus.
- Obertor 5. Umbau Laden und Kellergeschoss zwecks Einrichtung eines Lebensmittelladen.
- Obertor 25. «Zum Kleeblatt». Fassadenrenovation.
- Steinberggasse 33. «Haus zum Tiger». Die Hoffassade wurde wieder in Stand gesetzt. Dazu wurden historische Materialien wie Sumpfkalk zur Restaurierung des historischen Putzes und Ölfarbe für die Renovierung der Fenster verwendet (vgl. auch Bericht im Jahrbuch der Stadt Winterthur 2004, S. 174ff.)
- Untere Kirchgasse 3. «Zu den drei Blumen». Gemeinsam mit der Bauherrschaft wurde für das spätbarocke Wohn- und Geschäftshaus von 1803 ein Renovationskonzept erarbeitet. Es ermöglicht die Erhaltung des für die Winterthurer Altstadt einmalig gewordenen originalen Treppenhauses. Entsprechend wurde auch ein Schutzvertrag ausgearbeitet.

Übriges Stadtgebiet

- Alte Römerstrasse 29. Wohnhaus von 1912/13. Renovierung. Die Innenauskleidung wurde während des Umbaus weitgehend ausgeräumt. Das Haus ist aussen wie innen weitgehend aus Eternit erstellt. Es handelt sich um eines der wenigen erhaltenen Beispiele von Eternithäusern der Glarner Fabrik «Eternit». Der Entwurf stammt vom Glarner Architekten F. Glor-Knobel.

- Ausserdorfstrasse 13, Bachtelstrasse 100 und 100a. Bauernhaus und Armenhaus in Veltheim. Das Ensemble besteht aus einem Bauernhaus und dem nördlich daran angebauten Armenhaus aus dem 19. Jahrhundert. Beide Teile konnten sorgfältig saniert werden unter weitgehender Erhaltung der historischen Bausubstanz. Im Armenhaus konnte die Grundrissaufteilung samt den originalen Wand-, Boden- und Deckenbelägen erhalten werden, so dass ein wertvolles Baudenkmal für die Winterthurer Sozialgeschichte erhalten geblieben ist. Beim Umbau kamen Lehm, Kalk und Ölfarben zur Anwendung.
- Brühlbergstrasse 56. Abklärungen im Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf der Liegenschaft, welche von den Architekten Rittmeyer und Furrer als Teil der «Gartenstadt» an der Brühlbergstrasse erstellt wurde.
- Brühlbergstrasse 58. Wohnungsanbau an das bestehende Wohnhaus, das wie Nr. 56 Teil der «Gartenstadt» an der Brühlbergstrasse ist.
- Dättnauerstrasse 26. Verwaltungsgebäude der Ziegelei. Caféinbau in das Schutzobjekt.
- Eidbergstrasse 82/84. Der Umbau des ehemaligen Bauernhauses zu einem Mehrfamilienhaus wurde im Berichtsjahr abgeschlossen.
- Flochenstrasse 19. Speicher aus dem 17./18. Jahrhundert Reparatur- und Unterhaltsarbeiten.
- Gernstrasse 33 a-c. Scheune und Stall des Bauernhauses wurden durch einen Wohnbau für drei Familien ersetzt. Das Projekt lehnt sich stark an den Charakter der ehemaligen Oekonomie an.
- Hard 3. Bei der Fassadenrenovation des Schutzobjektes wurde nach Befund vorgegangen. Dabei wurden konsequent die bereits vorhandenen Baumaterialien wie mineralische Farben oder Ölfarben weiterverwendet.
- Hegifeldstrasse. Ensemble «Mittlere Mühle». Der Umbau der Stallscheune zwecks Umnutzung zu einem Wohnhaus für Jugendliche ist abgeschlossen.
- Heiligbergstrasse 24. Innenrenovation des 1894/95 erbauten Reihenhauses von Ernst Jung.
- Hobelwerkweg 9. Villa Kälin (erbaut von Robert Rittmeyer). Abklärung der Schutzwürdigkeit.
- Hochwachtstrasse 24/26. Vorprojekt zur Umnutzung der Villa Reinhart (Max Kopp und Hans Wilhelm Moser, 1927/28).
- Hulmenweg 19. Renovation und Dachstuhl ausbau.
- Hulmenweg 23. Umbau des Wohnteils unter Erhalt der bedeutenden Strukturen eines Mehrreihenständerbaus aus dem 16./17. Jahrhundert.
- Jägerstrasse 49 bis 91, Agnesstrasse 2/4, Zürcherstrasse 47. Siedlung der Schweizerischen Lokomotiv- und Maschinenfabrik (SLM) von Ernst Jung. Die Siedlung wurde mit einem Vertrag unter Schutz gestellt. Die einzelnen Häuser wurden mit einem detaillierten Raumbuch erfasst, in dem die geschützten Bauteile genau bezeichnet wurden.
- J. C. Heer-Strasse 1. Dem ehemaligen Schopf in der Kernzone Töss wurde ein Wohnhausneubau angefügt. Es ist eine gelungene Umsetzung eines Neubaus unter Verwendung eines bereits bestehenden Kleinökonomiegebäudes.
- Leimeneggstrasse 33. Aussen- und Innenrenovation des von Hermann Siegrist erstellten Reihenhauses von 1932.
- Lindenplatz 12. Reformiertes Kirchgemeindehaus Wülflingen. Innere Umbauten und Fassadenänderung.
- Mettlenstrasse 28. Mühle Hegi. Umbau des Wohnhauses «Zur Mühle» mit angegliedertem Mühle- und Sägereitrakt zu einem Wohnhaus mit acht Wohneinheiten (vgl. auch Bericht im Jahrbuch der Stadt Winterthur 2004, S. 174ff.).
- Klosterstrasse 20, Ehemalige Giesserei der Rieter AG. Über den Hallenkomplex wurde ein Gutachten erstellt. Die Bauten erwiesen sich nicht als schutzwürdig, weshalb kein Antrag auf Erhalt erfolgte.
- Oberfeldstrasse 114 und 116. Ehemalige Bauernhäuser. Renovation des Dachstuhls samt der Dachhaut des Doppelhauses und Vorbereitung eines Schutzvertrages für Oberfeldstrasse 116.
- Oberer Deutweg 42 / Hörnlistrasse 1. Arbeiterhaus von 1893. Das nahezu vollständig im Originalzustand erhaltene Baudenkmal konnte dank finanzieller Unterstützung der Paul Schiller-Stiftung, des Kantons Zürich und der Stadt Winterthur vom Zürcher Heimatschutz erworben werden. Das Haus bot Gelegenheit die Wohnungsgestaltung in einem Arbeiterhaus Ende des 19. Jahrhunderts zu dokumentieren und zu erforschen. Bemerkenswert sind die wieder entdeckten Deckenmalereien in den Stuben, die allerdings nicht wieder hergestellt werden konnten. Die originale Bausubstanz wurde sorgfältig repariert und konserviert. Es handelt sich nach Aussage des kantonalen Denkmalpflegers um eine exemplarische Renovation.
- Pflanzschulstrasse 33. Arbeiterhaus. Im Zusammenhang mit einem Neubauprojekt wurde die Schutzwürdigkeit der gesamten Siedlung zwischen Bäckerstrasse, Pflanzschulstrasse und Grüzstrasse überprüft. Der Konzeption der Siedlung kommt hohe Qualität und eine wichtige städtebauliche Aufgabe zu. Einzelne Bauten sind jedoch im Laufe des 20. Jahrhunderts stark verändert worden. Deshalb wurde auf einen Antrag zur Unterschutzstellung verzichtet. Von Bedeutung wird bei künftigen Neubauten die Erhaltung der Bebauungsstruktur sein.
- Pflanzschulstrasse 42. Villa Kjelsberg von Ernst Jung. Fassadenrenovation mit Erhalt des bestehenden Verputzes, Wiederherstellung der ursprünglichen Farbgebung sowie Ersatz der Eterniteindeckung durch eine Schieferdeckung.
- Reutlingerstrasse 66. Das Bauernhaus am Dorfeingang von Reutlingen von 1884 ist abgebrochen worden. An seiner Stelle wird ein Reihnhaus mit fünf Wohneinheiten erstellt.
- Ricketwilerstrasse 115. Ersatzbau für ein ehemaliges Bauernhaus im Weiler Ricketwil.
- Römerstrasse 185. Umbauprojekt unter Wahrung der charakteristischen Einteilung des Bauernhauses in Kalt- und Warmzone. Erhalt und Renovation der Ausstattung und Fenster aus der Biedermeier-Zeit.
- Rossbergstrasse 40, Umbauten und Neubauten im Rahmen der Umnutzung in einen Golf-Club. Ein Jugendstilkachelofen wurde von der Bauherrschaft eingelagert.
- Rudolfstrasse 17. Abklärung der Schutzwürdigkeit und Vorprojekt für eine Renovation des strassenseitigen Gebäudes von Ernst Jung.
- St. Georgenstrasse 54. Villa Linck. Umfassende Renovation des Erdgeschosses mit teilweiser Rekonstruktion des ursprünglichen Grundrisses (ehem. Büro und Wartesalon des Fotografen Linck).
- Seidenstrasse 39. Wohnhaus Steiner Sulzer (erbaut 1912 Rittmeyer & Furrer). Umbau und Renovierungsprojekt.
- Schwalmenackerstrasse 4. Barockes Nebengebäude der Villa «Jakobsbrunnen» und Stallungen aus dem 19. Jahrhundert. Umbau und Renovation zwecks Umnutzung zu Wohnräumen/Büro.
- Töpferstrasse 7. Fassadenrenovation.
- Tösstalstrasse 247. Doktorhaus. Anbau eines Werkstattgebäudes.
- Tösstalstrasse 249. Umbau und Erweiterungsbau.
- Tösstalstrasse 251 und 252. Gutachten und Abklärung

der Schutzwürdigkeit. Beim Haus Tösstalstrasse 251 handelt es sich um Wohnhaus aus der Jugendstilzeit mit Deckenmalereien, Täferungen, Parkettböden und Kachelöfen.

- Untere Hohlgrasse 17, Bauernhaus. Schutzkatalog und mit der Bauherrschaft erarbeitetes Renovationskonzept.
- Werdstrasse 7. Projekterarbeitung eines inneren und äusseren Umbaus mit Dachgeschossausbau und Laubenanbau.
- Wülflingerstrasse 232 und Oberdorfstrasse 53/55. Für die Liegenschaft wurde ein Projekt erarbeitet, das den Erhalt des an der Wülflingerstrasse stehenden Baukörpers samt Innenausstattung sowie einen Neubau an der Oberdorfstrasse vorsieht.

Fachgruppe Denkmalpflege

Die Fachgruppe Denkmalpflege hat 2003 als Nachfolgeorgan der Stadtbildkommission ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie wird präsiert vom Stadtarchitekten und setzt sich aus den Architekten Silvio Schmed und Ernst Strebel, dem Denkmalpfleger und Kunsthistoriker Eduard Müller, dem Stadtplaner und dem städtischen Denkmalpfleger zusammen. Sie hat unter anderem die Schutzwürdigkeit des Arbeiterhauses Pflanzschulstrasse 33, der Villa Kälin am Hobelwerkweg 9 sowie des Wohnhauses Paulstrasse 6 überprüft und gewürdigt.

Unterschutzstellungen

Insgesamt wurden im Berichtsjahr neun Bauten mit Verträgen oder Verfügungen als Kulturdenkmäler von kommunaler Bedeutung unter Schutz gestellt:

- Fallenstettenweg 9, Bauernhaus.
- Hörnlistrasse 16, Arbeiterhaus.
- Jägerstrasse 49 bis 57, Jägerstrasse 61 bis 91, Agnesstrasse 2, Zürcherstrasse 47, Arbeiterhäuser Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik.
- Neustadtgasse 23.
- Obertor 7.
- Oberer Deutweg 41, Hörnlistrasse 1, Arbeiterhaus.
- Römerstrasse 208, Bauernhaus.
- Schickstrasse 9a, Ökonomiegebäude.
- Steinberggasse 76.

Zwischen der Sulzer Immobilien AG, dem Zürcher Heimatschutz, der Heimatschutzgesellschaft Winterthur, dem Kanton Zürich sowie der Stadt Winterthur wurde ein Vertrag über die bauliche Weiterentwicklung des Sulzer-Areales Stadtmitte abgeschlossen, der die Erhaltung wichtiger Fabrikhallen und -bauten regelt.

Inventarüberarbeitung

Aufgrund einer Ausschreibung im Einladungsverfahren wurde die Inventarüberarbeitung vergeben. Die Bearbeitung des Inventars der Kulturdenkmäler von kommunaler Bedeutung soll in der ersten Hälfte des Jahres 2004 abgeschlossen und dem Stadtrat vorgelegt werden. Im Zusammenhang mit der Inventarüberarbeitung wird auch die Verbindung der Denkmalpflege-Datenbank mit dem Geografischen Informationssystem (GIS) geprüft, so dass künftig das Inventar über das Internet einsehbar sein könnte.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Europäische Tag des Denkmals 2003 war dem Thema «Veltheim – ein Weinbauerndorf in der Stadt» gewidmet. Insgesamt wurden 1600 Besucherinnen und Besucher gezählt, was einem neuen Rekord entspricht. Zur Besichtigung offen standen zwei Bauernhäuser, die Kirche Veltheim und das Atelier des Malers Hans Schoellhorn. Thematisiert wurden ausserdem der Rebbau und die Ortsgeschichte. Die Veranstaltungen fanden beim interessierten Publikum eine grosse Resonanz.

Die Mittagsführungen von April bis September waren aus Anlass des 200. Geburtstages von Gottfried Semper dem Thema «Gottfried Semper (1803 – 1879) und die Architektur seiner Zeit in Winterthur zwischen 1860 und 1870» gewidmet. Aufgrund des grossen Interesses mussten die Führungen doppelt geführt werden. 80 Interessierte beteiligten sich an der Führung durch das Stadthaus.

Ende November wurde im Arbeiterhaus am Oberen Deutweg 41 / Hörnlistrasse 1 ein Tag der offenen Türe durchgeführt, der ebenfalls zahlreiche Besucherinnen und Besucher anzog. Es wurde gezeigt, wie in einem Baudenkmal der Jahrhundertwende Fenster, Verputze, Täferungen, Böden usw. sanft saniert wurden und moderne sanitäre Einrichtungen integriert werden konnten.

Zivildienstleistende

Verschiedene seit langem anstehende administrative Arbeiten sowie die Weiterbearbeitung der Datenbank und die Erstellung des Layouts der Zeitung zum Tag des Denkmals konnten dank der Mitarbeit von Zivildienstleistenden bewältigt werden.



«Blumengarten» und «Tösserhaus», Kirchplatz 4 und 6 nach der Renovation.



«Haus zum Tiger», Steinberggasse 33, Hinterhoffassade nach der Renovation. Die historischen Fenster sowie der Sumpfkalkverputz wurden sorgfältig renoviert und erhalten.



Arbeiterhaus Oberer Deutweg 41, Hörnlistrasse 1: Sanierter Küchenboden im Hausteil Hörnlistrasse 1. Die Zementplatten waren eine Spezialität des Erbauers und Unternehmers Huldreich Graf aus Winterthur, der auf der Schützenwiese eine Zementfabrik betrieb.



Armenhaus Veltheim, Ausserdorfstrasse 13, Fachwerkfassade nach der Renovation. Der im Bild zu sehende Teil des Armenhauses stammt aus der Zeit um 1850. Links aussen ist die reichere Fachwerk-Struktur des Bauernhauses an der Bachtelstrasse zu erkennen, das um 1650 errichtet worden war. Die inneren Strukturen des Ensembles konnten bei der Renovation weitgehend erhalten werden. Es ist ein spannendes Zeitzeugnis der Veltheimer Geschichte.



Mühle Hegi, Mettlenstrasse 28, nach der Renovation und dem Umbau des Wirtshauses «Zur Mühle» in ein Wohnhaus.



Tag des Denkmals 2003 in Veltheim. Das Interesse an der Geschichte und an den historischen Baudenkmälern Veltheims war gross: 1600 Besucherinnen und Besucher nahmen an den Veranstaltungen teil und zeigten damit ihre Wertschätzung des Ortskerns.

Hochbauten

Der Zürcher Index der Wohnbaukosten (der im Raum Winterthur für Vergleichsrechnungen beigezogen wird), hat sich in den vergangenen Jahren bis April 2003 wie folgt entwickelt:

Indexstand	1.04.1998	100,0 Punkte	
	1.10.1998	99,9 Punkte	
	1.04.1999	101,3 Punkte	(Erhöhung der MWSt um 0,1 % per 1.1.99)
	1.04.2000	105,1 Punkte	
	1.04.2001	110,1 Punkte	
	1.04.2002	110,0 Punkte	
	1.04.2003	106,6 Punkte	

Dieser Index wird seit 1999 nur noch einmal jährlich erhoben. Mit dem Index per 1. April werden die Änderungen des Jahreswechsels erfasst, die in der Regel wesentlicher als die Preisbewegungen in der Jahresmitte sind. Der Oktober-Index, der die Veränderungen der Jahresmitte erfasste, entfällt deshalb.

Fertiggestellte Um- und Neubauten

Schulhaus Hohfurri, Erweiterung

Nachdem der Neubautrakt bereits auf den Schuljahresbeginn 01/02 fertig gestellt war und auch die Holz-schnitzelheizung für die Heizperiode 01/02 in Betrieb genommen werden konnte, sind alle notwendigen Renovationsarbeiten an den Schulhaustrakten aus den Jahren 1956 und 1967 im Oktober abgeschlossen worden. Am 1. November gab es ein Einweihungsfest.

Schulhaus Hohfurri, Renovation Turnhallentrakt

Die Sanierungs- und Renovationsarbeiten waren im Frühjahr abgeschlossen.

Erneuerung Leichtathletikanlage / Neubau Eissportanlage und Eishalle, Deutweg

Nachdem die Eishalle bereits Ende November 02 übergeben und eingeweiht werden konnte, wurden die Fertigstellungsarbeiten an den Leichtathletikanlagen im Frühjahr 03 abgeschlossen.



Stadtbibliothek «Tösserhaus»/«Blumengarten»:
Ansicht Obere Kirchgasse



Stadtbibliothek «Tösserhaus»/«Blumengarten»:
Innenansicht 3. Obergeschoss

Obere Kirchgasse 4/6 («Tösserhaus»/«Blumengarten»), Umbau für Stadtbibliothek

Der Bibliotheksbetrieb konnte Anfang Juli aufgenommen werden. Das realisierte Projekt ist eine aussergewöhnlich gelungene Synthese von ältester Bausubstanz mit modernsten, neuzeitlichen Bibliotheksfunktionen.

Freibad Geiselweid, Rückbau der auffälligen Gebäudestrukturen

Die notwendigen Instandstellung der frei gewordenen Flächen für die provisorische Nutzung waren auf den Beginn der Badesaison fertig gestellt.

Friedhof Rosenberg, Neubau Krematorium

Die Aufnahme des Betriebes erfolgte im Oktober. Die Anlage wurde am 6. November eingeweiht.

Friedhof Rosenberg, Renovation Abdankungskapelle

Die Renovationsarbeiten konnten im Oktober abgeschlossen werden.



Neubau Krematorium Rosenberg:
Ansicht von Südwesten (mit renovierter bestehender
Abdankungskapelle)

Provisorium Schulhaus Hegifeld

Das Raumzellenprovisorium konnte nach den Frühlingsferien dem Betrieb übergeben werden.



Schulraumprovisorium Hegifeld



Rückbauten Freibad Geiselweid: Gesamtansicht



*Freibad Geiselweid:
Wasserspielplatz (Konzept Fredi Schelb)*



*Schulhaus Hohfurri Wülflingen:
«Kunst am Bau» – Installation der Winterthurer Künstlerin
Susan Schoch im Freiraumkontext.*

Laufende Bauten

Metallarbeiterschule Zeughausstrasse

Die Abklärungen in Bezug auf Altlasten zeigten die Unumgänglichkeit einer Altlasten-Sanierung. Nachdem diese in Kombination mit den Rückbau- und Aushubarbeiten bis Ende März abgeschlossen werden konnte, begannen die eigentlichen Bauarbeiten Anfang April. Der Rohbau wurde termingerecht Ende Jahr vollendet.

Projektierungen

TMZ (Textilmaschinenzentrum) Oberwinterthur, Umbau in Schulhaus

Die bereits Ende 02 vorgelegenen Konzept- und Machbarkeitsabklärungen mussten für ein erweitertes Raumprogramm überarbeitet werden. Das weitere Vorgehen war Ende Jahr noch nicht geklärt.

Erweiterung CP-Schule (Maurer-Schule)

Die bereits Ende 02 vorgelegenen Konzeptstudien lösten zeitraubende Diskussionen in Bezug auf den Arealsbedarf aus. Ende Jahr lag der Konzeptantrag beim Stadtrat zur Beschlussfassung.



*Metallarbeiterschule Zeughausstrasse:
Baustelle Stand Ende Oktober 2003.*

Schulhaus Sennhof

Im Rahmen der Wettbewerbsvorbereitung wurde das Raumprogramm für die Schule um eine Holzschnitzelheizungszentrale zur Abdeckung grösserer Gebiete des Stadtquartiers Sennhof erweitert. Die Ausschreibung des Architekturwettbewerbes im offenen Verfahren erfolgte Anfang Oktober. Der Bezug von 170 Wettbewerbsunterlagen ist einerseits auf das grosse Interesse an solchen Bauaufgaben, aber andererseits auch auf die schwierige Lage in der Bauwirtschaft zurückzuführen.

Erweiterung Michaelschule

Der erfolgreiche Abschluss der Gesamtleistungssubmission erfolgte im Dezember durch die Vergabe des Totalunternehmerauftrages (unter Vorbehalt der Baukreditbewilligung im politischen Genehmigungsverfahren) an das Team Lerch AG / Arch.büro Dahinden+Heim / Dürsteler Baurealisierungen.

Neubau und Sanierung Schulhaus Feld Veltheim

Das Konzept wurde im August durch den Stadtrat beschlossen. Die Vorbereitung für die Durchführung der Projektierungsverfahren ist im Gange.

Berufswahlschule, Anbau Eingangshalle

Vorprojektvarianten liegen vor.

Landwirtschaftsbetrieb Zell (Städt. Werke), Neubau

Die Resultate einer Gesamtleistungssubmission wurden im Dezember beurteilt. Zwei Projekte waren in betrieblichen Belangen zu überarbeiten (Entscheid Mitte Februar 04).

Zentrum Adlergarten, Gesamtsanierung

Die Vorbereitungen für die Einholung des notwendigen Projektierungskredites und für die Einleitung einer Projektierung sind im Gange.

Freibad Geiselweid, Neubau und Sanierung

Die Grundlagen für die Einleitung einer Projektierung waren Ende Oktober durch das Sportamt erstellt. Die Konzeptabklärungen sind im Gange.

Krankenheim Oberi

Die Projektierung der notwendigen Massnahmen auf der Dachterrasse des Anbaues für die Bedürfnisse der Dementen ist im Gange.

Schulraumprovisorium Iberg, Erweiterung

Das Projekt liegt vor.

Schulhaus Dättneu

Die Abklärungen in Bezug auf die Erstellung eines Raumzellenprovisoriums oder die Realisierung der Erweiterung des Klassentraktes für die Abdeckung des dringenden Schulraumbedarfes sind abgeschlossen. Ein Entscheid ist noch ausstehend.

Schulhaus Walrüti, Gesamtsanierung

Grundsätzliche Konzeptabklärungen sind im Gange.

TMZ Oberwinterthur, Umbau für Oberstufenschulanlage

Das Konzept liegt vor. Ein Entscheid ist aus Kostengründen noch nicht erfolgt.

Schulhaus Tössfeld, verschiedene Raumbedürfnisse

Die Konzeptabklärungen sind abgeschlossen. Ein Entscheid über das weitere Vorgehen ist noch ausstehend.

Schulhaus Hegi, Erweiterung

Die Konzeptabklärungen für eine Erweiterung des Schulhauses Hegi als Alternative zur Erweiterung des Schulhauses Hegifeld sind im Gange.

Schulkreis Wülflingen, Schulraumbedarf

Die notwendigen Entscheide über das weitere Vorgehen sind offen.

Schulkreis Wülflingen, Turnhalle

Die notwendigen Entscheide über das weitere Vorgehen sind ausstehend.

Fachstelle Haustechnik

Laufende Aufgaben

Betreuung der heizungs-/lüftungs- und maschinentechnischen Anlagen von rund 650 städtischen Gebäuden. Im Berichtsjahr wurden über den Pikettdienst ausserhalb der Arbeitszeit 42 Störungen behoben.

Erstellen von Kostenvoranschlägen für die Sanierung von Haustechnikanlagen diverser Objekte.

Fachbegleitung in Bezug auf die gesamten Haustechnikbelange bei allen Projekten der Abteilungen Hochbauten und Gebäudeunterhalt.

Heizkostenabrechnungen inkl. Kontoführung folgender Fernheizungen (Wärmeverbund):

- IVZ Brühlgut
- AH Neumarkt
- Gewerbe- und Uhrenmuseum

Fertiggestellte und laufende Projekte

Zur Erfüllung der Luftreinhalteverordnung (LRV) wurden folgende Sanierungen ausgeführt:

- Schulhaus Neuburg
- Gärtnerei Rosenberg (Krematorium)
- Schloss Hegi
- Kinder- und Jugendheim, Pestalozzistrasse 21
- Kindergarten Guggenbühl, Stadlerstrasse 54
- Mehrfamilienhaus Freiestrasse 1
- Liegenschaft Weierstrasse 43

Für die Realisierung im Jahre 2004 sind die folgenden Sanierungen projektiert:

- Gärtnerei Büel (LRV)
- Freizeitanlage Holzlegistrasse 40 (LRV)
- Mehrfamilienhaus Theodor-Kirchnerstrasse 32 (LRV)
- Einfamilienhaus Süssenbergrasse 11 (LRV)
- Kindergarten Breite, Nussbaumweg 5 (LRV)
- Schulzahnklinik:
 - Ersatz Teilklimaanlage
- Schulhaus Altstadt:
 - Ersatz Raumkühlung TVA + IDW
- Altersheim St. Urban:
 - Ersatz gewerbliche Kühlung

- Tiefgarage Technikum Nord:
Ersatz Haustechnik HLKSE
- Bürogebäude Finanzamt:
Raumlüftung
- Turnhalle Geiselweid:
Ersatz / Sanierung Teil HLK

Folgende haustechnische Anlagen wurden in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gebäudeunterhalt saniert:

- Liegenschaft Am Rosenberg 5:
Umbau
- Schulhaus Ausserdorf Wülflingen:
Umbauten
- Schulhaus Heiligberg:
Neue Druckerhöhungsanlage Wasser
- Pachtbetrieb Weierstrasse 47:
Kompl. Heizungsanlage
- Liegenschaft Holandstrasse 11:
Heizkesselauswechslung
- Einstellhalle Kehrerstrasse 7:
Heizkesselauswechslung
- Pachtbetrieb Ibergstrasse 93:
Reparatur Holzherd
- Pachtbetrieb Hornsäge:
Reparatur Kachelofen
- Liegenschaft Feldstrasse 13:
Reparatur Kachelofen
- Schulhaus Mattenbach:
Einbau von Thermostatventilen
Anpassungen und Ersatz Lüftungsregelung
- Schulhaus Hegifeld:
Turnhalle: Ersatz Lüftungsanlage Garderoben /
Duschen
Einbau von Thermostatventilen
- HPS Michaelschule:
Badtechnik: Ersatz Hubbodensteuerung und diverse
Anpassungen
- Schulhaus Oberseen:
Lüftungseinbau in der 3-fach Turnhalle

Folgende Objekte der Abteilung Hochbauten wurden fachtechnisch begleitet:

- Eissport- und Leichtathletikanlage Deutweg
- MSW Winterthur
- Obere Kirchgasse 4/6, Blumengarten / Tösserhaus
- Naturmuseum
- HPS Michaelschule, Erweiterung
- Schulhaus Sennhof
- Bürogebäude Technikumstrasse 81: Lüftung MZ-Saal
- Schulhaus Dättwil (Garantearbeiten, Messungen)
- Krematorium

Gebäudeunterhalt

Die Werterhaltung der städtischen Liegenschaften und die baulichen Anpassungen infolge veränderter betrieblicher Nutzungen sind die Hauptaufgaben der Abteilung Gebäudeunterhalt. Sanierungs- und Unterhaltsprojekte sind arbeitsintensiv und verlangen ein umfangreiches, bautechnisches Wissen. Viele Unterhaltsarbeiten müssen in der Regel unter Betrieb ausgeführt werden. Dies verlangt neben der fachlichen Herausforderung von allen Beteiligten Improvisationsvermögen und eine hohe Bereitschaft an Flexibilität.

Trotz den knappen finanziellen Mitteln, konnten die vielen Kleinprojekte in der laufenden Rechnung erledigt werden. Im Berichtsjahr mussten mehrere dringliche, unvorhersehbare Kredite für die Behebung von Bauschäden (Schulzahnklinik, Kindergarten Waldeggstrasse, Museum

Lindengut, Gusslistrasse 30) gesprochen werden. Es ist verfrüht, in diesem ein Indiz zu sehen, dass sich der allgemeine Liegenschaftenzustand in den letzten Jahren dauernd verschlechtert.

Fertig gestellte Projekte

- Theater Winterthur am Stadtgarten:
Ersatz Bestuhlung und Bühnenvorhang
- Restaurant Goldenberg:
Ersatz Hauptkanalisationsleitung
- Öffentliche Toilettenanlage Oberer Graben:
- Stadthausstrasse 21:
Ersatz Halonanlage
- Weierstrasse:
Einbau Heizraum
- St. Gallerstrasse 131:
Abbruch und Wiederinstandstellung
- Hochwachtstrasse 7, Haus im Rosengarten:
Aussen- und Innenrenovation
- Altersheim Sonnenberg:
Ersatz Aufzugsanlage und Dachausbau
- Schulzahnklinik:
Ausbau 4. Behandlungszimmer
- Schulhaus Altstadt:
Sanierung Lehrkräftebereich und Sanierung Sing-
saaldecke
- Schulhaus St. Georgen:
Innere Umbauten
- Schulhaus Langwiesen:
Flachdachsanierung
- Schwimmbad Töss:
Beckensanierung
- Wohn- und Pflegezentrum Oberi:
Umsetzung feuerpolizeiliche Massnahmen
- Altersheim Rosental:
Ersatz Aufzugsanlagen

Laufende Projekte

- Theater Winterthur am Stadtgarten:
Ersatz Bestuhlung und Bühnenvorhang (Restaurant)
- Natur- und Kunstmuseum:
Brandschutzmassnahmen und Umbau Naturmuseum
- Museum Lindengut:
Sanierung Wasserschaden/Heizverteilung
- Stadthausstrasse 21:
Umbau der Büros im Erdgeschoss, 1. und
2. Obergeschoss
- Stadthausbrunnen:
Sanierung (Abschlussarbeiten)
- Stadthaus:
Fassadenrenovation
- Schiessanlage Ohrbühl:
Fenster- und Rollladenersatz
- Kindergarten Waldeggstrasse:
Sanierung der Dachkonstruktion
- Schulhaus Langwiesen:
Umbau Lehrkräftebereich
- Wohn- und Pflegezentrum Oberi:
Ersatz Teppiche und Vorhänge
- Altersheim Rosental:
Ersatz Aufzugsanlagen

Projekte in Vorbereitung

- Museumsgebäude:
Brandschutz Bibliothek und Infrastruktur-
verbesserungen
- Freizeitanlage Kanzlei:
Innere Umbauten

-
- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> - Alte Schiessanlage am Schützenweiher:
Altlastensanierung - Schiessanlage Ohrbühl:
Ersatz Trefferanzeige und Flachdachsanierung - Gusslistrasse 30:
Wiederaufbau Schallschutzwand - Alte Bibliothek Wülflingen:
Aussenrenovation und innere Umbauten - Kindergarten Inneres Lind:
Gesamtrenovation - Kindergarten Unterwegli:
Einbau Hort im Untergeschoss - Schulhaus Wülflingerstrasse:
Flachdachsanierung | <ul style="list-style-type: none"> - Schulhaus Büelwiesen:
Fensterersatz Südfassade - Schulhaus Tössfeld:
Dach- und Aussenrenovation - Schulhaus Altes Gemeindehaus Töss:
Sanierung - Schulhaus Rychenberg:
Umbau alte Schulküche im Hort - Schwimmbad Wülflingen:
Beckensanierung - Schwimmbad Töss:
Ersatz Kinderplanschbecken - Wartstrasse 40/42, Heilsarmee Wohnhäuser:
Innere Umbauten |
|---|---|

Vermessungsamt*

Lehrlingsausbildung

Gestützt auf den neuen Modelllehrgang Geomatiker bzw. Geomatikerin (ehem. Vermessungszeichner/-zeichnerin) der Berufsverbände wurde ein neues innerbetriebliches Lehrlingsausbildungskonzept erarbeitet. Die Ausbildung am Geografischen Informationssystem wurde vorverlegt und setzt neu bereits im ersten Lehrjahr ein. Zudem können die Lehrlinge selbständig Semesterarbeiten ausführen und verschiedene Praktiken in andern Fachbereichen der Stadtverwaltung absolvieren.

Im Berichtsjahr traten ausnahmsweise zwei Lehrlinge im Vermessungsamt ein. Für das Jahr 2004 wurde wiederum ein Lehrling angestellt.

Neue Messmethode

Seit dem Frühsommer 2003 verfügt das Vermessungsamt über ein satellitengestütztes Vermessungssystem (Global Positioning System). Diese neue Messmethode gelangt vorzugsweise in nicht zu dicht überbautem Gebiet zum Einsatz für Situations- oder Terrinaufnahmen, Bauabsteckungen, Leitungsaufnahmen sowie für die Bestimmung von Lagefixpunkten. Der Forstbetrieb nutzt das GPS-System für die Holzvorratsermittlung.

Für GPS-Messungen werden jeweils zwei Messgeräte (Empfangsantennen) benötigt; eine Feststation und eine mobile Station (Rover). Die Kommunikation zwischen den beiden Geräten erfolgt per Telefon. Die Feststation wurde auf dem Dach des Alters- und Pflegezentrums Adlergarten eingerichtet. Sie ist über ISDN am Telefonnetz angeschlossen. Weil die Feststation gleichzeitig von verschiedenen Rovern angewählt werden kann, wird diese gegen Abonnementsgebühren auch einem privaten Geometerbüro in Effretikon zur Verfügung gestellt.

Die satellitengestützte Vermessung ist eine Messmethode bei der – im Gegensatz zur terrestrischen Vermessung – keine Sichtverbindung zwischen den Messpunkten notwendig ist. Während terrestrische Vermessungen jeweils von 2er-Teams durchgeführt werden, genügt bei der satellitengestützten Vermessung eine Person.

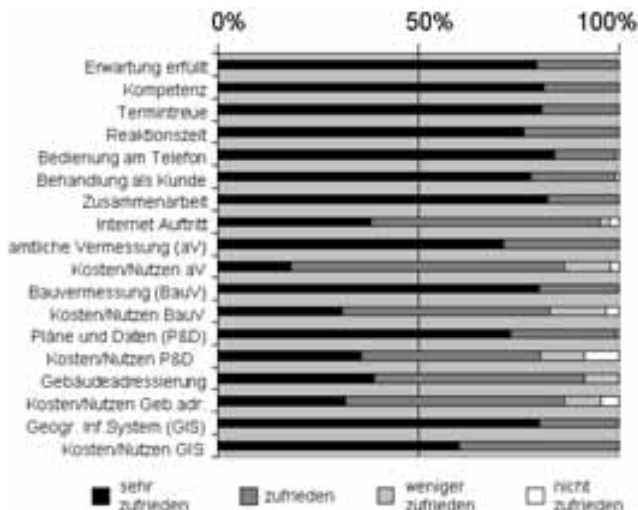


GPS-Feststation und -Rover

Kundenbefragung 2003

Die Kundenbefragung wurde zwischen dem 2. Juni 2003 und 3. Oktober 2003 durchgeführt. Trotz detaillierter Fragestellung ist die Kundenzufriedenheit mit 95,5% (Anteil der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antworten) beachtlich hoch.

Zusammenfassung der Kundenbefragung



Zu einzelnen Punkten durften Anregungen und Verbesserungsvorschläge entgegen genommen werden. Mit der Qualität der Dienstleistung ist die Kundschaft nahezu vollumfänglich zufrieden. Beim Preis herrscht am ehesten eine gewisse Unzufriedenheit. Dies ist vermutlich auf die fixen Tarife für Akkord- und Regiearbeiten zurückzuführen. Bei Kleinbauten standen die Kosten für die amtlichen Vermessungsarbeiten oft in einem ungünstigen Verhältnis zum Bauwert. Das Vermessungsamt hat bereits vor einiger Zeit darauf reagiert, indem diese Kleinbauten nicht nach kantonalem Tarif sondern zu einem reduzierten Pauschal-tarif abgerechnet werden. Dieser wurde im Jahr 2003 nochmals reduziert. Bei den nach Regie abgerechneten Bauvermessungsaufträgen konnten in den letzten Jahren – insbesondere dank dem erneuerten Geografischen Informationssystem – wesentliche Effizienzgewinne erzielt werden. Weil die Regieansätze gleichzeitig nicht angehoben wurden, führte dies teilweise zu deutlich geringeren Kosten (weniger Regiestunden) für die Bauherren. Im Bereich der Plan- und Datenausgabe gilt es vermehrt zu erklären, dass die Bereitschaft zur Ausgabe von aktuellen und verbindlichen Plänen oder Daten den Betrieb einer leistungsfähigen Infrastruktur sowie die Bereitstellung von Beratungsdienstleistung erfordert.

Die Leistungen des Vermessungsamtes sind in drei Produkte aufgeteilt:

Produkt 1: Vermessungsaufträge

Geschäftsgang:

Dank reger Bautätigkeit konnte in den Bereichen der Bau- und Ingenieurvermessung sowie der amtlichen Vermessung (Grenzmutationen, Situationsnachführungen) das seit Einführung der elektronischen Leistungserfassung im Jahr 1997 bis anhin grösste Auftragsvolumen ausgeführt werden. Nachdem das Geschäftsvolumen des Produktes 1 bereits im Jahr 2002 um 11% zunahm, ist im Berichtsjahr nochmals eine Zunahme von 21% zu verzeichnen.

Nebst zahlreichen kleineren Baustellen trugen auch verschiedene Grossbaustellen zu diesem positiven Resultat bei.

* Das Vermessungsamt ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WoV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

tat bei. Zu erwähnen sind insbesondere: Wässerwiesen in Wülflingen, im obern Gern in Hegi, Katharina Sulzer Platz, im Ganzenbüel, Floren-Park, Eichgut-Areal, Umbau des KIWI oder die Erweiterung des Kantonsspitals.

Auch bei den Aufträgen zur Aufnahme von Höhenlinien ist eine markante Zunahme zu verzeichnen.



Baugrubenüberwachung im Eichgut-Areal

Nach Fertigstellung der Erschliessungsstrassen im Gebiet des Quartierplans Iberg Süd wurden im Herbst 2003 die Vermarktungs- und Nachführungsarbeiten abgeschlossen.

Trotz der sehr guten Auftragslage in der Bauvermessung wurden die Nachführungsarbeiten der amtlichen Vermessung termingerecht (innert Jahresfrist nach Meldung der Bauvollendung) abgewickelt.

Produkt 2: Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Im Vordergrund stand die Überarbeitung und Aktualisierung der Planinhalte gemäss den Vorschriften der amtlichen Vermessung. Nach Abschluss der Arbeiten in Wülflingen sind nun die Feldbegehungen und Ergänzungsaufnahmen im gesamten Baugebiet der Stadt Winterthur ausgeführt.

Ausgenommen von den Erneuerungsarbeiten blieb bis anhin der Altstadt kern. Dessen ursprüngliche Vermessung stammt aus den Jahren 1880 bis 1888 und wurde im Verlauf der Zeit durch verschiedene Einzelmassnahmen immer wieder den dringlichsten Anforderungen angepasst. Die Vermessung weist daher eine heterogene Qualität auf, die nicht immer klar eingegrenzt werden kann. Im Hinblick auf deren Umarbeitung entsprechend den Anforderungen der amtlichen Vermessung wurde ein Konzept ausgearbeitet und auf dieser Grundlage mit dem Kanton das weitere Vorgehen festgelegt.

Das Amt für Raumordnung und Vermessung des Kantons Zürich (ARV) beabsichtigt im Jahr 2004 eine Messkampagne zur Erneuerung der übergeordneten Fixpunkte der Kategorien 1+2 (ehemals Triangulation 1.–3. Ordnung). Das Ziel ist den Bezugsrahmen der amtlichen Vermessung (Fixpunkte) zu beurteilen sowie durch geeignete Massnahmen zu entzerren und zu homogenisieren. Weil anschliessend auch die kommunalen Fixpunkte der Kategorie 3 in den erneuerten übergeordneten Bezugsrahmen einzu-

passen sind, wurde das Vermessungsamt in die Planung der Messkampagne des Kantons einbezogen. Auf der Grundlage der Beurteilung des Vermessungswerkes der Stadt Winterthur – welches aus sieben Vermessungswerken unterschiedlicher Qualität (ehemals selbständige Gemeinden) besteht – waren geeignete Fixpunkte zu identifizieren, um die kommunalen Fixpunkte mit dem neuen Bezugsrahmen repräsentativ vergleichen zu können.

Produkt 3: Geographisches Informationssystem (GIS), Datenausgabe und Dienstleistungen

Im Zentrum standen der Update auf TOPOBASE Version 2.09, die Konsolidierung des Intranet-GIS (WinWeb-GIS) sowie die Entwicklung des Geo-Stadtplanes für das Internet.

In der passwortgeschützten Anwendung WinWebGIS werden rund 50 Themen des Geografischen Informationssystems (GIS) angeboten. 260 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Fachbereichen haben Ende Berichtsjahr Zugriff auf diese Web-Anwendung. Für die Bedienung von WinWebGIS ist kein spezifisches GIS Know-how erforderlich. Gesteuert über den passwortgeschützten Zugriff stehen nur die jeweils benötigten Geodaten entsprechend der Aufgabenstellung in zweckdienlicher Form zur Verfügung.

Der neue Geoinformations-Stadtplan (Geo-Stadtplan) für das Internet wurde entwickelt, konnte aber nicht in der vorgesehenen Weise in Betrieb genommen werden. Der Grund hierfür sind Verzögerungen im Projekt LEUnet (Neuvergabe des kantonalen Datenkommunikationsnetzes). Vorgesehen ist, die Web-Server des Geo-Stadtplanes von den Informatikdiensten der Stadt (IDW) betreiben zu lassen. Hierfür benötigen die IDW jedoch einen gesicherten Übergang ins neue LEUnet und eine eigene Firewall ins Internet. Gemäss heutiger Planung wird die für den Betrieb des Geo-Stadtplanes benötigte Infrastruktur im Sommer 2004 vorliegen. Eine Zwischenlösung wäre zwar möglich, würde aber zu hohe Kosten verursachen.

Mit Swisscom Fixnet AG wurde ein Vertrag betreffend Nutzung des öffentlichen Grundes und Zusammenarbeit im Bereich der Leitungsdokumentation und des Geografischen Informationssystems ausgearbeitet.

Die Grundlagedaten zum Generellen Entwässerungsplan (GEP) wurden in das Geografische Informationssystem überführt. Dadurch reduzierte sich der Erfassungsaufwand für die Abwasser-Hauptkanäle deutlich. Ende 2003 waren rund 85 % der Hauptkanäle im Geografischen Informationssystem erfasst.

Weiter wurden verschiedene kleinere Projekte ausgeführt oder Dienststellen bei der Lösung raumbezogener Aufgaben beraten. Zu erwähnen sind unter anderen:

- Harmonisierung der Gebäudeadressen mit dem Melde- und Zivilstandswesen
- Projekt GeKaGe/GWR (Anschluss an die kantonale Datendrehscheibe)
- Erfassung der Abwasser-Hauptkanäle
- Neuauflage der Übersichtsplanmappe 1:5000 mit den Hausnummern
- Inventar der schützenswerten Kulturgüter
- Inventar der Mauersegler Nistplätze
- Anschluss der Zivilschutzdatenbank an das Geografische Informationssystem
- Neudruck des Zonenplanes

Baupolizeiamt

Die Zahl der Baugesuche – Gradmesser für die Belastung des Baupolizeiamtes – ist mit 901 (820) auf einen neuen Höchststand angestiegen. Die gesamt-haft veranschlagte Bausumme hielt sich im Rahmen des Vorjahres. Die beiden Grossüberbauungen Wä-serswiesen Wülflingen (360 Wohnungen) und Im Gern Hegi (420 Wohnungen) des Generalbauunternehmers Leopold Bachmann wurden realisiert.

Da nach wie vor kontinuierlich Bauland erschlossen wird – die Erstellung der Erschliessungsanlagen für das gesamte Quartierplangebiet Iberg-Südhang ist abgeschlossen – und die Nachfrage nach Wohnraum nach wie vor vorhanden ist, kann weiterhin mit einer intensiven Bautätigkeit gerechnet werden.

Gegen die vom Stadtrat festgesetzte Teilrevision des Quartierplans Maienried wurden mehrere Rekurse eingereicht. Wegen der fehlenden Rechtskraft konnte die Genehmigung der Baudirektion noch nicht eingeholt werden.

Die Zusammenarbeit des Baupolizeiamtes und der Fachstellen der Organisation Bauaufsicht mit den kantonalen Fachstellen war im Allgemeinen gut, wenn auch nicht frei von Problemen. Insbesondere im Bereich des baulichen Umweltschutzes entwickelt die Baudirektion einen erstaunlichen Vollzugseifer, der hin und wieder den in Winterthur üblichen pragmatischen Lösungsansätzen im Wege steht.

Die Zusammenarbeit mit den beschwerdelegitimierten Verbänden – einerseits dem Heimatschutz (Zürcher Heimatschutz und Heimatschutzgesellschaft Winterthur) und andererseits dem Verkehrsclub der Schweiz VCS – wird durch die hängigen (Migros/OBI-Baufachmarkt) bzw. angedrohten (Abbruch Volkshaus) Rechtsmittelverfahren belastet. Unverständlich ist insbesondere das Vorgehen des Heimatschutzes in Sachen Volkshaus, das – nach einem Rekursrückzug des Zürcher Heimatschutzes – vor mehr als zehn Jahren definitiv aus dem Inventar der schutzwürdigen Bauten von kommunaler Bedeutung entlassen worden ist. Trotz dieser Probleme konnte für das Sulzer-Areal Stadtmitte eine wegweisende Vereinbarung zwischen Stadt, Kanton, Grundeigentümerin und Heimatschutz erarbeitet werden, in der alle schutzwürdigen Bauten auf dem Sulzerareal Stadtmitte bezeichnet und der Umfang der Erhaltung geregelt worden ist.

Die Situation der Aufzugskontrolle ist – wegen der Ablehnung der beantragten zusätzlichen Stellen (mit denen das finanzielle Ergebnis entscheidend hätte verbessert werden können) – noch problematischer geworden. Mit den zur Verfügung stehenden personellen und materiellen Ressourcen kann der Auftrag – die Bewilligung und die Kontrolle der Aufzugsanlagen in der Stadt Winterthur und den vertraglich an die Stadt gebundenen 68 Gemeinden – trotz grossem Einsatz der Mitarbeiter nicht erfüllt werden. Die Rückstände bei den Abnahmen haben sogar zugenommen, dies als Folge der ausserordentlich regen Bautätigkeit in der Region. Damit die Aufgaben der Aufzugskontrolle korrekt erfüllt werden können, wurde die Zertifizierung dieser Fachstelle in Angriff genommen.

Die beiden Fachgruppen Stadtgestaltung und Denkmalpflege haben das Baupolizeiamt in der Abwicklung der Baubewilligungsverfahren durch kompetente Stellungnahmen unterstützt.

Die Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes wurde von der Baudirektion verwaltungsintern weitergeführt. Einsehbar Ergebnisse dieser Arbeit liegen noch nicht vor. Der Gemeindepräsidentenverband und der Gemeindeschreiberverband des Kantons Zürich sowie die beiden Städte Zürich und Winterthur werden die Revisionsarbeiten weiterhin gemeinsam begleiten.

Die überwiegende Mehrzahl der Rechtsmittelverfahren gegen die Bau- und Zonenordnung konnte abgeschlossen werden. Einige wenige Fälle sind noch pendent.

Die Arbeiten zur Revision der Gebührenverordnung für das Bauwesen wurden verwaltungsintern abgeschlossen. Der Stadtrat hat dem Grossen Gemeinderat Antrag auf Revision gestellt. Die Revision der Abstellplatzverordnung wurde weitergeführt. Mit einem Antrag des Stadtrates an den Grossen Gemeinderat kann in den ersten Monaten des nächsten Jahres gerechnet werden.

Bauausschuss

Der Bauausschuss der Stadt Winterthur, dessen Sekretariat durch das Baupolizeiamt geführt wird, hat im Jahr 2003 in 16 Sitzungen 155 Geschäfte konferenziell behandelt. Auch in der neuen Zusammensetzung wurden die anstehenden Geschäfte jeweils rasch, aber immer nach eingehender und gewissenhafter Interessenabwägung entschieden.

Bauinspektorat

Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der eingereichten Baugesuche nochmals sehr stark angestiegen. Die erreichte Anzahl von 901 Baugesuchen stellt einen absoluten Höchstwert dar (bisheriger Höchstwert 852 aus dem Jahr 1994; Durchschnitt der letzten 10 Jahre 777). Gleichzeitig hielt sich die Bausumme mit 580 Mio. Franken auf einem hohen Niveau. Mit einer klaren Festlegung von Prioritäten konnte diese grosse Anzahl von neuen Baugesuchen bewältigt werden. Dies verlangte eine konsequente Bündelung der vorhandenen Kapazitäten und eine klare Ausrichtung auf die Behandlung der aktuellen Geschäfte.

Folgende Baugesuche sind erwähnenswert: Überbauung Fehlmann-Areal mit 8 Mehrfamilienhäusern; Überbauung des Scheco-Areals mit 16 Mehrfamilienhäusern und 6 Büro- und Gewerbegebäuden; Wohn- und Bürogebäude im Bereich Rudolfstrasse/Eichgutstrasse; Dolmetscherschule ZHW (letzte Etappe Mäander an der Theaterstrasse); Überbauung des Iberg-Südhangs mit Einfamilienhäusern und Reiheneinfamilienhäusern; diverse Wohnüberbauungen in Dättlau (In Wannen), Sennhof (Linsentalstrasse), usw.; viele Umbauten und Sanierungen von bestehenden Gebäuden.

Im Bestreben den Internet-Auftritt weiter auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden abzustimmen und auszubauen, hat das Baupolizeiamt die neuen Baugesuche in sein Informationsangebot aufgenommen. Mittels Klick auf ein Banner im Stadt-, Departements- oder Baupolizei-Portal gelangt man auf eine Übersichtsseite mit Informationen zum Verfahren und zu einer Zusammenstellung der laufenden Publikationen. Wer mit einem Bauvorhaben nicht einverstanden ist, in das Verfahren einbezogen oder informiert werden möchte, kann innert der 20-tägigen Publikationsfrist über ein Online-Formular den gewünschten baurechtlichen Entscheid anfordern. Es besteht zudem die Möglichkeit, sich mit einem kostenlosen Newsletter die wöchentlichen Publikationen zusenden zu lassen. Direkter Zugang: www.baupolizei-winterthur.ch; rechte Spalte: «Planaufgabe / publizierte Baugesuche».

Übersicht über die letzten 5 Jahre

Jahr	Eingereichte Baugesuche			Neubau wohnungen		Bausumme (in Franken)	
	Total	davon für EFH	MFH	be-willigt	be-zogen	definitiver Entscheid	Vorentscheid
1999	815	34	10	298	678	299 729 947	22 590 000
2000	801	24	8	199	293	330 873 926	121 625 000
2001	735	19	17	407	337	657 139 710	123 000 000
2002	820	28	15	905	189	619 227 643	72 510 000
2003	901	32	19	426	596	580 045 749	14 680 000

Baubewilligungsverfahren

	2002	2003
Übertrag Vorjahr	159	235
Neueingänge	820	901
Total anhängig	979	1136
Bewilligungen im ordentlichen Verfahren	409	529
davon bewilligte neue Wohnbauten	203	88
davon total bewilligte Wohnungen	905	426
Bewilligungen im Anzeigeverfahren	266	308
davon Rückzüge	12	11
davon Eröffnungen Entscheid Baudirektion	7	2
Verweigerungen	12	31
Wiedererwägungsentscheide	11	18
Wiederherstellungsbefehle	3	4
Abbruchentscheide	2	4
Vorentscheide	13	9
Sonderbewilligungen	0	0
Präsidialverfügungen	9	9
Ende Jahr pendent	235	211
Audienz Verfahren / neue Baugesuche	18	11
Audienz Verfahren / Projektänderungen	222	236

Ausnahmebewilligungen / Verfahrenskoordination

	2002	2003
Bezüglich Bauordnung/Baugesetz	20	17
Beurteilung zusätzlicher kantonaler Instanzen*	79	88

* z.T. mehrere Beurteilungen pro Baugesuch

Tätigkeit der Baukontrolle

	2002	2003
Abnahme von Bauvisieren	395	428
Davon waren zu beanstanden	38	49
Bezugsbewilligungen	70	55
Weiterbaubewilligungen / Rohbauabnahmen	46	110
Schlussabnahmen	668	647
Baustellenbesuche bewilligter Bauten	943	644
Baustellenbesuche nicht bewilligungspflichtiger Bauten	175	69
Überwachung von Gebäudeabbrüchen	15	23
Es wurden ferner festgestellt:		
Nicht bewilligte Bauarbeiten	121	81
Nicht ordnungsgemäss gemeldete Bauarbeiten	152	122

Rechtsdienst

Weitgehend erledigt sind die Rechtsmittelverfahren gegen die im Oktober 2000 festgesetzte Bau- und Zonenordnung. Der Grosse Gemeinderat hat am 8. September 2003 verschiedene Neu-Festlegungen aufgrund der inzwischen ergangenen Rechtsmittelentscheide vorgenommen. Damit konnten diverse Rechtsmittelverfahren gegen die im Oktober 2000 beschlossene Bau- und Zonenordnung definitiv erledigt werden. Bedauerlicherweise wurden jedoch bei zwei Gebieten auch gegen die neuen Zonierungen Rekurse erhoben, so dass diese revidierten Festlegungen erneut Gegenstand von Rechtsmittelverfahren bilden. Eine ebenfalls durch einen Entscheid der Baurekurskommission IV ausgelöste Umzonung wird voraussichtlich nächstens vom Grossen Gemeinderat neu festgesetzt werden. Insgesamt ist festzuhalten, dass damit noch für vier Gebiete Rechtsmittelverfahren hängig sind, drei davon vor der Baurekurskommission IV, eines vor dem Verwaltungsgericht.

Wie bereits im Jahre 2002 wurden Rekurse gegen die baurechtlichen Entscheide der Baubehörden auch im Jahre 2003 nur zu einem geringen Teil gutgeheissen. Ein grosser Teil der Rekurse konnte bereits formell, mittels

Einigung der Parteien bzw. Rekursrückzug, erledigt werden. Nach wie vor wird auch seitens der Behörden viel Wert auf einvernehmliche Lösungen gelegt. Dies stösst bei den Bauherrschaften auf ein positives Echo.

Besonders hervorzuheben ist, dass die Baurekurskommission IV eine Verfügung betreffend die Anschlusspflicht einer privaten (Gross-)Liegenschaft an das städtische Fernwärmenetz geschützt hat, und damit die Grundlagen zur Berechnung und Beurteilung der Anschlusspflicht eine – dringend erforderliche – Klärung erfahren haben. Zudem hat das Verwaltungsgericht im Verfahren gegen eine von der Stadt beschlossene Entlassung von Objekten aus dem Inventar der schutzwürdigen Bauten festgehalten, dass die Gemeinde im Rahmen der Interessenabwägung auch allfällige Entschädigungsforderungen der Eigentümer bzw. die durch den allfälligen Heimschlag ausgelösten Folgekosten berücksichtigen darf.

Ende 2003 waren insgesamt folgende Verfahren pendent:

- 10 Rekursverfahren beim Regierungsrat
- 54 Rekursverfahren bei der Baurekurskommission IV
- 0 Verfahren bei der Schätzungskommission IV
- 2 Verfahren bei der Baudirektion
- 1 Verfahren bei der Volkswirtschaftsdirektion
- 5 Beschwerdeverfahren beim Verwaltungsgericht
- 0 Verfahren beim Bundesgericht
- 1 Rekursverfahren beim Bezirksrat
- 2 Verfahren beim Bundesrat
- 3 Strafverfahren beim Statthalteramt
- 23 Strafverfahren beim Baupolizeiamt

Bemerkungen zu den Strafverfahren

Die Erledigungsquote der Strafverfahren konnte zwar gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Auf der anderen Seite wurden jedoch vermehrt Verstösse gegen baurechtliche Vorschriften – insbesondere Verfahrensvorschriften im Bereich des Aufzugswesens – zur Anzeige gebracht. Dies führt insgesamt zu einem Anstieg der Strafverfahren.

Weitere Geschäfte

Wiederum konnte in zahlreichen Fällen mit dem Führen und der Begleitung von Vertragsverhandlungen aus den Bereichen Stadtplanung (z.B. Erschliessungsverträge), Tiefbau (z.B. Dienstbarkeitsverträge), Hochbau/Denkmalpflege (z.B. Schutzverträge) positiv auf Vertragsabschlüsse hingewirkt werden.

Weitgehend abgeschlossen wurden die Verfahren im Zusammenhang mit der Reduktion der Grundgebühr für die Siedlungsentwässerung (VSE). Mit den zahlreichen, in Zusammenarbeit mit dem Departementssekretär und den anderen beteiligten Fachstellen, erarbeiteten und mitbehandelten Verfügungen und Einspracheentscheide konnten die Leitplanken für die Auslegung der betreffenden Verordnungsbestimmungen und eine einheitliche Praxis festgelegt werden. Diese fand auch ihre Bestätigung durch den Bezirksrat als Rechtsmittelinstanz.

Reklamen

2003 wurden 37 (Vorjahr 29) Reklamebewilligungen mit Entscheid des Bauausschusses und 73 (Vorjahr 90) Reklamebewilligungen mit Verfügung des Baurekurskommission IV erledigt. 4 (Vorjahr 2) Reklamegesuche mussten verworfen werden. Es wurden wiederum keine Wiedererwägungsgesuche gestellt (Vorjahr 0). 6 Reklamegesuche wurden zurückgezogen.

Mutationen

Mit 57 (Vorjahr 27) Mutationsbewilligungen mit Verfügung des Bausekretärs und 45 (Vorjahr 52) Mutationsbewilligungen im Audienzverfahren (Stempel) stieg die Zahl der zu bearbeitenden Mutationsgesuche gegenüber dem Vorjahr stark an.

Seit nunmehr zwei Jahren werden diese Beschlüsse auch direkt bei der Fachstelle Reklamen/Mutationen im CS2-System fakturiert, in gegenseitiger Vertretung mit der Sachbearbeitung/Sekretariat des Bauinspektorates, wo die Fakturierung für alle übrigen Baubewilligungsbeschlüsse vorgenommen wird. Es wurden über 1200 Fakturierungen pro Jahr gemacht.

Feuerpolizei

Brandschutz

Projektbegutachtungen, Bewilligungen und Abnahmen:

	2002	2003
– Begutachtungen von Baugesuchen	447	450
– Bewilligungen von Feuerungsanlagen, Lager mit brennbaren Flüssigkeiten/Gasen, Dekorationen, Feuerwerk, usw.	536	635
– Kontrollen von Fall zu Fall	84	91

Periodische Gebäudekontrollen:

Feuerpol. Kontrollturnus	Gebäudebestand 2003	Anzahl Kontrollen	
		2002	2003
2 Jahre	103	44	38
4 Jahre	534	72	87
6 Jahre	1 559	121	142
8 Jahre	177	11	9
Bauten mit Eigenkontrollpflicht	15 937	195	151

(feuerpol. Kontrollen im Vergleich zum Jahressoll: 2003: 59 %, Vorjahr: 54 %)

Zusätzlich zur vorstehenden Bewilligungs- und Kontrolltätigkeit in Winterthur erfolgten in der Gemeinde Neftenbach aufgrund eines Anschlussvertrages:

- 4 Prüfungen von Baugesuchen
- 21 Bewilligungen von Feuerungsanlagen
- 13 feuerpolizeiliche Kontrollen und Abnahmen
- 25 periodische Gebäudekontrollen

Feuerungskontrolle

Routinekontrollen im 2-jährigen Turnus:

(Messungen der Abgasgrenzwerte nach Luftreinhalteverordnung)

	2002	2003
– Anlagebestand / messpflichtig	10 744	10 849
– davon Low-Nox-Anlagen in %	55,4	59,5
– Kontrollierte Anlagen	4 596	4 496
– Beanstandungen %	3,8	4,0
– Aufforderungen zur Sanierung von Feuerungsanlagen infolge Überschreitung des Abgasverlustgrenzwertes	32	39

Abnahme von neuen und sanierten Anlagen:

(Kontrolle nach Luftreinhalte-, Energienutzungs- und Brandschutzvorschriften)

	2002	2003
Anzahl Abnahmen	492	488
Beanstandungen %	35	27

Zusätzlich zur vorstehenden Kontrolltätigkeit in Winterthur erfolgten in den Gemeinden Seuzach, Pfungen und Neftenbach aufgrund von Anschlussverträgen 71 Abnahmen von neu installierten Feuerungsanlagen.

Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) hat in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden und dem Hauseigentümerverband ein Konzept erstellt für die Harmonisierung der Feuerungskontrolle im Kanton Zürich. Das Konzept sieht zwei Modelle vor. Beim Modell 1 «Teil-liberalisiert» erfolgen die amtlichen Abgasmessungen durch die Feuerungskontrolleure der Gemeinden. Beim Modell 2 «Liberalisiert» können die amtlichen Abgasmessungen durch die mandatierten Fachfirmen ausgeführt werden. Nach den Vorgaben des AWEL wird das neue Konzept im Kanton Zürich auf den 1. Januar 2004 eingeführt. Für die Feuerungskontrolle nach Modell 2 können die Fachfirmen mit dem AWEL Zusammenarbeitsverträge abschliessen, die für das ganze Kantonsgebiet Gültigkeit haben. Das AWEL führt eine Firmenliste im Internet, die Auskunft gibt über die berechtigten Fachfirmen.

Die im Jahre 1997 in Winterthur eingeführte teilprivatisierte Feuerungskontrolle entspricht sinngemäss bereits dem Modell 2. Die Abläufe in Winterthur erfüllen daher weitgehend die ab 1. Januar 2004 im Kanton Zürich geltende einheitliche harmonisierte Feuerungskontrolle. Die durch die Stadt Winterthur erteilten Zulassungsbewilligungen an die Fachfirmen werden durch die Verträge mit dem AWEL abgelöst.

Aufzugskontrolle

Für das Berichtsjahr 2003 wurden nachfolgende Anzahl Bewilligungen, Abnahmen und periodische Kontrollen ausgeführt:

Bewilligungen und Abnahmen von Neuanlagen

	2001	2002	2003
– auf Stadtgebiet Winterthur			
Bewilligungen	44	90	186
Abnahmen	54	72	55
– in 60 Gemeinden (gemäss Vertrag)			
Bewilligungen	147	166	182
Abnahmen	114	69	49

Periodische Kontrollen von Altanlagen

	2001	2002	2003
– auf Stadtgebiet Winterthur			
Kontrollen	129	246	74
– in 60 Gemeinden (gemäss Vertrag)			
Kontrollen	80	103	3

zu betreuende Beförderungsanlagen

	2001	2002	2003
– auf Stadtgebiet Winterthur			
Anlagenbestand	° 2 515	° 3 022	* 3 063
– in 60 Gemeinden (gemäss Vertrag)			
Anlagenbestand	° 3 040	° 3 238	* 3 364

* Die EDV-mässige Erfassung aller Anlagen ist abgeschlossen. Es sind nur noch kleinere Korrekturen im Anlagenbestand zu erwarten durch nicht erfasste (vor allem Bund, Staat, SBB) oder längst abgebrochene/ersetzte Anlagen.

° provisorischer Bestand. Es wurden nur die EDV-mässig erfassten Anlagen gezählt.

Die Hauptarbeiten wurden konsequent auf die beiden Mitarbeiter aufgeteilt. Mit der straffen Arbeitszeiteilung und dem gezielten Einsatz der zur Verfügung stehenden EDV-Mittel wurde ein positiver Rechnungsabschluss erreicht. Trotz angespannter Wirtschaftslage wurden 368 Anlagen (Vorjahr 256) bewilligt. Nebst eigentlichen Neuanlagen werden vermehrt Altanlagen mit Baujahr 1950–1979 ersetzt. Die Komplexität der Um- und Ersatzanlagen in städtischen Verhältnissen erfordert einen überdurchschnittlichen Zeitaufwand, sind doch die baurechtlichen Nebenbedingungen und Ausnahmen besonders sorgfältig abzuklären. Die periodische Kontrolle von Altanlagen musste zurückgestellt werden, da die Personalressourcen für die massiv angestiegenen Eingaben eingesetzt werden

mussten. Ende 2003 waren 605 Anlagen in Montage oder zur Abnahme bereit. Weitere 199 Anlagen sind in einem fortgeschrittenen Planungsstand. Die Eingaben erfolgen zunehmend in einem kürzeren Zeitraum vor Montagebeginn. Die Fertigstellung erfolgt erfahrungsgemäss in den folgenden 1½ Jahre.

Im 2004 wird die EDV-mässige Datenerfassung aller Anlagen weitergepflegt. Fehlende Daten müssen ergänzt und knapp die Hälfte der Anlagenstandorte noch georeferenziert werden. Im Auftrag der Kant. Feuerpolizei werden die periodischen Kontrollen der Feuerwehraufzüge weitergeführt. Die Benutzung durch die Feuerwehren wird systematisch geschult. Die Instruktionen zur Personenrettung aus neuen, in ungewohnter Bauart erstellten Aufzugsanlagen werden sowohl mit der Berufsfeuerwehr als auch mit den Landfeuerwehren geübt.

Neuanlagen müssen konsequent nach der Aufzugsverordnung erstellt werden. Die zu beachtenden und durchzusetzenden EN-Normen stellen an Mitarbeitende als auch an den Verfahrensablauf bis zur Betriebsfreigabe hohe Anforderungen. Die Aufzugskontrolle hat zur effizienteren und kostengünstigeren Abwicklung der anfallenden Arbeiten mit der Zertifizierung/Akkreditierung unter Aufsicht des Bundesamtes für Metrologie und Akkreditierung (metas) begonnen. Die Arbeiten sollten bis Ende 2004 abgeschlossen werden können.

Fachstelle Energieberatung

Die Bewältigung der verschiedenen der Abteilung gestellten Aufgaben war durch die Bildung von Schwerpunkten möglich. Die zentralen Aufgabenbereiche konzentrierten sich vermehrt auf den Vollzug und die Kontrolle der gesetzlichen Anforderungen.

Tätigkeit als Vollzugs- und Kontrollorgan

Die energie- und lärmrelevanten gesetzlichen Auflagen wurden im Bauaufsichtverfahren durch die Fachstelle vollzogen. Die Einhaltung der Vorschriften wurde durch Auflagen in den Baubewilligungen und durch Kontrollen von Projektunterlagen sowie durch Baustellenbesuche sichergestellt. Als neue Aufgabe wurde die Überprüfung der technischen Grundlagen für die Mobilfunkantennengesuche in Angriff genommen.

Die Projektprüfungen vor Baubeginn waren aufwändig, wegen der teilweise nur mässigen Akzeptanz der umweltrelevanten Vorschriften durch die Bauleute. Da die gesetzlichen Anforderungen bezüglich Energienutzung bei Neubauten den EU-Normen angepasst und dementsprechend anspruchsvoller wurden, wiesen die Projektunterlagen häufig Mängel auf. Die Kontrollen auf den Baustellen blieben auf ein Minimum von einem Tag pro Monat reduziert. Das Resultat dieser Stichprobenkontrolle kann allenfalls als befriedigend bezeichnet werden, mussten doch oft Nachbesserungen verlangt werden. Beim Vollzug der energierelevanten Vorschriften im Rahmen der Heizkessel-sanierungen war der Widerstand gegen die Auflagen immer noch gross, die Anzahl der beanstandeten Anlagen bildete sich leicht zurück. Die Überprüfung der Unterlagen der Mobilfunkantennengesuche gemäss der NIS-Verordnung erwies sich als langwierig. Die Gesuchsunterlagen waren teilweise unvollständig, wiesen auch Berechnungsfehler auf. Einige Gesuche mussten zur Nachrechnung und Neuprojektierung zurückgewiesen werden.

Für Gebäude, welche ohne Beizug der privaten Kontrolle realisiert wurden, war jeweils die Energiefachstelle zur Überprüfung der Auflagen zuständig. Die entsprechenden Aufwendungen wurden als Ingenieurleistungen

in Rechnung gestellt. Aus Kapazitätsgründen konnte die amtliche Kontrolle nur noch für kleinere Umbauten durchgeführt werden.

Die Aufgabe der Projektprüfungen und Abnahmen der Lüftungsanlagen für Restaurants und Tiefgaragen konnte nur ungenügend bewältigt werden. Diese Anlagen unterstehen nicht der privaten Kontrolle und müssen demnach durch die Baubehörde auf fachtechnisch richtige Realisierung überwacht werden. Die Bewältigung dieser Aufgabe nahm zusätzlich Arbeitszeit in Anspruch. Die Baugesuche für die in der Restaurant-, Club-, und Barszene spriessenden Kleinunternehmen konnten zeitweilig nicht so bearbeitet werden, wie es die Vollzugsabläufe und die technischen Anforderungen für Restaurantbetriebe verlangen. Reklamationen von der betroffenen Nachbarschaft häuften sich.

Tätigkeit als Beratungsorgan

Die Dienstleistung in Form von Bauberatungen für Architekten und professionelle Bauherren im Fachbereich Energienutzung und Lärmschutz wurde stark genützt. Fragen über den Vollzug der Auflagen bezüglich Mobilfunk wurden neu durch die Fachstelle bearbeitet. Weiterhin wurde die Energieberatung für Private in der Stadt Winterthur kostenlos angeboten. Die Beratung für Private wurde immer weniger in Anspruch genommen und stabilisierte sich bei rund zwei Beratungen pro Woche. Das neue Qualitätslabel Minergie® für Wohn- und Geschäftsbauten verlangte kompetente Auskünfte. Ziele im Bereich der Öffentlichkeits-, Informations- und Motivationsarbeit wurden keine mehr gesetzt, da nicht genügend personelle Kapazität zur Verfügung stand.

Vollzug Energieplan

Der kommunale Energieplan, welcher die raumrelevanten Voraussetzungen für eine hinreichende, ressourcenschonende Energieversorgung sicherstellen soll, wurde weiter umgesetzt. Probleme entstanden hauptsächlich im Fernwärmegebiet. Liegenschaftenbesitzer lehnten trotz technisch und wirtschaftlich gleichwertigen Bedingungen den Anschluss an das städtische Fernwärmenetz ab oder ersetzten teilweise ohne Bewilligungsverfahren Grossfeuerungsanlagen. Ein Verfahren wurde auf dem Rechtsweg weiterverfolgt, da die entsprechenden Voraussetzungen und die rechtlichen Grundlagen gegeben waren. Die Sicherstellung des Fernwärmenetzes der Firma Sulzer AG in Oberwinterthur verursachte einen hohen Arbeitsaufwand. Dieses Wärmenetz nutzt mit einem Anteil von rund 60 % Abwärme aus der KVA. Die Zusammenarbeit mit der Feuerpolizei, den Städtischen Werken und mit der Abteilung Energiecontracting funktionierte ausgezeichnet.

Umsetzung des Energiekonzeptes 2000

Das vor zwei Jahren durch den Stadtrat genehmigte Energiekonzept 2000 mit dem integrierten Aktivitätenprogramm diente als Grundlage für Massnahmen und Handlungen. Erste Schritte, meistens im Informations- und Vollzugsbereich, konnten vorbereitet und teilweise auch ansatzweise umgesetzt werden. Die möglichen Konsequenzen des eidgenössischen Energiegesetzes und des CO₂-Gesetzes wurden erst rudimentär untersucht.

Projektleitungen Lärmschutz

Die Lärmschutzmassnahmen (Einbau von Schallschutzfenstern) an der Zürcher- und St.Gallerstrasse sind weitgehend realisiert. An mehreren Liegenschaften sind

noch Kostenrückerstattungen vorzunehmen. Diese Verzögerungen entstanden, weil einzelne Liegenschaftsbesitzer und -besitzerinnen die notwendigen Unterlagen nur zurückhaltend zur Verfügung stellten. An der Tösstalstrasse ist der Einbau der Schallschutzfenster zu rund 90 % abgeschlossen. An der Frauenfelderstrasse sind im Bereich des Losen West 65 % der Liegenschaften saniert. Im Los Ost sind die Schallschutzfenster eingebaut, die Schallschutzwände erstellt. Das Projekt ist somit abgeschlossen. Die Arbeiten für die Fenstersanierungen an der Schaffhauserstrasse sind zu 55 % realisiert. An der Wülflingerstrasse liegt der Baufortschritt bei 25 %. Fenstersanierungen an der General Guisan-Strasse und an Einzelobjekten im restlichen Stadtgebiet sind noch pendent.

Diese Teilprojekte konnten aus Prioritätsgründen noch nicht weiter verfolgt werden.

Projektleitung Asbestsanierung

Die Überwachung der Asbestsanierung von Gebäuden und die Kontrolle der Inspektionsbefunde über Spritzasbestvorkommen wurde im normalem Rahmen fortgesetzt. Die Pendenzen bei den Inspektionen wuchsen geringfügig an. Vier Gebäude mit Spritzasbest wurden totalsaniert. Es sind noch nicht sanierte Asbestvorkommen vorhanden, die jedoch regelmässig inspiziert und wenn erforderlich mit Messungen kontrolliert werden.

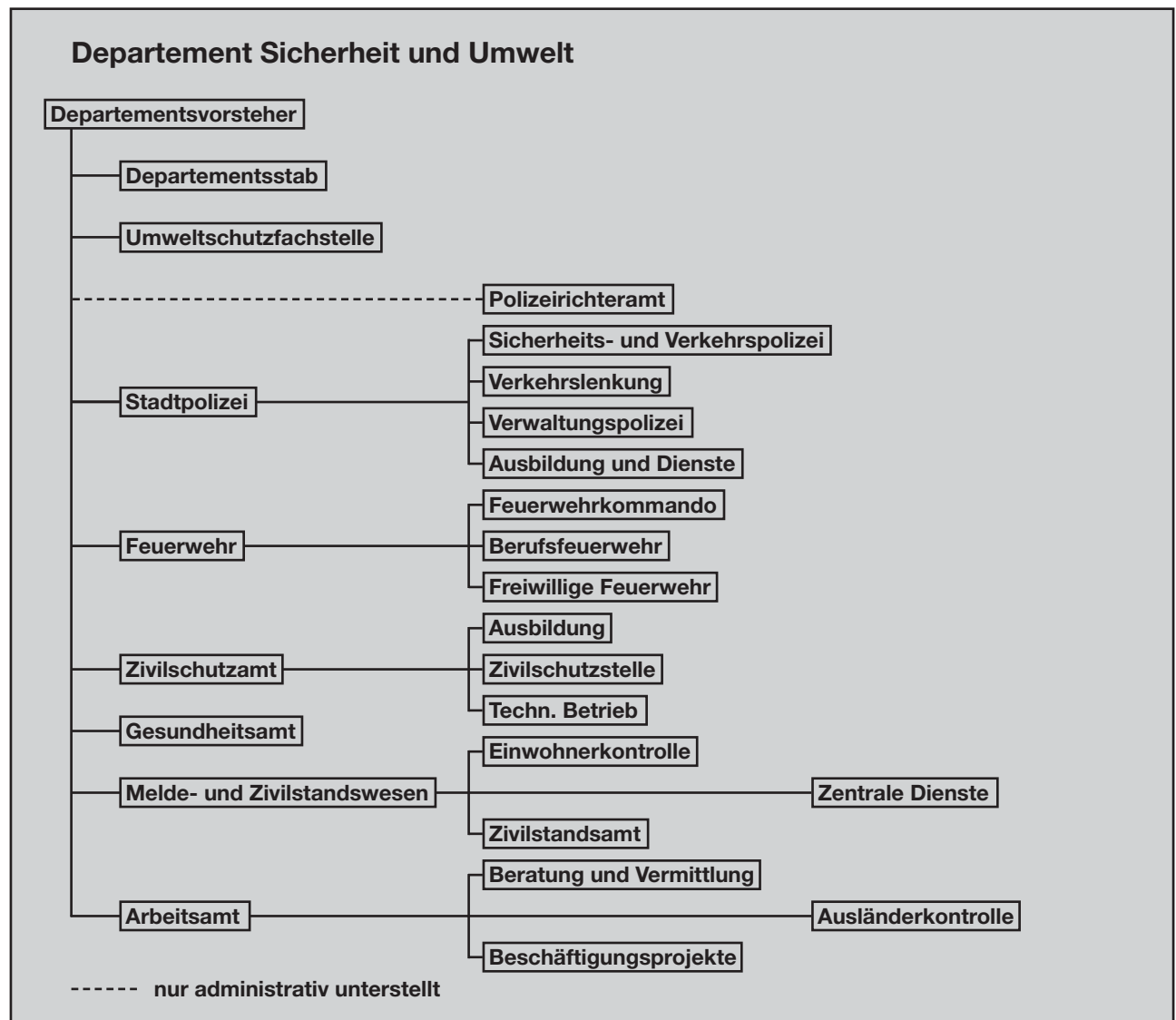
Departement Sicherheit und Umwelt

Das Departement Sicherheit und Umwelt steht im Dienst einer sicheren, umweltbewussten und lebenswerten Stadt; ein spezieller Einsatz gilt der Prävention und den Erwerbslosen. Diese Leitidee bedeutet zugleich ein Bekenntnis zum Prinzip der Nachhaltigkeit, das sich an den Schlüsselfaktoren wirtschaftliche Effizienz, Umweltschutz und gesellschaftliche Solidarität orientiert und der Politik des Stadtrates als übergeordnetes Leitbild zugrunde liegt.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit bildet im Besonderen auch die Basis für die Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit, denn Sicherheit ist einer der wichtigsten Faktoren für Lebensqualität. Um das Sicherheitsgefühl in den verschiedenen Stadtquartieren zu erhöhen und den Schutz der Bevölkerung weiter zu verbessern, hat die Stadtpolizei im Berichtsjahr die Quartierpolizei aufgewertet und ihre Präsenz an besonders gefährdeten Orten durch Schwerpunkteinsätze gezielt erhöht. Einen erneut grossen Einsatz verlangten auch die Bekämpfung der Kriminalität und die Verhinderung einer offenen Drogenszene. Am 19. März dieses Jahres hat der Stadtrat den Entwurf für eine neue, vollständig überarbeitete Allgemeine Poli-

zeiverordnung (APV) verabschiedet, welche als kommunales Novum Regeln zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt enthält und gegenwärtig in der Sachkommission für Soziales und Sicherheit beraten wird. Im Übrigen war das Geschäftsjahr der Stadtpolizei von einer erneut gestiegenen Geschäftslast gekennzeichnet, wobei insbesondere die Anzahl rapportierter Fälle im Vorjahresvergleich erheblich zunahm. Im Verkehrsgeschehen auf den Winterthurer Strassen ist dagegen die Zahl der Unfallverletzten erheblich zurückgegangen und auf dem Stadtgebiet (ohne Autobahnen) hat sich kein einziger Verkehrsunfall mit Todesfolge ereignet. Mit zur Verkehrssicherheit beigetragen haben verkehrsberuhigende Massnahmen, zu welchen u.a. verschiedene realisierte Tempo-30-Zonen zählen. Mit seiner vielfältigen präventiven Tätigkeit leistete erneut auch der Mediendienst der Stadtpolizei einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit.

Für das Polizeirichteramt stand das abgelaufene Geschäftsjahr primär im Zeichen von personellen Veränderungen: Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte haben bald nacheinander sowohl die Polizeirichterin II als auch der



Amtsleiter die Stadtverwaltung verlassen, um eine neue berufliche Herausforderung anzunehmen. Ausserdem wurde auf Ende Jahr ein neues Datenverarbeitungssystem zur Erstellung und Bearbeitung von Bussenverfügungen eingeführt, was für die Mitarbeitenden mit erheblichem administrativem Aufwand verbunden war.

Tätigkeit der Feuerwehr wurde massgebend durch die lange und überaus heisse Trockenperiode im Sommer und die damit verbundene Brandgefahr geprägt. Sie führte nicht nur zu einer erheblichen Zunahme der Einsätze, sondern erforderte auch im präventiven Bereich in Zusammenarbeit mit andern Amtsstellen einen besonderen Einsatz. Markant zugenommen haben neben den Bränden – zu verzeichnen waren dieses Jahr wieder mehrere Mittel- und Grossbrände – auch die Öl- und Chemieunfälle sowie die technischen Hilfeleistungen. Im Jahresverlauf wurde die persönliche Ausrüstung der Feuerwehrleute mit Neuanschaffungen modernisiert. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zog der «Fire Day», der Tag der offenen Tür bei der Berufsfeuerwehr, mit seinen wirklichkeitsnahen Einsatzdemonstrationen das Interesse des zahlreich erschienenen Publikums auf sich.

Nachdem die Schweizer Stimmberechtigten im Frühling des Berichtsjahres das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz angenommen hatten, ging es im Zivilschutzamt Winterthur in den vergangenen Monaten hauptsächlich darum, die bisherige Organisation in die neuen Strukturen des Zivilschutzes XXI zu überführen. Nach dem neuen Bevölkerungsschutzkonzept soll der Zivilschutz als Einsatzmittel der zweiten Staffel in erster Linie dazu dienen, die Durchhaltefähigkeit der anderen Partnerorganisationen bei grossen und lang andauernden Katastrophen und Notlagen zu erhöhen. Auch im abgelaufenen Jahr hat der Zivilschutz wieder dringend gebrauchte Hilfe bei der Bewältigung von Unwetterschäden in der Bündner Gemeinde Safien und in der Zuger Gemeinde Oberägeri geleistet. Ferner bot sich dem Führungsunterstützungszug und dem Stadtführungsstab die Gelegenheit, im Rahmen von Ernstfallübungen ihre Einsatzfähigkeit unter Beweis zu stellen. Schliesslich hatte sich der Zivilschutz auch mit möglichen Auswirkungen des Irakkrieges und der Infektionskrankheit SARS zu befassen.

Mit dem Thema SARS war auch das städtische Gesundheitsamt beschäftigt. In Zusammenarbeit mit dem Bezirksarzt und weiteren kantonalen Behörden war es für die fortwährende Beobachtung und Lagebeurteilung sowie für die einschlägige Information und Beratung der städtischen Mitarbeitenden zuständig. Ferner hat das Gesundheitsamt zur Gewährleistung der Lebensmittelhygiene wieder eine Vielzahl von Gaststätten, Lebensmittel verarbeitenden Betrieben und Kantinen inspiziert und damit einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge geleistet. Im Dienst der Gesundheitsprävention, nämlich der Arbeitssicherheit und Unfallverhütung, standen ferner auch die Kontrollen in den vielen Gewerbebetrieben, die in Vollzug übergeordneten Rechts durchgeführt wurden. Aus dem Bereich der Lufthygiene ist zu erwähnen, dass im Sommer bedingt durch die grosse Hitze und die lange ausgebliebenen Niederschläge zeitweise eine überdurchschnittliche Schadstoffbelastung der Luft zu verzeichnen war.

Die Umweltschutzfachstelle beschäftigte sich mit der Umsetzung des «Energiekonzeptes 2000 – 2020» und der departementsübergreifenden Koordination der Umweltaktivitäten. Ein weiterer Beschäftigungsschwerpunkt betraf die lokale Nachhaltige Entwicklung: Das Projekt «Kernindikatoren für die Nachhaltigkeit von Städten und Kantonen», an welchem neben Winterthur sieben andere Städte und fünf Kantone beteiligt waren, wurde im Frühling erfolgreich beendet. Im Herbst startete unter Feder-

führung des Bundesamtes für Raumentwicklung das zweijährige Folgeprojekt «Cercle Indicateur». In Zusammenarbeit unter anderem mit der Zürcher Hochschule Winterthur (ZHW) hat die Umweltschutzfachstelle drei neue Nachhaltigkeits-Beurteilungsinstrumente für die Stadtverwaltung entwickelt, die nun in der Praxis erprobt werden sollen. Mit Beteiligung der Bevölkerung wurde zum europäischen Tag «In die Stadt – ohne mein Auto» am 22. September 2003 die Aktion «Zur Arbeit – ohne mein Auto» durchgeführt. Ziel war es, die Leute zu animieren, häufiger auf das Auto zu verzichten. Im Fokus des politischen Interesses stand weiterhin auch das Geschehen rund um den Flughafen Zürich: Wie bereits in den Jahren zuvor galt es, sich politisch und auf dem Rechtsweg gegen zusätzliche Fluglärmbelastung zu wehren und zahlreiche Zuschriften besorgter Einwohnenden zu beantworten. Ferner will sich die Stadt in das Mediationsverfahren einbringen, das derzeit vorbereitet wird und dessen ehrgeiziges Ziel es ist, den Flugverkehr einvernehmlich zu regeln.

Das Geschäftsjahr des Melde- und Zivilstandswesens war sowohl durch erhebliche betriebliche als auch durch räumliche Veränderungen gekennzeichnet. Letztere betrafen den Umbau der Liegenschaft Fortuna, welcher es ermöglichte, den gesamten Bereich auf einem einzigen Stockwerk räumlich zu vereinigen. In betrieblicher Hinsicht ergaben sich vor allem durch die Einführung der zentralen Datenbank InfoStar, welche die herkömmlichen Zivilstandsregister ersetzt, und den um sämtliche Bezirksamte erweiterten Zivilstandskreis verschiedene tief greifende Veränderungen. Diese galt es personell und administrativ zu bewältigen. Schliesslich war auch die Einführung des neuen Schweizer Passes auf den 1. Januar des Berichtsjahres mit beträchtlichen Umtrieben verbunden.

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor von grossen Unsicherheiten geprägt. Zurückhaltende Konjunkturdaten und strukturelle Defizite bei den öffentlichen Finanzen in ganz Europa sind kennzeichnend dafür, dass der erhoffte Aufschwung im Jahr 2003 noch nicht stattgefunden hat. Die ausgebliebene wirtschaftliche Belebung hat ihren Niederschlag auch auf dem Arbeitsmarkt gefunden: Die Beschäftigungssituation erlitt einen erneuten Rückschlag, und die Arbeitslosenquote in Winterthur erreichte zeitweilig einen neuen Höchstwert. In diesem schwierigen Umfeld hatte im Arbeitsamt allen voran das RAV eine ausserordentlich hohe Geschäftslast zu bewältigen, wobei erschwerend hinzu kam, dass auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Verknappung des Stellenangebots zu beobachten war. Ausserdem waren zunehmend auch gut Qualifizierte von Arbeitslosigkeit betroffen. Für Beschäftigungslose ohne die nötigen Schlüsselqualifikationen war es wiederum schwierig, den Wiedereinstieg in ein reguläres Arbeitsverhältnis zu finden. Gerade in diesem letzteren Bereich hat die KAP durch den bedarfsgerechten Ausbau ihrer Beschäftigungsprojekte und in Zusammenarbeit mit anderen Stellen erneut wertvolle Unterstützung geleistet und zahlreichen, teils auch schwer vermittelbaren Arbeitslosen wieder zu einer Beschäftigung verholfen.

Ein besonderes Augenmerk gilt im Departement seit jeher der Pflege der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden. Neben den zahlreichen fach- und amtsbezogenen Bildungsmassnahmen in den einzelnen Ämtern und Bereichen fand auf Stufe Departement für das obere Kader ein Schultag zum Thema «Balanced Scorecard» statt. Inzwischen beinahe traditionsgemäss wurde auch in diesem Jahr das gemeinsam mit dem Schweizerischen Institut für Betriebsökonomie SIB organisierte Management-Seminar für das höhere Kader durchgeführt. Aufgrund der wiederum sehr positiven Rückmeldungen ist

für das kommende Jahr ein weiterer Nachfolge-Lehrgang geplant.

Im personellen Bereich gab es auch in diesem Jahr verschiedene Veränderungen zu verzeichnen: Wie bereits erwähnt, verliess im Herbst zunächst die Polizeirichterin II, Martina Fankhauser, die Stadtverwaltung in Richtung Kanton Schaffhausen, wo sie eine Stelle als Untersuchungsrichterin antrat. Kurze Zeit später beendete auch der Leiter des Polizeirichteramtes, Jörg Schweiter, sein Arbeitsverhältnis in Winterthur, nachdem ihn die Stadt Uster zum stellvertretenden Stadtschreiber gewählt hatte. Eine weitere Mutation betraf das Arbeitsamt: Anfang August verliess der bisherige Leiter des RAV, Heinz Vogt, die Stadtverwaltung, um im Kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit die Stelle als Leiter der RAV-Region Mitte anzutreten. Die Leitung des RAV Winterthur wurde daraufhin Walter Nisple übertragen. Mit Ernst Hofer ist im abgelaufenen Jahr der langjährige Leiter der Hauptabteilung Ausbildung und Personelles der Stadtpolizei in den verdienten Ruhestand getreten. Den ausgeschiedenen Mitarbeitenden sei auch an dieser Stelle für ihre Verdienste um die Stadt Winterthur gedankt.

Umweltschutzfachstelle

Schwerpunkte der städtischen Umweltschutzfachstelle waren im Berichtsjahr vielfältige Tätigkeiten zur weiteren Umsetzung des «Energiekonzeptes 2000 – 2020» sowie die departementsübergreifende Koordination der städtischen Umweltaktivitäten. Das von Winterthur mit sieben anderen Städten und fünf Kantonen gemeinsam durchgeführte Projekt «Kernindikatoren für die Nachhaltigkeit von Städten und Kantonen» wurde erfolgreich beendet. Die Umweltschutzfachstelle beteiligt sich nun am zweijährigen Folgeprojekt «Cerle Indicateurs». Im Berichtsjahr wurden zudem Nachhaltigkeits-Beurteilungsinstrumente für die Tätigkeit der Stadtverwaltung entwickelt. Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) wurden im Berichtsjahr keine durchgeführt, jedoch fanden verschiedene Abklärungen zur UVP-Pflicht von Bauvorhaben statt. Mit den involvierten Beschaffungsstellen fand eine Standortbestimmung zur ökologischen Beschaffung statt.

Koordination Umweltaktivitäten

Absprachen und Erfahrungsaustausch im Bereich der städtischen Umweltaktivitäten erfolgen in der Matrixorganisation Umwelt und Energie. Darin sind folgende städtische Stellen aus drei Departementen vertreten:

- Dept. Sicherheit und Umwelt: Umweltschutzfachstelle, Gesundheitsamt
- Dept. Bau: Stadtplanungsamt, Baupolizeiamt, Tiefbau, Energieberatung, Haustechnik
- Dept. Technische Betriebe: Städtische Werke, Stadtgärtnerei / Naturschutz, Forstbetrieb

Diese Matrixorganisation gliedert sich in die Kommission Umwelt und Energie, die Fachgruppe Umwelt und die Fachgruppe Energie. Der Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt übt in diesen Gremien den Vorsitz aus und die Umweltschutzfachstelle ist ihre Geschäftsstelle.

Die Kommission Umwelt und Energie traf sich viermal zu folgenden Themen:

- Ergebnisse des Projekts «Kernindikatoren für die Nachhaltigkeit von Städten und Kantonen»

- Ergebnisse des Projekts «Nachhaltigkeits-Beurteilungsinstrumente für die Praxis der Stadtverwaltung»
- Konzept Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt
- Pilotprojekt «Wärmenutzung aus Trinkwasser»
- Strategie 2004 bis 2006 für die Matrixorganisation Umwelt und Energie

Ausgehend von den übergeordneten Zielen der städtischen Legislatorschwerpunkte 2002 – 2006 gab sich die Matrixorganisation Umwelt und Energie folgende Leitidee und entsprechende Ziele:

«Wir setzen uns gemeinsam für die Erhaltung und Entwicklung der natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen ein. Damit leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur.»

Die Fachgruppe Umwelt traf sich achtmal und behandelte u.a. folgende Themen:

- Planung und Erfolgskontrolle Luftprogramm 2002
- Zweckmässigkeitsbeurteilung Südumfahrung Winterthur und Regionales Gesamtverkehrskonzept Winterthur
- Generelle Entwässerungsplanung
- Zukunft der Sonderabfallsammelstelle
- Stand der angefochtenen Baubewilligungen und sich abzeichnende Umweltverträglichkeitsprüfungen
- Ersatz der Ofenlinie 1 der Kehrrechtverbrennungsanlage
- Naturschutzkonzept und seine Umsetzung (mit Berücksichtigung von Naturschutzobjekten im Dätttau)

In sechs Sitzungen widmete sich die Fachgruppe Energie folgenden Themen:

- Konzept Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt / Umsetzung Energiekonzept 2000 – 2020
- CO₂- und NO_x- Emissionsszenarien 2000 bis 2020
- Zielvereinbarungen für Energie-Grossverbraucher
- Programm Energieoptimierung öffentliche Gebäude
- Potenzialabschätzung Fernwärme aus der Kehrrechtverbrennungsanlage
- Ökonomische und ökologische Vorteile von Erdgas als Energieträger
- Programm «Energieeffizienz = Unternehmensgewinn» für KMUs in Winterthur

Die nachfolgenden Ausführungen befassen sich mit den wichtigsten Geschäften der Umweltschutzfachstelle. Für weitere umweltrelevante Darlegungen sei auf die einschlägige Berichterstattung der Fachstellen verwiesen, die Mitglieder der Matrixorganisation Umwelt und Energie sind.

Lokale Nachhaltige Entwicklung

Das von Winterthur mitinitiierte und mit sieben anderen Städten und fünf Kantonen gemeinsam durchgeführte zweijährige Projekt «Kernindikatoren für die Nachhaltigkeit von Städten und Kantonen» wurde im April erfolgreich beendet. Erstmals liegen Indikatoren für die Nachhaltigkeit von Winterthur als Momentanaufnahme für das Jahr 2001 vor. Die Indikatorenwerte sollen von nun an periodisch erhoben werden. Erst anhand von Zeitreihen wird nämlich ersichtlich werden, in welchen Bereichen sich die Stadt Winterthur gemäss den Zielen der lokalen Nachhaltigen Entwicklung entwickelt. Darüber hinaus wird der Vergleich mit anderen Städten auch Rückschlüsse auf Stärken und Schwächen von Winterthur ermöglichen. Schliesslich werden die Indikatoren dem Stadtrat als Monitoring-Instrument wichtige Hinweise für die Stadtentwicklung geben.

Die Umweltschutzfachstelle beteiligt sich nun am zweijährigen Folgeprojekt «Cerle Indicateurs», das im Herbst 2003 unter der Federführung des Bundesamtes für Raum-

entwicklung zusammen mit mehreren Städten und Kantonen startete. Gegenstand dieses Projekts sind insbesondere die inhaltliche Weiterentwicklung der Indikatoren und die Erarbeitung eines konsensfähigen gesamtschweizerischen Sets von Kernindikatoren für Kantone und Städte.

Ausgehend vom bisherigen «Winterthurer Nachhaltigkeits-Barometer», anderen landesweit vorliegenden Nachhaltigkeits-Beurteilungsinstrumenten sowie den im EU-Projekt «Pastille» gewonnenen Erkenntnissen (siehe Geschäftsbericht 2002) wurden im Sommer des Berichtsjahres im Austausch mit Partnern wie der Zürcher Hochschule Winterthur (ZHW) drei neue Nachhaltigkeits-Beurteilungsinstrumente für die Praxis der Stadtverwaltung entwickelt. Diese Pilotinstrumente sollen nun noch breiter in der Praxis getestet und weiterentwickelt werden. Die Instrumente ermöglichen die Beurteilung von Konzepten, Projekten und Entscheidungen anhand von Kriterien aus allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft.

Gemeinsam mit der städtischen Integrationsdelegierten und dem Büro für Quartierkultur beteiligte sich die Umweltschutzfachstelle an den Vorbereitungen und Durchführung der «Zukunftskonferenz 2003 – Eigentlich voll da». Über 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Integrationserfahrungen aus Politik, verschiedenen Fachkreisen und Alltag beteiligten sich mit Begeisterung an der zweitägigen Konferenz. Der private Verein Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme (AGJP) gab den Anstoss und hat die Federführung dieses Prozesses für die Integration von (ausländischen) Jugendlichen. Im Frühjahr 2004 wird eine Ergebniskonferenz folgen.

Mit diesen und anderen Arbeiten und Projekten zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Stadtrates nimmt Winterthur im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung auf nationaler Ebene weiterhin eine Pionierrolle ein.

Umweltverträglichkeitsprüfungen

Im Berichtsjahr waren keine Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) durchzuführen. Die zur Bewilligung eingereichten Bauvorhaben waren nicht UVP-pflichtig, da sie die in der Verordnung über Umweltverträglichkeitsprüfung festgelegten Grössenordnungen, wie z.B. 5000 m² Verkaufsfläche bei Einkaufszentren, nicht überschritten. Bei Anfragen wurden Bauherren zur UVP beraten. Verschiedentlich zog das Baupolizeiamt die Umweltschutzfachstelle zur Abklärung der UVP-Pflicht von grösseren Bauvorhaben bei (Errichtung neuer Anlagen oder wesentliche Änderungen bestehender Anlagen).

Weiterhin unerledigt ist das Rechtsmittel des VCS gegen die Baubewilligung für den geplanten Bauhofmarkt der Migros-Ostschweiz in Winterthur-Grüze. Im Juni 2003 sistierte das Verwaltungsgericht das Verfahren, nachdem die Migros ein neues Baugesuch eingereicht hatte, das die Verbesserung der strittigen Erschliessung dank einer neuen öffentlichen Buslinie berücksichtigt.

Energiestadt und Klimaschutz

Die energiepolitischen Ziele des Stadtrats sind im «Energiekonzept 2000 – 2020» festgelegt. Um diese Ziele zu erreichen, liegt ein ebenfalls vom Stadtrat genehmigtes Aktivitätenprogramm vor. Dieses enthält nebst Vollzugsaufgaben eine Reihe von Massnahmen, die eine zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit erfordern. Die Stadt Winterthur kann die Ziele des Energiekonzepts nicht aus eigenen Kräften erreichen, da die personellen und finanziellen Ressourcen dafür zu knapp sind. Daher wurde für die erste Umsetzung des Teils Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit allen relevanten städtischen Stellen

ein Kommunikationskonzept erarbeitet. Dieses Konzept sieht für die Jahre 2003 bis 2006 mehrere Projekte in der Öffentlichkeitsarbeit vor (siehe Abbildung 1).

Die Umsetzung des Kommunikationskonzepts erfolgt durch zielgerichtete Zusammenarbeit der internen sowie in Partnerschaft mit externen, bereits aktiven Akteuren. Daraus resultiert ein vielfältiger Nutzen für die Stadt Winterthur: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Steigerung der Lebensqualität, langfristige Kosteneinsparungen sowie eine Stärkung des städtischen Images.

Bereits im Berichtsjahr startete die Umsetzung des Konzepts in Form von konkreten Massnahmen. Als Beispiele zu erwähnen sind die sehr erfolgreiche Vermarktung von Ökostrom durch die Städtischen Werke sowie deren Kundentagung «Energie- und CO₂-Management schafft Unternehmenswerte» oder die Plakat-Kampagne «Motor abschalten beim Halten» des Gesundheitsamts.

Nebst der Unterstützung dieser Aktivitäten führte die Umweltschutzfachstelle zum europäischen Tag «In die Stadt – ohne mein Auto» am 22. September 2003 mit Erfolg die Aktion «Zur Arbeit – ohne mein Auto» durch. Ziel der Aktion war es, die Autofahrerinnen und Autofahrer zu ermuntern, ihr Fahrzeug wann immer möglich zu Hause zu lassen. Das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel oder Velo wirkt nicht nur positiv auf die Umwelt, sondern steigert auch das persönliche Wohlbefinden. Wer beispielsweise mit dem Velo zur Arbeit radelt oder einen Spaziergang zur Bushaltestelle macht, hat bereits etwas für seine Gesundheit getan. Via Internet oder schriftlich mittels der aufgelegten Flyer haben sich über 800 Personen zu dieser Aktion angemeldet. Ähnliche und andere Aktionen, die vom Programm «EnergieSchweiz» des

Abb. 1: Öffentlichkeitsarbeit der Energiestadt Winterthur für die Jahre 2003 – 2006.



Wirtschaft: Grosse und mittlere Energieverbraucher

- Zielvereinbarungen für Unternehmen aktivieren / Dialog Energie-Analysen
- Stadt prüft Zielvereinbarung

Wirtschaft: KMU

- Programm einfache Massnahmen
- Benchmark-Modell für KMU-Gruppen

Private Haushalte:

- Ökostrom
- «Energie-Tipps» für private Haushalte
- Minergieekampagne mit Partnern

Verkehr:

- Eco-Drive und «Motor abschalten beim Halten»
- Imageförderung Busfahren
- Velo fahren / zu Fuss gehen ist gesund und «In die Stadt ohne mein Auto»
- Mobility unterstützen

Öffentliche Hand:

- Energiestadt-Label kommunizieren
- Eco-Administration / Energiesparwochen Verwaltung
- Energiesparwochen Schule



Abb. 2: Logo der Aktion «Zur Arbeit – ohne mein Auto», 22. September 2003

Bundesamtes für Energie unterstützt werden, fanden auch in anderen Schweizer Städten statt.

Zur Steigerung der Energieeffizienz und Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen führte die Umweltschutzfachstelle mit Partnern aus der Wirtschaft, der Bundesverwaltung, des Kantons Zürich und anderen städtischen Stellen Workshops durch. Als Mitglied des europäischen Klimabündnis beteiligt sich Winterthur aktiv am Erfahrungsaustausch im Klimabündnis Schweizer Städte.

Fluglärm

Im Zentrum der Luftverkehrspolitik des Stadtrates stand auch in diesem Jahr der Schutz der Stadtbevölkerung vor zusätzlichem Fluglärm. Nachdem der Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Deutschland über den Luftverkehr mit dem Nein des Ständerates im März 2003 endgültig gescheitert war, erliessen die deutschen Behörden wie angekündigt eine einseitige Rechtsverordnung, gemäss welcher neu auch an Werktagen von 6 bis 7 Uhr sowie zwischen 21 und 22 Uhr Flüge über süddeutsches Gebiet untersagt sind. Dies hatte zur Folge, dass am Flughafen Zürich während dieser Sperrzeiten nicht mehr von Norden her auf die Pisten 14 und 16 gelandet werden konnte. Deshalb ordnete das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) an, die Landeanflüge während dieser Sperrzeiten auf die Piste 28 umzuleiten. Weil diese Flugroute das Stadtgebiet im Osten und Süden tangiert und die dortigen Wohngebiete mit zusätzlichem Lärm belastet, setzte sich Winterthur gegen diese Änderung rechtlich zur Wehr.

Als Reaktion auf das verschärfte Flugverbot über Deutschland genehmigte das BAZL im Juni eine weitere Änderung des Flughafenbetriebsreglements. Diese sah vor, ab Herbst die Landungen frühmorgens im Südanflug auf Piste 34 zu führen, während in den Abendstunden weiterhin von Osten her gelandet werden sollte. Grundsätzlich begrüsst der Stadtrat diese Anordnung zwar, weil sie das südöstliche Stadtgebiet zumindest in den Morgenstunden von Fluglärm entlastet. Allerdings ging ihm die Entlastung zu wenig weit, da der Osten weiterhin deutlich mehr Anflüge hinzunehmen hat als die Südgemeinden. Um eine ausgeglichene Verteilung zumindest der Landeanflüge zu

erreichen, erhob der Stadtrat auch gegen diese jüngste Anordnung Beschwerde und verlangte, die Landungen zwischen Ost und Süd hälftig aufzuteilen. Damit sollte auch berücksichtigt werden, dass die betroffenen Regionen alle in gleicher Weise wirtschaftlich von ihrer Flughafennähe profitieren. Sämtliche Rechtsmittelverfahren, die das vorläufige Betriebsreglement des Flughafens betreffen, sind nach wie vor bei verschiedenen Instanzen pendent.

Mit dem Ziel, zum künftigen Flugbetrieb am Flughafen Kloten einen möglichst breiten Konsens zu erreichen, initiierte Bundesrat Moritz Leuenberger im Verlauf des Sommers die Einleitung eines Mediationsverfahrens. Die Vorbereitungsphase hierzu ist derzeit im Gang und soll im Frühling 2004 abgeschlossen werden. Das daran anschliessende, eigentliche Mediationsverfahren würde, sollte es wie erhofft zustande kommen, voraussichtlich mindestens zwei Jahre beanspruchen. Der Stadtrat ist bestrebt, an diesem Einigungsprozess teilzunehmen. Ein erstes Informations- und Klärungsgespräch mit Mitgliedern des so genannten ProcessProviding-Teams, das vom Bund mit der Vorbereitung der Mediation beauftragt ist, hat inzwischen stattgefunden.

Nachhaltige ökologische Beschaffung

Bereits seit 1997 unterziehen die Materialverwaltung, die Stadtgärtnerei, die Städtischen Werke und das Strasseninspektorat ihre ökologische Beschaffung jährlichen Erfolgskontrollen. Die Erfolgskontrolle für das Jahr 2002 wurde im Berichtsjahr als Workshop zur Standortbestimmung durchgeführt.

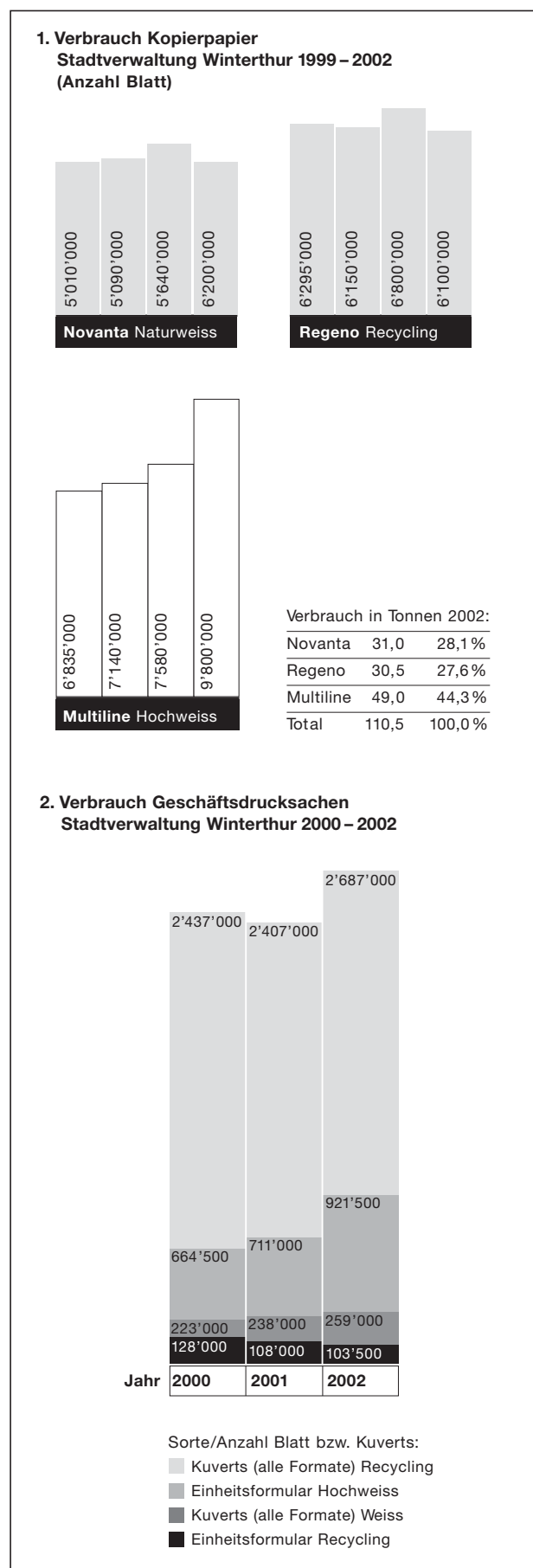
Die Zahlen der Materialverwaltung für 2002 zeigen eine weitere Zunahme des Papierverbrauchs bei allen Geschäftsdrucksachen, mit Ausnahme der unbedruckten Couverts und Schulhefte. Der Verbrauch von Kopierpapier hat gegenüber 2001 um 10 % zugenommen, wobei der Recyclinganteil um 5,3 Prozentpunkte auf 28,9 % abgenommen hat. Um diesem Trend entgegen zu wirken und die Benutzenden auf die Vorteile des Recyclingpapiers aufmerksam zu machen, haben die Umweltschutzfachstelle und die Materialverwaltung gemeinsam einen Artikel in der Personalzeitung Stadtinfo veröffentlicht und den neuen Flyer «Recyclingpapier überzeugt» beigelegt. Der Grosse Gemeinderat entschied im Dezember 2003, dass der Recyclinganteil beim Kopierpapier in der Stadtverwaltung auf 50 % gesteigert werden soll.

Die Resultate der Stadtgärtnerei für 2002 zeigen klar eine Umlagerung zu weniger giftigen Pflanzenbehandlungsmitteln. Dank dem Einsatz von Nützlingen ging der Verbrauch gewisser Insektizide stark zurück. Hingegen mussten, bedingt durch die starke Beanspruchung auf Sportrasen, deutlich mehr Selektiv-Herbizide eingesetzt werden. Die Stadtgärtnerei verwendet ausschliesslich Pflanzenschutzmittel der Positivliste des Verbandes Schweizerischer Stadtgärtnereien und Gartenbauämter (VSSG), die nützlingsschonende Pflanzenbehandlungsmittel mit geringer Umweltbelastung aufführt.

Die Beschaffungsverantwortlichen der Städtischen Werke berichteten über ihr Erfahrungen mit dem Projekt Eco-Drive von 1997 bis 1999. Insgesamt wurde es als sinnvolle Massnahme zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs der Fahrzeuge beurteilt. Die angestrebte Erfolgskontrolle mittels Zahlen pro Fahrzeug und Mitarbeitenden erwies sich jedoch in der Praxis als zu aufwändig. Die meisten Geschäftsbereiche der Städtischen Werke verfügen mittlerweile über ISO 14'001 zertifizierte Umweltmanagementsysteme, die auch die Beschaffung beinhalten.

Das Strasseninspektorat konnte die Emissionen von Lösemittel erfreulicherweise weiter auf tiefem Niveau

Abb. 3:
Papierverbrauch bei der Stadtverwaltung im Jahr 2002



halten. Alle im Fahrzeugunterhalt verwendeten Produkte entsprechen der Positivliste der IGÖB (Interessengemeinschaft Ökologische Beschaffung). Aus Sicherheitsgründen werden runderneuerte Reifen nur noch auf Antriebsachsen der Lastwagen montiert.

Im Fazit zum Workshop zeigte sich, dass die ökologische Beschaffung mit jährlichen Zielsetzungen und Erfolgskontrollen weiterhin sinnvoll und notwendig ist, ausführliche (externe) Audits jedoch nicht jährlich stattfinden müssen. Die verwendeten Kennzahlen und die als umweltrelevant eingestuft Stoffe sollen zudem überprüft werden. Die Umweltschutzfachstelle wird im Jahr 2004 abklären, ob und gegebenenfalls auf welchem Weg sich die ökologische Beschaffung zu eigentlichen Umweltmanagementsystemen weiterentwickeln lässt.

Vollzug Störfallverordnung

Der Vollzug der Störfallverordnung (StFV) auf Stadtgebiet erfolgt unter Federführung der kantonalen Koordinationsstelle für Störfallvorsorge des AWEL (Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft), und zwar durch eine Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern von Stadt und Kanton zusammensetzt. Dank gemeinsamen Betriebsbesuchen werden mögliche Gefahren frühzeitig erkannt. Die allenfalls nötigen Massnahmen können eingeleitet werden, um Störfälle zu verhindern. Per Ende 2003 unterliegen in Winterthur noch 25 Betriebe der Störfallverordnung, 4 Betriebe weniger als im Vorjahr. Davon sind alle Betriebe im so genannten Kurzberichtsverfahren abschliessend beurteilt und als auf dem aktuellen Stand der Sicherheitstechnik eingestuft. Im vergangenen Jahr erfolgten fünf koordinierte Sicherheitsinspektionen. Diese Inspektionen werden fünf Jahre nach Abschluss des Kurzberichtsverfahrens bei den der StFV unterstehenden Betrieben durchgeführt. Im Kantonalen Chemierisikokataster waren auf Stadtgebiet Ende Jahr 68 Betriebe (gleichviel wie im Vorjahr) erfasst, darin eingeschlossen die 25 der StFV unterstellten Betriebe.

Publikationen und weitere Informationen

Auf der Internetseite www.umwelt-winterthur.ch finden sich weitere Informationen zu den Aktivitäten des städtischen Umweltschutzes und der lokalen Nachhaltigen Entwicklung sowie eine Liste der erhältlichen Umweltpublikationen der Stadt.

Polizeirichteramt

Für das Polizeirichteramt stand das Jahr 2003 zunächst im Zeichen der Einführung eines neuen, zeitgemässen Datenverarbeitungssystems zur Erstellung und Bearbeitung von Bussenverfügungen. Im Weiteren war das Berichtsjahr aufgrund tief greifender personeller Veränderungen in der erweiterten Amtsleitung ein eigentliches Übergangsjahr. Im Vergleich zum vorangegangenen Geschäftsjahr haben die erlassenen Bussenverfügungen leicht abgenommen.

Einen Schwerpunkt im vergangenen Geschäftsjahr bildete die Einführung des neuen Datenverarbeitungssystems zur Erstellung und Bearbeitung von Bussenverfügungen. Damit verbunden waren nicht nur aufwändige Umstellungen in den betrieblichen Geschäftsabläufen und zahlreiche Detailabsprachen mit der Softwarefirma; darüber hinaus galt es auch, die Mitarbeitenden in der Handhabung des neuen Systems zu schulen und dafür zu sorgen, dass die Daten ohne Verlust transferiert werden konnten. Zudem musste sichergestellt sein, dass es trotz dieser Umstellung im Tagesgeschäft zu keinen grösseren Unterbrüchen kam. Nach diversen Vorläufen und Versuchen wurde das System schliesslich per 1. Dezember 2003 definitiv eingeführt. Eine Folge davon war, dass für die Erstellung des vorliegenden Geschäftsberichtes lediglich die Zahlen der Monate Januar bis und mit November 2003 zur Verfügung standen.

Das Geschäftsjahr 2003 stand auch im Zeichen personeller Veränderungen. Nach ihrer Wahl als Untersuchungsrichterin für den Kanton Schaffhausen verliess die bisherige Polizeirichterin II, Martina Fankhauser, das Polizeirichteramt per Ende September 2003. Kurz darauf wurde Jörg Schweiter, Polizeirichter I, zum stellvertretenden Stadtschreiber von Uster gewählt, weshalb auch er per Ende November 2003 aus den Diensten der Stadtverwaltung austrat. Als Nachfolgerin von Martina Fankhauser wurde inzwischen Mirjam Stanek Brändle ab 1. Januar 2004 zur neuen Polizeirichterin II ernannt, während die Stelle des Polizeirichters I noch vakant ist. Im Sekretariat konnte die per Ende 2002 frei gewordene Stelle im Frühling 2003 wieder besetzt werden.

Insgesamt verzeichnete das Polizeirichteramt im Jahr 2003 rund 400 Verfügungen weniger als im Vorjahr. Dies zum einen deshalb, weil im Zeitpunkt der Berichterstattung wie erwähnt nur die Zahlen von Januar bis und mit November 2003 verfügbar waren. Hinzu kommt, dass wegen der Einführung des neuen EDV-Systems zeitweilig auch die Geschäftsbearbeitung erheblich verzögert wurde, weshalb im Dezember praktisch keine Verfügungen erlassen wurden. Andererseits haben aber auch die erwähnten

Vakanzen in der Amtsleitung zu einem zeitweiligen Anstieg der Geschäftslast geführt. Wie nachstehender Übersicht zu entnehmen ist, waren davon besonders die Verkehrsunfälle und Betäubungsmitteldelikte betroffen. Markant weniger Bussenverfügungen waren im Bereich Gastgewerbe und Lebensmittel zu verzeichnen.

Bussenverfügungen und weitere Verfügungen

Tatbestände	2003	2002
Strassenverkehr:		
Verkehrsunfälle	577	802
Geschwindigkeit	487	508
Parkierungsübertretungen	694	850
Nicht betriebssichere Fahrzeuge	299	458
Rotlicht	105	95
Fahren ohne Ausweis	46	181
Fahrverbot	157	228
Abgaswartung	18	25
Arbeits- und Ruhezeitvorschriften	97	175
Übrige SVG-Übertretungen	963	817
Total Verkehrsübertretungen	3 443	4 139
Sonstige Übertretungen:		
Strafgesetzbuch	688	575
Betäubungsmittelgesetz	520	707
Transportgesetz (Schwarzfahren)	1 526	1 139
Allgemeine Polizeiverordnung	233	264
Ausländergesetz	152	108
Einwohnerkontrolle	56	44
Gewerbegesetz (AHV, AVIG usw.)	1	5
Gastgewerbe und Lebensmittel	56	100
Feuerwehr und Feuerpolizei	21	28
Hundehaltung	15	21
Übrige Gesetze	56	61
Total sonstige Übertretungen	3 324	3 052
Total erlassene Verfügungen	6 767	7 191
Ad acta, Überweisungen	603	672
Total bearbeitete Fälle	7 370	7 863

Im ordentlichen Strafverfahren behandelte Einsprachen und deren Erledigung

Einsprachen	2003	2002
Total Einsprachen	449	519
– in % aller Verfügungen	6,6	7,2
Art der Erledigung:		
Nichteintreten (keine formelle Einsprache)	49	68
Rückzüge vorbehaltlos	202	212
Rückzüge nach Änderung der Verfügung	101	135
Aufhebungen	63	52
– % der Einsprachen	14	10
– % aller Verfügungen	0,9	0,7
Überweisungen ans Bezirksgericht	22	24
Pendente Fälle	73	68

Im Jahr 2003 gelangten insgesamt drei durch das Polizeirichteramt gebüsste Personen an den Ombudsmann der Stadt Winterthur. Alle diese Beanstandungen wurden in der Zwischenzeit erledigt.

Stadtpolizei

Das Bestreben, hohe Sachkompetenz und spürbare Bevölkerungsnähe im Alltag noch verstärkt zu vereinen, bildete mit der Aufwertung der Quartierpolizei einen thematischen Schwerpunkt des vergangenen Jahres. Sechs neue und ein bisheriger Quartierpolizist nahmen im Frühjahr ihre Tätigkeit als «Verbindungsglied» zwischen Bevölkerung und Polizei in den zugeteilten Stadtquartieren auf. Für ihre neue Aufgabe wurden der Quartierpolizei sechs auffällige Smarts zur Verfügung gestellt. Diese gut sichtbaren Fahrzeuge dienen sowohl als Fortbewegungsmittel wie auch der Prävention. Die ersten Erfahrungen der aufgewerteten Quartierpolizei sind erfreulich und ein Ansporn, dieses Konzept weiter zu verfolgen.

Der erneut angestiegenen Arbeitslast kommt entgegen, dass sich der Korpsbestand auch dieses Jahr leicht erhöhte. Am 1. September 2003 sind drei Aspirantinnen und 16 Aspiranten in die Polizeischule eingetreten. Hinzugekommen sind ferner acht Reinigungsangestellte, vier Zivilangestellte und eine Verkehrsdienstangestellte. Ein Verkehrsbeamter übernahm neu die Funktion eines Polizisten. Weiter waren sechs Austritte zu verzeichnen (eine Polizistin, vier Polizisten und eine Verkehrsdienstangestellte). Eine weitere personelle Veränderung betraf die beiden Garagenmitarbeiter, die im Zusammenhang mit der Auslagerung des Garagenbetriebes zum Strasseninspektorat wechselten. Dazu kamen acht Pensionierungen (drei ordentlich, vier vorzeitig und eine invaliditätshalber), darunter auch der langjährige Hauptabteilungsleiter Ausbildung und Personelles, Oblt Ernst Hofer. Eine erhebliche Zunahme ist bei den Abwesenheiten bedingt durch Krankheit (1947 Tage gegenüber 1672 Tagen im Vorjahr) sowie Unfall (891 Tage gegenüber 400 Tagen im Vorjahr) zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr (12 678 Stunden inkl. Zeitzuschläge) musste 2003 mit 14 224 Stunden (inkl. Zeitzuschläge) wieder mehr Überzeit geleistet werden. Die siebzehn Aspirantinnen und Aspiranten der Polizeischule 2002/2003 wurden Ende März 2003 vereidigt und anschliessend in die sechs Dienstgruppen der Sicherheitspolizei integriert.

Korpsbestand (Stellenprozente am 31. Dezember)	2003	2002
Beamteninnen/Beamte	180	173
Verkehrsbeamteninnen/Verkehrsbeamte	17	18
Aspirantinnen/Aspiranten	19	17
Zivilangestellte	19	17
Total	235	225

Erneut nahm die Anzahl rapportierter Fälle im Vorjahresvergleich erheblich zu. So wurden im Berichtsjahr 19 064 (14 814) Fälle rapportiert und insgesamt 71 545 (72 543) Bussen ausgestellt. Die Dienstleistungen für andere Amtsstellen bewegten sich mit 2761 (2648) Vorführungsaufträgen und 2726 (2913) Zustellungen von Zahlungsbefehlen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die Rechtshilfesuche und Erhebungen für andere Amtsstellen nahmen wiederum zu und erreichten mit 11 934 (11 077) einen neuen Höchststand.

Nebst den üblichen Patrouillen (rund 36 000 Stunden), welche von Beamteninnen und Beamten der Sicherheits- und Verkehrspolizei an 365 Tagen im Jahr, rund um die Uhr, bestritten werden, hatte die Stadtpolizei erneut auch zahlreiche Spezialeinsätze zu leisten. So musste aus Anlass von Alarmen zu 895 (797) Objekten ausgerückt werden, welche direkt oder indirekt mit der Einsatzzentrale der Stadtpolizei verbunden sind. 300 Stunden wurden für



Plakat der Quartierpolizei mit eigener Kontakt Nummer

die Bewachung der Sitzungen des Grossen Gemeinderates eingesetzt, und 13 Mal wurden Beamteninnen und Beamte für Ordnungsdienst-Einsätze in Bereitschaft gestellt. Jene Polizeigenadiere, welche zusammen mit der Anti-Terror-Einheit der Kantonspolizei Zürich, der Einsatzgruppe Diamant, ausgebildet werden und trainieren, wurden für 16 (16) Einsätze aufgeboden. Die Diensthunde kamen in diesem Jahr 119 (82) Mal zum Einsatz.

Besonders zu erwähnen sind im Berichtsjahr 255 Anzeigen, die wegen Sachbeschädigung durch Farbsprayerien erstattet worden sind. Ungewöhnlich war auch die Höhe des verursachten Gesamtschadens von rund 400 000 Franken. Rund die Hälfte der Fälle konnte dank intensiven polizeilichen Ermittlungen geklärt werden. Bei den Tätern handelte es sich durchgehend um jugendliche Schweizer im Alter zwischen 16 – 20 Jahren. Im November hat die Stadtpolizei vier Sprayer überführt, die allein für insgesamt 230 Schriftzüge und einen Sachschaden von über 60 000 Franken verantwortlich sind.

Nach den erfolgreich verlaufenen Inline-Skating-Anlässen vom vergangenen Jahr waren für dieses Jahr gleich zehn Monday-Night-Skate-Anlässe geplant. Davon mussten allerdings vier wegen schlechter Witterung abgesagt werden. Die in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei durchgeführten sechs Veranstaltungen zogen insgesamt gegen 10 000 Sportbegeisterte an.

Die Drogensituation in der Stadt Winterthur hat sich im Berichtsjahr kaum verändert; nach wie vor ist von ca. 500 Konsumentinnen und Konsumenten illegaler Drogen auszugehen. Auffällig ist weiterhin der Strassen-/Kleinsthandel mit Kokain durch in Winterthur wohnhafte oder angereiste Asylbewerber schwarzafrikanischer Herkunft. Die Zahl der Cannabis Konsumierenden, besonders bei Jugendlichen, hat eher zugenommen. Die Situation beim Musikpavillon hat sich dagegen einigermassen stabilisiert. Dank der Tätigkeit der Einsatzgruppe Luna und der ge-

mischten Zivilpatrouillen mit der Kantonspolizei konnte auch in diesem Jahr die Bildung einer offenen Drogen-szene verhindert werden.

Der Jugenddienst der Stadtpolizei war im Berichtsjahr besonders stark mit Verhaltensauffälligkeiten und Delikten von Jugendlichen befasst. Mit zur hohen Geschäftslast beigetragen hat der Umstand, dass während der vergangenen, aussergewöhnlich warmen Sommermonate die städtischen Parkanlagen, insbesondere der Heiligbergpark und der Rosengarten, aber auch andere Örtlichkeiten im Freien von Jugendlichen besonders rege benutzt worden sind. Dies gab immer wieder Anlass zu Beanstandungen seitens der betroffenen Anwohnenden.

Im Berichtsjahr 2003 rückte die Stadtpolizei wieder durchschnittlich rund 13 Mal pro Monat wegen Vorfällen mit häuslicher Gewalt aus. Von häuslicher Gewalt betroffen sind in der Regel Frauen und Kinder. Die Polizeiangehörigen intervenieren, klären Opfer über ihre rechtlichen Möglichkeiten auf und ermitteln gegen tatverdächtige Personen. Sie erstellen Strafanzeige an die zuständigen Untersuchungsbehörden oder rapportieren an staatlich organisierte Amtsstellen. Besondere Bedeutung kommt ferner der vernetzten, interdisziplinären Zusammenarbeit mit andern Institutionen zu, die sich ebenfalls mit diesem Problem beschäftigen. In diesem Zusammenhang ist auch auf die themenbezogene Kampagne «Stopp! Häusliche Gewalt» der Schweizerische Koordinationsstelle für Verbrechensprävention hinzuweisen.

Übertretungen im Strassenverkehr	2003	2002
Rotlichtmissachtungen	2 312	2 496
Geschwindigkeitskontrollen (Kontrollstunden)	1 006	1 030
kontrollierte Fahrzeuge	249 249	257 875
Überschreiten der Geschwindigkeit	25 794	23 300

Von 176 (165) alkoholisierten Fahrzeuglenkenden waren im Berichtsjahr 62 (61) an einem Verkehrsunfall beteiligt. Alle Übrigen wurden anlässlich von Verkehrskontrollen oder während des ordentlichen Streifendienstes überführt. Bei 68 Lenkerinnen und Lenkern betrug der Blutalkoholgehalt 1,5 Promille oder mehr, bei 33 lag die Konzentration sogar bei 2 Promille und darüber.

Auf dem Stadtgebiet Winterthur (ohne A1 und A4) wurden im vergangenen Jahr 1227 (936) Verkehrsunfälle polizeilich registriert, was gegenüber dem Jahr 2002 einer Zunahme von über 30 % entspricht. Dieser Zuwachs ist allerdings primär auf eine Änderung der statistischen Erfassung zurückzuführen. Seit Anfang Januar 2003 finden neuerdings auch kleinere Kollisionen in die Statistik Eingang, die früher mit dem Europäischen Unfallprotokoll



Die sieben Quartierpolizisten

(EUP) abgewickelt und dementsprechend nicht registriert worden sind.

Erfreulich ist, dass die Anzahl verletzter Personen auf Stadtgebiet (ohne A1/A4) um 26 Personen zurückgegangen ist. Auch kam es auf den Winterthurer Strassen (ohne Autobahnen) im Jahr 2003 zu keinem Verkehrsunfall mit Todesfolge. Im vorangegangenen Berichtsjahr mussten neun Personen ihr Leben lassen.

Verkehrsunfälle	2003	2002
Verkehrsunfälle	1 424	1 120
Stadtgebiet ohne A1 / A4	1 227	936
Verletzte	470	496
Stadtgebiet ohne A1 / A4	428	454
Tote	1	10
Stadtgebiet ohne A1 / A4	0	9
Sachschaden (in Mio. Fr.)	13,5	8,2
Stadtgebiet ohne A1 / A4	6,7	6,0

Das Jahr 2003 war erneut auch für den Mediendienst sehr ereignisreich. Zahlreiche Verkehrskontrollen, Laden- und Taschendiebstähle, Verstösse gegen das Ausländergesetz, überführte Sprayer, kleinere Brände, tätliche Übergriffe auf Mitarbeitende der Stadtpolizei, Verhaftungen und spektakuläre Verkehrsunfälle führten verglichen mit dem Vorjahr erneut zu einer beträchtlichen Zunahme von Medienmitteilungen (300) und Interviews (100) für Print- und elektronische Medien. Auch die Anzahl Beantwortungen von elektronischen Anfragen über Internet ist im vergangenen Jahr merklich angestiegen. Den Hauptschwerpunkt in der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit bildete im Berichtsjahr das Thema Quartierpolizei. Nach einer aufwändigen Vorbereitungsphase wurde das Konzept der aufgewerteten Quartierpolizei an einer gut besuchten Medienkonferenz vorgestellt. Eine zweite Medienkonferenz diente dazu, um die Öffentlichkeit über die ersten Erfahrungen mit dem neuen Konzept nach 100 Tagen zu informieren. Nebst seiner Funktion als zentrale kommunikative Drehscheibe zwischen Polizei und Öffentlichkeit nimmt der Mediendienst aber auch wichtige Aufgaben im Bereich der Unfall- und Verbrechenverhütung wahr. Ein durch uniformierte Polizisten bzw. Polizistinnen begleiteter Event in der Vorweihnachtszeit mit einem dafür engagierten Pantomimen sensibilisierte Passantinnen und Passanten in der Altstadt auf das Thema Taschendiebstahl. Mit Vorankündigungsplakaten und Inseraten hatte der Mediendienst bereits frühzeitig auf diese Aktion aufmerksam gemacht. Mit Hilfe von Flyern und Auskünften während des Events vor Ort haben Angehörige der Stadtpolizei Aufklärungsarbeit geleistet, die bei den Altstadtbesucher und -besucherinnen durchgängig auf eine positive Resonanz gestossen ist. Im Interesse der Verkehrssicherheit der



Die Quartierpolizisten mit ihren Smarts



Spektakulärer Verkehrsunfall S-Bahn / Lieferwagen

Kinder wurden die Aktionen «Schulanfang» und «Im Banne des Spiels» wiederholt. Mit ihrem vielfältigen Wirken vor allem auch im präventiven Bereich leistete der Mediendienst auch im vergangenen Jahr einen wichtigen Beitrag zur die Polizeiarbeit.

In den Monaten Juni und Juli des Berichtsjahres konnten unter Mitwirkung der Hauptabteilung Verkehrslenkung der Stadtpolizei die drei neuen Tempo-30-Zonen «Weinberg», «Tössfeld» und «Steinacker» realisiert werden. Die Abteilung Verkehrstechnik war erneut in verschiedene Bauvorhaben mit einbezogen: Nebst diversen Strassen (10) wurden der Neumarkt und der Bahnhofplatz neu gestaltet, zwei Brücken sowie eine Unterführung saniert und drei neue Strassen eingeweiht. Arbeiten wie Neubau und Erneuerung von drei stationären Lichtsignalanlagen, Bereitstellung diverser Baustellenlichtsignale, Wartung und Sicherstellung des störungsfreien Betriebes technischer Einrichtungen wie Lichtsignalanlagen, Parkleitsystem, Baustellenanlagen und Verkehrszähler zählten auch in diesem Jahr zu den Hauptaufgaben der Abteilung Verkehrssteuerung.

Der Motorfahrzeugbestand in der Stadt Winterthur nahm sowohl bei den Personenwagen als auch bei den Motorrädern um etwa 1,8 % (5,3 %) zu.

Motorfahrzeugbestand in Winterthur

	August 2003	August 2002
<i>Motorwagen</i>		
a) leichte Motorwagen (PW, Kombi, Lieferwagen, Kleinbusse)	41 538	40 755
c) schwere Motorwagen (LW, Sattelschlepper, Traktoren, Car)	549	566
d) übrige (Arbeitsmotorwagen, u.ä.)	562	578
<i>Total (ohne Landwirtschaftsfahrzeuge)</i>	42 649	41 899
<i>Motorräder</i>		
a) Motorräder und Dreiräder	4 881	4 642
b) Kleinmotorräder	783	738
<i>Total Motorräder</i>	5 664	5 380
<i>Total aller Motorfahrzeuge</i>	48 313	47 279

Auf Stadtgebiet waren per 31. Dezember 467 (460) Gastwirtschaften zu verzeichnen, davon 1 (4) mit provisorischer Bewilligung und 16 (9) inaktive. Dazu kommen 139 (124) Klein- und Mittelverkaufsgeschäfte. Auch die Arbeitslast der Wirtschaftspolizei stieg im Berichtsjahr weiter an, erteilte sie doch 97 (89) Patente für Gastwirtschaften, 38 (30) Patente für Klein- und Mittelverkaufsgeschäfte sowie 319 (289) Patente für Festwirtschaften.

Wie in den letzten Jahren führte die Gewerbe- und Verkehrspolizei auch während den diesjährigen Musikfestwochen meh-



Eines von zahlreichen Graffiti in Winterthur

re Lärm-messungen durch. Erfreulicherweise waren keine Beanstandungen nötig; die beteiligten Organisationen hielten sich vorbildlich an die Auflagen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 44 (48) Lärm-messungen gemäss Schall- und Laserverordnung in Musiklokalen, am Albanifest, an den «Dorfeten» sowie an mehreren Technopartys vorgenommen. Daraus resultierten 14 (19) Verzeigungen und 2 (5) Verwarnungen. Gesundheitlich sehr bedenklich sind Lautstärken, wie sie bisweilen an Technopartys gemessen wurden: Das höchste Messresultat von 126,9 dB(A) kann bei den vorwiegend jugendlichen Besuchern und Besucherinnen irreparable Gehörschäden verursachen.

Die am 1. September 2003 gestartete Polizeischule der Stadtpolizei Winterthur gilt als Pilotschule für die neu geschaffene eidgenössische Berufsprüfung des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT), die im August 2004 stattfindet. Nach bestandener Prüfung wird die Stadtpolizei erstmals Polizisten und Polizistinnen mit eidgenössischem Fachausweis in ihren Reihen haben. Daneben räumt die Stadtpolizei auch der kontinuierlichen Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden einen grossen Stellenwert ein.



Präventionskampagne gegen Taschendiebstahl

Feuerwehr

Im Mittelpunkt des Einsatzgeschehens im Jahr 2003 stand der lange und überaus trockene Sommer, welcher Flur- und Waldbrände begünstigte und neben der Zunahme bei anderen Ereignisarten zu einem markanten Anstieg der Einsatzzahlen (+ 30 %) führte. Zugenommen haben ausser den Bränden (+ 30 %) auch die Öl- und Chemieunfälle (+ 35 %) sowie die technischen Hilfeleistungen (+ 20 %). Unter den insgesamt 200 Bränden waren neun Mittel- und vier Grossbrände zu verzeichnen, wovon zwei in der Stützpunktregion. Bei fünf der mittelgrossen Brände auf Stadtgebiet konnte durch das schnelle Eingreifen der Berufsfeuerwehr Schlimmeres verhindert werden. Im Zusammenhang mit Bränden mussten zwei Menschen gerettet und anlässlich von schweren Verkehrs- und Arbeitsunfällen neun Menschen befreit werden. Zusätzlich evakuierte die Feuerwehr für den Rettungsdienst (Ambulanzdienst) 20 Personen mit der Autodrehleiter aus schwer zugänglichen Wohnräumen und befreite 35 Personen aus stecken gebliebenen Liftanlagen. Das Sprungpolster kam bei zwei Suizidversuchen und das aufblasbare Zelt bei drei Todesfällen zum Einsatz. Die Berufsfeuerwehr rückte zu insgesamt 653 (502) Einsätzen aus. Sie wurde in 214 Fällen von der Freiwilligen Feuerwehr unterstützt.

Die Gesamtzahl der Einsätze und Dienstleistungen liegt deutlich über dem Mittel der letzten Jahre. Gegenüber dem letzten Berichtsjahr steigerten sich die reinen Personal-Einsatzstunden, ohne Retablierungsaufwand, insgesamt um knapp über 50 % auf total 7978 (5165).

Einsatzstatistik	2003	2002
Brände	200	128
- 4 Grossbrände		
- 9 Mittelbrände		
- 73 Kleinbrände		
- 33 Wald-, Flur- und Abräumbrände		
- 30 Motorfahrzeugbrände		
- 4 Kaminbrände		
- 41 Rauchentwicklungen (inkl. ABM)		
- 6 Explosionen		
- 0 andere Brandfälle		
Alarmer automatischer Brandmelde- und Löschanlagen (ABM)	164	153
Öl-, Chemie- und Strahlenwehreinsätze	72	52
- 63 Ölunfälle		
- 9 Chemieunfälle		
Technische Einsätze	217	169
- 6 Pioniereinsätze bei schweren Verkehrsunfällen		
- 24 Personenbergungen aus Gebäuden		
- 14 Lifteinsätze		
- 32 Tierrettungen		
- 42 Wasserwehreinsätze		
- 38 Sturmschadeneinsätze		
- 61 Diverse Einsätze		
Total der Einsätze	653	502

Die wichtigsten Ereignisse in der Zusammenfassung:

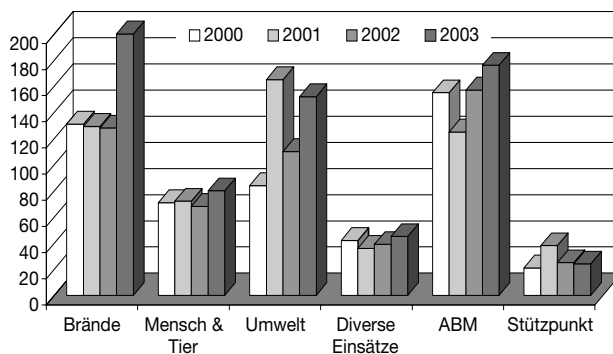
- Stützpunkteinsatz; Grossbrand Wohnhaus im Dorfkern von Elgg (11.01.)
- Wohnungsbrand in Mehrfamilienhaus, 1 Person mit Rauchgasvergiftung (07.02.)
- Ölwehreinsatz auf Autobahn, Verkehrsunfall zwischen Sattelschlepper und LKW, 400 Liter Dieselöl ausgegossen (10.02.)
- Personenbergung nach Autounfall auf A4 mit 2 betroffenen Personen (11.02.)
- Dachstockbrand in einem Neubau-Reiheneinfamilienhaus (14.03.)
- Blitzeinschlag in älteres Reiheneinfamilienhaus (08.05.)



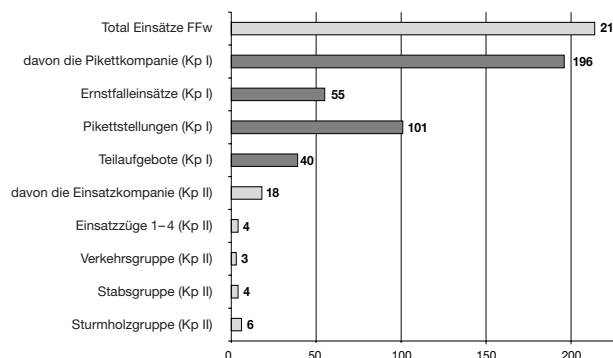
Stützpunkteinsatz, Vollbrand Doppel-Bauernhaus mit angebauter Scheune nach Blitzschlag, Gemeinde Hagenbuch (23.07.)

- Personenbergung nach Autounfall auf Stadtgebiet (13.05.)
- Chemiewehreinsatz wegen Chlorgas auf Stadtgebiet (07.06.)
- Lagerraumbrand in der Altstadt, anlässlich der Feuerwehrkontrollfahrt am Albanifest entdeckt (28.06.)
- Zimmerbrand in der Altstadt (28.06.)
- Wohnungsbrand in Einfamilienhaus, Personensuche, eine erwachsene Person mit Rauchgasvergiftung und Schock (01.07.)
- Wohnungsbrand in älterem Einfamilienhaus nach Kaffeemaschinenbrand (06.07.)
- Kellerbrand in Computergeschäft (26.07.)
- Grossbrand auf Stadtgebiet, Vollbrand Gerätehaus mit Übergriff auf Wohnhaus (04.08.)

Vergleich Feuerwehrstatistik 2000 bis 2003



Einsatzzahlen der Freiwilligen Feuerwehr (FFw)



Weiterbildung und Technik

Im Rahmen des Aus- und Weiterbildungskonzeptes wurden 308 Übungsanlässe durchgeführt (Berufsfeuerwehr 200 Übungen, Pikettkompanie 56 Übungen, Einsatzkompanie 52 Übungen). Dazu kamen neun Einsatzübungen mit Orts- und Betriebsfeuerwehren sowie dem Zivilschutz Stützpunkt-Rettungsdetachment. Ein Schwergewicht bildeten die Tagesübungen mit Feuer und Rauch im Ausbildungszentrum der Rettungstruppen in Wangen a. A. (Pikettkompanie) und im Zivilschutzzentrum Uster (Einsatzkompanie). Insgesamt 57 Feuerwehrleute besuchten die Einführungs-, Weiterbildungs- und Beförderungskurse der Kantonalen Gebäudeversicherung im Ausbildungszentrum Andelfingen (Total 200 Kurstage). 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr absolvierten anspruchsvolle Ausbildungskurse in den Bereichen Einsatzleitung bei Grossereignissen (Fribourg und Flughafen Zürich), Brandbekämpfung in Tunnels (RISC Dortmund) und Einsatz bei B/C-Terrorereignissen (AC-Labor Spiez). Das obere Kader nahm zusätzlich an verschiedenen Seminaren und Fachtagungen im In- und Ausland teil.



Atemschutzausbildung im Ausbildungszentrum der Rettungstruppen in Wangen a. A.

Die persönliche Ausrüstung der Feuerwehrleute wurde mit der Anschaffung von modernen, atmungsaktiven Einsatzhosen und Einsatzjacken mit integriertem Rettungsgurt deutlich verbessert.

Trotz der um 30 % höheren Einsatzzahlen und den damit verbundenen Mehrkosten konnte das Budget eingehalten werden. Der Unterhalt der Fahrzeuge, Geräte und Ausrüstungsgegenstände musste allerdings etwas eingeschränkt und der Ersatz verschiedener Mobilien aufgeschoben werden.

Prävention

Im Verlauf der ungewöhnlich langen, heissen Trockenperiode im Sommer erliessen verschiedene Kantone zeitweilig ein generelles Verbot für das Entfachen von Feuern im Freien und das Abbrennen von Feuerwerk. Da im Kanton Zürich anfänglich kein solches Verbot bestand und es den Gemeinden überlassen blieb, Vorkehrungen bezüglich Trockenheit und Brandgefahr zu treffen, bildete die Feuerwehr eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Feuerpolizei, der Stadtpolizei und des städtischen Forstbetriebes. Diese Arbeitsgruppe prüfte ständig die aktuelle Gefährdungs-

situation auf dem Stadtgebiet, traf Vorsichtsmassnahmen und wandte sich verschiedentlich auch mit Appellen und Empfehlungen an die Bevölkerung. Glücklicherweise regnete es kurz vor dem 1. August, so dass am Nationalfeiertag keine besonderen Schutzmassnahmen oder Verbote mehr nötig waren.

Der Prävention diente erneut auch die Plakataktion zur Verhütung von Christbaumbränden. Zusätzlich lancierte die Feuerwehr mit der Evaluation von geeigneten Brandmeldern eine Aktion zur Einführung solcher Melder in Privathaushaltungen und kleineren Geschäften.

Erfreulich war die Nachfrage nach Brandschutzkursen und Kursen für besondere Berufsgruppen; das Personal der Berufsfeuerwehr führte im Jahresverlauf 15 gut besuchte Instruktionslehrgänge durch. Als grosser Erfolg darf auch der «Fire Day», der Tag der offenen Türe bei der Berufsfeuerwehr am 5. Juli, gewertet werden. Schätzungsweise rund 2500 Besucherinnen und Besucher haben die verschiedenen interessanten, wirklichkeitnahen Einsatzdemonstrationen beobachtet. Zudem wurden bei dieser Gelegenheit Löschdecken verkauft und Merkblätter zur Verhütung von Brandfällen und zum richtigen Verhalten im Brandfall erläutert und verteilt.

Dienstleistungen

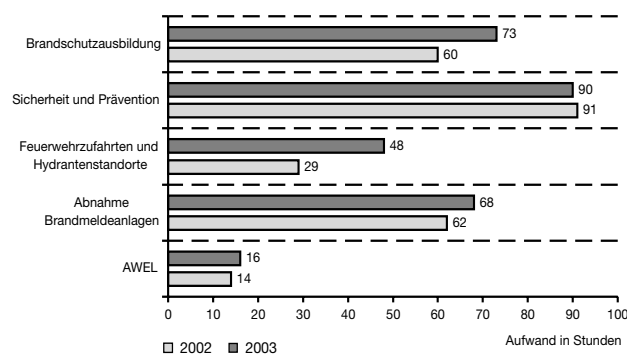
Kantonale Atemschutzwerkstatt

Für 83 Kundenorganisationen (Kantonale Gebäudeversicherung GVZ, Feuerwehren und Betriebe) hat die Atemschutzwerkstatt gegen Verrechnung folgende Dienstleistungen erbracht:

- 510 Druckflaschen- und Ventilrevisionen
- 75 Atemschutzgeräterevisionen
- 85 Atemschutzgeräte Reparaturen und Jahresprüfungen
- 137 Retablierungen und Prüfungen von Chemiewehr-Vollschutzanzügen
- 1133 Füllungen von Atemluftflaschen
- 321 Füllungen von Sauerstoffflaschen
- 11 Revisionen von Langzeitematemluftgeräten

In diesen Zahlen sind die eigenen Geräte- und Flaschenrevisionen nicht enthalten. Für den Eigenbedarf wurden 590 Atemschutzgeräte retabliert.

Externe Fachberatungen und Dienstleistungen an Dritte



Personalbestand

	2003	2002
Feuerwehrkommando/Stab	10	9
Berufsfeuerwehr	30	30
Stützpunktkompanie (Pikett)	33	30
Einsatzkompanie	116	113
Total	189	182

Zivilschutz

Im Mai 2003 haben die Schweizer Stimmberechtigten das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz angenommen, das am 1. Januar 2004 in Kraft tritt. Dementsprechend stand das Berichtsjahr hauptsächlich im Zeichen der Vorbereitung zur Überführung des Zivilschutzes in die neuen Strukturen des Zivilschutzes XXI. Auswärtige Hilfeleistungen im Zusammenhang mit Unwetterschäden wurden im Jahr 2003 in der Talschaft Safien, Kanton Graubünden, und in der Zuger Gemeinde Oberägeri erbracht. Einsätze zu Gunsten der Stadt Winterthur erfolgten im städtischen Forst und als Betreuungsdienst in Gais anlässlich der Bewohnerinnen- und Bewohnerferien des städtischen Alters- und Pflegezentrums Adlergarten. Besondere Herausforderungen an die Zivilschutzorganisation ergaben sich aus der Irak-Krise und dem Ausbruch der Infektionskrankheit SARS in Asien. Die Überprüfung von acht Zivilschutzanlagen durch die zuständigen kantonalen Behörden ergab, dass die Winterthurer Zivilschutzanlagen in einem guten Zustand sind. Eine Delegation des tschechischen Fire Rescue Service besuchte zusammen mit dem Direktor des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz den Zivilschutz Winterthur. Ende Jahr wurden die Stäbe Leitung ZSO sowie die Sektorleitungen im Gefolge der laufenden Zivilschutzreform aus der Dienstpflicht entlassen. Der Zivile Stadtführungsstab ZGF befasste sich im Rahmen der Übung «ALLEGRA II» mit der Bewältigung eines Terrorangriffs auf das Stadttor.

Das schweizerische Stimmvolk hat am 18. Mai 2003 dem neuen Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz mit grossem Mehr (80,6%) zugestimmt. Der Bevölkerungsschutz ist eines der sieben Instrumente, die der Schweiz zur Bewältigung der sicherheitspolitischen Aufgaben zur Verfügung stehen. Er ist als ziviles Verbundsystem der fünf Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz konzipiert. Zweck des Bevölkerungsschutzes ist es, die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen bei Katastrophen und in Notlagen sowie im Fall bewaffneter Konflikte zu schützen sowie zur Begrenzung und Bewältigung von Schadenereignissen beizutragen. Der Zivilschutz sorgt insbesondere bei Katastrophen und Notlagen für die Bereitstellung der Schutzinfrastruktur und der Mittel für die Alarmierung, für die Betreuung von schutzsuchenden und obdachlosen Personen sowie für den Schutz der Kulturgüter. Zudem unterstützt er die Partnerorganisationen und leistet Instandstellungsarbeiten sowie Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft.

Die Auswirkungen der neuen Gesetzgebung auf den Zivilschutz lassen sich in Stichworten etwa wie folgt zusammenfassen: Geringere Anzahl und zugleich jüngere Zivilschutzpflichtige, gemeinsame Rekrutierung mit Armeeangehörigen, verbesserte Ausrüstung, längere Ausbildungszeiten und militärische Kommandostrukturen. Zudem ersetzt die Zuständigkeitsfinanzierung die bisherige Beitragsfinanzierung mit der Folge, dass Bund und Kanton den Gemeinden künftig keine Subventionen mehr an ihre Zivilschutzorganisationen bezahlen. Damit die Städte und Gemeinden dennoch auch künftig in der Lage sind, ihre Zivilschutzaufgaben zu erfüllen, sind zur Kostensenkung kommunale Zusammenschlüsse und Regionalisierungen unausweichlich. Als Folge davon hat sich mit Wirkung ab 1. Januar 2004 die Zivilschutzorganisation Seuzach vertraglich jener der Stadt Winterthur angeschlossen. Mit weiteren an einer Zusammenarbeit im Zivil-



Wiederinstandstellungsarbeiten im Safiental (GR)

schutz interessierten Gemeinden sind derzeit Gespräche im Gang.

Auch im vorliegenden Berichtsjahr hat der Zivilschutz Winterthur wieder dringend nötige Ernstfalleinsätze geleistet, und zwar in den Kantonen Graubünden und Zug. Die Bündner Gemeinde Safien wurde bei verschiedenen Instandstellungsarbeiten unterstützt, die nach den schweren Unwettern des Jahres 2002 notwendig geworden waren. Während zweier Wochen hat das Winterthurer Stützpunkt-Rettungsdetachement unter anderem Bergstrassen wieder begehbar gemacht, Hänge mittels Holzkastenbauelementen rutsicher befestigt und beschädigte Ställe repariert.

An Pfingsten 2003 wurde die Zuger Gemeinde Oberägeri von schweren Unwettern heimgesucht, die grosse Schäden anrichteten. Der Hilfseinsatz des Zivilschutzes Winterthur mit rund 60 Rettungsspielerinnen wurde daraufhin innerhalb von 48 Stunden organisiert und dauerte zwei Wochen. Vor Ort wurden sämtliche eingesetzten Zivilschutzkräfte vom Winterthurer Stabschef Martin Erb geleitet; auch die Zivilschutzorganisationen Zürich und Aarau, die das Detachement aus Winterthur ablösten, arbeiteten während ihres zweiwöchigen Einsatzes unter Winterthurer Leitung. Wie in den vergangenen Jahren stellte die Armee unentgeltlich die erforderlichen Einsatzfahrzeuge zur Verfügung. Die Einsatzkosten übernahm vollumfänglich der Kanton Zug.

Die Unterstützungs- und Betreuungskompanie 10 mit rund 100 Angehörigen des Zivilschutzes leistete zudem



Vom Zivilschutz erstellte Hangsicherungen im Safiental

während einer Woche im städtischen Wald Unterstützungsarbeiten zu Gunsten des Forstamtes. Dabei konnten erstmals wertvolle Erfahrungen mit der neuen Kommandostruktur (Zivilschutz XXI) in den Bereichen Führung und Dienstleistungsbetrieb gesammelt werden.

Die Betreuungszüge der drei Einsatzkompanien trainierten den Betrieb von Sammelstellen auf Schadenplätzen und evakuierten Betroffene in geschützte Unterkünfte.

Die Unterstützungszüge 21 und 22 absolvierten einen Ausbildungs-Wiederholungskurs und standen als Infrastrukturtruppen den neuen, vom Kanton durchgeführten Ausbildungslehrgängen zur Verfügung. Ferner wurde die Drillpiste im Übungsgelände Ohrbühl fertiggestellt und von der Truppe getestet.

Im Juni weilte eine Delegation des tschechischen Fire Rescue Service unter der Führung des Generalmajors Miroslav Stepan in der Schweiz. Ein Besuch dieser Delegation zusammen mit der Direktion des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz beim städtischen Zivilschutzamt bot Gelegenheit, die für die Stadt Winterthur bestehende Organisation bei Grossereignissen und Katastrophen vorzustellen.

Anlässlich des Personalapéros vom 12. November für die städtischen Angestellten hat eine Versorgungseinheit des Zivilschutzes ihr Können unter Beweis gestellt und Risotto für rund 2000 Personen gekocht.

Wie jedes Jahr haben Zivilschutzpflichtige die Organisation «Insieme Cerebral», welche sich für behinderte Menschen einsetzt, bei der Durchführung von Ferienlagern unterstützt. Erstmals leisteten Zivilschutzpflichtige ihren Dienst auch in Gais, wo das städtische Alters- und Pflegezentrum Adlergarten ein Ferienlager für Heimbewohnerinnen und -bewohner veranstaltete.

Im Zuge der Reorganisation des Zivilschutzes hat das BABS (Bundesamt für Bevölkerungsschutz) nicht mehr benötigtes Korpsmaterial für den öffentlichen Verkauf freigegeben. Abnehmer waren die öffentliche Hand, Firmen und Private. Der Materialverkauf brachte Einnahmen von rund 75 000 Franken.

Die Zivilschutzanlage Ohrbühl steht der Zivilschutzorganisation Winterthur für Wiederholungskurse wieder vollständig zur Verfügung, nachdem die städtische Asylkoordination die dortige Notunterkunft ALST befristet bis Ende September belegt hatte.

Der diesjährige Sirenen-Probealarm ergab, dass sämtliche 44 an die Fernsteuerung angeschlossenen Sirenen auf Stadtgebiet einwandfrei funktionierten.

Das Amt für Militär und Zivilschutz überprüfte acht Zivilschutzanlagen auf deren technische Einsatzbereitschaft und Unterhalt. Bei zwei Anlagen gab es kleinere Mängel zu beanstanden, welche durch die Zivilschutzorganisation fristgemäss behoben wurden.

Auch in diesem Jahr hat das Zivilschutz-Show-Orchester (ZSOW) unter der Leitung von Reto Parolari das Publikum am Festival der leichten Unterhaltungsmusik mit seinen Darbietungen begeistert. Am Nationalfeiertag war das ZSOW zudem für die musikalische Umrahmung der 1. August-Feier auf dem Brühlberg besorgt. Auch bei der Ehrung der besten Schweizer Waffenträger im Rahmen eines festlichen Anlasses in Winterthur anfangs Dezember spielte das Orchester auf.

Geschäftsstelle ZGF (Ziviler Stadtführungsstab)

Die Einsatzbereitschaft des Stabes wurde anlässlich von zwei Alarmübungen erprobt. Sämtliche Stabsmitarbeitende waren innerhalb der gewünschten Zeit erreichbar.

Erfolgreich verlief auch die realitätsnahe eintägige Übung «ELEKTRA» mit dem psychologischen Betreuungsdienst. Um die Übung möglichst praxisnah zu gestalten, stellten sich Mitglieder des Samaritervereins Winterthur als Statistinnen und Statisten zur Verfügung. Es zeigte sich, dass das bestehende Einsatzkonzept zur psychologischen Betreuung einer grösseren Anzahl Personen im Ernstfall praxistauglich ist. Thema am Weiterbildungsseminar des psychologischen Betreuungsdienstes war die Auswertung des tragischen Bergbahn-Unfalls von Kaprun im November 2000, als in diesem österreichischen Wintersportort 155 Menschen bei einem Tunnelbrand ums Leben kamen.

Der Führungsunterstützungszug hat im Obertor 17 während der 18-stündigen, anspruchsvollen Übung «ALLEGRA I» den Ernstfall erprobt. Der Stadtführungsstab seinerseits gelangte in der gross angelegten Stabsrahmenübung «ALLEGRA II» zum Einsatz, in der es das Szenario eines massiven Terroranschlags auf das Stadttor Winterthur zu bewältigen galt. Der Stadtrat hat im Rahmen dieser facettenreichen, wirklichkeitsnahen Übung unter Leitung von Stadtpräsident Ernst Wohlwend zwei Medienkonferenzen und eine ausserordentliche Stadtratssitzung durchgeführt.

Der Stabschef des kantonalen Führungsstabes des Kantons Appenzell Ausserrhoden, Oberst Hans Saxer, referierte am Jahresschlussrapport über das Krisenmanagement anlässlich der Unwetter vom Sommer 2002, als durch heftigen Niederschlag ausgelöste Hangrutsche mehrere Todesopfer forderten.

Zivilschutzorganisation (ZSO)

Die Laufbahngespräche mit rund 2000 Zivilschutzpflichtigen, welche aufgrund der Zivilschutzreform erforderlich geworden sind, konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Auf dieser Grundlage wurden die rund 1000 Schutzdienstpflichtigen, die in die neue Organisation übernommen werden, selektiert und mit Wirkung ab Januar 2004 in die neuen Formationen eingeteilt. Rund 900 Schutzdienstpflichtige sind auf Ende Jahr ordentlich aus der Schutzdienstpflicht entlassen worden (Jahrgänge 1963 und älter).

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Umsetzung der Zivilschutzreform XXI wurden die Angehörigen der Leitung Stab ZSO sowie der Sektorleitungen 1 bis 3 am Schlussrapport vom Departementsvorsteher, Stadtrat Hans Hollenstein, unter Verdankung der geleisteten Dienste aus ihren Funktionen entlassen.

Die Zivilschutzorganisation Winterthur leistete im Berichtsjahr rund 4900 Dienstage, davon 2900 Dienstage zu Gunsten der Gemeinschaft; die übrigen 2000 Dienstage wurden für den Unterhalt von Anlagen und die Wert-erhaltung der Infrastruktur eingesetzt.

Zu Beginn des Berichtsjahres haben die Irak-Krise und der Ausbruch der gefährlichen Infektionskrankheit SARS die ZSO vor besondere Herausforderungen gestellt. In diesem Zusammenhang mussten die bestehenden Schutzmassnahmen überprüft und dem diesbezüglichen Informationsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung getragen werden.

Hinsichtlich der Viruserkrankung SARS sind in Absprache mit den zuständigen Stellen auf kommunaler und kantonomer Ebene sämtliche möglichen Szenarien für die Stadt Winterthur überprüft und die nötigen vorbehaltenen Entschlüsse gefällt worden. Der Stadtrat wurde laufend über den aktuellen Stand der Überprüfung und die geplanten Massnahmen orientiert.

Personelles

Personalbestand Zivilschutzorganisation	30.12.2003	30.12.2002
Aktive Leitungen und Formationen		
– Soll-Bestand (gemäss Richtlinien von Bund und Kanton)	2 885	2 885
– Ist-Bestand	2 630	2 395
Personalreserve	3 473	3 312
Ausgemusterte, überörtlich Eingeteilte	127	402
Kontrollbestand aller Pflichtigen (Jahrgänge 1953–1983)	7 493	7 896
Verwarnungen	17	26
Verzeigungen	4	9

Bauliches

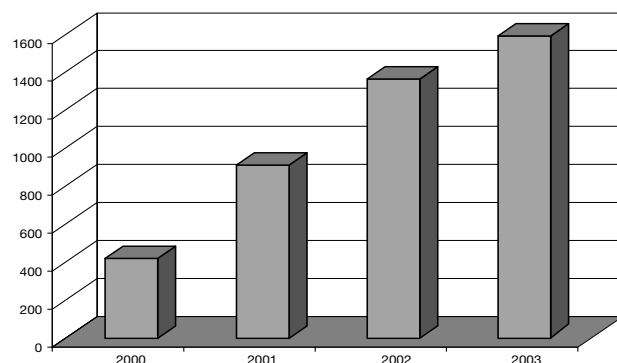
Von den im Berichtsjahr kontrollierten 501 Schutzräumen mit insgesamt 18 757 Schutzplätzen mussten rund neun Prozent beanstandet werden. Zivilschutzpflichtige behoben kleinere Mängel vor Ort. 22 Schutzräume konnten nicht kontrolliert werden, da aus verschiedenen Gründen Fristerstreckungen gewährt werden mussten.

In drei Anlagen mussten die Führungsschienen der Panzerschiebewände saniert werden. Mit Bewilligung des kantonalen Amtes für Militär und Zivilschutz wurden diese Arbeiten mit Schutzraum-Ersatzabgaben finanziert.

Für Zivilschutzanlagen oder Teile davon bestehen zurzeit 45 Mietverträge mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten. Gegenüber dem Vorjahr haben solche Vereinbarungen um 40 Prozent zugenommen.

Die Zahl der Übernachtungen in Zivilschutzanlagen konnte dank intensiver Werbung und Öffentlichkeitsarbeit im Vergleich zum vorangegangenen Berichtsjahr um rund einen Drittel auf 1584 gesteigert werden.

Übernachtungen in Zivilschutzanlagen (zivile Nutzung)



Zivilschutzamt

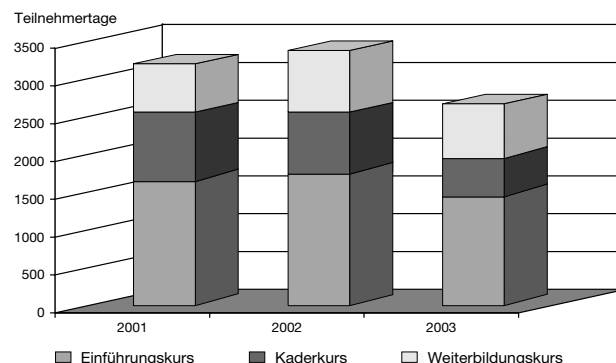
Baulicher Zivilschutz

Die Anzahl Geschäfte des Kontrollorgans für den baulichen Zivilschutz stieg gegenüber dem Vorjahr um 26 Prozent. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass im Rahmen der Bautätigkeit während des Berichtsjahres rund 3000 Schutzplätze neu erstellt worden sind.

Baulicher Zivilschutz	2003	2002
Geschäfte (Bewilligungen)	140	113
Baugesuche (die zum Bau von Schutzräumen führten)	111	74
Schutzraumabnahmen	31	36

Die nachfolgende Grafik zeigt eine Übersicht über die vom Zivilschutzamt organisierten und in dessen Ausbildungsanlagen durchgeführten Kurse nach Teilnehmer-tagen (ohne Rapporte und Übungen der Zivilschutzorganisation Winterthur). In dieser Aufstellung sind nur die effek-

Ausbildung

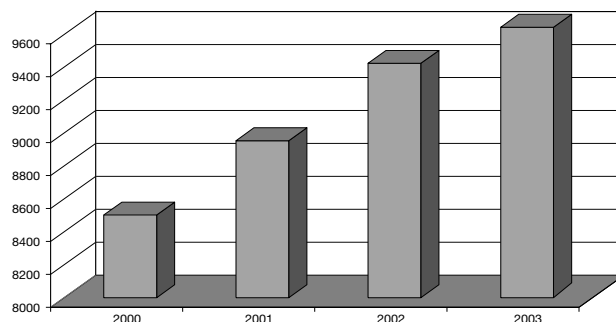


tiven Teilnehmer-tage (ohne Kursstab) von Teilnehmenden mit bestandenem Kurs erfasst.

Im Ausbildungszentrum wurden 2684 Ausbildungstage absolviert, davon 1432 Einführungskurse und 1252 Kader- und Weiterbildungskurse.

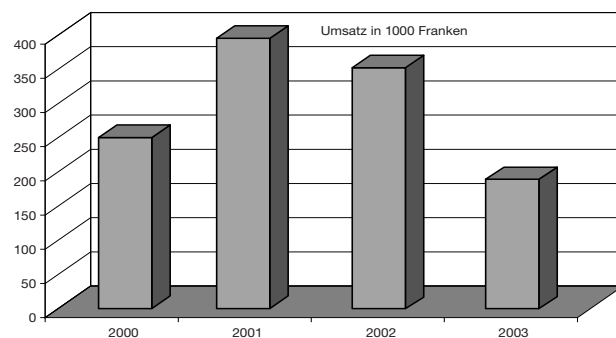
Alle Winterthurer Zivilschutz-Instruktoren erfüllten im Berichtsjahr die hohen fachlichen Anforderungen für die neuerdings mögliche Zertifizierung ihrer Ausbildung; sie erhalten vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz das «Zertifikat für Erwachsenenbildung Stufe I».

Zentrumsbelegung



Die vorstehende Grafik zeigt, dass die Belegung der Zentren gegenüber dem Vorjahr um rund fünf Prozent zugenommen hat. Neben den Zivilschutzorganisationen haben auch Dritte das Zentrum für verschiedene Ausbildungen genutzt.

Regionale Reparaturstelle, Entwicklung



Nach Abschluss der Grossaufträge im Zusammenhang mit dem Projekt «Umbau von Kompressoren» des Bundesamtes für Zivilschutz ist der Umsatz der Regionalen Reparaturstelle im Berichtsjahr erwartungsgemäss wieder auf den Stand von 1999 zurückgegangen. Im Rahmen einer wiederum vom Bund lancierten Aktion «Umbau von Kompressoren zu Notstromgruppen» konnten in Winterthur neunzehn Maschinen umgebaut werden.

Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt steht im Dienst einer gesunden und umweltbewussten Stadt. Sein Einsatz gilt der Sicherung einer qualitativ einwandfreien Lebensmittelversorgung, der Unfallverhütung am Arbeitsplatz, der Verbesserung der Luftqualität, der Förderung der Volksgesundheit sowie einem raschen und situationsgerechten Notfall- und Rettungsdienst.

Gesundheitswesen und öffentliche Hygiene

Obwohl SARS (Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom) glücklicherweise in Winterthur nicht aufgetreten ist, hat diese Infektionskrankheit in der Bevölkerung sowie im Besonderen auch bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung zu teilweise grosser Verunsicherung geführt. In Zusammenarbeit mit dem Bezirksarzt hat das Gesundheitsamt die Lage kontinuierlich beobachtet und laufend neu beurteilt, eine einschlägige Information an alle Departements- und Bereichsleitungen und Personalverantwortlichen der Stadtverwaltung erlassen, einzelne Mitarbeitende bei Fragen zu SARS beraten und eine Einschätzung zum SARS-Übertragungsrisiko bei Veranstaltungen mit internationalen Teilnehmern vorgenommen. Die vom Kantonsarzt angeordneten vorbehaltenen Massnahmen wurden organisatorisch vorbereitet.

Der Rettungsdienst der Region Winterthur, der unter Leitung des Departements Sicherheit und Umwelt für die krankentransportdienstliche Versorgung der Region verantwortlich ist, leistete im Jahr 2003 rund 5700 Einsätze zu Gunsten der Bevölkerung im Versorgungsgebiet, wovon über dreitausend Notfall-Einsätze. Bei letzteren handelt es sich um Blaulichteinsätze zu Gunsten von Patienten mit vermuteter Beeinträchtigung der Vitalfunktion, wobei die Hilfsfrist von maximal 15 Minuten in über 90 % der Fälle eingehalten werden muss. Mit der Anschaffung eines neuen Rettungswagens wurde die Fahrzeugflotte vervollständigt, so dass dem Rettungsdienst gegenwärtig wieder modernste und gut ausgerüstete Rettungs- und Transportfahrzeuge zur Verfügung stehen.

Das Gesundheitsamt war im Jahr 2003 mit dem eigenen Personal sowie teilweise in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei für insgesamt 150 Transporte von psychisch kranken Mitmenschen besorgt. Von den betroffenen Personen mussten 102 nach Rheinau und die übrigen in andere Kliniken eingeliefert werden. Mehr als die Hälfte der Transporte fand dabei ausserhalb der normalen Arbeitszeit statt.

In öffentlichen Schwimm- und Therapiebädern wurden im Berichtsjahr insgesamt 20 Badewasseruntersuchungen durchgeführt. In zwei Fällen waren die bakteriologischen Anforderungen nicht erfüllt sowie der Harnstoffgehalt zu hoch, und in drei Fällen war der pH-Wert in Folge ungenügender Frischwasserzufuhr zu tief. Obwohl die Bäder in diesem Sommer bedingt durch die lang andauernde Hitzeperiode überdurchschnittlich frequentiert waren, lagen die Beanstandungen im Rahmen der letzten Jahre und es traten keine gravierenden hygienischen Mängel auf.

In Zusammenarbeit mit der Schule für Pflegeberufe der Stadt Winterthur und weiteren Partnern aus dem Gesundheitswesen war das Gesundheitsamt auch an der diesjährigen Winterthurer Messe mit dem «Gesundheits-Test-Parcours» vertreten. Wie bereits in den Vorjahren ist der Parcours auf grosses Interesse gestossen; trotz weniger Messebesucherinnen und -besuchern sind mehr Tests oder Messungen durchgeführt worden. Über viertausend Personen haben sich einem Test unterzogen und konnten

die ermittelten Messresultate von Cholesterin, Blutdruck, Blutzucker, Blutfett und Bodymass-Index anschliessend mit einer medizinischen Fachperson besprechen. In Ergänzung zu diesem Angebot konnten Interessierte am Stand der Suva ihre Sprunggelenke testen. Mit Hilfe eines Sprung- und Gleichgewichtstestes wurde den Besucherinnen und Besuchern hier veranschaulicht, wie gesundheitlich bedeutsam es ist, Sprünge aus bereits relativ geringer Höhe abzufedern; im gleichen Zusammenhang wurde auch über die Stabilität der Bänder an den Fussgelenken informiert.

Aus dem Bereich Ortshygiene ist zu erwähnen, dass im Berichtsjahr über 20 Privathaushalte über die Bekämpfung von Hausungeziefer in ihrer Wohnung beraten worden sind und verschiedene Entwesungsfirmen in Lebensmittelbetrieben Schädlingsbekämpfungen gegen Schwabenkäfer und Mäuse durchgeführt haben.

Lebensmittelkontrolle

Insgesamt wurden im Jahr 2003 in Winterthur 1144 Inspektionen in lebensmittelverarbeitenden Betrieben, Restaurants, Kantinen, an Festanlässen usw. durchgeführt. Dabei wurden 624 Beanstandungen verzeichnet. In 591 Fällen wurde direkt mit Verfügung vor Ort geahndet, in 12 Fällen wurde schriftlich verwarnet und in 32 Fällen wurde Strafanzeige an den Polizeirichter oder an andere Strafbehörden erstattet. Über die Hälfte der Inspektionen in Bäckereien, Konditoreien, Metzgereien sowie Gaststätten mit oder ohne Alkoholausschank führte zu Beanstandungen. Take-Aways und Gelegenheitswirtschaften schnitten im Vergleich dazu eher besser ab. Die häufigsten Mängel betrafen mangelnde Betriebshygiene, bauliche oder einrichtungsmässige Mängel, für Lebensmittel ungeeignete Temperaturen, sowie unvollständige Selbstkontrolldokumente.

Die Abnahme der Beanstandungsquote gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass die neuen Deklarationsbestimmungen bezüglich Alkoholabgabe an Jugendliche sowie nach der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (Fleisch aus Ländern mit Zulassung von Antibiotika und Hormonen als Leistungsförderer) besser eingehalten wurden.

In drei Fällen mussten Lebensmittel in Folge Wertverminderung, Verderbnis sowie mangelhafter Deklaration beschlagnahmt werden.

Im Auftrag des Kantonalen Labors wurden im Jahr 2003 auf Stadtgebiet insgesamt 624 Lebensmittelproben erhoben. Die Beanstandungsquote aller Lebensmittelproben lag bei 23 %, wobei einzelne Lebensmittelgruppen, wie zum Beispiel Getreideprodukte, Öle/Fette sowie Fleisch, Fleischwaren und Fisch deutlich über dem Durchschnitt liegende Beanstandungsquoten von zum Teil über 40 % zu verzeichnen hatten. Häufigste Beanstandungsgründe waren zu hohe Keimzahlen, beispielsweise in gekochten Teigwaren oder Reis, Aufschnitt sowie verdorbenes Frittieröl, das zu viele polare Bestandteile aufwies.

Die institutionalisierte Lebensmittelkontrolle in den Vertragsgemeinden hat sich weiter etabliert. Die Anzahl der Beanstandungen liegt etwa in der gleichen Grössenordnung wie in Winterthur.

Der lange, heisse und trockene Sommer war eine wesentliche Ursache für das diesjährige geringe Pilzvorkommen. Insgesamt wurden in der Pilzkontrollstelle an der Stadthausstrasse 284 kg Pilze kontrolliert. Wegen Pilzmangels musste erstmals der VAPKO-Ausbildungskurs (Verein amtlicher Pilzkontrolleure) abgesagt werden. Deshalb konnte die geplante Prüfung von zwei Mitarbeitenden des Gesundheitsamtes zu amtlichen Pilzkontrolleuren nicht durchgeführt werden.



Ein ungewöhnlicher Anblick: Schweinehälften auf der Autobahn

Ein geradezu spektakuläres Ereignis gab es im vergangenen September zu verzeichnen, als ein mit 414 Schweinehälften (16 Tonnen) beladener Sattelschlepper in der Autobahnausfahrt Winterthur-Wülflingen auf der A1 ins Wanken geriet und umkippte. Beim Versuch das Fahrzeug wieder aufzurichten, brach es auseinander und das rohe, ungekühlte Fleisch fiel auf die Fahrbahn. Wegen Verunreinigung, Fliegenbefall und mangelnder Kühlung musste es daraufhin entsorgt werden.

Arbeitssicherheit und Unfallverhütung

Im Rahmen des Arbeitsgesetzes, des Unfallversicherungsgesetzes sowie der Verordnung über die Unfallverhütung wurden im Jahr 2003 insgesamt 294 Gewerbebetriebe kontrolliert. In 104 Betrieben, die der ASA-Umsetzungspflicht unterliegen, wurden Betriebskontrollen nach der Richtlinie über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit (ASA) durchgeführt. Von diesen Betrieben verfügten 38 über eine ausreichende Dokumentation, die entweder auf einer Branchenlösung oder auf einer individuellen Lösung basieren, und eine ordentliche Systemkontrolle zulassen. Bei den restlichen 66 Betrieben, die der ASA-Umsetzungspflicht unterworfen sind, wurden Vorabklärungen durchgeführt und die Verantwortlichen mit entsprechendem Informationsmaterial und individueller Beratung unterstützt.

Von den kontrollierten Betrieben mussten insgesamt 25 schriftlich auf Missstände und deren Behebung hingewiesen werden. Am häufigsten wurden Mängel an Druckluftkompressoren, Ständerbohrmaschinen, Treppenhandläufen, Lagerung und Umgang mit Säuren und Laugen sowie bezüglich fehlender Warnschilder, mangelhafter Lüftung und Beleuchtung festgestellt.

Mit Inkrafttreten der Leistungsvereinbarung für den Vollzug von Aufgaben des Arbeitsgesetzes und des Unfallversicherungsgesetzes zwischen der Volkswirtschafts-direction des Kantons Zürich und den Städten Winterthur und Zürich per 1. Januar 2003 wurde die bisherige Kompetenzregelung aus dem Jahr 1966 aufgehoben. Neu wurde den beiden Städten der Vollzug des Unfallversicherungsgesetzes für industrielle Betriebe übertragen. Damit wird ein kundenfreundlicher, kundennaher und effizienter Vollzug angestrebt, der durch geregelte Steuerung und Koordination innerhalb des Kantons vereinheitlicht wird und damit die Städte zu eigentlichen Kompetenzzentren im Bereich der Arbeitssicherheit macht.

Neben den eigentlichen Betriebsbesuchen wurden für Gewerbebetriebe 118 Planbegutachtungen vorgenommen und zuhause des Kantonalen Strassenverkehrsamtes 8 Antragstellende für eine Garagennummer überprüft.

Immissionsschutz

Der Rekord-Sommer 2003 brachte neben hohen Temperaturen und lange Zeit ausbleibenden Niederschlägen auch überdurchschnittlich hohe Ozonwerte, Stickoxidkonzentrationen und vergleichsweise höhere PM10-Werte. Insgesamt waren an 85 Tagen 515 1-Stunden-Grenzwertüberschreitungen für Ozon zu verzeichnen, was einer markanten Erhöhung gegenüber dem letzten Jahr entspricht. Der maximale gemessene Stundenmittelwert für Ozon lag mit $196 \mu\text{g}/\text{m}^3$ zwar etwas tiefer als im Vorjahr, aber immer noch deutlich über dem Grenzwert von $120 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Ähnlich hohe Ozonbelastungen wurden in Winterthur letztmals 1991 gemessen.

Für die Stickstoffdioxidbelastung (NO_2) wurden an den Standorten Obertor und Schulhaus Rychenberg Jahresmittelwerte von 34 bzw. 31 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft verzeichnet. Diese Werte sind gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen und liegen etwas über dem Langzeitgrenzwert von $30 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Am stark verkehrsbelasteten Standort Sulzer in Oberwinterthur lag die Stickstoffdioxidbelastung bei $46 \mu\text{g}/\text{m}^3$.

Die an 14 Standorten über das gesamte Stadtgebiet verteilten Stickstoffdioxid-Passivsammler ergaben Jahresmittelwerte zwischen $21 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (Bühlhofstrasse) und $62 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (Technikumstrasse). Die Schwefeldioxidmessungen (SO_2) haben sich weiterhin auf tiefem Niveau stabilisiert und liegen nach wie vor deutlich unter den Grenzwerten.

Der lungengängige Schwebestaubanteil in der Luft mit der Bezeichnung PM10 (Partikeldurchmesser von weniger als 10 Mikrometer) lag am Obertor mit einem Jahresmittelwert von $26 \mu\text{g}/\text{m}^3$ deutlich über dem Grenzwert der Luftreinhalte-Verordnung von $20 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Insgesamt waren 16 Tagesmittelwertüberschreitungen zu verzeichnen, mit einem höchsten Tagesmittelwert von $115 \mu\text{g}/\text{m}^3$.

Mit der Plakatkampagne «Motor abschalten beim Halten» wurde die Bevölkerung im Sommer und Herbst an ausgewählten Standorten auf eine im Grunde genommen einfache Massnahme zur Reduktion von Luftschadstoffen hingewiesen.

Zeltplatz am Schützenweiher

In den Sommermonaten besuchten rund 2000 Gelegenheitstouristen den Zeltplatz am Schützenweiher. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies ein leichter Rückgang. Da diese Touristen gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt länger auf dem Platz verweilt sind, ist die Zahl der Übernachtungen leicht gestiegen. Demgegenüber blieb die Belegung des Zeltplatzes während der Wintermonate im Vorjahresvergleich in etwa unverändert.

Statistische Angaben

Gesundheitswesen

	2003	2002
<i>Krankentransporte durch Ambulanz Kantonsspital</i>		
Total Einsätze	5 741	5 860
<i>Transporte psychisch kranker Personen durch Gesundheitsamt und Stadtpolizei</i>	150	135

Lebensmittelkontrolle

<i>Lebensmittelkontrollen/Inspektionen</i>		
Anzahl Kontrollen	1 144	1 214
Beanstandungen 624 (834)	55%	69 %
<i>Pilzkontrolle</i>		
Total Besucher/innen der Pilzkontrolle	254	224
Kontrollierte Pilze in kg	284	190
Davon ungeniessbar und giftig in kg	30	27
<i>Bauliche Kontrollen Lebensmittelbetriebe</i>		
Planbegutachtungen / Baumappen	55	40
Kontrollen am Objekt + Besprechungen	88	104
Baubabnahmen	48	51

Untersuchungen/Analysen

<i>Lebensmitteluntersuchungen im Kantonalen Laboratorium:</i>		
Anzahl Proben	624	641
davon Beanstandungen; 142 (135) Proben	23%	21 %
Beschlagnahmungen	3	6

Ergebnisse der Luftuntersuchungen

Feste Messstationen	Jahresmittelwerte (µg/m³)	
	2003	2002
Obertor (Altstadt)	SO ₂ 9	SO ₂ 6
Rychenberg (Oberwinterthur)	6	5
Obertor (Altstadt)	NO ₂ 34	NO ₂ 30
Rychenberg (Oberwinterthur)	31	29
Sulzer (Oberwinterthur)	46	44
<i>Stickstoffdioxid-Passivsammler</i>	NO ₂	NO ₂
Höchster Jahresmittelwert	62	57
Tiefster Jahresmittelwert	21	20
<i>Ozon, Messstation Obertor</i>		
Max. Stundenmittel (µg/m³)	196	215
1-Stunden-Grenzwertüberschreitungen	515	225
Tage mit Grenzwertüberschreitungen	85	39
<i>Schwebestaub, Messstation Obertor</i>		
Jahresmittelwert	26	23
<i>LRV-Grenzwerte</i>		
Schwefeldioxid	SO ₂ 30 µg/m³	Jahresmittelwert
Stickstoffdioxid	NO ₂ 30 µg/m³	Jahresmittelwert
Ozon	O ₃ 120 µg/m³	1-Stunden-Grenzwert
Schwebestaub	PM10 20 µg/m³	Jahresmittelwert

Zeltplatz

Sommerbetrieb:	Gäste	1 976	2 430
	Übernachtungen	10 053	9 770
Winterbetrieb:	Wohnwagen	49	49
	Übernachtungen	10 525	10 425
Dauerstandplätze:	Anzahl Einheiten	5,5	5,5

Abdeckerei

Umgeschlagene Tonnen	54	51
Öffentliche Sammelstellen	16	16

Melde- und Zivilstandswesen*

Die auffälligste Veränderung im Berichtsjahr betraf sicherlich den Umbau der Liegenschaft Fortuna und den damit verbundenen Umzug der Einwohnerkontrolle in den zweiten Stock, direkt neben die ebenfalls renovierten Büros des Zivilstandsamtes. Der Bereich Melde- und Zivilstandswesen ist nunmehr auf einem einzigen Stockwerk eingemietet, was die internen Arbeitsabläufe wesentlich vereinfacht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einwohnerkontrolle bedienen die Kundschaft nun an zeitgemässen Schaltern, zusätzlich stehen für administrative Arbeiten rückwärtige Arbeitsplätze zur Verfügung. Zum Wohlbefinden trägt ferner eine grosszügigen Begrünung bei. Die neuen Räumlichkeiten tragen aber vor allem auch den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden Rechnung: Helle, moderne Wartezonen haben die wenig attraktiven, nüchternen und schmutzanfälligen früheren Warteräume abgelöst; das neue Ambiente hat denn auch grossen Anklang gefunden. Hinzu tritt, dass mit dem Umbau die Sicherheit der Mitarbeitenden wesentlich verbessert werden konnte.

Im abgelaufenen Jahr haben sich die Gemeinden des Bezirks mit der Stadt Winterthur zu einem gemeinsamen Zivilstandskreis Winterthur zusammengeschlossen und ihre Zusammenarbeit aufgenommen: Der Zivilstandskreis umfasst nunmehr 21 Gemeinden mit insgesamt 145 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die umfangreichen Akten aus den Bezirksgemeinden fanden in den Räumlichkeiten des Zivilstandsamtes Platz; die mit der Zusammenlegung verbundenen, aufwändigen Arbeiten verliefen ohne nennenswerte Probleme und wurden inzwischen abgeschlossen. Im Zivilstandsamt ist nun wieder Alltag eingekehrt; die Einwohner/innen der Bezirksgemeinden bestellen ihre Papiere in Winterthur und lassen sich zu meist auch im historischen Trauzimmer des städtischen Museums Lindengut trauen.

Seit 1. Juli 2003 können sich im Kanton Zürich gleichgeschlechtliche Paare beim Zivilstandsamt der Wohn-gemeinde registrieren lassen. In Winterthur haben im Berichtsjahr 15 Paare von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, zwei davon waren weibliche Paare. Im Berichtsjahr fanden im Zivilstandskreis Winterthur 753 Trauungen statt, wovon 39 in den Bezirksgemeinden.

Im Zivilstandskreis Winterthur gab es noch eine weitere, einschneidende Neuerung zu verzeichnen: Am 17. November wurde das Zivilstandsamt an die gesamtschweizerische Datenbank InfoStar angeschlossen. Diese zentrale Datenbank zur Beurkundung des Personenstandes löst die bisherigen, mit herkömmlichen Mitteln geführten Einzel- und Familienregister ab. In der Datenbank werden alle künftigen Zivilstandsfälle (Geburten, Kindsanerkennungen, Eheschliessungen und Todesfälle) erfasst. Da InfoStar schweizweit vernetzt ist, müssen alle Zivilstandsämter die Einträge nach denselben Kriterien vornehmen. Die dafür erforderliche Schulung des Personals in der Handhabung dieser neuen Informatiklösung wurde von den Kantonen durchgeführt. Die Einführung von InfoStar in Winterthur ist gut angelaufen. In den nächsten



Neue, moderne Schalter bei der Einwohnerkontrolle

Monaten und Jahren wird es im Rahmen einer zeitaufwändigen Datennach Erfassung darum gehen, die Personalien sämtlicher Bürger/innen des Zivilstandskreises Winterthur in der Datenbank zu erfassen.

Die Einführung des neuen Schweizer Passes auf den 1. Januar 2003 brachte für die Einwohnerkontrolle nebst einigen betrieblichen Umstellungen vor allem viel Aufregung mit sich, da die Produktion des Passes in Bern rückblickend alles andere als optimal verlief. Offenbar war der Bund in seiner Planung von einer viel zu geringen Nachfrage nach neuen Pässen ausgegangen. Jedenfalls betrug die Lieferfrist anstatt der ursprünglich versprochenen 3 Wochen bald 3 Monate, sehr zum Missfallen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Deren Ärger über die Verzögerung entlud sich leider allzu oft an den Angestellten der Einwohnerkontrolle. Erst im vergangenen Oktober entspannte sich die Situation und konnte wieder zum Normalbetrieb übergegangen werden. Grundsätzlich hat sich das geänderte Verfahren zur Antragstellung von Identitätskarten und Pässen bewährt.

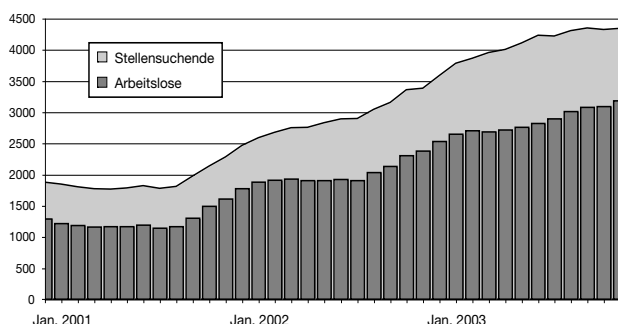
In personeller Hinsicht war auch dieses Berichtsjahr wieder von erheblichen Veränderungen gekennzeichnet, gab es doch – nicht zuletzt durch die Zusammenführung der Zivilstandsämter im Bezirk und die Einführung der neuen Informatiklösung InfoStar – zahlreiche Neuanstellungen zu verzeichnen. Wichtigste Aufgabe der Kaderleute war in dieser Situation, die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst rasch und kompetent mit ihrem Aufgabenbereich vertraut zu machen, damit die anfallende Arbeit ohne grössere Pendenzenlast laufend erledigt werden konnte. Dieses Vorhaben ist vor allem auch dank den neu eingetretenen Mitarbeitenden gut gelungen, welche ihre Aufgaben mit viel persönlichem Einsatz und Engagement in Angriff genommen haben. Das geflügelte Wort, nichts sei so beständig wie der Wandel, scheint auf den Bereich Melde- und Zivilstandswesen in besonderem Masse zugeschnitten zu sein; dieser Eindruck bestätigte sich einmal mehr auch in diesem Berichtsjahr.

* Der Bereich Melde- und Zivilstandswesen ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projekts in separater Form.

Arbeitsamt

Was sich im Vorjahr auf dem Arbeitsmarkt zunächst als Trend abzeichnete, setzte sich im Jahr 2003 unvermindert fort. Die Zahl der arbeitslosen Personen in Winterthur stieg kontinuierlich an und erreichte am Jahresende mit 3181 einen neuen Höchststand. Das ungünstige wirtschaftliche Umfeld führte zum Abbau weiterer Produktionskapazitäten, was sich verzögert auch auf dem Arbeitsmarkt belastend auswirkte. Entgegen früherer Entwicklungen vermag der Dienstleistungssektor die im Produktionsbereich frei werdenden Arbeitskräfte mehr nicht aufzunehmen. Auch im Dienstleistungssektor sind viele Personen von Stellenlosigkeit betroffen, wobei die Ursachen dafür sowohl im konjunkturellen Tief als auch in strukturellen Veränderungen liegen.

Entwicklung der Zahl der Stellensuchenden/
Arbeitslosenzahlen 2001–2003



Arbeitsmarkt Winterthur

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet von einer anhaltenden Rezession, die durch teils weiterhin massiven Stellenabbau die Beschäftigungslage zusätzlich verschärfte und schweizweit zu einer erneuten Zunahme der Arbeitslosigkeit führte. In der Stadt Winterthur stieg die Zahl der Arbeitslosen innert Jahresfrist um 810 an, was einer Zuwachsrate von Besorgnis erregenden 25 % entspricht. Mit einer Arbeitslosenquote von 6,3 % per Ende 2003 ist die Stadt Winterthur unter vergleichbaren Schweizer Städten nach wie vor am stärksten vom Beschäftigungsmangel betroffen. Im Produktionssektor setzte sich der massive Beschäftigungsrückgang aus den Neunzigerjahren zwar nicht mehr fort, der industriell-gewerbliche Bereich verlor jedoch abermals Anteile an der Gesamtbeschäftigung. Der Bedeutungsverlust der grossen industriellen Unternehmen auf dem lokalen Arbeitsmarkt und die damit verbundene Verknappung des Beschäftigungsangebots sind bis heute noch nicht überwunden. Folge davon ist eine anhaltende strukturelle Arbeitslosigkeit und damit zugleich ein zunehmender Anteil jener, die als Langzeitarbeitslose mit schlechten Beschäftigungschancen auf finanzielle Unterstützung der Stadt angewiesen sind.

Mitte Jahr trat das revidierte Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft, das sowohl die Bezugsdauer für den Erwerbsersatz zulasten der grossen Mehrheit der Arbeitslosen verkürzt als auch die Voraussetzungen für den Bezug von Taggeldern neu regelt. Diese Gesetzesrevision wurde im Jahr 2000 in Angriff genommen, um die stark ausgebauten Leistungen der Arbeitslosenkasse der da-

mals vermeintlich absehbaren Verbesserung der Beschäftigungslage anzupassen. Da die erwartete Erholung des Arbeitsmarktes jedoch unverhofft ausgeblieben ist, hat diese Gesetzesrevision nun die unerwünschte Folge, dass Erwerbslose vermehrt ausgesteuert werden, was sich unmittelbar in einem entsprechenden Anstieg der Sozialhilfekosten der Stadt niederschlägt. Um dieser auch finanzpolitisch problematischen Entwicklung möglichst wirksam zu begegnen, wurde im Vorjahr das Projekt «Work-In» gestartet, das sich in departementsübergreifender Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktfähigkeit von Sozialhilfebeziehenden befasst, mit dem Ziel, den Betroffenen den beruflichen Wiedereinstieg zu erleichtern. Die ersten Ergebnisse dieser Zusammenarbeit sind positiv und stimmen zuversichtlich. Zusätzlich wurden die Überbrückungsangebote der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) noch verstärkt auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Stellensuchenden ausgerichtet, wobei die Schwerpunkte erneut bei Angeboten für Jugendliche und Praktika lagen.

Die personellen Ressourcen des Regionalen Arbeitsmittlungszentrums RAV wurden mit der Einstellung von zusätzlichem Beratungspersonal der gestiegenen Arbeitslast angepasst. Im Rahmen der Beratungstätigkeit geht es im Wesentlichen darum, stellensuchenden Personen die Mechanismen des Arbeitsmarktes aufzuzeigen und Anstösse zur individuellen beruflichen Entwicklung zu geben. Die Arbeitslosenversicherung bietet sich an, diesen Prozess mittels qualifizierenden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu unterstützen. Eine besondere fachliche Herausforderung für die Mitarbeitenden stellt die vermehrte Beratung von gut qualifizierten Arbeitslosen aus dem Dienstleistungssektor dar.

Ende Jahr legte die Druckerei Winterthur ihre Produktionsanlagen endgültig still. Bis dahin hat das Unternehmen über einen längeren Zeitraum hinweg intensiv mit dem städtischen RAV zusammengearbeitet, um die sich aus dem Stellenabbau ergebenden Nachteile für die Belegschaft möglichst in Grenzen zu halten. Dank den gemeinsamen Bemühungen ist es schliesslich gelungen, trotz schwierigem wirtschaftlichem Umfeld für viele jener Mitarbeitenden, die ihre Stelle durch die Betriebsschliessung verloren haben, eine geeignete Anschlusslösung zu finden.

Ende November sorgte der unerwartete Zusammenbruch der Winterthurer Erb-Gruppe europaweit für grosses Aufsehen. Die Arbeitsplätze des Unternehmens in Winterthur sind von Dritten, die Teile des zusammengebrochenen Firmenkonglomerats aufgekauft haben, übernommen worden und scheinen nach heutigen Erkenntnissen gesichert.

Das Arbeitsamt hat seine Bestrebungen fortgesetzt, mittels regelmässiger Kontakte zu den Sozialpartnern die regionalen arbeitsmarktlichen Entwicklungen aus einer wirtschaftlichen Gesamtsicht zu verfolgen, um frühzeitig und bedürfnisgerecht auf bestimmte Trends reagieren zu können. Diese Gesamtschau gestattet einen besseren Einblick in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten und bildet insofern eine geeignete Basis, um die Wiedereingliederung der Stellensuchenden mit praxisnahen Massnahmen möglichst wirksam zu unterstützen.

Im Bereich der «Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte» waren die neuen Gesuche für Jahresaufenthalterinnen und Jahresaufenthalter rückläufig. Im Gegensatz dazu war die Nachfrage nach kurzfristigen, nicht kontingentierten Arbeitsbewilligungen gross; in den meisten Fällen konnte den Gesuchen auch entsprochen werden, obwohl der Inländervorrang derzeit noch in Kraft ist. Vereinzelt konnten auch Stellensuchende aus dem RAV den vakanten Stellen zugewiesen werden.

Einige Arbeitsmarktdaten von Winterthur im Jahresvergleich:

	Dez. 2003	Dez. 2002	Veränderung	in %
Arbeitslosenquote	6,3 %	5,1 %	1,2 %	
Arbeitslose total	3 181	2 371	810	25 %
– Männer	1 776	1 314	462	26 %
– Frauen	1 405	1 057	348	25 %
Anteil Ausländerinnen und Ausländer	45 %	48 %	– 3 %	
Langzeitarbeitslose	635	358	277	44 %
Ausgesteuerte (kumuliert)	560	303	257	46 %

Regionales Arbeitsvermittlungszentrum RAV

Die Zahl der Stellensuchenden als Indikator der Wirtschaft

Im Jahr 2003 war erneut keine konjunkturelle Erholung absehbar, die der angespannten Arbeitsmarktsituation die erhoffte Erholung hätte bringen können; die Zahl der monatlichen Neuanmeldungen erreichte im Gegenteil neue Rekordwerte.

RAV – struktureller Wandel stellt neue Erwartungen

Die mit Stellenabbau verbundenen strukturellen Veränderungen in vielen Branchen treffen zunehmend auch qualifizierte Arbeitskräfte mittleren und höheren Alters. Dieser Trend, der sich bereits im Vorjahr abzeichnete, setzte sich fort und hatte zur Folge, dass die Anforderungen an die Personalberater und Personalberaterinnen des RAV stiegen. Nebst der markanten Zunahme der Stellensuchenden bedeutete diese Entwicklung die grösste Herausforderung für die Mitarbeitenden des RAV im abgelaufenen Jahr.

Das im Rahmen eines Globalbudgets vom Bund finanzierte RAV erweiterte den Personalbestand um insgesamt 11 Stellen. Weitergeführt wurde die Personalentwicklung auf allen Stufen. Nebst den Grundstufen für neue Personalberater und Personalberaterinnen absolvierten 4 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nebenberuflich die Vorbereitungskurse und Prüfung für eidg. diplomierte Personalberater und Personalberaterinnen. Weitere fach- und persönlichkeitsbezogene Kurse ergänzten die Bemühungen zur internen Qualitätssicherung.

Ablauforganisatorische Herausforderungen

Der Erstkontakt und die einführenden Informationen sind für die Stellensuchenden, die ans RAV gelangen, besonders wichtig. Diese Phasen wurden deshalb im Jahr 2002 neu organisiert und in einer zentralen Dienststelle «Support» zusammengefasst. Dank dieser zeitlich vorgelagerten Dienstleistung wurde einerseits erreicht, dass arbeitslose Personen unverzüglich über ihre Rechte und Pflichten im Umgang mit dem RAV informiert und die gesetzlichen Anmeldefristen trotz zeitweiligem Ansturm von Beschäftigungslosen eingehalten werden konnten. Andererseits bietet diese organisatorische Massnahme den Vorteil, dass die Personalberater und Personalberaterinnen in den Beratungsgesprächen von zeitraubenden einleitenden Informationen entlastet werden.

Einer weiteren Herausforderung wird sich das Arbeitsamt ab 1. Januar des neuen Jahres stellen müssen. Denn die Gemeinden werden ab diesem Zeitpunkt für das RAV keine Dienstleistungen mehr erbringen. Nachdem bisher die Gemeinden die Terminvereinbarungen übernommen haben, wird nun im ganzen Kanton Zürich die Direktanmeldung beim RAV eingeführt. Die Vorbereitungen im

Hinblick auf diese Umstellung waren mit erheblichem administrativem Aufwand verbunden.

Qualifizierung der Stellensuchenden Personen

Eine erfolgreiche Stellensuche setzt das Vorhandensein bestimmter Schlüsselqualifikationen voraus. Eine wesentliche Aufgabe der Personalberatenden ist es daher, bei den erwerbslosen Personen diesbezügliche Defizite auszumachen und ihnen gegebenenfalls mit geeigneten Massnahmen zu begegnen. Namentlich mit Hilfe individueller Weiterbildung im Rahmen von fach- oder persönlichkeitsorientierten Kursen können die Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg verbessert werden. Dass sich die Stellensuchenden dessen bewusst sind, zeigt die grosse Nachfrage nach solchen Weiterbildungsmaßnahmen. Am meisten beansprucht wurden die so genannten Standortbestimmungskurse, die berufliche Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen.

Art der Weiterbildung	Berichtsjahr 2003	Jahr 2002
Sprachkurse	897	520
Informatikkurse	734	555
Standortbestimmungskurse	1 619	1 000
Fachkurse (wie Hauswartkurse, Schweisskurse, Hotel, Gastronomie, CAD-Kurse, Kranführer...)	605	160
Vorübergehende Beschäftigung bei Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) und weiteren Anbietern	420	395
Motivationssemester für Jugendliche	164	145
Total	4 439	2 775

Vermittlungstätigkeit

Um in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld gleichwohl erfolgreich vermitteln zu können, ist das RAV darauf angewiesen, dass die Arbeitgeber ihre offenen Stellen von sich aus melden; eine gesetzliche Meldepflicht besteht nicht. Daraus ergibt sich das Erfordernis einer angemessenen Eigenwerbung des RAV, sei es durch öffentliche Auftritte, direkte Kontakte bei Firmen oder Verbänden oder mittels moderner Kommunikations- und Informationsmedien. Das öffentlich ausgeschriebene Stellenangebot fiel im vergangenen Jahr noch knapper aus als im Vorjahr. Dank der spezialisierten Stellenbewirtschaftung des RAV gelang es jedoch, über persönliche Kontakte an zusätzliche, nicht publizierte Stellenangebote zu gelangen.

Branche	Offene Stellen 2003	Offene Stellen 2002
Baugewerbe, Metallindustrie, Logistik und Reinigung	915	658
Kaufmännische Berufe, Verkauf und Produktion	398	380
Gastgewerbe, Gesundheit, Bildung und Informatik	539	627
Total	1 852	1 665



Treffpunkt Horizont

Der offene Treffpunkt Horizont wurde erneut stark frequentiert. Die Besucherzahl erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr gar um 20 % auf 25 685. Das Angebot des Horizonts umfasst zweckmässige Infrastruktur und verschiedene Dienstleistungen, welche bei der Stellensuche

behilflich sind, wie Schreibstube, Lesecke, Computer mit Zugang zum Internet sowie bei Bedarf die Unterstützung spezialisierter Mitarbeiter/innen bei der Redaktion von Lebensläufen und Bewerbungsschreiben.

Personelle Veränderungen

Anfangs August verliess der bisherige RAV-Leiter, Heinz Vogt, die Stadtverwaltung, um im Kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit die Stelle als Leiter der RAV-Region Mitte anzutreten. Die Leitung des RAV Winterthur, welche auch das RAV Andelfingen mit einschliesst, wurde Walter Nisple übertragen.

Arbeitsmarktliche Kontrolle der Ausländerinnen und Ausländer

Die Ausländerregelung für die Kontingentsperiode 2002/2003 brachte gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen. Der Kanton Zürich konnte aufgrund gestiegener Bedürfnisse seitens der Privatwirtschaft sein Kontingent an Jahresaufenthalten massiv aufstocken. Den Betrieben in der Stadt Winterthur konnten deshalb entsprechende Begehren meistens bewilligt werden. Vermehrt wurden im abgelaufenen Jahr auch befristete Arbeitsbewilligungen für qualifizierte Arbeitskräfte beantragt.

Folgende Bewilligungen wurden ausgestellt:

Jahresaufenthalter (Kanton)	104
Jahresaufenthalter (Bund)	10
Kurzaufenthalter L (bis 11 Monate)	310
Kurzaufenthalter L (bis 4 Monate)	360
Dienstleister 60 Tage	418
Grenzgänger	67

Insgesamt wurden 2600 Arbeitsbewilligungen ausgestellt.

Die Jahresaufenthalterkontingente von Kanton und Bund wurden im Berichtsjahr für hochqualifiziertes Fachpersonal der Dienstleistungsbranche, der Industrietechnologie, des Gesundheitswesens, aber auch für ausgewiesene Spezialisten anderer Fachgebiete ausgeschöpft.

Auch im vorliegenden Berichtsjahr fand die fortschreitende Internationalisierung verschiedener Winterthurer Unternehmungen im Bereich der erteilten Kurzaufenthalter-Bewilligungen seinen Niederschlag. Nach wie vor wird häufig von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Mitarbeitende hier in Winterthur im Rahmen von Projekten oder Praktika auszubilden, damit diese das neu gewonnene Know-how danach an ausländischen Firmenstandorten gewinnbringend einsetzen können.

Nach längerer Vorbereitungsphase wurde diesen Herbst das kantonale Projekt «e-Work-Permit» eingeführt, welches ermöglicht, Gesuche um Arbeitsbewilligungen nunmehr auch via Internet einzureichen und damit zur Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens beiträgt.

Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

2003 – Höchststände

Mehr Arbeitslose – mehr Programme

Die Arbeitsprojekte haben zum Ziel, den Beschäftigungslosen den Ein- oder Wiedereinstieg in ein reguläres Arbeitsverhältnis zu erleichtern, ihre Arbeitsmarktfähigkeit



Im Transit-Textilatelier sind Konzentration und Genauigkeit gefragt.

zu erhalten, ihre beruflichen Fähigkeiten zu erweitern sowie, bei Bedarf, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern.

Der fortdauernde Stellenabbau in der Wirtschaft, die neue Höchstzahl der Arbeitslosen, das anhaltende Bedürfnis nach zusätzlichen Beschäftigungsprogrammen, die Schwierigkeit der Projektteilnehmenden, trotz verstärkter Förderung der Schlüsselqualifikationen auf dem Arbeitsmarkt eine Anstellung zu finden – das alles sind Facetten, die das Umfeld und die Tätigkeit der KAP im Berichtsjahr massgebend geprägt haben. Eine Lagebeurteilung ergab die Notwendigkeit, die Beschäftigungsangebote differenziert und kurzfristig auszubauen, d.h. für mehr Beschäftigungsplätze zu sorgen, die bestehenden Angebote bedarfsgerecht anzupassen und schliesslich eine Verminderung der städtischen Kosten zu erreichen.

Lösungen – Anpassung und Aufstockung

Um der grossen Nachfrage nach zusätzlichen Programmplätzen insbesondere auch für ALV-Versicherte Rechnung zu tragen, wurde die Hälfte der bisherigen 60 Jahresplätze für Ausgesteuerte im vergangenen Jahr neu dem RAV zur Verfügung gestellt. Als Ersatz dafür wurden 30 neue, einfachere Arbeitsplätze zur persönlichen Stabilisierung und Förderung von Ausgesteuerten in der neu zugemieteten «Fabrikhalle Töss» im ehemaligen Rieter-Areal eingerichtet. Damit bleibt das Angebot für die Sozialhilfebeziehenden gleich gross, ist aber kostengünstiger und entspricht mehr den tatsächlichen Bedürfnissen.

Das Angebot für die Arbeitslosen, die beim RAV gemeldet sind, stieg damit von 85 auf 115 Arbeitsplätze, wobei diese allesamt – wie auch die Praktika und Jugendprojekte – über die ALV vom Bund finanziert werden.

Als weitere Massnahme sind die 22 Praktikastellen für Erwachsene und Leiharbeiter/innen um 15 auf 37 Jahresplätze aufgestockt worden.

Die bereits auf 69 Plätze erhöhten Motivationssemester des Jugendprojekts Transit wurden im Berichtsjahr mit dem neuen Schulabgänger/innen-Projekt Intermezzo um weitere 12 Jahresplätzen aufgestockt.

Insgesamt wurde das vielschichtige KAP-Angebot demnach von bisher 236 Plätzen um 67 auf 303 Jahresplätze ausgebaut, entsprechend einem Zuwachs vom 28 %, ohne der Stadt Winterthur Mehrkosten zu verursachen. Dazu kommen die 11 Jahresplätze des Abklärungskurses Kaleidoskop.

Gute Belegung

Insgesamt nahmen 1162 (907) Personen an den Integrationsmassnahmen teil, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 28 % bedeutet. Davon entfielen 668

(540) auf die Beschäftigungsprogramme, 160 (82) auf die Praktika und 203 (164) auf die Jugendprojekte. Die Abklärungskurse Kaleidoskop waren von 131 (121) Personen belegt.

Arbeitsprojekte – erfolgreiche Dienstleistung für RAV und Fürsorge

Wesentliche Stärken der KAP liegen in der massgeschneiderten Projektwahl für die Teilnehmenden, im Angebot sinnvoller Betätigungsmöglichkeiten und praxisnaher Kurse sowie nicht zuletzt in der kompetenten und zugleich vielfältigen Unterstützung der Stellensuchenden.

Stellenerfolg

Von den insgesamt 1162 (907) teilnehmenden Personen traten 885 (698) während des Berichtsjahres aus den Arbeitsprojekten aus. Von diesen fanden 262 (220) eine Stelle, was einem Anteil von 30 % (31 %) entspricht. Für 149 (117) Personen – oder 17 % – ergaben sich andere weiterführende Lösungen, 475 (361) oder 53 % (53 %) befinden auf weiterhin auf Stellensuche. Von den 333 (268) ausgetretenen anspruchsberechtigten Personen fanden 71 (69) – respektive 21 % (25 %) – während oder kurz nach Abschluss ihres befristeten Einsatzes eine dauerhafte Anstellung.

Von den 248 (150) ausgesteuerten Personen mit über zweijähriger erfolgloser Stellensuche, die freiwillig an einem Arbeitsprojekt teilnahmen, fanden 31 (37) Personen eine feste Anstellung; das entspricht einer Quote von 17 % (24 %). 144 (79) Teilnehmende erhielten von der Koordinationsstelle einen Lohn, 104 (71) bezogen Sozialhilfe.

Projekte mit der Sozialberatung

«ZAS-KAP-Projekt»

Das gemeinsame Projekt der Zentralen Anlaufstelle der Sozialberatung (ZAS) und der KAP, das im Jahr 2001 zunächst probeweise ins Leben gerufen worden ist, hat sich auch im vorliegenden Berichtsjahr bewährt. So gelang es dank der gut funktionierenden Zusammenarbeit der Beteiligten erneut, einem Teil der um Sozialhilfe ersuchenden Personen zu einem überbrückenden Arbeits-einsatz und einem Zwischenverdienst zu verhelfen.

«Work-In»

Weitergeführt wurde auch das im Jahr 2002 gestartete Projekt „Work-In“. Dieses besteht im Wesentlichen darin, dass ein Team, bestehend aus Mitarbeitenden der KAP, des RAV und der Sozialberatung Sozialhilfe Beziehenden, die den beruflichen Wiedereinstieg suchen, in arbeitsmarktlichen Belangen fachübergreifende Unterstützung anbietet.

Aus den KAP-Projekten

Papiermanufaktur Winterthur / Vereins-Service – Frauenprojekt

Die Papiermanufaktur mit dem Vereins-Service war wiederum als Beschäftigungsprojekt für Frauen sehr begehrt. 16 % (28 %) der Frauen fanden unmittelbar im Anschluss an das Arbeitsprojekt eine Stelle oder eine anderweitige Lösung. Mehr als die Hälfte, nämlich 61 % (57 %) der 162 (121) Teilnehmerinnen, waren ausländischer



Im Kaleidoskop werden individuelle Fähigkeiten und Neigungen sichtbar.

Nationalität. Neu wurde den Teilnehmerinnen ein Deutschkurs in zwei verschiedenen Niveaus angeboten und die Förderung ihrer EDV-Kenntnisse ermöglicht.

Elektrorecycling – verjüngt

Im SWICO-lizenzierten Zerlegebetrieb wurden im Berichtsjahr erneut deutlich mehr, nämlich 330 t (300 t) Elektronikgeräte fachgerecht zerlegt, deren Schadstoffe entsorgt und Wertstoffe recycelt. Die vorhandenen Arbeitsplätze wurden renoviert und die internen Arbeitsabläufe gestrafft.

Der Trend zu vermehrt jüngeren Teilnehmenden, der sich bereits im vorangegangenen Jahr abgezeichnet hatte, setzte sich fort; zugenommen hat im Berichtsjahr ferner auch der Anteil der Ausländer und Ausländerinnen. Von den 168 (147) Teilnehmenden beendeten 136 (115) ihren Einsatz. 17 (22) fanden während des Einsatzes eine Stelle und 11 (9) andere Lösungen.

Velostation – erneuert

Auch im vorliegenden Berichtsjahr erfreute sich die Dienstleistung der Velostation am Hauptbahnhof einer grossen Nachfrage. Der tägliche Dreischichtbetrieb wurde das ganze Jahr über von 74 (72) Stellensuchenden bewältigt. Von den 54 (53) Personen, die ihren Einsatz im Berichtsjahr abschlossen, waren 25 (23) Sozialhilfe Beziehende.



Ein wertvolles kulturelles und handwerkliches Erbe bleibt erhalten: Papierschöpfen

Fabrikhalle Töss – Neu: Stabilisierung für Ausgesteuerte

Die neue Werkstatt in Töss, welche Ausgesteuerten die Möglichkeit bietet, Metall- und Holzprodukte herzustellen und zugleich ihre Grundfertigkeiten zu verbessern, nahm den Betrieb Ende Jahr 2003 auf.

Kompetenzzentrum Metall – im Industriepark

Manche der Jugendlichen, deren Situation nebst der erfolglosen Stellensuche durch eine Mehrfachproblematik gekennzeichnet ist, waren auf zusätzliche sozialpädagogische Unterstützung angewiesen. Die Anmeldungen zum Motivationssemester Transit nahm dementsprechend stark zu. Von den 42 (32) anspruchsberechtigten und 1 (6) ausgesteuerten Teilnehmenden waren nach Abschluss des Einsatzes nur noch 19 (17) Personen auf Stellensuche; mit andern Worten haben 56 % eine Stelle gefunden.

Kompetenzzentrum Holz – im Busdepot etabliert

Die Holzwerkstatt Trittbrett, die Werkstatt des Transit-Holz und die Allrounder haben sich im alten Busdepot mit neu gestalteten Kursräumen und der vorhandenen Farbwerkstatt gut eingelebt.

47 (60) Teilnehmende beendeten ihren Einsatz während des Berichtsjahres, wovon 28 (28), d.h. 60 % (46 %), eine Stelle antreten konnten und 4, d.h. 9 %, eine andere Lösung fanden.

Jugendprojekte

Basislehrjahr - Transit-Plus

Von den 8 Jugendlichen des Basislehrjahrs traten im Herbst 7 das 2. Lehrjahr in einem Gastronomie- oder Hotelbetrieb an. 8 Jugendliche (5 Frauen, 3 Männer) starteten das neue Basislehrjahr im Herbst 2003. 6 Jugendliche des Pilotjahrs (2002) schlossen im vergangenen Sommer das zweite externe Anlehrjahr erfolgreich ab.

Die breite Angebotspalette des Transit-Plus vom kleinen Apéro bis hin zum fünfzügigen Menü, das auch hohen Ansprüchen genügt, erfreute sich bei der Kundschaft einer grossen Beliebtheit, was auf die Jugendlichen selbstredend sehr motivierend wirkte.

Transit – motiviert

In den drei Werkstätten Holz, Metall und Textil oder in Berufspraktika in der Privatwirtschaft haben im Berichts-



Schmuck selber gestaltet.

jahr 82 (74) Jugendliche eine vorübergehende Beschäftigung gefunden. Wie im vergangenen Jahr schaffte es immerhin ein Anteil von 72 %, auf dieser Grundlage eine Lehr- oder Anlehrstelle oder eine andere berufliche Lösung zu finden.

Intermezzo – neues Jugendangebot

Das Projekt Intermezzo ist als Vorstufe zum Motivationssemester transit gedacht und wurde im vergangenen Herbst mit 8 Teilnehmenden gestartet. Es dient dazu, schwer vermittelbare Jugendliche an die Arbeitswelt zu gewöhnen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, in einem geschützten Rahmen Fuss zu fassen und mit Unterstützung von Fachpersonen persönliche und berufliche Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Wird dieser Kurs erfolgreich absolviert, erfolgt in der Regel der Übertritt ins transit.

Basisintegrationskurs (BIK) – Migrationsprojekt

Dieses Angebot für neu eingereiste jugendliche Migrantinnen und Migranten war im Berichtsjahr gefragt denn je. 17 Teilnehmende beendeten den Basisintegrationskurs, 15 konnten dazu motiviert werden, ein zusätzliches Jahr Schule anzuhängen, 1 Person trat eine Lehre an und eine hat eine feste Beschäftigung gefunden.

Kaleidoskop – zertifizierter Strategiekurs

Der bewährte sechswöchige Abklärungs- und Strategiekurs hat auch im vorliegenden Berichtsjahr zahlreichen

Menschen auf Stellensuche zu neuen beruflichen Perspektiven verholfen. Obwohl die erfolgreiche Bewerbung nicht primäres Ziel dieses Angebots ist, haben von den 131 (121) schwer vermittelbaren Teilnehmenden dennoch 12 (18) direkt eine Stelle und 78 (52) eine weiterführende Lösung gefunden. Von den 5 (9) Sozialhilfebeziehenden war nach Kursabschluss noch eine Person ohne Anstellung.

Einzeleinsätze und Praktika – Chance im realen Arbeitsmarkt

Arbeitseinsätze in einer Firma oder einem Betrieb erhöhen die Vermittlungschancen auf dem Stellenmarkt erfahrungsgemäss beträchtlich; für die Beratungspersonen sind solche Massnahmen jedoch mit besonders viel Aufwand verbunden.

Einzeleinsätze – mehr Plätze

Die Zahl der Anmeldungen zu Einzeleinsätzen hat im Berichtsjahr markant zugenommen. Obwohl die Akquisition von geeigneten Einsatzplätzen arbeitsintensiv und schwierig war, konnte dank dem grossem Engagement aller Beteiligten doch für immerhin 171 (103) Personen eine Einsatzmöglichkeit gefunden werden. Von den 124 (74) Austretenden konnten 36 (25) eine Stelle antreten, was

einem Anteil von 29 % (34 %) entspricht; 13 Personen, d.h. 10 %, fanden eine andere Anschlusslösung.

A-Plus – in KMU

Aus den A-Plus-Praktika für schwer vermittelbare, aber motivierte Stellensuchende in der Privatwirtschaft ergaben sich 45 (31) Stellenantritte bei insgesamt 56 (42) beendeteten Einsätzen. Die erneut erfreulich hohe Vermittlungsquote von 80 % (73 %) ist auch in diesem Jahr der sehr guten, vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der KAP und den beteiligten Unternehmen (KMU) zu verdanken.

learn + earn – Überbrückung für Lehabgänger/innen

Die Zahl der Lehabgänger und Lehabgänger/innen ohne Anstellung oder andere Anschlusslösung war auch im abgelaufenen Jahr wieder Besorgnis erregend. Denn eine längere Erwerbslosigkeit bringt nicht nur eine persönliche Entmutigung, sondern es droht auch ein Verlust der fachlichen Qualifikation. Dank gemeinsamen Anstrengungen der hiesigen KMU und der Stadtverwaltung gelang es, 79 (26) stellenlosen Jugendlichen eine überbrückende Beschäftigung zu vermitteln. Daraus resultierte bei 55 Austritten für 31 Teilnehmende ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis und für 9 eine anderweitige Lösung, was einer erfreulichen Erfolgsquote von 71 % entspricht.

Departement Schule und Sport

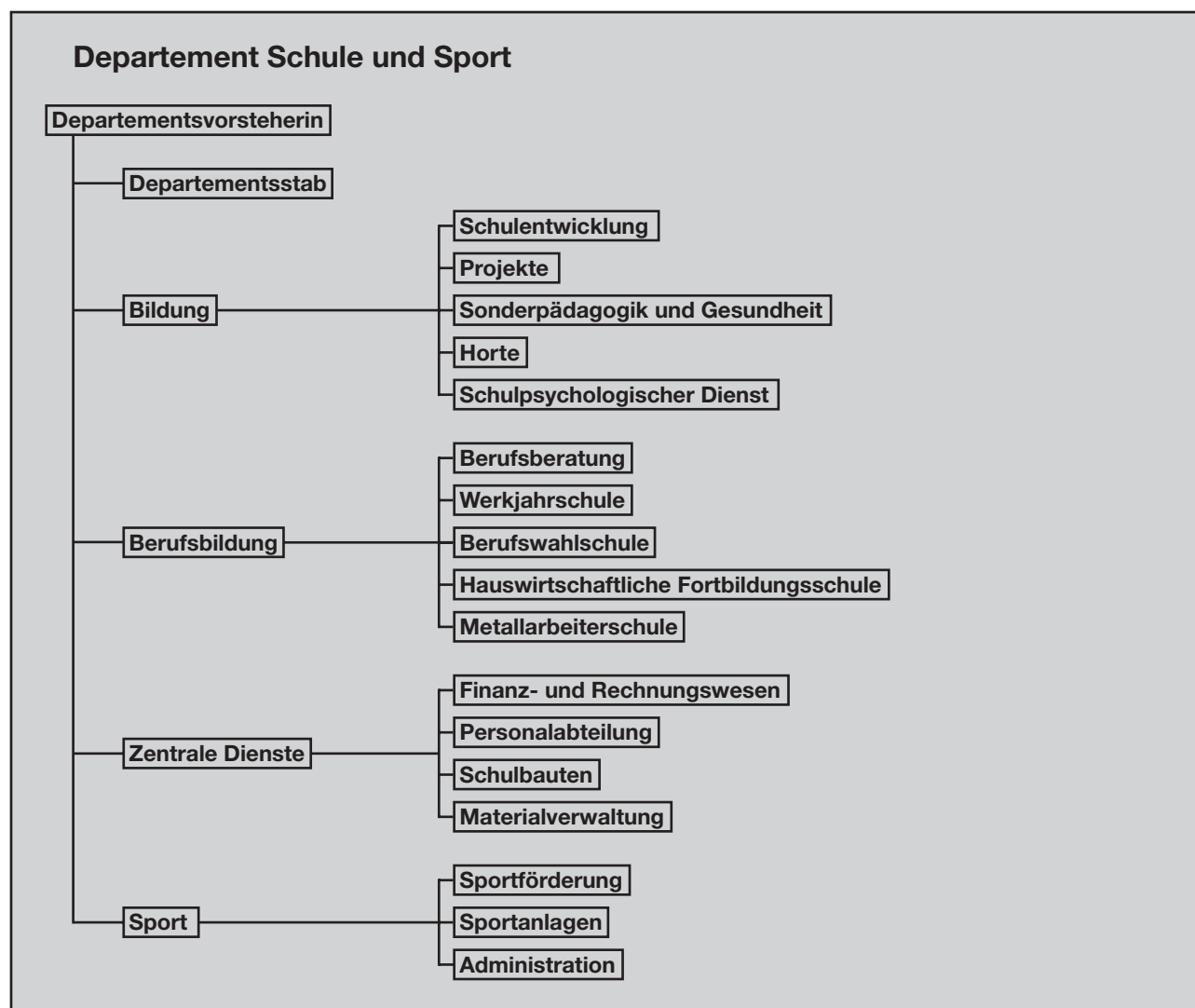
Das Departement Schule und Sport hat wiederum ein anforderungsvolles Jahr hinter sich. Nach der Genehmigung der Umstrukturierung des Departements durch den Grossen Gemeinderat konnten die vier Bereiche, wovon nur der Bereich Sport keine Änderungen erfuhr, ihren Betrieb aufnehmen. Die neue Organisationsstruktur erleichtert den Alltag und ermöglicht vor allem denjenigen Verwaltungseinheiten, welche nahe mit Volksschule und Kindergarten zusammenarbeiten, ihre Tätigkeiten besser mit den Behörden zu koordinieren.

Nach einer Vakanz übernahm im Sommer 2003 die neue Leiterin den anspruchsvollen Bereich Bildung, zusammen mit der Geschäftsführung der Zentralschulpflege. Aufgrund der abgelehnten Volksschulreform im November 2002 wurde im Berichtsjahr die Departementsarbeit stark

mit schulorganisatorischen Aufgaben belastet. Es mussten verschiedene Weisungen erarbeitet werden und – nach der erfolgreichen Volksabstimmung über die befristete Einführung von Blockzeiten in allen Schulkreisen – musste zu einer Stimmrechtsbeschwerde Stellung genommen werden. Diese wurde aber vom Bezirksrat abgewiesen, so dass per Schuljahr 2003/2004 immerhin in fünf Kreisen Blockzeiten eingeführt wurden.

Im Bereich Berufsbildung stehen mit einer möglichen Kantonalisierung der Berufsberatung und einer Restkantonalisierung der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule grössere Projekte bevor.

Im Bereich Sport zeigte sich, dass die Eishalle auf ein sehr gutes Echo in der Bevölkerung stösst. Der heisse Sommer brachte den Bädern Rekorderfolge.



Zentralschulpflege (ZSP)

Die Zentralschulpflege kann auf ein spannendes und herausforderndes erstes Amtsjahr zurückblicken, galt es doch einerseits die gemeinsame Arbeitsweise aufzubauen und andererseits wichtige Schulthemen zu bearbeiten. Die Arbeitsbelastung ist höher als erwartet.

Die Zentralschulpflege hat sich an insgesamt 25 Sitzungen mit zentralen Bildungsthemen auseinandergesetzt, die gemeinsame Entscheide erforderten. Erstmals in der Geschichte der Winterthurer Schulbehörden legte die Zentralschulpflege Legislaturziele fest, welche sie an verschiedenen Veranstaltungen in den Schulkreisen der interessierten Bevölkerung vorstellte.

Nebst vielen schulorganisatorischen Fragen beschäftigte sich die Zentralschulpflege mit einigen grossen Geschäften, welche teilweise auch durch den Grossen Gemeinderat beziehungsweise das Volk genehmigt werden mussten. Ein Höhepunkt bildete die erfolgreiche Volksabstimmung zur befristeten Einführung der Blockzeiten in allen Schulkreisen. Die Ausrüstung der Primarschulen mit Computern wurde durch die Zentralschulpflege und den Stadtrat zuhänden des Gemeinderates und der Volksabstimmung verabschiedet. Weitere grössere und kontroverse Geschäfte waren die Vorarbeiten zur Einführung der Integrativen Schulungsform in allen Schulkreisen und verschiedene Sparmassnahmen aus dem win.03-Sanierungsprogramm des Stadtrats, insbesondere im Bereich der Stütz und Fördermassnahmen. Die Zentralschulpflege ist sich bewusst, dass Sparaufträge im Bildungsbereich sorgfältig realisiert werden müssen.

Nach wie vor ist die Zentralschulpflege durch den negativen Ausgang der kantonalen Abstimmung zur Volksschulreform im November 2002 herausgefordert, Übergangslösungen in verschiedenen Bereichen zu finden. Obwohl die kantonale Unterstützung der Projekte «Teilautonome Volksschulen» (TaV) und «Qualität in multikulturellen Schulen» (Quims) für ein weiteres Schuljahr zugesagt wurde, ist die jetzige Situation nicht einfach. Hinzu kommt das kantonale Sanierungsprogramm 04, dessen konkrete Auswirkungen erst im Jahr 2004 beschlossen werden. Dies führt dazu, dass die Planung und rechtzeitige Bearbeitung der Geschäfte erschwert wird.

Die Führung der Kanzlei der Zentralschulpflege wurde durch personelle Veränderungen geprägt und konnte im Berichtsjahr noch nicht optimal aufgebaut werden. Vielmehr musste diese Aufgabe interimistisch auf verschiedene Personen verteilt werden. Seit August 2004 werden die Geschäfte durch die Leitung des Bereiches Bildung geführt.

Die Behördenreorganisation wurde insofern umgesetzt, als dass in neuen Strukturen gearbeitet wird. Die Folgen der Reorganisation sind aber weiterhin stark spürbar, beispielsweise in den unterschiedlichen Interpretationen von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung. Die Auseinandersetzungen rund um die Aufsichtsbeschwerde, welche vom Präsidenten und von den Mitgliedern der KSP Stadt gegen die ZSP und deren Präsidentin eingereicht worden ist, wurden teils in den Medien ausgetragen und erschwerten eine konstruktive und effiziente Zusammenarbeit erheblich.

Legislaturetschwerpunkte 2002 – 2006

In einer externen zweitägigen Klausurtagung hat sich die Zentralschulpflege mit ihrer Arbeitsweise und der Umsetzung der Legislaturetschwerpunkte beschäftigt. Die Integrative Schulungsform soll umgesetzt werden. Dafür hat die Zentralschulpflege eine Spezialkommission eingesetzt, welche die flächendeckende Einführung konzipiert und

koordiniert. Auch für die flächendeckende Einführung von geleiteten Schulen (TaV) hat die Zentralschulpflege eine Spezialkommission eingesetzt. Beide Spezialkommissionen arbeiten mit einem konkreten Projektauftrag der ZSP. Die Evaluation der Schulsozialarbeit und die Entwicklung eines Modells für die Schulsozialarbeit in der Stadt Winterthur soll im nächsten Kalenderjahr umgesetzt werden.

Die Arbeitsweise der Zentralschulpflege muss schrittweise und stetig überprüft und optimiert werden. Ziel ist, ein gemeinsames Verständnis der strategischen Führung der städtischen Schule zu entwickeln und mit geeigneten Massnahmen zu etablieren. Die Kreisschulpflegepräsidenten nehmen einerseits die operativen situationsbezogenen Aufgaben in den Schulkreisen wahr und gestalten gleichzeitig in der ZSP gemeinsam mit den Lehrerververtretungen und der ZSP-Präsidentin die gesamtstädtische Entwicklung der Schule Winterthur.

Kreisschulpflegen

Kreisschulpflege Winterthur-Stadt

Die Kreisschulpflege traf sich zwölfmal zu ihren monatlichen Plenarsitzungen. Erwähnt seien hier einige wichtige Stichworte wie Volksabstimmung für Blockzeiten, Einführung der integrierten Schulungsform (ISF), Mitarbeiter- bzw. Mitarbeiterinnenbeurteilung, Fortführung der geleiteten Schulen (TaV), Aufsichtsbeschwerde gegen die Zentralschulpflege und deren Präsidentin sowie die Sparmassnahmen im Schulbereich. Zu reden gab auch die grosse Belastung der einzelnen Schulpflegemitglieder und die Organisation einer regelmässigen Weiterbildung. Gegen Ende des Jahres zeichnete sich eine mögliche Lösung für die Einführung von ISF im August 2004 im ganzen Schulkreis ab. Von der Bildungsdirektion wurden einzelne Schulhäuser des Schulkreises angefragt, ob sie bei den neuen Schulversuchen (Grundstufe, Neue Schulaufsicht) mitwirken wollten.

In einzelnen Klassen traten vermehrt spezielle Probleme mit einzelnen Schülerinnen und Schülern auf, die ein eigentliches Krisenmanagement erforderten. Die Schulsozialarbeit als erste Anlaufstelle bei solchen Ereignissen war stark gefordert. Eine Ausweitung der bisherigen 35 %-Stelle für den ganzen Schulkreis mit rund 1200 Schülern ist dringend nötig.

Kreisschulpflege Mattenbach

In diesem Jahr hat sich die neue Struktur etablieren können, ein Arbeiten ohne ein Sekretariat der Kreisschulpflege (KSP) ist bereits für viele unvorstellbar geworden. Um den Budgetvorgaben zu genügen, wurde die Zahl der von der KSP vorzunehmenden Schulbesuche halbiert, was immer noch den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Zusammen mit andern Einschnitten gelang es, innerhalb des finanziellen Rahmens zu arbeiten. Zwei KSP-Mitglieder, die ausgetreten sind, konnten innert nützlicher Frist ersetzt werden.

Auch dieses Jahr war von vielen Gesprächen geprägt: Eltern und Lehrpersonen traten mit den verschiedensten Problemen an die KSP heran und diese bemühte sich, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und gute Entscheide zu fällen. Der Aufwand im pädagogischen Bereich hat in allen Schulhäusern und Kindergärten stark zugenommen und belastet die Lehrerschaft stark.

Kreisschulpflege Oberwinterthur

Neben den normalen Aufgaben haben die vielen Projekte die Kreisschulpflege zusätzlich stark in Anspruch

genommen. Sie hat sich intensiv mit den verschiedenen Blockzeiten-Modellen auseinander gesetzt. Der Bezug der Neubauten in Hegi hat begonnen. Im Februar wird «Im Gern» ein neuer Kindergarten bezogen, so dass die Kleinsten den Schulweg zu Fuss machen können. Die Zuzüge von schulpflichtigen Kindern in den neu erstellten Siedlungen in Hegi sind kleiner als erwartet. Neue Klassen müssen voraussichtlich erst im Sommer 2004 eröffnet werden. Der dafür benötigte Schulraum kann kurzfristig durch Miete von geeigneten Räumen zur Verfügung gestellt werden.

Die Arbeit der Kreisschulpflege war auch durch die Sparprogramme des Kantons Zürich und der Stadt Winterthur geprägt. Die Suche nach Sparmöglichkeiten und dem noch effizienteren Einsatz der finanziellen Mittel ist eine Daueraufgabe. Andererseits ist eine Zunahme von stark belasteten Regelklassen festzustellen. Die Lehrpersonen sind immer häufiger mit schwierigen und verhaltensauffälligen Kindern konfrontiert, welche sehr viel Einzelbetreuung benötigen.

Die Schule Rychenberg ist nun die dritte gegliederte Sekundarschule im Schulkreis Oberi. Am Ende dieses Schuljahres wird die Schule Lindberg als erste einen ganzen Klassenzug als gegliederte Sekundarschule beenden.

Kreisschulpflege Seen

Die Kreisschulpflege behandelte die anstehenden Geschäfte in zehn Plenar-, ebenso vielen Büro- und diversen Ressortsitzungen. Viel Zeit nahm die Diskussion und Planung der Blockzeiten in Anspruch, deren Einführung aufgrund der unsicheren Ausgangslage bezüglich Volksentscheid um ein Jahr verschoben werden musste. Ebenso intensiv wurden die Sparprogramme von Stadt und Kanton diskutiert. In diesem Zusammenhang initiierte die Kreisschulpflege Seen eine Petition gegen den im Sanierungsprogramm des Kantons vorgesehenen Abbau des Handarbeitsunterrichtes, welche an alle Schulbehörden im Kanton Zürich geschickt wurde.

Der Stellenmarkt im Bereich der Primarschule zeigte sich merklich entspannt. Nach wie vor war es jedoch sehr schwierig, geeignete Lehrpersonen für die Oberstufe, insbesondere für das Niveau B und C, zu rekrutieren, so dass mangels Lehrperson einige Schülerinnen und Schüler in den benachbarten Schulkreis zugeteilt werden mussten. Im Kindergarten mussten zwei Abteilungen kurzfristig infolge einer dringlichen Dachsanierung vorübergehend umquartiert werden.

Für den Hort in Sennhof und im Schulhaus Tägemoos wurde auf Beginn des neuen Schuljahres die Eröffnung eines Mittagstisches beantragt. Infolge der angespannten finanziellen Lage und aufgrund des sich durch die Verschiebung der Blockzeiten reduzierten Bedürfnisses wurde lediglich der Mittagstisch Tägemoos realisiert.

Kreisschulpflege Töss

Die Alltagsgeschäfte wurden an elf Schulpflegesitzungen und in verschiedenen Ressorts behandelt. Bereits im Frühling zeichnete sich ab, dass das Schulhaus Laubegg weiterhin zu wenig Klassenräume hat. Seit dem neuen Schuljahr werden im Singsaal, in einem Hortraum und im ISF-Zimmer Klassen unterrichtet. Mit einer Projektwoche hat das Schulhaus Laubegg die festliche Schulhaus-einweihung vom 5. Juli 2003 vorbereitet. Gemäss Projektvereinbarung müssen die TaV-Schulen in Töss ein Elternforum einberufen. Das Schulhaus Eichliacker hat bereits damit angefangen, die zwei anderen TaV-Schulhäuser sind am Aufbau. Mit dem Nein zur Volksschulreform konnte das Schulhaus Gutenberg/Zelgli nicht mehr ins TaV ein-

eigen. Mit der Erhöhung der Schulgelder für auswärtige Schülerinnen und Schüler auf 2004 war bereits seit längerem bekannt, dass die Schulpflege Brütten andere Gemeinden in Bezug auf Schulung ihrer Oberstufenschülerinnen und -schüler prüfen würde. Am 2. Dezember 2003 hat sich die Gemeindeversammlung von Brütten für Nürensdorf entschieden. Gemeinsam mit dem Departement Schule und Sport, dem Schulhausteam und der Kreisschulpflege wird Brütten eine Übergangslösung zum Wohle der Jugendlichen angeboten. Im Kindergarten Steig wird seit dem Schuljahresbeginn konsequent in der Standardsprache (Hochdeutsch) unterrichtet. Der allfällige Abbau des Handarbeitsunterrichts in der 5. und 6. Klasse war Anlass für einen Tag der offenen Tür am 27. November 2003 in allen Handarbeitsklassen in Töss.

Kreisschulpflege Veltheim

Die ersten Erfahrungen mit der Aufteilung der Schulpflege in teilautonome Ressorts verliefen mehrheitlich positiv, so dass in den zehn Plenumsitzungen mehr Zeit blieb, sich mit schulpolitischen Fragen zu befassen.

Rückläufige Kinderzahlen führten dazu, dass eine Kindergartenabteilung geschlossen wurde und eine weitere musste mit einem reduzierten Pensum geführt werden. Den zehn Kindergartenabteilungen waren 165 Kinder zugeteilt, 497 Schülerinnen und Schüler besuchten die 24 Klassen der Primarschule und an der Sekundarschule A, B und C wurden in 14 Klassen 241 Jugendliche unterrichtet.

Wegen der zunehmenden Zahl von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten musste eine Kleinklasse D Oberstufe eröffnet werden. Im Weiteren wurde eine Kleinklasse D Mittelstufe vom Schulkreis Mattenbach nach Veltheim versetzt.

Die Nachfrage nach der Betreuung in den Tages-, Mittags- oder Nachmittagshoten war sehr gross, so dass nicht alle Kinder aufgenommen werden konnten.

Kreisschulpflege Wülflingen

Neben den Routinegeschäften beanspruchte im ersten Halbjahr die Einführung der Blockzeiten an der Unterstufe alle Beteiligten stark. Aufgrund des Referendums gegen den vom Gemeinderat befürworteten Blockzeitenkredit waren die Vorbereitungen noch aufwändiger. Die Kindergärtnerinnen sind vermehrt mit verhaltensauffälligen Kindern mit besonderen Bedürfnissen konfrontiert, die es in die Abteilung zu integrieren gilt. Eine Fachfrau steht ihnen für Beratungen und Begleitungen in schwierigen Situationen zur Verfügung. Neben dem Schwimmbad ist im Quartier Wässerwiesen eine grosse Überbauung mit knapp 400 Wohnungen entstanden. Die zugezogenen Kinder konnten wider Erwarten alle in bestehende Klassen integriert werden. Die Schülerzahlen in der Schule Neuburg nehmen kontinuierlich ab. Die Eltern und Anwohner in Neuburg sind im November an einer Informationsveranstaltung über mögliche Lösungen orientiert worden. Der Ressortleiter Horte befasste sich im zweiten Halbjahr vor allem mit der Kindertagesstätte in der Überbauung Wässerwiesen, die auf privater Basis eröffnet werden soll.

Unselbstständige Aufsichtskommissionen

Aufsichtskommission der msw-winterthur

Die Konstituierung der neuen Aufsichtskommission fand unter der Leitung der Präsidentin an der ersten Sitzung vom 30. Januar 2003 statt. Um einen Überblick über die Projekte des Ausbildungsbetriebes zu erhalten, infor-

mierte die Schulleitung über den Stand des Bauprojekts, die internen Arbeitsgruppen, über die Organisation der Schule und das zukünftige Berufsausbildungsangebot der msw-winterthur. An weiteren Sitzungen genehmigte die Aufsichtskommission das neue Berufsausbildungsangebot, das ab Schuljahr 2004/05 18 Polymechaniker-, 18 Automatiker-, 18 Elektroniker-, 4 Informatiker- und 2 Anlagen- und Apparatebauerlehrstellen pro Jahr umfasst. Zudem wurde zur Kenntnis genommen, dass die Geschäftsordnung der Aufsichtskommission noch an die kantonale Gesetzgebung angepasst werden muss und somit erst im Frühjahr 2004 in Kraft gesetzt werden kann.

Aufsichtssektion Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) an der BFS

Wichtiges Traktandum der Sektionssitzung im Januar 2003 war die Einführung der Mitarbeiter- bzw. Mitarbeiterinnenbeurteilung (MAB) auf den Sommer 2003. Im September traten neue Aufsichtsmitglieder ihr Amt an, nachdem vor den Sommerferien einige aus der Aufsichtssektion ausgetreten waren.

Selbstständige Aufsichtskommissionen

Aufsichtskommission Sonderschulen

Die Aufsichtskommission Sonderschulen behandelte an vier Sitzungen die Geschäfte der städtischen Schulen:

- Ausführungsbestimmungen über die Aufnahme, Beförderung, Dispensation und Entlassung von Schülerinnen und Schülern
- Wahl eines neuen Schularztes für die Maurerschule
- Budget 2004
- Berichte über die Schulkontakte
- Erhöhung der Schulgelder an den drei städtischen Schulen
- Pensen an den verschiedenen Schulen

Aufsichtskommission der Berufswahlschule und der Werkjahrschule

An der zweiten Sitzung der Amtsperiode vom 25. Juni 2003 genehmigte die Aufsichtskommission (AK) das Budget 2004. Die Schulleitungen konnten über ein erfolgreiches Schuljahr 2002/03 berichten. Am 5. November 2003 fand die dritte AK-Sitzung statt. Die Schulleitungen berichteten über einen guten Start des Schuljahres 2003/04. Die AK diskutierte den Antragsentwurf an den Grossen Gemeinderat betreffend Schulgelderhöhung für Schülerinnen und Schüler, die in anderen Gemeinden wohnhaft sind und die Erhebung eines Schulgeldes für in Winterthur wohnhafte Schülerinnen und Schüler. Die AK war sich einig, dass auch der Erlass der Schulgelder sozial vertretbar geregelt werden muss.

Departementssekretariat

Das Departementssekretariat war durch die personellen Vakanzen sehr stark belastet. Immer wieder mussten für einzelne Bereiche und Abteilungen Aufgaben notfallmässig übernommen werden. Per Ende Oktober fand die räumliche Trennung zwischen dem Bereich Bildung und dem Departementssekretariat statt: Die Leitung des Bereiches Bildung mit den Projekten und dem Sekretariat zog an die Mühlestrasse 10.

Neben den Stadtrats- und Gemeinderatsgeschäften mussten zahlreiche juristische Abklärungen, insbesondere auch für die Zentralschulpflege, und Stellungnahmen verfasst werden.

Bereich Bildung

Die interne Umstrukturierung des Departements konnte in diesem Geschäftsjahr vollzogen werden. Der Bereich Bildung wurde neu geschaffen. Er umfasst die Abteilungen Horte, Schulpsychologischer Dienst, Sonderpädagogik und Gesundheit sowie den Fachbereich Schulentwicklung und Schulqualität mit seinen Projekten. Im Juni 2003 konnte die Bereichsleitungsstelle besetzt werden. Im Vordergrund der Tätigkeiten der Bereichsleiterin stand die Integration und Vernetzung der Abteilungen und Fachbereiche und der Aufbau des Bereichssekretariates. Ziel des Bereichs Bildung ist es, die Bildungsfragen auf gesamtstädtischer Ebene vernetzt anzugehen, um die gemeinsame Bearbeitung einzelner Schulthemen durch das Departement und die Zentralschulpflege besser koordinieren zu können.

Die Bereichsleiterin betreut gleichzeitig als Schreiberin der Zentralschulpflege die Kanzlei und ist für die Vorbereitung und die planmässige Abwicklung der Geschäfte zuständig.

Schulentwicklung / Schulqualität

Seit August 2003 ist die neu geschaffene 50 %-Stelle «Schulentwicklung und Schulqualität» innerhalb des Bereichs Bildung besetzt. Qualitätsentwicklung im Bildungswesen ist nicht neu – auch in Winterthur nicht. Diesbezüglich wurde und wird vieles geleistet und initiiert. Einerseits auf der Ebene der einzelnen Lehrperson im Unterricht, in den Schulhäusern der einzelnen Teams und andererseits auf der kantonalen Ebene mit den Projekten Teilautonome Volksschulen (TaV), Qualität in multikulturellen Schulen (QUIMS), Blockzeiten – welche alle mit Schulentwicklung und Schulqualität zu tun haben. Als eines der grossen Projekte wird die Einführung und flächendeckende Umsetzung der integrativen Schulungsform (ISF) konzipiert und geplant. Eine Spezialkommission der Zentralschulpflege, zusammengesetzt aus verschiedenen Vertretungen aus dem Bildungsbereich der Stadt Winterthur, erarbeitet die notwendigen Unterlagen für die Umsetzung in den Kreisen und Schulhäusern. Die Zentralschulpflege definierte die flächendeckende Einführung des ISF als eines ihrer Legislaturziele. Die schrittweise Einführung soll mit Beginn des Schuljahres 2008/09 abgeschlossen und ISF in allen Schulkreisen umgesetzt sein. Auch in diesem Projekt ist es notwendig, dass die Qualitätsentwicklung der Schule in die lokalen Bedürfnisse eingebettet ist. Zu beachten sind aber auch kantonale Entwicklungen, gesetzliche Grundlagen und fachliche Erkenntnisse.

Beratungsstelle für Kindergartenlehrkräfte

Über- wie Unterforderung von Kindern zeigt sich vielfach in überbordendem Verhalten oder extremem Rückzug. Die Art und Weise sowie der Erfolg der individuellen Unterstützung und Führung der Kinder durch die Kindergartenrätin hängt weitgehend von der richtigen Einschätzung und dem Verständnis der zu Grunde liegenden Probleme ab. Kinder teilen ihre Befindlichkeit primär über ihr Verhalten mit. Dabei Übersetzungshilfe zu leisten und gemeinsam einen individuellen Massnahmenkatalog zu

erarbeiten, war die vordergründige Arbeit in diesem Jahr. Für die Umsetzung braucht die Kindergärtnerin neben Achtsamkeit, Zuwendung und fürsorglicher Konsequenz vor allem Zeit. Diese ist in einer Klasse, geprägt von bedürftigen Kindern mit unterschiedlichsten Problemstellungen, nicht immer gegeben. Förderkindergärtnerinnen können hier spezifische und direkte Unterstützung leisten. Dies zeigt das in Oberwinterthur, durch die Beratungsstelle betreute, laufende Projekt.

Von den Beratungen in diesem Jahr machten 45 (Vorjahr 44) Kindergärtnerinnen Gebrauch. Betreut wurden 30 (28) Kindergärten mit 46 (65) Besuchen. Zu behandeln waren 60 (58) Einzelfälle und 4 (4) Klassenproblematiken. Während dem krankheitshalber 3½-monatigen Ausfall der Beratungen wurden zwei Notfälle durch eine Vertretung betreut.

Exploratio

Das Exploratio ist von der Universität Zürich wissenschaftlich begleitet worden. Im März 2003 lag der Schlussbericht (siehe www.exploratio.ch) vor.

An der Bachtelstrasse ist im Explo nebst den üblichen Modulen Grundkurs, Robotik, Aktivitätszirkel und Projektarbeit im Frühjahr 2003 zum ersten Mal ein Philosophiemodul durchgeführt worden. Während eines Quartals haben sich die hochbegabten Schülerinnen und Schüler mit Fragen nach dem Grund, dem Ursprung und dem Sinn allen Seins auseinandergesetzt. Anstelle von Antworten sind Fragen gesucht worden. Der alljährliche Schlusstag mit den Eltern stand dann auch im Zeichen der Philosophie: Im Quartierzentrum Holzlegistrasse trafen sich über 100 Leute, um einen «philosophischen» Postenlauf zu absolvieren und gemütlich zusammen zu sitzen. Nach den Sommerferien startete der Unterricht mit 55 Kindern und zwei Fachlehrerinnen. Aktuell nehmen 51 Kinder am Explo teil. 23 Kinder befinden sich auf der Warteliste.

Projekt zur Einführung der Informatik in der Primarschule

Konzept zur Einführung der Informatik in der Primarschule

Anfang Dezember hat der Stadtrat die Weisung zur Einführung der Informatik in der Primarschule zuhanden des Grossen Gemeinderats verabschiedet. Aufgrund der win.03-Sparmassnahmen musste auf die Ausrüstung der Unterstufe mit neuen Computern verzichtet werden. Die Vorlage wird dem Volk im Jahr 2004 zur Abstimmung vorgelegt.

Das Konzept sieht vor, dass die Primarschulhäuser vernetzt und ans Internet angeschlossen werden. In grösseren Schulhäusern wird ein Server installiert. Jede Klasse der Mittelstufe soll mit durchschnittlich vier Computern ausgerüstet werden, ein Teil davon soll in Form eines mobilen Laptop-Pools dem ganzen Schulhaus zur Verfügung stehen.

Schulleitungs-/Verwaltungscomputer

Während den Sommerferien wurde in allen Primar- und Sekundarschulhäusern je ein Schulleitungs-/Verwaltungs-

scomputer installiert und an das städtische Intranet und ans Internet angeschlossen. Er dient den Schulleitungen und den Lehrpersonen zur Erledigung ihrer administrativen Aufgaben und ermöglicht den Kontakt zu den einzelnen Schulhäusern und der Verwaltung. Die Informatikdienste Winterthur (IDW) arbeiteten bei der Auslieferung und Installation der 52 Computer und Drucker eng mit der Metallarbeiterschule (msw) zusammen und ermöglichte damit den Lehrlingen, interessante Aufgaben wahr zu nehmen.

Vorbereitungscomputer für die Lehrpersonen

1995 wurden die Primarschul-Lehrerzimmer mit je einem Computer ausgerüstet, der den Lehrpersonen zur Unterrichtsvorbereitung dient. Die Geräte genügen heutigen Standards schon länger nicht mehr und werden per März 2004 ersetzt. Es zeigte sich auch, dass nur ein Computer pro Lehrerzimmer den Bedürfnissen der Lehrkräfte nicht genügt. Für die grösseren Schulhäuser müssen zusätzliche Geräte angeschafft werden.

Sonderpädagogik und Gesundheit

Die Umstrukturierung im Bereich Bildung hatte auch auf den Bereich Fachdienste Auswirkungen. So wurde der Schulpsychologische Dienst neu der Bereichsleitung Bildung direkt unterstellt. Gleichzeitig wurden die Fachdienste in Sonderpädagogik und Gesundheit umbenannt und ebenfalls der Bereichsleitung Bildung unterstellt. So verbleiben noch die drei städtischen Schulen, die Schulzahnklinik, die Schulzahnpflege, der schulärztliche Dienst und die Abteilung Sonderschulung, die durch die Leitung Sonderpädagogik und Gesundheit geführt und koordiniert werden.

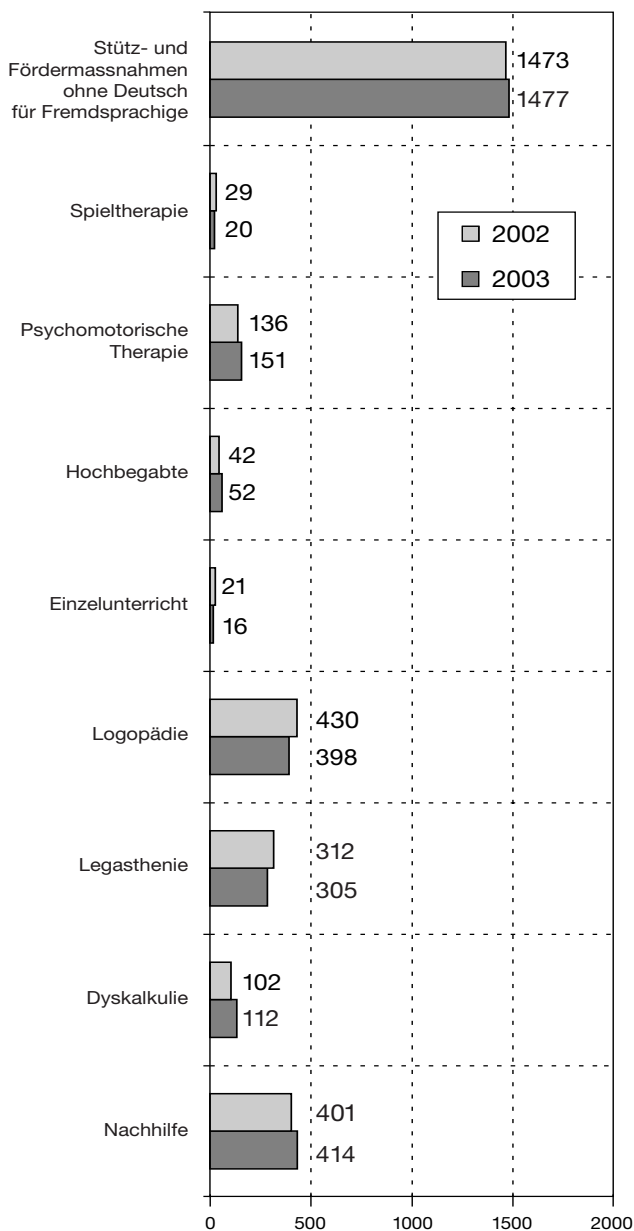
Die Erweiterungsprojekte an den städtischen Schulen liefen gut und stehen im Moment in unterschiedlichen Projektierungsphasen. So hat der Kanton und der Bund die Raumprogramme der Michael- und der Maurerschule bewilligt. Die Bewilligung des Raumprogramms der Kleingruppenschule ist noch ausstehend. Für den Erweiterungsbau der Michaelschule wurde die Jurierung durchgeführt. Die Bildungsdirektion hat im Zusammenhang mit Subventionen an Bauvorhaben erstmals auf den «Neuen Finanzausgleich» hingewiesen. Allfällige Bauten für die drei städtischen Schulen müssen bis 2007/2008 abgerechnet sein, damit der Bund überhaupt noch Beiträge leistet.

Abteilung Sonderschulung

Die strukturellen Sparmassnahmen (win.03), vor allem aber die Einsparungen im Bereich der Stütz- und Fördermassnahmen hat die Abteilung Sonderschulung ab Beginn dieses Projektes enorm beansprucht. In der Folge wurde ein entsprechender Massnahmenplan ausgearbeitet und in der Zentralschulpflege behandelt. Eine Projektgruppe wird sich mit der Umsetzung des Gruppenunterrichts bei der Nachhilfe konkreter auseinandersetzen müssen. Als Sofortmassnahme wurde beschlossen, den Gruppenunterricht bei der Nachhilfe bereits ab Schuljahr 2003/04 zu erproben. Der Einzelunterricht im Deutsch für Fremdsprachige wurde aufgehoben. Die Schülerinnen und Schüler wurden in bestehende Gruppen umgeteilt.

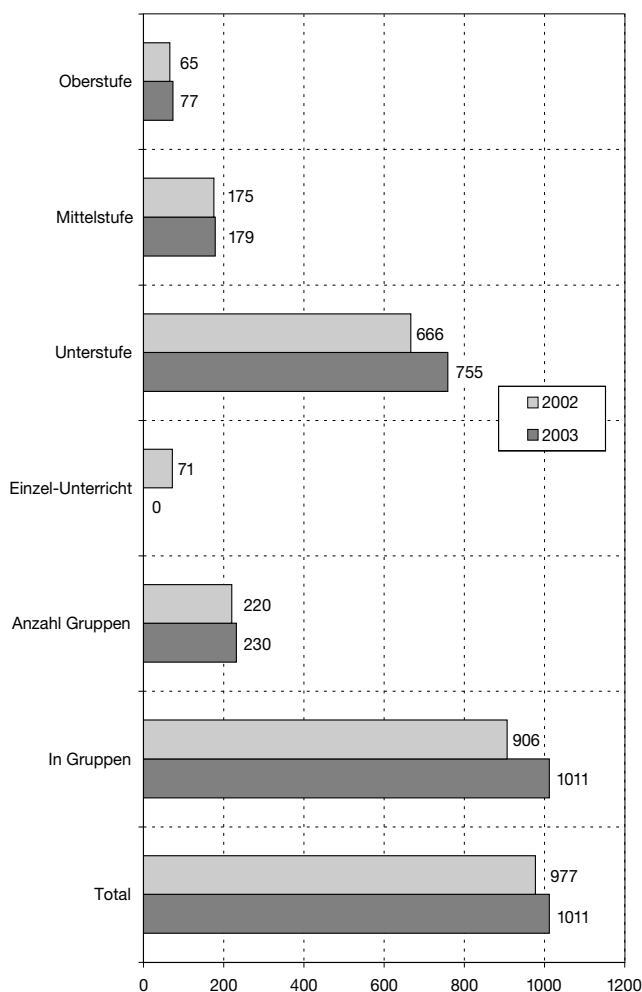
Legasthenie, Nachhilfe, Dyskalkulie, Psychomotorik, Spieltherapie, Hochbegabung

Stütz- und Fördermassnahmen (SFM)



Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Winterthur wurde ab Schuljahr 2003/04 Gruppenunterricht in der Nachhilfe eingeführt. Es sollen nach Möglichkeit Gruppen zwischen zwei und vier Kindern gebildet werden. Auswirkungen auf die Kinderzahlen wird dies vermutlich keine haben. Lediglich bei den Lohnkosten wird es ab dem nächsten Jahr Veränderungen geben. Die Einteilung in Gruppenunterricht gestaltet sich nicht so einfach, da auf Schulstufe, Art der Schwierigkeit und auch auf die Örtlichkeiten geachtet werden muss. Zugeteilt werden kann nur, wenn eine schulpsychologische Untersuchung beziehungsweise ein entsprechender Bericht vorliegt. Im Weiteren muss Schulraum zur Verfügung gestellt werden, da der Gruppenunterricht im Schulhaus stattfinden soll.

Deutsch für Fremdsprachige



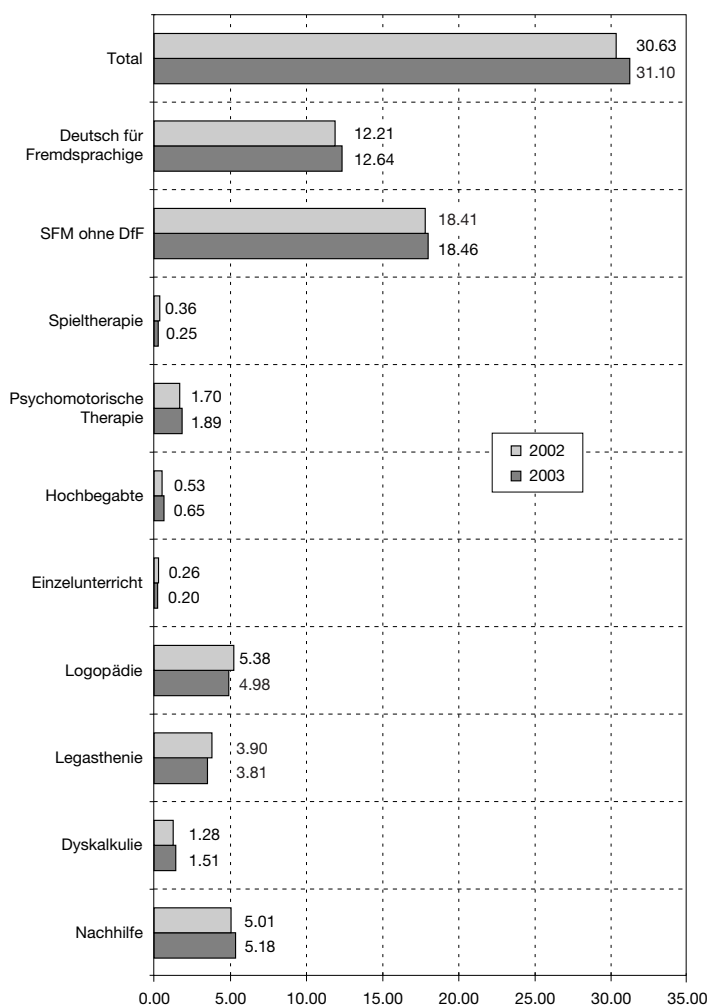
Beim Einzelunterricht handelte es sich um Kinder und Jugendliche, die nicht mehr in den Regelklassen geschult werden konnten und für die andere Lösungen gesucht werden mussten. Als Übergangslösung wird in solchen Fällen von den Kreisschulpflegern Einzelunterricht beantragt. Im Rahmen der Sparmassnahmen wurde beschlossen, dass sich die KSP-Präsidentinnen und KSP-Präsidenten über weitere Anträge gegenseitig in Kenntnis setzen.

Deutsch für Fremdsprachige (DfF)

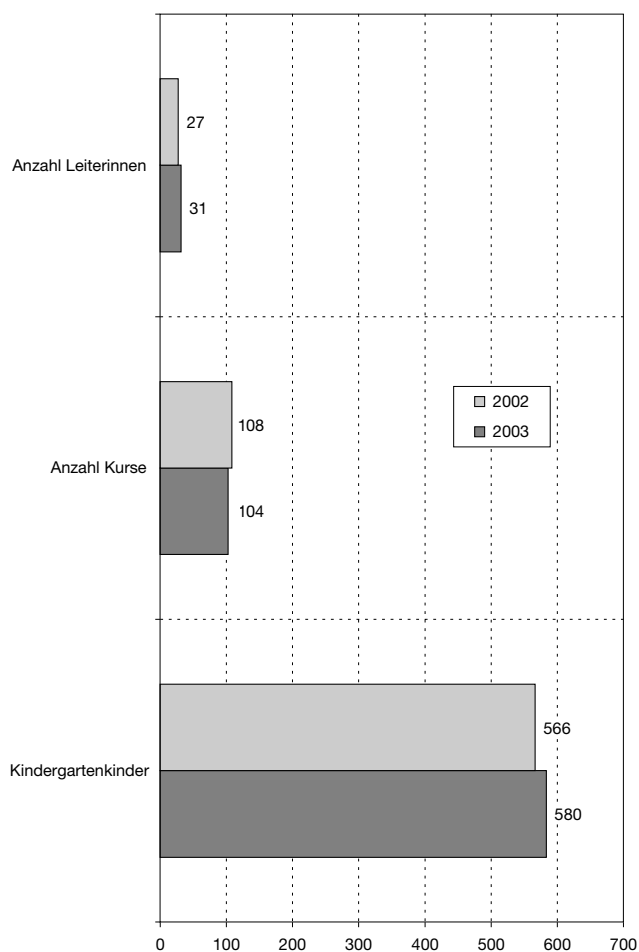
Die Zahl der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler, welche die Deutschstunden für Fremdsprachige besuchten, stieg auch dieses Jahr leicht an und zwar von 977 auf 1011. Die Unterstufe war wie immer am stärksten vertreten. Viele Kinder benötigten den Deutschunterricht beim Start ihrer schulischen Laufbahn.

Auf das Schuljahr 2003/04 wurde aus Spargründen (win.03) der Einzelunterricht im DfF reduziert. Den Einzelunterricht besuchten vorwiegend diejenigen Schülerinnen und Schüler, die aus der Kleinklasse E (Klasse für neu zugezogene fremdsprachige Kinder) in die Regelklasse eintraten. Nun werden sie direkt in eine DfF-Gruppe eingeteilt, was eine grosse Herausforderung an die Fachlehrerinnen und -lehrer stellt.

Stütz- und Fördermassnahmen (SMF) in Prozent zu den Gesamtschülerinnen und -schülerzahlen



Mundartkurse



Mundartkurse

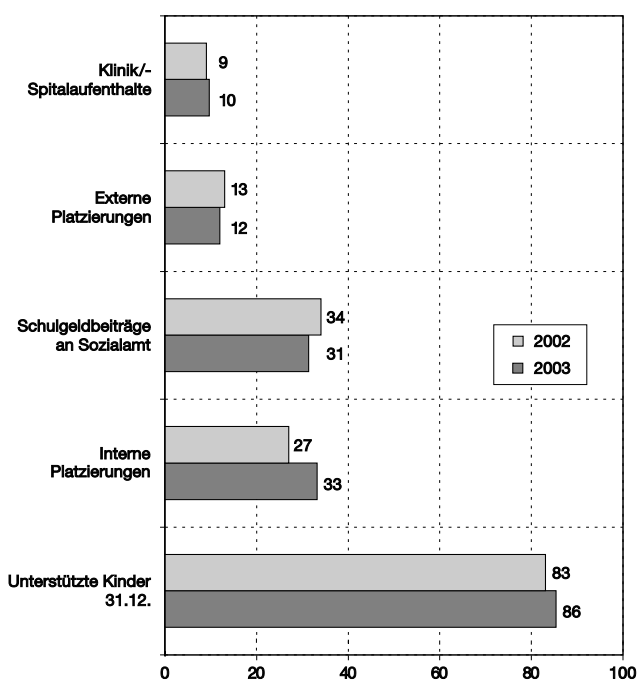
Die Zentralschulpflege entschied im Sommer 2003, die Mundartkurse im bisherigen Rahmen zu belassen. So gibt es bei der Anzahl Kinder in den Mundartkursen nur eine geringe Abweichung gegenüber dem Vorjahr (von 566 auf 580).

Für das nächste Schuljahr ist jedoch ein neues Konzept geplant. So wird das Angebot der verschiedenen Kurszeiten überprüft. In den letzten Jahren konnten die Kindergartenkinder entscheiden, welche Kurse für ihre Kinder notwendig sind. Es gab folgende Kursmöglichkeiten: 1 x 30 Min.; 2 x 30 Min.; 1 x 40 Min. oder 2 x 40 Min. pro Woche.

Heimschulung und externe Sonderschulung

In der zweiten Jahreshälfte hat der Kanton angekündigt, die Mindestversorgertaxen für die Heimplatzierungen per 1. Januar 2004 zu erhöhen. Die entsprechende Kostensteigerung von rund 40% musste im Budget für das folgende Jahr aufgenommen werden.

Heimplatzierungen



Sprachheilkindergarten

Vom Januar bis Juli besuchten 46 Kinder einen der fünf Sprachheilkindergärten in Winterthur. Vom August bis Dezember waren es 44 Kinder. Die Verteilung auf die einzelnen Stadtkreise zeigt die Statistik.

	Total	Mädchen	Knaben	IV-bewilligt	1. Jahr	2. Jahr	Fremdsprachige
Mattenbach	9 / 8	0 / 0	9 / 8	9 / 8	7 / 5	2 / 3	4 / 3
Oberwinterthur	9 / 8	7 / 2	2 / 6	9 / 7	8 / 8	1 / 0	7 / 7
Wülflingen	10 / 10	5 / 3	5 / 7	10 / 10	8 / 9	2 / 1	7 / 7
Veltheim	9 / 8	2 / 2	7 / 6	9 / 8	8 / 8	1 / 0	4 / 7
Töss	9 / 10	5 / 4	4 / 6	9 / 10	7 / 7	2 / 3	7 / 9
Total	46 / 44	19 / 11	27 / 33	46 / 43	38 / 37	8 / 7	29 / 33

In den Sprachheilkindergärten sind die vielen und grossen Sprachdefizite mit wahrnehmungsspezifischen Unterrichtssequenzen und pädagogischem Wissen kindergerecht therapiert worden. Die Sprachheilkindergärten Mattenbach, Töss und Oberwinterthur haben die Form der Halbtagesstruktur gewählt. Somit werden Kinder vom Sprachheilkindergarten pro Tag nur zwei Mal mit dem Schulbus transportiert, und sie erhalten eine regelmässige Tagesstruktur. Auch dieses Jahr wurde ein Weiterbildungstag organisiert. Im Seminar Unterstrasse wurde die Grundstufe besucht.

Ambulante Logopädietherapie

21 Logopädinnen und Logopäden der städtischen Ambulatorien behandelten 398 Kinder, davon 96 im Kindergartenalter. Für 156 Kinder erhielt die Stadt eine Kostenvergütung der Invalidenversicherung.

In den städtischen Ambulatorien, Sprachheilkindergärten und Kleinklassen C arbeiten insgesamt 27 Logopädinnen und 4 Logopäden. Auf das Schuljahr 04/05 wird die Stelle der Leitung des logopädischen Dienstes der Stadt Winterthur besetzt. Themen wie Mitarbeiter- bzw. Mitarbeiterinnenbeurteilung, Prävention, Konzept- und Projektarbeit, Teamentwicklung können angegangen und im beruflichen Alltag umgesetzt werden. Diese Umsetzung ist in einer Zeit der Entwicklung und Veränderung der Sonderpädagogik von besonderer Bedeutung.

Kleinklassen C (für hör- und sprachbehinderte Kinder)

Im Jahr 2003 besuchten 87 Kinder die Kleinklasse C. Es wurden 7 Klassenzüge geführt. Aufgrund der grossen Klassenbestände war es sehr schwierig, die Schülerinnen und Schüler optimal individualisiert zu fördern. In der täglichen Praxis zeigt sich, dass viele Schülerinnen und Schüler mit komplexen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Das gesamte C-Team nahm an einer Weiterbildungsveranstaltung zum Thema «Zusammenhänge zwischen Sprach- und Verhaltensauffälligkeiten» teil.

Heilpädagogische Schule, Michaelschule

Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler betrug Anfang Schuljahr 93 (Vorjahr 96) Kinder, verteilt auf 17 (Vorjahr 16) Abteilungen. Durch die Zunahme der mehrfachbehinderten Kinder wurde die Eröffnung einer dritten Förderklasse auf Schuljahresbeginn notwendig.

Nach einer intensiven Orientierungsphase über die Integration sonderschulberechtigter Kinder in die Volksschule wurden erstmals in Winterthur zwei Kinder in die



«Sich begegnen» (Projekt Umkreis)

Regelklasse integriert. Die Fachstelle Integration wertet die gewonnenen Erfahrungen für die Überarbeitung des Leitfadens «Integration» laufend aus. Verschiedene konzeptionelle Schwerpunkte konnten in diesem Jahr unter engagierter Mitwirkung des Kollegiums abgeschlossen werden: Einerseits wurde das Vorgehen für eine entwicklungsorientierte Förderplanung geklärt, andererseits wurde aus eigener Initiative ein Konzept erstellt, welches für Kinder und Mitarbeitende den Schutz vor körperlicher Gewalt oder körperlichem Missbrauch erhöht. Ebenfalls wurde der schulinterne Hort als eigenständiger Fachbereich durch die Erarbeitung eines Konzeptes gestärkt, um seine Aufgabe eigenverantwortlich zu gestalten.

Ende Jahr konnte in einem Gesamtleistungssubmissions-Wettbewerb aus sechs Projekten eines für den geplanten Erweiterungsbau ausgewählt werden. Das ausgewählte Projekt wird als Vorschlag Anfang nächsten Jahres dem Stadtrat und anschliessend dem Grossen Gemeinderat und dem Volk zur Genehmigung vorgelegt.

Städtische Schule für cerebral gelähmte Kinder, Maurerschule

Im Integrationsprojekt «Umkreis» begegneten sich rund 180 Schülerinnen und Schüler der Maurerschule, der Kindergärten Tössfeld und Neuwiesen und der Brühlbergschule beim künstlerischen Gestalten. Jüngere und ältere Kinder, mit und ohne Behinderung, stellten fantastische Tiere her. Im Zentrum des gemeinsamen Schaffens stand die Begegnung unter den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Die festliche Vernissage der Ausstellung im Brühlbergpark bildete einen Höhepunkt im Kalenderjahr und zugleich den erfolgreichen Abschluss des Projekts.

Die integrative Schulung von Kindern mit Behinderungen in Regelklassen ist einigen Eltern und der Schule ein Anliegen. Eine Kindergartenpädagogin und ein Mittelstufenschüler wurden durch die Maurerschule in Regelklassen begleitet. Fünf Kinder durften drei bis sechs Lektionen pro Woche in einer Regelklasse ihres Wohnquartiers verbringen.

Während beinahe dreissig Jahren war der bisherige Schularzt an der Maurerschule tätig. Er war 1974 massgeblich an der Gründung der Abteilung für mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche beteiligt, die in der Brühlgutstiftung eingemietet ist. Nach vielen ereignisreichen Jahren übergab er im Sommer seine Aufgaben einem jüngeren Facharzt.



«Rosa Rumpelfüssler» – ein fantastisches Tier

Die Vorbereitungen für den Erweiterungsbau sind weiter fortgeschritten. Im Herbst wurde vom Kanton und Bund die Genehmigung für das Raumprogramm erteilt.

Schule in Kleingruppen (KGS)

Seit die Schule in Kleingruppen als Ausbildungsinstitution durch die Fachhochschulen St. Gallen und Zürich anerkannt ist, absolviert bereits die dritte Studentin ihr Erstpraktikum mit einem Pensum von 80 % in der IV-erkannten Sonderschule. Die erhöhte Personalressource ist im Schulalltag spürbar und ermöglicht wichtige zusätzliche pädagogische Interventionen. Die Begegnung des KGS-Teams mit den Studierenden und den Fachhochschulen ist eine bereichernde Herausforderung und bietet die Gelegenheit, die Alltagsarbeit zu reflektieren und weiter zu entwickeln. Für alle sieben per Ende Schuljahr 2002/2003 ausgetretenen Jugendlichen ist eine Nachfolgelösung gefunden worden. Die durch die KGS aufgebauten Beziehungen zu Ausbildungsinstitutionen und die Beratung und Begleitung der Herkunftssysteme bieten dazu wertvolle Hilfe. Vertrauensfördernd in der Berufsfindungsphase der Schulabgängerinnen und -abgänger ist auch die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Berufsberatung, der IV-Berufsberatung und den Therapeutinnen und Therapeuten der Jugendlichen. Nachdem 13 Schüler das Aufnahmeverfahren absolviert hatten, konnten sieben für das Schuljahr 2003/2004 aufgenommen werden. Der Start ins neue Schuljahr erfolgte deshalb wiederum mit einer Überbelegung. Die Schaffung weiterer Schulplätze ist dringend und das Bedürfnis ausgewiesen. Sorgen bereiten dem KGS-Team auch die fehlenden Anmeldungen von Mädchen, welche wie die Knaben von der individuellen Betreuung in der KGS profitieren könnten.

Schulzahnärztlicher Dienst

Im Berichtsjahr gab es keine wesentlichen Vorkommnisse im Schulzahnärztlichen Dienst. Da sich die Empfehlungen der Gesundheitsdirektion zur «Schulzahnmedizin 2005» in diversen Gemeinden noch in der Pilotphase befinden, wurde eine abwartende, beobachtende Haltung eingenommen. Lediglich einige Formulare wurden neu gestaltet, unter anderem um die Verständigung mit den Eltern zu verbessern. Viele machten aber trotzdem auch Gebrauch von einer persönlichen Beratung, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Finanzierung von Zahnarztrechnungen.

Die Zusammenarbeit mit den privaten Zahnärztinnen und Zahnärzten verlief nach wie vor gut und war wichtig. Die Auswertung der im Vorjahr durchgeführten epidemiologischen Untersuchung hat vergleichsweise hohe Karieszahlen für Winterthurer Kinder ergeben, besonders im Milchgebiss. Entsprechende präventive Massnahmen wurden eingeleitet.



Eltern lassen sich beraten über die Finanzierung von Rechnungen

Schulzahnklinik

Zu Beginn des Berichtsjahres drohte ein gravierender Wasserschaden den Betrieb lahm zu legen. Dank der Bereitschaft des Teams zur Schichtarbeit und einer unbürokratischen Bauabwicklung konnten schwerwiegende Rückstände bei Untersuchungen und Behandlungen vermieden werden. In dem zum Berichtsjahr gehörenden Schuljahr nahmen in der Schulzahnklinik 3831 Kinder am obligatorischen Jahresuntersuchung teil, was einer Zunahme um 12,5 % Prozent und einer Rekordzahl entspricht. Daneben konnten die Wartezeiten für Behandlungen zusätzlich verkürzt werden.

Angesichts der weiterhin hohen Behandlungsnotwendigkeit bei Kindergartenkindern wurde die im Vorjahr geschaffene Möglichkeit für Zahnbehandlungen in Narkose regelmässig genutzt. Im Rahmen der Schulzahnpflege müssen nicht behandelbare Kinder jetzt in der Regel nicht mehr weitergewiesen werden.

Prophylaxezentrum

Das Prophylaxezentrum war im Berichtsjahr wiederum bestrebt, mit gut gestaltetem Unterricht einen nach wie vor wichtigen Beitrag an die Gesundheitserziehung zu leisten. Deshalb fand im Frühling die Aktion Schulzahnbus statt. Alle Schülerinnen und Schüler der Mittelstufe wurden



Ein Wasserschaden drohte die Schulzahnklinik lahm zu legen.

unter anderem mittels interaktiven Lernprogrammen über verschiedene Ursachen und Zusammenhänge von Zahnschäden aufgeklärt. Dieser Anlass war ein grosser Erfolg für alle Beteiligten und trug zur besseren Akzeptanz der Kollektivprophylaxe bei. Da Letzteres nicht mehr selbstverständlich ist, beschäftigte sich das Team mit psychologischen und pädagogischen Fragen im Rahmen von Fortbildungen. In der individuellen Intensivprophylaxe wurden vor allem kleinere Kinder mit viel Karies und deren Eltern betreut. Nach Möglichkeit wurden jeweils auch gleich die kleinen Geschwister mit einbezogen.

Nebenamtliche Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte

Die nebenamtlichen Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte der Vereinigung Winterthurer Zahnärzte (VWZ) haben im Jahr 2003 Kinder aus 207 Schulklassen und 55 Kindergärten betreut. Die Schülerinnen und Schüler wurden untersucht und die erforderlichen Behandlungen ohne nennenswerte Störungen durchgeführt. Es beteiligten sich 32 Zahnärztinnen und Zahnärzte und sieben Kieferorthopädischen und -orthopäden. Kieferorthopädische Behandlungen wurden ausschliesslich von nebenamtlichen Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzten der VWZ durchgeführt. Während dieser Schulperiode kam es zu keinen nennenswerten Problemen; der Betrieb konnte störungsfrei durchgeführt werden. Die Anpassung des Vertrages zwischen der VWZ und der Stadt Winterthur ist nach wie vor hängig, einerseits wegen der strukturellen Sparmassnahmen der Stadt Winterthur, andererseits wegen noch offener Fragen im Projekt Schulzahnmedizin 2005. Dieses Projekt befindet sich seit Sommer 2003 in der Pilotphase II. Die VWZ und das DSS sind in Kontakt, um die Verhandlungen so bald als möglich weiterzuführen und den Vertrag zu aktualisieren.

Schulärztlicher Dienst

Der Schulärztliche Dienst blickt auf ein ausgefülltes und vielfältiges Betriebsjahr zurück.

Das Angebot der Privatarztwahl wurde in der Unterstufe leicht vermehrt in Anspruch genommen, dadurch entstand ein grösserer administrativer Aufwand. Bei den Kindern ist der Kopflausbefall um 39 % gestiegen.

Kinderhorte

Angebot

Im Jahre 2003 wurden pro Monat durchschnittlich 1035 Kinder in den rund 620 Plätzen der 33 städtischen Kinderhorte betreut. Die Horte sind gut ausgelastet und führen zum Teil Wartelisten. Im Sommer 2003 wurde der Nachmittagsshort Tössfeld 1 wegen der tiefen Kinderzahlen geschlossen. Die verbleibenden Kinder konnten im Kinderhort Tössfeld 2 aufgenommen werden. Der Mittags-

Statistik des Schulärztlichen Dienstes Winterthur für das Jahr 2003

Schulstufen	Kg	Us	Ms	Os	KKE	Ks	Total 2003	Total Vorjahr
Kopflausbefälle (in 210 Klassen)							290	208
Tuberkulose-Abklärung (spontan positiv ohne BCG)					1		1	7
Tuberkulostest					30		30	95
Diphtherie-Tetanus Impfung			145	261	17		423	208
Kinderlähmungsimpfung			96	174	17		287	96
MMR Impfung			201	283	15		499	641
Verschiedene Befunde		103	136	191	19	3	452	323
Befunde am Blutdruck				67		24	91	60
Aussergewöhnliches Herzgeräusch		20	19		1		40	35
Kryptorchismus (Hodenhochstand)		2					2	
Phimose (Vorhautverengung)		41					41	55
Grosswuchs		10	7				17	5
Kleinwuchs		5	1				6	6
Befunde am Skelett		45	93	59	12	2	211	235
Kinderschutz/ Verwahrlosung		2			1		3	8
Höreinschränkungen	20	17	12	9	3		61	74
Sehschwäche	51	40	53	81	5	30	260	274
Anzahl Untersuchungen	858	669	904	806	68	308	3 613	3 887
Anzahl Klassen	110	60	61	51	11	15	308	319
Beratung Ärztin/ Arzt (Einzelkonsultation)				564		42	606	394
Einzelkonsultation auf Büro SAD							352	379
US-Privatarzt		207	115	46	3	1	372	418

Kg = Kindergarten Us = Unterstufe Ms = Mittelstufe Os = Oberstufe KKE = Kleinklassen E Ks = Kantonsschule

tisch Geiselweid konnte eröffnet werden. Ebenso wurde der Mittagstisch Tägelmöos neu eröffnet. In zwei Schulkreisen wurden Blockzeiten eingeführt und die Öffnungszeiten der Kinderhorte angepasst. Bei Bedarf werden Morgentische angeboten.

Qualitätsentwicklung

Im zweiten Jahr seit der Anpassung der Organisationsstruktur konnten die Gruppenleiterinnen die pädagogisch-fachliche Leitung voll wahrnehmen. Die in der Mitarbeiter- bzw. Mitarbeiterinnenbeurteilung 2002 vereinbarten Ziele wurden im Jahr 2003 zum ersten Mal ausgewertet. Das Anfang 2003 eingeführte Arbeitsinstrument «Pädagogisches Konzept» stösst auf grosses Interesse und Anerkennung. In sieben Pilothonen werden bis Frühling 2004 die einzelnen Kapitel des Konzeptes auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft.

Studierende

Seit März 2003 bieten drei Kinderhorte Ausbildungsplätze für Sozialpädagoginnen und -pädagogen der Fachhochschule Zürich an.

www.kinderbetreuung.winterthur.ch

Neu können sich Interessierte via Internet einen Überblick über das Angebot der Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Winterthur verschaffen. Via Internet kann der nächstgelegene Kinderhort im Quartier gesucht und die Kostenberechnung online gemacht werden. Für dieses Internetportal erhielt die Abteilung Kinderhorte von der Schweizerischen Bundeskanzlei den Anerkennungspreis des Sol_eGov. Damit zeichnet sie e-Government-Projekte aus, welche sowohl eine bürgernahe Dienstleistung ermöglichen als auch im Zeichen der Zusammenarbeit und des Wissensaustausches zwischen Gemeinden stehen.

Schulpsychologischer Dienst (SPD)

Die Gesamtfallzahl stagnierte mit 1806 Fällen auf einem hohen Stand. Die Untersuchungen für Schulreife- und andere Zuteilungsfragen, für Stütz- und Fördermassnahmen und allgemeine Fragestellungen nahmen mit 1127 Fällen immer noch den grössten Teil der Zeit in Anspruch. Im Arbeitsfeld Beratung und Therapie wurden 553 Fälle behandelt; der Rest (126) verteilte sich auf Heimbefuche, Gesprächssitzungen und andere Fallbearbeitungen. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Jahresstatistik waren 279 Fälle angemeldet oder in Behandlung. Weiterhin sind die Fragestellungen im Kleinklasse D-Bereich ein grosses Problem, da oft nicht genügend Plätze zur Verfügung stehen. Auch die Kinder mit POS/ADS-Symptomatik und ihre Eltern sind oft schwierig zu beraten, da für sie vielfach keine optimale schulische Lösung zur Verfügung steht. Bei der Beratung von Schülerinnen und Schülern konnten aus Kapazitätsgründen nur die dringendsten Fälle berücksichtigt werden. Es wurden auch wieder mehrere Kriseninterventionen schulisch und departementsübergreifend durchgeführt. Solche Aufträge sind stundenintensiv. Erstens, weil verschiedene Fachpersonen teilnehmen, zweitens, da möglichst nachhaltig und sorgfältig gearbeitet werden muss, damit keine Spätfolgen auftreten.

Die Subkultur unter Kindern und Jugendlichen ist immer noch von rauen Sitten, harter Sprache und Suchtproblemen belastet. Einerseits ist die Kommunikation durch die moderne Technik äusserlich erleichtert, andererseits entsteht eine Kultur der Beliebigkeit und Unver-

bindlichkeit. Gesellschaftlich droht eine Entzweiung zwischen Schulwelt und beruflicher Realität auch dadurch, dass viele praktische Berufe nicht mehr existieren oder kaum für die Erlebniswelt der Kinder verfügbar sind. Je nach dem, wieviele schwierige Situationen ihre Wirkung auf die Klassen und die Schulhäuser ausüben, kommen Lehrkräfte und die Teams schnell einmal an den Anschlag. Wenn kurzfristig Lösungen für so genannt untragbare Kinder gefunden werden müssen, stehen die Realitäten im Heimsektor und bei der Sonderschulung sowie die finanziellen Aspekte oft einer adäquaten Lösung im Wege.

Die therapeutische Abteilung war mit 20 Psychotherapeuten, 19 Schülerberatungen und der Beratung durch die Fachkräfte erneut voll ausgelastet. Thematischer Schwerpunkt waren in diesem Jahr besonders Angststörungen: allgemeine und spezifische Ängste der Kinder während und neben dem Unterricht. Daneben kamen Lernblockaden, Prüfungsversagen und Leistungsverweigerung als Symptome vor. Oft musste die Arbeit mit den Kindern durch Erziehungsberatung familiär ergänzt werden.

Kindergarten/Volksschule

Statistische Angaben zum Kindergarten

1803 Kinder (Vorjahr 1857) besuchten den Kindergarten. Eine Zunahme der Kinderzahlen war in den Kreisen Stadt und Töss zu verzeichnen. Im Kreis Stadt wurde deshalb das reduzierte Pensum auf eine volle Lehrstelle aufgestockt sowie in einem anderen Quartier eine Vollstelle in ein reduziertes Pensum umgewandelt. Abnahmen der Kinderzahlen fielen auf die Kreise Oberwinterthur, Seen und Veltheim. In Oberwinterthur wurden zwei Vollstellen in reduzierte Pensen (76 %) umgewandelt. In den Kreisen Seen und Mattenbach wurde ebenfalls je eine volle Lehrstelle in eine Abteilung mit einem reduzierten Pensum umgewandelt. Auch der Kreis Veltheim reduzierte eine volle Lehrstelle in ein reduziertes Pensum und schloss eine Abteilung mit einem reduzierten Pensum. In Wülflingen wurde eine Abteilung (100 %) geschlossen. Von insgesamt 112 (114) Kindergartenabteilungen wurden 84 (94) als Blockzeiten- und 18 (20) als Halbtageskindergärten angeboten. 10 Abteilungen wurden in reduzierten Pensen geführt. In den insgesamt 112 Abteilungen sind 103 (105) reguläre, 5 Sprachheil- und 4 Stufenkindergärten enthalten.

Volksschule

In der Volksschule lernten 8172 (Vorjahr 8236) Schülerinnen und Schüler. Das Verhältnis Mädchen-Knaben hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Es besuchten 3983 (4006) Mädchen und 4189 (4230) Knaben die Volksschule. Für die 439 (436) geplanten Klassen konnten bis zu den Herbstferien alle Lehrstellen besetzt werden. Da sich die Zahl der fremdsprachigen Kinder im Vergleich zum Vorjahr nicht stark veränderte, musste keine neue E-Klasse eröffnet werden.

Schulveranstaltungen

Projektwochen

Projektwochen sind bei Schülerinnen und Schülern sowie der Lehrerschaft nach wie vor sehr beliebt. Dementsprechend vielfältig und interessant sind jeweils auch die Themen: «Paul Klee», «Musical», «Wasser» oder «Alles

läuft rund» sind nur einige Beispiele für die breitgefächerten Arbeitsinhalte. 5821 (2598) Schülerinnen und Schüler aus 294 (183) Primarklassen und 906 (743) Schülerinnen und Schüler aus 71 (63) Oberstufenklassen waren dieses Jahr an Projektwochen in 33 (31) Schulhäusern insgesamt beteiligt.

Auswärtige Schulwochen/Ferienkolonien/ freiwillige Wintersportlager

Die Schülerinnen und Schüler freuen sich auf die auswärtige Schulwochen, zumal oftmals das «Abenteuerfeeling» ausgelebt werden kann; beispielsweise beim beliebten Zeltlager oder in einem Wanderlager. An 37 (38) Mittelstufen-Klassenlagern nahmen 816 (834) Schülerinnen und Schüler und an 35 (35) Oberstufen-Klassenlagern 617 (1059) Schülerinnen und Schüler teil.

Die 6 (7) von den Ferienkolonie-Vereinen durchgeführten Lager bilden für viele Kinder und Jugendliche eine willkommene und preisgünstige Möglichkeit, Ferien zu machen. Die Stadt Winterthur beteiligte sich mit rund 43 978 Franken (67 008 Franken) an den Lagerkosten. Ebenfalls fanden 3 (2) freiwillige Wintersportlager mit insgesamt 94 (62) Schülerinnen und Schülern statt.

Fachvorsteherschaften

Informatik Oberstufe

Mit Genugtuung wurde festgestellt, dass die Informatikmittel in der Oberstufe immer intensiver genutzt werden. Die steigende Zahl der Lehrkräfte, welche die Informatikräume nutzen, erforderte einen deutlichen Mehraufwand an Support. Dazu kam, dass in einigen Schulhäusern neue Informatikverantwortliche gesucht werden mussten. Die Rekrutierung von Kustoden aus dem Lehrerteam gestaltet sich zunehmend schwieriger, da sich ein normaler Computeranwender in der Regel mit Netzwerken kaum auskennt und sich mit der Übernahme dieses Amtes zuerst in die komplexe Materie einarbeiten muss.

Informatik Primarschule

Schwerpunkt in diesem Jahr war die Einführung der Verwaltungscomputer für die Schulleitungen und die Lehrerschaft. Jedes Schulhaus ist mit einem solchen Gerät ausgestattet. Damit ist die Verbindung zwischen Schuldepartement, Kreisschulpflegesekretariaten und Schulhäusern per Internet gewährleistet. Zudem wird die Verwendung des städtischen Intranets längerfristig die Papierpost mehrheitlich ersetzen, da Formulare und Verordnungen zum Download zur Verfügung stehen werden.

Die ZKB-Computer in den Schulhäusern versehen weiterhin ihren Dienst. Bei Annahme der Volksabstimmung zur Beschaffung von Informatikmitteln für die Mittelstufe im Mai 2004 werden diese in der Unterstufe weitere Verwendung finden.

Video und TV / Tonband / Dia und Projektion

Im Jahr 2003 konnten mehr als die Hälfte der Oberstufenschulhäuser mit einem Beamer ausgerüstet werden. Die Preise für diese Projektionsgeräte sind zwar in den letzten Monaten stark gefallen, sie sind aber immer noch teurer als Fernsehgeräte von guter Qualität. Im Laufe des nächsten Jahres sollten aber auch die restlichen Oberstufenschulhäuser mit einem dieser Geräte beliefert werden. Das Umkopieren von ausgewählten Videos auf das neue Trägermedium DVD erwies sich auch im vergan-

genen Berichtsjahr als ausserordentlich zeitraubend. Der Fachvorsteher wird in Zukunft weiterhin damit beschäftigt sein. Diesbezüglich eilt es nicht, da die Schulhäuser erst allmählich mit passenden Abspiel- bzw. Aufnahmegeräten ausgerüstet werden können. Die finanziellen Mittel hierfür werden wieder knapper werden. Dank den so genannten Verwaltungscomputern, die nun in allen Schulhäusern stehen, hat sich die Möglichkeit ergeben, dass man den stets aktuellsten Videoverleihkatalog aus dem städtischen Netz herunterladen und die gewünschten Videos auch gleich bestellen kann. Der Versand erfolgt dann aber immer noch per Post.

Es ist sichergestellt, dass in den Klassenzimmern gemäss Ausrüstungsstandards der städtischen Schulen genügend Tonbandgeräte zur Verfügung stehen. Im Moment werden rund 1000 Geräte betreut. Den Winterthurer Lehrkräften steht ein Archiv mit rund 3000 Tonträgern zum Ausleihen zur Verfügung.

Die Ersatzbeschaffung der ältesten Generation von Hellraumprojektoren (demolux NV und demospar, älter als 20 Jahre) wurde im Jahre 2003 in allen Schulhäusern abgeschlossen. Nun muss der Ersatz der nächsten Generationen (demolux super, demolux L und demolux S), insgesamt 65 Geräte, in Angriff genommen werden. Da keine Dias mehr im Handel erhältlich sind, werden keine Diaprojektoren mehr angeschafft.

Holzbearbeitung

Auch dieses Jahr wurde in den zahlreichen Holzwerkstätten viel geplant und gearbeitet. Das Arbeiten mit Holz ist beliebt, so dass die einzelnen Werkstätten sehr gut ausgelastet sind. In der Zentralwerkstatt wurde viel Material zugeschnitten und bereitgestellt. Die im Turnus stattfindenden Kontrollen der Schulwerkstätten nehmen einen festen Platz im Wochenplan der Zentralwerkstatt ein.

Als Folge der alternden Werkstatteinrichtungen mussten wiederum grössere Posten ersetzt werden. So wurden drei neue Bandschleifmaschinen und eine Säulenbohrmaschine gekauft. Im Hohfurri wird getestet, ob sich Schülerkorpusse mit eigenem Werkzeug bewähren.

Hauswirtschaft

Das Grundinventar ist in allen Schulküchen vorhanden, wenn auch zum Teil in schlechtem Zustand. Ersatzbeschaffungen werden durch die Lehrkräfte selbst durchgeführt. Änderungen und grössere Reparaturen wurden keine durchgeführt. Das Grundinventar der Horküchen der Stadt wurde in Zusammenarbeit mit einer Hortvertreterin standardisiert.

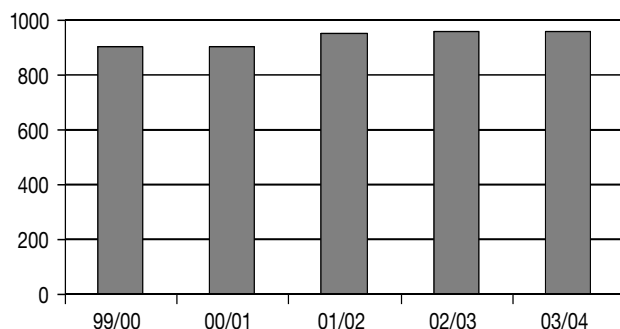
Musische Bildung

Blockflötenunterricht

An der jährlichen Fachkonferenz im März wurde besprochen, wie der Blockflötenunterricht im vierstündigen Blockzeitenmodell sinnvoll erteilt werden kann. Da Seen und Wülflingen beabsichtigten, dieses Modell einzuführen, wurden früher als üblich die Anmeldungen verteilt und die Stunden festgelegt. Nachdem aber auf die Einführung der Blockzeiten verzichtet wurde, mussten die Stundenpläne kurz vor den Sommerferien nochmals neu gemacht werden.

Im September nahmen zwölf Flötenlehrerinnen an einem Weiterbildungskurs teil. Mit westafrikanischen Trommeln, Djembé genannt, übten sie Grundrhythmen ein. Die Teilnehmenden erhielten viele Anregungen für ihre

Entwicklung der Schüler/innenzahlen



Flötenstunden. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die Blockflötenkurse besuchen, hat in den letzten Jahren wieder leicht zugenommen.

Instrumentenvorstellungen

In den Monaten März und April konnten alle Schülerinnen und Schüler der dritten Primarklassen an einer Instrumentenvorführung teilnehmen. Insgesamt fanden 39 Veranstaltungen statt, zwei davon an der Maurerschule. Der Leiter und sein Team stellten die Instrumente mit Musikvorträgen und Erklärungen vor und leiteten die Kinder beim Ausprobieren derselben an. Eine Umfrage bei den Primarlehrkräften zeigte eine grosse Zufriedenheit mit den Instrumentenvorstellungen auf. Die teilnehmenden Kinder erhielten wie jedes Jahr einen überarbeiteten Prospekt mit den Adressen und Angeboten der örtlichen Musikschulen. Im Oktober beschloss die Zentralschulpflege eine Neuausschreibung des Auftrages.

Schulhauskonzerte

Das Marimbaphon stand im Zentrum der diesjährigen Schulhauskonzerte. Zwei polnische Berufsmusiker spielten auf zwei Marimbaphonen für die insgesamt 7000 Schülerinnen und Schüler der 4. bis 9. Klassen der Volksschule ein Programm mit Musik aus Oper, Zirkus und Klassik. Sämtliche gespielten Werke waren von ihnen aus dem Original auf ihre Instrumente transkribiert worden. Das Programm in den Schulen und auch am Schlusskonzert fand grossen Anklang, vor allem auch bei den Schülerinnen und Schülern der Sonderschulen und Kleinklassen, die dank einem Beitrag der Wegmüller-Stiftung speziell betreut und eingeladen worden waren.

Stadtjugendmusik Winterthur

Das Vereinsjahr wurde nach der Generalversammlung mit dem Frühlingskonzert im Theater am Stadtgarten eröffnet. Bereits einen Monat später zeigten die Tambouren an den OTV-Jugendwettspielen ihr Können. Zwei Gemeinschaftskonzerte mit der Jugendmusik Uzwil galten als Vorbereitung für das Schweizer Jugendmusikfest. Am 14. und 15. Juni reiste die Stadtjugendmusik nach Chur, um sich mit den übrigen Jugendmusikern der Schweiz zu messen. Dieses Wochenende wird allen in bester Erinnerung bleiben. Die Stadtjugendmusik Winterthur kehrte als Schweizer Meister in der Marschmusik nach Hause zurück. Dazu kamen ausgezeichnete Klassierungen in den Blasmusik- und Tambourvorträgen. Mitte September konnte anlässlich einer schlichten Feier auf dem Neumarktplatz die neue Vereinsfahne in Empfang genommen werden. Das gemeinsame Kirchenkonzert mit der Stadtmusik und die Weihnachtsbläser bildeten den Abschluss des Berichtsjahres.



Die Stadtjugendmusik Winterthur als frischgebackener Schweizer Meister im Marschmusik-Wettbewerb anlässlich des Schweizer Jugendmusikfestes vom 14./15. Juni 2003 in Chur.

Jugendmusikschule

Im Laufe der beiden letzten Jahre ist die Jugendmusikschule Winterthur und Umgebung (JMSW) wiederholt in der Presse kritisiert worden und verschiedene Lehrkräfte gelangten mit Beschwerden an den Ombudsmann. Die Stadt Winterthur machte darauf ihren Einfluss geltend und regte eine Lehrpersonenbefragung an. Diese wurde durch die ZHW durchgeführt. Die Umfrage ergab, dass ein grösserer Teil der Lehrerschaft mit den Arbeitsbedingungen zufrieden ist. Daneben wurden aber Schwachstellen erkannt. An deren Behebung wird nun gearbeitet. Die Zentralschulpflege lässt sich durch ihre Vertreterin im Vorstand der JMSW laufend über deren Arbeit orientieren. Neben der Personalbefragung wurde auch eine Umfrage über die Zufriedenheit der Eltern durchgeführt.

An der Mitgliederversammlung vom 23. September wurde ein neues Finanzreglement verabschiedet. Dieses bringt der Stadt Winterthur wesentliche finanzielle Einsparungen.

Im Herbst gab der Präsident des Vorstandes seinen Rücktritt auf die Mitgliederversammlung vom kommenden April bekannt. Die Zentralschulpflege und das Departement Schule und Sport sind in der Wahlkommission für die neue Präsidentin bzw. den neuen Präsidenten vertreten. Die JMSW ist für die Grundmusikschulcourse, welche die Stadt Winterthur im Rahmen der Blockzeiten für die ersten Klassen der Primarschule anbietet, verantwortlich. Deshalb musste die Zusammenarbeit der Kreisschulpflegen und den Lehrkräften geregelt werden. Die Kreisschulpflegen sind ebenfalls vom überarbeiteten Reglement betreffend die Ortsvertretungen betroffen.

Winterthurer Theaterfrühling

Vom traditionellen Puppentheater bis zum eigentlich experimentellen Theater wurde im Theaterfrühling das ganze Spektrum gezeigt. Die 72 Vorstellungen besuchten knapp 6000 Zuschauerinnen und Zuschauer. Neun verschiedene Theaterstücke haben viel Staunen, Spannung, Freude und Gelächter ausgelöst. Nach den Vorstellungen sind die Kinder – das Erlebte angeregt nacherzählend, kommentierend und imitierend – wieder in ihren Schulalltag zurückgekehrt.

Der Theaterfrühling möchte zu einem nachhaltigen Erlebnis verhelfen, die Fantasie der Kinder anregen und ihnen Freude bringen. Was die Kinder auf der Bühne gesehen haben, soll nachwirken und ihnen helfen, ihren Alltag, das Leben besser zu verstehen und zu verarbeiten.

Die Kindergartenklassen hatten die Wahl zwischen drei Stücken, in der Unterstufe standen vier Stücke zur Verfügung, und die Mittelstufe konnte sich für eines von drei Angeboten entscheiden.

Für die Hälfte der Produktionen wurde erstmals eine Einführung für die angemeldeten Lehrerinnen und Lehrer angeboten. Dieses Angebot soll weiter ausgebaut werden.

Konvente der Lehrkräfte

Kindergartenkonvent

Das Geschäftsreglement des Kindergartenkonvents der Stadt Winterthur ist genehmigt. Neu wurde ein Vorstand aus drei Mitgliedern und eine Delegiertenversammlung mit je zwei Vertreterinnen aus jedem Kreis gewählt. Analog zu den Lehrkräften der Volksschule findet weiterhin an den Kapitelstagen eine Vollversammlung des Stufenkonvents Kindergarten statt. Ein entsprechender Antrag wurde von der Zentralschulpflege genehmigt. Suchtprävention und Gesundheitsförderung im Kindergarten ist das Thema im Projekt: «Flomi... der Bär», das als Weiterbildungsangebot anlässlich des Mai-Konvents vorgestellt wurde. In Zusammenarbeit mit der Suchtpräventionsstelle und den Tösstaler Marionetten konnten anschliessend erfolgreich zwei Kurse zur Vertiefung des Inhaltes und Einübung der Umsetzung im Kindergarten durchgeführt werden. Die Geschichte des Frauenberufs Kindergärtnerin und des Modells Kindergarten wurde in einem spannenden Referat aufgezeichnet. Im Rahmen der Begutachtung der Lehrermitsprache-Thesen wollten sich die Kindergärtnerinnen des Kanton Zürich mit einer Zusatzthese betreffend Festlegung der Beteiligung an weiteren Vernehmlassungen Gehör verschaffen.

Volksschulkonvent (VSK)

Im April führten der Volksschul-, der Sekundarschul- und der Primarschulkonvent gemeinsam eine Delegiertenversammlung durch. Diese Zusammenkunft stand allen interessierten Lehrkräften offen. Die Versammlung genehmigte zuhänden der Zentralschulpflege die Geschäftsreglemente der drei Konvente. Die ZSP setzte die Reglemente der beiden Stufenkonvente ganz, dasjenige des Volksschulkonvents mit Ausnahme des Artikels 5 in Kraft. Im Juni organisierte der Volksschulkonvent eine Informationsveranstaltung, an welcher die Vorsteherin des Departements Schule und Sport und verschiedene KSP-Präsidentinnen und KSP-Präsidenten über die Legislaturziele der ZSP orientierten. Auf besonderes Interesse der Lehrerschaft stiess die geplante Einführung des ISF.

Der erweiterte Vorstand des VSK trat zu drei Sitzungen zusammen. Dabei ging es vor allem um die Weiterleitung von Anträgen aus Stufen-, Fach- oder Kreiskonventen. Verschiedene Anträge befassten sich mit Sparmassnahmen bei den Materialkrediten und bei der Reinigung der Schulhäuser. Ein Antrag betraf die Schulzahnklinik. Viele Lehrerinnen und Lehrer empfinden den zeitlichen und organisatorischen Aufwand für die Schulzahnpflege als zu gross.

Die Mitsprache bei der Schulentwicklung ist für den VSK von grosser Bedeutung. Vom Recht, Vertretungen in Arbeitsgruppen abzuordnen, wurde deshalb so oft wie möglich Gebrauch gemacht.

Handarbeit

Der Konvent der Handarbeitslehrerinnen der Stadt Winterthur trat im vergangenen Jahr zu fünf Sitzungen zusammen. Höhepunkt des letzten Jahres war sicherlich die

städtische Ausstellung Handarbeit/Werken, die anlässlich des vorgesehenen Stundenabbaus im Fach Werken in der 5./6. Klasse durchgeführt wurde. Mit grossem Engagement brachten die Winterthurer Handarbeitslehrkräfte den Alten Stadthaussaal mit ihren Textil- und Werkenarbeiten zum Leuchten und zeigten der Bevölkerung auf eindrückliche Art und Weise, wie wichtig das Fach Handarbeit ist.

Im Zusammenhang mit den Blockzeiten und der damit verbundenen Einführung des Fachs Handarbeit in der 1. Klasse äusserte der Stadtkonvent seine Bedenken.

Bereich Berufsbildung

Die Reorganisation des Departements Schule und Sport wurde mit der neuen Zusammenfassung von Abteilungen per 1. April 2003 abgeschlossen. Der Bereich Berufsbildung besteht neu aus der Berufsberatung, dem Berufsinformationszentrum (BiZ), den zehnten Schuljahren (Berufswahlschule, Werkjahrschule und der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule) und der msw-winterthur. Mit der finanziellen Verschlechterung des Haushaltes der Stadt Winterthur und dem damit verbundenen Sparauftrag win.03 erhält der Bereich Berufsbildung den Auftrag, die Berufsberatung, das Berufsinformationszentrum und die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule zu kantonalisieren. Für die zehnten Schuljahre sollen künftig auch Schulgelder für in Winterthur wohnhafte Jugendliche erhoben werden. Die msw-winterthur erhält den Auftrag, den Aufwandüberschuss zu verkleinern. Alle Mitarbeitenden des Bereichs sind durch diese zusätzlichen Aufgaben gefordert.

Berufsberatung

Die Arbeit der Berufsberatung war geprägt von der problematischen Wirtschaftslage. Die Lehrstellensituation hat sich zwar nicht mehr verschlechtert, das Suchen einer Lehrstelle war aber trotzdem für fast alle Jugendlichen schwieriger als in den Vorjahren. Die Einzelberatungen wurden dadurch komplexer und aufwändiger. Eine sehr starke Zunahme erfuhren die Berufsberatungen mit jugendlichen und erwachsenen Erwerbslosen. Dank der guten Zusammenarbeit mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) konnte diesen Ratsuchenden ein ihren Bedürfnissen entsprechendes Beratungskonzept zur Verfügung gestellt werden. Auch alle andern Angebote der Berufsberatung wie die Informationsgespräche im BiZ, am Telefon und die Information per Mail sowie die verschiedenen Gruppenangebote wurden rege benutzt und entsprechen offensichtlich einem Bedürfnis der Bevölkerung.

Berufsinformationszentrum (BiZ) Winterthur/Andelfingen

Im Mai eröffnete der damalige Bildungsdirektor in Oerlikon das neue kantonale Berufsinformationszentrum der Studien- und Berufsberatung. Neu war nicht nur der Standort, sondern auch die inhaltliche Erweiterung auf den allgemeinen, das heisst nicht akademischen Bereich. Konzept und Aufbau dieses Bereiches oblag dem BiZ Winterthur, das auf Grund einer Offertstellung diesen Auftrag vom Kanton zugesprochen erhielt. Mitte Jahr wurde dieser Auftrag auf die laufende Aktualisierung ausgedehnt. Diese neue Form einer zentralen Dokumentationsbewirtschaftung wird im Kanton zukünftig noch ausgeweitet, da

sich auf verschiedenen Gebieten Synergien abzeichnen, insbesondere im Führen einer ausgeweiteten elektronischen Datenbank. Dank grossen Erfahrungen in diesem Bereich kann das BIZ Winterthur eine führende Rolle in diesem kantonalen Pilotprojekt einnehmen.

Berufswahlschule Winterthur (BWS)

Die Schülerinnen und Schüler des Schuljahres 2002/03 der Berufswahlschule Winterthur waren erfolgreich. Alle haben eine Lehrstelle gefunden oder eine Prüfung an eine weiterführende Schule bestanden. Die BWS-Vorbereitungen auf die externen Prüfungen wie BMS, Mittelschulen, Pet cambridge und DELF sind wirksam, haben doch alle Angemeldeten ihre Ziele (Diplom, Eintritt, Schule) erreicht. Die BWS ist ein authorized ECDL Test Center, die Vorbereitung erfolgt im Wahlfach ECDL-Informatik, die Prüfung auch; alle waren erfolgreich. Die BWS hat schon immer alle Informationen über die Schule offen dargestellt. Seit einem Jahr ist sie auf www.bws-winterthur.ch im Stadt-Portal erreichbar. Das BWS-PC-Netz, das von den Informatikdiensten der Stadt Winterthur (IDW) gewartet wird, stabilisiert und bewährt sich. Rund 250 Jugendliche haben sich für das Schuljahr 2003/04 angemeldet; 233 haben die Einstufungsarbeit gemacht. Die Korrekturen und die entsprechenden Eltern-Schüler-Gespräche haben die Lehrkräfte gefordert. Der Schuljahresschluss im Juli 2003 mit dem Musical «A&O» von George Williams, aufgeführt vom Wahlfach Chor und Theater, war ein Erfolg.

Auf dem Lehrstellenmarkt geht zurzeit vieles drunter und drüber. Dem Zeitdruck wird wirksam mit einem Vorkurs im Juli begegnet. Mit dem traditionellen Jahresabschluss und einem Super-Programm konnte das 2003 erfolgreich abgeschlossen werden.

Werkjahrschule (WJS)

Fast alle Schülerinnen und Schüler des Jahreskurses 2002/2003 der Werkjahrschule fanden diesen Sommer einen Ausbildungsplatz oder eine Anschlusslösung. Dies gelang nur dank dem enormen Einsatz der Lehrkräfte. In der Betreuung während des Berufswahlprozesses hat sich das Mentorsystem bewährt.

Für die Kurse 2003/2004 meldeten sich ausserordentlich viele Jugendliche an. Glücklicherweise entspannte sich die Lage ganz am Ende des Schuljahres, so dass nur wenige Absagen erteilt werden mussten. Neu wird seit diesem Sommer eine Gestaltungsklasse an Stelle der Einführungsklasse für Fremdsprachige geführt. Diese Klasse passt genau ins Profil der WJS-Kernkompetenzen «Berufswahl und Handwerk», erweitert durch Elemente der Gestaltung und Kunst. Damit deckt die Werkjahrschule nun das gesamte Spektrum der handwerklich orientierten Berufswahl ab.

Bewährt hat sich das Konzept der Berufsvorbereitungsphase in den letzten zehn Wochen mit einer Vernissage als Abschluss. Die Jugendlichen luden ihre zukünftigen Lehrmeisterinnen und Lehrmeister ein und präsentierten ihnen ihre Schlussarbeiten aus Handwerk und Theorie. Interessierte konnten sich einen Überblick verschaffen, welche Ziele die Schülerinnen und Schüler erreichten.

Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule an der Berufs- und Fortbildungsschule

Hauswirtschaftlicher Jahreskurs

Im Schuljahr 2002/2003 wurden neue Verhaltensregeln eingeführt, was zu einer grösseren Zusammenarbeit der Lehrpersonen und einer früheren Erkennung von Disziplinarfehlern führte. Für die Jugendlichen sind die klaren Massstäbe von Vorteil.

Integrationskurse

Im November 2002 entschied das Volk knapp, dass die Integrationskurse auch in Zukunft weiter kantonal finanziell unterstützt werden. Auch im Schuljahr 2002/2003 besuchten viele Jugendliche mit Erfolg den Integrationskurs. Es zeichnet sich jedoch ab, dass es in der jetzigen wirtschaftlichen Misere für die Integrationsschülerinnen und -schüler fast unmöglich ist, eine Lehrstelle zu finden. Viele besuchen deshalb im Anschluss an den Integrationskurs das «Transit».

Kurse der Hauswirtschaftlichen Fortbildung für Erwachsene

Die Näh- sowie die Kochkurse erfreuen sich grosser Beliebtheit. Oft musste ein Kochkurs doppelt geführt werden, weil sich gegen 30 Personen angemeldet hatten.

Elternbildung

Die Gesprächsgruppen während der Mütter- und Väterberatung erfreuen sich wachsender Beliebtheit; sie werden jetzt in sechs Quartieren ausgeschrieben. Erstmals wurde der Kurs «Triple-P» in das Programm aufgenommen. Dies ist ein standardisiertes Erziehungsprogramm, das im Moment in der ganzen deutschsprachigen Schweiz lanciert wird. Es konnten auf Anhieb zwei Kurse durchgeführt werden.

Der Vortragszyklus zur Elternbildung fand bereits zum sechsten Mal statt. Er ist eine gute Werbepattform für die Schule und die Elternbildung. Viele Eltern schätzen den einmaligen Anlass, den sie ohne Verpflichtung kurzfristig besuchen können.

msw-winterthur

Das vierte Lehrjahr der msw-winterthur endete am 11. Juli 2003. 40 (im Vorjahr 49) Auszubildende konnten die msw mit dem Eidgenössischen Fähigkeitsausweis und einem Gesamtnotendurchschnitt von 4,84 (5,1) verlassen.

Das neue Ausbildungsjahr begann am 18. August 2003 mit 56 Auszubildenden. Der neue Bestand der Auszubildenden sieht wie folgt aus: 79 (78) Polymechanikerinnen und Polymechaniker, 36 (33) Automaten, 6 (5) Anlagen- und Apparatebauer, 70 (70) Elektronikerinnen und Elektroniker, 16 (14) Informatiker, 3 (2) Kaufleute und 3 Praktikanten. Die Zahl der Auszubildenden beträgt total 210 (202) Jugendliche. Im Jahre 2003 traten 30 (28) von 53 (54) Auszubildenden in die Berufsmittelschule ein, infolge ungenügender Leistung mussten 3 (3) Schüler die Berufsmittelschule (BMS) verlassen.

Schule und Lehrwerkstätte

Für 800 000 Franken (Vorjahr 850 000 Franken) konnten neue Maschinen, Einrichtungen und EDV-Anlagen für die Berufsschule, Werkstatt und Administration angeschafft



Der Einsatz des msw-Praktikanten für die Ausbildung des Berufsnachwuchses in Quito/Ecuador war spannend und wirkungsvoll



msw-Sanierung: Auf dass die alten Mauern fallen, um dem neuen Gebäude Platz zu verschaffen.

werden. Folgende Investitionsschwerpunkte wurden realisiert:

- Mechanik: TIG Schweissanlagen, Vierwalzenrundmaschine, Software-Nachrüstungen für Werkzeugmaschinen
- Berufsschule: Regelmodelle, Roboter, Messgeräte, Modelle für die Schulung in der Prozessautomation, Informatikschulungsplätze
- Roboter, Messgeräte, Informatikarbeitsplätze

Erwachsenenbildung an der msw-winterthur

Das Kursvolumen entwickelte sich wie folgt: Arbeitsspraktiken total 340 (480) Tage mit 3 (4) Teilnehmern.

IBZ-Kurse: 15 (12) Kurstage mit total 41 (34) Teilnehmern in den Fachgebieten Robotik, Automation.

Entwicklungszusammenarbeit

Vor zehn Jahren, am 30. September 1993, wurde der msw-winterthur mit einer Motion der Auftrag erteilt, in der Entwicklungszusammenarbeit tätig zu werden und in Form von Ausbildungspraktikas einzelne Länder und Institutionen zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit der Swisscontact und der direkten Zusammenarbeit mit einzelnen Schulen wurden in den zehn Jahren über fünfzig



Die Lehrabschlussresultate der Berufslernenden können sich sehen lassen.

Praktikantinnen und Praktikanten vornehmlich aus Indonesien in der msw-winterthur in Praktikas von drei Monaten bis einem Jahr fachkundlich weitergebildet. Im Zuge der Weiterentwicklung und Effizienzsteigerung der Aktivitäten erfolgten seit einigen Jahren Praktikumseinsätze vor Ort durch Praktikanten der msw-winterthur. Die politischen Krisen im asiatischen Raum zwangen zu einer Verlagerung der Tätigkeitsschwerpunkte nach Lateinamerika. Im Jahre 2003 erfolgte die Unterstützung von drei Institutionen in Ecuador, Panama und Peru durch die Entsendung von drei Praktikanten der msw-winterthur mit den Aufgaben, im Aufbau des Grundschulunterrichts und in der Erarbeitung von Lehrgängen für den praktischen Unterricht tätig zu sein.

Veranstaltungen

An der Projektvernissage vom 10. April 2003 zeigten die Auszubildenden des vierten Lehrjahrs ihr Können. Die besten Projekte konnten im Beisein der Medien und einer grossen Zahl an interessierten, kritischen Besucherinnen und Besuchern prämiert werden.

Anlässlich des Tages der offenen Tür vom 12. April 2003 wurden die Abteilung Mechanik, das Automation Center und die Berufsschule dem in grosser Zahl erschienenen Publikum und den Medien vorgestellt.

Ein Höhepunkt für den Berufsnachwuchs bildete in diesem Jahr die gelungene Lehrabschlussfeier vom 3. Juli 2003. In einem Zirkuszelt zeigten die Diplomandinnen und Diplomanden, was Teamarbeit bedeutet. Mit akrobatischen Einlagen des mehrfachen Velotrail Schweizermeisters und Steptanzdarbietungen von hoher Präzision wurde die Abschlussfeier zu einem bleibenden Erlebnis.

Eine ganz besondere Ehrung begleitet von grossem Applaus erhielt Patrick Reichmuth, der zusammen mit seinem Kollegen Martin Kuriger an der diesjährigen Berufsweltmeisterschaft in St.Gallen die Bronzemedaille in Mechatronik gewann.

Am Tag der Bildung vom 19. November 2003 bedankten sich die Lehrerschaft und die Auszubildenden bei der Bevölkerung für die Unterstützung der msw-winterthur und die Sicherung der Ausbildungsplätze für die Zukunft.

msw-Projekte

Die Grundsteinlegung des im Jahre 2002 durch das Winterthurer Stimmvolk genehmigten Bauprojektes erfolgte am 7. Juli 2003. Der Baufortschritt wurde anfänglich



Stadträtin Pearl Pedergrana bei der Grundsteinlegung für den Neubau der msw-winterthur vom 7. Juli 2003 im Einsatz.

durch die aufwändigen Aushubarbeiten verzögert. Dank dem günstigen Wetter und einem motivierten Bauteam wurde der Rückstand aufgeholt. Ende 2003 war der Rohbau des neuen Trakts fertig gestellt.

msw-Ertragslage

Im Jahr 2003 dauerte die Rezession an. Dies wirkte sich direkt auf die Ertragslage in der Abteilung Mechanik und Elektronik aus. In der Abteilung Elektronik konnten der Umsatz und die Ertragslage dank einem starken ersten Semester trotzdem verbessert werden. Der Aussenumsatz betrug 1 620 000 Franken (1 940 000 Franken), ohne Berücksichtigung der Bestandesänderungen im Lager. Von diesem Umsatz entfielen auf den Bereich des Physikalartikelverkaufes 546 000 Franken (730 000 Franken). Der Umsatz der Industrieaufträge betrug 1 074 000 Franken (1 210 000 Franken), der Ertrag belief sich auf 786 000 Franken (1 030 000 Franken).

Zentrale Dienste

Im Rahmen der Reorganisation des Departements Schule und Sport wurden Mitte Jahr die Schulbauten und die Materialverwaltung neu den Zentralen Diensten unterstellt. Die Abteilung Kinderhorte wechselte in den Bereich Bildung. Die neue Organisation hat sich gut eingespielt.

Finanz- und Rechnungswesen

Das Jahr 2003 war durch die Sparmassnahmen win.03 geprägt. Verschiedene Vorschläge mussten geprüft und koordiniert werden. Die Sparmassnahmen sind nun so aufgelistet, dass sie im Jahr 2004 und 2005 umgesetzt werden können.

Bei den zwölf teilautonomen Volksschulen wurden auf das Schuljahr 2003/2004 Globalbudgets für die Bereiche Veranstaltungen, Hausämter und Materialkredite eingeführt. Die Globalbudgets ermöglichen es den Schulleitungen, die Kreditbeträge besser mit ihren Jahreszielen und Jahresschwerpunkten abzustimmen.

Die Kostenstellenstruktur wurde verfeinert mit dem Ziel die Kosten dort auszuweisen, wo sie anfallen. Klare Zu-

teilungen der Verantwortungen sollen in Zukunft das Controlling erleichtern. Mittelfristig wird im Volksschulbereich jeder Schuleinheit eine Kostenstelle zugewiesen, in der alle Kosten transparent ausgewiesen werden.

Personalabteilung

Die Reorganisation im DSS hatte auch für die Personalabteilung Folgen. Das Aufgabengebiet des Schulsekretariates, welches der Personalabteilung angegliedert war, wurde dem neu geschaffenen Bereich Bildung zugeordnet. Dies bedeutete auch einen personellen Wechsel der zuständigen Sachbearbeiterin in den Bereich Bildung. Ebenso wechselte der Sachbearbeiter beziehungsweise die Aufgaben für den freiwilligen Schulsport in das Sportamt.

Aufgrund des Lehrstellenmangels war die Personalabteilung behilflich, im DSS zusätzliche Lehrstellen zu schaffen, vor allem Betriebspraktiker bzw. -praktikerinnen Hausdienst und KV. Auch selber richtete sie zusammen mit der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen neu einen KV-Ausbildungsplatz ein, was eine relativ kurzfristige Einarbeitung in die KV-Reformen und Erstellung eines Ausbildungskonzeptes bedingte.

Bei den üblichen Dienstleistungsaufgaben der Personalabteilung wie Mithilfe bei den Stellenbesetzungen wurde eine Zunahme der Beratungs- und Konfliktgespräche sowie der Bearbeitung von Invaliditätsfällen im Vergleich zum Vorjahr festgestellt.

Schulbauten

Schulraumplanung und Prognosen 2003 – 2011

Die Schulraumplanung wurde mit dem Schulraumkonzept 2003 fortgeführt. Die Anzahl Schülerinnen und Schüler dürfte in den kommenden acht Jahren in Winterthur um rund 8 % zunehmen. Die Entwicklung wird je nach Schulkreis sehr unterschiedlich verlaufen.

Die Schulraumplanung basiert auf dem Drei-Säulen-Modell:

Der Bedarf (die erste Säule) setzt sich aus den Bevölkerungszahlen und deren Prognosen sowie den aktuellen Wohnbautätigkeiten zusammen. Im Weiteren bilden die Schülerinnen- und Schülerprognosen und die aktuelle Klassenzahl resp. die Klassengrösse den Bedarf.

Das Angebot (die zweite Säule) mit den verschiedenen Standorten und den vorhandenen Raumprogrammen bildet eine ebenso wichtige Grundlage für die Schulraumplanung. Die Bauzustände, Belegungen und möglichen Nutzungen der Schulräume sind wichtige Rahmenbedingungen.

Die Anforderungen an die Schulwege, der Raumbedarf, die aktuelle Nutzung der Schulräume für die Schule, die auserschulische Nutzung und die bildungspolitischen Anforderungen bilden die dritte Grundlage der Schulraumplanung.

Lärmprobleme

Auf eine zunehmende Lärmempfindlichkeit wiesen die Beschwerden von Nachbarinnen und Nachbarn von Schulanlagen hin. Dies erschwerte eine vielfältige Nutzung von Schul- und Sportanlagen grundsätzlich. Der Freiraum der Kinder und Jugendlichen, die sich auf den Anlagen ausserhalb der eigentlichen Schulzeit treffen, wird immer weniger toleriert.

Einsparungen bei der Reinigung von Schulanlagen

Der Grosse Gemeinderat hat Einsparungen bei der Reinigung von Schulanlagen von 400 000 Franken beschlossen. Dies wurde erreicht, indem auf die Hauptreinigung verzichtet wurde, was wiederum viele Reklamationen auslöste.

Schulbauvorhaben 2003:

Kreis Stadt

- Schulhaus Altstadt (PS): Renovation und Erweiterung Lehrkräftebereich
- Schulhaus Altstadt (PS): Renovation der Singsaaldecke
- Schulhaus Heiligberg: Einbau von Gruppenräumen
- Schulhaus St. Georgen: Umbau der ehemaligen Hauswartwohnung in Gruppenräume

Kreis Oberwinterthur

- Hort Oberi Dorf: Umbau für einen Hort
- Schulhaus Hegifeld: Schulraumprovisorium

Kreis Seen

- Schulhaus Oberseen: Einbau einer Lüftungsanlage in der Turnhalle
- Schulhaus Sennhof, Neubau: Start des öffentlichen Wettbewerbes

Kreis Wülflingen

- Schulhaus Ausserdorf: Einbau von Gruppenräumen
- Schulhaus Hohfurri: Renovation der Werkstätten
- Schulhaus Hohfurri: Renovation der Turnhallen abgeschlossen
- Schulhaus Langwiesen: Renovation und Erweiterung Lehrkräftebereich
- Schulhaus Langwiesen: Flachdachsanierung Klassen-trakt abgeschlossen
- Wässerwiesen Wohnüberbauung: Einbauten für Kindergärten und Schulräume

Städtischen Schulen

- CPS – Maurerschule: Neue Beleuchtungsanlagen im Altbau
- HPS – Michaelschule: Abschluss des Wettbewerbes mit einer Gesamtleistungssubmission

Materialverwaltung*

Die Sparbemühungen der Verwaltung hatten in verschiedener Hinsicht Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der Materialverwaltung. Durch einen effizienteren und zielorientierteren Einsatz der Mittel wurden die Beschaffungsdienstleistungen zum Teil sehr viel anspruchsvoller, aber auch aufwändiger. Dieser neuen Herausforderung haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Materialverwaltung erfolgreich gestellt.

Der fakturierte Umsatz konnte trotz schwieriger gewordenem Umfeld nochmals gesteigert werden. Auch der budgetierte Verkaufserlös hat die Erwartungen übertroffen und hat zur Folge, dass der WOV-Globalkredit nicht vollumfänglich in Anspruch genommen werden musste.

Von der Möglichkeit, die Bestellungen über den E-Shop abzuwickeln, wurde vermehrt Gebrauch gemacht. Die Anzahl dieser Bestellungen haben im Berichtsjahr um über 20 % zugenommen.

Der Beschaffungsmarkt macht zurzeit in Bezug auf die Preise keine grossen Sprünge. Trotzdem ist es gelungen, mit einigen Rahmenvereinbarungen zu besseren Einkaufskonditionen zu gelangen. Vor allem der intensive Gedankenaustausch mit gleich gelagerten Verwaltungseinheiten in anderen Städten und Kantonen hat viel zu den guten Einkaufsbedingungen beigetragen.

Schulmobiliar

Um eine fundierte Strategie für die nächsten Jahre zu erwirken und diese der Zentralschulpflege zu präsentieren, hat die Materialverwaltung das Thema Einer- oder Zweierpulte für Schülerinnen und Schüler nochmals grundsätzlich analysiert und die Unterlagen auf den neusten Stand gebracht. Mit einbezogen wurden auch die Erfahrungen anlässlich des Versuches im Schulhaus Dätteln mit der Mischform Einer-/Zweierpulte. Anlässlich einer Sitzung der Zentralschulpflege wurde beschlossen, vor allem aus finanziellen Gründen und auf Grund des erhöhten Platzbedarfes, auf Einerpulte zu verzichten und bis auf Weiteres ausschliesslich Zweierpulte anzuschaffen.

Somit konnte, nachdem während den letzten sechs Jahren ausschliesslich Stühle beschafft wurden, dieses Jahr mit dem Ersatz der älteren Pulte begonnen werden. Für insgesamt sechs Schulhäuser wurden total 182 Schülerpulte beschafft. Zudem wurden in acht Schulhäusern total 25 alte Lehrer- bzw. Lehrerinnen-Pulte ersetzt.

Weitere Objekt-Projekte waren:

- Mobiliargeränzungen Umbau/Umnutzung Schulhaus St. Georgen
- Mobiliargeränzungen Umbau/Umnutzung Schulhaus Ausserdorf Wülflingen
- Mobiliar Pavillon Schulhaus Hegifeld
- Mobiliar LehrerInnen-Zimmer SH Altstadt
- Mobiliar LehrerInnen-Zimmer Schulhaus Langwiesen

Die Ergänzung von Kindergartenmobiliar wurde wiederum in Zusammenarbeit mit den Ressort-Verantwortlichen der Kreisschulpflegen durchgeführt. In insgesamt 21 Kindergarten-Abteilungen wurde altes Mobiliar ersetzt. In der Überbauung Wässerwiesen wurde eine neue Kindergarten-Abteilung komplett möbliert und ausgerüstet.

* Die Materialverwaltung ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WoV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Drucksachen

Das Volumen der Individualdrucksachen-Aufträge war im Vergleich zum Vorjahr leicht abnehmend. Der Verdacht, dass trotz klarer Regelung im Beschaffungsreglement, viele Druckaufträge unter Umgehung der Drucksachenzentrale vergeben werden, hat sich aufgrund der Zahlen aus dem CS2 erhärtet. Die Fakten zeigen: Im Jahr 2002 wurden von der Stadtverwaltung Druckaufträge im Wert von total 1 750 000 Franken vergeben. Der Anteil der durch die Drucksachenzentrale bearbeiteten Aufträge betrug aber nur 790 000 Franken. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, da das Sparpotenzial somit nicht ausgeschöpft ist.

Die Produktion der Geschäftsdrucksachen in jährlich drei Sammelbestellungen läuft wie bisher optimal. Die Einführung des Bar-Codes auf den Kuverts stellte zusätzliche Anforderungen und hatte einigen Beratungsaufwand zur Folge. Momentan wird darauf hingearbeitet, die Vielzahl der Kuvertformate vor allem aus Kostengründen auf die Formate C5 und C4 zu reduzieren.

Die Arbeitsgruppe Erscheinungsbild, resp. der CD-Ausschuss beschäftigte sich im vergangenen Jahr schwergewichtig mit der Weiterentwicklung des Erscheinungsbildes in Bezug auf Ansprüche von städtischen Institutionen auf mehr Eigenständigkeit und klarere Positionierung im Markt. Unter Beizug des Stadtpräsidenten sowie zwei weiterer Mitglieder des Stadtrates wurde eine Submission mit sieben eingeladenen Anbietern durchgeführt. Mit dem ausgewählten Anbieter wird nun die Umsetzung in Angriff genommen.

Dienstleistungen

Das Volumen von Beschaffungsdienstleistungen für Dritte war leicht rückläufig. Hauptgrund waren wohl die massiven Sparanstrengungen der Stadtverwaltung. Andererseits konnte die Materialverwaltung dank ihrer Beschaffungskompetenz durch optimale Beratungen und Beschaffungen diese Sparanstrengungen wirkungsvoll unterstützen.

Mit Ausnahme des Projektes «Briefversand», welches zum Abschluss gebracht werden konnte, wurden von der Materialverwaltung keine umfangreichen Submissionen unter GATT/WTO durchgeführt. Offensichtlich hat sich auch hier die restriktive Ausgabenpolitik deutlich bemerkbar gemacht.

Auf Grund der positiven Erfahrungen hat die Materialverwaltung für die Kindergärtnerinnen ein weiteres Mal eine Aktionswoche für den Einkauf von Spiel- und Bastelmaterial durchgeführt. Ein umfassender Überblick über das vielfältige Angebot und die Kosteneinsparung dank Sammelbestellungen sind markante Vorteile dieser sehr geschätzten Aktion.

Gebrauchtmobilien

Als klassische Zeiterscheinung hat die Dienstleistung «Gebrauchtmobilien» der Materialverwaltung im vergangenen Jahr geboomt. Um den Anforderungen der Kundschaft gerecht zu werden, wurde in verstärktem Mass Gebrauchtmobilien zugekauft. Der Aufwand, vor allem aber auch der Ertrag, war im Vergleich zum Vorjahr bedeutend höher. Auch die Nachfrage bezüglich Vermietung von Ausstellungsmaterial hat nochmals zugenommen. Eine Ausweitung des Angebotes wird momentan überprüft.

Umweltschutz

Nebst den üblichen Anstrengungen wie Toner-Recycling oder gezielte Entsorgung von Chemie hat die Mate-

rialverwaltung wiederum spezielle Anstrengungen unternommen im Bereich Recyclingpapier. Im Rahmen des Projektes «Nachhaltige ökologische Beschaffung» wurde einerseits eine Verkaufsaktion Recycling-Kopierpapier zu stark reduziertem Preis und andererseits in Zusammenarbeit mit der Umweltschutzfachstelle eine Informationskampagne innerhalb der Stadtverwaltung zu diesem Thema durchgeführt.

Sportamt*

Praktisch das ganze Jahr 2003 war durch die Inbetriebnahme der Eishalle Deutweg sowie der neuen Leichtathletikanlage geprägt. Das ehrgeizige Ziel, den Betrieb ohne zusätzliches Personal zu organisieren, hat zu Engpässen geführt, Umstrukturierung und Reorganisationen notwendig gemacht. Damit wurde ein eigentlicher «Change-Prozess» eingeleitet. Dieser hat alle Abteilungen stark betroffen. Der ganze Prozess ist in der Abschlussphase. Auch aus technischer Sicht war der Betrieb eine Herausforderung. Insbesondere der Abschluss der letzten Bauphase, mit dem Ziel, die Energiekosten zu optimieren und optimale Voraussetzungen für die multifunktionalen Nutzungen zu schaffen, forderte viel Einsatz, Fachwissen und Geduld von allen Mitwirkenden.

Die Stelle der Abteilungsleitung Sportförderung musste neu besetzt werden. Die schwierigsten Aufgaben entstehen durch die zunehmenden finanziellen Forderungen der Sportpartner und die generelle Anspruchshaltung, welche dem Spardruck der öffentlichen Hand gegenüber stehen.

Infrastruktur

Erste Erfahrungen mit dem Betrieb der Eishalle Deutweg wurden gemacht. Die gesteckten Ziele konnten erreicht werden. Die Wintersaison 2003/2004 ist mit einer guten Gästefrequenz gestartet. Nicht nur das Angebot der Eishalle, sondern auch die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung trugen dazu bei.

Die Abschlussarbeiten an der Leichtathletikanlage wurden im Frühling ausgeführt.

Nach dem Abbruch der baufälligen Gebäudeteile wurden im Freibad Geiselweid nach den Vorschlägen des



Eishalle Deutweg

* Das Sportamt ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WoV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Winterthurer Spielplatzplaners drei attraktive Wasserspielgeräte erstellt.

Im Freibad Töss wurde die Sanierung der Becken und der Zuleitung abgeschlossen. Die neuen Chromstahlbecken fanden bei der Bevölkerung grossen Anklang. Dank dem Jahrhundertssommer 2003 und den neuen Becken konnten die Frequenzen massiv gesteigert werden.

Nutzung

330 000 Personen vergnügten sich diesen Sommer in den städtischen Freibädern – dank des heissen Jahrhundertssommers ein neuer Rekordwert. Das Schwimmbad Geiselweid konnte die hohe Besucherzahl vom letzten Jahr nochmals auf über 360 000 Eintritte steigern. Die Anzahl Einzeleintritte nahm leicht ab und die Eintritte mit dem Sportpass erhöhten sich.

Das Echo zur neuen Eishalle Deutweg ist nach wie vor positiv – auch seitens der beiden Hauptnutzer, EHC und WSC. Durchschnittlich drehen zwischen 800 und 1000 Personen pro Tag ihre Kurven auf dem Eis, an Spitzentagen sind es bis 3000.

Die Auslastung der Hallen ist weiterhin sehr gut. Unter der Woche sind praktisch keine freien Trainingseinheiten mehr verfügbar.

Sportförderung

Sportpark Deutweg

Am 5. September dieses Jahres wurde die Leichtathletikanlage im Sportpark Deutweg mit einem grossen Sportfest eröffnet. Mit zahlreichen gut dotierten Wettkämpfen, interessanten Showblöcken und einem abschliessenden Feuerwerk konnte die neue Anlage unter den Augen der Winterthurer Sport- und Politprominenz in Betrieb genommen werden. Mitte September diente das neue Leichtathletikstadion, welches den aktuellen internationalen Standards entspricht, bereits als Arena für die Schweizerischen Staffelleichtathletikmeisterschaften.

Die Eishalle ist die erste Saison von Ende August bis im Frühling 2004 geöffnet. Seit der Inbetriebnahme Ende November 2002 bewiesen die verschiedenen durchgeführten Events (Konzerte, Shows, Kampfsportshows, Spitzenhandball- und Unihockeyspiele) die Multifunktionalität der Halle. Die Erfahrungen der ersten Eishallensaison wurden durch die Betriebsführung ausgewertet und die entsprechenden Konsequenzen gezogen.

Mitte November fand auf Grund der Eröffnung des zweiten Aussenfeldes der Anlass «gratis in die Eiszeit» statt. Über 700 Besucher und Besucherinnen profitierten vom Gratis Eintritt und den von den Mormonen geschenkten Spielzeugen. Das Ziel der Bevölkerung die Eishalle näher zu bringen, wurde damit klar erreicht.

Projekte

Die Homepage «sportinwinterthur» wurde mit allen Informationen der Eishalle ergänzt. Neu ist beispielsweise sichtbar, welche Werbeflächen noch erhältlich sind. Dies erleichtert die gemeinsame Vermarktung durch den Eishockeyclub Winterthur (EHCW) und den Schlittschuhclub (WSC).

Im Auftrag der Zürcher Hochschule Winterthur (ZHW) organisierte das Sportamt bereits im vierten Jahr ein attraktives und offenes Sportangebot für die Angehörigen der Fachhochschule. Angeboten wurden geleitete Trainings, Kurse, Turniere und Events.

Die beliebte und national bekannte Inlinetour «Monday-nightsskate» rollte in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal durch Winterthur. An den im Sommer jeweils montags stattfindenden Inlinetouren nahmen pro Austragung bis zu 2300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil.

Die Animationstage fanden dieses Jahr eine erfolgreiche Fortsetzung: Über 100 Seniorinnen und Senioren nutzten die Möglichkeit, unter fachkundiger Führung in den Sportarten Aqua Fitness, Inline-Skating, Tai Chi, Yoga und Nordic Walking zu schnuppern.

74 Vereine erhielten im Dezember 110 000 Franken für ihre gezielte Nachwuchsförderung.

Zum fünften Mal wurde das traditionelle Jugendsportlager in Tenero durchgeführt: 80 Mädchen und Knaben zwischen 12 und 15 Jahren und eine Gruppe behinderter Kinder waren mit dabei. Diese wurden kameradschaftlich in das Lagerleben integriert.

Schulsport

Ein besonderes Ereignis war der landesweite sCOOL-Tag vom 23. Mai. Mit der Unterstützung der OL-Vereine wurden für diesen besonderen Tag spezielle Schulhaus-OL-Karten hergestellt. In Winterthur haben 19 Schulhäuser (mit 2800 Kindern) einen Schulhaus-OL durchgeführt und so am grössten Sportanlass der Welt, der an einem einzigen Tag stattgefunden hat, teilgenommen. Für diesen Weltrekord waren in der ganzen Schweiz 1300 Schulen mit 202 000 Teilnehmenden im Einsatz.

Das Interesse am Eislaufen ist sehr gross. Zahlreiche Schulhäuser haben einen Sporttag auf dem Eis organisiert. Im Winter 03/04 haben sich beim Klasseneislauf (betreute Lektion mit Eislauftrainerin) 104 Klassen (Vorjahr 107) für 285 Lektionen (261) angemeldet.

Beim «Fussballschieli-Turnier» wurden erstmals in allen Kategorien die Vorrunden- und Finalsple am gleichen Nachmittag gespielt. Da es weniger Anmeldungen gab, reichten zwei Mittwochnachmittage aus, um alle Fussballspiele durchzuführen. Obschon die Suche nach genügend Schiedsrichtern bei allen Spielgattungen immer schwieriger wird, konnten folgende Turniere durchgeführt werden: Fussball mit 93 (Vorjahr 115), Basketball mit 42 (44), Volleyball mit 16 (37) und Handball mit 43 (34) Mannschaften.

Departement Soziales

2003 war für das Departement Soziales (DSO) ein intensives Jahr. Kader und Mitarbeitende wurden vor verschiedensten Herausforderungen gestellt, die mit Engagement und hoher Professionalität angegangen und wo möglich umgesetzt wurden. Schwerpunkte waren unter anderem die eingeleitete Reorganisation des ganzen Departementes sowie die verschiedenen Massnahmen, die im Rahmen des städtischen Sanierungsprogrammes win.03 eingeleitet wurden.

Das Umfeld des Departementes Soziales ist mehr denn je in Bewegung: die sozialpolitischen Vorgaben und die demographischen Rahmenbedingungen ändern sich genau so wie die sozialen Probleme und die damit verbundenen Fragestellungen oder die wirtschaftlichen Umstände. Wenn letztere sich verschlechtern, was 2003 einmal mehr der Fall war, dann zeigt sich das in verschiedenen Institutionen im DSO – u.a. durch steigende Fallzahlen. Es ist deshalb gleichwohl Pflicht und eine Selbstverständlichkeit, dass in diesem Umfeld Dienstleistungen und Strukturen regelmässig hinterfragt und wo nötig angepasst werden. Das ist das Ziel der Reorganisation des Departementes, die anfangs Jahr initiiert wurde. Denn auch in Zukunft sollen die Angebote und Dienstleistungen der drei Bereiche Alter und Pflege, Sozialamt und Vormundtschaftswesen hohen Standards entsprechen. So sollen Leistungsbereiche, die ähnliche Aufgaben haben und auf verschiedenen Ebenen zusammenarbeiten, besser miteinander verknüpft und organisatorisch neu gruppiert werden. Erste Entscheide hat die Departementsvorsteherin bereits gefällt: So wird es neu einen Bereich «Soziale Dienste» geben, in dem die Sozial- und Wirtschaftshilfe und das Jugendsekretariat (bisher Sozialamt), der Gesetzliche Betreuungsdienst (Vormundtschaftswesen) sowie die Beratungsstelle für das Alter (Bereich Alter und Pflege) zusammengefasst werden.

Parallel zur Reorganisation des Departementes Soziales wird über die ganze Stadtverwaltung hinweg geprüft, wie die Dienstleistungen in den Bereichen der offenen Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit in Zukunft besser koordiniert werden und so die finanziellen Mittel effizienter eingesetzt werden können. Ein entsprechendes Projekt hat der stadträtliche Ausschuss der Jugendkommission im April initiiert. Zwar wurde von den Jugendarbeitenden bereits im Jahr 1999 ein Leitbild erarbeitet, das neben einer Bestandsaufnahme den zukünftigen Handlungsbedarf im Bereich der offenen Jugendarbeit definiert. Ein eigentliches Gesamtkonzept fehlt bis heute und der Bedarf nach einer besseren Koordination und Vernetzung ist ausgewiesen. Um die finanziellen Mittel möglichst zweckmässig einsetzen zu können, sollen alle Angebote der Offenen Jugendarbeit überprüft werden auf deren Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit. Geprüft werden soll, ob es Doppelspurigkeiten und Überschneidungen gibt und ob bestimmte Synergien besser genutzt werden können. Ziel des Evaluationsprojektes ist eine Optimierung der Leistungen und eine effiziente Ressourcensteuerung.

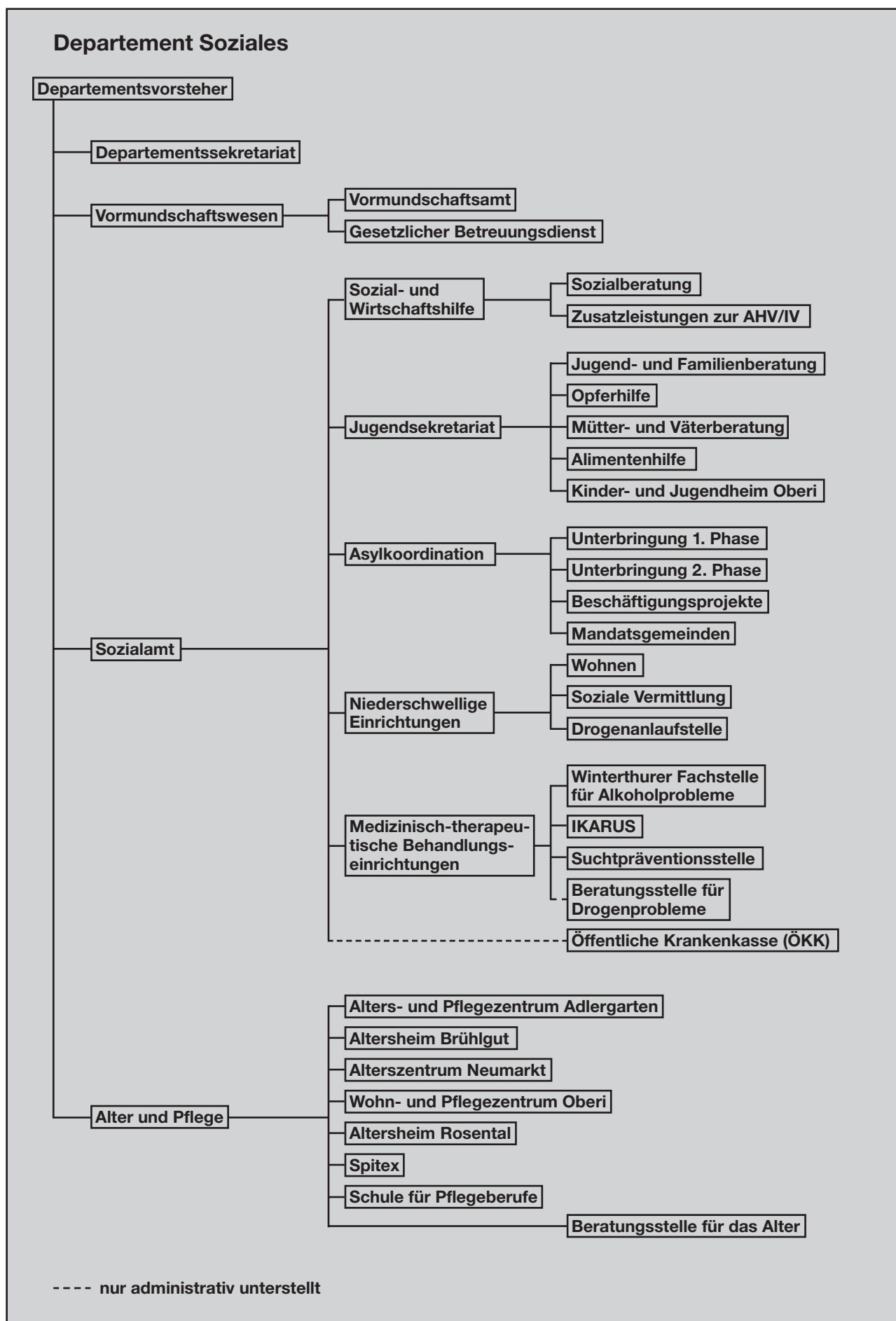
Im Rahmen der ersten Projektphase wurden die internen Strukturen unter die Lupe genommen (in der Jugendarbeit sind die vier Departemente DSO, DSS, DKD und DSU involviert). Die erste konkrete Folge davon bestand darin, dass das Departement Soziales die Federführung über die Offene Jugendarbeit übernimmt. Zu diesem Zweck wurde der Co-Leiter des Bereiches Quartierkultur in das Jugendsekretariat überführt. Ab 1. Januar 2004 nimmt er die Funktion eines «Jugenddelegierten» wahr.

Die zweite Phase des Projektes begann im August 2003 mit einem Kick-off, in den die wichtigsten in der Winterthurer Jugendarbeit tätigen Personen und Institutionen mit einbezogen wurden. Ziel ist es, dass alle Kräfte, Ideen und Erfahrungen der verschiedenen Fachpersonen in das Projekt mit einbezogen werden. Befragt wurden zudem auch Vertreter und Vertreterinnen von 20 Institutionen sowie der Kantonspolizei, der Stadtpolizei, der AGJP, der Jugendseelsorge und der Zentralschulpflege sowie rund 30 Jugendliche zwischen 13 und 25 Jahren. Die Erkenntnisse aus diesen Befragungen sollen schliesslich die Grundlage bilden für das zukünftige Modell der Offenen Jugendarbeit in der Stadt Winterthur.

Das Vormundtschaftsamt und der Gesetzliche Betreuungsdienst wurden im vergangenen Jahr in zwei von einander unabhängige Institutionen aufgeteilt. Während das Vormundtschaftsamt für die Vormundtschaftsbehörde Massnahmen errichtet, aufhebt und überprüft, ist der Gesetzliche Betreuungsdienst für die Führung dieser Massnahmen zuständig. Sowohl im Gesetzlichen Betreuungsdienst wie auch im Vormundtschaftsamt hat die Zahl der zu behandelnden Mandate ein weiteres Mal zugenommen. Im GBD werden die Mandate neu nach fachlichen Schwerpunkten der Mitarbeitenden geführt.

Die heutige Vormundtschaftsbehörde bestehend aus den Mitgliedern des Stadtrates soll ersetzt werden durch ein nebenamtliches Gremium, dessen Mitglieder auf Vorschlag des Stadtrates durch den Grossen Gemeinderat gewählt werden.

Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche des Departementes Soziales hatte selbstverständlich auch die angespannte wirtschaftliche Lage und das daraus resultierende stadträtliche Sanierungsprogramm win.03. Dessen Umsetzung bringt für die drei Bereiche des Departementes und deren Klientinnen und Klienten zum Teil spürbare Konsequenzen. Bei der Umsetzung der win.03-Massnahmen war der personalintensivste Bereich der ganzen Stadtverwaltung, der Bereich Alter und Pflege, besonders gefordert. In dessen Verantwortungsbereich gehören die städtischen Alters- und Pflegeheime. Mit grossem Verantwortungsbewusstsein setzten die Heimverantwortlichen substanzielle Sparaufträge um – immer mit dem Ziel vor Augen, dass die Heimbewohnerinnen und Heimbewohner keine all zu grossen Abstriche bei der Lebensqualität in Kauf nehmen müssen. Angekündigt und bis zu einem bestimmten Grad bereits umgesetzt wurden die Taxerhöhungen in den städtischen Heimen. Im Vergleich zu allen anderen win.03 Massnahmen dürften diese die Einschnittensten sein; sie lösten denn auch ein grosses Echo aus in der Bevölkerung und in den Medien. Das Verständnis für die Stadt, die innert drei Jahre die von den Krankenkassen nicht gedeckten Kosten, nicht mehr übernehmen will, konnte nicht überall gefunden werden. Auch die Kürzungen der Unterstützungsbeiträge an die Vereine stiessen auf zum Teil beträchtlichen Widerstand und zogen Gespräche und Verhandlungen nach sich. Einmal mehr stellte sich dabei die Frage, wie sozial die Stadt Winterthur sein soll – und sein kann. Mit ähnlichen Fragestellungen werden die Verantwortlichen auch in Zukunft konfrontiert werden – und schon heute steht fest, dass in jedem Fall neu beurteilt und ausgehandelt werden muss, wie viel bestimmte Gruppen von Klientinnen und Klienten bzw. von Interessensvertreterinnen und Interessenvertreter mit einer finanziellen Unterstützung der Stadt rechnen können. Denn die Stadt Winterthur muss zumindest in



naher Zukunft mit tieferen Steuereinnahmen zurecht kommen.

Die Inkraftsetzung des revidierten Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf den 1. Juli war insbesondere in der Sozial- und Wirtschaftshilfe zu spüren. Die Zentrale Anlaufstelle verzeichnete eine noch nie dagewesene Zunahme von Personen, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Angesichts der immer noch steigenden Arbeitslosenquote ein Umstand, der wenig hoffnungsvoll stimmt und den Mitarbeitenden in den Beratungsstellen vieles abverlangt. Die Zunahme der Sozialhilfefälle um mehr als zehn Prozent auf der einen Seite ist insbesondere auf die Tatsache zurückzuführen, dass immer mehr junge Menschen keine Arbeit bzw. kein Einkommen finden und deshalb auf Sozialhilfe angewiesen sind. Andererseits nimmt die Dauer zu, während der eine grosse Zahl der Beziehenden auf Sozialhilfe angewiesen ist. So wird die Sozialhilfe immer mehr zu einem Auffangbecken für Langzeitarbeitslose. Für viele von Ihnen ist die Rückkehr in den regulären Arbeitsmarkt äusserst schwer und in manchen Fällen praktisch aussichtslos. Die Mitarbeitenden der Sozial- und Wirtschaftshilfe unternehmen grosse Anstrengungen, vor allem die arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehenden mit intakten Chancen auf dem Arbeitsmarkt möglichst schnell wieder ins Berufsleben zurückzuführen. Mit dem

departementsübergreifenden Projekt «Work-in» der Sozialberatung, des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) sowie der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) ist es gelungen, zahlreiche Sozialhilfe Beziehende in den Arbeitsmarkt zurück zu führen. Auch das gemeinsame Programm der Zentralen Anlaufstelle (ZAS) und der KAP, das arbeitsfähigen Personen schon bei der Anmeldung für den Sozialhilfebezug möglichst schnell beschäftigt und gleichzeitig deren Integrationschancen abklärt, läuft erfolgreich.

Erfolgreich war das Departement Soziales sicher auch mit den beiden sozialpädagogischen Begleitprojekten jump und jumpina für Jugendliche, die in der speziellen Lebensphase zwischen Schule und Berufsalltag nicht zurecht kommen. Der Grosse Gemeinderat stimmte dem Projekt und dessen Überführung von einem Provisorium in ein Definitivum zu – und dies trotz der angespannten Finanzlage der Stadt.

All diese grossen und kleinen Projekte, die im vergangenen Jahr initiiert und realisiert wurden, waren nur möglich, weil in den drei Bereichen mehr als 1300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Tag für Tag ihre Aufgabe ernst nehmen und sie mit viel Engagement und viel Professionalität ausführen. Dafür gebührt ihnen unser herzlicher Dank – und unser grosser Respekt.

Vormundschaftsamt

Die Entwicklung der letzten Jahre hat sich beim Bestand vormundschaftlicher Massnahmen bestätigt. Dieser ist erneut um 19 Massnahmen angestiegen. Hingegen sind die neu errichteten Massnahmen für Minderjährige leicht rückläufig, was jedoch darauf zurückzuführen ist, dass die Kindesschutzmassnahmen weniger kinderreiche Familien betrafen. Auffallend hoch ist die Zahl behördlicher Entscheide zur Aufhebung der elterlichen Obhut und Platzierung von Kindern, mithin äusserst aufwändiger und belastender Geschäfte. Sämtliche Gesuche um Erteilung der gemeinsamen elterlichen Sorge konnten gutgeheissen werden. Die Erfahrungen mit diesem im Januar 2000 neu eingeführten Rechtsinstitut sind sehr positiv. Zahlreich waren auch im vergangenen Jahr die gegen Entscheide der Vormundschaftsbehörde ergriffenen Rechtsmittel, wobei lediglich 1 Rekurs gutgeheissen wurde. Mehrmals musste aufgrund der Dringlichkeit der Angelegenheiten in strittigen Verfahren der Beschwerde die aufschiebende Wirkung entzogen werden. Gesamthaft wurden in der Berichtsperiode 1023 neue vormundschaftliche Verfahren eröffnet und 890 abgeschlossen. Rationalität und Effizienz der Verfahrensabläufe wurden überprüft und optimiert. Zusätzlich konnte eine qualifizierte Dokumentation ausgebaut und deren laufende Bewirtschaftung gewährleistet werden. Der Bezirksrat stellte anlässlich seiner Visitation fest, dass die immer komplexeren und zeitintensiven Geschäfte durch die zuständigen Mitarbeitenden mit den verfügbaren Ressourcen gesetzeskonform, engagiert und kompetent behandelt worden seien.

Die deutliche Zunahme der Beistandschaften für Erwachsene geht vorab auf das Konto der Altersbeistandschaften. Diese Entwicklung korrespondiert mit demografischen und soziologischen Tendenzen, welche ein höheres durchschnittliches Lebensalter bei gleichzeitiger Schwächung des familiären bzw. sozialen Netzes belegen. Immer mehr betagte Menschen haben in ihrem Umfeld keine Vertrauensperson, die sie mittels Vollmacht mit der Besorgung ihrer administrativen Angelegenheiten betrauen könnten. Wird die Unterstützungsbedürftigkeit akut, ist es oft zu spät, eine freiwillige Unterstützung durch eine andere Sozialstelle zu etablieren, weil die betreffende Person nicht mehr über die erforderliche Urteilsfähigkeit zur Erteilung einer gültigen Vollmacht verfügt. Bedauerlicherweise ist auch eine Zunahme derjenigen Fälle zu verzeichnen, in denen die abnehmende Urteilsfähigkeit betagter Personen von deren Umfeld missbraucht wurde.

Die multikulturelle Gesellschaft hat Auswirkungen bis ins Inventarwesen. Zunehmend müssen Vermögenswerte im benachbarten Ausland, aber auch weltweit erhoben werden, was an die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur im Blick auf die sprachliche Verständigung, sondern auch hinsichtlich des zwecks Informationsbeschaffung zu beschreitenden Weges erhöhte Anforderungen stellt. Zunehmend sind zur Unterlagenbeschaffung innert nützlicher Frist kreative, individuelle Lösungen notwendig.

Eingehend befassten sich die Mitarbeitenden mit den Revisionsvorschlägen des Bundes (Teilrevision des ZGB) für ein neues Erwachsenenschutz-, Personen- und Kindesrecht. In der Vernehmlassung der Vormundschaftsbehörde zuhanden des Kantons wurden die Neuregelung des Vormundschaftsrechts und dessen Anpassung an die heutigen Lebenswirklichkeit grundsätzlich begrüsst. Zielsetzungen der Revision wie die massgeschneiderten Beistandschaften, welche die effektiven Bedürfnisse der

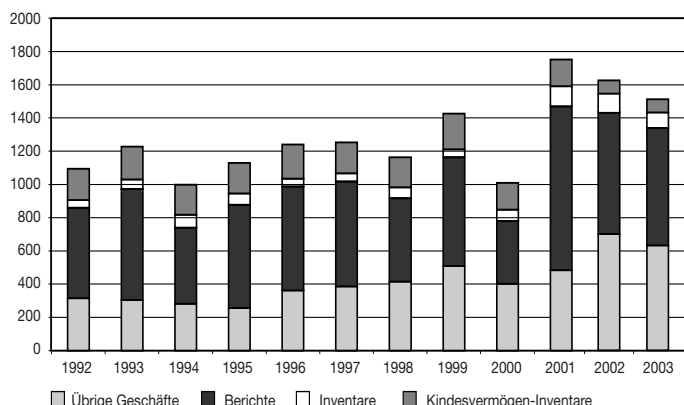
Betroffenen vermehrt berücksichtigen, die Förderung des Selbstbestimmungsrechtes mit Hilfe des neuen Rechtsinstituts des Vorsorgeauftrages, aber auch der verstärkte Rechtsschutz urteilsunfähiger Personen sowie die Regelung der Zwangsbehandlungen und schliesslich die Vereinheitlichung der Verfahren wurden positiv beurteilt und entsprechen den Vorstellungen aus dem Berufsalltag im Vormundschaftswesen.

Die Stelle für Private Mandate hat erneut zwei Basisbildungen für insgesamt 34 Privatpersonen durchgeführt. Es konnten 20 Personen für die Führung einer Beistandschaft eingesetzt werden. Weitere 9 private Mandatsträgerinnen und -träger stellten sich aus dem familiären Umfeld der Verbeiständeten zur Verfügung, in 3 Fällen schlug das Gericht einen Rechtsanwalt für die Führung der Massnahme vor. 15 durch Privatpersonen geführte Mandate wurden aufgehoben oder abgeschrieben, 8 weitere mussten an einen resp. eine professionelle Betreuerin übergeben werden. Gesamthaft wurden 118 private Mandatsträgerinnen und Mandatsträger durch gezielte Einzelberatungen durch die Stelle für private Mandate begleitet. Zusätzlich wurden diverse themenbezogene Weiterbildungen angeboten sowie ein regelmässiger Erfahrungsaustausch gepflegt.

Vormundschaftsbehörde

Die Vormundschaftsbehörde erledigte 1490 (1616) Geschäfte, davon 301 (341) in 8 (8) Sitzungen, die übrigen auf dem Zirkulationsweg oder präsidial.

Erledigte Geschäfte



Bestehende vormundschaftliche Massnahmen

	am 31. Dezember 2003 Personen	Vorjahr Personen
Kinder		
Vormundschaften, Art. 368 ZGB	25	30
Beistandschaften		
Erziehungsbeistandschaften, Art. 308 ZG	571	559
Vaterschaftsregelungen, Art. 309 ZGB	2	1
Vaterschaftsregelungen, Art. 309/308 ZGB	64	75
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	37	28
Prozessbeistandschaften, Art. 146 ZGB	3	3
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 325 ZGB, 6 (3) in Verbindung mit einer Kindesschutzmassnahme	6	6
Kindesvermögenskontrollen, Art. 318 Abs. 3 ZGB	12	13
Vormundschaftliche Aufsichten, Art. 307 ZGB	10	13
	730	728

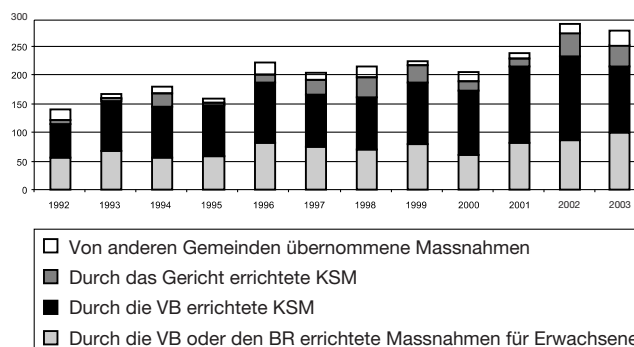
Bestehende vormundschaftliche Massnahmen

	am 31. Dezember 2003 Personen	Vorjahr Personen
Erwachsene		
Vormundschaften		
Geisteskrankheit, Geistesschwäche, Art. 369 ZGB	156	154
Trunksucht, Verschwendung, Misswirtschaft, Art. 370 ZGB	8	8
Eigenes Begehren, Art. 372 ZGB	66	65
Beistandschaften		
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	5	13
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 393 ZGB	3	3
Vertretungs- und Verwaltungsbeistandschaften, Art. 392/393 ZGB	342	309
Eigenes Begehren, Art. 394 ZGB	175	182
Beiratschaften, Art. 395 ZGB	20	24
	775	766
Kinder	730	728
Erwachsene	775	758
Total	1 505	1 486

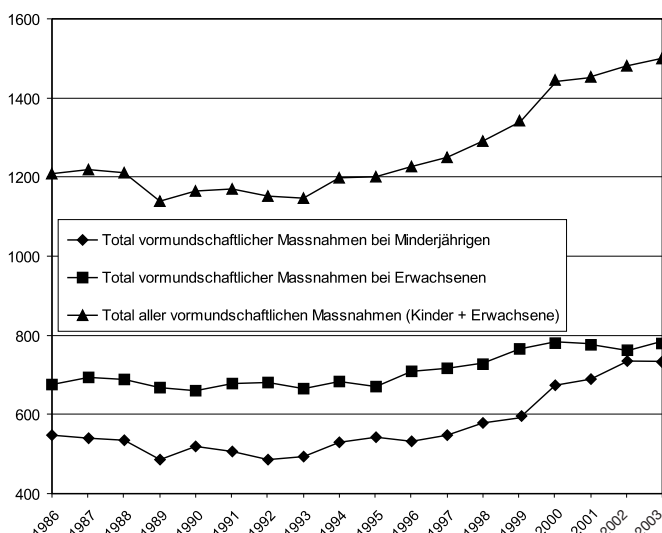
Dem Bezirksrat wurden beantragt:

8	(8)	Entmündigungen
2	(0)	Beiratschaften
0	(1)	Entzug der elterlichen Sorge

Neue Massnahmen



Bestand vormundschaftlicher Massnahmen



Ende Jahr wurden 1368 (1349) Massnahmen von den Gesetzlichen Betreuern und Betreuerinnen, 125 (124) von Privatpersonen geführt. 12 (13) Aufsichten über das Kindesvermögen wurden vom Sekretariat der Vormundschaftsbehörde geführt.

Neue Massnahmen

In eigener Kompetenz wurden angeordnet:

21	(38)	Beistandschaften für Kinder zur Regelung der Vaterschaft und des Unterhaltes
6	(9)	Beistandschaften zum Abschluss eines Unterhaltsvertrages
8	(12)	Beistandschaften zur Überwachung des Besuchsrechtes
50	(70)	Erziehungsbeistandschaften, davon 6 (1) in Verbindung mit Obhutsentzug
26	(14)	Vertretungsbeistandschaften für Kinder
0	(3)	Beistandschaften zur Verwaltung von Kindesvermögen
5	(4)	Vormundschaften für Kinder
0	(2)	Fürsorgeaufsichten für Kinder
0	(2)	Kindesvermögenskontrollen
89	(75)	Beistandschaften für Volljährige
1	(0)	Vormundschaft für Entmündigte

Inventarwesen

86 (108) Inventare wurden aufgenommen einschliesslich Massnahmen zur Sicherung des Erbganges. Zusätzlich wurden 40 (73) Kindesvermögensinventare nach Scheidung oder Trennung sowie für Kinder nicht verheirateter Eltern aufgenommen.

In 3 (6) Fällen musste dem Bezirksrat die Ausschlagung des Nachlasses beantragt werden.

Berichtsprüfung

735 (739) Rechenschaftsberichte von Mandatsträgerinnen sowie -trägern und 7 (8) Elternberichte über Kindesvermögen wurden geprüft und abgenommen. Zum Teil mussten sie ergänzt, abgeändert oder ganz für den Berichtersteller oder die Berichterstellerin erstellt werden.

6 (14) Kinderkrippen-Aufsichtsberichte wurden genehmigt.

Rechtsgeschäfte

Über folgende Rechtsgeschäfte war zu beschliessen:

Liegenschaftsverkäufe	13	(17)
Erteilungsverträge	27	(35)
Lehrverträge	0	(2)
Prozessführungen, Vergleiche, Darlehensaufnahmen usw.	1	(6)
Unterhaltsverträge	68	(65)
Interessenwahrungen für Unmündige nach Zwangsvollstreckung	24	(3)

Adoptionen

Volladoptionen	8	(5)
Stiefkindadoptionen	2	(3)

Unterbringungen

Nach den gesetzlichen Bestimmungen der fürsorglichen Freiheitsentziehung musste 1 (0) erwachsene Person untergebracht werden.

Gestützt auf das Kindesrecht in Verbindung mit den Vorschriften der fürsorglichen Freiheitsentziehung wurden 4 (7) Kinder/Jugendliche in einem Heim platziert. Nach dem Kindesrecht wurden 7 (0) Spitalplätze, 11 (2) Pflege-

plätze und 10 (3) Heimplätze für Kinder durch Beschluss abgesichert. 1 (1) Jugendlichen wurde die Bewilligung erteilt, ausserhalb des Elternhauses zu wohnen.

Regelung der gemeinsamen elterlichen Sorge

Nach Art. 134 Abs. 3 ZGB wurde für 3 (6) Kinder die gemeinsame elterliche Sorge neu geregelt.

Nach Art. 298a Abs. 1 und 2 ZGB wurde für 24 (20) Kinder das gemeinsame Sorgerecht geregelt.

Beschwerden

Die Vormundschaftsbehörde hatte 3 (2) Beschwerden gegen einen Beistand zu behandeln.

4 (6) Beschwerden wies der Bezirksrat gegen einen Beschluss der Vormundschaftsbehörde ab und 4 Gesuche um Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde wurden ebenfalls abgewiesen. Der Bezirksrat schrieb 4 (6) Beschwerden infolge Rückzug als erledigt ab. Das Obergericht hat 4 Rekurse abgewiesen sowie 1 Rekurs gutgeheissen. Das Bundesgericht ist auf 1 Berufung nicht eingetreten.

Gerichtliche Beurteilungen

Das Bezirksgericht und das Obergericht ist auf ein Begehren um gerichtliche Beurteilung nicht eingetreten.

Verschiedenes

Von Gerichten gingen Mitteilungen über 104 (97) Ehescheidungen sowie 22 (21) Beschlüsse über vorsorgliche Massnahmen ein, die zu 32 (37) Beistandschaften im Sinne von Art. 308 ZGB sowie 3 (2) Prozessbeistandschaften im Sinne von Art. 146 ZGB führten.

19 (21) Bewilligungen zur Aufnahme eines Pflegekindes wurden erteilt.

9 (9) Betriebsbewilligungen wurden an Kinderkrippen erteilt.

Die Vormundschaftsbehörde erteilte 4 (10) Personen die nötige Hilfestellung bei der Suche nach ihrer Abstammung.

Vermögensverwaltung

Das durch den Gesetzlichen Betreuungsdienst und die privaten Mandatsträgerinnen und -träger verwaltete Vermögen (Liegenschaften, Wertschriften usw.) betrug am Jahresende 67 247 699 Franken. Hinzu kamen 34 freie Depots mit einem Wertschriftenbestand von 131 950 Franken.

In der amtseigenen Schirmlade, in vormundschaftlichen Depots und Konti bei der Zürcher Kantonalbank und bei anderen Banken sind an Wertschriften, Sparguthaben und Wertsachen 51 703 245 Franken deponiert.

Ende Jahr bestanden 12 (13) Aufsichten über das Vermögen von Kindern, über die nur ein Elternteil die elterliche Sorge ausübt. Das beaufsichtigte Kindesvermögen betrug Ende 2003 323 904.15 Franken.

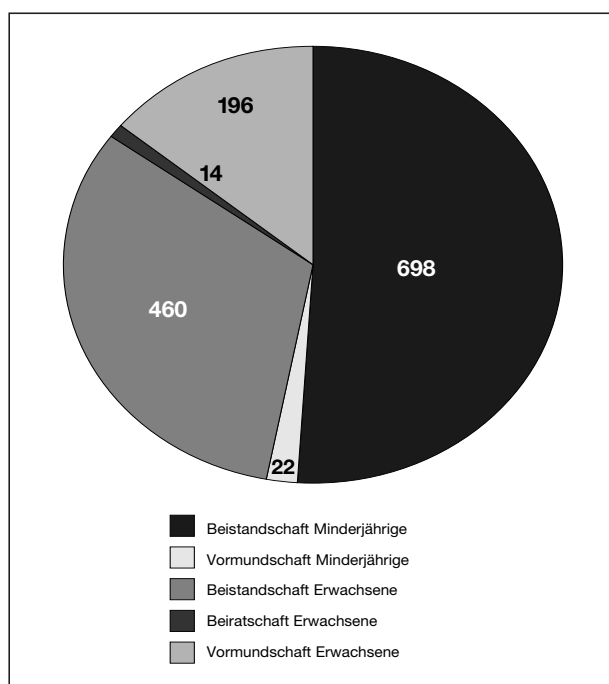
Gesetzlicher Betreuungsdienst

Im Gesetzlichen Betreuungsdienst werden durch die 26 Gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer alle vormundschaftlichen Massnahmen für Kinder und Erwachsene geführt, welche nicht durch Privatpersonen betreut

werden können. Die einzelnen Betreuer und Betreuerinnen sind für die Begleitung und Betreuung von Klientinnen und Klienten in allen Lebensabschnitten und Lebensumständen zuständig. Wegen der wachsenden Komplexität der Problemstellungen und der erhöhten Erfordernisse bezüglich Professionalität wird innerhalb des Dienstes die Bildung von fachlichen Schwerpunkten angestrebt. So werden Fälle mit vornehmlich juristischen Fragestellungen durch Mitarbeitende mit einem Hochschulabschluss in Rechtswissenschaften übernommen. Bei der Zuteilung neuer Fälle werden die fachlichen Schwerpunkte wie Jugendliche, psychisch Kranke, Besuchsrechtsprobleme berücksichtigt. Diese Massnahme hat sich auf die Qualität und Effizienz der Betreuung positiv ausgewirkt.

Während des Jahres wurden 232 (247) neue Massnahmen, davon 151 (188) Kindesschutzmassnahmen, aufgenommen und 204 (226) Massnahmen abgeschlossen. Insgesamt wurden 1594 (1565) Personen betreut, davon waren 856 (54 %) minderjährig und 738 (46 %) erwachsen. 23 % der betreuten Personen waren Ausländerinnen und Ausländer. Mit Geldverkehr und Vermögensverwaltung waren 903 (866) Fälle verbunden, wobei Vermögenswerte in der Höhe von insgesamt 48 772 000 Franken verwaltet wurden.

Vormundschaftliche Massnahmen per 31. Dezember 2003



Das Umfeld für die Erfüllung der den Gesetzlichen Betreuern und Betreuerinnen übertragenen Aufgaben blieb weiterhin schwierig. Die Zahl der zu betreuenden Klienten und Klientinnen nahm insgesamt wiederum zu, ebenfalls die Zahl und Komplexität der zu lösenden Aufgaben. Unter diesen Umständen erschien die Überprüfung, welche Aufgaben werden mit welchem Aufwand und in welcher Qualität erbracht, vordringlich. Zu diesem Zweck wurden die Aufgaben erfasst, ein einfaches System der Erfassung des Zeitaufwandes pro Klient bzw. Klientin erprobt und erstmals neue Kerndaten statistisch ausgewertet.

Die mit der Führung der vormundschaftlichen Massnahmen verbundenen Aufgaben sind in einem umfangreichen Leistungskatalog erfasst und beschrieben worden. Dabei wurde festgestellt, dass die Dienstleistungen ausserordentlich vielfältig sind. Die Gesetzlichen Betreuer

und Betreuerinnen beraten und begleiten Klientinnen und Klienten in allen Lebenslagen und müssen vielfach auch stellvertretend für sie handeln. Das Spektrum der Dienstleistungen reicht von der Beratung einer jungen Mutter, die ihr ungeborenes Kind zur Adoption freigeben möchte, bis zur Organisation des Begräbnisses und Leichenmahles für einen verstorbenen Klienten. Eine erste Analyse ergab, dass es keine Leistungen gibt, die generell nicht mehr erbracht werden sollen oder generell bei allen Betreuten eingeschränkt werden können.

Bei der Erprobung der Instrumente zur Zeiterfassung wurde festgestellt, dass der Arbeitsalltag stark von administrativen Arbeiten, anderen sehr kurz dauernden Tätigkeiten und unvorhergesehenen Ereignissen geprägt ist. Dies wirkt sich auf die Genauigkeit der Zeiterfassung pro Klient negativ aus. Dennoch wurde offensichtlich, dass die Betreuung einzelner Klienten und Klientinnen den durchschnittlichen Aufwand pro Klient um ein Vielfaches, in Einzelfällen sogar um das Zehnfache übersteigt.

Die folgenden Kerndaten wurden erstmals per Stichtag erfasst: Alter, Wohnsituation, finanzielle Unterstützung durch Sozialhilfe und Zusatzleistungen, Einkommens- und Vermögensverwaltung durch den GBD, Zeitaufwand in der Sachbearbeitung und Betreuung im vorangegangenen Quartal sowie die aktuelle Situation.

Erste Ergebnisse lassen sich aus den unten stehenden Tabellen entnehmen.

Finanzielle Unterstützung

Personen		Bedarfsrente			keine Bedarfsrente
		Sozialhilfe	ZL	SH und ZL	
Minderjährige	701	102	25	8	566
Erwachsene im erwerbsfähigen Alter	509	35	293	16	165
Betagte	173	0	89	6	78
Total	1383	137	407	30	809

Wohnsituation / Lebensumstände

Personen		Wohnsituation		Entwicklung			
		Selbstständig	stationär	Aufnahme	Aufhebung	stabil	krisenhaft
Minderjährige	701	562	133	40	49	482	111
Erwachsene im erwerbsfähigen Alter	509	284	219	34	24	359	73
Betagte	173	53	118	10	11	140	8
Total	1383	899	470	84	84	981	192

Erste Erkenntnisse auf Grund der Auswertung:

Bei den Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter und den Betagten beanspruchen 65 % Sozialhilfe und/oder Zusatzleistungen. 50 % der volljährigen Klienten und Klientinnen werden in einem stationären Rahmen betreut. Bei den Betagten wurde die Situation der Klientinnen und Klienten in 80 % der Fälle, bei den Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter hingegen bei rund 70 % als stabil beurteilt.

Bei den Minderjährigen wurden 34 % von der Sozialhilfe und/oder Zusatzleistungen unterstützt. 19 % der Kinder und Jugendlichen waren ausserhalb der Familie untergebracht. In 69 % der Fälle wurde die Situation als stabil erachtet.

Durch die weitere Auswertung der Daten sollen Erkenntnisse insbesondere bezüglich Schnittstellen und Zeitaufwand im kaufmännischen und betreuerischen Bereich gewonnen werden. Diese sollen bei der Überprüfung des Einsatzes von personellen Mitteln für die Erfüllung der vormundschaftlichen Aufgaben eingesetzt werden.

Sozialamt

Sozial- und Wirtschaftshilfe

Die stark steigende Nachfrage bei allen wirtschaftlichen Hilfen (Sozialhilfe, Zusatzleistungen zur AHV/IV, KVG-Prämienübernahmen und Übernahme der Verlustscheine für Krankenversicherungsprämienausstände) ist Ausdruck für die Schwierigkeiten eines wachsenden Teil der Stadtbevölkerung, wirtschaftlich selbstständig zu funktionieren. Eine genauere Betrachtung der allgemeinen Tendenz gibt Aufschluss über unterschiedliche Ursachen für Notsituationen.

Die Verdoppelung der Fälle mit Prämienübernahmen (von 65 im Vorjahr auf 144) zeigt auf, dass immer mehr einkommensschwache Haushalte unmittelbar an der Armutschwelle stehen. Häufig handelt es sich dabei um Familien mit Kindern. Ohne Einrechnung der KVG-Prämien reicht ihr Einkommen knapp zur Bedarfsdeckung. Belässt man hingegen die Prämien für die obligatorische Krankenversicherung (meist nach Abzug der individuellen Prämienverbilligung) im Budget, fällt der Haushalt unter die sozialhilferechtliche Armutsgrenze. Durch die Netto-Prämienübernahme (zulasten von Bund und Kanton) kann diesen Personen geholfen werden ohne dass sie bei der Sozialhilfe anhängig werden.

Die Zunahme der Sozialhilfefällen hängt vor allem mit der hohen Arbeitslosigkeit zusammen. Mit der Revision der Arbeitslosenversicherung (ALV) hat sich der Taggeldbezug von 520 auf 400 Tage verkürzt. Arbeitslose werden deshalb schneller aus der ALV ausgesteuert, und da sie häufig über keinerlei finanzielle Reserven verfügen, sind sie rasch auf Sozialhilfe angewiesen. Der angespannte Arbeitsmarkt erschwert zudem die schnelle Ablösung von Sozialhilfebeziehenden durch die Aufnahme einer existenzsichernden Erwerbsarbeit. Vor allem Personen, die aus gesundheitlichen oder psychosozialen Gründen weniger leistungsfähig sind sowie Personen mit Betreuungspflichten und Personen mit sprachlichen Defiziten und schlechten Berufsqualifikationen haben geringe Chancen erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Daraus resultiert eine Verlängerung der Bezugsdauer, die sich unmittelbar auf Fallzahlen und Kosten auswirkt. Die angespannte Arbeitsmarktlage beeinflusst den Anteil der Unterhaltskosten, der durch die Sozialhilfe gedeckt werden muss (Deckungsquote), obwohl die Unterstützungsansätze gleich bleiben. Der Grund für die höhere Sozialhilfe-Deckungsquote liegt vor allem darin, dass die Einnahmen des unterstützten Haushalts aus Erwerbsarbeit geringer ausfallen. Stark zugenommen hingegen haben die Nachzahlungen für bevorschusste IV-Rentenleistungen.

Bei den Zusatzleistungen ist hauptsächlich der starke Anstieg der IV-Renten verantwortlich für die Fallsteigerung. Ungünstig wirkt sich die Situation aus, dass immer jüngere IV-Rentnerinnen und -Rentner betroffen sind, deren Situation sich in der Regel über lange Zeit kaum verändert. Der lebenslange Leistungsbezug kann nur abgewendet werden, wenn die Wirtschaft bereit ist, weniger leistungsfähigen Menschen eine Chance zu geben, ihren Lebensunterhalt ganz oder zumindest teilweise über eine Erwerbsarbeit verdienen zu lassen.

Ausgaben für die Prämienübernahmen von Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger sowie Übernahme von Verlustscheinen der Krankenkassen aus uneinbringbaren Prämien von Versicherten. Beide Aufwendungen stellen das Krankenversicherungsbegleitende sicher und werden je hälftig von Bund und Kanton finanziert.

Prämienübernahmen	4 752 548	(3 531 403)
Rückerstattungen von Prämienverbilligungen	546 039	(512 005)
Nettoaufwendungen	4 206 508	(3 019 398)
Nettoaufwendungen Übernahme von Verlustscheinen der Krankenkassen	1 383 670	(1 171 760)

Sozialberatung

Die bewährte Zugangssteuerung zum Sozialhilfebezug unter dem Leitgedanken «Arbeit vor Sozialhilfe» wird fortgesetzt: Arbeitsfähigen Personen ohne Betreuungspflichten, die neu wirtschaftliche Hilfe beantragen, wird die Möglichkeit geboten, innert Wochenfrist in ein Arbeitsprojekt der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) einzusteigen und so einen existenzsichernden Lohn zu verdienen. Während des 4-wöchigen Einsatzes werden die Integrationschancen der Teilnehmenden umfassend abgeklärt, und die Teilnehmenden werden bei ihren Bemühungen um eine Stellensuche intensiv begleitet. 138 (72) Personen wurde dieses Angebot unterbreitet, 111 (56) Personen haben sich bei der KAP gemeldet und 84 (37) Personen haben einen Einsatz geleistet. Die übrigen verzichteten auf das Angebot, meldeten sich aber auch nicht mehr für den Sozialhilfebezug. Erfreulicherweise fanden trotz schwieriger Arbeitsmarktlage 13 (4) Personen aus dem Einsatz eine reguläre Stelle. 3 (5) Teilnehmende erwarben einen neuen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung und weitere 4 (5) fanden anderweitige Lösungen. Von den 64 (18) Personen, die nach dem Einsatz an die Sozialhilfe zurück verwiesen wurden, meldeten sich 60 (9) zum Bezug wirtschaftlicher Hilfe. 4 (5) Teilnehmende haben ihren Einsatz noch nicht beendet. Das Projekt kann in Anbetracht der schwierigen Arbeitsmarktlage als grosser Erfolg gewertet werden.

«Work-in» heisst ein interinstitutionelles Zusammenarbeitsprojekt, das nach Auswertung der erfolgreichen Pilotphase fest ins Angebot der Integrationsmassnahmen für Sozialhilfebeziehende aufgenommen wurde. Im «Work-in» arbeiten drei Fachpersonen aus der Sozialberatung, dem RAV und der KAP mit je 30 Stellenprozenten sehr eng in den Räumen der Sozialberatung zusammen. Alle arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehenden werden von ihren zuständigen Sozialberaterinnen und -beratern innert zwei Monaten ab Fallaufnahme dem Spezialteam zugewiesen. 249 haben seit Projektstart im Herbst 2002 das Programm durchlaufen und absolvierten ein umfassendes Assessment zur Arbeits- und Vermittlungsfähigkeit. Auffällig ist der hohe Anteil an ausländischen und schweizerischen Personen, die über keinerlei Berufserfahrungen in der Schweiz verfügen (37 %). Diese Personen ohne aktuelle Arbeitserfahrung werden es zurzeit äusserst schwierig haben, Stellen zu finden. Aufgrund von Empfehlungen des «Work-in»-Teams wurden u.a. Deutschkurse (13), vorübergehende Beschäftigungen (74) sowie Einsätze für Freiwilligenarbeit (9) initiiert. Erfreulicherweise konnten 15 Fälle nach kurzer Bezugsdauer abgelöst werden, weil die Sozialhilfebeziehenden mit Unterstützung des «Work-in» eine Stelle gefunden haben. 97 Fälle konnten mit einem Integrationsplan an die Beratung zurück gegeben werden.

Der Ergänzende Arbeitsmarkt bietet Langzeitarbeitslosen, die aus verschiedenen Gründen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind, Arbeitstraining und Qualifikation. Durch die feste Tagesstruktur stabilisiert sich die gesundheitliche Verfassung und soziale Kompetenzen werden erhalten und gefördert. 242 (182) Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger nahmen an Arbeitsprojekten der KAP teil. 181 (150) Personen haben ihren Einsatz abgeschlossen 144 (104) Männer und 37 (46) Frauen. Die durchschnittliche Verweildauer im Programm betrug 2,4 (3,2) Monate. 16 % (24 %) der Teilnehmenden haben im Anschluss an die Programmteilnahme eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt

gefunden. Bei 6 % (8 %) der Teilnehmenden wurde eine anderweitige Lösung gefunden.

19 Sozialhilfebeziehende leisteten insgesamt 2018 (1228) Stunden freiwillige Arbeit an verschiedenen Einsatzorten (Alters- und Pflegeheime, Mittagstisch, Hort) im Rahmen des Projekts «Heks-Visite». Teilnehmende pflegen auf diese Weise soziale Kontakte, gewinnen Einblicke in neue Arbeitsfelder und erhalten vor allem die Möglichkeit, eine sinnvolle und gesellschaftlich wertvolle Arbeit zu leisten.

Während Massnahmen zur schnelleren BerufsinTEGRATION die Verkürzung der Bezugsdauer bezwecken, strebt die neu geschaffene Sozialversicherungsstelle die lückenlose Geltendmachung sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche an, die der Sozialhilfe vorgehen. Die Spezialistin prüft alle neu anlaufenden Fälle unter diesem Aspekt. Unsichere oder strittige Ansprüche werden geklärt und durch die zentrale Bewirtschaftung der Geschäftskontrolle wird sichergestellt, dass keine Fristen verpasst werden.

Durch die Integration der Daten, die in der Anmeldephase erhoben werden (ZAS-Datenbank) in die Sozialhilfe-Applikation ROFA sowie durch die Verbesserung der Schnittstelle zur Einwohnerkontrolle konnten die administrativen Abläufe in der Fallarbeit weiter optimiert werden. Gezielte Auswertungen fliessen in monatliche Reportings, die für die interne Steuerung und die externe Berichterstattung unerlässlich sind.

Fallstatistik

Erneut ist die Zahl der Neuaufnahmen stark angestiegen, die Zahl der Fallabschlüsse hingegen nicht im gleichen Mass. Dies führt zu einem Bestand von 1856 Fällen am Stichtag 31. Dezember 2003. Stark gefordert wurde im Berichtsjahr die zentrale Anlaufstelle (ZAS), die bei allen Neuzugängen die Zuständigkeitsprüfung und das Intake im geforderten Qualitätsstandard sicherstellen musste.

Die interne Fallstatistik beinhaltet neben den Unterstützungsfällen auch jene Fälle, bei denen ausschliesslich persönliche Hilfe geleistet wurde oder Geldverwaltungen erfolgten.

Stand am 1. Januar	1 631	(1 592)
Neuaufnahmen	1 214	(962)
Total behandelte Fälle	2 845	(2 554)
abgeschlossene Fälle	989	(923)
Bestand am 31. Dezember	1 856	(1 631)

Sozialhilfestatistik

Die Sozialhilfestatistik beinhaltet nur jene Fälle, an die eine finanzielle Hilfe geleistet werden musste. Aus dieser technisch bedingten engen Falldefinition ergeben sich deshalb Abweichungen zur internen Fallstatistik. Auch bei den Aufwendungen ergeben sich Abweichungen durch die unterschiedliche Berücksichtigung von Kostenelementen. Insbesondere sind die Rückerstattungen anderer Gemeinwesen nicht enthalten.

Vergleich Statistik 2003 mit 2002

	2003	2002	Differenz
Anzahl Unterstützungsfälle*	2 583	2 237	+ 13,8 %
- Anteil Alleinstehende in eigenem Haushalt	40,7 %	41,8 %	- 1,0 %
- Anteil Alleinstehende in Heimen oder Pflegefamilien	23,3 %	22,2 %	+ 1,2 %
- Anteil Alleinerziehende	19,0 %	20,7 %	- 1,6 %
- Anteil (Ehe-/Konkubinats-)Paare	16,9 %	15,5 %	+ 1,5 %
Anzahl Fallzugänge	1 086	919	+ 14,1 %
Unterstützungsleistung			
- brutto (ohne Überschusszahlungen)	45,64 Mio	40,53 Mio	+ 12,6 %
- netto (ohne Kostenerstattungen von anderen Gemeinwesen)	30,74 Mio	28,71 Mio	+ 7,1 %

Fortsetzung Statistik	2003	2002	Differenz
Einige häufige Unterstützungsmerkmale			
– Arbeitslos (ALV / ALH, Bezug oder in Abklärung)	19,9 %	19,7 %	+ 0,2 %
– Ausgesteuert	13,7 %	12,9 %	+ 0,8 %
– Zu geringes Erwerbseinkommen trotz voller Erwerbstätigkeit	2,6 %	2,3 %	+ 0,3 %
– Suchtproblematik	15,8 %	17,0 %	– 1,2 %
– Scheidung, Trennung	17,7 %	15,4 %	+ 2,3 %
Unterstützungsbedarf bezogen auf Bruttobedarf			
– Alleinstehende	89,7 %	89,4 %	+ 0,3 %
– Alleinerziehende	58,5 %	53,3 %	+ 5,3 %
– (Ehe-/Konkubinats-)Paare	79,6 %	73,9 %	+ 5,7 %
Wohnverhältnisse			
– Anteil Personen in eigenen Haushalten	82,4 %	84,1 %	– 1,7 %
– Anteil Personen in Heimen oder Pflegefamilien	8,2 %	7,4 %	+ 0,8 %
Abschluss der Unterstützung			
Total abgeschlossene Fälle	817	646	+ 9,4 %
Wichtigste Abschlussgründe			
– Wiedererlangen wirtschaftlicher Selbständigkeit	227	267	– 15,0 %
– Eingang der Sozialversicherungsleistung	315	217	+ 45,2 %
– Wegzug	92	67	+ 37,3 %
Unterstützte Personen bezogen auf Bevölkerungszahlen			
– Insgesamt	4,8 %	4,2 %	+ 0,6 %
– Minderjährige	8,8 %	8,0 %	+ 0,8 %
– 18-35 jährige Frauen	6,7 %	6,0 %	+ 0,7 %
– Niedergelassene	8,3 %	7,5 %	+ 0,8 %
– Kontrollpflichtige Ausländer/innen	11,7 %	9,9 %	+ 1,8 %

* Neu werden Fälle, welche nach einem unterstützungsfreien Intervall von mindestens 6 Monaten wieder unterstützt werden, gemäss Falldefinition der Sozialhilfestatistik des Bundes bei jedem Unterstützungsintervall gezählt. Deshalb erhöht sich sowohl die Anzahl der Unterstützungsfälle, der Fallzugänge und der Fallabschlüsse.

Winterthur beteiligte sich erneut am Kennzahlenvergleich der Städteinitiative Sozialpolitik.

Fürsorgebehörde

Die Gesamtbehörde hat 4 (4) Sitzungen durchgeführt. Die Unterstützungskommission hat an 10 (10) Sitzungen insgesamt 2486 (2212) Geschäfte behandelt. Die Geschäftsprüfungskommission hat 4 (3) Sitzungen durchgeführt. Im Wiedererwägungsverfahren behandelte die Unterstützungskommission 18 (14) Einsprachen und die Gesamtbehörde deren 2 (3).

Aufwendungen

Brutto-Unterstützungsaufwendungen	49 400 323.02	(43 483 278.10)
Rückerstattungen (Staatskasse, Versicherungsleistungen, Alimentenbevorschussungen, Heimatbehörden usw.)	28 451 476.00	(19 547 063.90)
Netto Aufwendungen	20 948 847.02	(23 936 214.20)

Grössere Abweichungen bei den Rückerstattungen ergeben sich dadurch, dass die kantonalen Verrechnungen von Fürsorgeabrechnungen für Ausländer, die noch nicht zwei Jahre im Kanton Zürich wohnhaft sind, nicht immer zeitgleich erfolgen. So sind im Jahr 2003 drei statt zwei Raten-Zahlungen eingegangen, im Jahr 2002 hingegen nur eine statt zwei.

Inkasso Sozialhilfe

Insgesamt konnten 915 721 (480 845) Franken an Rückerstattungen zugunsten von Klientinnen und Klienten verbucht werden. Die Steigerung ist u.a. durch die neu zentrale Erfassung des unrechtmässigen Sozialhilfebezugs bedingt. In den Vorjahren wurden solche Rückforderungen, welche im laufenden Sozialhilfebezug von der monatlichen Leistung abgezogen wurden, nicht erfasst. Neben dem Rückerstattungsgrund «unrechtmässiger Bezug» sind freiwillige Rückzahlungen von Sozialhilfe, Rückerstattungen aus Erbschaften und Nachlässen sowie Rückzahlungen von Mietzinsdepots eingeschlossen.

Gestützt auf Art. 328/329 ZGB gingen 167 710 (55 270) Franken an Verwandtenbeiträgen ein. Die aufgrund von Art. 276 ff. ZGB durch die Inkassostelle verpflichteten Eltern entrichteten 187 568 (262 620) Franken an Elternbeiträgen.

	Rückerstattungen	Verwandtenbeiträge	Elternbeiträge
Anfangsbestand 03	205 (175)	35 (21)	116 (112)
Aufnahmen	283 (56)	27 (36)	36 (46)
Abschluss	190 (26)	44 (22)	45 (42)
Endbestand 03	298 (205)	18 (35)	107 (116)

Zusatzleistungen zur AHV/IV

Die Durchführungsstelle Winterthur übernahm für fünf Gemeinden, Seuzach, Thalheim an der Thur, Brütten, Dägerlen und Schlatt, mit insgesamt 78 Fällen sämtliche

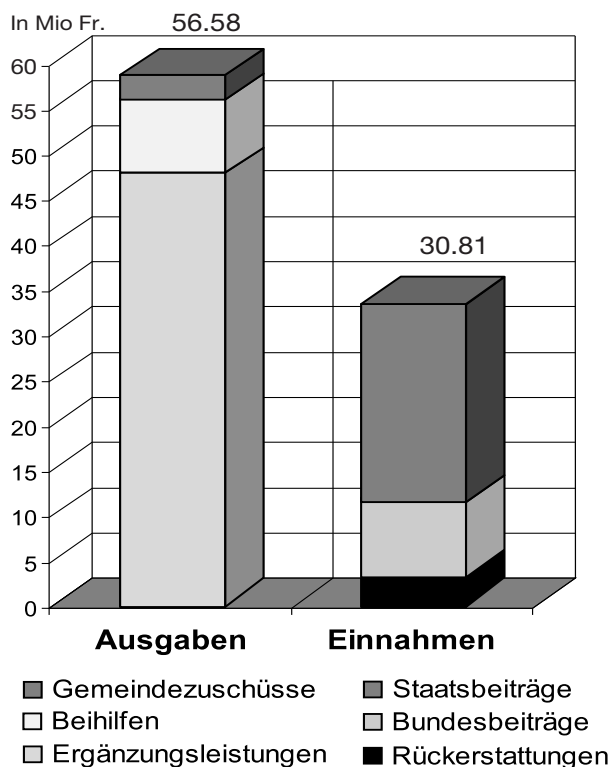
Leistungen der Stadt Winterthur für Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich:

	brutto	Rückerstattungen	netto	Beitrag Bund	Beitrag Staat	Beiträge total	zulasten Stadt	Winterzulagen	Härtekredit	NE-Beiträge	zulasten Stadt
2003	56 577 767	2 705 642	53 872 125	a) 8 376 505	a) 19 730 409	28 106 914	25 765 211	0	500	0	25 765 711
2002	51 706 964	1 869 172	49 837 792	a) 7 458 713	a) 18 083 457	25 542 170	24 295 622	0	1 006	0	24 296 628
2001	47 544 716	1 916 348	45 628 368	a) 7 137 188	a) 16 684 488	23 821 676	21 806 692	0	445	0	21 807 137
2000	43 615 524	1 743 562	41 871 962	a) 6 142 308	11 570 297	17 712 605	24 159 357	0	3 109	0	24 162 466
1999	38 912 317	1 906 268	37 006 049	3 083 574	12 547 909	15 631 483	21 374 566	0	2 242	169 295	21 546 103
1998	36 502 008	1 989 535	34 512 473	2 859 658	11 708 532	14 568 190	19 944 283	127 500	5 882	140 811	20 218 476
1997	35 779 187	1 860 949	33 918 238	2 813 864	11 521 035	14 334 899	19 583 339	119 575	6 073	98 858	19 807 845
1996	34 814 700	1 742 502	33 072 198	2 739 549	11 216 764	13 956 313	19 115 886	122 400	9 981	66 746	19 315 013
1995	35 768 275	1 615 441	34 152 834	2 813 403	11 662 837	14 476 240	19 676 594	118 900	4 638	79 788	19 879 920
1994	33 795 299	1 724 676	32 070 623	2 623 552	10 943 962	13 567 514	18 503 109	119 150	7 750	38 098	18 668 107
1993	32 287 072	1 658 923	30 628 149	2 510 001	10 470 294	12 980 295	17 647 854	120 900	3 300	15 080	17 508 574
1992	27 291 791	1 122 270	26 169 521	2 102 508	8 938 108	11 040 616	15 128 905	122 525	6 230	18 423	14 981 727
	21 700			700							

a) KVG – Subventionen von Bund und Staat für Prämienübernahmen mittels EL + BH (fürs 2000 nur Bundesanteil; kein Staatsanteil, weil noch EVO KVG gilt).

Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausrichtung von Zusatzleistungen. Die Gemeinden bezahlen die Auslagerung der Dienstleistungen. Die interkommunale Zusammenarbeit gestaltet sich für beide Seiten sehr erfolgreich.

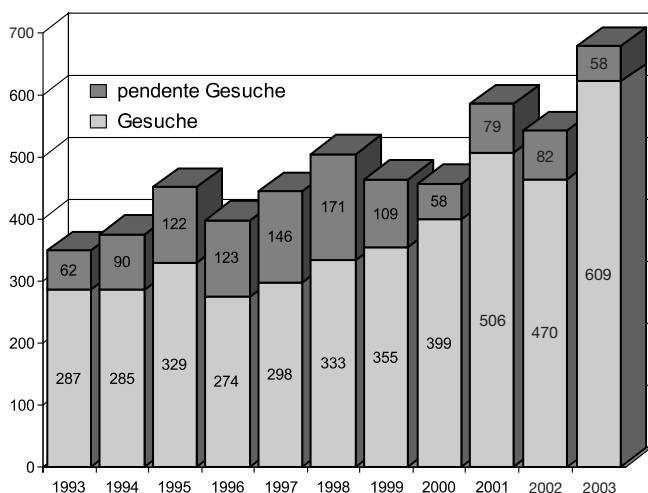
Verteilung auf Leistungskategorien und Kostenträger:



Fallzahlen der Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich:

	Betagte	Behinderte	Hinterlassene	Total
2003	1 548	1 124	61	2 733
2002	1 511	995	52	2 558
2001	1 494	890	47	2 431
2000	1 484	794	39	2 317
1999	1 455	769	32	2 256
1998	1 376	715	28	2 119
1997	1 424	644	21	2 089
1996	1 460	621	23	2 104
1995	1 508	594	25	2 127
1994	1 545	546	27	2 118
1993	1 573	496	26	2 095
1992	1 557	440	32	2 029

Gesuche



Jugendsekretariat

Die öffentliche Jugendhilfe ist mit dem kantonalen Wif Projekt 31 in Bewegung geraten. Ein Hauptanliegen des Reformprojektes besteht darin, die Planung, Steuerung, Angebotsentwicklung und bedürfnisgerechte Mittelzuführung in der Jugendhilfe sicherzustellen. Inhaltlich sollen Verbesserungen in der interdisziplinären Zusammenarbeit und – mit der Zusammenführung von zentral zu erbringenden Dienstleistungen – Synergien über die Gemeinde- und Bezirksgrenzen hinweg erreicht werden. Ferner ist vorgesehen, die Finanzierung der ambulanten Beratungseinrichtungen und der stationären Kinder- und Jugendheime neu zu regeln.

Nach dem Vorliegen der ersten Vernehmlassungsergebnisse im Jahre 2001 hat der Regierungsrat das Amt für Jugend- und Berufsberatung mit verschiedenen Pilotprojekten beauftragt, die zur Zeit in den Bezirken Hinwil, Pfäffikon und Uster erprobt werden. Ab 1.1.2004 wird die Jugendhilfe in diesen drei Bezirken in einer Regionalstelle zusammengefasst und neu strukturiert. Gleichzeitig wurden die Vorarbeiten für ein neues kantonales Kinder- und Jugendgesetz in Angriff genommen. Dieser Gesetzesentwurf wurde im Frühling 2003 bei politischen Gemeinden und Schulbehörden in eine breite Vernehmlassung geschickt. Die ersten Auswertungsergebnisse dieser Vernehmlassung zeigen, dass verschiedenen Reformvorhaben eine Unterstützung finden. Grosse Vorbehalte werden aber bei der geplanten Regionalisierung, der Kostenaufteilung und der mangelnden Mitsprache der Gemeinden angebracht. Der Regierungsrat will im kommenden Jahr das neue Kinder- und Jugendgesetz verabschieden und Ende 2004 dem Kantonsrat zur Beratung vorlegen.



Generelle Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe

Jugendkommission

Die Jugendkommission setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Departemente Soziales, Schule und Sport, Kulturelles und Dienste sowie Sicherheit Umwelt zusammen. Sie ist eine Fachkommission des Stadtrates und versteht sich auch als Plattform für den regelmässigen Koordinations- und Informationsaustausch innerhalb der Departemente in Jugend- und Familienfragen. Die Jugendkommission hat sich in einem Arbeitsschwerpunkt zum Ziel gesetzt, eine Bestandsaufnahme und Evaluierung des gesamten Angebotes in der Jugendarbeit vorzunehmen mit dem Ziel, die vorhandenen Mittel besser und zweckmässiger einzusetzen. Die Angebote sollen aufgrund der aktuellen Bedürfnislage inhaltlich neu beurteilt und in eine zweckmässige Struktur überführt werden. Ein

erster Reorganisationsschritt erfolgte mit der Eingliederung des Bereiches «Offene Jugendarbeit» in das Jugendsekretariat. Gleichzeitig wurde mit einer Stellenumwandlung die Stelle «Jugenddelegierter» geschaffen. Alle Anliegen der Jugendarbeit sollen in Zukunft an einer Stelle kompetent bearbeitet und nach aussen vertreten werden.

pro juventute Elternbriefe

Seit anfangs 2002 werden in der Stadt allen Eltern nach der Geburt ihres ersten Kindes die pro juventute Elternbriefe zugestellt. Die Eltern erhalten im ersten Lebensjahr ihres Kindes monatlich eine unterstützende und anleitende Informationsschrift über die wichtigsten Entwicklungsschritte ihres Kindes. Im zweiten und dritten Lebensjahr wird der Versand nur noch auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern in Abständen von drei- und vier monatlichen Intervallen verschickt. Diese regelmässigen Versandkontakte zu jungen Eltern wird präventiv genutzt, in dem auf wichtige städtische Angebote wie Spielgruppen, Beratungsstellen usw. aufmerksam gemacht werden kann. Im vergangenen Jahr profitierten von diesem Präventionsangebot 488 Eltern mit einem Säugling bis 1-jährig und 228 Eltern mit einem Kleinkind bis 2-jährig.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Bewilligungspflichtige Krippen

Seit dem 1. Juli 1998 besteht im Kanton Zürich, gestützt auf einer vom Regierungsrat erlassenen Verordnung, eine Bewilligungs- und Aufsichtspflicht für die Führung von Kinderkrippen. In der Stadt Winterthur wurden 2003 auf privatrechtlicher Basis 22 (21) Krippen geführt, mit insgesamt 432 (411) Plätzen. Bestehende Krippen haben teilweise ihr Angebot ausgebaut, sodass im Jahre 2003 insgesamt 21 neue Krippenplätze geschaffen wurden. Alle Krippenbetriebe werden nach den gesetzlichen Bestimmungen beaufsichtigt.

Subventionierte Krippen

Mit 11 subventionierten Krippen und dem Tagesfamilienverein wurden Leistungsaufträge abgeschlossen. Es werden keine Betriebskosten mehr subventioniert, sondern nur noch erbrachte Betreuungsleistungen.

Von den 22 (21) privatrechtlich geführten Krippen mit total 432 (411) Plätzen, wurden 11 (11) Krippeneinrichtungen mit 188 (188) Plätzen subventioniert, beim Tagesfamilienverein insgesamt 36 000 (36 000) Betreuungsstunden.

Alle subventionierten Einrichtungen waren verpflichtet, das städtische Beitragsreglement anzuwenden. Der prognostizierte Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge von 40 % wurde mit 41 % (42 %) leicht übertroffen. Alle Krippeneinrichtungen waren während des ganzen Jahres zwischen 90 und 100 % ausgelastet. Interessant sind die Zahlen des von den Eltern gewünschten Betreuungsumfanges. 63 % (64 %) der Kinder werden zwischen einem und zweieinhalb Tagen fremdbetreut. Diese kleinen Betreuungsverhältnisse zeigen, dass Eltern die Erziehung ihrer Kinder nicht an fremde Einrichtungen delegieren, sondern wenn immer möglich die Betreuungsverantwortung selber übernehmen. Die Zahl der allein erziehenden Eltern ist mit 30 % (31 %) nach wie vor hoch. Es haben vermehrt weniger gut verdienende Eltern vom subventionierten Krippenangebot Gebrauch gemacht. Nach wie vor besteht eine gute soziale Durchmischung in den Betreuungseinrichtungen.

Das städtische Beitragsreglement wird aufgrund eines politischen Vorstosses überarbeitet. Vorgesehen ist eine

Herabsetzung des maximalen Einkommens, ab dem Eltern die Vollkosten der Krippen- oder Hortbetreuung selber übernehmen müssen. Bei gleichbleibenden finanziellen Verhältnissen der abgebenden Eltern wird mit 11 % Mehreinnahmen gerechnet werden können. Die Inkraftsetzung ist auf den Sommer 2004 geplant.

Statistik	2003	2002
Anzahl subventionierter Betreuungsplätze	188	(188)
Anzahl betreuter Kinder	581	(584)
Durchschnittliche Vollkosten pro Betreuungsplatz und Tag	87,75	(87,75)
Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge	41 %	(42 %)
Total geleistete Betreuungstage	46 689	(46 152)
Betreuungsumfang pro Woche		
weniger als 2,5 Tage	63 %	(64 %)
2,6 bis 4 Tage	28 %	(26 %)
mehr als 4 Tage	9 %	(10 %)
Nationalität der Kinder		
Schweizer	83 %	(83 %)
Ausländer	17 %	(17 %)
Bruttoeinkünfte der abgebenden Eltern		
bis 30 000	10 %	(7 %)
31 000 bis 60 000	20 %	(22 %)
61 000 bis 90 000	24 %	(27 %)
91 000 bis 120 000	27 %	(22 %)
mehr als 120 000	19 %	(22 %)
Situation der Familie		
Allein erziehend	30 %	(31 %)
Beide Eltern erwerbstätig	50 %	(53 %)
Ein Elternteil erwerbstätig, der andere in Ausbildung	8 %	(6 %)
Ein Elternteil erwerbstätig	12 %	(10 %)
Grund der Platzierung		
Überschneidende Erwerbs- und Ausbildungstätigkeit	33 %	(43 %)
Existenznotwendig	24 %	(27 %)
Unterstützung aus erzieherischen Gründen	1 %	(1 %)
Pädagogische Förderung/Sozialisation	18 %	(20 %)
Entlastung der Eltern (Krankheit, Unfall, Invalidität)	16 %	(6 %)
Von öffentlichen Beratungsstellen empfohlen	2 %	(3 %)

Jugend- und Familienberatung (JFB)

Die inhaltliche Statistik gibt Auskunft darüber, wieviele Beratungen und Abklärungen mit welchen Zielsetzungen von den Mitarbeitenden der JFB durchgeführt wurden. Sie geht von Fällen und nicht von Personen aus.

Im Jahr 2003 wurden insgesamt 791 Fälle (im Vorjahr 762 Fälle) bearbeitet. Dies bedeutet eine Zunahme der Fallbelastung um 29 Fälle (4 %).

Statistik

	2003	2002
Total behandelte Fälle	791	762
längerfristige Beratungen	566	521
Kurzberatungen	66	69
Abklärungen/Gutachten	106	103
Von der JFB betreute Pflegeplätze	29	35
Sozialpädagogische Familienbegleitung	24	34

Längerfristige Beratungen

	2003	2002
Sach-, Finanz- und Rechtsberatung	80	47
Schwangerschaft/Geburt	20	9
Erziehungsberatung im Vorschulbereich	54	96
Erziehungsberatung bei Schulkindern und Jugendlichen	194	159
Ehe-/Partnerschaftsprobleme	11	13
Trennungs-/Scheidungsproblematik	17	19
Nachscheidungsprobleme	79	74
Mehrfachproblematiken	84	74
Begleitung von Heimplatzierungen	27	30

Abklärungen/Gutachten

	2003	2002
Gericht:		
Gutachten	15	9
Kindesanhörnung	2	2
Vormundschaftsbehörde:		
Kindesschutz-Aufträge	66	65
Stiefvateradoptionen	5	4
Fremdländische Adoptionen	15	17
Kindesanhörnung	0	0
Andere	3	6

Familienergänzender Bereich

Der Jugend- und Familienberatung obliegt im Rahmen des familienergänzenden Bereichs der Vollzug der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung, Vermittlung, Bewilligung und Aufsicht. Den Überblick über die insgesamt per 31.12.2003 in Pflegefamilien platzierten Kinder in der Stadt Winterthur gibt nachfolgende Tabelle. Sie beinhaltet zusätzlich die meldepflichtigen Tagespflegeplätze (ab 2,5 Tage) des Tagesfamilienvereins und die Wochen- und Dauerpflegeplätze des Gesetzlichen Betreuungsdienstes:

	Stichtag 31.12.2003	Stichtag 31.12.2002
Anzahl Pflegekinder in:		
Bewilligungspflichtigen Wochen- und Dauerpflegeplätzen	50	49
Meldepflichtigen Tagesplätzen	44	42

Fachstelle für Kinderschutz und Opferhilfeberatung Winterthur

Die Fachstelle für Kinderschutz und Opferhilfeberatung Winterthur hatte gegenüber dem Vorjahr eine markante Zunahme der bearbeiteten Fälle zu verzeichnen. Im Kontext der Opferhilfe werden die «Opfer» als massgebliche statistische Grösse erfasst. Im Jahr 2003 standen insgesamt 335 Opfer (2002: 277 Opfer), oftmals mitsamt ihren Familienangehörigen und ihrem erweiterten Umfeld, im Zentrum unserer Bemühungen. Damit mussten von der Fachstelle so viele Misshandlungssituationen beurteilt und betreut werden, wie noch nie seit der Aufnahme der Beratungstätigkeit im Jahre 1996.

Statistik

	2003	2002
Behandelte Fälle	335	277
davon noch laufend	111	88
Geschlecht		
Männlich	130 (39%)	109 (39%)
Weiblich	205 (61%)	168 (61%)
Gesetzlicher Wohnsitz		
Stadt Winterthur	185 (55%)	158 (57%)
Bezirk Winterthur	41 (12%)	30 (11%)
Kanton Zürich	67 (20%)	51 (19%)
Andere Kantone	10 (3%)	12 (4%)
Ausland	0 (0%)	0 (0%)
unbekannt	32 (10%)	26 (9%)
Alter		
Bis 4 Jahre	78 (23%)	65 (24%)
5 bis 9 Jahre	103 (31%)	92 (33%)
10 bis 13 Jahre	62 (18%)	50 (18%)
14 bis 17 Jahre	80 (24%)	66 (24%)
18 bis 29 Jahre	12 (4%)	4 (1%)
Art der Anmeldung		
Opfer und sein Umfeld:		
Opfer	11 (3%)	8 (3%)
ihm gleichgestellte Person (Vater, Mutter, Eltern)	76 (23%)	84 (30%)
ihm vertraute Person (Freundin, erweiterte Familie)	22 (7%)	14 (5%)
Polizei/Justiz	27 (8%)	19 (7%)
Fachpersonen		
Kinderklinik	36 (11%)	25 (9%)
Ärztenschaft	32 (9%)	25 (9%)
Schule/Kindergarten	56 (17%)	51 (18%)
Familienergänzender Bereich (Krippe, Hort, Heim)	7 (2%)	3 (1%)
Soziale Institution (JS, SPD, KJPD u.a.)	29 (9%)	20 (7%)
Gesetzlicher Betreuungsdienst	25 (7%)	15 (6%)
Andere	13 (4%)	4 (2%)
Unbekannt	1 (0%)	9 (3%)
Art der Misshandlung		
körperliche Misshandlung	119 (36%)	84 (30%)
Vernachlässigung	36 (11%)	25 (9%)
sexuelle Ausbeutung	131 (39%)	123 (45%)
psychische Misshandlung	30 (9%)	34 (12%)
Drogenschädigung	15 (4%)	11 (4%)
Münchhausensyndrom	4 (1%)	0 (0%)
von den behandelten Fällen waren:		
Verdachtsituationen	116 (35%)	77 (28%)
Laufende (manifeste) Misshandlungen	95 (28%)	95 (34%)
Beendete Misshandlungen	84 (25%)	82 (30%)
Straftat in Kindheit (bei Volljährigen)	5 (2%)	2 (1%)
ungeklärt	35 (10%)	21 (7%)

	2003	2002
Allgemeine Leistungen		
Begleitung zu Polizei/Gericht/Anwalt	9	14
Helferkonferenzen	36	31
Vorübergehende Hospitalisation	76	60
Medizinische Untersuchung	56	21
Gynäkologische Untersuchung	15	9
Kinder- und jugendpsychiatrische Abklärung	14	4

Mütter- und Väterberatung

Die Statistik der Mütter- und Väterberatung erfasst die Anzahl der betreuten Kinder und die Anzahl der Beratungen. Mit 1579 Kindern im Alter von 0 bis 7 Jahren fand an einer Beratungsstelle oder bei einem Hausbesuch mindestens ein persönlicher Kontakt statt.

73 % der betreuten Kinder waren Säuglinge (bis 1 Jahr alt), 31 % der betreuten Kinder haben eine fremdsprachige Mutter.

Die Beratungen auf Voranmeldung am Abend oder am Nachmittag haben sich verdoppelt.

Die Hausbesuche, die als Erstbesuch nach der Geburt angeboten werden und in besonderen Fällen von Krankheit oder aus sozialen Gründen notwendig sind, haben um fast 10 % zugenommen und die telefonischen Beratungen um 8 %.

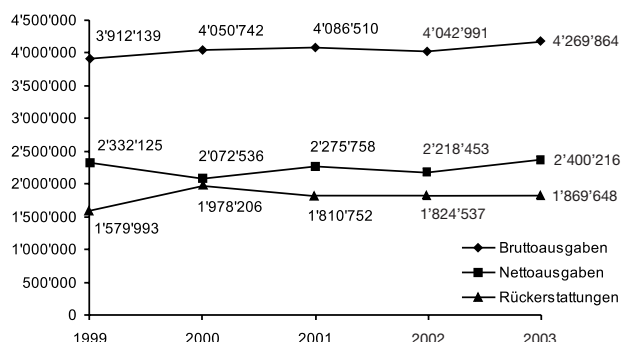
	2003	2002
Geburten	935	968
Alter/Nationalität		
Kinder von 0-7 Jahren	1 579	1 618
– Kinder bis 1 Jahr alt	1 156 (73%)	1 221 (75%)
– Kinder mit ausländischer Mutter	493 (31%)	503 (31%)
Beratungen		
Konsultationen in den 16 Beratungsstellen	5 745	5 599
– davon nach Voranmeldung	268	137
Hausbesuche	1 058	970
Telefonische Beratungen	3 084	2 868
Total Beratungen	9 887	9 437

Alimentenhilfe

Die Anzahl der Kinder mit Bevorschussung stieg um 5,5 % auf 789 (748). Die ausgerichteten Vorschüsse stiegen um 5,6 % (– 1,1) auf Franken 4 269 864 (4 042 991). Die Nettoausgaben stiegen um 8,2 % (– 2,5) auf Franken 2 400 216 (Franken 2 218 453), weil der Inkassoerfolg auf 43,79 % (45,13) sank.

Nach drei Jahren mit praktisch stabilen Zahlen stiegen 2003 die ausgerichteten Vorschüsse markant an.

Aufwand und Ertrag der Alimentenbevorschussung



Alimentenvermittlung/Inkasso

Total konnten Eingänge von Franken 3 547 382 (3 322 004) verbucht werden. Davon gingen Franken 1 869 648 (1 824 537) an bevorschusste Alimente. Franken 1 677 734 (1 497 467) an Kinderalimenten, Kinderzulagen und Frauenrenten wurden vermittelt.

593 (562) Väter oder Mütter schuldeten Beiträge an laufende Bevorschussungen. Bei 94 (79) Schuldner und Schuldnerinnen wurde ein treuhänderisches Inkasso von Kinderalimenten geführt und 34 (30) Männer hatten ausschliesslich Frauenrenten zu zahlen. Zusätzlich wurde in 178 (172) alten Fällen mit Ausständen ein aktives Inkasso geführt. In 113 (108) dieser alten Fälle konnten Zahlungen erheblich gemacht werden. Inklusive der alten Inkassofälle wurde somit gegenüber 899 Schuldnern ein aktives Inkasso geführt.

Gegen 294 (230) Personen wurden Betreibungen eingeleitet. In 8 (9) Fällen wurde eine Strafanzeige wegen Vernachlässigung der Unterhaltspflichten (Art. 217 StGB) erhoben.

Der Aufwand für Inkasso- und Gerichtsgebühren betrug Franken 67 130.60 (64 334). Zurückerstattet wurden Franken 38 813.80 (36 270).

An Zinsen auf betriebene Forderungen und Prozessschädigungen gingen Franken 7970.70 (3781.40) ein.

In 72 (54) Fällen erfolgte eine freiwillige Beratung mit Korrespondenz oder einem persönlichen Beratungsgespräch (ohne telefonische Kurzberatungen).

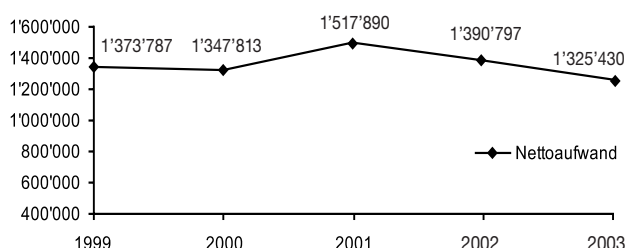
Mediation von Unterhaltsvereinbarungen

Die Alimentenhilfe bietet Vermittlung an, wenn es zwischen volljährigen Kindern in Ausbildung und deren Eltern Probleme bei der Finanzierung der Ausbildung gibt, oder wenn ein Familienteil nach einer Trennung auf Sozialhilfe angewiesen ist. Ziel der Vermittlung ist eine schriftliche Unterhalts- oder Getrenntlebensvereinbarung. Im Berichtsjahr wurde in total 16 (19) Fällen zusammen mit den Betroffenen nach Lösungen gesucht.

Beratungserfolg

	Volljährige Kinder – Eltern	getrennt lebende Eheleute
Total Mediationen	15	1
– aussergerichtliche Vereinbarungen	5	1
– keine Unterhaltsbeiträge zumutbar	3	0
– keine Einigung; auf den Gerichtsweg verwiesen	2	0
– Abbruch	5	0
– pendent Ende Jahr	0	0

Nettoaufwand Kleinkinderbetreuungsbeiträge



158 (162) Familien kamen in den Genuss von Kleinkinderbetreuungsbeiträgen (KKBB). Franken 1 398 411 (1 484 836) wurden an KKBB ausgerichtet. Franken 72 981 (94 039) gingen ein an abgetretenen Unterhaltsbeiträgen, nachträglich eingehenden Renten, Taggeldern usw. oder Rückerstattungen für zuviel ausgerichtete Beiträge (späte Meldungen bei Wegzug und anderen Änderungen der Verhältnisse). Der Nettoaufwand sank um 4,7 % (– 8,3) auf Franken 1 325 430 (1 390 797).

In 44 (40) Fällen wurde der Antrag auf KKBB abgelehnt.

Kinder- und Jugendheim Oberi

Im Jahr 2003 betreute das Kinder- und Jugendheim Oberi 33 Kinder im Alter zwischen 6 und 18 Jahren.

Gegenüber den Vorjahren war die Fluktuation geringer, drei Eintritten stand ein Austritt gegenüber. Das ausgetretene Kind konnte zu seiner Mutter zurückkehren.

Wie auch in den Vorjahren war die Nachfrage nach Heimplätzen grösser als das Angebot.

Belegungsstatistik

Anzahl Kinder	2003	2002
Anfang Jahr	30 Kinder	33 Kinder
Eintritte während des Jahres	3 Kinder	4 Kinder
Austritte während des Jahres	1 Kind	6 Kinder
Total betreute Kinder	33 Kinder	37 Kinder
Alter der Kinder (Stand Herbst 2002)		
Vorschulalter	–	–
Kindergartenalter	–	2 Kinder
Unterstufenalter	10 Kinder	12 Kinder
Mittelstufenalter	12 Kinder	14 Kinder
Oberstufenalter	8 Kinder	6 Kinder
Jugendalter	3 Jugendliche	3 Jugendliche
Belegungstage	11 255 Tage	11 782 Tage
Vollkosten pro Kind und Tag	Fr. 222.–	Fr. 218.–
Platzierungsinstanzen		
Vormundschaftsbehördliche Massnahme	28	31
Freiwillige Massnahme	5	6
Wohnsitz der Kinder		
Stadt Winterthur	11	13
Kanton Zürich	20	21
ausserhalb Kanton	2	3

Asylkoordination*

Der Titel «Emotionen verdrängen Tatsachen» der Berichterstattung des «Landboten» über eine von der Ortssektion Töss der CVP organisierten Veranstaltung zum Asylwesen in der Stadt Winterthur war vielsagend: Es dominieren die Emotionen, für sachliche Informationen – gerade in Wahlkampfzeiten – ist wenig Interesse. Es trifft zu, dass Asyl Suchende in den Handel mit Drogen involviert sind und Ladendiebstähle kommen zum Teil in organisierter Form vor. Das aber darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Betreuung der rund 900 von der Fürsorge abhängigen Asyl Suchenden – wie auch in den Jahren zuvor – in den allermeisten Fällen ohne nennenswerte Probleme geschieht. Das hängt von den im hohen Masse kooperierenden Asyl Suchenden ab, aber auch von den fachlichen Kompetenzen und der zum Teil langjährigen Erfahrung des Betreuungspersonals.

Im Auftrag der kantonalen Direktion für Soziales und Sicherheit führt die Stadt Winterthur zwei Durchgangszentren («Kloster» Töss und «Hammermühle» Kempthal) sowie drei Notunterkünfte («Grüze» Industriestrasse; «Meisen» Volkshaus und ZSA «Ohrbühl»). Die unterirdische Anlage «Ohrbühl» musste per Ende September geschlossen und das Personal entlassen werden. Die Erfüllungsquote des vom Kanton festgelegten Aufnahme-kontingent sank von anfänglich 124 % bis Ende Jahr auf 105 %. Ausschlaggebend dafür war die Erhöhung des Kontingentes von 0,8 % auf 0,9 % der kommunalen Wohnbevölkerung per 1. Juni und die Schliessung der Unterkunft «Ohrbühl».

Wichtige Zielsetzungen der vielfältigen Angebote im Bildungs- und Beschäftigungsbereich sind Tagesstrukturen, Deutschkenntnisse und das Wissen um Regeln für das Zusammenleben in der Schweiz. Die Konzentration der nötigen Infrastruktur an einem Ort ermöglicht zusätzliche Angebote wie zum Beispiel ein Treffpunkt für Asyl Suchende mit Informationsmöglichkeiten. Als Ersatz für

* Die Asylkoordination ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

das Volkshaus will die Asylkoordination darum an der Bleichstrasse 32 neue Räumlichkeiten einrichten. Das Umbauprojekt verzögert sich durch zwei Rekurse. Die interessierte Quartierbevölkerung konnte sich Ende Oktober im Rahmen eines Informationsanlasses über die geplanten Aktivitäten informieren.

Niederschwellige Einrichtungen für Drogenabhängige

Dieses Jahr stand ganz im Zeichen der geplanten Kürzungen der Kantonsbeiträge an die Dezentrale Drogenhilfe im ganzen Kanton. Für die Stadt Winterthur bedeutet dieser Vorschlag eine Kürzung von über 50 Prozent der Subventionen ab dem Jahre 2005. In Zahlen ausgedrückt: Für das Jahr 2003 wurden vom Kanton Fr. 837 000 Franken ausbezahlt, neu soll ab 2005 nur noch maximal ein Betrag von 440 000 Franken an die Einrichtungen der Drogenhilfe in der Stadt Winterthur ausbezahlt werden. Für die Stadt Winterthur bedeutet diese Einsparung ein generelles Überprüfen der Angebote im niederschweligen Suchtbereich. Betroffen sind die Angebote des Begleiteten Wohnens und die Notbetten sowie die Drogenanlaufstelle. Nutzniesser der kantonalen Subventionen sind auch die Angebote der privaten Trägerschaften wie der Verein Läbesruum mit dem Projekt Taglohn sowie der Trägerverein Subita mit der aufsuchenden Sozialarbeit. Die städtischen Angebote wurden bereits im Jahre 2002 in einer Reorganisation überprüft und die Schritte zur Kosteneinsparung im Jahr 2003 umgesetzt. So wurde das Angebot der Notschlafstelle redimensioniert und in ein Angebot von Notbetten innerhalb der Abteilung Begleitetes Wohnen integriert. Damit wurden Personal- und Sachkosten in der Höhe von 190 000 Franken eingespart. Diese Änderung wurde per 1. Juli umgesetzt. In der Drogenanlaufstelle wurden im Sommer die Präsenzen der Sonntage eingestellt und damit verminderte Personalkosten erreicht.

Die angedrohte Sparmassnahme führt nun dazu, die Angebote der privaten Träger genau zu prüfen. Im Verein Subita wurde seitens der Stadt beschlossen, das Angebot der aufsuchenden Sozialarbeit nicht mehr zu finanzieren, sondern das Geld der Mobilien Jugendarbeit zu übertragen. Das Projekt Taglohn soll ebenfalls überprüft werden hinsichtlich der beiden Gemeinderatsbeschlüsse Drogenkonzept und Sicherung von Arbeitsplätzen. Dazu wird eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Sozialamtes sowie der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte eingesetzt. Bis im Sommer 2004 sollen konkrete Vorschläge ausgearbeitet werden.

Klar ist seitens der Stadt Winterthur, dass der Ausfall von kantonalen Geldern nicht übernommen werden kann.

Die Niederschweligen Einrichtungen der Stadt haben sich ein Leitbild erarbeitet, das in breiter Vernehmlassung verabschiedet wurde.

Als Vertreter der Stadt war der Leiter der Niederschweligen Einrichtungen in der Betriebskommission für die Wohnheime der Heilsarmee an der Ausarbeitung eines neuen Wohnkonzeptes beteiligt und auch in die Planung des Umbaus der Liegenschaft involviert. Mit dem Umbau sollen zeitgemässe sanitäre Einrichtungen im ganzen Haus angeboten werden können. Die Umbauten werden im 2004 realisiert.

Soziale Vermittlungsstelle

26 Rückführungsanträge wurden seitens der Stadt Zürich gestellt und betrafen insgesamt 19 Personen (15 Männer/4 Frauen). Alle gemeldeten Personen sind in den sozialen Stellen der Stadt eingebunden. Die Anzahl An-

träge sind gegenüber dem Vorjahr (41) gesunken. Direkte Zuführungen über die Stadtpolizei Winterthur an die Vermittlungsstelle wurden nicht benötigt.

Abteilung Wohnen

Die drei Wohnangebote des Sozialamtes werden in der Abteilung Wohnen koordiniert. Die Angebote berücksichtigen die individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen der Wohnungssuchenden.

Abteilung Wohnen/Begleitetes Wohnen (BeWo) und Notbetten

Das niederschwellige Angebot des Begleiteten Wohnens bietet suchtkranken Menschen ab 18 Jahren, die obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht sind, eine Wohnmöglichkeit. Die Bewohnerinnen und Bewohner weisen zusätzlich daraus erfolgende Verwahrlosungstendenzen sowie Krankheitsverläufe mit psychischen, physischen oder sozialen Problemen auf. Die Miete wird in der Regel von den zuständigen Ämtern übernommen oder, was selten ist, selber bezahlt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BeWo's begleiten am Jahresende 58 Personen in ihrem Alltag. Die 1-Zimmer-Wohnungen und ein Haus mit 6 Plätzen sind dezentral in der Stadt Winterthur verteilt.

Zusätzlich bietet das BeWo eine betreutere Wohnform in der Liegenschaft an der Habsburgstrasse 29 an, in welcher auch die Notschlafstelle integriert war. Mangels Nachfrage wurde diese im Sommer geschlossen, umgebaut und das neue, verminderte Angebot, welches neu Notbetten genannt wird, in das BeWo integriert. Neu werden dort nur noch 9 Plätze auf einer Etage angeboten. Dafür konnte das BeWo eine weitere Etage übernehmen und bietet somit neu insgesamt 11 anstatt 7 Plätze in dieser Liegenschaft an. Unter der Woche wird vom Team eine tägliche Präsenz geleistet. Zusätzlich klären sie die Wohnsituation der Übernachtenden der Notbetten ab. Während der Nacht wird durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Notbetten Präsenz geleistet. Neu Eintretenden im BeWo wird nach Möglichkeit zuerst in dieser Liegenschaft ein Zimmer untervermietet. Die dort wohnende Klientel weist eine äusserst minimale Wohnkompetenz auf.

Das vierköpfige Team des BeWo unterstützt die Mieterinnen und Mieter in ihrem Bemühen, sich in die Gesellschaft einzugliedern und sich Wohn- und Sozialkompetenzen anzueignen oder diese zu verbessern. Sie sollen lernen, mit Alltagsschwierigkeiten umzugehen, einen Haushalt zu führen und Konflikte mit der Nachbarschaft oder Wohnpartnerinnen und -partnern zu lösen. Ferner sollen sie den Umgang mit Behörden, Ämtern, sozialen Einrichtungen und Ärzten üben. In Einzel- und Gruppengesprächen werden Konfliktsituationen am Arbeitsplatz, mit Eltern, Freunden und Partnern thematisiert und gemeinsam eine Lösung erarbeitet.

Mit allen Klientinnen und Klienten werden individuelle Ziele formuliert, schriftlich festgehalten und regelmässig überprüft. Der Umfang der Begleitung ergibt sich aus den persönlichen Bedürfnissen und Situationen der Bewohnerinnen und Bewohner.

Abteilung Wohnen/Notwohnungen

Anfangs 2002 lag der Gesamtwohnungsbestand bei 43 812 (Vorjahr 43 623) Einheiten. Die Leerwohnungsziffer betrug 0,23 % (0,36 %) und entsprach 99 leer stehenden Wohnungen. Vergleicht man diese Zahl mit dem Vorjahr (159), ist zu erkennen, dass der Wohnungsmarkt bezüglich

Angebot abgenommen hat. Diese Tatsache spüren wir stark. Die Suche und Vermittlung von Wohnungen für eigenständige Mietverträge für Wohnungssuchende ist schwieriger geworden. Selbst für das Departement Soziales wurde es schwieriger, Wohnraum anzumieten.

Der freie Wohnungsmarkt ist nicht für alle gleich zugänglich. Kinderreiche Familien mit beschränkten finanziellen Mitteln, sozial auffällige Personen, Ausländerinnen und Ausländer aus fremden Kulturkreisen und generell Leute mit bescheidenen finanziellen Verhältnissen haben Schwierigkeiten, innert nützlicher Frist eine Wohnung zu finden. Umso erfreulicher ist es, dass für eine 11-köpfige Familie eine genügend grosse und bezahlbare Wohnung gefunden werden konnte. Nicht zuletzt dank der guten Zusammenarbeit zwischen Liegenschaftenverwaltungen und den Mitarbeitenden der Abteilung Wohnen sind immer wieder Lösungen möglich. Betroffen sind vor allem Wohnungssuchende, die Sozialhilfe beziehen, Angehörige bestimmter ethnischer Bevölkerungsgruppen, Personen mit Einträgen im Betreibungsregister und Menschen mit offensichtlichen psychosozialen Defiziten. Immer öfter auch Alleinstehende und Familien, welche vom Stadtammannamt aus ihren Wohnungen ausgewiesen werden; aus finanziellen Gründen oder dissozialem Verhalten. Eine Ablösung in den freien Wohnungsmarkt wird in diesen Fällen immer unrealistischer. Im Jahre 2003 sind wiederum rund 70 Personen wegen Ausweisungen, Nichtbezahlen der Miete oder wegen Verletzung der Sorgfalt und Rücksichtnahme an die Abteilung Wohnen gelangt.

Die Anzahl Objekte, die von der Abteilung Wohnen verwaltet werden, nahm weiter zu. Einerseits ist die Garantin für die Mietzinsszahlungen und andererseits wünschen sich die Verwaltungen seriöse Ansprechpartner/-innen und vermieten deshalb kaum mehr an Private mit problematischem Hintergrund.

Statistik per 31. Dezember 2003

	2003	2002
Wohnungen / Einfamilienhäuser	159 / 3	146 / 3
Zimmer	6	8
In diesen Objekten wohnten am Stichtag		
Erwachsene	237	224
Kinder	266	237
Familien	61	57
Alleinerziehende	40	30
Einzelpersonen	61	52
Paare	7	7

Leer stehende Wohnungen

Jahr	Wohnungsbestand am 1. Jan.	Neu erstellte Wohnungen	Leerstehende Wohnungen am 1. Juni Total	Neubauten bis 2 Jahre	Einzelfamilienhäusern	Leerstehende Wohnungen am 1. Juni davon in %
1996	41 045	373	377	57	8	0,92
1997	41 396	450	379	52	5	0,92
1998	41 861	521	625	94	27	1,49
1999	42 364	675	613	37	12	1,45
2000	43 047	274	532	33	14	1,24
2001	43 293	338	223	10	12	0,52
2002	43 623	189	159	5	14	0,36
2003	43 812	-	99	17	4	0,23

Leerwohnungsbestand nach Wohnungsgrösse

Jahr	Leerstehende Wohnungen am 1. Juni: Total	Wohnungen mit ... Zimmern	1-1%	2-2%	3-3%	4-4%	5-5%	6 u. mehr
1996	377	52	61	117	120	21	6	6
1997	379	85	66	127	74	18	9	9
1998	625	113	119	177	169	38	9	9
1999	613	132	150	202	106	21	2	2
2000	532	82	96	232	95	24	3	3
2001	223	53	41	80	37	10	2	2
2002	159	17	21	57	39	22	3	3
2003	99	18	7	24	27	20	3	3

Drogenanlaufstelle (DAS)

Rund 50 Personen (Vorjahr 63 Personen) nutzten täglich die Angebote der Anlaufstelle; der Frauenanteil betrug rund 33,5 %, was einer Zunahme von 11 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Klientel ist zwischen 18 und 45 Jahren alt. Die meisten haben Wohnsitz in Winterthur und den Bezirksgemeinden, rund 50 Drogenkonsumierende wohnen im Begleiteten Wohnen der Stadt, die anderen in eigenen Wohnungen.

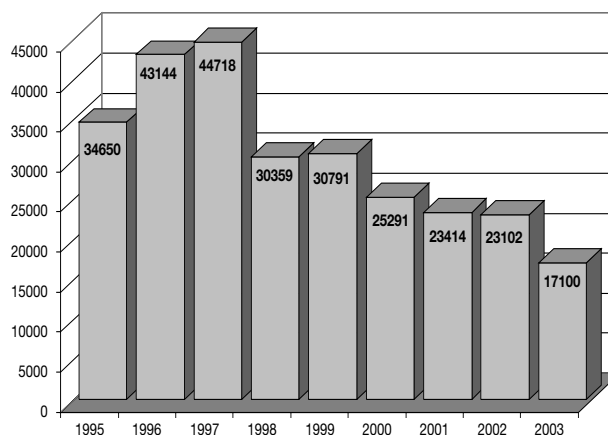
Zur Infektionsprophylaxe gegen Aids und Hepatitis wurden im Tauschverfahren 95 400 Spritzen abgegeben; im Vorjahr 112 000 Spritzen. Ausserhalb der DAS-Öffnungszeiten steht ein Flash-Automat zur Verfügung, an dem gegen Bezahlung steriles Spritzenmaterial bezogen werden kann. In der DAS werden Spritzen-Absesse behandelt und die Betroffenen, falls erforderlich, an medizinische Einrichtungen weitergewiesen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden 2003 zu keiner Reanimation gerufen.

Grosser Nachfrage erfreuen sich weiterhin die Arbeitsmöglichkeiten. Insgesamt wurden rund 2700 Arbeitsstunden à Fr. 15.- Stundenlohn geleistet. Die Arbeitsangebote umfassen hauptsächlich Reinigungsarbeiten, Thekenarbeit und Kochen sowie kleinere Reparaturen und Renovationen in der DAS.

Beim Pavillon im Stadtgarten treffen sich regelmässig etwa 40 bis 50 suchtmitteabhängige Personen: Alkohol- und Drogenkonsumierende, sowie vereinzelt Jugendliche und drogenabhängige Eltern mit ihren Kindern. Die Auswirkungen der seit dem Juli 2001 durchgeführten aufsuchenden Sozialarbeit mit den kommunikativen Interventionen, wird von der Polizei und den zuständigen Behörden als wirksam eingeschätzt: Es gab weniger Konflikte, da diese häufig frühzeitig erkannt, vermindert oder gar verhindert werden konnten. Eltern die sich mit ihren Kindern beim Rondell aufhielten, wurden auf die Konsequenzen ihres Verhaltens aufmerksam gemacht und wenn nötig, wurde mit der Kinderschützgruppe Kontakt aufgenommen. Zwischen einem Anlieger, der Polizei sowie den Benutzerinnen und Benutzern des Musikpavillons wurden an zwei Gesprächsrunden Lösungen zur Verbesserung der Sozialverträglichkeit erarbeitet und teilweise umgesetzt.

Im Laufe des Jahres waren zwei Kündigungen zu verzeichnen; diese Stellen konnten übergangslos wieder besetzt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stammteams verfügen über eine Ausbildung im sozialen oder pflegerischen Bereich. Um in Notsituationen richtig und schnell reagieren zu können, wird von allen eine Weiterbildung in Herz- und Lungenreanimation verlangt, die auch 2003 wieder besucht wurde. Um den hohen Anforderungen in der Arbeit mit Konsumentinnen und

Kontakte 1995 bis 2003



Konsumenten illegaler Drogen zu genügen, bedarf es einer regelmässigen Reflektion der Arbeit, was durch Team- und Supervisionssitzungen, sowie fachlichen Weiterbildungen gewährleistet wird. Ein Mitarbeiter hat die zweijährige Ausbildung in «Mediation in verschiedenen Anwendungsgebieten» abgeschlossen. Ein Studierender der Fachhochschule für Soziale Arbeit Zürich absolvierte erfolgreich ein sechsmonatiges Praktikum.

Medizinisch-therapeutische Behandlungseinrichtungen

Dieser Hauptabteilung gehören an:

- Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD)
- Suchtpräventionsstelle (Suprä)
- Integrationsprogramme für Jugendliche jump und jumpina
- Winterthurer Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenprobleme (WFA)
- Zentrum für heroïn- und methadongestützte Behandlung Ikarus

Wichtige Ereignisse

Mit Beginn 1.10.2003 wurde die Winterthurer Fachstelle für Alkohol und Medikamentenprobleme WFA beauftragt, die Grundversorgung der ambulanten Beratung und Behandlung von Suchtmittel missbrauchenden und suchtkranken Personen in 18 von 20 Bezirksgemeinden zu übernehmen. Für diese Leistungserweiterung entschädigen die Gemeinden die Stadt Winterthur mit einem Sockelbeitrag pro Gemeindegewohner.

Im Rahmen der win.03-Sparmassnahmen wurde die Suchtpräventionsstelle mit einschneidenden finanziellen Kürzungen ab Betriebsjahr 2004 konfrontiert. In der Planung und Organisation des Dienstleistungsangebotes 2004 mussten deshalb bereits im 2003 einschneidende Einsparungen vorgenommen, geplante Projekte und Vorhaben gekürzt oder gestrichen werden. Die geringeren finanziellen Ressourcen führen dazu, dass das Präventionsangebot auf die Zielgruppe Kinder und Jugendliche reduziert werden muss. Die Kürzungen erfolgen in einer Zeit mit steigendem Suchtmittelkonsum und -missbrauch. Bereits in der Mittelstufe kennen viele Schüler/-innen die Wirkungen von Alcopops und Cannabis. Mit noch weniger finanziellen Mitteln kann die Suchtprävention diesen Entwicklungen immer weniger entgegenwirken.

Die beiden supra-f Projekte *jump* und *jumpina* können aufgrund des Beschlusses des Grossen Gemeinderates in definitive Integrationsprogramme überführt werden.

Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD)

Es liessen sich mehr Personen als in früheren Jahren über Probleme im Zusammenhang mit dem Konsum von Cannabis und Partydrogen informieren bzw. sich behandeln. Dieser Trend spiegelt sich auch im gesteigerten Interesse z.B. von Schulen und Behörden, sich an der Stelle zu informieren oder Mitarbeitende als Referenten an Weiterbildungsveranstaltungen einzuladen. So zeichnen sich innerhalb der Klientel zwei Schwerpunkte ab. Einerseits gelingt es vielen schwer Abhängigen, sich innerhalb der Substitutionsprogramme mit Methadon und Buprenorphin zu stabilisieren, so dass psychische und körperliche Begleiterkrankungen behandelt werden können. Daneben wird immer mehr eine zweite Gruppe von jüngeren Menschen erkennbar, die nicht mehr die klassischen Probleme durch den Konsum von Heroïn und Kokain haben, sondern bei denen es durch exzessiven Konsum von Cannabis oder neueren Designerdrogen zu Problemen in

persönlichen Beziehungen, bei der Ausbildung oder am Arbeitsplatz gekommen ist.

Bei den Konsultationen ist ein Rückgang zu verzeichnen, weil anfangs Jahr eine sozialarbeiterische Stelle aufgelöst und in die Sozialberatung integriert wurde.

Statistik	2003	2002
1. Behandelte Fälle (exkl. Gruppenteilnehmer)	529	513
Neue Informationen, Beratungen einmalig	340 191	324 189
Bisherige	189	280
2. Behandlungsabschlüsse weiterlaufende Behandlungen	309 197	341 189
3. Konsultationen nicht stattgefunden in %	3 934 1 050 27	4 175 1 017 24
4. Präsentiersymptomatik Patient/-innen mit Suchtproblematik davon im Methadonprogramm abgegebene Methadondosen	292 191 52 096	307 198 52 724
5. Öffentlichkeitsarbeit Abendveranstaltungen Mitwirken in versch. Kommissionen (Drogen, Jugend, niederschwellige Einrichtungen und Konzeptgruppen) externe Weiterbildungsveranstaltungen	9 58 48	5 65 20

Suchtpräventionsstelle für Stadt und Bezirk Winterthur

Schwerpunkte der Suchtpräventionsstelle waren Projekte und Aktivitäten im Jugendbereich (Sekundärprävention), in der Elternbildung (Empowerment), in der Schule (Gesundheitsförderung) sowie in der Unterstützung von Gemeindebehörden (Jugendschutz).

Bereich Jugend

Der im Auftrag der Jugendanwaltschaft Winterthur/Andelfingen entwickelte Kurs für Jugendliche, die wegen wiederholtem Cannabiskonsum bei der Jugendanwaltschaft anhängig sind («Durchblick») erhält sehr gute Rückmeldungen und konnte im letzten Jahr zweimal durchgeführt werden. Auch für Jugendliche in der Durchgangsstation Winterthur (DSW) wurde während ihrer abstinenzorientierten Massnahmephase in einem Standortgespräch ihr vorheriger Drogenkonsum thematisiert.

Bereich Schule / Heime

Vermeint konnte mit Schulhäusern auf der Ebene Lehrkräfte gearbeitet werden. So fanden Weiterbildungen mit Kollegien der Mittel- und Oberstufe sowie einer Kantonschule statt. Schwerpunktthemen konnten die Themen *Früherkennung/Früherfassung* sowie *strukturelle Prävention* (Regelwerk Schule) sowie *Mobbing* bearbeitet werden. Ein Schulhaus trat dem *Netzwerk Gesundheitsfördernde Schulen* bei und wird während zweier Jahre durch die Suchtpräventionsstelle intensiv beraten und betreut. In geringerem Umfang wurden Veranstaltungen auf Klassenebene durchgeführt, meist aufgrund einer Problemsituation (z.B. Cannabissmissbrauch), aber auch im Rahmen von Projekttagen zum Thema Sucht.

Das in Zusammenarbeit mit Schulsozialarbeiter/-innen erarbeitete Modul zur Vertiefung der Kinderschutzkampagne *Vom Näherkommen und Grenzensetzen* auf Klassenebene wurde mit drei Oberstufenklassen durchgeführt. Das Team eines Sonderschulheims beanspruchte zu dieser Thematik ebenfalls eine tägige Weiterbildung.

In zwei Kursen wurden gegen vierzig Kindergärtner/-innen in das Suchtpräventionslehrmittel *Flomi der Bär* eingeführt.

Bereich Elternbildung

Das durch das BAG unterstützte Elternbildungsprojekt *FemmesTISCHE* wurde erweitert. Im dritten Projektjahr wurde neben der Durchführung in sieben Bezirksgemeinden sowie der Stadt Winterthur auch ein spezielles Angebot für Migrantinnen aufgebaut, das im Herbst starten konnte.

Die in Zusammenarbeit mit der Elternbildung der Berufs- und Fortbildungsschule Winterthur und dem Jugendsekretariat Winterthur-Land organisierte vierteilige Referatsreihe zu Erziehungs- und Präventionsthemen stiess im Herbst wiederum auf grosses Interesse.

Eine Elterngesprächsgruppe wurde in mehreren Sitzungen in die Methode der *Kollegialen Beratung* eingeführt.

Bereich Gemeinwesen

Die Gruppe der Kontaktpersonen für Suchtprävention der Bezirksgemeinden wurde zu vier Arbeits- und Informationssitzungen eingeladen. Das Schwerpunktthema war der *Jugendschutz im Bereich Tabak, Alkohol und Cannabis*. Es wurden konkrete Möglichkeiten diskutiert und geplant, um dem Jugendschutz auf Gemeindeebene mehr Bedeutung zu geben. Mit Verantwortlichen aus Vereinen wurden in mehreren Gemeinden Kurse zum Jugendschutz und zur Früherkennung von Suchtgefährdungen durchgeführt. Im September wurden Behördenvertreter/-innen der Bezirksgemeinden an einer Veranstaltung für die Thematik sensibilisiert und mit einem Leitfaden ausgerüstet. In mehreren Gemeinden konnten Behördenvertreter in der Planung von Massnahmen beraten und unterstützt werden.

Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Das kantonale Schwerpunktthema *Jugendschutz* wurde durch die kantonale Medienkampagne *Sucht beginnt im Alltag. Prävention auch* sowie durch den Versand der Elternbroschüre zu diesem Thema weiterhin breit präsentiert. Das Thema wurde auch im Magazin *laut & leise* der Zürcher Suchtpräventionsstellen behandelt. Die Suchtpräventionsstelle ist Mitglied der Redaktion dieses Informationsmagazins.

Im Frühling führte die Suchtpräventionsstelle eine Informationsveranstaltung zum Thema *Cannabis* durch, die von gegen 200 Personen besucht wurde.

Fachliche Vernetzung

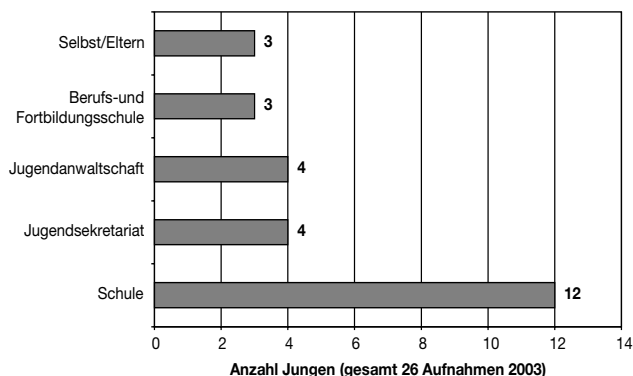
Die Zürcher Suchtpräventionsstellen stehen miteinander in enger Vernetzung. Es finden gezielt Arbeits- und Koordinationssitzungen statt, die der Planung und Ausführung einzelner Projekte und Aktionen, aber auch der Weiterentwicklung der Suchtprävention im Kanton Zürich

dienen. Auf nationaler Ebene ist die Suchtpräventionsstelle Mitglied des Fachverbandes Sucht. Auf lokaler Ebene ist ein Mitarbeiter Mitglied der städtischen Jugendkommission.

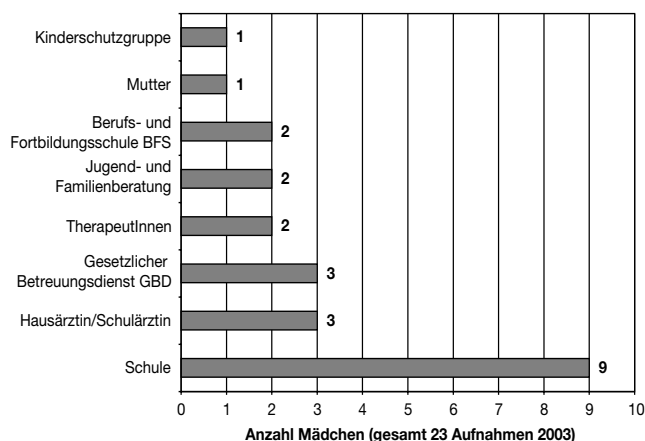
Integrationsprogramme *jump* und *jumpina*

Die beiden geschlechtergetrennten, sozialpädagogischen supra-f-Projekte für Jugendliche mit erschwerten Bedingungen an der Schnittstelle Schule-Ausbildung/Arbeit sind während ihrer vierjährigen Pilotphase zu einem festen Element im Versorgungsangebot der städtischen Jugendhilfe geworden. Der Bedarfsnachweis wurde erbracht und die zuweisenden und mit *jump* und *jumpina* zusammenarbeitenden Organisationen und Institutionen haben sich in einer Umfrage im Frühling 2003 klar und bestimmt für eine Weiterführung des bewährten Angebotes ausgesprochen. Da die Bundessubventionen nur für eine begrenzte Projektdauer zur Verfügung standen, galt es, die Projekte in definitive Programme umzuwandeln und die Zustimmung des Gemeinderates dafür zu erwirken. Aufgrund der schwierigen Finanzlage der Stadt sprachen sich mehrere politische Parteien gegen eine Weiterführung der Projekte aus. Sie begründeten ihre Ablehnung mit finanzpolitischen Argumenten. Im Vorfeld der entscheidenden Gemeinderatssitzung wurden alle interessierten Fraktionen und Ratsmitglieder über Inhalt der Projekte informiert, und es wurde ihnen aufgezeigt, dass *jump* und *jumpina* fachlich ausgewiesene, wirkungsvolle und kostengünstige Angebote sind. Der Gemeinderat entschied denn auch am 22. September 2003, die beiden ambulanten Projekte in definitive Programme umzuwandeln.

Zuweiser nach Eintritt im Jahr 2003 (Jungen)

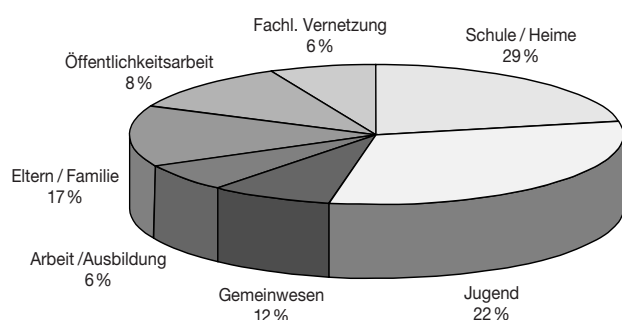


Zuweiser nach Eintritt im Jahr 2003 (Mädchen)

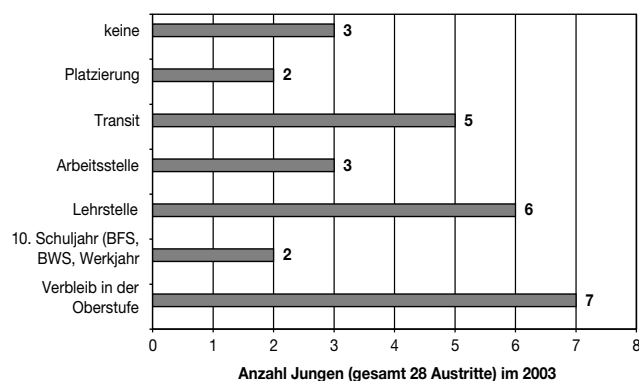


Jahresstatistik 2003

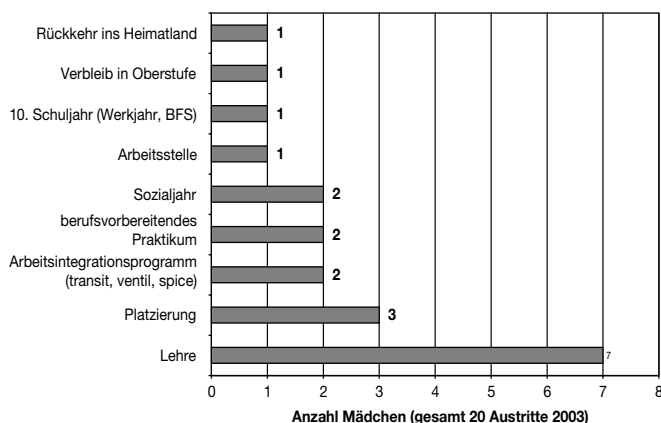
Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Arbeitsgebiete (exkl. Administration/Organisation)



Anschlusslösungen nach Austritt im Jahr 2003 (Jungen)



Anschlusslösungen nach Austritt im Jahr 2003 (Mädchen)



Das definitive Angebot wird nun konsolidiert, die aufgebaute Kooperation zwischen Schulen, Schulbehörden und den beiden Programmen *jump* und *jumpina* gefestigt und die interinstitutionelle Zusammenarbeit mit bestehenden Beratungs- und Therapiestellen vor Ort vertieft.

Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme WFA

Die seit November 1995 ins interdisziplinäre Behandlungskonzept integrierte Aufgabe einer Sozialarbeiterin zur Abklärung und Einleitung von Sozialhilfeleistungen für WFA- und Ikarus- Patient/-innen wurde per Ende Juni aufgehoben und der Zuständigkeit der Sozialberatung angegliedert.

Seit Oktober ist die WFA auch für die Beratung und Behandlung von alkohol- und medikamentenabhängigen Personen in 18 von insgesamt 30 Bezirksgemeinden zuständig. Nachdem sich der Trägerverein der Beratungsstelle für Alkohol- und andere Suchtprobleme für die Bezirke Winterthur und Andelfingen bas im Frühjahr aufgelöst hatte, suchten die Gemeinden des Bezirks Winterthur für die Sicherstellung ihres Grundversorgungsauftrages Anschluss bei der WFA. Der Stadtrat der Stadt Winterthur stimmte der regionalen Versorgung zu und verpflichtete die Gemeinden, die Stadt dafür zu entschädigen. Gemäss vertraglicher Vereinbarungen leisten die einzelnen Gemeinden an die Stadt für die Erweiterung des Leistungsauftrages der WFA einen Sockelbeitrag von 2.85 Franken pro Gemeindegewohner.

Im Bereich der medizinischen Zusammenarbeit wurde der Kontakt mit dem Kantonsspital Winterthur KSW intensiviert. Dank der direkten Vernetzung zwischen Akutspital und ambulanter Suchtbehandlungseinrichtung kann ein breiterer Zugang zum Zielklientel hergestellt werden. Ziel

der Zusammenarbeit ist es, Suchtpatienten in einem möglichst frühen Suchtstadium einer fachspezifischen Behandlung zuzuführen, damit chronische Suchtverläufe aufgefangen werden können. Die Zusammenarbeit mit dem KSW hat sich bewährt und kann als Modell für weitere Vernetzungen mit andern sozialen und medizinischen Institutionen begleitend sein.

Die Resultate der statistischen Erhebung zeigen im wesentlichen wenig Abweichungen im Vergleich zu den letzten Jahren. Insbesondere ist die Zahl der Konsultationen unverändert hoch geblieben. Zwei Grössen fallen allerdings aus dem Rahmen. Ausführliche telefonische Beratungen haben weiter und überdurchschnittlich stark zugenommen. Diese Art der Problembesprechung entspricht wohl einem Bedürfnis der Bevölkerung und wird in Zukunft auch im Bereich der modernen Kommunikation weiter zunehmen. Ein eigentlicher Kulturwechsel ist an der WFA im Bereich der Behandlung mit Aversiva zu beobachten. Die Antabus-Abgabe hat nochmals deutlich abgenommen und wird offenbar als nicht mehr zeitgemässe Therapiemodalität vertreten und akzeptiert.

Statistik	2003	2002
1. Behandelte Fälle (exkl. Gruppenteilnehmer)	350	362
Neue	196	205
Ausführliche telefonische Beratungen	178	93
Bisherige	154	157
2. Behandlungsabschlüsse	171	208
weiterlaufende Behandlungen	179	154
3. Konsultationen	4 279	4 182
nicht stattgefunden	445	427
in %	11	10
Telefonische Beratungen	119	312
Atemlufttests	593	724
Antabusabgaben	375	653
4. Gruppen geleitete Gruppen	1	1
Teilnehmer	8	11
Abende	10	14
5. Präsentiersymptomatik		
Patienten mit Suchtproblematik	333	93
Patienten mit anderem Präsentiersymptom	17	9
6. Öffentlichkeitsarbeit		
Veranstaltungen	9	8
Kommissionen	7	9
externe Weiterbildung	12	21

Ikarus

Die 55 Heroinplätze sind belegt; es besteht eine lange Warteliste, deshalb sind nach wie vor Winterthurer Heroinpatienten/-innen gezwungen, Aufnahme in einem auswärtigen Programm, beispielsweise in Wetzikon, zu finden. Eine erneute Aufstockung der Plätze wäre mit den aktuellen personellen Ressourcen nicht mehr zu verkraften.

5 Patient/-innen wurden während 88 Hospitalisationstagen im KSW in Zusammenarbeit mit dem Spital vom Ikarus betreut und erhielten während ihrer stationären Behandlungsphase ihr verordnetes Heroin. 1 Patient war 140 Tage in Zürich hospitalisiert und wurde in Zusammenarbeit mit dem Spital mit Heroin versorgt.

Heroinprogramm

Patientenstand:	1.1.2003	51
Eintritte		9
Austritte:		6
Patient/-innenzahl	31.12.2003	55 (39 Patienten; 16 Patientinnen)

Die Anzahl der Behandlungstage stieg von 16 343 im Jahr 2002 auf 18 104 im Jahr 2003 (ohne Hospitalisationstage). Dank optimaler Organisation der Arbeitsabläufe und

dem engagierten Einsatz der Mitarbeiter/-innen konnte die Leistungssteigerung mit den bestehenden personellen Ressourcen bewältigt werden.

Total wurden 6 239 815 mg flüssiges Heroin und 16 077.5 Heroin-tabletten abgegeben, insgesamt wurde Heroin im Betrag von Fr. 129 257.60 eingekauft.

Zurzeit nehmen 16 Patient/-innen an einer Heroin-tablettenstudie teil, die das Bundesamt für Gesundheit BAG durchführt.

Bei 21 Patient/-innen wurden regelmässige Atemalkoholtests durchgeführt. Diese werden individuell, 2 – 3 Mal wöchentlich bis zu 3 Mal pro Tag angesetzt, damit der Alkoholkonsum kontrolliert werden kann. Insgesamt ergaben das ca. 12 000 Untersuchungen.

Das BAG organisierte im Sommer eine nationale «Peer-Teaching-Tagung» zum Thema «Sicherung der Behandlungsqualität» in den Zentren der Heroinverschreibung in der Schweiz. Im Qualitätsvergleich mit anderen Einrichtungen hat das Winterthurer Programm einmal mehr sehr gut abgeschlossen. Deshalb wurde das Ikarus vom BAG beauftragt, an der Tagung das Behandlungsmodell Winterthur vorzustellen.

Methadonprogramm

Belegungszahlen:	1.1.2003	26
Eintritte		2
Austritte:		7
Patient/-innenzahl	31.12.2003	22 (19 Patienten; 4 Patientinnen)

Den Patient/-innen im Heroin- und Methadonprogramm wurde total 54 l Methadon und 12 000 Tabletten à 5 mg im Wert von Fr. 3780.75 abgegeben.

Private Institutionen mit städtischer Beteiligung

Unentgeltliche Rechtsauskunft

Von den total 915 Anfragen wurden pro Abend beinahe 10 Fälle bearbeitet. Analog der letzten Jahre bilden arbeits- und familienrechtliche (vorwiegend scheidungsrechtliche) Fragen das Schwergewicht der Probleme. Nicht zu unterschätzen ist auch der grosse Anteil an diversen Rechtsproblemen (36,9 %). Dabei geht es nicht nur um eine eigentliche juristische Beratung, sondern auch darum, einen praktischen Ratschlag zu erteilen, jemanden an die richtige Adresse zu verweisen, zu vermitteln oder einfach zuzuhören. Die zur Verfügung stehende Zeit reicht vielfach nicht aus, um eine abschliessende juristische Beratung vorzunehmen. Knapp 80 % der Ratsuchenden sind in Winterthur wohnhaft und die restliche Klientschaft stammt vorwiegend aus den umliegenden Gemeinden der Stadt Winterthur.

Im Umgang mit der Kundschaft wird die unentgeltliche Rechtsauskunft als eine im hohen Masse durch die Bevölkerung geschätzte Institution erlebt, welche unter anderem dazu beitragen kann, dass Zivil- oder Strafprozesse verhindert oder den Parteien Wege zur Lösung ihrer (rechtlichen) Probleme aufgezeigt werden können. Oftmals geht es auch darum, den Ratsuchenden Kontakt- und Anlaufmöglichkeiten u.a. zu anderen Amtsstellen in der Stadtverwaltung näherzubringen.

Brühlgut Stiftung

Die Brühlgut Stiftung bietet in der Region Winterthur Wohn- und Arbeitsplätze für erwachsene Menschen mit Behinderung an und führt eine Therapiestelle für Kinder und Jugendliche.

Das Kostencontrolling beanspruchte die Stiftung besonders intensiv. In den Wohnheimen wurden ab Anfang Jahr die Stellenprozente der Betreuenden reduziert. Der Bereich Arbeit arbeitete auf Hochtouren an der Verbesserung der Wertschöpfung, die Ateliers sparten Personalkosten ein und die Therapie setzte sich zum Ziel, eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Das Ende Juni verliehene Qualitäts-Zertifikat «BSV/IV 2000» bedeutet nicht zuletzt auch, dass die Anforderungen für die Mitfinanzierung der Leistungen durch das Bundesamt für Sozialversicherung erfüllt werden. Dennoch werden ab 2004 voraussichtlich massiv weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, da diese im Rahmen des Entlastungsprogrammes 03 des Bundes gekürzt werden.

Projekt Taglohn

Erfreulicherweise gingen viel mehr Aufträge ein als im Vorjahr, so dass ein Umsatzzuwachs von 25 % erreicht wurde. Demzufolge nahm auch die Anzahl der vergebenen Stunden an die Tagelöhner um 17 442 Stunden auf 62 042 Stunden zu. Seit Beginn des letzten Jahres wurde der Bereich Reinigungsservice mit Hauswartungen erweitert. Zurzeit werden 23 Liegenschaften in Winterthur und Umgebung betreut.

Strassensozialarbeit Subita

Auf Grund der aufsuchenden Präsenz mit allgemeinem Adressatenkreis haben insbesondere Frauen in sehr belastenden Situationen das Gespräch gesucht. Aufmerksamkeit erregte der Prospekt zur Wohnungsnot. Auch bei Hausbesetzungen hat Subita sinnvoll intervenieren können. Im 2003 feierte der Verein sein 10-jähriges Jubiläum, verbunden mit dem wieder erfolgreichen «Eulachbattle». – Mojawi (Mobile Jugendarbeit Winterthur) hat sich einen vertrauenswürdigen Namen geschaffen. Sie spricht verschiedene Jugendszenen in Winterthur Ost an, gibt Jugendlichen eine Stimme und leistet Vermittlungsarbeit. Sie zieht sich aber von der allgemeinen Strassensozialarbeit zurück, die dank den Beiträgen der Kirchen weiterarbeiten kann.

Partnerschafts- und Eheberatung der Bezirke Winterthur und Andelfingen

Die vom Verein für Eheberatung geführte Beratungsstelle «Paarberatung + Mediation Winterthur und Andelfingen» umfasst nach ihrer Neuausrichtung drei Angebote: Die Paarberatung behandelte im Berichtsjahr 149 Fälle in insgesamt 903 Stunden, was einer durchschnittlichen Anzahl von 6 Stunden pro Fall entspricht.

Für Mediation wurden gesamthaft 300 Stunden bei 93 Paaren aufgewendet. Die durchschnittliche Beratungszeit betrug somit gut 3 Stunden.

Das Angebot an Rechtsberatung umfasste total 19 Stunden.

Frauenzentrale Winterthur

Die Frauenzentrale führt seit Jahrzehnten eine offene Anlaufstelle für Ratsuchende. Es fanden 3360 persönliche, per E-Mail oder telefonische Kontakte statt (ohne Laden Chriesibaum). Die meisten Anfragen betrafen die Rechtsauskunft (1582) und die Budgetberatung (767). 407 Frauen und Männern erhielten eine persönliche Rechtsberatung von Juristinnen. Im Bereich Budgetberatung wurden u.a. 247 einzelne Budgetblätter verkauft und durch die Budgetberaterinnen 144 persönliche, schriftliche Budgets erstellt. Im 2003 bewilligte die Kur- und Ferienhilfe 19 Mal einen finanziellen Zustupf (Gesamtbetrag Fr. 10 200.–) an unterstützungsbedürftige Frauen für einen dringend notwendigen Erholungs-aufenthalt. Durch den Laden

Chriesibaum erhielten 32 Heimarbeiterinnen verschiedene Aufträge aus dem textilen Bereich.

Frauenhaus Winterthur

Seit 20 Jahren finden Frauen, die physische, psychische und/oder sexuelle Gewalt erlebt haben sowie ihre Kinder Schutz und Sicherheit im Frauenhaus Winterthur. 120 Frauen und 142 Kinder haben 2497 beziehungsweise 2664 Tage im Frauenhaus verbracht. Wegen unzureichender Plätze konnten 127 Frauen nicht aufgenommen werden. Die Mitarbeiterinnen des Leitungsteams konnten die nötigen Mittel beschaffen, um die Finanzierung des Projektes «Frauenhaus als Chance für gewaltbetroffene Kinder» sicherzustellen. Dank grosszügiger Spenden konnte im November für maximal zwei Jahre eine Sozialpädagogin eingestellt werden, die sich umfassend um die Anliegen der Kinder kümmert. Die von Gewalt betroffenen Kinder erhalten eine entwicklungsfördernde Betreuung sowie die Chance, die eigene Gewaltgeschichte zu verstehen und durch gezielte Hilfeleistungen die Spirale der Gewalt zu unterbrechen.

Frauen Nottelefon

Das Frauen Nottelefon hat im 2003 663 Personen beraten (Vorjahr 557). Die Anzahl der Beratungen 1143 (Vorjahr 1038) ist weniger stark gestiegen. Es wurden mehr Kurzberatungen durchgeführt.

Die Beratungen «Gewalt in Ehe und Partnerschaft» haben erneut weiter zugenommen.

Neben der Beratungstätigkeit ist die Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit ein zentrales Anliegen des Frauen-Nottelefons.

Stiftung Begleitung in Leid und Trauer

Im Jahr 2003 wurden total 5184,45 Arbeitsstunden geleistet; davon fallen 2284,20 Stunden auf die Bera-

tungstätigkeit. Diese wiederum teilen sich auf in Notfallinterventionen 1658,15 Std., Begleitung vor/während des Sterbens 166,80 Std. und Beratung nach dem Tod 459,25 Std. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Arbeitsstunden im Bereich Notfallintervention (+ 2,12 %) und Beratung vor/während des Sterbens angestiegen (+ 18,30 %), wogegen die Stundenzahl im Bereich Beratung nach dem Tod zurückgegangen ist (- 19,42 %).

Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes Winterthur

Es wurden total 1978 Beratungen durchgeführt, wovon 1203 telefonische, 662 persönliche (von den persönlichen Beratungen fanden 223 auf Veranlassung von RAV statt), 88 schriftliche und 25 E-Mail Beratungen. Der Schwerpunkt der Beratung (80 %) lag beim Arbeits- und Arbeitslosenversicherungsrecht. Daneben war, wie in den Vorjahren, das Sozialversicherungsrecht ein wichtiger Tätigkeitsbereich. Weiter ist zu bemerken, dass die Beratungen über Internet zunehmen.

Insbesondere ist für das Jahr 2004 mit einer markanten Zunahme der Beratungen zu rechnen, dies auf Grund der weiterhin stark angespannten Situation des Arbeitsmarktes.

SelbsthilfeZentrum Region Winterthur

Das SelbsthilfeZentrum versteht sich als Drehscheibe der Selbsthilfeförderung. Es unterstützt Bestrebungen der gegenseitigen, partnerschaftlichen Hilfe, indem sie Gleichbetroffene miteinander vernetzt, Gruppengründungen begleitet, und Gruppenberatungen anbietet.

Selbsthilfegruppen funktionieren nach dem Prinzip von Peer-Groups, das sind Gruppen ohne fachliche Leitung, in denen die Verantwortung von allen Teilnehmenden gemeinsam getragen wird. In Winterthur sind über 500 Menschen in 65 Selbsthilfegruppen organisiert. Es wurden 13 neue Gruppen gegründet.

Alter und Pflege

Die alten und/oder pflegebedürftigen Menschen der Stadt Winterthur stehen im Zentrum der Tätigkeiten des Bereichs Alter und Pflege. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten an ihren unterschiedlichen Arbeitsplätzen mit Engagement ihren Beitrag, damit die vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben erfüllt werden können. Dies, obwohl die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt Winterthur nicht zu Optimismus Anlass geben und im Zusammenhang mit den initiierten Sparmassnahmen Abstriche auf allen Ebenen akzeptiert und umgesetzt werden müssen. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Heime werden künftig für die Leistungen wesentlich mehr zu bezahlen haben – das macht es für die Mitarbeitenden nicht einfacher.

Die schlechte Finanzlage der Stadt und damit zusammenhängend das Projekt win.03 hatte auch für den Bereich Alter und Pflege spürbare Konsequenzen. Einerseits muss im Jahr 2004 durch einen leichten Abbau des Standards bei der Betreuung und Pflege eine Million Franken beim Personalaufwand eingespart werden, was zu einem Stellenabbau führt. Andererseits müssen in den nächsten Jahren die Pflegetarife stufenweise stark erhöht werden. Der Stadtrat hat entschieden, dass der nicht durch die Krankenversicherung vergütete Anteil der Pflegekosten den Betroffenen zu verrechnen ist. Entsprechend waren sowohl Führungskräfte der Heime wie auch die Bereichsleitung gefordert, umsetzbare Lösungen zu erarbeiten und auch zu kommunizieren. Für weitere Diskussionen rund um die Umsetzung des geltenden Krankenversicherungsgesetzes und insbesondere der Finanzierung der Langzeitpflege ist auf alle Fälle gesorgt – nicht nur in Winterthur.

Wichtige Eckpfeiler der Geschäftstätigkeit des Bereichs waren:

- Erarbeitung eines konkreten Umsetzungsplanes für die städtische Altersplanung 2010
- Erarbeitung von Unternehmensgrundsätzen für den Bereich Alter und Pflege
- Erarbeitung eines Grundlagenkonzeptes für die geplante Gesamtanierung des Alters- und Pflegezentrums Adlergarten
- Zustimmung des Volkes zur Vorlage über die künftige Finanzierung des Vereins Pflegewohngruppen

Das interne Projekt Einführung Kostenrechnung wurde erfolgreich abgeschlossen. In einer fünftägigen gemeinsamen Weiterbildung konnte das oberste Kader des Bereichs sowie Fachpersonen der Organisationen ihre Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen vertiefen. Dadurch können künftig genauere Aussagen über die Kosten der einzelnen Leistungsgruppen gemacht werden. Besonders wichtig ist auch, dass die Kostenrechnung der städtischen Heime den Anforderungen des Krankenversicherungsgesetzes entspricht, was bei künftigen Verhandlungen über Tarife mit den Krankenversicherern wichtig ist.

Im August 2003 haben die ersten acht Personen ihre Ausbildung zur Fachangestellten Gesundheit (FAGE) in den beiden Krankenhäusern und der Spitex begonnen. Da es sich um eine neue Berufsausbildung handelt, mussten die Grundlagen dazu von Grund auf erarbeitet werden. Im Bereich Alter und Pflege hat die Ausbildung von jungen Menschen einen hohen Stellenwert, und es werden insgesamt rund 180 Ausbildungs- und Praktikumsplätze angeboten.

Seit anfangs Jahr ist der Bereich Alter und Pflege auch für die Ausrichtung des städtischen Beitrages an das Kantonsspital Winterthur zuständig. In diesem Zusammen-

hang gab eine Vorlage im Kantonsrat über die Staatsbeiträge an die Spitäler viel zu diskutieren und erforderte eine Vorsprache in der zuständigen Kommission des Kantonsrates, bei der die Gemeinden und Städte ihre Standpunkte darlegten. Immerhin hatte dies zur Folge, dass die von der Regierung vorgesehene Mehrbelastung der Gemeinden halbiert werden konnte. Es bleiben trotzdem jährlich mehrere Millionen Franken, welche die Stadt Winterthur zusätzlich an das Kantonsspital leisten muss. Wahrlich keine erfreuliche Entwicklung.

Überblick über den Personalbestand des Bereichs Alter und Pflege:

Personalstatistik per 31. Dezember

	Stelleneinheiten	Personen Männer	Frauen	Total
Bereichsleitung	5,1	2	4	6
Beratungsstelle für das Alter	8,7	0	13	13
Altersheim Brühlgut	77,8	15	134	149
Altersheim Rosental	49,3	9	76	85
Alterszentrum Neumarkt	55,7	11	82	93
Alters- und Pflegezentrum Adlergarten	221,7	44	259	303
Wohn- und Pflegezentrum Oberi	148,5	34	179	213
Schule für Pflegeberufe	7,0	2	7	9
Spitex	63,4	2	126	128
	637,2	119	880	999
Ausbildungsverhältnisse	91,8	15	85	100
Total	729	134	965	1 099

Privat geführte Institutionen mit städtischer Beteiligung

Verein Pflegewohngruppen Winterthur

Ein Meilenstein in der Geschichte des Vereins Pflegewohngruppen war die Volksabstimmung über die Erhöhung der Defizitgarantie für Pflegewohngruppen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Winterthur unterstützten den Antrag des Stadtrates am 30. November 2003 mit grosser Mehrheit. Die Weisungsunterlagen für die Abstimmung und die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit lag im Verantwortungsbereich der Stelleninhaberinnen für Altersarbeit. Das Engagement des Vereins Pflegewohngruppen und ihre Informationsstrategie unterstützten die Vorlage und machten die Pflegewohngruppen in der Öffentlichkeit noch bekannter. Mit der Erhöhung der Defizitgarantie auf 800 000 Franken kann der Verein Pflegewohngruppen das Angebot auf 30 Pflegeplätze erweitern. Diese Erweiterung des Angebots unterstützt die Forderung der Altersplanung 2010, das heutige Angebot an Pflegeplätzen zu erhalten. Aufgrund der bereits abgebauten Pflegeplätze im ehemaligen Krankenhaus Wülflingen zugunsten der heutigen Klinik Schosstal der Integrierten Psychiatrie Winterthur (ipw) und in naher Zukunft reduzierten Angebote durch Verzicht auf 4-Bettzimmer in den Pflegeheimen muss in Zukunft weiterer Ersatz geschaffen werden.

Mitte Jahr konnte die zweite Pflegewohngruppe mit 7 Plätzen in der GAIWO-Siedlung an der Schosstalstrasse in Betrieb genommen werden. Ende Jahr bestand das Angebot des Vereins somit aus insgesamt 22 Plätzen: 8 Plätze im Tägelmooos und 14 Plätze an der Schosstalstrasse.

Ambulante Dienste der Pro Senectute

Der Haushilfedienst erbrachte 45 154 (43 999) Einsätze in 1282 (1306) Haushaltungen. Zur Bewältigung der 76 257 (74 323) Einsatzstunden standen 136 (130) Helferinnen bzw. 48,0 (46,6) Stellen zur Verfügung.

Der Mahlzeitendienst lieferte 55 948 (63 796) im Alters- und Pflegezentrum Adlergarten produzierte Mahlzeiten aus. Insgesamt wurden 296 (327) Haushaltungen pro Monat beliefert.

Der Reinigungsdienst leistete 655 Std. (899 Std.) bei 191 (288) Einsätzen.

Stelle für Altersarbeit

Ausführungsplan Altersplanung 2010

Abgeleitet von der Altersplanung 2010 wurde ein Ausführungsplan erstellt, der die Grundlage zur Konkretisierung und Umsetzung der in der Altersplanung aufgeführten zwanzig Massnahmen bildet. Der Ausführungsplan zeigt auf, welche Massnahmen neu initiiert, welche bereits bestehen und wo allenfalls Modifikationen notwendig sind. Er dient als Orientierungshilfe, mit der die Umsetzung der Altersplanung 2010 jederzeit überprüft werden kann. Der Ausführungsplan wurde dem Stadtrat vorgestellt und von ihm im positiven Sinn zur Kenntnis genommen. Zustimmung erhielt der Ausführungsplan auch vom Vorstand und den Mitgliedern des Altersforums, wo er im Rahmen der jährlichen Mitgliederversammlung zur Diskussion vorgelegt wurde.

Menschen mit Demenz

Unter der Leitung der Stelle für Altersarbeit erarbeitete eine Projektgruppe, der neben Mitarbeitenden von städtischen Organisationen auch Vertreterinnen von privaten Trägerschaften angehörten, ein Gesamtkonzept zum Bedarf an Wohn- und Betreuungsangeboten für Menschen mit Demenz. Grundsätzlich ist das heutige Angebot an geschützten Wohnplätzen sowie die Entlastung für pflegende Angehörige in Winterthur sehr gering. Aus der Bedarfserhebung kommt deutlich hervor, dass sich die Heime künftig vermehrt auf die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz einstellen müssen. Heute wird mit einer Zahl von 80 % demenzerkrankter Personen in den Pflegeheimen und von ca. 60 % in den Altersheimen gerechnet. Anhand von verschiedenen Massnahmen wurde im Projektbericht aufgezeigt, wie das notwendige Versorgungsangebot verbessert werden kann, sei dies durch gezielte Weiterbildung, bauliche Veränderungen, neue Wohngruppen oder eine Tagesstätte.

Fachtagung «Netzwerk in der Altersarbeit»

Am 20. März besuchten 130 Teilnehmende die aus dem jährlichen Veranstaltungskalender nicht mehr wegzudenkende Fachtagung des Altersforums. Die Tagung diente dazu, das Netzwerk unter den in der Altersarbeit tätigen Personen, unter den Politikerinnen und Politikern und andern Interessierten zu festigen. Es zeigte sich, dass Winterthur bereits über ein tragfähiges Netzwerk in der Altersarbeit verfügt, dieses jedoch in verschiedenen Bereichen noch enger geknüpft und ausgebaut werden kann. Im Rahmen der Fachtagung kam auch deutlich hervor, dass insbesondere die Methode des Case Managements in Zukunft vermehrt angewendet werden muss – das heisst, dass alle Institutionen und Fachkräfte, die ältere Menschen begleiten, ihre Leistungen besser aufeinander abstimmen sollten. Dies garantiert eine möglichst gute Betreuung und Pflege auf der einen Seite. Auf der anderen Seite können so allfällige Doppelspurigkeiten oder Leerläufe vermieden und folglich auch Kosten gespart werden.

Beratungsstelle für das Alter

Anfangs Juni konnte die Beratungsstelle für das Alter (BfA) die neuen Räumlichkeiten an der Technikumstrasse

73 beziehen. Der Tag der offenen Türe für interessierte Fachleute und die Bevölkerung war ein grosser Erfolg. Mit dem Ziel, die Dienstleistungen der BfA in der Öffentlichkeit bekannter zu machen, wurden weitere Massnahmen umgesetzt. Neben vermehrter Präsenz in den Printmedien wurden die Verantwortlichen in den städtischen Alters- und Pflegeheimen zu Informationsveranstaltungen eingeladen. Merkblätter zu den Themen «Grundsätze in der Beratung», «Wohnberatung» und «Finanzverwaltung» wurden neu erarbeitet, in der Homepage (www.stadt-winterthur.ch/beratungalter) platziert und an Institutionen und Fachstellen abgegeben. Sie enthalten ergänzende Informationen zu den bereits bestehenden Broschüren.

Sozialberatung

Die Fallzahlen waren starken Schwankungen unterworfen. In einzelnen Monaten waren Neuanmeldungen zwischen 9 und 28 Personen zu verzeichnen. Gleichzeitig hat sich das Total der geführten Fälle um rund 7 % erhöht. Betreute die BfA anfangs Jahr noch 289 Personen, nahmen Ende Jahr 310 ältere Menschen die Dienstleistungen der Sozialberatung in Anspruch. Die mit der deutlichen Zunahme von neuen Geldverwaltungen (+ 19 Verwaltungen) verbundenen Aufwendungen in Administration, Buchhaltung (+ 543 Buchungen) und Beratung bedeuten für alle Beteiligten einen erheblichen zeitlichen Mehraufwand.

Es fällt auf, dass komplexe gerontopsychiatrische Fragestellungen die Ressourcen der Sozialberatung vermehrt belasten. Die konstruktive Zusammenarbeit mit den spezialisierten Stellen und Institutionen ist dabei eine grosse Unterstützung.

Nicht nur noch typisch altersspezifische Probleme, sondern auch Sucht, Verwahrlosung und umfassende Schuldensanierungen prägen verstärkt die sozialarbeiterische Arbeit. Oft sind es unüberwindbare Verluste, welche die Hauptursache für schwierig bis fast nicht lösbare Situationen sind.

Wohnberatung / Anmeldung Heime

Die Kernaufgaben im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der städtischen Alters- und Pflegeheimplätze konnte reibungslos gelöst werden. Auch die Zusammenarbeit mit der städtischen Spitex, welche 80 (70) Abklärungsbesuche für Altersheimplätze durchführte, war ausserordentlich hilfreich und ist für die Betroffenen eine wichtige Dienstleistung.

Es ist leider anzunehmen, dass der Leistungsabbau in den Akutspitalern und der Psychiatrie dazu führen wird, dass der Druck auf die Stadt Winterthur weiter zunimmt. Gerade der Abbau in der Klinik Schlosstal in Wülflingen führt zu einer Erhöhung von komplexen und aufwändigen Spezialfällen, deren Unterbringung zu regeln ist.

Die durchschnittliche Wartezeiten auf einen Altersheimplatz reduzierte sich deutlich von 460 Tage auf 329 Tage für Einzelpersonen und von 507 Tage auf 334 Tage für Ehepaare. Auf einen Krankenheimplatz warteten Frauen durchschnittlich nur noch 45 Tage (117 Tage), Männer 80 Tage (79 Tage). Diese aktuellen Wartezeiten zeigen auf, dass Interessierte in Zukunft möglicherweise schneller in ein Heim ihrer Wahl eintreten können. Von einer eigentlichen Trendwende zu sprechen, wäre allerdings noch verfrüht.

Freiwilligen- und Gemeinwesenarbeit

Die Einführung des Sozialzeitausweises fand bei den freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern grosse Zustimmung. Dank EDV-Unterstützung konnte der administrative Aufwand effizient bewältigt werden. Die erstmals

mit allen Freiwilligen durchgeführten Jahresgespräche dienten dem gegenseitigen Austausch, der Wertschätzung und Anerkennung. Sie boten aber auch Gelegenheit, Schwierigkeiten in den jeweiligen Einsätzen zu klären.

Der Einführungskurs für Freiwillige in die Altersarbeit war erneut ein grosser Erfolg. Zwölf neue Freiwillige schlossen mit dem Zertifikat ab. Sie sind inzwischen für Klientinnen und Klienten der BfA sowie im Alterstreffpunkt Königshof tätig. Es ist ausserordentlich erfreulich, dass für diese Einsätze insgesamt 69 engagierte Frauen und Männer zur Verfügung stehen.

Statistik Beratungsstelle für das Alter

Wohnberatung / Anmeldung Heime		
Abklärungsbesuche durch Spitex	80	(70)
Warteliste per 31. Dezember		
Altersheime		
Personen auf Warteliste	74	(90)
Personen in Abklärung	170	(161)
Krankenhäuser		
Personen auf Warteliste	79	(101)
Eintritte		
Altersheime	112	(122)
Krankenhäuser	181	(147)
Sozialberatung		
Beratungen/Betreuungen		
Stand 31. Dezember	310	(289)
– davon Geldverwaltungen	173	(154)
Total betreute Personen	454	(422)
Mutationen		
Neumeldungen	137	(132)
Abgeschlossene Fälle	144	(133)
Buchungen		
Anzahl Buchungsbelege	15 341	(14 798)

Alters- und Pflegezentrum Adlergarten

Schwerpunkte 2003

In einem gemeinsamen Prozess, bei dem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbezogen waren, wurden die Schwerpunkte für die Tätigkeiten 2003 festgelegt. Dabei standen die Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit sowohl innerhalb des Adlergartens als auch gegenüber anderen Institutionen, die Aufrechterhaltung der Kontinuität der Leistungen sowie der effektive Einsatz der Ressourcen im Vordergrund. Dies immer auch unter dem Blickwinkel, das Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern. Durch viele einzelne Teilziele und Aktivitäten konnten die Schwerpunkte weitgehend verfolgt und umgesetzt werden.

Führungskräfteausbildung

Viel Initiative und Energie wurde in eine intensive Schulung der Führungskräfte gesteckt. In dieser Schulung wurde an einem gemeinsamen Verständnis über die Führungskultur und die Ausrichtung der Leistungen gearbeitet. Diese gemeinsame Ausrichtung ist Grundlage für die weitere Entwicklung der Organisation und des Leistungsangebotes, speziell auch im Hinblick auf die geplante Gesamtanierung des Alters- und Pflegezentrums Adlergarten.

Gesamtanierung

Zum Projekt Gesamtanierung Adlergarten wurde im Oktober 2003 durch die Verabschiedung des Grundlagenkonzeptes durch den Stadtrat von Winterthur der «offizielle Startschuss» gegeben. In einem funktionalen Konzept wurden unter Berücksichtigung der städtischen Altersplanung 2010 und weiteren Rahmenbedingungen die Grundlagen und Bedürfnisse für eine detaillierte Projektierung in Zusammenarbeit mit dem Departement Bau gelegt. Diese dienen als Basis für die konkrete Planung der Gesamtanierung.

Finanzielle Erholung / win.03

Durch die konsequente periodische Überprüfung der finanziellen und betrieblichen Zahlen und dank einer konsequenten Kostensteuerung wurde erstmals seit einigen Jahren das Budget unterschritten, das Gesamtergebnis gegenüber 2002 leicht verbessert und der Aufwand stabilisiert. Die Sensibilisierung der verantwortlichen Führungskräfte, verbunden mit dem Aufbau eines aussagekräftigen Reportings und dem grossen Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führten zu dieser erfreulichen Entwicklung. Die vom Stadtrat auferlegten win.03-Massnahmen unterstützten und beschleunigten bereits eingeleitete organisatorische Veränderungen. Erfreulich ist auch die Tatsache, dass diese Massnahmen ohne spürbare Einbussen der direkten Qualität gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohner umgesetzt werden konnten.

Bewohnerinnen und Bewohner im Zentrum des Handelns

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Betreuung und Pflege konzentrierten sich auf Qualitätsaspekte der Pflege, die zukünftig auch als strategische Eckpfeiler für die Weiterentwicklung dienen werden. In verschiedenen Projekten wurden die Themen Bezugspersonenpflege, Pflegedokumentation und Umgang mit Menschen mit Demenzerkrankung eingeführt oder überarbeitet.

Patientenstatistik Alters- und Pflegezentrum Adlergarten

	Krankenhaus				Altersheim				Tagesklinik			
	Männer	Frauen	Total		Männer	Frauen	Total		Männer	Frauen	Total	
Bestand 1. Januar	42	157	199	(196)	4	12	16	(16)	27	18	45	(45)
Neuaufnahmen	84	143	227	(219)	0	3	3	(6)	25	19	44	(26)
Total	126	300	426	(415)	4	15	19	(22)	52	37	89	(71)
Todesfälle	42	79	121	(87)	0	1	1	(0)				
Austritte	39	79	118	(129)	1	1	2	(6)	30	15	45	(26)
Bestand 31. Dezember	45	142	187	(199)	3	13	16	(16)	22	22	44	(45)
Durchschnittsalter			84,8				85,6				75,1	
0 – 49 Jahre	1	1	2							2	2	
50 – 59 Jahre	1	3	4						2	1	3	
60 – 69 Jahre	1	5	6						2	4	6	
70 – 79 Jahre	10	17	27			4	4		7	7	14	
80 – 89 Jahre	22	73	95		2	6	8		10	8	18	
90 und mehr Jahre	10	43	53		1	3	4		1	0	1	

Ungefähr 60 % der Bewohnerinnen und Bewohner leiden an irgendeiner Form von Demenz. Der Umgang mit demenzerkrankten Menschen erfordert besondere Kenntnisse des pflegenden Personals. In modularer Form wurde zur Entwicklung und Förderung dieser Kenntnisse eine interne Weiterbildung konzipiert, die im Jahr 2004 fortgeführt wird.

Überbrückungspflege

In intensiver interdisziplinärer Arbeit wurde in der zweiten Hälfte 2003 ein neues Konzept für eine Wohngruppe für Überbrückungspflege erarbeitet. Diese Wohngruppe ersetzt die bisherige Rehabilitationsabteilung durch ein den Bedürfnissen der Kunden angepasstes Leistungsangebot. Mit einem fast vollständig neu zusammengesetzten Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterteam bietet die Wohngruppe für Überbrückungspflege ihre Leistungen ab Februar 2004 neu an.

Neumöblierung

Das Alters- und Pflegezentrum Adlergarten ist seit rund 30 Jahren in Betrieb. In den letzten Jahren musste die Modernisierung verschiedener Betriebseinrichtungen aus unterschiedlichen Gründen zurückgestellt werden. So auch der kontinuierliche Ersatz der Möbel auf den Wohngruppen. Trotz regelmässigen und fachgerechten Unterhaltsarbeiten des technischen Dienstes lag der letzte Anstrich der Wände und Decken schon Jahre zurück und die Räume benötigten dringend einen Neuanstrich. Auch die Bodenbeläge waren zum Teil über 10 Jahre alt und überdurchschnittlich abgenutzt.

Nach langer Vorbereitungszeit war es nun im Rahmen des Projekts «Neumöblierung» endlich soweit, die Wohnqualität und das Erscheinungsbild auf den Wohngruppen zu verbessern und das alte Mobiliar zu ersetzen. In der Zeitspanne von März bis Juni wurden die oben genannten Arbeiten etappenweise ausgeführt und die neuen Möbel nahtlos zur grossen Freude der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Mitarbeitenden geliefert. Der Abschluss dieses Projekts bildet die Lieferung der Grünpflanzen Anfang 2004. Die Pflanzen sollen das Raumklima verbessern und gleichzeitig einen grossen Teil zur wohlhlichen und gemütlichen Atmosphäre der Wohngruppen beitragen.

Statistik Besetzung und Betriebskosten

	Krankenheim	Altersheim	Tagesklinik
Verfügbare Plätze	209	16	14
Durchschnittliche Tagesbesetzung	94,3 %	99,4 %	
Pflegeetage	71 950	5 805	2 828
Betriebsaufwand	Fr. 22 958 522	1 008 695	553 613
Betriebsertrag 1	Fr. 17 912 865	907 982	456 693
Kosten pro Tag/Patient	Fr. 319.09	173.76	195.76
	Fr. (314.01)	(171.13)	(194.65)
Ertrag pro Tag/Patient*	Fr. 248.96	156.41	161.49
	Fr. (240.56)	(155.75)	(154.96)

* ohne Staatsbeitrag

Die höheren Kosten pro Tag und Patient, welche insbesondere auf die Umsetzung der Besoldungsrevision per Mitte 2002 zurückzuführen sind, konnten mit konsequenter Kostenkontrolle und dank verbessertem Ertrag aufgrund einer moderaten Taxerhöhung mehr als kompensiert werden.

Altersheim Brühlgut

win.03

Die schlechte Finanzlage der Stadt hatte auch Auswirkungen auf den Betrieb des Altersheimes Brühlgut, indem Sparmassnahmen, insbesondere des städtischen Sparprojektes win.03, zur Umsetzung kamen. Überall musste der Rotstift angesetzt und einige Projekte in der Folge auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. So wurde mit dem Umbau und der Neugestaltung des Restaurants für die Bewohnerinnen und Bewohner, mit den Sanierungsarbeiten in der Küche und der Instandstellung von Vorplätzen und Wegen auf dem Brühlgut-Areal vorläufig zugewartet. Auch bei den Personalkosten muss ab 2004 gespart werden. Es war von Anfang an klar, dass nicht einfach an der «Front» gespart werden kann. Betreuung und Pflege sollen nicht tangiert werden und das in diesen Bereichen tätige Personal nicht noch mehr unter Druck geraten. Aufgrund dieser Überlegungen wurden Einzelmassnahmen erarbeitet, welche hauptsächlich Leitungs- und Stabsstellen sowie Stellen an der Peripherie des Betriebes betreffen. In den Bereichen Geschäftsführung, Verwaltung, Pflegeadministration, Freizeitgestaltung, Gastronomie und im Technischen Dienst erfolgten Stellenstreichungen oder Pensumsreduktionen mit zum Teil einschneidenden Folgen. Mit allen von win.03 betroffenen Mitarbeiterinnen konnte eine einvernehmliche Lösung gefunden werden, was bei der momentan prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht selbstverständlich ist und einen besonderen Dank verdient.

WmS – Weiterbildung mit Spass

Weiterbildung ist in einer Zeit des Umbruchs und der Neuorientierung von grosser Bedeutung. Wenn dieses Weiterbildungsangebot zusätzlich mit den Personalausflügen kombiniert wird, resultiert daraus «Weiterbildung mit Spass» – WmS eben.

Über 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben von diesem Angebot profitiert, sich als Gruppe zusammengefasst, ein Projekt erarbeitet und dieses auf die Durchführbarkeit hin selbst getestet – und dies mit Engagement, Freude und viel Spass. Es galt, verschiedene Aufgaben zu übernehmen, Rücksicht zu nehmen auf die unterschiedlichen Gruppenmitglieder, nach Lösungen zu suchen und am Schluss das Projekt in Wort, Bild und Ton innert kurz bemessener Zeit zu dokumentieren – eine echte Herausforderung an die Teilnehmenden. Aus dem gemeinsam Erlebten entstand auch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, ein Gefühl das nicht zuletzt für die Berufsarbeit im Alltag von grosser Bedeutung ist.

Freizeitgestaltung

Der Jahrhundert-Sommer gehört zwar schon der Vergangenheit an, wird aber bestimmt nicht so rasch in Vergessenheit geraten. Noch nie fand das «Grillieren auf dem Älpli» bei den Bewohnerinnen und Bewohnern derart grossen Zuspruch und auch das Abendessen im Freien war in diesem Sommer ein Hochgenuss. Während der heissesten Juli- und Augusttage ruhten die Freizeitaktivitäten, um dann Ende August mit frischem Wind und den traditionellen «Ferien zu Hause» zu starten. Die Freizeitgestalterinnen haben ein abwechslungsreiches Programm auf die Beine gestellt, das alle zu motivieren vermochte. Unter dem Motto «Der Natur auf der Spur» erlebten die Bewohnerinnen und Bewohner des Altersheimes Brühlgut «Natur pur». Obschon auch im Bereich Freizeitgestaltung Stellenprozente gestrichen werden müssen, werden die Verantwortlichen alles daran setzen, auch künftig ein Freizeitangebot mit hoher Qualität aufrecht zu erhalten.



Altersheim Brühlgut: Busausfahrt

Freiwilligenarbeit

Der Wunsch seitens unserer Bewohnerinnen und Bewohner nach regelmässigen Ausflügen ausserhalb der alljährlichen Ferienwoche konnte erfüllt werden. Nicht zuletzt Dank dem Engagement unseres Chauffeurs, der als Freiwilliger Mitarbeiter den kleinen Reisebus kompetent steuert und auch fachkundig über Natur und Landschaft zu berichten weiss.

Zur Zeit sind im Altersheim Brühlgut 10 freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in regelmässigem Einsatz. Diese leisteten gegenüber dem Vorjahr ca. 200 Arbeitsstunden mehr, d.h. insgesamt 600 Stunden. Hinzu kommen 40 freiwillig mitarbeitende Angehörige, die sporadisch und vor allem bei speziellen Anlässen wie Ferienwochen, Brühlgut-Frühling und sonstigen Festivitäten mithelfen.

Überhaupt ist die Freiwilligenarbeit aus unserem Betrieb nicht mehr wegzudenken. Der ehrenamtliche Einsatz der freiwilligen Helferinnen und Helfer entlastet das Fachpersonal und trägt zum Gelingen verschiedenster Anlässe bei. Die Freiwilligenarbeit ist im Altersheim Brühlgut bestens etabliert. Die freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind integriert, erhalten die Personalinfos und nehmen an Personalanlässen, Weiterbildungen und Ausflügen teil, kurz sie gehören dazu.

Alterszentrum Neumarkt

Schlicht, kompetent und mit Herz

Das erste Betriebsjahr ohne Umbauarbeiten und mit vollem Haus war so etwas wie «die Stunde der Wahrheit» in Bezug auf die Stärken und Schwächen der Infrastruktur, der Konzepte und der Ressourcen. Das vergangene Jahr stand aus diesem Grund unter dem Motto «zurück zur Normalität: Schlicht, kompetent und mit Herz».

Die Vielfalt und die unterschiedliche Vergangenheit der verschiedenen im Alterszentrum Neumarkt zusammengefügten Angebote, wie die Wohngruppen des Altersheimes, die Aussenwohngruppe, die Seniorenwohnungen, das Temporärheim Sunnehus und das Restaurant machten dies zu einem anspruchsvollen Unterfangen. Entsprechend musste das Motto von unterschiedlicher Seite her angegangen und umgesetzt werden, um die verschiedenen Angebote zusammenzuführen. Unterstützt wurde dies durch ein gezieltes Projekt für das Kader, bei dem nebst der Teambildung auch die Erarbeitung eines neuen Leitbildes im Zentrum stand.

Zu den Aktivitäten gehörte auch die Besetzung der letzten freien Zimmer. Dabei zeigte sich, dass es schwierig ist,



Alterszentrum Neumarkt: Patchwork

die Doppelzimmer mit zwei sich fremden Personen zu besetzen, wenn es an interessierten Ehepaaren fehlt.

Patchwork

Mit den abgebildeten Bildern Patchwork wurde Besuchenden anlässlich einer Konferenz das Alterszentrum Neumarkt vorgestellt. Die Bilder sind Symbole für die verschiedenen Angebote und den Umgang mit der «Kundschaft». Sie zeigen zum Beispiel, dass aufgrund der Lage inmitten der Altstadt die Jahreszeiten speziell hervorgehoben und gefeiert werden. Sie zeigen auch die traditionelle Einladung für die Bewohnerinnen und Bewohner auf das Albani-Riesenrad oder die erfolgreichen Sommerferien mit rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Quelle des Lebens ist die Wertschätzung, noch jemand zu sein, mitreden und seine eigenen Gewohnheiten weiterleben zu dürfen. Dieser Rahmen und die Sicherheit, nicht allein gelassen zu werden, sind die Grundlage dafür, dass das Heim auch wirklich zum neuen Daheim werden kann.

Für das Sunnehus steht die Sonnenblume, wie auch die individuelle Einrichtung. Die markanten organisatorischen Veränderungen wurden alle schlicht, kompetent und mit Herz erfolgreich umgesetzt.

Das Personal der Aussenwohngruppe hat eine, für das ganze Alterszentrum, exemplarische Zusammensetzung und Ausbildung erreicht. Von den sechs Mitarbeiterinnen sind drei als Betagtenbetreuerinnen ausgebildet und vier haben die Schulung «Psychobiografisches Pflegemodell» besucht. Die gemeinsame Sprache fördert das Wohlbefinden und die Freude bei der Arbeit.

Das Restaurant hat bereits eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Die beabsichtigte Durchmischung der Generationen gelingt nur mit dem Einbezug der Mehrzweckraum- und Innenhofvermietung. Die gut 150 Feste, Schulungen und Sitzungen haben vielseitige Aktivitäten ins Haus und zusätzliche Einnahmen gebracht. Dieses Geschäft erfordert eine ausgesprochene Flexibilität, welche vom Service, der Küche und dem Hausdienst, der für die Raumbewirtschaftung zuständig ist, professionell erbracht wird.

Öffentlichkeitsarbeit

Eine weitere gezielte Aktivität waren die Veranstaltungen mit den Hausärzten, die in Kurzanlässen über unsere Betriebsstruktur und Zusammenarbeit informiert wurden. Zu den Aussenkontakten gehörten auch mehrere Einladungen an alle Angehörigen, bei denen sich die Mitarbeitenden jeweils vorstellten und kurz über das Zusammenleben auf der Wohngruppe informierten. Alle diese Veranstaltungen haben einiges an Goodwill, Verständnis sowie neue Kontakte geschaffen, welche die Mitarbeitenden bei ihrer Alltagsarbeit unterstützen werden.

Altersheim Rosental

25 Jahr-Jubiläum

Das Altersheim mit seinem gut eingespielten Team von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erlebte bei seinem 25 Jahr-Jubiläum ein erfolgreiches Jahr. Unter dem Motto «In der eigenen Verantwortlichkeit einen guten Job tun und im Sinne des Leitbildes gemeinsam zum Wohl der Bewohnerinnen wirken» wurde der manchmal hektische Alltag bestens gemeistert. Dies widerspiegelt sich in mehrheitlich zufriedenen Pensionärinnen und Pensionären, Mitarbeitenden und Angehörigen. Das gute und offene Klima im Heim und die gepflegte Infrastruktur wird von Besucherinnen und Besuchern anerkannt und geschätzt.

Film «Loslassen»

Das Jubiläum war auch Basis für die Planung von besonderen Anlässen und Aktivitäten, zu denen die Öffentlichkeit vom Januar bis Dezember in das Heim eingeladen wurde. Ein gelungener Höhepunkt war im Frühjahr die Vernissage des in eigener Produktion hergestellten Filmes «Loslassen». Im Kirchgemeindehaus Veltheim fand das Werk ein grosses, beeindrucktes und erfreutes Publikum. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten sich lange mit den verschiedenen Facetten des Themas Loslassen auseinandergesetzt und die Filmproduktion bildete den Abschluss dieses Projektes.

Liftersatz

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Erneuerung der Personenaufzüge. Alle Lifte im Heim wurden im Spätherbst ersetzt und das Stichwort «Strapaze» fand die



Altersheim Rosental: «Guetzle»

treffende Anwendung für alle Rosentalerinnen und Rosentaler. In bleibender Erinnerung bleibt der Sonntag, an welchem alle drei Lifte ihre Funktion aufgegeben hatten. Dank des Einsatzes und der Improvisationsgabe der Mitarbeitenden konnte der Betrieb sicher gestellt werden und alle Bewohnerinnen und Bewohner kamen zu ihrem Essen. Heute werden die erneuerten und verbesserten Anlagen sehr geschätzt und das Unfallrisiko konnte bedeutend reduziert werden.

Statistiken Altersheime

Besetzung und Betriebskosten

	Brühlgut	Neumarkt	Rosental
Verfügbare Plätze	145	96 ¹	104 ²
Durchschnittliche Tagesbesetzung	98,7 %	96,2 %	100 %
Bettenbelegungstage	52 239	33 701	38 344
Betriebsaufwand	Fr. 9 683 069	5 660 632	5 826 991
Betriebsertrag ³	Fr. 7 614 846	4 457 861	5 638 854
Durchschnittskosten pro Tag/Pensionär	Fr. 185.36	167.97	151.97
Ertrag pro Tag/Pensionär ³	Fr. (179.81)	(238.63)	(150.15)
	Fr. 145.77	132.28	147.06
	Fr. (132.68)	(140.93)	(133.33)

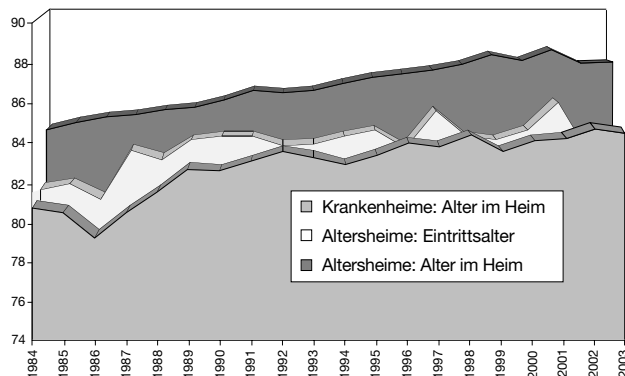
¹ inkl. Aussenwohngruppe und Sunnehus

² ohne Ferienabteilung

³ ohne Staatsbeitrag

Es fällt auf, dass sich die Kosten im Alterszentrum Neumarkt dank der verbesserten Auslastung auf ein vergleichbares Mass gesunken sind. 2003 war ja auch das erste volle Betriebsjahr nach dem langjährigen Neu- und Umbau. Der Mehraufwand bei den andern Heimen resultiert insbesondere aus der Umsetzung der Besoldungsrevision per Mitte 2002. Dieser Mehraufwand wurde durch Mehrertrag kompensiert, welcher dank einer Erhöhung der Grundtaxen erzielt werden konnte.

Durchschnittsalter in den Heimen



Bewohnerinnen und Bewohner Altersheime

	Brühlgut	Neumarkt ¹	Rosental	Total
Bestand am 1. Januar	142 (140)	84 (43)	100 (100)	326 (283)
Neuaufnahmen	30 (40)	40 (79)	22 (18)	92 (137)
Total	172 (180)	124 (122)	122 (118)	418 (420)
Todesfälle	25 (37)	8 (4)	19 (16)	52 (57)
Austritte/Versetzungen	2 (1)	32 (34)	1 (2)	35 (37)
Bestand am 31. Dezember	145 (142)	84 (84)	102 (100)	331 (326)
Durchschnittsalter der Neueingetretenen	85.6 (82.7)	83.1 (82.9)	85.0 (84.6)	84.4 (83.1)
Durchschnittsalter am 31. Dezember	88.0 (87.7)	84,9 (84.8)	88,5 (88,7)	87.4 (87.4)

¹ inkl. Aussenwohngruppe und Sunnehus

Wohn- und Pflegezentrum Oberi*

Allgemeines

Ein grosses Engagement galt der Einführung des Qualitätsmanagements. Die neuen Prozesse mussten alle definiert und dokumentiert werden. Die Schulung der Mitarbeitenden fand abteilungsübergreifend an obligatorischen Informationsnachmittagen statt. In Zukunft werden diese Prozesse umgesetzt, laufend auditiert und weiterentwickelt.

Das Jahresmotto war: «Gegenseitige Wertschätzung – was heisst das – was ist mein Beitrag?»

In verschiedenen Veranstaltungen diskutieren Gruppen von Mitarbeitenden ihre Haltung zu diesem Thema.

Ein weiteres Thema war die Arbeitssicherheit bzw. die Umsetzung der sogenannten EKAS-Richtlinien (Eidgenössische Kommission für Arbeitssicherheit), welche in Angriff genommen wurde. Es wurden Zuständigkeiten definiert, Verantwortliche geschult sowie eine Risikobeurteilung für die Institution erstellt.

Das im Vorjahr gebildete Ethikkomitee hat seine Arbeit aufgenommen und als erstes Patientinnen und Patienten, Angehörige und Mitarbeitende an verschiedenen Veranstaltungen über Zweck, Inhalt und Vorgehen informiert. Es wurden sehr viel «Alltägliche» diskutiert. So ging es um das Klopfen und auf Antwort warten an der Patiententür, um die Privatsphäre oder um das Thema Hilfestellung versus Autonomie. Im September referierten drei Personen des WPZ Oberi zum Thema Ethikkommission an einer Veranstaltung der Caritas mit rund 370 Teilnehmenden.

Renovationen

Das Wohn- und Pflegezentrum Oberi kommt langsam in die Jahre. So werden je länger je mehr auch grössere Renovationen und Ersatzanschaffungen nötig. Auf drei Stockwerken (Pflegewohngruppen 4. – 6. Stock) wurden alle Teppiche und Vorhänge ersetzt. Die Gelegenheit wurde genutzt, um auch die Wände zu streichen und neue Bilderaufhängevorrichtungen zu montieren.

Als Auflage der Gebäudeversicherung mussten auf den Stockwerken Brandschutztore eingebaut und im ganzen Haus eine Fluchtwegbeleuchtung installiert werden.

Im weiteren musste die grosse Abwaschmaschine ersetzt werden. Während dreizehn Tagen wurde von Glas und Porzellan auf Einweg-Kunststoff umgestellt. Nur die Mittagsverpflegung der Patientinnen und Patienten wurde aus Gründen der Warmhaltung mit dem normalen Geschirr serviert, was dann jeweils in der Küche in einem grösseren Handabwasch endete.

Therapien

In der Aktivierungstherapie wurde die Bezugstherapie eingeführt. Das bedeutet, dass eine Therapeutin für die individuelle Betreuung einer Patientin oder eines Patienten verantwortlich ist. Neben Kontakten in der Gruppentherapie kann so die gegenseitige Beziehung intensiver aufgebaut werden. Die Bezugstherapeutin organisiert und koordiniert alle aktivierungstherapeutischen Angelegenheiten und ist die Kontaktperson für den Austausch von Informationen mit Therapiekolleginnen, Pflegenden und Ärzten.



Gemütlichkeit bei der 1.-August-Feier

Anlässe intern und extern

Die verschiedenen kleineren und grösseren Anlässe für die Patientinnen und Patienten gehören zur regelmässige Bereicherung des Alltags. Zudem wurde für interne wie externe Kundschaft im Januar ein Flohmarkt durchgeführt. Der Erfolg war riesig, da alle Helfenden ohne Bezahlung arbeiteten. Auch das Wienerkafi mit seinen verschiedenen Kaffeespezialitäten und feinem Gebäck wurde rege genutzt und alle 125 Butterzöpfe verkauft.

Als externen Grossanlass durfte das Wohn- und Pflegezentrum Oberi die Verpflegung der Jungbürgerfeier der Stadt Winterthur als Caterer übernehmen: Kalte und warme, grosse und kleine Häppchen und Speisen in beachtlichen Mengen, verschiedene Desserts wie 24 Meter Apfelstrudel, 40 kg Fruchtsalat und mehr, alles bestens gelungen und ausreichend vorhanden. Viel Aufwand, aber auch eine schöne Herausforderung für Restaurant und Küche mit ihrem Vorgesetzten. Insbesondere auch dank der vielen positiven Rückmeldungen und dem Lob.

Restaurant Wallrütli

Im Restaurant Wallrütli finden seit Januar monatlich eine Aktionswoche statt. So zum Beispiel im März die Fischwoche oder im November Gerichte aus Grossmutter's Küche. Diese Wochen werden mit sehr grossem Echo und Erfolg durchgeführt.

Kundinnen und Kunden

Die Nachfrage nach allen Wohnangeboten des WPZ Oberi ist nach wie vor sehr gut. Ausserdem wurden die Abläufe innerhalb des Prozesses Aufnahmeverfahren/ Eintritt überarbeitet und genau dokumentiert. Dank grossen Bemühungen aller Betroffenen konnte eine Bettenbelegung von über 99 % erreicht werden, dies trotz den angesprochenen Renovationsarbeiten.

Patienten-, Bewohnerinnen- und Bewohnerstatistik Wohn- und Pflegezentrum Oberi

	Krankenheim		Betreutes Wohnen	
Bestand am 1. Januar	146	(142)	9	(9)
Neuaufnahmen	69	(59)	2	(8)
Total	215	(201)	11	(17)
Todesfälle	63	(54)	0	(1)
Austritte	6	(1)	2	(7)
Bestand am 31. Dezember	146	(146)	9	(9)
Pflegtage	52 805	(52 514)	3 273	(3 067)
Bettenbelegung	99,1 %	(98,5 %)	99,6 %	(93,4 %)

Mitarbeitende

Auch dieses Jahr waren leider wiederum viele Absenzen von Mitarbeitenden zu verzeichnen. Ansonsten war es

* Das Wohn- und Pflegezentrum Oberi ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

eher ruhig im WPZ Oberi. Dies zeigt auch die relativ tiefe Fluktuation von 10 %. Das ist sehr erfreulich; es zeigt, dass die grosse Mehrheit zufrieden oder sehr zufrieden ist mit seiner Aufgabe in der Institution, was auch die Zufriedenheitsumfrage im Mai ergeben hat.

Im August haben drei FAGE (Fachangestellte Gesundheit) ihre Arbeit im WPZ Oberi aufgenommen.

Für den Lehrbeginn August 2004 haben sich rund 70 junge Leute gemeldet, die Selektion im November war entsprechend zeitintensiv. Mittlerweile absolvieren auch drei Personen eine Lehre als Betagtenbetreuerin (Soziale Lehre).

Zudem wurden rund 7200 Stunden Einsatzleistung von Personen, die ein Arbeitsprogramm oder etwas ähnliches erfüllen, erbracht.

Freiwillige

Es ist sehr erfreulich, dass wiederum ein Zuwachs an freiwilligen Helfenden verzeichnet werden konnte. Mittlerweile leisten folgende Gruppen im WPZ Oberi einen freiwilligen Einsatz:

Stand Freiwillige	1.1.2003	31.12.2003
IDEM-Helfende	38	39
Time on	4	7
Therapiehund-Teams	2	6
Freiwillige (verschiedene Aufgaben)	3	3
Total	47	55

Spitex

Spitex-Zentren

Die Erweiterung des Spitexzentrums Wülflingen konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Für die Mitarbeitenden stehen jetzt auch in Wülflingen bedarfsgerechte Räumlichkeiten zur Verfügung. Die Spitex der Stadt Winterthur verfügt somit in ihren sechs Spitexzentren über eine Infrastruktur, die den steigenden Anforderungen an die Arbeit der Spitex gerecht wird.

Personelles

Zahlreiche Vakanzen führten in den Spitexzentren zu Engpässen und erst gegen Ende Jahr konnten alle bewilligten Stellen voll besetzt werden. Dank der sehr tiefen Fluktuationsrate von 7 % gegenüber 18 % im Vorjahr, war die Konstanz in den Teams aber spürbar. Die aufwändigen Einarbeitungszeiten für neue Mitarbeiterinnen fiel somit weitgehend weg, so dass eine Steigerung der Leistungsstunden erreicht werden konnte. Auch die Krankheitsabsenzen waren gegenüber dem Vorjahr geringer und sind vor allem auf zwei Langzeitabsenzen, verschiedene Unfälle und einen Schwangerschaftsurlaub zurückzuführen.

Aus- und Weiterbildung

Im Herbst haben zwei Fachangestellte Gesundheit (FAGE) ihre Lehre bei der Spitex, in den Spitexzentren Veltheim und Seen, begonnen. Die zukünftigen Ausbilderinnen mussten zu Lehrmeisterinnen aus- und weitergebildet werden und die Erarbeitung eines neuen Ausbildungskonzeptes für die Spitex wurde zusammen mit der Ausbildungsverantwortlichen in Angriff genommen. Die Begleitung der FAGE ist anspruchsvoll, aufwändig und muss sorgfältig geplant werden. Grundlagenpapiere mussten erst noch erarbeitet werden und noch immer sind viele Punkte ungeklärt.

Die Schwerpunkte der intern angebotenen Weiterbildung lagen in den Bereichen Kinästhetik und Kommunikation. Es konnte ein Kinästhetik-Kurs für pflegende Angehörige in Zusammenarbeit mit dem Altersheim Brühlgut angeboten werden.

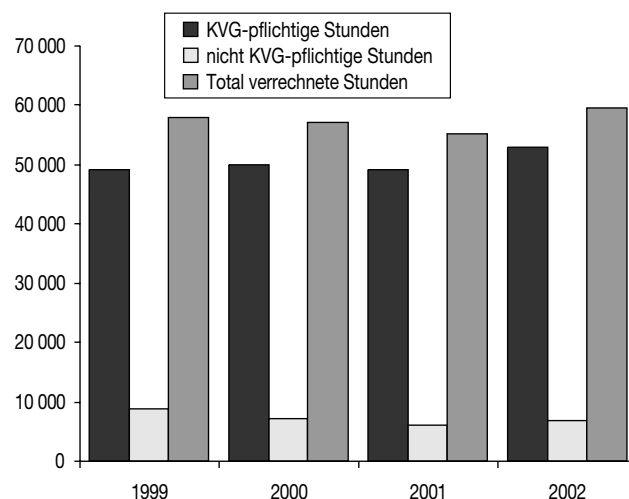
Abklärungsbesuche

Im Auftrag der Wohnberatung der Beratungsstelle für das Alter haben zwei Spitexmitarbeiterinnen insgesamt 80 Abklärungsbesuche im Zusammenhang mit künftigen Altersheimeintritten gemacht. Die Dienstleistung wird von den Betroffenen, den Angehörigen und der Beratungsstelle gleichermassen sehr geschätzt.

Verrechnete Einsatzstunden

Die verrechneten Stunden haben erstmals seit einigen Jahren wieder zugenommen. Dank geringerer Fluktuation, weniger krankheits- und unfallbedingten Absenzen und einer vollen Auslastung das ganze Jahr hindurch, konnten mehr Stunden bei den Klientinnen und Klienten geleistet werden. Dennoch mussten insgesamt 120 Einsätze an private Spitexorganisationen weitergegeben werden. Sie konnten von den betreffenden Spitexzentren aus verschiedenen Gründen nicht selber übernommen werden. In Töss konnte Anfang Jahr die Stelle der Leiterin nicht nahtlos besetzt werden, so dass Pflegende vermehrt organisatorische und administrative Arbeiten übernehmen mussten. Beim Abend- und Nachtdienst bestand im Sommer ein personeller Engpass, deshalb konnten nur drei statt normalerweise vier Mitarbeitende pro Abend ihre Dienstleistungen erbringen. In Oberwinterthur konnte in den letzten Monaten ein Zunahme der Nachfrage festgestellt werden. In den Quartieren Seen und Stadt bestanden das ganze Jahr über Engpässe aufgrund der Zunahme von Anfragen.

	2000	2001	2002	2003
KVG-pflichtige Stunden	49 269	50 020	49 266	53 161
nicht KVG-pflichtige Stunden	8 663	7 152	5 959	6 572
Total	57 932	57 172	55 225	59 734



Ausblick

Die Zunahme der Bevölkerung in Winterthur, die zunehmend frühen Spitalentlassungen und die Taxerhöhung bei den Alters- und Krankheimen macht sich jetzt auch für die Spitex bemerkbar. Besonders in Quartieren mit behindertengerechten Wohnungen oder Alterswohnungen

nimmt die Nachfrage nach Spitexleistungen spürbar zu. Bei gleichbleibendem Personalbestand wird es der städtischen Spitex nicht möglich sein, dieser Nachfrage gerecht zu werden. Teilweise können diese Einsätze von den konfessionellen Spitexorganisationen übernommen werden, teilweise müssen sich die Klientinnen und Klienten aber auch an Profitorganisationen wenden.

Schule für Pflegeberufe

Neuer Leistungsauftrag der Bildungsdirektion für das Jahr 2004

Im Juni 2003 besprachen die drei Schulen, Schule für Gesundheits- und Krankenpflege Diplommiveau II Rheinau, Krankenpflegeschule am Kantonsspital Winterthur Diplommiveau II und die Schule der Stadt Winterthur, vertreten durch die Schulkommissionspräsidenten und die Schulleitungen, mit den Verantwortlichen der Bildungsdirektion die Leistungsaufträge für das Jahr 2004. Gemäss diesem Leistungsauftrag wird die Ausbildung Pflegeassistenten unverändert weitergeführt. Im Programm Diplommiveau I führt die Schule für Pflegeberufe die noch laufenden Kurse weiter; es wird 2004 jedoch kein Kurs mehr gestartet. Neu werden an der Schule ab 16. August 2004 zwei Klassen Fachangestellte/r Gesundheit geführt, was eine gute Zukunftsperspektive ist.

Das Passerelle-Programm, bei dem die Zuständigkeit bei der Gesundheitsdirektion verblieb, wird nicht mehr weitergeführt. Der Wiedereinstiegskurs, den die Schule in eigener Rechnung führt, läuft unverändert weiter.

Noch ungewiss ist ob es in Winterthur je ein separates



Schulalltag

Zentrum für die Ausbildung Fachangestellte/r Gesundheit und diplomierte Pflegefachfrau/diplomierter Pflegefachmann oder ein gemeinsames Zentrum für beide Ausbildungen gibt. Der Entscheid wurde leider im Berichtsjahr vom Regierungsrat noch nicht gefällt. Das Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Winterthur ist jedoch auf gutem Weg. Die Krankenpflegeschule am Kantonsspital Winterthur Diplommiveau II erhielt den Leistungsauftrag für die Führung einer Pilotklasse diplomierte Pflegefachfrau/diplomierter Pflegefachmann für 2004. Dadurch werden auf dem Platz Winterthur ab nächstem Jahr beide neuen Ausbildungen im Gesundheitswesen angeboten. Sobald der Entscheid des Regierungsrats bezüglich Zentren gefällt ist, wird die Arbeit für die Zentrumsbildung wieder aufgenommen.

Benchmarking

Die Bildungsdirektion führte zum ersten Mal eine repräsentative Umfrage unter den Absolventinnen und Absolventen der 23 Gesundheitsschulen im Kanton Zürich bezüglich Qualität und Leistung durch. Es ist sehr erfreulich, dass die Schule für Pflegeberufe der Stadt Winterthur sehr gut abschloss. Dies motiviert die Verantwortlichen, der Qualität auch weiterhin die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.

Auslastung der Schule

65 Lernende starteten in einem der drei weitergeführten Programme der Schule, 82 schlossen ihre Ausbildung ab. Das Interesse für alle Programme ist gross. Die Werbung konzentrierte sich auf die Pflegeassistenten, da für Diplommiveau I und Passerelle-Programm nicht mehr geworben werden musste. Bei der Rekrutierung gibt es einen Systemwechsel, da diejenige der Fachangestellten Gesundheit Sache der Arbeitgeber ist.

Ausblick

Nebst den Arbeiten rund um die Schaffung des neuen Bildungszentrums für Gesundheitsberufe in Winterthur, stehen die Vorbereitungen auf die ersten zwei Klassen Fachangestellte/r Gesundheit im Vordergrund und nehmen im Alltag einen wichtigen Platz ein. Trotzdem erfahren die bereits bestehenden Programme weiterhin die ungeteilte Aufmerksamkeit und den vollen Einsatz für den Erhalt der Qualität.

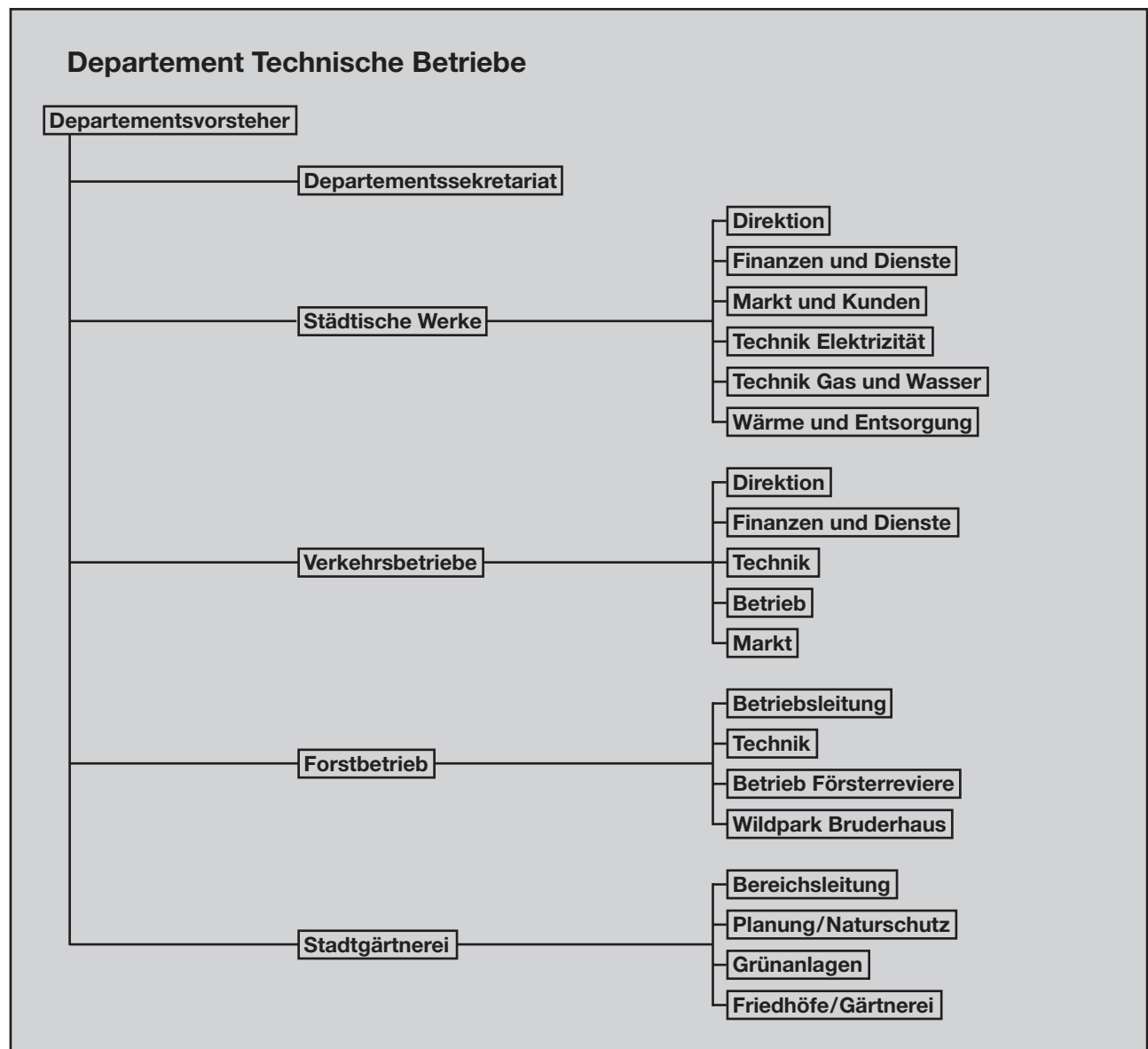
Die Verantwortlichen wissen nun bezüglich Programme wie es weitergeht, das gibt nach dieser langen Zeit der Unsicherheit wieder neue Energie und ermöglicht einen optimistischen Blick in die Zukunft.

Departement Technische Betriebe

Im Berichtsjahr haben die vier Betriebe des DTB wiederum massgebliche Leistungen für die Entwicklung der Stadt erbracht und grosse Anstrengungen für markt- und kundenorientierte Leistungen unternommen und dabei spürbare Verbesserungen erreicht.

Nach der Rücknahme der abstimmungsreifen Vorlage zur Umwandlung von Teilen der Städtischen Werke in eine Aktiengesellschaft durch den GGR, galt es, die StWW in den Rahmenbedingungen der Stadtverwaltung weiterhin als modernen Betrieb zu positionieren. Die Marktpräsenz und die zukunftsgerichteten Projekte in praktisch allen Geschäftsfeldern zeigen, dass dies mit Erfolg gelungen ist. So konnten die Netze der Stromversorgung der ehemaligen Industriegebiete der Firma Sulzer Immobilien AG sowohl im Stadtzentrum als auch in Oberwinterthur übernommen und in das Netz der StWW integriert werden. Im Berichtsjahr konnte die Grundlage geschaffen werden,

das Fernwärmenetz der Firma Sulzer im Stadtzentrum als Anlage im Energie Contracting und jenes in Oberwinterthur zur Erweiterung des angestammten Fernwärmenetzes zu übernehmen. Die Stimmbürger/innen werden Gelegenheit haben, sich zu den beiden Grossprojekten zu äussern. Die Erweiterung des Fernwärmenetzes führt zu einer besseren Nutzung der Kehrrechtwärme aus der KVA und damit zu einer massgeblichen Verbesserung der CO₂-Bilanz. Die Steigerung der Versorgungssicherheit in Oberwinterthur betrifft jedoch nicht nur die Energie, sondern auch die Versorgung mit Trink- und Löschwasser. Seit der Einweihung des modernen Reservoirs Hegiberg und des Stufenpumpwerks Ohrbühl am 30. Oktober steht der Wasserversorgung von Oberwinterthur, Reutlingen und Hegi jederzeit erstklassiges Wasser mit einem genügend hohen Druck zur Verfügung. Die StWW haben damit die Basis für die Weiterentwicklung



dieser Stadtgebiete gelegt. Besonders erfreulich ist, dass im Herbst die Tarife für Strom, Abfallanlieferungen in die KVA sowie für Gas gesenkt werden konnten. Die Stromtarife liegen nun ziemlich genau im gesamtschweizerischen Durchschnitt.

Im Geschäftsbericht der StWW findet sich erstmals eine Zusammenstellung der Aufwändungen der StWW für spezielle Leistungen für die umweltfreundliche Energieerzeugung und -nutzung. Die Zusammenstellung zeigt, dass die StWW neben den aus wirtschaftlichen und/oder aus Versorgungsgründen erbrachten Leistungen auch insbesondere ökologisch wertvolle Tätigkeiten nach Kräften fördern.

Die weiterhin geringen Erträge auf dem Holzmarkt und die damit verbundene Zurückhaltung bei der Holzernte führten dazu, dass der Forstbetrieb vermehrt Arbeiten zur Erhöhung der Sicherheit und Lebensqualität unserer Stadt durchführte. Etliche instabile Bäume wurden an Waldrändern, an viel begangenen Wegen oder bei nahe stehenden Gebäuden geschlagen. Die zunehmende Beliebtheit unserer Wälder zur Erholung, für sportliche Aktivitäten und für gesellige Zusammenkünfte wird vom Forstbetrieb mit erheblichen Leistungen wie dem Waldwegunterhalt, dem Bau und Unterhalt von Feuerstellen, Bänken und Unterständen gefördert. Nicht zuletzt ist auch der bei Alt und Jung sehr beliebte Tierpark Bruderhaus eine massgeblich Bereicherung für unsere Stadt.

Das nach einer langjährigen Projektierungs- und Bauzeit am 6. November eingeweihte Krematorium ist mit seinen hohen gestalterischen Qualitäten weit herum bekannt geworden. Die komplexe Aufgabe einer guten Einordnung als eigenständiges Bauwerk neben der Abdankungskapelle und innerhalb des grossartigen Gartendenkmals Friedhof Rosenberg ist sehr gut gelöst worden. Das Krematorium bietet nun auch gute Arbeitsbedingungen für die mit einer schwierigen Aufgabe betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Stadtgärtnerei trägt viel dazu bei, dass sich Winterthur weiterhin als moderne und lebenswerte Gartenstadt profilieren kann. Die gepflegten Alleen, grossen und kleinen Pärke und Spielplätze sind für die Attraktivität unserer Stadt für heutige und künftige Einwohnerinnen und Einwohner äusserst bedeutend.

Die Winterthurer Verkehrsbetriebe haben im Berichtsjahr eine Reihe von Massnahmen zur Verbesserung der Leistung und damit des Images vorgenommen. Die Bestellung moderner diesel- und elektrobetriebener Busse wurde vorbereitet und der Aufbau einer umfassenden Leitstelle im Rahmen des ZVV gestartet. Die Fahrzeuge werden neuerdings mit weniger Reklame als vorher beklebt und nach dem morgentlichen Einsatz regelmässig grob gereinigt. Das Fahrpersonal – im häufigen und nicht immer einfachen Kontakt mit der Kundschaft stehend – frischte die Kenntnisse über kundenorientiertes Verhalten auf. Zur Verbesserung der betrieblichen Zusammenarbeit wurden mehrere Informations- und Diskussionsversammlungen – mit jeweils einem geselligen Ausgang – durchgeführt. In Zusammenarbeit mit den Vertretungen des Personals wurden Kriterien zur einheitlichen Beurteilung des Fahrpersonals festgelegt und die Einführung eines Testkundenkonzepts vorbereitet. Alle Leistungen der WV, wie z.B. die Sauberkeit und der Zustand der Fahrzeuge und Anlagen, das Einhalten des Fahrplans und die Fahrweise, werden ab 2004 von speziell geschulter Testkundschaft regelmässig und fachkundig beurteilt. Die Resultate ermöglichen es, umgehend Verbesserungen vorzunehmen.

Im Weiteren haben die WV den Fahrplan heutigen Kundenwünschen angepasst und die Grundlagen zur Bewältigung des Verkehrs in der Zukunft geschaffen. Besonders interessant ist die äusserst erfolgreiche Einführung des Nachtnetzes, das für die «Ausgehstadt» Winterthur von Bedeutung ist. Mit dem Schliessen einzelner Fahrplanlücken konnte ein weiterer Schritt zur besseren Erschliessung des rasch gewachsenen Quartiers Hegi vorgenommen werden. Ein weiterer umfassender Ausbau des Leistungsangebotes wurde vorbereitet und soll im Dezember 2004 eingeführt werden. Mit der «Teilnetzüberprüfung 2020» stehen für den Planungshorizont 2020 die Grundlagen für den künftigen Ausbau des Busnetzes zur Verfügung.

Die WV verfolgen die gesellschaftliche und bauliche Entwicklung unserer Stadt und sind vorbereitet, die Anforderungen an ein Feinverteiler-Transportsystem in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu erfüllen.

Städtische Werke

Überblick

Winterthur baut – die StWW investieren

Im Berichtsjahr wurden in Winterthur mehr als 1000 neue Wohnungen – insbesondere in den Quartieren Wässerwiesen und Hegi – fertiggestellt und verursachten bei den Planungs- und Bauabteilungen der StWW einen erfreulichen Hochbetrieb.

Parallel dazu übernahmen die StWW schrittweise die Versorgung der bisher durch die Firma Sulzer versorgten Sulzerareale. Auf den 1.4. wurde die Stromversorgung und auf den 1.10. die Betriebsführung bei der Wasserversorgung übernommen.

Für die Druckerhöhung in den Zonen Oberwinterthur und Hegi konnte das neue Reservoir Hegiberg mit dem zugehörigen Stufenpumpwerk Ohrbühl in Betrieb genommen werden, wobei grössere Umstellarbeiten in den entsprechenden Druckzonen notwendig waren.

Die Erneuerung der Strom-Infrastruktur – insbesondere die Spannungsumstellung – schritt planmässig voran. Das Parlament bewilligte den Baukredit für das neue Unterwerk Wülflingen.

Zeitgemässe Produkte sichern den Markterfolg

Beim Erdgas als Fahrzeugtreibstoff stimmen sowohl Ökonomie als auch Ökologie, die Voraussetzung für das Eindringen in den Markt sind damit ideal. Die StWW veranstalteten zwei grosse Werbeanlässe und investierten in eine eigene Fahrzeugflotte mit vorderhand insgesamt 13 gasbetriebenen Fahrzeugen.

Die StWW nutzen ihre vorhandene Infrastruktur und Erfahrung im Bau und Betrieb von Netzen und konnten mehrere interessante Projekte auf dem Markt des Daten-transportes mit Lichtwellenleitern – teilweise mit Partnern und Partnerinnen – realisieren.

Das Geschäftsfeld Energie-Contracting entwickelt sich sehr erfreulich. Eine der grössten Holzschnitzelheizungen der Schweiz versorgt in Hegi 670 Wohnungen und 20 Gewerbeeinheiten dank Energie-Contracting. Daneben entschloss sich die Klinik Lindberg, ihre Wärmeversorgung den StWW zu übertragen.

Die Kundschaft der Kerngeschäfte hatte ebenfalls Grund zur Freude: auf 1. Oktober konnten die Strom- und Erdgaspreise sowie die Verbrennungspreise der KVA deutlich gesenkt werden. Die Strompreise in Winterthur sind in den letzten fünf Jahren um rund 20% reduziert worden und liegen heute im schweizerischen Mittel, während die Erdgaspreise deutlich unter dem schweizerischen Mittel liegen. Die Verbrennungspreise der KVA zählen schweizweit zu den günstigsten.

Optimierung der Leistungserstellung ist eine Daueraufgabe

Mit dem Zusammenlegen der elektronischen Plan-dokumentation der Bereiche Strom, Gas, Wasser und Fernwärme konnten sowohl interne Synergien genutzt, als auch die Anzahl Kontaktstellen für die Bauherrschaften deutlich reduziert werden.

Im Hinblick auf die bundesrechtliche Niederspannungs-Installationsverordnung wurde die Installationsabteilung Elektrizität in die neu gegründete Firma InstaControl AG überführt. Die Gesellschaft ist ein Gemeinschaftsunternehmen der Stadtwerke von Winterthur und Schaffhausen.



Die Erdgasflotte der Städtischen Werke

Die StWW nutzen die Zeit nach dem von den Stimmbürgerinnen/Stimmbürgern abgelehnten Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) und einer durch die Wettbewerbskommission (WEKO) oder die in Vorbereitung stehende Elektrizitätswirtschaftsordnung (ELWO) erzwungenen Marktöffnung und haben sich bezüglich Rechnungslegung und Reporting in Profitcenters organisiert: die Verteilnetze sind buchhalterisch vom Energiehandel getrennt und die Leistungserstellung vollständig in Produkte mit entsprechenden Verantwortlichkeiten aufgeteilt worden.

CO₂

Zentrale Bedeutung bei der Klimaproblematik kommt dem CO₂ zu. Der Bund hat mit dem CO₂-Gesetz und einer möglichen CO₂-Abgabe reagiert. Die Produkte der StWW sind gut positioniert: Fernwärme und Holzheizungen sowie Strom sind CO₂-frei oder -neutral, der Einsatz von Erdgas zum Heizen oder Auto fahren ergibt 25% weniger CO₂-Belastung als beim Heizöl oder Benzin.

Die StWW unterstützen die Ziele, mit ihren Produkten und Informationen die CO₂-Belastung zu reduzieren, z.B. mit der Kundentagung «Energie- und CO₂-Management schafft Unternehmenswerte».

Die StWW legen ihre Umweltleistungen offen

Erstmals ist im Geschäftsbericht der StWW ein «Umweltbericht» enthalten, welcher die Leistungen der StWW im Bereich Ökologie aufzeigt.

Elektrizität

Strombezug

Der Strombezug von der Axpo (Handels- und Verkaufsgesellschaft der NOK) erhöhte sich um 4,5%. Abgenommen hat die grösste Belastung (– 3,4%). Die Energielieferung der KVA ans Netz ist um 16,5% gesunken. Gesamthaft wurde 2,3% mehr Strom bezogen.

Stromverkauf

Im Vergleich zum Vorjahr hat der Stromverkauf in Winterthur um 2,3% zugenommen. Der Grund liegt bei einem Mehrverbrauch in den Kundengruppen Haushalt (+ 2,8%) und Grossindustrie (+ 2,8%). Die Mindermengen im Hochspannung-Sammeltarif (– 1,7%) resultieren zum grössten Teil aus einer Betriebsschliessung. Bei der Bündelkundschaft resultiert die Mindermenge aus der Umteilung einiger Kunden/Kundinnen in den Niederspannung-Sammeltarif.

	2003 Mio. kWh	2002 Mio. kWh	Veränderung in %
Strombezug			
Von der Axpo	497,242	475,624	+ 4,5
Von der KVA	48,738	58,398	- 16,5
Von Verschiedenen	2,127	1,860	+ 14,4
Total Strombezug	548,107	535,882	+ 2,3
Stromabgabe			
Haushalt	165,566	161,025	+ 2,8
Kleingewerbe	51,946	50,644	+ 2,6
Grossindustrie	106,117	103,183	+ 2,8
Hochspannung-Sammeltarif	65,704	66,841	- 1,7
Niederspannung-Sammeltarif	73,597	70,198	+ 4,8
Bündelkundschaft	62,183	63,990	- 2,8
Öffentliche Beleuchtung	4,656	4,624	+ 0,7
Verkehrsbetriebe	4,923	4,885	+ 0,8
Elektrokessel (fakultativ)	0,017	0	0
Verschiebung Ableser-Bezugsperioden/ Messdifferenzen/Verluste	13,398	10,492	+ 27,7
Total Stromabgabe	548,107	535,882	+ 2,3
Belastung	kW	kW	
Grösste Last StWW (9.12.03, 11.45 Uhr/9.12.02, 11.45 Uhr)	97 140	100 508	- 3,4
Jahresmaximum Axpo	94 661	91 497	+ 3,5
Jahresmaximumrücklieferung der KVA	2 143	2 830	- 24,3
Benützungsdauer des Jahresmaximums	5 662 Std.	5 681 Std.	- 0,3
Strombezüger/Strombezüglerinnen	Anzahl	Anzahl	
In Hochspannung	70	69	
In Niederspannung	45 937	45 895	
Total	46 007	49 250	
Mess- und Schaltapparate (Bestand per 31.12.)			
Zähler im Netz	59 569	58 320	
Schaltapparate im Netz	10 862	10 375	
Demontierte Mess- und Schaltapparate	3 735	4 508	
Montierte Mess- und Schaltapparate	5 654	4 961	
Amtliche Zählerprüfungen	4 806	3 330	

Bau und Betrieb der Verteilanlagen

Die StWW haben von der Firma Sulzer Immobilien AG die elektrischen Energieversorgungen der Areale Stadtmitte und Oberwinterthur auf den 1. April erworben. Das Projekt «Stromex» ist damit abgeschlossen. Es gilt nun, diese grossen, für industrielle Zwecke ausgelegten Stromversorgungsanlagen in das städtische Versorgungsnetz zu integrieren. Dazu wurde das neue Projekt «Stromin» mit den aufwändigen und komplexen Arbeiten gestartet. Die Arbeitsauslastung wird entsprechend hoch bleiben. Die von der Firma Axima als bisherige Betreiberfirma zu den StWW übergetretenen Mitarbeitenden haben sich gut integriert.

Das Projekt «GIS-StWW» ist abgeschlossen. Die Verwaltung, also die Leitungsdokumentation aller Leitungen der gesamten StWW, wird neu von der Abteilung «NIS» (Netz-Informationen-Systeme) wahrgenommen. Die Projektierung für das gesamte Stromnetz erfolgt jedoch weiterhin in der Gruppe Projektierung in der Abteilung Leitungsbau.

Der Bundesrat hat auf den 1. Januar 2002 die Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV) in Kraft gesetzt. Die wesentliche Änderung ist dabei, dass die Elektrizitätsversorgungsunternehmen bei der von ihr belieferten Kundschaft nur noch die Kontrollnachweise für die privaten Hausinstallationen einfordern müssen (hoheitlicher Teil). Die Kontrolle als solches ist jedoch Aufgabe des Marktes und kann gemäss NIV nur durch eine rechtlich und finanziell unabhängige Organisationseinheit wahrgenommen werden. Gemeinsam mit den Städtischen Werken Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall wurde die neue Firma InstaControl AG gegründet und überprüft

ab 1.1.04 als unabhängiges Kontrollorgan die Elektroinstallationen der Kundschaft bzw. der Hauseigentümer/Hauseigentümerinnen.

Das Geschäftsjahr war geprägt von einer ausserordentlich hohen Wohnbautätigkeit mit sehr kurzen Bau-terminen. In den Gebieten Wässerwiesen und im Gern wurden mehr als 1000 Wohnungen erstellt. Dank dem überdurchschnittlichen Einsatz aller Mitarbeitenden konnten die Baustellen fristgerecht mit Strom versorgt werden.

Der Grosse Gemeinderat hat den Objektkredit für den Bau des neuen Unterwerks Wülflingen bewilligt.

Im Weiteren hat der Stadtrat den Standort für das neue Unterwerk Tössfeld (UWT) beim Schulhaus Tössfeld festgelegt. Das geplante unterirdische UWT wird die beiden 50 kV Unterwerke Brühl und Rosenau ersetzen.

Der Bereich (Profit-Center) Telekom entwickelt sich erfreulich. Die Produkte «Dark Fiber», «Fiber Network» und «Telehousing» sind am Markt gefragt. Die StWW werden als zuverlässige Partnerin und beständige Firma in diesem Marktsegment geschätzt.

Anlagenbau und Projekte/Unterwerke (UW) und Telekom

UW Altstadt

Die notwendigen Unterhaltsarbeiten an Notstrom-Batterien, Brandmeldeanlagen, Feuerlöschanlage der Transformatoren, Lüftung, Heizung und Lift wurden durchgeführt. Nach 4-jährigem Dauerbetrieb musste der PC für die Auswertung der Störschreiber ausgetauscht werden.

UW Brühl

Im Februar 2002 hat eine unabhängige Fachkommission (FKH) im Auftrag der StWW die Erdung für das UW Brühl überprüft. Die Messungen ergaben gute Resultate der Erdungsverhältnisse. In der Umgebung wurden keine unzulässig hohen Berührungsspannungen gemessen.

Für die Sicherheit des Unterwerkes und des 50 kV Hochspannungsnetzes wurde ein moderner numerischer Sammelschienenenschutz eingebaut. Anlässlich der Sanierungsmassnahmen wurde die Lüftungsanlage modifiziert, ein Entfeuchter installiert, der Kompressor revidiert und eine brandfeste Zugangstüre eingebaut.

UW Grüze

Die notwendigen Unterhaltsarbeiten an Notstrom-Batterien, Brandmeldeanlagen, Feuerlöschanlage der Transformatoren, Hallenkran, Lüftung und Heizung wurden durchgeführt.

UW Grüze alt

Das alte UWG wurde Ende 2001 ausser Betrieb genommen und die elektrischen Anlagen abgebaut und entsorgt. In Zusammenarbeit mit einer qualifizierten Drittfirma wurde die CO₂-Löschanlage demontiert und der 16 MVA-Leistungstransformator mit Baujahr 1964 fachgerecht entsorgt. Die beiden 25 MVA-Trafos aus dem Jahre 1980 werden in einer ersten Betriebsphase mit 50 kV bis ca. 2011 im künftigen UW Wülflingen eingesetzt.

UW Neuwiesen

In der Mittelspannungsanlage sind zwei Reservefelder für den Anschluss des neuen MS-Ringes zur Versorgung des Sulzerareals Stadtmitte vorbereitet. Die Trafostationen Pionierpark und Katharina-Sulzer sind bereits abgeschlossen.

UW Rosenau

Im Rahmen der periodischen Eichung wurden die vier Zähler der Verrechnungsmessung im Juni durch die NOK ausgetauscht. Die Herstellerfirma revidierte und eichte alle Messwertumformer und einen Linienreiber.

UW Wülflingen

Im ersten Quartal wurde das Vorprojekt erarbeitet. Anfangs Juli wurde das Baugesuch eingereicht und dieses am 3. Oktober vom Bauausschuss bewilligt. Am 20. Oktober hat das Parlament den Objektkredit von 20,55 Mio. Franken für den Bau des neuen UW Wülflingen bewilligt.

Im November wurde die Beschaffung (offenes Verfahren gemäss GATT/WTO-Übereinkommen) ausgeschrieben.

Telekom

Sechs Aufträge für das Verlegen von (Lichtwellenleiter) LWL-Kabeln konnten ausgeführt und bisher mehr als 54 km Glasfaserkabel eingezogen werden. Das Montagepersonal des Leitungsbau und der öffentlichen Beleuchtung sowie die Projektierung im Leitungsbau erledigten diese Aufträge fristgerecht. Inzwischen sind verteilt in der ganzen Stadt vier «Telehouses» eingerichtet und vernetzt worden. In diesen betriebsbereiten Räumen können die StWW Platz für aktive Komponenten und LWL-Verteiler an weitere Telekomunternehmen und Kunden/Kundinnen vermieten.

Anlagenbau

Im Hinblick auf den Neubau des UW Wülflingen wurde die Trafostation (TS) Feldtal komplett erneuert und als Netzschutzstation ausgebaut.

In der Überbauung Park Hochwacht wurde eine kompakte TS erstellt.

Mitte Jahr konnte der Ausbau der neuen TS Stäffeli-Strasse abgeschlossen werden. In diesem Gebiet und an der Rümikerstrasse entstehen viele Neubauten, die mit elektrischer Energie versorgt werden müssen.

Im Bereich des Sulzerareals Stadtmitte wurde eine TS am Katharina-Sulzer-Platz und eine zweite TS im Pionierpark realisiert.

Beim Bezirksgebäude Winterthur wurde die bestehende TS durch die neue TS Lindbrücke ersetzt, welche unterirdisch an den Neubauteil des Bezirksgebäudes angebaut ist.

In den beiden Grossüberbauungen Wässerwiesen und Im Oberen Gern wurde jeweils eine neue unterirdische TS erstellt. Die TS Eulachmündig und die TS Oberer Gern sind unmittelbar an die Tiefgaragen angebaut.

Anlässlich des Umbaus des Krankenhauses Wülflingen ist die bestehende Netzschutzstation komplett erneuert worden.

In der bestehenden TS Talacker wurde der Trafo ausgetauscht und zusätzlich ein zweiter Trafo zur Netzverstärkung in Betrieb genommen.

Im November ist das Planungsteam mit einem technischen Sachbearbeiter verstärkt worden.

Anlagenstatistik

	Bestand Ende 2003	Zunahme Anzahl	Abnahme Anzahl	Installierte Leistung
Unterwerke insgesamt	5	–	–	310 000 kVA
110 / 11,3 kV	2	–	–	180 000 kVA
50 / 11,3 kV	2	–	–	98 000 kVA
50 / 10 kV	1	–	–	32 000 kVA
Netzstationen	226	3	–	201 600 kVA
Netzstationen neu (Sulzer)	42	42	–	69 740 kVA
Bus-/Gleichrichteranlagen	8	–	–	7 442 kVA

Leitungsbau

Hochspannungsnetz 50/110 kV

Es erfolgten keine nennenswerten Veränderungen.

Mittelspannungsnetz 11,3 kV

Die konzentrierte Wohnbautätigkeit erforderte kurzfristig den Anschluss von vier provisorischen und zwei definitiven Stationen in den Gebieten Wässerwiesen und Im Oberen Gern. An der Hochwachtstrasse erforderten Wohnbauten ebenfalls eine neue MS-Zuleitung.

Für den Anschluss der Station Pionierpark wurde die ausser Betrieb stehende Leitung Neuwiesen – Froberg wieder aktiviert und zur neuen Station Katharina-Sulzer verlängert.

Im Sulzerareal in Oberwinterthur wurde eine neue Trafostation im Fabrikareal «Maag Gear» ab der Einspeisestelle Sulzer Oberwinterthur angeschlossen.

Nach der Fertigstellung der Stadtrainbrücke konnte die Station Leimenegg angeschlossen werden.

Der Abbruch der Eulachbrücke und in der Folge die Entfernung der ins Industriegebiet Hegi führenden Kabel veranlasste die StWW, die Station Hintermühlen in die Verbindung Kuhn – Gernstrasse einzuschlaufen.

Der Anschluss der umgebauten Station Feldtal erlaubte es, eine längere 6 kV Strecke zum Schloss Wülflingen mit 20 kV Kabel zu ersetzen.

Nach Kurzschlüssen in der Nähe des Strassenverkehrsamtes und im Nägelseequartier waren Kabel auszuwechseln.

Infolge Umbauten am Gebäude musste die alte Station ABM weichen. Das Gebäude wird künftig nur mit Niederspannung versorgt.

Leitungsnetz Hoch- und Mittelspannung

	Bestand m	Zunahme m	Abnahme m
110 kV Kabel	2 779	0	0
50 kV Kabel	7 326	0	0
20 kV Kabel	177 368	6 319	682
10 kV Kabel (Sulzerareale)	18 024	18 024	0
6 kV Kabel	15 915	0	1 839
11 kV Freileitung	4 693	0	3 070
Freileitungsstangen	130 Stück	0	72 Stück

Niederspannungsnetz 400/230 V

Die beiden grossen Wohnüberbauungen Wässerwiesen in Wülflingen und Im Oberen Gern in Hegi sind ins Netz eingebunden worden. Wohnbauten in grösserem Umfang wurden auch im Gebiet Schützenbühl in Seen angeschlossen. Beim Anschluss von Gewerbebauten lag das Schwergewicht in den Bereichen Stegacker- und Stäffeli-Strasse.

Die Neugestaltung des Neumarktes und des Bahnhofplatzes ermöglichten das Ersetzen aller Anlagen. Hohe Anforderungen an die Bauführung betreffend Koordination und Betreuung stellten die 11 Bauetappen des Bahnhofplatzes.

Im Zusammenhang mit Erneuerungen von Werkleitungen und der anschliessenden Instandstellung des Belages wurden die Anlagen in folgenden Strassen erneuert: Freihofstrasse, Langgasse, Oststrasse, Nordstrasse, Unterrütiweg und Hainbuchenweg. In der Wartstrasse wurde nur das Netz verstärkt. Weil aussergewöhnlich viele Strassen saniert wurden, musste in fünf Strassen, trotz Unterstützung durch Drittfirmen, das Auswechseln der Kabel auf folgende Jahre verschoben werden.

Umfangreiche Netzverbesserungen konnten beim Anschluss der neuen Stationen Leimenegg, Hochwacht und Feldtal erreicht werden.

Der Strassenbau Rychenbergstrasse/Haldenstrasse erforderte das Neuverlegen der Anlagen ausserhalb des Kreiselbereichs.

Freileitungen wurden Im Oberen Gern und im Lantig zurückgebaut.

58 Gebäude wurden neu ans NS-Netz angeschlossen. 118 Hausanschlüsse wurden in den beiden Sulzerarealen von den StWW übernommen. 27 Häuser sind vom Netz abgetrennt und neun Freileitungsanschlüsse verkabelt worden.

Neun neue Verteilkabinen sind ins NS-Netz eingebunden, fünf Kabinen komplett saniert und sieben abgebrochen worden.

Leitungsnetz Niederspannung

	Bestand m	Zunahme m	Abnahme m
400/230 V Kabel	664 877	40 580	5 691
400/230 V Freileitung	10 140	0	1 021
Gleichstromkabel	2 714	200	200
Freileitungstangen	686 Stück	0	11 Stück

Info-Kabelnetz

	Bestand m	Zunahme m	Abnahme m
Signalkabel	40 938	0	4 740
Nachrichtenkabel	92 624	4 200	200
Lichtwellenleiterkabel	54 277	11 000	0

Projektierung

Mit der Bildung der Abteilung NIS wurde das Planbüro Elektrizität aufgelöst. Fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Projektierung arbeiten neu in der Abteilung NIS. In der Gruppe Projektierung Elektrizität sind jetzt noch vier Mitarbeitende tätig. Spitzen in der Auftragslage können mit dieser kleineren Anzahl Mitarbeitenden nur noch bedingt bewältigt werden. Nebst den Netzbauten beschäftigten viele Telekom-Projekte sowie die Einbindung der Anlagen auf den Sulzerarealen in das Netz der StWW die neu gebildete Gruppe.

Netzbetrieb

Mit dem Kauf der Sulzer Stromversorgungsanlagen hat sich das Verteilnetz der StWW beachtlich vergrössert. Die für industrielle Zwecke gebauten Anlagen sind in das städtische Verteilnetz zu integrieren. Die Pikettdienste mussten ebenfalls auf die neue Situation ausgerichtet und koordiniert werden.

Die zusätzlichen Aufgaben konnten mit dem Übertritt von sechs Mitarbeitenden der Firma Axima als ehemalige Betreiberfirma bewältigt werden.

Im Zusammenhang mit Arbeiten in den Mittel- und Hochspannungsnetzen wurden 79 schriftliche Schaltaufträge ausgegeben und fehlerfrei ausgeführt. Der grösste Schaltauftrag «Nr. 03/033 Unterwerk Grüze» umfasste 295 Schaltpositionen für die Mittel- und Hochspannungsanlagen im Unterwerk Grüze.

Die umfangreiche Bautätigkeit war für die Abteilung Netzbetrieb eine grosse Herausforderung, damit alle Bau-einrichtungen zu jedem Zeitpunkt über den notwendigen Baustrom verfügten. Umfangreiche Bauprovisorien waren zu bewältigen.

Die Trafostationen Tegerloo, Kronastrasse, Stäffeli und Linsentalstrasse wurden im Hinblick auf den erhöhten Leistungsbedarf verstärkt.

Fernwirk- und Leitsystem / Netzschutz

Der Netzschutz schaltete Kurzschlüsse innerhalb der vorgegebenen Zeiten selektiv ab und reduzierte damit

den Schaden an den Fehlerstellen auf ein Minimum. Ein defektes Schutzrelais sorgte für eine Fehlauslösung und musste ersetzt werden.

Das Fernwirk- und Leitsystem arbeitete zuverlässig. Es kam zu keinem Unterbruch der Netzkontrolle. Im Fall von Störungen war das Fernwirk- und Leitsystem für den raschen Netzwiederaufbau unerlässlich.

Ende Jahr waren fünf Unterwerke und 110 Fernwirk-Unterstellen Bestandteil des Fernwirk- und Leitsystems.

Betriebsstörungen

Bei Störungen der elektrischen Energieversorgung gilt es, innert kürzester Zeit die richtigen Entscheide zu treffen und die notwendigen Massnahmen zur Wiederversorgung auszuführen. Damit die Mitarbeitenden des Netzbetriebes und der Pikettorganisation für solche Ereignisse vorbereitet sind, wurde eine ganztägige Pikettübung mit 25 Teilnehmenden durchgeführt und verschiedene Szenarien 1:1 trainiert.

Hochspannungsnetz 50 kV und 110 kV

Es waren keine Hochspannungsstörungen zu verzeichnen.

Mittelspannungsnetz 11,3 kV

In verschiedenen Gebieten ereigneten sich insgesamt 10 Störungen mit Versorgungsunterbrüchen zwischen 30 Minuten und 1½ Stunden.

Die Störungen umfassten fünf Kabeldefekte, wobei ein Doppelerdkurzschluss und ein Defekt durch Bauarbeiten, eine Freileitungsstörung, ein defektes Schutzrelais, ein Kurzschluss in einer Kabinestation und zwei Kurzschlüsse in Privatstationen zu verzeichnen waren.

Niederspannungsnetz 400/230 Volt

Insgesamt führten 31 Störungen zu lokalen Stromausfällen von einer halben bis zu sechs Stunden. Gewitter und Sturm verursachten vier Ausfälle im Freileitungsnetz. Landwirtschafts- und Baumaschinen verursachten vier weitere Freileitungsstörungen. Im Netz waren acht Störungen auf Kabel- und Muffendefekte zurückzuführen. Sieben Ausfälle waren die Folge von Überlastungen oder defekten Sicherungen und fünf Störungen an Kabeln wurden durch Baumaschinen verursacht. Drei Störungen betrafen defekte Hausanschlusskästen.

Messwesen

Der Bestand an Verrechnungsmessungen zur Erfassung der Energieabgabe an die Endkundschaft hat aufgrund der umfangreichen Bautätigkeit überdurchschnittlich zugenommen. Für die Wohnüberbauungen Wässerwiesen, Gern und Hegifeld wurden rund 1100 Zähler und 150 Rundsteuerempfänger neu installiert.

Das Tagesgeschäft mit den nahezu 5000 Installationsaufträgen für Zähler- und Tarifapparatmontagen konnte mit engagiertem Einsatz der Mitarbeitenden termingerecht erledigt werden.

Installationskontrolle

InstaControl AG

Auf den 1. Januar 2004 wurde die Firma InstaControl AG operativ tätig. Da die StWW und die Städtischen Werke Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall (StWSN) in verschiedenen Gebieten bereits eine sehr enge Zusammenarbeit pflegen, haben die beiden Stadtwerke

gemeinsam diese AG gegründet, an der die StWW mit 60 % beteiligt sind.

Die übersichtlich gestaltete Version 2.0 des Kunden-Informationen-Systems KIS wurde eingeführt.

Kontrolltätigkeiten, Abklärungen und Beratungen in Zahlen

	2003	2002
Installationsanzeigen	772	597
Fertigstellungsanzeigen/Abnahmekontrollen	6 296	2 966
Periodische Kontrolle Wohnungen	582	310
Periodische Kontrolle Einfamilienhäuser	198	82
Periodische Kontrolle Gewerbe 10/5/1 Jahre	307	84
Anschlussgesuche für spezielle Verbraucher/Verbraucherinnen	126	107
Bauprovisorien	99	98
Fundamentierungen	64	42
Abklärungen G/W für den Potentialausgleich	203	179
Diverse Aufträge	377	349

Anschlussstatistik per 31.12.2003

	Bestand	2003	2002
Kochherde	41 826	+ 1124	+ 336
Elektroboiler	22 968	+ 81	+ 69
Waschmaschinen	19 772	+ 947	+ 221
Tumbler	8 630	+ 915	+ 214
Geschirrspülmaschinen	12 492	+ 1 165	+ 452
Wärmepumpen	649	+ 19	+ 31
Elektrospeicher	1 000	0	- 3
Fotovoltaikanlagen	20	+ 2	0

Öffentliche Beleuchtung

An folgenden Strassen wurden neue Beleuchtungen installiert: Ibergstutz, Pionierstrasse, Kreisel Sulzer-Allee, Ohrbühlstrasse, Gewerbestrasse und Parkplatz Grüzefeld.

Beleuchtungen erneuert oder ergänzt wurden an der: Oststrasse, Im Lee, Kreisel Rychenbergstrasse, Weinbergstrasse, Weierstrasse, Auwiesenstrasse, Hochwachtstrasse, Brühlgartenstrasse, Bahnmeisterweg, Baderstrasse, Schachenweg, Ruchwiesenstrasse, Zinzikerstrasse, Löwenstrasse, Mettlenstrasse, Neugutstrasse und Brauerstrasse.

Anlässlich der Erneuerung von Stationen konnten folgende Speiseeinheiten ergänzt oder erneuert werden: TS Feldtal, TS Pionierpark, TS KH Wülflingen, TS Eulachmündig und TS Lindbrücke.

Eine interessante Arbeit war die Neubeleuchtung des Stadthausbrunnens. Die Kabel wurden im neuen Boden eingelegt und neu in der Brunnen säule verlegt. Aus Sicherheitsgründen durfte die Speisung lediglich in Kleinspannung ausgeführt werden.

Beim Umbau Neumarktplatz waren Bodenleuchten zur Beleuchtung der Bäume zu versetzen. Der Einbau in die Pflasterungen forderte die Bauleute sehr. Im Hochsommer beleuchteten schliesslich die Scheinwerfer die jungen Bäume zur Freude der abendlichen Altstadtbesucher und Altstadtbesucherinnen.

Mit einer aufwändigen Sanierung hat das Tiefbauamt die alte Personenunterführung unter der Technikumstrasse passantenfreundlicher und sicherer gestaltet. Ein Lichtdesigner gestaltete die Beleuchtung. Die verwendeten, speziellen Leuchten sind raffiniert eingesetzt, werden aber einen hohen Aufwand im Unterhalt verursachen.

Die umfangreichste und komplexeste Arbeit im Berichtsjahr war die Fertigstellung des Bahnhofplatzes. Die Rohrverlegung und die Montage der vorfabrizierten Wartehallen für die Winterthurer Verkehrsbetriebe (WV) erforderten grösste Aufmerksamkeit. Die vielen unterirdischen Anschlüsse der Wartehallen, Beleuchtungsstellen, Baumbeleuchtungen und Fahrradpoller waren sehr aufwändig. Den grössten Planungsaufwand erforderte die Beleuchtung des Bahnhofgebäudes und des Postgebäudes. Mit aufwändigen, provisorischen Versuchen galt

es, die kantonale Denkmalpflege in den Sommermonaten zu überzeugen, dass die Scheinwerfer nachts die Gebäude hervorheben, tagsüber aber kaum sichtbar sind. Ende Jahr konnte die definitive Beleuchtung dieser Gebäude in Betrieb genommen werden.

Mitte Jahr hat das Eidgenössische Starkstrominspektorat (ESTI) die Ausführungsbestimmungen betreffend die Kontrolle von öffentlichen Beleuchtungsanlagen neu herausgegeben. Erstmals wird die Aufnahme von Daten der öffentlichen Beleuchtung gefordert. Die betriebsbereite Datenbank OeB muss vor der Ersteintragung von Daten dem Inspektorat zur Prüfung vorgelegt werden.

Öffentliche Beleuchtung (Stand 31.12.2003)

	Bestand	Zunahme	Abnahme
Leuchtstellen	9 119	361	133
Leistung	kW	kW	kW
Anschlusswert Total	1 116	34	11
Beleuchtungskabel	m	m	m
Beleuchtungskabel	490 257	4 149	1 680
Beleuchtungsadern in Verteilungskabeln	14 020	0	400
Beleuchtungsfreileitungen	12 420	0	150
Total	516 697	4 149	2 230

Installationsabteilung Elektrizität

Insgesamt erledigte die Installationsabteilung 1386 (1160) Aufträge.

Erdgas

Die Hauptabteilung Gas und Wasser ist seit Oktober 2002 nach ISO 9001/14001 zertifiziert. Der Überwachungsaudit vom Dezember bestätigt einen guten Gesamteindruck, das System ist gut eingeführt und wird von den Mitarbeitenden getragen. Damit ist weiterhin sichergestellt, dass auch im Geschäftsfeld Erdgas die Kundschaft auf hohem Niveau gepflegt wird.

Ende Jahr betrug die am Erdgasnetz angeschlossene Heizleistung 337 MW. Geräte mit einer Gesamtleistung von 173 MW (51 %) sind dabei auf einen Zweitbrennstoff umschaltbar. Mit Ausnahme einiger Kombinationen Erdgas/Holzsplit werden die umschaltbaren Heizungen mit Öl betrieben. Im Berichtsjahr musste an 14 Tagen umgeschaltet werden. Infolge der verhältnismässig kühlen Witterung betrug die Heizgradtagzahl 3370. Dies sind 317 Heizgradtage (+ 10,3 %) mehr als im Vorjahr.

Die Heizgradtagzahl ist die jährliche Summe der täglichen Differenzen zwischen der Raumtemperatur von 20 Grad Celsius und der Tagesmitteltemperatur aller Heiztage (als Heiztag gilt, wenn die Tagesmitteltemperatur gleich oder tiefer als 12 Grad Celsius ist).

Erdgasbezug

Die von der Erdgas Ostschweiz AG (EGO) bezogene Erdgasmenge betrug 449 Mio. kWh und entspricht einer Zunahme von 7,5 % gegenüber dem Vorjahr.

Erdgasverkauf

Der Verkauf stieg um 2,9 % auf 437 Mio. kWh.

Die Differenz der Verkaufsmenge gegenüber der Einkaufsmenge ist auf verschiedene Stichtage der Ablesung, den unterschiedlichen Füllungsgrad der Speicher sowie

auf Brennwertunterschiede und Messdifferenzen zurückzuführen.

Mit den 122 (99) neu installierten Heizungen sind insgesamt 5657 Heizungen in Betrieb (Winterthur und Aussengemeinden).

Übersicht über den Erdgasverbrauch

	2003 kWh	2002 kWh	Veränderung in %
Erdgasbezug			
Bezug von EGO	449 345 569	418 149 083	+ 7,5 %
Grösster Monatsbezug (12.03)	73 343 946	76 157 728	- 3,7 %
Kleinster Monatsbezug (8.03)	7 172 598	8 199 268	- 12,5 %
Grösster Tagesbezug (25.12.03)	3 083 120	3 356 520	+ 8,1 %
Mittlerer Tagesbezug	1 231 084	1 145 614	+ 7,5 %
Grösste Tagesabgabe (24.12.03)	3 185 072	3 162 574	+ 0,7 %
Kleinste Tagesabgabe (2.8.03)	173 691	212 432	- 18,2 %

Erdgasabgabe

Total Erdgasverkauf	437 169 705	424 881 233	+ 2,9 %
---------------------	-------------	-------------	---------

Nach Tarifen

71 Haushalt/Gewerbe	5 674 952	5 678 748	- 0,1 %
73 Heizgas	¹⁾	22 402 044	
75 Heizgas/Haushalt	¹⁾	282 383 251	
77 Sonderverträge	110 813 444	114 417 190	- 3,1 %
Selbstverbrauch	13 381	21 652	
Verschiebung Ableser-Bezugs- perioden / Messdifferenzen / Verluste	12 162 483	- 6 753 802	
Einwohnerzahl des Versorgungsgebietes	94 081	92 875	
Verbrauch pro Kopf/Jahr (kWh/E)	4 647	4 575	

¹⁾ Infolge Umteilung der Tarife in Produkte sind erst ab Geschäftsjahr 2004 Detaildaten ersichtlich.

Ausbau und Unterhalt der Verteilanlagen

Planung und Projektierung

Bei den Netz-Druckreduzierstationen (DRM) Seen, Rosenau und Talacker wurden die Befeuchtungen ausser Betrieb genommen.

Gebaut wurden folgende drei privaten Druckreglerstationen:

- Rieter Niedertöss
- Überbauung Wässerwiesen
- Hotel Ibis

Der Umbau der Gasdruckregelgeräte und der Ersatz des Gaszählers in der Druckreglerstation (DR) Pfungen ermöglichten die Erhöhung der Leistung.

Schwerpunkte der Projektierung bildeten die Massnahmen zur Substanzerhaltung des Versorgungsnetzes in der Feldstrasse, Löwenstrasse, im Bereich des Zwingliplatzes sowie in diversen Quartierstrassen.

Rohrnetzbau

Von den insgesamt 3,2 km erneuerten Erdgasleitungen entfallen 1,7 km auf das Auswechseln (Ersatz) und 1,5 km auf das Sanieren bestehender Leitungen. Ein Ausbau des Gasnetzes durch Neuverlegungen erfolgte nicht. Die Ausserbetriebnahme von Graugussleitungen in der Technorama-, Palm-, St.Galler-, Auwiesen-, Ost-, Freihof- und Eichliwaldstrasse sowie im Wydenweg bewirkte eine Netzverkleinerung um 1,6 km.

Gestützt auf das Sanierungskonzept wurden 3,4 km Graugussleitungen ausgewechselt, saniert oder ausser Betrieb genommen. Der Bestand beträgt noch 10,0 km.

Der Ersatz von Erdgasleitungen erfolgte im Schachen- und Heiniweg, Im Lee, Im Morgentau und in der Hochwacht-, Freihof-, Zürcher-, Untere Schöntal- und Wartstrasse. Sanierungen von Grauguss-Erdgasleitungen wurden im Hasen- und Tägerlooweg, in der St.Galler-, Museum-, Frauenfelder- und Stadlerstrasse vorgenommen. Im Erdgasnetz werden seit 1968 Leitungsmaterialien

Störungstatistik Erdgas

Anzahl Betriebsalarme: 10	Setzung	Untermauerung	Korrosion	undichte Muffen	Armaturen	Fahrlässigkeit	Total	Gasgeruch Fehlmeldungen	Reparaturen an:			
									Schieber	Siphon	Störungen an internen Installationen	Sonstige Störungen
Hochdruckleitung												
Niederdruckleitung	2	1	1	1		1	6					
Anschlussltg. extern	4			1	1	2	8	26	1		136	10
Anschlussltg. intern				4			4					
Verteilung im Boden												

aus duktilem Gusseisen (Sphäroguss) und seit 1986 auch aus Kunststoff verlegt.

Bei den Anschlussleitungen entfallen von den total 2,3 km verlegten Leitungen 0,8 km auf Neuanschlüsse, 1,0 km auf den Ersatz und 0,5 km auf das Sanieren bestehender Leitungen. Der Inbetriebnahme von 28 Neuanschlüssen am Niederdrucknetz steht die Stilllegung von 27 Anschlüssen gegenüber.

Anschlussleitungen

Niederdruck	4 601 Stück	+ 1 Stück
Hochdruck	42 Stück	+ 3 Stück

Rohrnetz Erdgas (ohne Niederdruck-Anschlussleitungen)

Niederdruck	199 205 m	- 1 636 m
Hochdruck	42 680 m	+ 59 m
Total Netz	241 885 m	- 1 577 m

Rohrnetzunterhalt

Das Niederdruck-Erdgasnetz wird alle zwei Jahre systematisch auf Undichtheiten überprüft. Im Berichtsjahr waren die Stadtteile Altstadt, Breite, Töss, Wülflingen und Rosenberg im Programm; dies entspricht etwa der Hälfte des gesamten Netzes. Sämtliche Graugussleitungen (Versorgungs- und Anschlussleitungen) werden gemäss Überwachungskonzept überprüft. Das Überprüfen der Hochdruckleitungen erfolgte auf dem ganzen Stadtgebiet.

Das systematische Absuchen des Netzes auf Stadtgebiet ergab lediglich einen undichten Schieber.

Aus der Bevölkerung erfolgten 47 Meldungen betreffend Erdgasgeruch. Dies ermöglichte das Aufspüren von 12 Defekten im Rohrnetz und von 15 Störungen an Hausinstallationen. In 20 Fällen war nicht Erdgas die Ursache des Geruchs.

Der Pikettdienst rückte für das Reparieren von sechs Niederdruckleitungen, für das Abklären von 16 Geruchsmeldungen und für das Beheben von 153 Störungen an Hausinstallationen aus. Bei 10 Betriebsalarmen war der Pikettdienst ebenfalls im Einsatz. Insgesamt wurden 146 Piketteinsätze geleistet.

Installationskontrolle

Allgemeines

Für das Kundeninformationssystem (KIS-easy) wurden laufend Installationsdaten für Gas und Wasser erhoben.

Erhobene Daten für Gas und Wasser

	2003	2002
Anzahl Objekte: Wohnungen, EFH, Gewerbe- und Industrieinheiten	1 921	2 703

Bis Dezember konnten sämtliche Daten der installierten Gasapparate im Versorgungsgebiet der Stadt Winterthur erfasst werden.

Die periodische Erdgasinstallationskontrolle wurde im gewohnten Rahmen weitergeführt. Die Art der festgestellten Mängel liegt im gleichen Rahmen wie in den Vorjahren.

Es wurden 1071 (1861) Installationen bei Erdgaskundinnen und Erdgaskunden geprüft und dabei 142 (270) Mängellisten erstellt. Am 31. Dezember waren noch 48 (32) Mängellisten nicht erledigt.

Im Berichtsjahr erfolgten 35 (72) Mahnungen.

Bearbeitete Installationsmeldungen

	2003	2002
Installationsanmeldungen, Ausführungsbewilligungen	515	529
Rohbau- und Schlusskontrollen, Baubesprechungen	784	791
Montage von Hinweisschildern	245	371
Gasversorgung Pfungen		
Installationsanmeldungen, Ausführungsbewilligungen	6	8
Rohbau- und Schlusskontrollen, Baubesprechungen	10	30
Montage von Gaszählern	5	8
Demontage von Gaszählern	0	0
Gaszähler-Revisionen	0	0
Am Netz angeschlossene Gaszähler	113	108
Gasversorgung Wiesendangen		
Installationsanmeldungen, Ausführungsbewilligungen	0	7
Rohbau- und Schlusskontrollen, Baubesprechungen	15	23
Montage von Gaszählern	0	7
Demontage von Gaszählern	0	0
Gaszähler-Revisionen	0	0
Am Netz angeschlossene Gaszähler	111	111

Erdgaszähler-Umsatz

	Einbau 2003	Einbau 2002	Ausbau 2003	Ausbau 2002
Altbauten/Umbauten	15	13	18	13
Neubauten	77	53		
Abtrennungen	–	–	187	195
Reparaturen	28	7	28	7
Revisionen	588	705	588	705
Verschiedene	2	0	2	0
Totalumsatz	710	777	823	920
Anzahl Gaszähler im Netz (inkl. werkeigene + private Zähler)	9 501	9 614		

Installationsabteilung Gas/Wasser

Die Installationsgruppe bearbeitete 400 (400) Aufträge für Zuleitungen und sanierte 44 (33) Erdgasheizungen. Zudem wurden 55 (65) Gasherde und 47 (35) Durchlauf-erhitzer ans Netz angeschlossen.

Die Reparatur- und Servicegruppe führte 1580 (1790) Aufträge aus, insbesondere Reparaturen an Gasgeräten, Servicearbeiten an Herden und Boilern sowie Abgasmessungen an Heizungen. Dazu kamen häufig anfallende Reparaturen an Wasser- und Abwasserinstallationen von Privathaushalten.

Fernwärme

Die Heizgradtagzahl – die jährliche Summe der täglichen Differenzen zwischen der Raumtemperatur von 20 °C und der Tagesmitteltemperatur aller Heiztage (als Heiztag gilt, wenn die Tagesmitteltemperatur gleich oder tiefer als 12 °C ist) – betrug 3370. Dies sind 317 Heizgradtage mehr als im Jahre 2002. Die Wärmehöchstlast trat am 20. Februar zwischen 7.00 und 8.00 Uhr bei einer mittleren Aussentemperatur von – 4,0 °C mit 31,4 MW auf. Die Jahresbenutzungsdauer, bezogen auf die Wärmehöchstleistung und die in das Fernwärmenetz eingespeiste Wärmemenge, betrug 2535 Stunden.

Wärmeproduktion

Dampf

Von der Kehrrechtverbrennungsanlage (KVA) wurden 140 254 t Dampf bezogen, das entspricht 97 919 MWh. Davon wurden an die Dampfbeziehenden 29 378 MWh geliefert.

Infolge von Revisionen in der KVA konnte während 3,5 Tagen kein Dampf von der KVA bezogen werden.

Erdgas

Der Bezug für die beiden Heisswasserkessel betrug 1 005 478 Normalkubikmeter. Das entspricht einer Energiemenge in Form von Heisswasser von 10 023 MWh.

Die Gasversorgung musste die Möglichkeit des Abschaltens der Gaslieferung mehrmals nutzen.

Heizöl extraleicht

Im Berichtsjahr wurden 224 864 Liter oder 2175 MWh verfeuert. Davon wurden in der Altstadtheizung wegen Umformerschaden 46 655 Liter oder 449 MWh Öl verfeuert.

Anteile der einzelnen Energieträger:

Dampf aus KVA	68 541 MWh	84,9 %
Erdgas	10 023 MWh	12,4 %
Heizöl extraleicht	2 175 MWh	2,7 %
Total	80 739 MWh	100,0 %

Wärmeverkauf

Auf Ende des Berichtsjahres sind folgende Wärmeanschlüsseleistungen verkauft:

	2003 MW	2002 MW	Veränderung %
Private Bezüger/Bezügerinnen	26,484	23,644	+ 12,0
Städtische Bezüger/Bezügerinnen	13,598	13,598	0,0
Kantonale Bezüger/Bezügerinnen	21,108	21,108	0,0
Total	61,190	58,350	+ 4,9

Der Wärmebezug dieser Kundinnen und Kunden gliedert sich wie folgt:

	2003 MWh	2002 MWh	Veränderung %
Private Bezüger/Bezügerinnen	30 667	29 508	+ 3,9
Städtische Bezüger/Bezügerinnen	17 287	16 555	+ 4,4
Kantonale Bezüger/Bezügerinnen	19 955	20 871	– 4,4
Total	67 909	66 934	+ 1,5

Verluste / Messdifferenzen 12 830 ¹⁾ 4 807 ¹⁾ + 266,9

¹⁾ Durch den Ableseszyklus wurden nur 11 Monate erfasst. Wird die fehlende Zeit dazu gerechnet, resultiert auf 12 Monate bezogen ein Wärmeverkauf von 74 625 MWh, und die Verluste / Messdifferenzen beziffern sich auf 6114 MWh.

Neben dem Fernwärmeverkauf wurden an die Industrie 29 378 MWh in Form von Dampf verkauft.

Ende Berichtsjahr ist die folgende Anzahl Kundinnen und Kunden an die Fernwärmeversorgung angeschlossen:

	2003	2002	Veränderung
Anschlüsse	199	186	+ 7,0 %

Bau und Betrieb der Anlagen

Wärmeerzeugung

Am Heizkessel 1 wurde die rauchgasseitige Reinigung durch den Kaminfeger vorgenommen. An beiden Heizkesseln wurde die Feuerungskontrolle mit Optimierungseinstellungen durchgeführt.

Der geplante Totalstillstand der KVA mit Transformatorenreinigung im Juni bewirkte, dass die Fernwärme über

die elektrische Noteinspeisung betrieben werden musste. Die geplanten Revisionen am Druckluftspeicher, Umformer 1 und Heizkessel 1 wurden ohne Beeinträchtigung der Anlagesicherheit oder der Lieferung von Fernwärme an die Kundschaft durchgeführt.

Altstadt-Fernheizung: Die durch Korrosion am Fernwärmeumformer bedingte Leckage wurde durch eine Drittfirma abgedichtet. Die Wärmelieferung wurde in dieser Zeit durch den Betrieb des Ölkessels sichergestellt.

Fernwärmeverteilung

Die exakt geplanten Vorbereitungen erlaubten es, die Fernwärmeleitungen in Teilbereichen zu ergänzen, wobei sich nur sehr kurze Wärmelieferunterbrüche für die betroffenen Kundinnen und Kunden ergaben.

Das Fernwärmenetz wurde zur Hauptsache an der Kronau-, Hörnli-, Halden-, Sulzberg- und Lindstrasse sowie in den Kellerbereichen der Kundschaft erweitert. Die gesamte Länge des Leitungsnetzes beträgt am Ende des Berichtsjahres:

	2003	2002	Veränderung
Heisswassernetz	18 690 m	18 020 m	+ 3,7 %
Dampfnetz	564 m	564 m	0,0 %

Betriebsstörungen

Die Netzerweiterungen konnten ohne spürbare Auswirkungen für die Kundschaft erfolgen.

Im Berichtsjahr waren zwei grössere Betriebsstörungen zu verzeichnen:

Leckage im Altstadtnetz beim Stadttheater; für die Reparatur musste die Wärmelieferung ans Stadttheater für ca. 4 Stunden unterbrochen werden.

Wassereinbruch bei der Eishalle; wegen mechanischer Beschädigung des Fernwärmemantelrohres drang Wasser in die Isolation ein. Der Schaden wurde durch das Überwachungssystem geortet und konnte ohne Lieferunterbruch behoben werden.

Wasser

Der Überwachungsaudit (ISO 9001/14001) bestätigte, dass das System auch im Geschäftsfeld Wasser gut eingeführt ist und von den Mitarbeitenden getragen wird.

Der mittlere Tagesverbrauch von 268 Litern pro Einwohner/in hat sich gegenüber dem Vorjahr (269 l) kaum verändert.

Der maximale Tagesverbrauch von 427 l/min wurde am 23. Juni erreicht. Der maximale Wert des Jahres 2002 wurde damit um 61 Liter oder 17 % überschritten.

Grundwasserbewirtschaftung

Mit einer Niederschlagsmenge von 941 mm wurde das langjährige Mittel (1954 – 2003) um 257 mm stark unterschritten.

Der Tössgrundwasserspiegel sank bis zum Herbst deutlich unter das langjährige Mittel und stieg auf Ende Jahr wieder auf ein mittleres Niveau an.

Der Eulachgrundwasserspiegel sank von Jahresbeginn an bis zum Herbst fast linear ebenfalls massiv unter das langjährige Mittel. Beim Pumpwerk Knorrenweg wurde seit der Aufzeichnung der Messung (1970) der niedrigste Grundwasserstand gemessen.

Die Abflussmenge der Töss hat während dreier Monate den Wert von 400 l/s unterschritten und damit die Sperrung der Grundwasserfassung Hornwiden ausgelöst.

Betrieb der Anlagen

Die Sanierung der Quellen Dättenmoos, Iberg und Dickbuch konnte bis Ende Jahr abgeschlossen werden.

Aufgrund des minimalen Abflusses der Töss musste vom Pumpwerk Hornwiden Grundwasser in die Töss gefördert werden. Gemäss Verfügung vom AWEL musste die Anreicherung der Töss vom 26. August bis 6. Oktober erfolgen.

Wasserqualität

Seit anfangs Jahr fanden die Probenentnahmen in Absprache mit dem Kantonalen Laboratorium statt. Zusätzlich wurden auch im Hinblick auf die ab 2004 massgebende Informationspflicht mit einem verkürzten Intervall mehr Netzproben mit grösserem Probeumfang genommen.

Die Analyseresultate im Tössgrundwasserstrom entsprachen den Anforderungen der Lebensmittelverordnung.

In der Grundwasserfassung Hard blieb die Atrazinbelastung gegenüber dem Vorjahr konstant. Nur einer von 12 Werten überstieg den Toleranzwert von 0,10 Mikrogramm/Liter.

Hölken

Der Kanton hat die beiden eingereichten Sanierungskonzepte bewilligt. Die Sanierung der Altlasten ist im Jahr 2004 vorgesehen.

Grundwasserschutzstelle

Die Anzahl der bewilligten Tankanlagen ist mit neun deutlich tiefer als im Jahr zuvor. Mit 19 meldepflichtigen Anlagen wurden fünf mehr als im Vorjahr erfasst. Während die Zahl der Ausserbetriebsetzungen um 80 zunahm, reduzierten sich die Tankrevisionen gegenüber dem letzten Jahr (870) um 77.

Unfälle mit wassergefährdenden Flüssigkeiten

In diesem Jahr mussten keine Unfälle bearbeitet werden.

Wassergewinnung

Niederschlagsmengen	Einheit	2003	2002
Winterthur	mm	941	1 309
<i>Mit natürlichem Gefälle zufließendes Quell- und Grundwasser</i>			
Quellwasser	m³	259 632	396 911
Grundwasserfassung Hornsäge:			
Brunnenmesser	m³	7 509 860	7 683 700
Total mit natürlichem Gefälle zufließendes Quell- und Grundwasser	m³	7 769 492	8 080 611
<i>Gepumptes Grundwasser</i>			
Pumpwerk Hard	m³	16 480	35 510
Pumpwerk Hornwiden	m³	229 926	248 290
Pumpwerk Linsental	m³	980 240	125 728
Pumpwerk Mittlere Au	m³	196 860	398 480
Pumpwerk Weieracker	m³	329 570	313 410
Pumpwerk Sennschür	m³	215 090	300 780
Pumpwerk Obere Au	m³	182 140	233 100
Pumpwerk Stadacker	m³	560 210	565 600
Total gepumptes Grundwasser	m³	2 710 516	2 220 898
Total Wassergewinnung	m³	10 480 008	10 301 509
<i>Wassergewinnung in 24 Stunden</i>			
Maximum 23.6.2003/18.6.2002	m³/Tag	46 490	37 717
Mittel	m³/Tag	28 712	28 223
Minimum 1.1.2003/26.12.2002	m³/Tag	20 029	20 021

Förderung der Stufenpumpwerke

	Einheit	2003	2002
Zone 11 Brühlberg	m ³	26 696	21 964
12 Lindberg	m ³	163 048	134 510
13 Oberwinterthur (bis Nov.)	m ³	230 492	290 852
14 Isler-Oberseen-Boll	m ³	635 010	609 930
15 Oberwinterthur-Hegi (ab Okt.)	m ³	266 523	–
142 Köhlberg	m ³	2 364	1 402
16 Dättlau	m ³	89 484	86 065
17 Neuburg	m ³	48 032	49 992
171 Sonnenbühl	m ³	20 199	22 758
18 Stadel-Grundhof-Mörsburg	m ³	82 932	99 347
19 Wolfensberg	m ³	12 890	8 100
34 Ricketwil (Reservepumpwerk)	m ³	–	–
70 Iberg	m ³	27 627	22 293
71 Eidberg	m ³	13 611	13 943
Mülberg	m ³	675 128	651 355
Total Förderung der Stufenpumpwerke	m ³	2 294 036	2 012 511

Wasserabgabe

Wasserabgabe in 24 Stunden in Winterthur

	Einheit	2003	2002
Maximum 23.6.2003 / 18.6.2002	m ³ /Tag	40 157	33 997
Mittel	m ³ /Tag	25 172	24 982
Minimum 1.1.2003 / 25.12.2002	m ³ /Tag	17 946	18 991
Einwohnerschaft am 31.12.2003 bzw. 2002		94 081	92 875
Maximum pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		427	366
Mittel pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		268	269
Minimum pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		191	204
Ohne Industrie			
Mittlerer Verbrauch	m ³ /Tag	20 967	20 823
Mittlerer Verbrauch pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		223	224
Bemerkungen:			
23.6.2003 (Maximum) = Höchste mittlere Tagestemperatur im Juni mit 27,2 °C			
1.1.2003 (Minimum) = Neujahr			
18.6.2002 (Maximum) = Höchste mittlere Tagestemperatur mit 27,2 °C			
25.12.2002 (Minimum) = Weihnachten			

Wasserabgabe im Jahr

	2003	2002
Verrechnet Wasser		
In Winterthur		
Haushaltungen und Kleingewerbe	m ³	6 221 614
Gewerbe und Industrie	m ³	1 521 462
Öffentliche Zwecke	m ³	126 649
Total in Winterthur	m ³	7 869 725
Total an Vertragspartner (ausserhalb Winterthur)	m ³	1 305 744
Total verrechnet Wasser	m ³	9 175 469

Nicht verrechnet Wasser

In Winterthur		
Haushaltungen und Kleingewerbe (alte Rechte, Freiwasser)	ca. m ³	93 000
Brunnen	ca. m ³	350 000
Selbstverbrauch	ca. m ³	160 000
Verluste und Messdifferenzen	ca. m ³	700 000
Total in Winterthur	m ³	1 304 539
Gesamt abgabe	m ³	10 480 008
davon Abgabe in Winterthur	m ³	9 174 264

Ausbau und Unterhalt der Anlagen

Planung und Anlagenbau

Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit und der Verbesserung des Brandschutzes im Versorgungsgebiet Oberwinterthur-Hegi musste dieses Gebiet in eine neue Druckzone mit höher gelegenen Reservoirs überführt werden.

In der ersten Etappe wurden das Stufenpumpwerk Ohrbühl und das Reservoir Hegiberg gebaut und Ende September in Betrieb genommen. Seither wird Hegi vom neuen Reservoir mit Trinkwasser versorgt. Anschliessend wurden etappenweise der nördliche Teil von Oberwinterthur, inkl. Reutlingen, das Sulzerareal Oberwinterthur und schliesslich die bestehende Zone Oberwinterthur angeschlossen. Einige Liegenschaften im oberen Bereich von Oberwinterthur mit ungenügendem Versorgungsdruck, bspw. das Schulhaus Lindberg, wurden an die Zone Lindberg angeschlossen. Seit Anfang Dezember ist das Pro-



Eine der beiden Kammern im Reservoir Hegiberg

jekt abgeschlossen und etwa 15 000 Einwohner/innen werden nun über die neue Druckzone versorgt. Die beiden alten, sanierungsbedürftigen Reservoirs Oberwinterthur wurden ausser Betrieb genommen.

Vor der Umzonung mussten in etwa 1500 Liegenschaften Druckreduzierventile eingebaut werden. Der um ca. 2 bar höhere Versorgungsdruck hat über 40 Leitungsbrüche ausgelöst.

2004 werden im Versorgungsgebiet Oberwinterthur-Hegi der Ersatz des Stufenpumpwerkes Talacker durch das projektierte Stufenpumpwerk Talwiesen sowie weitere Hauptleitungsbauten realisiert.

Die Projektierung der neuen Leitwarte mit Fernwirk-Unterstationen wurde vorangetrieben und mit den Anpassungen der Schaltschränke und Installationen in den Aussenobjekten begonnen.

Projektierung

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Generellen Wasserversorgungsprojektes (GWP) wurde die Detailprojektierung der Wasserhauptleitung DN 400 mm beim Sportplatz Talwiesen und der Frauenfelderstrasse abgeschlossen.

Zur Erschliessung des Sulzerareals Oberwinterthur wurde in der Barbara-Reinhart-Strasse eine Wasserhauptleitung DN 400 mm und eine Wasserversorgungsleitung DN 250 mm von der Hegistrasse bis zur Sulzer-Allee gebaut. Damit wird das Sulzerareal Oberwinterthur über die Ohrbühlstrasse und die Barbara-Reinhart-Strasse versorgt. Der Brandschutz konnte somit entsprechend den Auflagen der Gebäudeversicherung Zürich (GVZ) wesentlich verbessert werden.

Anlässlich von Strassenbauprojekten wurden auch die Gas- und Wasserleitungen im Zwingliplatz, der Tösstal- und Pflanzschulstrasse, dem Oberen- und Unteren Deutweg projektiert. Diese Projektierungsarbeiten werden im Jahre 2004 weitergeführt.

In Koordination mit Erneuerungsarbeiten an Kanalisationsleitungen in diversen Quartierstrassen wurden die Gas- und Wasserleitungen projektiert und realisiert.

Weitere Projektierungsschwerpunkte:

- Nordstrasse, Oststrasse, Im Lee
- Feldstrasse, Löwenstrasse, Neugutstrasse
- Schachenweg, Buchackerstrasse, Schaffhauserstrasse
- Massnahmen zur Substanzerhaltung des Versorgungsnetzes in den Quartierstrassen.

Leitungsbüro und Vermessung

Projekt GIS-StWW

Der Projektauftrag GIS-StWW wurde erfolgreich umgesetzt. Im Juni zogen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Steinberggasse an ihren neuen Arbeitsplatz an der

Unteren Vogelsangstrasse 11 um. Die neue Abteilung NIS konnte wie vorgesehen am 1. Juli ihre Arbeit aufnehmen und führt die Bereiche NIS (Netz-Informationssysteme für die Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Fernwärmeversorgung) und HMGW (Hausanschlussmanagement Gas und Wasser).

Die Plandokumentation Werkplan Gas und Wasser 1:250 besteht neu aus 1457 EDV-mässig erfassten Werkplänen Gas und Wasser. Davon stehen 1232 Werkpläne auch als Papierpläne zur Verfügung. Bei den restlichen 225 nur elektronisch vorhandenen Werkplänen stehen keine Daten der amtlichen Vermessung zur Verfügung, da sich die Leitungen ausserhalb des Gemeindegebiets der Stadt Winterthur befinden. Für die 706 Nachführungen auf 418 Werkplänen wurden 2021 Arbeitsstunden aufgewendet.

Für die 836 (771) Baugesuche, die im Baupolizeiamt geprüft wurden, sind 338 (316) Vernehmlassungen ausgestellt worden. Im Hinblick auf Leitungen und Anlagen ausserhalb des Gemeindegebietes der Stadt Winterthur wurden 51 Amtsblätter durchgesehen.

Die 641 (545) Leitungseinträge (E, G, W und FW) für Dritte haben gegenüber dem Vorjahr um ca. 18 % zugenommen. Dafür wurden ca. 450 Arbeitsstunden aufgewendet.

Für die Hauptabteilung Markt und Kunden erfolgten 213 (139) Abklärungen für neue Gasheizungen. Als Dienstleistung ist neu ein Situationsplan mit eingezeichnetem provisorischem Anschlussprojekt abgegeben worden.

Die Übersichtspläne Wasser und Gas 1:5000 wurden im GIS laufend nachgeführt und jeweils die Blätter II, III, V und VI neu gedruckt.

Im Bereich der Übersichtspläne Elektrizität sind die Pläne 1:5000 für das Niederspannungsnetz und der Plan 1:10 000 für das Lichtwellenleiterkabelnetz aktualisiert worden.

Die Plandokumentation Fernwärme hat sich um einen Werkplan erweitert und umfasst neu 54 Werkpläne im Massstab 1:250, wobei 11 Nachführungen vorgenommen wurden. Im Geschäftsjahr wurden 215 interne Aufträge für den Leitungsbau Elektrizität, Gas und Wasser ausgeführt. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist die Folge der Zusammenlegung der Leitungsdokumentationen Elektrizität, Gas und Wasser in die neue Abteilung NIS. Seit dem 1. Januar werden die Fixpunkte der elektrischen Leitungstrassen durch die Fachleute der StWW mit dem elektronischen Tachymeter aufgenommen. Private Ingenieurbüros und die Hauptabteilung Wärme und Entsorgung haben 14 Einmessungen ihrer Werkleitungen in Auftrag gegeben.

Als Planbeilage für die Subventionseingabe an das AWEL wurden die Gebäudeversicherungspläne im «AutoCAD» nachgeführt und neu erstellt.

Rohrnetzbau

Hauptleitungen DN 400 mm wurden in der Holzwingertstrasse bis zum Reservoir Hegiberg und in der Barbara-Reinhart- und Stadlerstrasse, Versorgungsleitungen in der Hegifeldstrasse, im Schönenbergweg, am Iberg Südhang und im Oberen Gern gebaut. Trotz des Stilllegens von 0,5 km Leitungen in der Binzhof- und Chlösterli-Strasse sowie im Reismühleweg resultiert eine Verlängerung des Wasserleitungsnetzes um 1,5 km.

Insgesamt wurden 4,5 km Wasserleitungen ausgetauscht. Zusätzlich zu diesen Leitungen, die gleichzeitig mit den Erdgasleitungen verlegt wurden, konnten eine Hauptleitung in der Auwiesenstrasse und Versorgungsleitungen in der Kies-, Weier-, Bader-, Auwiesen- und Palmstrasse ausgetauscht werden.

Bei den Anschlussleitungen entfielen von total 2,4 km verlegten Leitungen 0,6 km auf Neuanschlüsse und 1,8 km auf Auswechslungen. Der Stilllegung von 11 Anschlüssen steht die Inbetriebnahme von 27 Neuanschlüssen gegenüber.

Rohrnetz Wasser (ohne Anschlussleitungen)

Zubringerleitungen	25 468 m	(0 m)
Haupt- und Transportleitungen	70 501 m	(+ 520 m)
Versorgungsleitungen	325 470 m	(+ 994 m)
Total Netz	421 439 m	(+ 1514 m)

Anschlussleitungen total: 8 829 Stück (Zunahme 16 Stück)

Rohrnetzunterhalt

Die Unterhaltsequipe reparierte 70 Rohrleitungsdefekte, 15 umgefahrene Überflurhydranten und 18 defekte Hausinstallationen. 22 Schadenmeldungen erwiesen sich als Fehlmeldungen. Die mit der periodischen Wartung des Netzes festgestellten schadhaften Armaturen (11 Schieber und 11 Hydranten) wurden in einen funktionstüchtigen Zustand gebracht.

Der Pikettdienst rückte für das Reparieren von 50 Leitungsbrüchen, sieben umgefahrene Hydranten und 97 defekte Hausinstallationen aus. Mit 53 Bagatellfällen, 34 Betriebsalarmen und 38 Abwasser-Pumpwerk-Defekten wurde der Pikettdienst insgesamt in 245 Fällen beansprucht.

Öffentliche Brunnen

Der renovierte Stadthausbrunnen wurde am 27. Mai der Liegenschaftenverwaltung übergeben. Anlässlich der Sanierung der Reismühleweg-Brücke wurde der Laufbrunnen Nr. 62 saniert.

Störungstatistik Wasser 2003

Anzahl Betriebsalarme: 34	Setzung	Untermauerung	Korrosion	undichte Muffen	Armaturen	Fahrlässigkeit	Total	umgefahrene Hydranten	Reparaturen an:		Störungen an internen Installationen	Sonstige Störungen
									Schieber	Hydrant		
Zubringer-/Hauptltg.	1						1					
Versorgungsleitung	7	37	1	3	1	49						
Anschlussltg. extern	2	60	1	4	1	68	22		11	13	113	58
Anschlussltg. intern		1				1						
Verteilung im Boden					1	1						

Wassergewinnungsanlagen

Grundwasser-Gewinnungsgebiete	Anzahl Grundwasser-Brunnen	davon Heber-Brunnen	Anzahl Pumpen	Konzession Menge in l/min
Hornwiden	1	–	2	9 000
Hornsäge	4	4	–	15 500
Buchrain**	1	1	1	–
Linsental*	1	–	2	18 000
Hard	1	–	2	10 500
Mittlere Au	1	–	2	8 750
Weieracker	1	–	2	8 750
Sennschür	1	–	3	13 250
Obere Au	1	–	2	4 250
Stadtacker	1	–	2	1 400
Weiertal**	1	–	2	–
Knorrenweg**	1	–	1	–
Reutlingen**	1	–	–	–
Krugeler**	1	–	–	–
Gätzbrunnen**	1	–	–	–
Quellen (Iberg, Eulach Dickbuch, Dättenmoos (ungef. Kapazität))				1 100
Total	18	5	21	90 500

* Zusätzliche 1 Reservebrunnen und 1 Reservepumpe

** Notwasserversorgung

Reservoirs und Druckzonen

Zone	Reservoir	Inhalt m³
10	Waldhof	9 000
10	Ganzenbühl	6 000
10	Händler (mit Entleerungspumpe)	1 200
11	Brühlberg	200
12	Lindberg (Zivilschutzreserve von 500 m³ dient neu als Brauchreserve)	800
13	Oberwinterthur (Reservoir und Zone ab November ausser Betrieb)	–
14	Isler	3 300
15	Oberwinterthur-Hegi (ab Oktober neues Reservoir Hegiberg in Betrieb)	4 000
142	Köhlberg	100
16	Dättlau	1 000
17	Neuburg	100
171	Sonnenbühl	200
18	Grundhof (700 m³ Winterthur + 300 m³ Dinhard)	700
19	Wolfensberg	250
34	Ricketwil	200
70	Iberg	250
71	Eidberg	170
	Reutlingen (Zivilschutzbehälter)	(200)
	Stadel (Zivilschutzbehälter)	(200)
	Seen Dorf (Zivilschutzbehälter)	(260)
	Oberseen (Zivilschutzbehälter)	(200)
	Zahl der Druckzonen (Stand vom 31.12.2003)	14
	Zahl der Reservoirs inkl. Zivilschutzbehälter	20
Total Reservoirinhalt ohne Zivilschutzbehälter		24 470
Total Inhalt der Zivilschutzbehälter		860
	Zahl der Stufenpumpwerke (ab Oktober neues Stufenpumpwerk Ohrbühl)	16
	Zahl der Stufenpumpen	32
	Zahl der Entleerungspumpen in Reservoirs	1
	Zahl der Windkesselanlagen	2

Installationskontrolle / Zähler

	2003	2002
Installationsanmeldungen	625	566
Baukontrollen	1 371	1 175
Anzahl Zähler im Netz	14 638	14 634

Wasserzähler-Umsatz

	Einbau 2003	Einbau 2002	Ausbau 2003	Ausbau 2002
Alt-Umbauten	9	10	9	7
Neubauten	31	35		
Abtrennungen			27	54
Reparaturen	39	24	39	24
Revisionen	1 049	1 062	1 049	1 062
Verschiedene	2	0	2	0
Totalumsatz	1 130	1 131	1 126	1 147

Kehrichtverbrennungsanlage

Die total verbrannte Kehrichtmenge betrug 145 949 Tonnen. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr beträgt 41 Tonnen. Die durch die Stadt Winterthur zur Verbrennung eingelieferte Kehrichtmenge liegt mit 22 467 Tonnen 19 % über der Vorjahresmenge. Diese Zunahme ist vor allem auf die geänderte Annahme von Kleinmengen in die Deponie Riet zurückzuführen. Die Anlieferungen der umliegenden Gemeinden hat um 4,2 % auf 13 791 Tonnen abgenommen. Industrie, Gewerbe und Private aus Winterthur und der Region lieferten 52 890 Tonnen direkt an. Die Verbrennung zu Gunsten anderer nahm um 49,6 % auf 3402 Tonnen ab.

Die Kehrichttransporte per Bahn aus den Kantonen Zug und Tessin liefen während des ganzen Jahres störungsfrei ab. Die Abfallmenge aus dem Tessin betrug 27 065 Tonnen. Dies entspricht einer Zunahme von 7,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Die anfallende Schlackenmenge betrug 31 875 Tonnen, beziehungsweise 22 % der Kehrichtmenge. 16 010 Ton-

nen wurden in der Deponie Riet entsorgt und 7567 Tonnen gemäss Abnahmevertrag aus dem Jahr 2001 per Bahn in die Deponie Tavannes geliefert. Die übrigen 8280 Tonnen wurden zum Vermeiden von Leerfahrten als Rücklieferung in verschiedenen Schweizer Deponien entsorgt.

Bei der Rauchgasreinigung entstanden 3435 Tonnen Reststoffe. Alle Rauchgasreinigungsrückstände wurden per Bahn entsorgt. Die Entsorgung der Reststoffe wurde im 4. Quartal 2002 öffentlich ausgeschrieben und neu vergeben. Ab Februar 2003 erfolgte deshalb die Entsorgung in der Verwertungsanlage der Firma Citron SA (Frankreich).

Die Kesselanlage 1 war während 6284 h in Betrieb. Dies entspricht, bezogen auf die Jahresstundenzahl, einem Anteil von 72 %. Die Kesselanlage 2 war während 7576 h in Betrieb, was einem Anteil von 86 % der Jahresstunden entspricht. Die Rauchgasreinigungen beider Linien hatten eine Verfügbarkeit von über 99 % seit der Inbetriebsetzung.

An beiden Verbrennungslinien wurde je eine grosse Revision (Dauer 4 Wochen) und eine Kurzrevision von einer Woche durchgeführt. Im August wurde die gesamte Anlage zur Inspektion der gemeinsamen Komponenten während 85 h vollständig abgestellt.

Im Mai konnte eine neue leistungsfähige Sperrgut-zerkleinerungsanlage in Betrieb genommen werden. Am 11. September kam es im Bereich der Förderbänder zu einem schweren Brand, der wahrscheinlich von einer in einem Sperrgutcontainer angelieferten, leicht entflamm-baren Flüssigkeit ausgelöst wurde. Die Sperrgutzerkleinerung war in der Folge bis Mitte November ausser Betrieb. Die Anlage lief ansonsten während des ganzen Jahres ohne nennenswerte Probleme. Die geforderten Emissions-grenzwerte wurden alle eingehalten, teilweise sogar mas-siv unterschritten.

Die Laufzeit der Turbogruppe 1 betrug 7813 Stunden (89,2 % der Jahresstundenzahl). Im Mai kam es an der Turbogruppe 2 durch eine Störung in der Notölversorgung zu einem schweren Schaden und in der Folge zu einem mehrmonatigen Stillstand. Die Laufzeit ist mit 4284 Stunden (Anteil 48,9 %) dementsprechend gering. Der gleich-zeitige Stillstand beider Turbinen betrug 99 h.

Betriebsdaten

	2003	2002	Verände- rung in %
Total eingelieferte brennbare Abfälle	146 649 t	146 690 t	– 0,03
Zu-/Abnahme Kehrichtmenge im Bunker	– 700 t	– 700 t	0
Total verbrannte Abfälle	145 949 t	145 990 t	– 0,03
Schlacke	31 857 t	31 750 t	+ 0,3
Reststoffe aus Rauchgasreinigung	3 435 t	3 343 t	+ 2,8
Total Dampfproduktion	559 023 t	572 325 t	– 2,3
<i>Davon an Fernwärmeversorgung:</i>			
Dampf an Gebrüder Sulzer AG	32 051 t	29 662 t	+ 8,1
Dampf an CWK	5 990 t	5 493 t	+ 9,5
Dampf an fenaco	62 t	22 t	+ 281,8
Dampf für Fernwärmeumformer	99 077 t	93 444 t	+ 6,03
Turbinenbetrieb	408 076 t	478 316 t	– 14,6
Verkauf elektrische Energie	49 213 000 kWh	58 850 000 kWh	– 16,3

Angeschlossene Gemeinden

	2003	2002
Region Winterthur	45	45
Kanton Zug*	11	11
Kanton Tessin*	247	247

* Die Entsorgung der Kantone Zug und Tessin erfolgt durch das Konsortium KVA ZH/ TG

Spezifische Reingasemissionen

(Angaben in Gramm pro Tonne verbrannten Kehrichts)

		2003	2002
Kohlenmonoxid	CO	113,7	138,7
Stickoxide	NO ₂	347,1	329,0
Schwefeldioxid	SO ₂	49,1	52,8
Staub		3,53	3,48
Salzsäure	HCl	6,73	8,11
Flusssäure	HF	0,47	0,52
Blei	Pb	2,83	3,21
Zink	Zn	1,35	1,29
Quecksilber	Hg	0,10	0,12
Cadmium	Cd	0,11	0,10

Kläranlage Hard

Abwasserreinigungsanlage

Die Abwasserreinigungsanlage erbrachte die Reinigungsleistung in allen Parametern. Die kantonale Kontrollstelle des AWEL stellte bei den analysierten Wasserproben bessere Abflusswerte fest, als gemäss Einleitungsbedingungen gefordert. Die Online-Messwerte zeigten ebenfalls gute Abflusswerte.

Die Schwermetallgehalte im hygienisierten Klärschlamm lagen während des ganzen Jahres weit unter den geforderten Grenzwerten; auch bezüglich hygienischer Qualität war der Einsatz zu Dünge Zwecken unproblematisch. Die Verwertung des Schlammes in der Landwirtschaft war etwas geringer.

Die Zuflussmenge reduzierte sich aufgrund der langen Trockenperiode gegenüber dem Vorjahr massiv. Die Schmutzstofffrachten waren dadurch konzentrierter.

Das Betriebspersonal führte mit Engagement die Unterhaltsarbeiten, Reparaturen, Kontrollen und präventiven Wartungsarbeiten an den Betriebseinrichtungen sowie den baulichen Unterhalt aus. Bei der Filtrationsanlage wurden zwei Filterzellen einer speziellen Kontrolle unterzogen. Ein Ingenieurunternehmen wurde beauftragt, die entsprechenden Untersuchungen vorzunehmen. Der erstellte Bericht beurteilt den Zustand des Betons als gut.

Zu Piketteinsätzen musste in 53 Fällen ausgerückt werden.

Für die Gesamterneuerung des Prozessleitsystems und der Automatisierung wurde ein Projekt mit Pflichtenheft ausgearbeitet.

Schlammverbrennungsanlage

Die Verfügbarkeit der Schlammmentwässerungs- und Verbrennungsanlage war während des ganzen Jahres gewährleistet und wurde hauptsächlich im 2-Schichtbetrieb sichergestellt. Vor Revisionen und Feiertagen musste im 3-Schichtbetrieb gefahren werden, um Stapelvolumen für die Stillstandszeiten zu schaffen. Die Schlammmentsorgung für Drittgemeinden war nochmals massiv zunehmend.

In den geplanten Stillständen der Anlage führte das Personal die erforderlichen Wartungs- und Unterhaltsarbeiten selbst aus. Dazu kamen z.T. unvorhergesehene Schäden, die in der kurzen Revisionsphase ebenfalls auszuführen waren. Eine Spezialfirma führte im Ofen Mauerwerkarbeiten in grossem Umfang durch. Dazu wurden einige Komponenten der Anlage ersetzt, die nicht mehr zu reparieren waren. Der Reparatur- und Wartungsaufwand ist aufgrund des Alters der Anlage generell weiter zunehmend.

Die Emissionsgrenzwerte der Luft-Reinhalte-Verordnung (LRV) wurden während des ganzen Jahres eingehalten.

Ein neuer Hochleistungs-Dekanter ersetzte eine Entwässerungsmaschine. Die Durchsatzleistungen konnten

gesteigert und der Energiebedarf sowohl elektrisch als auch thermisch dadurch nachhaltig gesenkt werden.

Für den zusätzlichen Nacheindicker wurden die Baubewilligung erteilt und die Baumeisterarbeiten in Auftrag gegeben werden.

Betriebszahlen der ARA und der SVA

	Einheit	2003	2002	Veränderung in %
Wasserdurchfluss	m ³	18 111 040	23 206 180	- 21,9
Frischschlammfall	m ³	107 474	97 783	+ 9,9
Überschussschlammproduktion	m ³	357 390	376 095	- 4,9
Faulschlammfall	m ³	95 165	89 763	+ 6,0
Faulschlammabgabe an die Landwirtschaft	m ³	3 496	4 352	- 19,6
Schlammverbrennung in SVA	m ³	63 812	58 517	+ 9,0
Schlammmentsorgung für Fremdgemeinden	m ³	4 518	2 731	+ 65,4
Knochenmehlverbrennung in SVA	t	480	763	- 37,2
Gasproduktion	m ³	1 513 954	1 419 317	+ 6,6
Gasverwertung	m ³	1 507 224	1 414 386	+ 6,5
Strombezug von StWW/E	kWh	4 488 711	4 390 353	+ 2,2
Stromproduktion	kWh	1 564 666	1 679 266	- 6,8
Heizölverbrauch	t	90	58	+ 55,1
Fällmittelverbrauch (Eisensulfat)	t	722	746	- 3,2
Flockungsmittelverbrauch (flüssig)	l	34 300	25 800	+ 32,9
BSB ₅ Jahresmittel				
Ablauf Vorklärbecken	mg/l O ₂	97,0	84,0	
Ablauf Nachklärbecken	mg/l O ₂	2,2	2,3	
Ablauf Filtration (RW* kleiner 10)	mg/l O ₂	1,3	1,3	
Gesamtphosphor Jahresmittel				
Ablauf Vorklärbecken	mg/l P	3,9	3,3	
Ablauf Nachklärbecken	mg/l P	0,4	0,4	
Ablauf Filtration (RW* kleiner 0,8)	mg/l P	0,3	0,3	
Ammoniumstickstoff Jahresmittel				
Ablauf Vorklärbecken	mg/l NH ₄ -N	25,8	20,1	
Ablauf Nachklärbecken	mg/l NH ₄ -N	0,1	< 0,1	
Ablauf Filtration (RW* kleiner 1,0)	mg/l NH ₄ -N	< 0,1	< 0,1	
Nitrit; Ablauf Filter (RW* kleiner 0,3)	mg/l NO ₂ -N	0,02	0,01	
Nitrat; Ablauf Filter (kein RW)	mg/l NO ₃ -N	18,59	15,92	
Ges. ungelöste Stoffe Jahresmittel				
Ablauf Filtration (RW* kleiner 5)	mg/l TR	0,9	0,9	
DOC Jahresmittelwert				
Ablauf Vorklärung	mg/l	20,9	17,5	
Ablauf Filtration	mg/l	9,5	7,7	

* RW = Richtwert

Energie-Contracting

Um dem rasanten Baufortschritt im Gebiet «Gern» gerecht werden zu können, wurde im Januar das Projekt für die zweite Ausbautappe der Heizzentrale Gern gestartet. Von Mai bis August ist die Zentrale ausgebaut und das Netz erweitert worden. Die bestehende Kundschaft konnte trotz umfangreicher Installationsarbeiten wie gewohnt sicher beliefert werden. Die vorerst letzte Kundin mit 438 Wohnungen ist am 1. September an das Wärmenetz angeschlossen worden.

Neben dem Ausbau der Holzschnitzel-Heizzentrale konnte mit dem Abschluss des Energie-Contracting-Vertrags für die Wärmeversorgung der Klinik Lindberg ein weiterer grosser Erfolg verzeichnet werden.

Das Projekt Park Hochwacht hat sich für die StWW erfreulich entwickelt. Die Bauherrschaft hat die restlichen Bauten planungsgemäss fertiggestellt.

Kundschaft

Im «Gern» versorgten die StWW eine über das Jahr ständig wachsende Zahl von Kundinnen und Kunden umweltfreundlich und sicher mit Wärme aus Holz. Seit September sind es insgesamt 637 Wohneinheiten, ein Gewerbebetrieb mit einem eigenen Wärmeverbund und ein Gewerbehaus.

Die Wärmekraft-Kopplungs-Anlage in der Brühlgut-Stiftung hat die Kundin zuverlässig mit Strom und Wärme versorgt.

Die beiden Erdgasheizkessel in der Überbauung Park Hochwacht verrichten seit Beginn ihren Dienst ohne jegliche Beanstandung.

Die beiden Wärmeerzeuger in der Klinik Lindberg stehen nach den üblichen Einregulierungsarbeiten einwandfrei in Betrieb.

	2003	2002
Wärmeverkauf	5 853 055 KWh	1 103 740 kWh
Stromerzeugung	70 052 KWh	68 811 kWh
Erdgasbezug	1 516 682 KWh	576 465 kWh
Holzschnitzelbezug	4 738 000 KWh	749 030 kWh
	≈ 8000 Schnitzel m ³	≈ 1000 Schnitzel m ³
Heizölverbrauch	19 005 Liter	*) 0 Liter
Strombezug	88 507 KWh	14 283 kWh

*) keine Objekte mit Ölverbrauch in Betrieb

Projekte

Zahlreiche interessante Energie-Contracting-Projekte konnten akquiriert werden.

Für die Übernahme der Sulzer Heizzentralen mit Wärme- und Kältenetzen auf den Arealen Stadtmitte konnten die Verträge gemeinsam mit Sulzer weitgehend bereinigt werden. Die Übernahme der ganzen Wärmeinfrastruktur ist auf den 1. Oktober 2004 vorgesehen.

Umweltrelevante Aktivitäten der StWW

Die Städtischen Werke Winterthur halten im Leitbild fest, dass sie sich an einem langfristigen und nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg unter Wahrnehmung ihrer ökologischen Verantwortung orientieren. Insbesondere ist darin festgehalten, dass sie erneuerbare Energien fördern sowie bewusst und nachhaltig mit Ressourcen umgehen. Die Schwerpunkte im Berichtsjahr lagen vor allem in den Bereichen CO₂, erneuerbare Energien und Sensibilisierung für das Trinkwasser im Rahmen des UNO-Jahrs des Wassers.

Die StWW haben mit ihren Geschäftsaktivitäten seit jeher grosse Leistungen im Umweltbereich erbracht und führen diese erstmals im Geschäftsbericht auf.

CO₂-Thematik

Das Treibhausgas CO₂ ist in den letzten Jahren vor allem aufgrund des vermehrten Verkehrsaufkommens gestiegen. Einen Weg, das Mobilitätsbedürfnis und die gesetzlich geforderte CO₂-Reduktion zu vereinbaren, stellt der Alternativtreibstoff Erdgas dar. Die Städtischen Werke Winterthur fördern Erdgas und Naturgas als Treibstoff, der auch in Winterthur getankt werden kann. Für die Fahrzeugflotte wurden 11 bivalente Erdgas-Fahrzeuge angeschafft, die täglich im Einsatz sind und dabei rund 88 % jährlich bzw. 100 Tonnen weniger CO₂ als benzinbetriebene Fahrzeuge ausstossen. An der Winterthurer Messe wurde über Erdgas als Treibstoff informiert und eine Informationsveranstaltung für Flottenbesitzer sowie die breite Öffentlichkeit mit dem Ziel durchgeführt, Erdgas als Treibstoff in Winterthur bekannter zu machen.

Auch im Wärmebereich steckt weiterhin ein Potenzial für eine CO₂-Reduktion. Die Lösung lautet: umweltfreundlicheres Heizen. Jede neue Erdgasheizung stösst rund 25 % weniger CO₂ aus, als eine Ölheizung. Die StWW haben in diesem Zusammenhang die Aktion «Umstellen auf Erdgas» lanciert, die sich an jene Kundschaft wendet, die zwar mit Erdgas kocht, aber noch nicht damit heizt. Ausserdem konnten im Berichtsjahr rund 1000 MWh

mehr Fernwärme als im Vorjahr verkauft werden, was 250 Tonnen weniger CO₂-Ausstoss auf Stadtgebiet bedeutet. Bedeutend ist die grösste Holzschnitzel-Heizanlage Winterthurs, die von den StWW im Energie-Contracting im neu entstandenen Quartier Im Gern in Hegi erstellt wurde. Die Verbrennung von Holz für die 634 Wohneinheiten und 2 Gewerbebetriebe ist CO₂-neutral.

Der Industrie und den KMUs boten die StWW im Rahmen der jährlichen Kundentagung eine Orientierungshilfe über die geplante CO₂-Abgabe an. Die Tagung stand unter dem Titel «Energie- und CO₂-Management schafft Unternehmenswerte» und stellte deshalb auch Produkte und Dienstleistungen der StWW vor, die der Kundschaft bei der Umsetzung ihrer CO₂-reduzierenden Massnahmen helfen können. Zusätzlich haben die StWW an einer Informationsveranstaltung des Energie Forums Zürich mitgewirkt, welche sich an Grossverbraucher/Grossverbraucherinnen richtete.

Die StWW bieten – falls gewünscht – mit dem jährlichen Vergleich des Energieverbrauchs auch der Privatkundschaft die Möglichkeit, den eigenen Verbrauch zu optimieren. Durch die Produkte der StWW wird die Umwelt gesamthaft gegenüber dem Heizöl- und Benzineinsatz um rund 60 000 t CO₂ jährlich entlastet:

– Erdgaseinsatz statt Öl zu Heizzwecken	28 000 t/a
– Verwendung von Erdgas und Naturgas als Fahrzeugtreibstoff	140 t/a
– Fernwärme	28 000 t/a
– Stromabsatz für Wärmepumpen (Schweizer Strom ist CO ₂ -frei)	1 600 t/a
– Einsatz von Holzschnitzeln im Geschäftsfeld Energie-Contracting	2 000 t/a
Total eingespartes CO₂	59 740 t/a

Erneuerbare Energien

Im November 2002 haben die StWW die naturemade zertifizierten Ökostrom-Produkte Premium Water und Premium Solar erfolgreich eingeführt, die von Swissspower entwickelt und schweizweit verkauft werden. Mittlerweile konnten mehr als 2 Mio. kWh Ökostrom in Winterthur abgesetzt werden; dies ist ein schweizerischer Spitzenwert bezüglich Pro-Kopf-Verbrauch des naturemade-zertifizierten Stromes. Die Nachfrage nach zertifiziertem Ökostrom übersteigt inzwischen das in Winterthur bestehende Angebot. Die Öffentliche Beleuchtung bezieht ebenfalls Ökostrom.

Anlässlich der Schlussveranstaltung des Grossen Gemeinderates durften die StWW die Fotovoltaikanlage im Werkhof Schöntal präsentieren, welche die grösste Winterthurer Produktionsstätte von Premium Solar ist.

Erstmals wurde ein Jahr lang der Windstrom aus den drei Windanlagen auf dem Taggenberg und von Stadel ins Winterthurer Stromnetz übernommen. Im Weiteren wurde die Sanierung der Wasserstromerzeugungsanlage in der Wäspimühle gefördert.

UNO-Jahr des Wassers

Im Rahmen des UNO-Jahrs des Wasser fanden zahlreiche Aktivitäten statt, welche die Sensibilisierung für das Wasser als Lebensgrundlage und den sorgfältigen Umgang zum Thema hatten. Gemeinsam mit dem Forstbetrieb wurde ein beliebter Wald-Wassertag für die Schulen durchgeführt. Am Weltwassertag vom 22. März konnte sich die Bevölkerung an einem Stand in der Altstadt über das Winterthurer Trinkwasser orientieren, das unbehandelt in sämtliche Winterthurer Haushalte gelangt und bedenkenlos konsumiert werden kann. Ein am Stand durchgeführter Test bewies zudem den Besucherinnen und

Besuchern, dass das Winterthurer Trinkwasser sich nicht von dem im Handel erhältlichen Mineralwasser unterscheidet. Mit der Aktion «Bike for Water» haben die StWW anlässlich des Swisspower-Cups Geld für ein Wasserpumpenprojekt – Förderung von Wasser mittels Solarpumpen – in Mali gesammelt.

Ende Juni eröffneten die StWW im Rahmen der von ihr unterstützten Veranstaltungsreihe «Energie- und Umwelt-Apéro» die Wanderausstellung «Grundwasser – Ein Schatz auf Reisen». Bei brütender Hitze orientierte die Ausstellung die Öffentlichkeit über die grosse Bedeutung des Grundwassers. Dies ist vor allem für Winterthur wichtig, weil das Trinkwasser zu 97 % aus dem Tössgrundwasserstrom stammt. Ende Jahr erhielt die Kläranlage Hard die von Energie Schweiz und dem Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute im Rahmen des UNO-Jahres speziell verliehene Auszeichnung «Medaille d'eau» für vorbildliche Leistungen im Energiebereich von Schweizer Kläranlagen. Für ihr ökologisch wertvolles Areal konnte sie auch von der Stiftung Natur & Wirtschaft zum zweiten Mal das Qualitätslabel «Naturpark» entgegennehmen.

Finanzieller Aufwand für Umweltaktivitäten der StWW

Sehr viele der umweltrelevanten Tätigkeiten können nicht direkt in Franken beziffert werden. Nachfolgend eine Bilanz der einfach bezifferbaren Aktivitäten:

	TCHF/a
– Mehrkosten durch den Betrieb von Erdgasfahrzeugen	20
– Nichtamortisierbarer Aufwand für Erdgas-Tankstelle	100
– Vergleich Energieverbrauch für die Kundschaft als Anregung und Hilfsmittel für Einsparungen aus Eigeninitiative	40
– Durchführung von 4 Energie- und Umweltpéros mit umweltrelevanten Informationen	12
– Kommunikation Premium-Produkte	9
– Netto-Mehrkosten Ökostrom (Mehrkosten im Ankauf gegenüber dem Ankauf von Axpo-Normalstrom, abzüglich erzielte Mehrerlöse)	172
Totalaufwand für umweltrelevante Massnahmen	353

Verkehrsbetriebe

Im Berichtsjahr legten die rund 150 Fahrdienstmitarbeitenden mit den 70 Bussen etwa 3,7 Mio. km zurück. Dabei wurden mehr als 20 Millionen Fahrgäste sicher und mit steigendem Komfort an ihr Ziel gefahren. Insbesondere die neuen, vollklimatisierten Fahrzeuge erhielten bei den hohen Sommertemperaturen mehrheitlich grosses Lob. Ebenso fanden die neuen Nachtverbindungen an den Wochenenden grosses Interesse.

Trotz diesen stolzen Leistungen standen die Massnahmen zur Steigerung der Zufriedenheit der Kundschaft und der Mitarbeitenden im Mittelpunkt der Geschäftsaktivitäten. Eine neue Strategie wurde erarbeitet, die Personalkommission wurde neu organisiert und deren Mitglieder neu gewählt. Mit zwei Personalanlässen konnte der Dialog mit den Mitarbeitenden verstärkt und wichtige Informationen aus dem Unternehmen direkt kommuniziert und erläutert werden. Mit gezielten Angebotsanpassungen, der Einführung des ZVV-Nachtnetzes, dem Einsatz von Reinigungspersonal am HB und Sicherheitsleuten in den Fahrzeugen steigerten die WV den Kundennutzen massgeblich. Zur weiteren Verbesserung des Reisekomforts wurde die Ersatzbeschaffung von Diesel- und Trolleybussen in die Wege geleitet, so dass Anfang 2004 die Bestellung ausgelöst werden kann.

Zur Beurteilung und zur Sicherung der Qualität der verschiedenen Dienstleistungen und der Infrastruktur haben die WV ein Testkundenkonzept ausgearbeitet, welches ab Februar 2004 eingeführt wird. Aufgrund der jeweiligen Ergebnisse können rasch entsprechende Verbesserungsmassnahmen ergriffen werden.

Aufwand und Ertrag

Die Rechnung schliesst mit einem Totalaufwand von Fr. 34 936 572.05 und einem Totalertrag von Fr. 36 124 868.74 ab. Der Überschuss von Fr. 1 188 296.69 wird der Betriebsreserve zugewiesen. Die Einlage in die Betriebsreserve ist die Differenz zwischen budgetiertem Leistungsentgelt (Basis Gesamtaufwand ZVV-Voranschlag) und effektivem Aufwand der Laufenden Rechnung.

Der Personalaufwand liegt im Rahmen der Budgetvorgaben, trotz geringerer Produktivität im Fahrdienst. Die aufgrund der hohen Zahl unfall- und krankheitsbedingter Absenzen verursachten Kosten wurden durch Lohnrückerstattungen weitgehend kompensiert.

Der Sachaufwand liegt weit unter Budget, da der geplante Fahrleitungsunterhalt nicht vollumfänglich realisiert und durchgeführte Revisionen teilweise wesentlich günstiger abgeschlossen wurden. Weitere Faktoren sind: Busreinigungen erfolgten vermehrt mit eigenem Personal statt mit Aufträgen an Dritte, markant günstigere Einkaufspreise für Dieselöl und Beschränkung des Gebäudeunterhalts auf das Notwendige.

Die Kapitalkosten (Zinsen und Abschreibungen) entsprechen genau den Budgetvorgaben.

Die Einnahmen sind höher als budgetiert. Erfreulich haben sich die Werbeeinnahmen infolge Mehreinnahmen bei den neuen Werbemedien und an den Haltestellen entwickelt. Bei den Extrafahrten war die Nachfrage gegenüber den Vorjahren leicht rückläufig.

Die Betriebsreserve weist folgende Zahlen aus:

Betriebsreserve	Einlage Fr.	Entnahme Fr.	Saldo Fr.
Betriebsreserve per 1.1.2003			922 234.33
Rückzahlung an Zürcher Verkehrsverbund		- 824 095.95	
Diverse Personalaktionen		- 22 521.74	
Ergebnis Rechnung	1 188 296.69		
Betriebsreserve 31.12.2003			1 263 913.33

Direktion

Neue Personalkommission

Zur besseren Vertretung der Interessen des Personals haben sich die seit Jahren bestehende Betriebskommission und die Unternehmensleitung entschlossen, die Personalvertretung breiter abzustützen.

Ab 2004 nimmt eine Personalkommission (PK) die Rechte und Anliegen der Mitarbeitenden in den allgemeinen betrieblichen Belangen wahr. Die Kommission setzt sich aus drei Mitarbeitenden aus dem Fahrdienst, je einem Mitarbeitenden aus den Bereichen Technik und Verwaltung sowie zwei Delegierten des Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD), einem Mitarbeitenden des Personalverbands Stadt Winterthur (PvW) und drei Mitgliedern der Geschäftsleitung zusammen.

Marktverantwortung

Teilnetzstudie 2020

Die im Berichtsjahr mit fachlicher Unterstützung eines Verkehrsingenieurbüros ausgearbeitete Teilnetzstudie berücksichtigt die absehbare Entwicklung in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Konsum und Freizeit bis ins Jahr 2020. Das Busnetz wurde hinsichtlich der Netzerweiterung, der möglichen Linienverknüpfungen, der weiteren Systematisierung des Fahrplans und der optimalen Umsteigebeziehungen überprüft. Das Ergebnis dieser Studie ist ein umfassender Massnahmenkatalog, welcher schrittweise auf Grund der tatsächlich eingetroffenen Entwicklung und der jeweils zur Verfügung stehenden Finanzmittel umgesetzt werden soll.

Angebotsverbesserungen im Dezember

Das Wachstumsgebiet in Hegi wurde mit dem öffentlichen Verkehr besser erschlossen. Mit dem finanziellen Engagement der Stadt Winterthur konnten auf der Linie 680 Taktlücken geschlossen werden; in Zusammenarbeit mit der Firma Postauto werden werktags zwei zusätzliche Kurse gefahren.

Nachtbus – eine Erfolgsgeschichte

Im Dezember 2002 wurde das ZVV-Nachtnetz in Betrieb genommen. Die vom Zürcher Verkehrsverbund gesetzte Vorgabe, innerhalb zweier Jahre pro Nacht 4700 Fahrgäste zu transportieren, konnte im Berichtsjahr bereits zu mehr als 90 % erreicht werden. Sieben der insgesamt 32 ZVV-Nachtbuslinien bedienen ab dem Winterthurer Hauptbahnhof die wichtigsten Stadtquartiere und die Nachbargemeinden. Drei Linien werden durch die Firma Postauto und vier durch die WV betrieben.

Mit durchschnittlich 150 bis 170 Fahrgästen pro Freitagnacht und 280 bis 300 Fahrgästen pro Samstagnacht leisten die WV einen wertvollen Beitrag zu diesem sehr erfreulichen ZVV-Ergebnis.

Auf Mitte Dezember wurde die Linie N66 Winterthur – Nürensdorf – Kempththal derart korrigiert, dass dieser Kurs bei Bedarf auch nach Bassersdorf verkehrt.

Neue WV-Strategie

Der Stadtrat hat die Strategie für die Jahre 2003 bis 2006 genehmigt, welche unter Berücksichtigung der Vorgaben der Stadt und des Zürcher Verkehrsverbundes sowie der ökonomischen Rahmenbedingungen des öffentlichen Verkehrs erarbeitet wurde. Die Strategie zielt darauf ab, die Kundenorientierung bei allen Mitarbeitenden weiter zu vertiefen, bestehende Leistungen laufend zu optimieren und neue Leistungen im marktverantwortlichen Gebiet zu übernehmen.

Betrieb

Kundenorientierung als zentrales Thema der Fahrpersonalschulung

Die alljährlich stattfindenden Schulungskurse für das Fahrpersonal waren im Berichtsjahr dem Thema «Kundenorientierung» gewidmet. Neben allgemeinen Verhaltensregeln stand insbesondere die Fahrgastinformation im Vordergrund. Weitere Themen waren der Umgang mit Konflikten, Reklamationen und Stressfaktoren.

Testkundenkonzept

Als Teil der Qualitätssicherung setzen die WV ein Testkundenkonzept um, das rund fünfzig Qualitätsmerkmale für die Belange der Fahrdienstleistung, Fahrzeuge, Haltestellen, Verkaufsstellen und Fahrausweiskontrolle umfasst.

Mit dem neuen Konzept wollen die WV die Qualität in jeder Hinsicht dauernd überprüfen, die Dienstleistungen schneller optimieren und damit die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs weiter steigern.



Die «Securitrans» im Einsatz

Das Konzept wurde in der ersten Jahreshälfte zusammen mit Personalvertretern erarbeitet und konnte Mitte Jahr an den Personalorientierungen vorgestellt werden. Im Laufe des Herbstes wurden die Testkunden/Testkundinnen ausgewählt und für den schwierigen Einsatz gezielt geschult.

Aufbau der Leitstelle

Im September hat der Verkehrsrat des Kantons Zürich den Aufbau eines verbundweiten Leitsystems beschlossen. Einerseits soll dank neuer Technologie der Fahrgast zu Hause, an den wichtigen Haltestellen und im Bus über Internet, Lautsprecher und Bildschirm Informationen bezüglich Verspätungen, Abfahrts- und Ankunftszeiten erhalten. Andererseits wird die Leitstelle über entscheidend mehr Betriebsinformationen verfügen, um damit auf Verkehrsbehinderungen, Störungen und Pannen adäquat reagieren zu können.

In Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund wird im Herbst 2004 das Pilotprojekt in Winterthur realisiert und ab 2005 eine wesentliche Qualitätsverbesserung für die Kundschaft ermöglichen.

Leistungsspiegel

Aufwand/Einnahmen		2002	2003	ABW %
Personalaufwand	Tausend Fr.	22 627	23 472	3,7
Sachaufwand	Tausend Fr.	6 384	6 927	8,5
Kapitalaufwand	Tausend Fr.	4 002	4 192	4,7
Transportbeauftragter	Tausend Fr.	331	346	4,5
Total Aufwand	Tausend Fr.	33 344	34 937	4,8
Total Nebeneinnahmen	Tausend Fr.	2 228	2 264	1,6

Gesamtaufwand pro Betriebskilometer

Personalaufwand	Fr. / km	6,01	5,94	- 1,2
Sachaufwand	Fr. / km	1,69	1,76	4,1
Kapitalaufwand	Fr. / km	1,06	1,06	0,0
Total Betriebskilometer	Fr. / km	8,85	8,76	- 1,0

Personalbestand per 31.12.

Direktion und Verwaltung	Anzahl Pensen	19,80	20,90	5,6
Betrieb und Fahrpersonal	Anzahl Pensen	158,60	160,00	0,9
Technik und Werkstatt	Anzahl Pensen	29,75	29,40	- 1,2
Total Personalbestand		208,15	210,30	1,0

Fahrzeugbestand per 31.12.

Gelenktrolleybusse	Anzahl	31	31	0,0
Standardautobusse	Anzahl	31	31	0,0
Gelenkautobusse	Anzahl	13	13	0,0
Total Fahrzeuge	Anzahl	75	75	0,0

Betriebskilometer

Stadt:	Trolleybusse	km	1 694 941	1 639 686	- 3,3
	Autobusse	km	1 354 727	1 414 980	4,4
	Total Stadt	km	3 049 668	3 054 666	0,2
Region:	Winterthur – Flughafen	km	534 546	522 791	- 2,2
	Winterthur – Elsau	km	68 446	76 233	11,4
	Winterthur – Dättlikon	km	89 893	119 303	32,7
	Winterthur – Gundetswil	km	19 787	48 586	145,5
	Brütten – Effretikon	km	3 499	90 333	0,0
	Nachtbusse	km	1 869	33 340	0,0
	Total Region	km	718 040	890 586	24,0
Total Stadt und Region		km	3 767 708	3 945 252	4,7

Energie-Verbrauch

Fahrstrom	kWh	5 139 670	5 081 720	- 1,1
Dieselöl	Liter	943 121	1 109 846	17,7

Index

Landesindex (Basis Mai 2000 = 100)				
Stand Dezember	Punkte	102,20	102,80	0,6

Forstbetrieb

Der Hitzesommer blieb nicht ohne Folgen für den Wald: Das hohe Aufkommen von Borkenkäferholz machte ab August die leichte Erholung des Holzmarktes zunichte. Dank grosser Anstrengungen zur Käferbekämpfung seit dem Orkan Lothar hielten sich die Käferschäden im Stadtwald in Grenzen. Im Hinblick auf die ungünstige Holzmarktlage hat der Forstbetrieb nur 79 Prozent des Hiebsatzes – der nachhaltig nutzbaren Holzmenge – geerntet und verkauft. Die freie Arbeitskapazität wurde für das Realisieren subventionierter Naturschutzprojekte, zusätzlicher Sicherheitsholzerei an kritischen Waldrändern sowie für verrechenbare Dienstleistungen innerhalb und ausserhalb der Stadtverwaltung eingesetzt.

Kennzahlen, mittelfristige Entwicklung

Die Orkane Vivian (1990) und Lothar (1999) mit den nachfolgenden Schäden durch Borkenkäfer haben das Forstwesen der vergangenen 15 Jahre massgeblich geprägt. Die durchschnittlichen Stammholzerlöse sind seit 1990 um 39 Prozent auf 86 Franken pro Kubikmeter im Jahr 2003 eingebrochen. Die geringe Erholung seit dem Jahr 2000 dürfte im kommenden Jahr durch weitere Borkenkäferschäden verzögert werden.

Nutzungsmenge und durchschnittlicher Stammholzerlös sind die wichtigsten Einflussfaktoren für den Ertrag des Forstbetriebes. Dank massiver Steigerung der Erträge aus Dienstleistungen sowie aus dem Verkauf von Holzschnitzeln konnte der Minderertrag beim Stammholzverkauf nach dem Orkan Lothar teilweise kompensiert werden.

Mittels Mechanisierung, Einsatz spezialisierter Unternehmer und grossem Einsatz sowie hoher Qualifikation des eigenen Personals wurde die Anzahl Stellen von 35 im Jahr 1990 auf 25 im Jahr 2003 – bei einem heute breiteren Spektrum von Arbeiten – reduziert.

Höhere Nutzung und gezielter Einsatz von Unternehmern – insbesondere für die Produktion von Holzschnitzeln – sind die wichtigsten Faktoren für den höheren Aufwand.

Produktionsgrundlagen

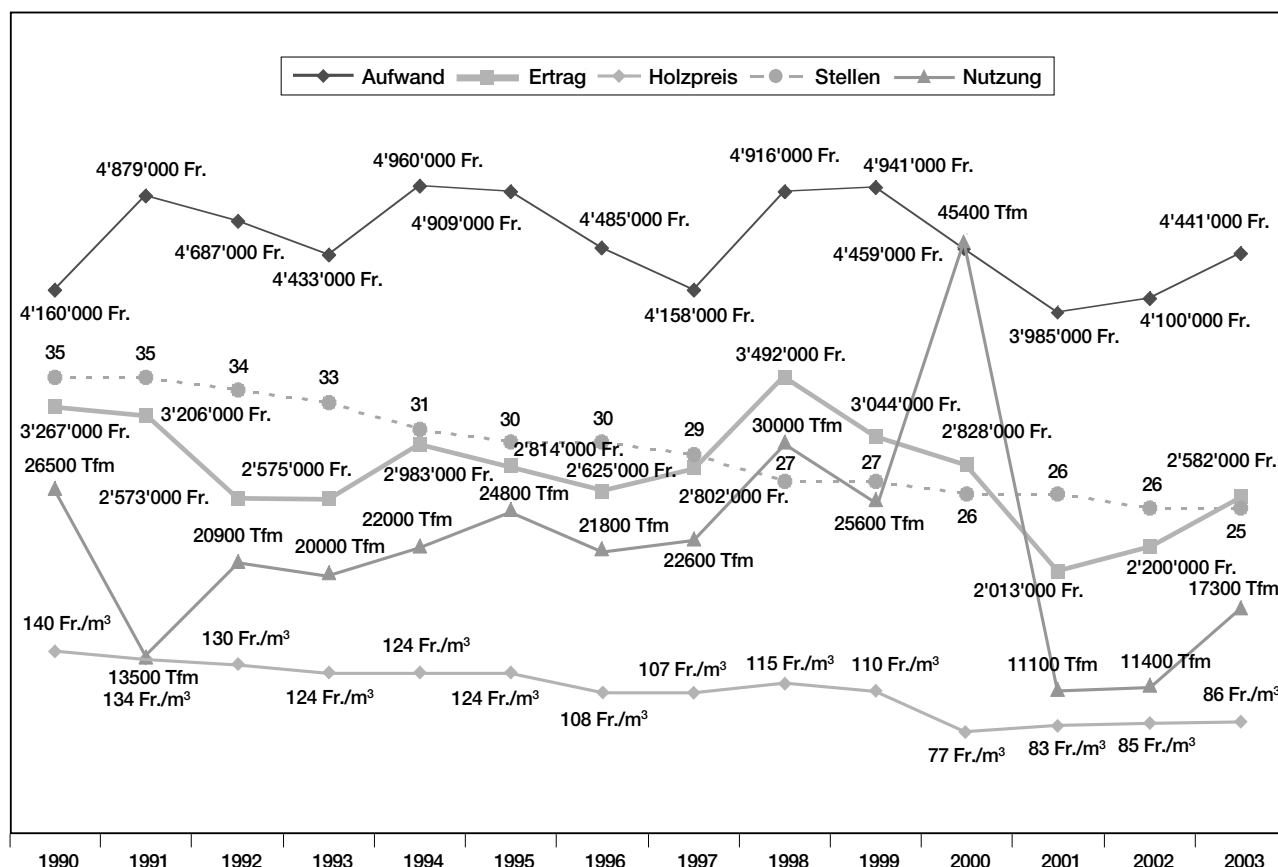
Flächenverhältnisse

Die durch den Forstbetrieb Winterthur betreute Fläche beträgt unverändert 1926 Hektaren (1903 ha Wald, 17 ha Kulturland und 6 ha ertragsloses Land).

Öffentlichkeitsarbeit, Forstumgang

Das UNO Jahr des Süsswassers wurde im Rahmen des offiziellen Anlasses zum Internationalen Tag des Waldes im Leisental sowie am erfolgreichen Informationsstand des Forstbetriebes an der Messe für Haus und Garten (HAGA) thematisiert. Mit über 100 Hektaren «Grundwasserschutzwald» ist der Stadtwald von herausragender Bedeutung für die gute Winterthurer Trinkwasserqualität.

Der erweiterte Internetauftritt (www.forstbetrieb-winterthur.ch; www.wald-winterthur.ch; www.bruderhaus.ch) vermittelt einen breiten Überblick über die Leistungen des Stadtwaldes und des Forstbetriebes. Online sind neu Reservationen von Waldhütten, Holzbestellungen, Buchung von Führungen und Offertanfragen für Dienstleistungen möglich.



Auf breite Beachtung stiess das erneut bestandene FSC-Kontrollaudit. Die Produkte des Forstbetriebes dürfen für ein weiteres Jahr das FSC-Label für nachhaltige, sozialverträgliche Waldbewirtschaftung des Weltforstrats (Forest Stewardship Council) tragen.

Am Forstungang des Grossen Gemeinderates vom 13. September im Raum Leisental wurde über die vielfältigen Zusammenhänge zwischen Waldpflege und Grundwasserschutz orientiert.

Zusammen mit dem Strasseninspektorat und der Stadtgärtnerei hat der Forstbetrieb zum dritten Mal am erfolgreichen Clean-up-day vom 12./13. September in Winterthur mitgewirkt.

Arbeitssicherheit

Verbesserungen in den Bereichen Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Schutz von Drittpersonen und Sachwerten sind Daueraufgaben. Es ist gelungen, die Anzahl Unfälle pro Mitarbeitenden und Jahr kontinuierlich von 0,59 im Jahre 1994 auf 0,23 im Jahr 2003 zu senken. Besonders erfreulich ist, dass sich im Berichtsjahr kein schwerer Unfall ereignet hat. Damit konnte die SUVA-Unfallversicherungsprämie des Forstbetriebes von 150 000 Franken im Jahr 1994 auf 104 000 Franken gesenkt werden.

Im Frühjahr wurden die Anstrengungen im Bereich Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit mit der Verleihung der Auszeichnung «Vorbildlicher Forstbetrieb» der SUVA honoriert.

Waldstrassen und -wege

Neubekiesungen von Waldstrassen wurden aus Kostengründen nur sehr zurückhaltend und konzentriert auf wichtige Fusswegverbindungen sowie Hauptabfuhrachsen für das Holz vorgenommen. Die Bruderhausstrasse wurde aus Gründen der Verkehrssicherheit unter

Projektleitung des Strasseninspektorates mit Randverstärkungen und einer Heissmischtragschicht im Hoch-einbau versehen.

Revier	Strasse	Länge	Massnahme
Eschenberg	Bruderhausstrasse	1483 m'	Randverstärkung, HMT
	Gullimmoosstrasse	591 m'	Neubekiesung, Einbau mit Grader
	Vordere Krebsbachstrasse	284 m'	Neubekiesung, Einbau mit Grader
	Obere Vogelsangstrasse	484 m'	Neubekiesung, Einbau mit Grader
	Breiteholzflussweg	688 m'	Sanierung, Zivilschutzzeinsatz
Wülflingen	Jägerfussweg	220 m'	Sanierung Treppe, 60 % der Weglänge
	Untere Beerenbergstrasse	500 m'	Neubekiesung, Einbau mit Grader
Wolfensberg	Fussweg Hoh Wülflingen	516 m'	Sanierung, Zivilschutzzeinsatz
	Pfaffenstaudenstrasse	237 m'	Neubekiesung, Einbau mit Wegbaugerät
Total		5003 m'	

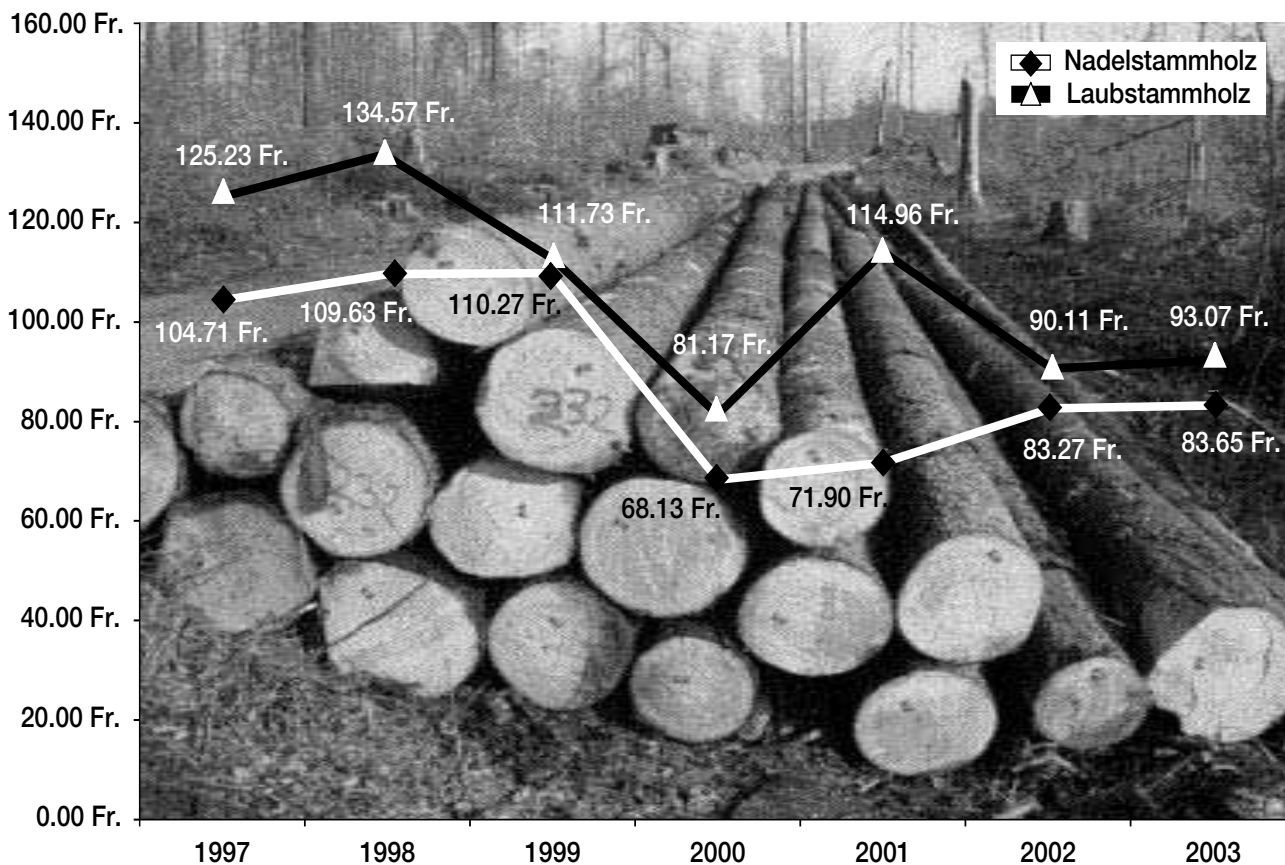
Das im Herbst fertiggestellte Konzept Strassenunterhalt im Stadtwald weist den 174 314 Laufmetern Waldstrassen und Waldwegen einen bedürfnisgerechten Unterhaltsstandard zu. Durchschnittlich sind jährlich mindestens 5000 Laufmeter Waldstrassen und Wege zur Substanzerhaltung zu unterhalten.

Für die schonendere Erschliessung der Waldungen wurden im Revier Eschenberg 200 m' Maschinenwege ausgebessert.

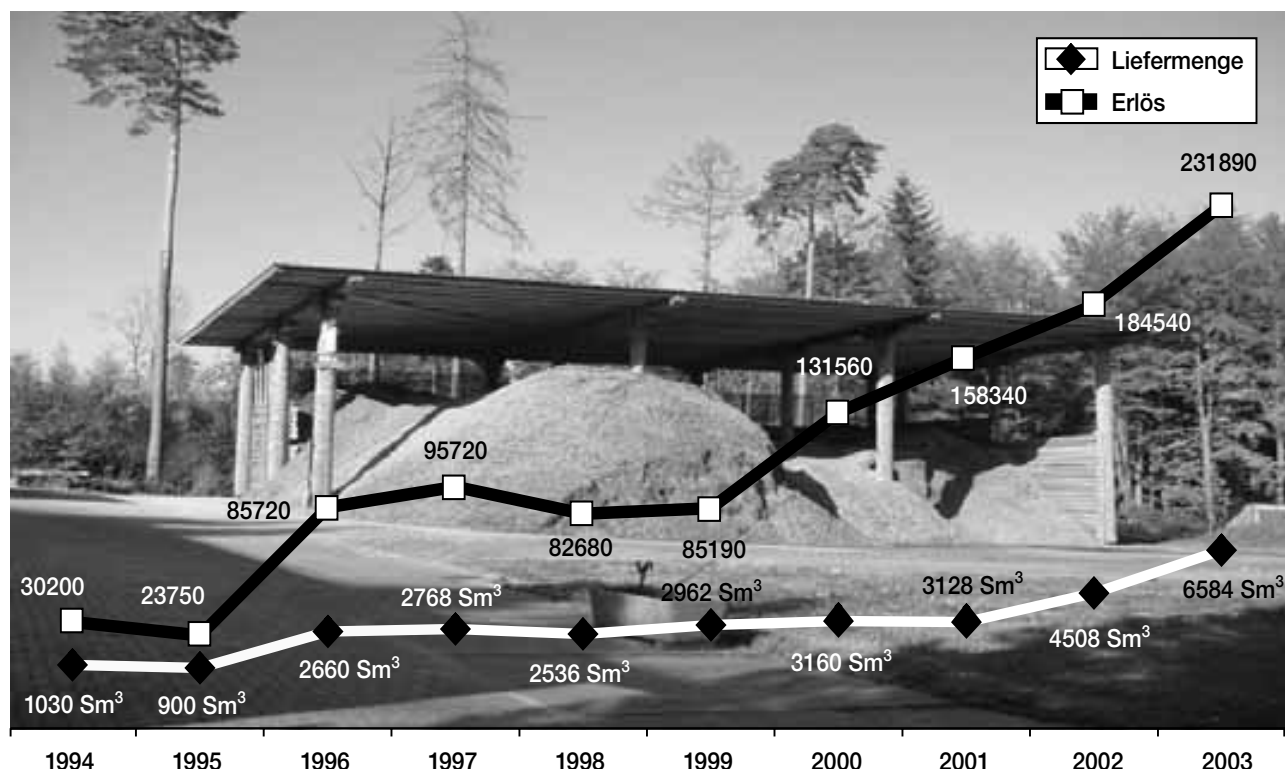
Holz

Holzernte und Verkauf

Wegen der schwierigen Holzmarktlage wurden vom 1. September 2002 bis 31. August 2003 im Stadtwald nur 19 200 Tfm Holz, das entspricht 79 % des Hiebsatzes, geerntet. Aus Durchforstungs- und Lichtungsschlägen stammen 8800 Tfm und aus Räumungen 5100 Tfm. Im Weiteren resultieren aus Zwangsnutzungen beschädigter Bäume als Folge des Orkans Lothar 3500 Tfm und 1800



Schnitzel: Mengen und Erlöse 1994 bis 2003



Tfm vom Borkenkäfer befallenes Holz. Damit liegen die Borkenkäferschäden wesentlich unter dem schweizerischen und regionalen Durchschnitt, was insbesondere den konsequenten Massnahmen des Forstbetriebes zu verdanken sein dürfte.

Nutzung im Forstjahr 2003 in Tariffestmetern

Wirtschaftsteil	Fläche ha	Hiebsatz Tfm	Nutzung Tfm	± %
Eschenberg	757	10 000	8 900	- 11
Lindberg	199	2 800	2 200	- 22
Brühlberg	132	1 400	1 100	- 22
Kümburg	181	2 400	1 700	- 29
Töss	83	850	300	- 65
Wüflingen	257	2 800	1 700	- 39
Wolfsberg	83	1 100	1 500	+ 36
Seen	183	2 500	1 600	- 36
Hornsäge	28	450	200	- 56
Total	1 903	24 300	19 200	- 21
Vorjahr	1 903	24 300	12 500	- 49

Die verkaufsfertig aufgerüsteten 17 300 m³ Holz setzen sich aus folgenden Hauptsortimenten zusammen:

	2003 m³	2003 %	2002 m³	2002 %
Nadelstammholz	9 300	54	5 500	49
Laubstammholz	2 700	16	1 900	17
Industrieholz	800	4	300	2
Brennholz	4 500	26	3 600	32
Total	17 300	100,0	11 300	100,0

Der Stammholzmarkt hat sich seit dem Orkan Lothar noch nicht wesentlich verbessert. Die Durchschnittserlöse für Laubstammholz von Fr. 93.07 je m³ und für Nadelstammholz von Fr. 83.65 je m³ liegen nach wie vor wesentlich unter dem Niveau vor dem Sturm.

Der Energieholzmarkt entwickelte sich hingegen weiterhin erfreulich. In der Heizzentrale «im Gern» der Städtischen Werke Winterthur konnte im Oktober der zweite Kessel in Betrieb genommen und die Wärmeproduktion massiv gesteigert werden. Der Schnitzelabsatz belief sich damit auf beachtliche 6500 Sm³ bei einem Verkaufserlös von 231 890 Franken; ab 2004 ist bei Vollbetrieb «im Gern» nochmals mit einer Umsatzsteigerung zu rechnen.

Verjüngung und Jungwaldpflege

Der überwiegende Teil der Waldverjüngung erfolgte natürlich. Zur Ergänzung der Baumartenpalette wurden im Berichtsjahr insgesamt 350 Lärchen, 640 Douglasien, 120 Ahorn, 100 Kirschbäume, 30 Schwarzerlen und 30 Eichen gepflanzt.

Im Laufe des Sommers wurden 28 Hektaren Jungwüchse und Dickungen gepflegt. 22 Hektaren Stangenhölzer wurden durchforstet und – wo sinnvoll – wertgeastet. Auf 33 Hektaren wurde Schlagpflege ausgeführt und auf 10 Hektaren Nieten gerupft.

Bildung, Erholung und Sport im Wald

Forstmeister, Förster und Forstwarte haben mehr als 500 Stunden Exkursionen und Waldführungen für Schulklassen, Vereine und Privatpersonen geleitet oder Referate zu verschiedensten Themen gehalten.

Ein Höhepunkt des Jahres war der offizielle Anlass zum Internationalen Tag des Waldes am 21. März mit dem Thema Wald und Grundwasser. Der Forstbetrieb organisierte mit Unterstützung der Städtischen Werke einen Wald-Wasser-Tag für zwölf Oberstufenschulklassen im oberen Leisental. Mit Informationsposten und einem Wettbewerb konnten rund 250 Schülerinnen und Schüler über die vielfältigen Zusammenhänge zwischen Wald und Grundwasserschutz orientiert werden.

Die Erholungsanlagen im Wald (250 Sitzbänke, 58 Hütten, 37 Grillplätze und 29 Brunnen) wurden gemäss Plan unterhalten. An der Sädelrainstrasse beim Chölberg realisierte der Forstbetrieb mit Unterstützung des Ortsvereins Seen einen kleinen Rastplatz.

Mit dem Bau eines neuen Unterstandes beim Start des Vitaparcours und der Finnenbahn wurden die Sanierungsarbeiten an den Sportanlagen auf dem Lindberg abgeschlossen.

Nach wie vor Probleme verursachen Abfälle und Depo-nien im Wald, vor allem in der Nähe von Parkplätzen und Erholungsanlagen. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung organisierten das Strasseninspektorat, der Forstbetrieb und die Stadtgärtnerei am 11. und 12. September erfolgreich den dritten Clean up Day in Winterthur.

Wildpark Bruderhaus

Der im März 2002 gegründete Wildparkverein Bruderhaus entwickelt sich erfreulich. Im Berichtsjahr fanden unter anderem Wildparkführungen, der TierTag und ein Arbeitstag unter der Trägerschaft des Wildparkvereins statt.

Tierbestand Ende 2003

Tierart	männlich	weiblich	Jungtiere	Total	Total Vorjahr
Rothirsch	1	4	4	9	9
Damhirsch	1	8	5	14	23
Sikahirsch	2	6	3	11	8
Mufflon	8	5	5	18	17
Wildschwein	1	2	–	3	3
Wildpferd	4	7	2	13	11
Wisent	1	3	1	5	4
Luchs	2	–	–	2	2

Natur-, Landschafts- und Gewässerschutz

Technische Projekte

Naturschutzkonzepte und -projekte dienen der Umsetzung des städtischen Naturschutzkonzeptes im Wald, stellen den zielgerichteten Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel sicher und lösen Naturschutzbeiträge von Bund und Kanton aus. Im Revier Lindberg wurden auf der Basis des 2002 erarbeiteten und genehmigten Nassstandortkonzeptes fünf Weiherysteme neu angelegt. Für das Revier Eschenberg wurde ein Nassstandortkonzept mit dem Ziel erarbeitet, die bereits vorhandenen Weiher ökologisch besser zu vernetzen.

Waldbauliche Projekte

Das Waldrandpflegekonzept wurde abgeschlossen und vom kantonalen Amt für Landschaft und Natur genehmigt. Das Konzept sieht ökologische Aufwertungen für 35 Kilometer Waldränder vor, das entspricht 28 Prozent der gesamten Waldrandlänge auf Stadtgebiet. Auf der Basis des genehmigten Konzeptes können Beiträge des Bundes und des Kantons an die Waldrandpflege ausgelöst werden. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 5495 Laufmeter Waldränder gepflegt.

In den Flächen des Inventars der Waldstandorte von naturkundlicher Bedeutung konnten umfangreiche Pflegemassnahmen mit dem Ziel realisiert werden, lichte Wälder zu schaffen. Folgende Objekte wurden gepflegt: Bannhalden/Tössrain, Chöpfli, Hulmen-Süd, Isler, Neuburg-Süd und Stadtacher.

Wald und Wild

Der Rotwildbestand (Rothirsch) auf dem Eschenberg verunmöglicht nach wie vor die nachhaltige Verjüngung des Waldes mit standortgerechten Laubbäumen. Die kantonale Fischerei- und Jagdverwaltung hat zusammen mit der kantonalen Abteilung Wald und dem Forstbetrieb Winterthur ein Gutachten für Verbesserungen in Auftrag gegeben.

Im ganzen Betrieb wurden 60 Laufmeter Einzäunungen und 1550 Stück Einzelschutz erstellt und 800 Laufmeter ausgediente Zäune entfernt.

Objektschutz

Entwässerungen und Verbauungen

Der günstige Witterungsverlauf führte dazu, dass keine ausserordentlichen Reparaturen an Entwässerungsanlagen und Verbauungen vorgenommen werden mussten.

Sicherheitsholzerei

Im Revier Lindberg waren weitere durch den Orkan Lothar und die extreme Sommertrockenheit beschädigte Bäume zu fällen.

Im Wald und am Waldrand – in Unterschreitung des gesetzlichen Waldabstandes – realisierte Bauten und Infrastrukturen erfordern intensive Kontrollen des angrenzenden Waldbestandes und teilweise extrem aufwändige, teure Holzschläge zum Entfernen beschädigter Bäume. Im Berichtsjahr wurden in der Laubegg, an der Turmhaldenstrasse, am Goldenberg, im Steglitobel und an der Tössstrasse bei den Püntenarealen derartige Holzschläge ausgeführt.

Verrechenbare Dienstleistungen

Zum Ausgleich des Umsatztiefs beim Produkt Holz wurden vermehrt Aufträge, primär innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch beim Kanton und bei Privaten durchgeführt. Die gute Zusammenarbeit mit der Stadtgärtnerei, dem Strasseninspektorat und dem Sportamt ermöglichte das Nutzen von Synergien und die Reduktion von Fremdkosten für die Stadtverwaltung. Wichtige Aufträge waren die Grünplanung und Leitung der Holzereiarbeiten entlang der SBB-Strecken im Raum Winterthur, die Sicherheits-holzerei entlang der Eulach im Auftrag des AWEL, zahlreiche Spezialaufträge in Parkanlagen und Gärten sowie ein umfangreicher Auftrag zur Waldrandpflege beim Bau des Golfplatzes Rossberg.

Nichtverrechenbare Verwaltungstätigkeiten- und hoheitliche Aufgaben

Neben den ordentlichen, durch die Waldgesetzgebung festgelegten Forstpolizeiaufgaben und den Querschnittsaufgaben innerhalb der Stadtverwaltung, bedingten die Vorbereitungen für die Orientierungslauf-Weltmeisterschaft auf dem Eschenberg einigen Zusatzaufwand. Im Berichtsjahr wurden Bewilligungen für 24 Veranstaltungen, 68 Fahrbewilligungen für Veranstaltungen, 125 Bewilligungen für die Zufahrt zu Waldhütten und 77 für diverse Vorhaben im Wald erteilt.

Stadtgärtnerei

Die Stadtgärtnerei ist mit den etwa 100 Mitarbeitenden massgeblich für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt in den Bereichen Freiraum und Naturschutz besorgt. Sie pflegt das öffentliche Grün in Park-, Schul-, Sport- und Verkehrsanlagen und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zum positiven Erscheinungsbild und zum Stadtmarketing Winterthurs. Im Friedhof- und Bestattungswesen gewährleistet sie harmonische Abläufe und einen pietätvollen Umgang mit Verstorbenen und Angehörigen.

Die wichtigsten Projekte des Berichtsjahres waren der Neubau des Krematoriums und die Renovation der Abdankungskapelle im Friedhof Rosenberg. Im November konnten die beiden Bauten eingeweiht und der Betrieb aufgenommen werden. Ein bedeutender Schritt für die Freiraumentwicklung der Stadt konnte mit dem Abschluss des Projektwettbewerbs Eulachpark in Oberwinterthur vollzogen werden. Der Internetauftritt der Stadtgärtnerei wurde anfangs Jahr aufgeschaltet und ermöglicht unter www.gartenstadt.ch einen umfassenden Überblick über die Aufgaben und Dienstleistungen der Stadtgärtnerei.

Hauptabteilung Planung / Naturschutz

Drei Mitarbeiter, zwei Mitarbeiterinnen (4 Stellen) und ein Lehrling Landschaftsbauzeichner bearbeiten das vielfältige Aufgabenspektrum dieser Hauptabteilung. Gestaltungskonzepte, Umgebungsprojekte, Pflegepläne für Grünanlagen und Friedhöfe, Naturschutzprojekte, Beurteilen von Baugesuchen, Erfassen und Bearbeiten des Baum- und Grünflächenkatasters konnten mit Hilfe von EDV-Applikationen (CAD, Geografisches Informationssystem und Bauadministration) realisiert werden. Rund 40 % der Tätigkeit entfallen auf hoheitliche Aufgaben und Grundlagenbewirtschaftung. 60 % werden in Zusammenarbeit mit städtischen und kantonalen Verwaltungsstellen für Freiraum- und Objektplanung sowie für die Planung im Bereiche des Naturschutzes aufgewendet. Einzelne Aufträge wurden an private Büros für Landschaftsarchitektur vergeben.

Bearbeitete Projekte Freiraumplanung:

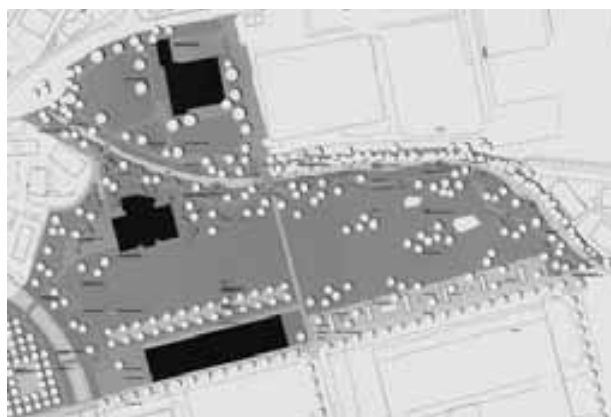
- Umsetzung Alleekonzept: Sulzer-Allee, Rümikerstrasse, Hintermühlestrasse
- Friedhöfe Wülflingen und Oberwinterthur: Urnennischenanlagen
- Vorortsfriedhöfe: Baum- und Grünflächenkataster, Belegungspläne
- Stadtgarten/Stadthaus: Entwicklungskonzept
- Juchpark Veltheim: Umgestaltungsprojekt
- Spielplatz Steglitobel: Bauprojekt
- Frohbergpark: Bestandesaufnahmen, gartendenkmalpflegerisches Gutachten
- Spielplatz «Chlösterli» Iberg: Ausführungsprojekt und Bauleitung
- Schulhaus Talhofweg: Mitwirkung Projektwoche «Biotop»
- Schulhaus Hohfurri: Ausführungsprojekt und Bauleitung Pausenplatz
- Schulhaus Lindberg: Instandstellung Laufbahn und Spielwiese
- Michaelschule: Bauleitung Sanierung Pausenplatz
- Projektwettbewerb Eulachpark Oberwinterthur.

Bearbeitete Projekte Naturschutz:

- Organisation und Aufsicht der Pflegearbeiten der rund 200 Natur- und Landschaftsschutzobjekte

- Projekt Vernetzung Landschaftsraum Iberg: ergänzende Bestandsaufnahmen und EDV-Erfassung der Daten
- Standaktionen im Wildpark Bruderhaus: «Wildstauden» und «Hochstamm-Obstgärten»
- Naturschutzgebiet Lantig: Projekt- und Baubegleitung
- Ökologische Ausgleichsflächen: 50 Aren Buntbrachen, 80 Aren «Magerwiesen».

Der Wettbewerb zur Gestaltung des Eulachparks wurde zu Gunsten des Projektes «CUBE», welches vom Luzerner Landschaftsarchitekten Stefan Koepfli eingereicht wurde, entschieden.



Plan Eulachpark

Hauptabteilung Grünanlagen

Seit Anfang des Berichtsjahres leitet Hannes Schneider diese Hauptabteilung und ist mit den rund 50 Mitarbeitenden (46,4 Stellen) verantwortlich für die fachgerechte Pflege der 90 öffentlichen Anlagen, der 100 Schul- und Kindergartenanlagen, der 24 Rasensportplätze und des Grünraumes im Verkehrsbereich – nebst Kinderspielflächen und zahlreichen städtischen Naturschutzobjekten.

Organisatorisch ist die Hauptabteilung Grünanlagen in vier Reviere, eine Regie- und eine Logistikgruppe eingeteilt. Das Revier 2 ist für die Quartiere Altstadt, Töss und Breite zuständig und basiert auf den zwei Stützpunkten Lindengut und Froberg. Das Revier 3 pflegt vom Stützpunkt Wartstrasse aus die Anlagen in Wülflingen und Veltheim. Für Oberwinterthur ist das Revier 4, mit Standort an der Frauenfelderstrasse, zuständig. Das Revier 5 betreut Seen und Mattenbach vom Stützpunkt Tiefenbrunnen aus. In diesem Revier ist auch die Naturschutzgruppe integriert. Die Regiegruppe ist insbesondere für die Rasenpflege und den baulichen Unterhalt der Anlagen zuständig. Die Logistikgruppe ist in den Gebäulichkeiten der Stadtgärtnerei an der Hochwachtstrasse domiziliert und betreibt die Werkstatt und das Materiallager sowie die Koordination der Transporte und der Maschineneinsätze.

Nebst den jährlich wiederkehrenden Unterhaltsarbeiten sind ein grösserer Pflegeeingriff im Baumbestand an der Turmhaldenstrasse und die anhaltende Trockenheit im Sommer zu erwähnen. Der Baumbestand an der Turmhaldenstrasse war relativ alt und das dichte Baumdach erschwerte dem Jungwuchs das Wachstum. Etwa 30 Bäume mussten deshalb im Frühjahr gefällt werden, zahlreiche davon auch aus Sicherheitsgründen. Die Fällarbeiten wurden durch den Forstbetrieb sehr sorgfältig ausgeführt, um die Jungbäume nicht zu beschädigen. Ein besonderes Augenmerk galt im Hinblick auf die steilen Böschungen der Gefahr der Bodenerosion. Da es sich bei den Bäumen an der Turmhaldenstrasse um teilweise sehr markante und der Bevölkerung bekannte Exemplare han-

delt, wurde der Eingriff anlässlich einer Medienorientierung vor Ort kommuniziert. Die lang anhaltende Trockenheit bereitete allen Pflanzen grosse Mühe. Die Stadtgärtnerei konzentrierte sich darauf, jüngere Alleebäume zu wässern, verzichtete aber grösstenteils auf das Bewässern von Rasen oder Rabatten. Die Strassenbäume reagieren wesentlich früher und ausgeprägter als Parkbäume auf Wassermangel, da im kiesigen Untergrund wenig Wasser zu finden ist und grosse Teile des Wurzelraumes versiegelt sind. Die Wärmeabstrahlung des Asphalts und der Häuserfassaden wirkt sich ebenfalls negativ auf den Wasserhaushalt der Bäume aus.

Auch in diesem Berichtsjahr beanspruchte die Abfallentsorgung einen wesentlichen Teil der Ressourcen. Mit Unverständnis reagierte die Bevölkerung auf verschiedene mutwillig zerstörte Anlagenteile und Spielgeräte. Insbesondere die Verwüstungen im Rosengarten, wo ganze Sitzbänke aus der Verankerung gerissen und die Böschung hinuntergeworfen wurden, führten zu Reaktionen.

Hauptabteilung Friedhöfe / Gärtnerei

In der Hauptabteilung Friedhöfe/Gärtnerei arbeiten je nach Saison bis zu 46 Mitarbeitende, verteilt auf 32 Stelleneinheiten. Im Weiteren werden drei Lehrtöchter im Beruf «Zierpflanzengärtnerin» und eine als Floristin ausgebildet. Von den Stelleneinheiten entfallen 3 auf die Friedhofverwaltung, 4 auf das Bestattungswesen inklusive Krematorium, 5 auf die Produktion und den Blumenladen sowie 20 auf die Grab- und Friedhofpflege im Rosenberg.

Die Friedhofverwaltung nimmt die Aufträge des Zivilstandsamtes für Aufbahrung, Abdankung, Kremation und Bestattung entgegen und koordiniert diese. Sie berät die Angehörigen bezüglich Blumenschmuck, Grabbepflanzung und -pflege. Auf Wunsch wird für den Grabschmuck ein Pflegevertrag über die gesamte Ruhefrist des Grabes (25 Jahre) abgeschlossen.

Am 6. November konnten das neue Krematorium, die renovierte Abdankungskapelle und die neuen Räumlichkeiten der Friedhofverwaltung feierlich eingeweiht werden. Die Neu- und Umbauten fanden in der Bevölkerung und in den Medien rasch grosse Akzeptanz.

Das Krematorium Winterthur wurde vom 1905 gegründeten Feuerbestattungsverein erbaut und nahm im Januar 1911 den Betrieb auf. In den Dreissigerjahren erfolgten die Umstellung von Kohle- auf Gasbetrieb und der Bau eines zweiten Ofens. 1980 wurde der Feuerbestattungsverein aufgelöst und das Krematorium der Stadt Winterthur übergeben. Mit dem im November fertig gestellten Neubau des Krematoriums und der Renovation der Abdankungskapelle konnte ein weiterer, wichtiger Meilenstein in der Entwicklung des Friedhofs Rosenberg gesetzt werden. Von den zahlreichen Anforderungen an den Neubau standen für die Bauherrschaft drei im Vordergrund:

Erstens galt es, optimale Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden zu schaffen, die in einem psychisch und körperlich sehr anspruchsvollen Beruf tätig sind. Durch die Gestaltung des hohen, lichtdurchfluteten Hauptraums ist es den Architekten hervorragend gelungen, diese Anforderung zu erfüllen. Der Blick kann ungehindert in die Natur schweifen und lässt die verschiedenen Jahres- und Tageszeiten erleben.

Im Weiteren war das Einhalten der gesetzlichen Bestimmungen – insbesondere der Luftreinhalteverordnung – gefordert. Winterthur hat sich als Betreiberin des Krematoriums zum Ziel gesetzt, vorbildlich mit den Ressourcen und der Umwelt umzugehen. In Zusammenarbeit mit den kantonalen Instanzen konnte eine Rauchgasreinigungsanlage nach neuestem Stand der Technik installiert werden.

Als dritte Anforderung ist die sorgfältige Gestaltung und Materialwahl zu nennen. Die gesamte Friedhofanlage ist im «Verzeichnis der kunst- und kulturhistorischen Schutzobjekte von überkommener Bedeutung» aufgeführt. Deshalb galt es, architektonisch eine Lösung zu finden, die sich in die bestehenden Strukturen einfügt, aber trotzdem eine eigene, starke Präsenz entwickelt und sich nicht unterordnet. In der Folge ist ein charaktvoller, eigenständiger Bau entstanden, der durch seine schnörkellose Gestaltung den hohen Anforderungen an Pietät und Würde gerecht wird.

Die Gestaltung des Hofes mit dem Betonraster und den stählernen Schrifttafeln ist ebenfalls als äusserst gelungen zu bezeichnen. Es ist ein der Andacht und Besinnung dienender Aussenraum entstanden.

Mit grosser Sorgfalt in Planung und Ausführung wurden die Renovationsarbeiten an der Abdankungskapelle durchgeführt. Gezielte Eingriffe und Erneuerungen schaffen in dieser vielgenutzten Kapelle einen religionsneutralen Raum für würdige Abdankungen.

Neu bietet die Stadtgärtnerei im Friedhof Rosenberg sogenannte «Baumgräber» an. In den Waldbereichen wurden drei Standorte bezeichnet, an welchen am Fusse eines vorhandenen oder neu zu pflanzenden Baumes die Asche auch mehrerer Verstorbener beigesetzt werden kann. Die Grabstätten können als Privatgräber für 40 Jahre gemietet werden und finden reges Interesse.

Die Bestattungs- und Grabpflegearbeiten für die Vorfriedhöfe wurden neu ausgeschrieben. Die Vergabe erfolgte für alle vier Friedhöfe an eine Winterthurer Gartenbaufirma.

Die Urnenwand im Friedhof Oberwinterthur konnte fertig gestellt werden. Aufgrund der ungünstigen Bodenverhältnisse können seit einigen Jahren im Friedhof Oberwinterthur keine Erdbestattungen mehr erfolgen, deshalb werden vermehrt Urnenbestattungen gewünscht und die Erdbestattungen im Friedhof Rosenberg vorgenommen. In den 144 Nischen können auf Wunsch der Hinterbliebenen ein oder zwei Urnen bestattet werden.



Krematorium Innenraum



Urnenwand

Initiativen und parlamentarische Vorstösse

Abschreibungen nachgeführt bis 31. Dezember 2003

Pendente Vorstösse

Volksinitiativen

1. Mehr Zug für Winterthur – für den Winterthurer S-Bahn-Vollausbau (Nr. 02-023).

Eingereicht vom Initiativkomitee am 6. März 2002.
Überwiesen am 8. April 2002.
Am 2. Juli 2003 vom Stadtrat Fristverlängerung beantragt.
Am 25. August 2003 Frist erstreckt bis 6. März 2004.

Einzelinitiativen

1. Erhaltung der Lebensqualität von Iberg, Eidberg, Weiherhöhe, Gotzenwil, Seen, Oberseen und Sennhof durch eine finanzielle Unterstützung des Vereins «Fluglärmsolidarität» (Nr. 02-118).

Eingereicht von Michael Hohl, Mirka Pfister Hohl, Sefan Hohl, Rahel Pfister Hohl, Hans Gut und Rosemarie Sennhauser am 13. November 2002.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Beschlussanträge

1. Einreichung einer Behördeninitiative zwecks Erhöhung der Anzahl der Arbeitslosentaggeldbezüge (Nr. 03-053).

Eingereicht von Mona Schwager (SP) am 30. Juni 2003.
Überwiesen an die Erweiterte Ratsleitung am 22. September 2003.

Motionen

Erheblich erklärte

1. Neuüberbauung des Archplatzes (Nr. 86-084).
Eingereicht von Peter Hodel (SP) am 30. Juni 1986.
Erheblich erklärt am 25. April 1988.
2. Ergänzung der Abstellplatzverordnung (Nr. 87-104).
Eingereicht von Stefan Schwerzmann (POCH) am 29. Juni 1987.
Erheblich erklärt am 12. September 1988.
3. Integriertes Verkehrs- und Nutzungskonzept für das Bahnhofgebiet Winterthur (Nr. 89-012).
Eingereicht von Hans Rudolf Lacher (EVP) am 23. Januar 1989.
Erheblich erklärt am 12. März 1990.
4. Bau eines Veloweges zwischen dem Grüntal und dem Schulhaus Büelwiesen (Nr. 89-123).
Eingereicht von Ernst Wohlwend (SP) am 2. Oktober 1989.
Erheblich erklärt am 29. Oktober 1990.
5. Bau einer städtischen Muster-Wohnsiedlung (Nr. 90-003).
Eingereicht von Ernst Wohlwend (SP) am 15. Januar 1990.
Erheblich erklärt am 18. März 1991.

6. Ersatz für die Biotopfunktion des Toggenburgerweihers und Abklärung des möglichen Erholungspotentials (Nr. 99-029).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/LdU/DaP), David Hauser (SP) und Stefano Terzi (EVP) am 15. März 1999.
Überwiesen am 17. Mai 1999.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. November 1999.
Erheblich erklärt am 10. Januar 2000.
Am 9. Juli 2001 Frist bis 30. Juni 2004 erstreckt.

7. Assistenzzuschuss für Menschen mit Behinderung (Nr. 00-078).

Eingereicht von Nina Dorizzi (SP) am 3. Juli 2000.
Überwiesen am 11. September 2000.
Vom Stadtrat beantwortet am 7. März 2001.
Erheblich erklärt am 12. November 2001.
Am 14. April 2003 Frist erstreckt bis 30. Juni 2005.

8. Velounterführung am Hauptbahnhof Nord (Nr. 01-051).

Eingereicht von Haymo Empl (CVP), Matthias Gfeller (Grüne), Edi Wettstein (SP) und Rolf Weibel (EVP) am 14. Mai 2001.
Überwiesen am 9. Juli 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 12. Dezember 2001.
Erheblich erklärt am 14. Januar 2002 und Frist erstreckt bis Ende 2003.
Am 5. November 2003 weitere Fristverlängerung bis 31. Dezember 2005 beantragt mit Kreditantrag von Fr. 485'000.- für die Projektierung Veloparkhaus Milch-küchenareal SBB AG und die erste Etappe Radwegunterführung.

9. Entschädigung für Behördenmitglieder (Nr. 01-072).

Eingereicht von Marianne Ott (SP), Adrian Ramsauer (Grüne/DaP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Haymo Empl (CVP) am 9. Juli 2001.
Überwiesen am 27. August 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 20. Februar 2002.
Erheblich erklärt am 6. Mai 2002.

Motionen

Vom Grossen Gemeinderat noch nicht erheblich erklärte

1. Rychenbergstrasse – Aufhebung der Klassierung als kommunale Strasse Nr. 01-059).
Eingereicht von Rolf Weibel (EVP), Matthias Gfeller (Grüne/DaP) und Hans Ulrich Würzler (SP) am 11. Juni 2001.
Überwiesen am 27. August 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 27. Februar 2002.
2. Schiessanlage Wülflingen (Nr. 03-097).
Eingereicht von Marianne Ott (SP), Anja Peter (Grüne/AL) und Nik Gugger (EVP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Postulate

1. Aufhebung Kanalreinigungsabteilung (Nr. 02-014).
Eingereicht von Roman Favero (FPS/EDU), Christa Kern-Weber (SVP) und Ruth Werren (FDP) am 28. Januar 2002.
Überwiesen am 9. September 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 27. August 2003.
2. Überarbeitung des Beitragsreglements über die familienergänzende Kinderbetreuung (Nr. 02-015).
Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 28. Januar 2002.
Überwiesen am 21. Oktober 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 1. Oktober 2003.

3. Unterführung Zürcherstrasse / Klosterstrasse (Nr. 02-022).

Eingereicht von Nina Dorizzi (SP) am 4. März 2002.
Überwiesen am 9. September 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 27. August 2003.

4. Einsatz von QuartierpolizistInnen (Nr. 02-066).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 8. Juli 2002.
Überwiesen am 21. Oktober 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 15. Oktober 2003.

5. Stündliche Busverbindung zum Bruderhaus und Eschenberg (Nr. 02-073).

Eingereicht von Elisabeth Leschke (SP) am 26. August 2002.
Überwiesen am 11. November 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 5. November 2003.

6. Kulturförderungsleitbild (Nr. 02-080).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 9. September 2002.
Überwiesen am 21. Oktober 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 17. September 2003.

7. Räumliche Verbindung Altstadt – Sulzerareal Stadtmitte (Nr. 02-090).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 23. September 2002.
Überwiesen am 14. April 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

8. Sportförderung (Nr. 02-091).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 23. September 2002.
Noch nicht überwiesen.

9. Parkleitsystem für Winterthur (Nr. 02-144).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 9. Dezember 2002.
Noch nicht überwiesen.

10. Gebührenerhöhung für auswärtige Bibliotheksbenutzer/innen (Nr. 02-145).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 9. Dezember 2002.
Überwiesen am 2. Juni 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

11. Optimale Nutzung der Schulhausabwartungen in Winterthur (Nr. 03-006).

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), Carolyn Bodmer-Gilgen (FDP), Rolf Schürmann (CVP) am 20. Januar 2003.
Überwiesen am 7. Juli 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

12. Lehrstellenangebot für schulisch schwächere Jugendliche (Nr. 03-019).

Eingereicht von Silv O'Brien (Grüne/AL) am 24. Februar 2003.
Überwiesen am 2. Juni 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

13. Auf den Winterthurer Friedhöfen ein würdiges Gemeinschaftsgrab (Nr. 03-020).

Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 24. Februar 2003.
Überwiesen am 7. Juli 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

14. Sportpass-Tarifierhöhung für Auswärtige (Nr. 03-021).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 24. Februar 2003.
Überwiesen am 7. Juli 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

15. Beitritt der Stadt Winterthur zum Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich (SBFZ) (Nr. 03-022).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/AL) und Eva Schlegel (SP) am 24. Februar 2003.
Überwiesen am 2. Juni 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

16. Konzept zur Kinder- und Jugendpartizipation (Nr. 03-040).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP), Nik Gugger (EVP), Anja Peter (Grüne/AL) und Ursula Bründler-Krismer (CVP) am 14. April 2003.
Überwiesen am 25. August 2003. Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

17. Beleuchtung Zebrastreifen (Nr. 03-073).

Eingereicht von Gabriella Schmid (SP), Martin Stauber (Grüne/AL), Ursula Bründler-Krismer (CVP) und Nik Gugger (EVP) am 8. September 2003.
Überwiesen am 20. Oktober 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

18. Ersatzparkplätze für das Parkhaus Arch (Nr. 03-112).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 8. Dezember 2003.
Noch nicht überwiesen.

19. Kindertag statt Tochtterttag (Nr. 03-113).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 8. Dezember 2003.
Noch nicht überwiesen.

Interpellationen

1. Neue Polizeiverordnung (Nr. 02-064).

Eingereicht von Elisabeth Leschke (SP) am 8. Juli 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 8. Januar 2003.

2. Wohnungsnot in Winterthur (Nr. 02-143).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 9. Dezember 2002.
Vom Stadtrat beantwortet am 4. Juni 2003.

3. Plakate auf öffentlichem Grund, Vertrag mit der APG (Nr. 03-039).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 14. April 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 1. Oktober 2003.

4. Jugendliche Gewalt in Winterthur (Nr. 03-043).

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP) am 5. Mai 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 5. November 2003.

5. Mangelnde Transparenz in der Asylkoordination Winterthur (Nr. 03-048).

Eingereicht von Alexander Huber (FDP) am 2. Juni 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 5. November 2003.

6. Verwechslung bei Routinekontrollen (Nr. 03-049).

Eingereicht von Gabriella Schmid (SP) und Anja Peter (Grüne/AL) am 2. Juni 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 26. November 2003.

7. Vollzug der AHV/IV-Zusatzleistungen bei der kantonalen Sozialversicherungsanstalt (Nr. 03-056).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 30. Juni 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. Dezember 2003.

8. Zusammenarbeit IDW-Winterthur und der Informatikabteilung der msw-Winterthur (Nr. 03-057).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 30. Juni 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. Dezember 2003.

9. Albani-Komitee (Nr. 03-061).

Eingereicht von Peter Fuchs (SVP) am 7. Juli 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 17. Dezember 2003.

10. Gestaltung der Studienräume der Stadtbibliothek an der Museumstrasse (Nr. 03-067).

Eingereicht von Annina Camenisch (FDP) am 25. August 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

11. Kontrollstelle gegen Sozialhilfe-Missbrauch (Nr. 03-079).

Eingereicht von Herbert Iseli (EDU) und Natalie Rickli (SVP) am 22. September 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

12. Verlässlichkeit bei der Eishallennutzung (Nr. 03-091).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

13. Gruppenleitungen Horte (Nr. 03-092).

Eingereicht von Carolyn Bodmer-Gilgen (FDP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

14. Aktionstag «Zur Arbeit ohne mein Auto» (Nr. 03-093).

Eingereicht von Beat Böckli (SP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

15. Fussgängerbeschilderung (Nr. 03-094).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

16. Eulachpark Oberi – wie weiter? (Nr. 03-095).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

17. Pensionsregelung für Stadtratsmitglieder (Nr. 03-096).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

18. Verpflichtung Asylsuchender zu gemeinnütziger Arbeit (Nr. 03-109).

Eingereicht von Alexander Huber (FDP) am 8. Dezember 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

19. Auswärtige Angestellte in der Stadtverwaltung (Nr. 03-110).

Eingereicht von Josef Lisbach (SVP) am 8. Dezember 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

20. Restaurant Altersheim Neumarkt (Nr. 03-111).

Eingereicht von Ursula Künsch (FDP) am 8. Dezember 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

21. Kriminelle Asylbewerber (Nr. 03-115).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 15. Dezember 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Schriftliche Anfragen**1. Schuluntersuche durch den Schulärztlichen Dienst (SAD) der Stadt Winterthur (Nr. 03-084).**

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP) am 20. November 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

2. Schuldenabbau (Nr. 03-090).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 10. November 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

3. Abzuschreibene Steuerschulden von rund 10 Mio Franken nach dem Zusammenbruch der Erb-Gruppe (Nr. 03-108).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 8. Dezember 2003.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Planungsbeschlussanträge

keine pendenten Geschäfte

Erledigte**Volksinitiativen**

keine erledigten Geschäfte

Einzelinitiativen

keine erledigten Geschäfte

Beschlussanträge**1. Teilrevision für die regionale Erschliessung des Zentrumsgebietes Oberwinterthur (Nr. 03-072).**

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP) am 8. September 2003
Zurückgezogen und erledigt abgeschrieben am 8. Dezember 2003.

Motionen**1. Kredit für die kostengünstige Einführung von Blockzeiten in Winterthur (Nr. 01-091).**

Eingereicht von Verena Gick-Schläpfer (FDP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Paula Anwender-Akermann (CVP) am 24. September 2001.
Überwiesen am 12. November 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 24. April 2002.
Mit genehmigtem Kreditantrag von Fr. 2 100 000.– am 5. Mai 2003 erledigt abgeschrieben.

2. Verkehrssicherheit für Schulkinder sowie Personen die das öffentliche Verkehrsmittel im Bereich Gotzenwilerstrasse bis Ausgang Gotzenwil benützen (Nr. 02-147).

Eingereicht von Fritz Hofmann (SVP) am 9. Dezember 2002.
Überwiesen am 14. April 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 1. Oktober 2003.
Nicht erheblich erklärt und erledigt abgeschrieben am 20. Oktober 2003.

3. Eintragung der Erschliessung des Zentrumsgebietes von Oberwinterthur auf dem Trasse der geplanten Südostumfahrung (Nr. 03-074).

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP) am 8. September 2003.
Zurückgezogen und erledigt abgeschrieben am 8. Dezember 2003.

Postulate**1. Tempo 30 – kein Papiertiger! (Nr. 00-074).**

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 3. Juli 2000.
Erledigt abgeschrieben am 2. Juni 2003.

2. Erschliessung der S-Bahn-Station Felsenhof und Schulhaus Oberseen (Nr. 00-090).

Eingereicht von Markus Böni (SVP) am 28. August 2000.
Erledigt abgeschrieben am 14. April 2003.

3. Ebenerdige Strassenquerungen im Stadtzentrum (Nr. 01-005).

Eingereicht von Martin Stauber (Grüne/DaP), Nina Dorizzi (SP) und Maja Ingold (EVP) am 15. Januar 2001.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 2. Juni 2003.

4. Sicherer Schulweg von der Steig ins Dätttau (Nr. 01-006).

Eingereicht von Markus Böni (SVP) am 15. Januar 2001.
Erledigt abgeschrieben am 24. März 2003.

5. Freiwillige Sprachaufenthalte während der Oberstufe (Nr. 01-007).

Eingereicht von Markus Böni (SVP) am 15. Januar 2001.
Erledigt abgeschrieben am 24. Februar 2003.

6. Verpachtung der Heim-Cafeterias (Nr. 01-015).

Eingereicht von Mireille Schaffitz (FDP), Ursula Martinelli-Weidmann (EVP) und Werner Steiner (SVP) am 29. Januar 2001.
Erledigt abgeschrieben am 8. September 2003.

7. Integriertes Verkehrsmanagement (IVM)(Nr. 01-025).

Eingereicht von Michael Künzle (CVP), Matthias Gfeller (Grüne/DaP) und Rolf Weibel (EVP) am 26. Februar 2001.
Erledigt abgeschrieben am 5. Mai 2003.

8. Lehrerzimmer der Primarschulhäuser ans Internet (Nr. 01-035).

Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), Gisela Beutler-Bucher (SVP), Verena Gick-Schläpfer (FDP) und Paula Anwender-Akermann (CVP) am 19. März 2001.
Erledigt abgeschrieben am 24. März 2003.

9. Künftige Nutzung der Schenkelwiese im Sinne der Gartenstadt-Tradition (Nr. 01-048).

Eingereicht von Paula Anwander-Akermann (CVP), Dieter Kläy (FDP) und Markus Böni (SVP) am 9. April 2001.
Erledigt abgeschlossen am 14. April 2003.

10. Bereitstellen einer Jugendherberge für Winterthur (Nr. 01-058).

Eingereicht von Rudolf Messmer (EVP), Maja Ingold (EVP) und Roland Peter (Grüne/DaP) am 11. Juni 2001.
Erledigt abgeschlossen am 14. April 2003.

11. Rollende Schulraumplanung in Winterthur (Nr. 01-086).

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher und Fritz Hofmann (SVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Paula Anwander-Akermann (CVP) am 10. September 2001.
Erledigt abgeschlossen am 30. Juni 2003.

12. Konzept für einen Ökopark Rangierbahnhof (Nr. 01-104).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne) am 12. November 2001.
Erledigt abgeschlossen am 14. April 2003.

13. Einführung von obligatorischem Musikalischem Grundschulunterricht bei Einführung von Blockzeiten (Nr. 02-028).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP), Silv O'Brien (Grüne) und Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 18. März 2002.
Erledigt abgeschlossen am 7. Juli 2003.

14. Mögliche Erschliessung von Reservezonen (Nr. 02-081).

Eingereicht von Rolf Weibel (EVP) am 9. September 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 2. Juni 2003.

15. Ausgabenbremse (Nr. 02-107).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 11. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 14. April 2003.

16. Zuschüsse an die Pflegekosten anstelle von Sozialhilfe; Änderung der städtischen Verordnung über die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Nr. 02-146).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 9. Dezember 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 25. August 2003.

17. Ausbau Buslinie 13 (Nr. 02-152).

Eingereicht von Nina Dorizzi (SP) am 16. Dezember 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 25. August 2003.

18. Schaffung von Übergangswohn- und -pflegeplätzen für Betagte (Nr. 03-030).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) und Ursula Bründler-Krismer (CVP) am 24. März 2003.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 25. August 2003.

19. Atommüll-Endlager Benken (Nr. 03-031).

Eingereicht von Daniela Werner (SP) am 24. März 2003.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 7. Juli 2003.

20. Abschaffung Gleichstellungspreis (Nr. 03-041).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 14. April 2003.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 25. August 2003.

21. AusländerInnen in der Stadtpolizei (Nr. 03-045).

Eingereicht von Gabriella Schmid (SP) am 5. Mai 2003.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 10. November 2003.

22. Massnahmen gegen rassistisch motivierte Diskriminierung (Nr. 03-050).

Eingereicht von Anja Peter (Grüne/AL) und Gabriella Schmid (SP) am 2. Juni 2003.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 25. August 2003.

23. Ehrung für freiwillig Tätige (Nr. 03-058).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 30. Juni 2003.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 8. September 2003.

24. Verwaltung der städtischen Liegenschaften durch private Unternehmen (Nr. 03-059).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 30. Juni 2003.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 25. August 2003.

25. Wohnschutz entlang der Autobahnumfahrung (Nr. 03-068).

Eingereicht von Martin Stauber (Grüne/AL), Nicolas Galladé (SP) und Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 25. August 2003.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 8. September 2003.

WOV-Postulate

1. Trauungen am Samstag (Nr. 03-023).

Eingereicht von Yvonne Beutler (SP) am 24. Februar 2003.
Erledigt abgeschlossen am 5. Mai 2003.

Interpellationen

1. Ab wann halten die Züge an der S-Bahn Haltestelle Försterhaus (Nr. 01-004).

Eingereicht von Markus Böni (SVP) am 15. Januar 2001.
Erledigt abgeschlossen am 5. Mai 2003.

2. Turn- und Mehrzweckhalle für primär schulische Nutzung auf dem Sulzerareal (Nr. 02-020).

Eingereicht von Silv O'Brien (Grüne) am 4. März 2002.
Erledigt abgeschlossen am 24. Februar 2003.

3. PC-Einsatz in der Primarschule (Nr. 02-027).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 18. März 2002.
Erledigt abgeschlossen am 24. März 2003.

4. Buserschliessung von Bauentwicklungsarealen (Nr. 02-044).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 10. Juni 2002.
Erledigt abgeschlossen am 5. Mai 2003.

5. Leiterin/Leiter des Logopädischen Dienstes (Nr. 02-045).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 10. Juni 2002.
Erledigt abgeschlossen am 7. Juli 2003.

6. Flankierende Massnahmen zur Fristenregelung (Nr. 02-046).

Eingereicht von Ursula Bründler-Krismer (CVP) am 10. Juni 2002.
Erledigt abgeschlossen am 14. April 2003.

7. Strassenmarkierungen in Winterthur (Nr. 02-047).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 10. Juni 2002.
Erledigt abgeschlossen am 10. November 2003.

8. S-Bahn: Direkte Verbindung Seen-Stadelhofen ade? (Nr. 02-048).

Eingereicht von Carolyn Bodmer-Gilgen (FDP) am 10. Juni 2002.
Erledigt abgeschlossen am 5. Mai 2003.

9. Beim Anhalten Motor abschalten (Nr. 02-049).

Eingereicht von Hedi Strahm (SP) am 10. Juni 2002.
Erledigt abgeschlossen am 2. Juni 2003.

10. Weierstrasse: Mehrkosten wegen unbewilligter Deponie-Aufschüttungen? (Nr. 02-055).

Eingereicht von Fritz Hofmann (SVP) am 1. Juli 2002.
Erledigt abgeschlossen am 14. April 2003.

11. Stadtmarketing – wie weiter? (Nr. 02-056).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 1. Juli 2002.
Erledigt abgeschlossen am 25. August 2003.

12. Ge- und Missbrauch stiller Örtchen (Nr. 02-062).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne) am 8. Juli 2002.
Erledigt abgeschlossen am 14. April 2003.

13. Weiterbildung der Beschäftigten der Stadtverwaltung in schwierigen Situationen (Nr. 02-063).

Eingereicht von Ursula Dolski-Gebendinger (SP) am 8. Juli 2002.
Erledigt abgeschlossen am 2. Juni 2003.

14. Dampflokswindel in Winterthur (Nr. 02-070).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne) am 26. August 2002.
Erledigt abgeschlossen am 7. Juli 2003.

15. **Neue Verkehrsregeln für Inline-Skater, Skatboarder, Trottnetfaher usw. (Nr. 02-071).**
Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 26. August 2002.
Erledigt abgeschrieben am 7. Juli 2003.
16. **Amtliche Publikationen in den Winterthurer Zeitungen (Nr. 02-072).**
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 26. August 2002.
Erledigt abgeschrieben am 2. Juni 2003.
17. **Fehlende Motorrad-Parkplätze in Winterthurs Quartieren (Nr. 02-079).**
Eingereicht von Alexander Huber (FDP) am 9. September 2002.
Erledigt abgeschrieben am 7. Juli 2003.
18. **Schüler/innenzahlen der Regelklassen der Primarschule (Nr. 02-097).**
Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 21. Oktober 2002.
Erledigt abgeschrieben am 7. Juli 2003.
19. **Optinutz (Nr. 02-098).**
Eingereicht von Edi Wettstein (SP) am 21. Oktober 2002.
Erledigt abgeschrieben am 7. Juli 2003.
20. **Stadt Winterthur als Darlehensgeberin und Darlehensnehmerin (Nr. 02-099).**
Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 21. Oktober 2002.
Erledigt abgeschrieben am 30. Juni 2003.
21. **Kapitalanlagen der Pensionskasse (Nr. 02-104).**
Eingereicht von Ursula Bründler-Krimer (CVP) am 11. November 2002.
Erledigt abgeschrieben am 25. August 2003.
22. **Kostendeckende Verrechnung an andere Gemeinden (Nr. 02-105).**
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 11. November 2002.
Erledigt abgeschrieben am 30. Juni 2003.
23. **Inserate (Nr. 02-142).**
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 9. Dezember 2002.
Erledigt abgeschrieben am 25. August 2003.
24. **Unterstützung für Angehörige eines/einer Verstorbenen (Nr. 02-149).**
Eingereicht von Gabriella Schmid (SP) am 16. Dezember 2002.
Erledigt abgeschrieben am 10. November 2003.
25. **Eventueller Wegzug von XL Winterthur International (Nr. 02-150).**
Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 16. Dezember 2002.
Erledigt abgeschrieben am 2. Juni 2003.
26. **Asylpraxis und Drogenhandel nach dem 24. November 2002 (Nr. 02-151).**
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 16. Dezember 2002.
Erledigt abgeschrieben am 8. September 2003.
27. **Vorprogrammiertes Verkehrschaos in Hegi, Hegifeld, Ohrbühl, Seenerstrasse (Nr. 03-001).**
Eingereicht von Heinrich Keller (SVP) am 20. Januar 2003.
Erledigt abgeschrieben am 20. Januar 2003.
28. **Sicherheitsmassnahmen bei Grossanlässen (Nr. 03-002).**
Eingereicht von Walter Langhard (SVP) am 20. Januar 2003.
Erledigt abgeschrieben am 20. Januar 2003.
29. **Externe Berater (Nr. 03-004).**
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 20. Januar 2003.
Erledigt abgeschrieben am 25. August 2003.
30. **Impulsprogramm für familienergänzende Kinderbetreuung (Nr. 03-005).**
Eingereicht von Cécile Krebs (SP) am 20. Januar 2003.
Erledigt abgeschrieben am 22. September 2003.
31. **Nachtparkgebühren (Nr. 03-014).**
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 24. Februar 2003.
Erledigt abgeschrieben am 24. Februar 2003.
32. **Arbeitsprojekte für arbeitslose Frauen und Männer (Nr. 03-016).**
Eingereicht von Gabriella Schmid (SP) am 24. Februar 2003.
Erledigt abgeschrieben am 10. November 2003.
33. **Gebühren / Abgaben (Nr. 03-017).**
Eingereicht von Herbert Iseli (EDU) und Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 24. Februar 2003.
Erledigt abgeschrieben am 25. August 2003.
34. **Nacht- und Sonntagsfahrverbot in Wohnquartieren (Nr. 03-018).**
Eingereicht von Rolf Weibel (EVP), Matthias Gfeller (Grüne) und Anja Peter (AL) am 24. Februar 2003.
Erledigt abgeschrieben am 10. November 2003.
35. **Bahnverkehr nach Schaffhausen – Stuttgart (Nr. 03-029).**
Eingereicht von Michael Künzle (CVP) am 24. März 2003.
Erledigt abgeschrieben am 20. Oktober 2003.
36. **Restaurants im Besitze der Stadt (Nr. 03-036).**
Eingereicht von Ursula Fröhlich (SD) am 14. April 2003.
Zurückgezogen und erledigt abgeschrieben am 20. Oktober 2003.
37. **Einforderung der Verwandtenunterstützung bei Ausrichtung von Sozialhilfe (Nr. 03-037).**
Eingereicht von Annina Camenisch (FDP) am 14. April 2003.
Erledigt abgeschrieben am 10. November 2003.
38. **Abschaffung des Förderungsanerkenntnispreis für frauenfreundliche Betriebe (Gleichstellungspreis) (Nr. 03-038).**
Eingereicht von Ruth Werren (FDP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Herbert Iseli (EDU) am 14. April 2003.
Erledigt abgeschrieben am 20. Oktober 2003.
39. **«Bonus»-Zahlungen an Mitarbeiter (Nr. 03-044).**
Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 5. Mai 2003.
Erledigt abgeschrieben am 20. Oktober 2003.
40. **Umbauvorhaben der Asylkoordination (Nr. 03-047).**
Eingereicht von Walter Langhard (SVP) am 2. Juni 2003.
Erledigt abgeschrieben am 2. Juni 2003.
41. **Kinderplanschbecken im Hallen-/Freibad Geiselweid (Nr. 03-052).**
Eingereicht von Josef Lisibach (SVP) am 30. Juni 2003.
Erledigt abgeschrieben am 30. Juni 2003.
42. **Ermässigung für Wasserbezüge ab Hydranten zur Bewässerung für die Landwirtschaft auf dem Gebiet der Stadt Winterthur (Nr. 03-060).**
Eingereicht von Heinrich Keller (SVP) am 30. Juni 2003.
Erledigt abgeschrieben am 30. Juni 2003.
43. **Bei Budgetüberschreitung weniger Stadtratslohn (Nr. 03-062).**
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) und Herbert Iseli (EDU) am 7. Juli 2003.
Erledigt abgeschrieben am 10. November 2003.
44. **Poststellennetz in Winterthur (Nr. 03-064).**
Eingereicht von David Hauser (SP) am 25. August 2003.
Erledigt abgeschrieben am 25. August 2003.
45. **Budgetstand 2003 (Nr. 03-065).**
Eingereicht von Ursula Künsch (FDP) am 25. August 2003.
Erledigt abgeschrieben am 25. August 2003.
46. **Reduktion des Schulgeldes für die Musikalische Grundschule in der ersten Primarklasse in den Schulkreisen Seen und Wülflingen für das Schuljahr (Nr. 03-066).**
Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 25. August 2003.
Erledigt abgeschrieben am 25. August 2003.
47. **Hortschliessungen während Blockzeiten (Nr. 03-071).**
Eingereicht von Caroly Bodmer-Gilgen (FDP) am 25. August 2003.
Erledigt abgeschrieben am 25. August 2003.

48. Erschliessungsstrasse Variante W2B Oberwinterthur (Nr. 03-077).

Eingereicht von Josef Lisibach (SVP) am 22. September 2003.
Erledigt abgeschlossen am 22. September 2003.

49. Landverkauf an KBV (Nr. 03-089).

Eingereicht von Hedi Strahm (SP) am 10. November 2003.
Erledigt abgeschlossen am 10. November 2003.

50. Kantonales Steueramt des Kantons Zürich sucht neuen Standort (Nr. 03-107).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 8. Dezember 2003.
Erledigt abgeschlossen am 8. Dezember 2003.

Schriftliche Anfragen

1. Quantitative Grundlagen für Verkehrsdiskussionen (Nr. 02-096).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/AL) am 21. Oktober 2002.
Erledigt abgeschlossen am 15. Januar 2003.

2. Wege aus Bill Gates Falle? (Nr. 02-141).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/AL) am 9. Dezember 2002.
Erledigt abgeschlossen am 26. Februar 2003.

3. Erscheinungsbild von Winterthur (Nr. 03-003).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 20. Januar 2003.
Erledigt abgeschlossen am 9. April 2003.

4. Inserate für «eGovernment»-Wettbewerb (Nr. 03-015).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 24. Februar 2003.
Erledigt abgeschlossen am 7. Mai 2003.

5. Schweizer und Winterthurer Beteiligung an Kolonialismus und transatlantischem Handel mit Sklavinnen und Sklaven (03-035).

Eingereicht von Anja Peter (AL) am 14. April 2003.
Erledigt abgeschlossen am 2. Juli 2003.

6. Erhalt des Trolleybusnetzes (Nr. 03-054).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne) am 30. Juni 2003.
Erledigt abgeschlossen am 24. September 2003.

7. Auswirkungen des Projekts Rail-Control-Center auf das Fernsteuerzentrum der SBB in Winterthur (Nr. 03-055).

Eingereicht von Jorge Serra (SP) am 30. Juni 2003.
Erledigt abgeschlossen am 10. September 2003

8. Auswirkungen der Hitzewelle betreffend der Sterbefälle (Nr. 03-078).

Eingereicht von Herbert Iseli (EDU) am 22. September 2003.
Erledigt abgeschlossen am 10. Dezember 2003.

Planungsbeschlussanträge

1. Verkehrs- und Sicherheitspolitik (Nr. 02-103).

Eingereicht von der Sachkommission Soziales & Sicherheit am 6. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

2. Sicherung der Umweltqualität (Nr. 02-106).

Eingereicht von der Grünen/AL-Fraktion am 11. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

3. Bildung (Nr. 02-109).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

4. Dienstleistungen und Personalbereiche (Nr. 02-110).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

5. Bauliche Massnahmen (Nr. 02-111).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

6. Kultur (Nr. 02-112).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

7. Ausserfamiliäre Betreuung, Eltern und Jugendförderung (Nr. 02-113).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

8. Sicherheit (Nr. 02-114).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

9. Soziales (Nr. 02-115).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

10. Stadtmarketing (Nr. 02-116).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

11. Freizeitangebote (Nr. 02-117).

Eingereicht von der SVP-Fraktion am 15. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

12. Erschliessung Sulzer-Areal Oberwinterthur (Nr. 02-119).

Eingereicht von der Sachkommission Stadtentwicklung am 19. November 2002.
Gutgeheissen und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

13. Verkehrserschliessung (Nr. 02-120).

Eingereicht von der FDP-Fraktion am 20. November 2002.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

14. Verwaltung (Nr. 02-121).

Eingereicht von der FDP-Fraktion am 20. November 2002.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

15. Wirtschaftliche Entwicklung; Zielsetzung (Nr. 02-122).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

16. Wirtschaftliche Entwicklung; Förderung der Wohnstadt (Nr. 02-123).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Gutgeheissen und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

17. Wirtschaftliche Entwicklung; optimale Rahmenbedingungen (Nr. 02-124).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Gutgeheissen und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

18. Bildung und Kultur; Bildungsstandort Winterthur (Nr. 02-125).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Gutgeheissen und erledigt abgeschlossen am 20. Januar 2003.

19. Lebensqualität; Zielsetzung (Nr. 02-126).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 20. Januar 2003.

20. Lebensqualität; Sicherheit (Nr. 02-127).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 20. Januar 2003.

21. Lebensqualität; Soziale Sicherheit und Gleichstellung (Nr. 02-128).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 20. Januar 2003.

22. Lebensqualität; Freizeit und Sportangebote (Nr. 02-129).

Eingereicht von der SP-Fraktion am 20. November 2002.
Gutgeheissen und erledigt abgeschrieben am 20. Januar 2003.

23. Verwaltung (Nr. 02-131).

Eingereicht von der EVP-Fraktion am 22. November 2002.
Gutgeheissen und erledigt abgeschrieben am 20. Januar 2003.

24. Stadtentwicklung (Nr. 02-132).

Eingereicht von der EVP-Fraktion am 22. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 20. Januar 2003.

25. Bildung (Nr. 02-133).

Eingereicht von der EVP-Fraktion am 22. November 2002.
Zurückgezogen und erledigt abgeschrieben am 20. Januar 2003.

26. Sicherheit (Nr. 02-134).

Eingereicht von der EVP-Fraktion am 22. November 2002.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 20. Januar 2003.

27. Soziale Sicherheit (Nr. 02-135).

Eingereicht von der EVP-Fraktion am 22. November 2002.
Zurückgezogen und erledigt abgeschrieben am 20. Januar 2003.

28. Gesellschaft (Nr. 02-136).

Eingereicht von der EVP-Fraktion am 22. November 2002.
Gutgeheissen und erledigt abgeschrieben am 20. Januar 2003.

Behördenverzeichnis

Grosser Gemeinderat

Amtsduer 2002–2006

(Stand Ende Dezember 2003)

Präsidentin: Kläy Dieter, Dr. phil. I (FDP)
1. Vizepräsident: Beutler-Bucher Gisela, Lehrerin / Hausfrau (SVP)
2. Vizepräsident: Ott Marianne, Rechtsanwältin (SP)
Stimmzähler/in: Künsch Ursula, Dr. med., Frauenärztin (FDP)
Kalt Markus, Dienstchef (SVP)
Scherrer Franz, Unternehmer (CVP)
Wettstein Edi, Werkstatt-Lehrer (SP)
Ratssekretär: Frauenfelder Arthur, Stadtschreiber

Mitglieder:

* Badertscher Werner, Kapo ZH / Zivilangestellter (SVP)
* Baltensberger Beatrix, Eidg. Dipl. Sozialvers.-Fachfrau (SP)
* Beutler Yvonne, Redaktorin / lic. iur. / Friedensrichterin (SP)
* Beutler-Bucher Gisela, Lehrerin / Hausfrau (SVP)
* Böckli Beat, Primarlehrer (SP)
* Bodmer-Gilgen Carolyn, lic. phil. I (FDP)
* Böni Urs, Gartenbauer (SP)
* Bründler-Krismer Ursula, Kinderkrankenschwester / Hausfrau (CVP)
* Dolski-Gebendinger Ursula, Leiterin Adm. Sportamt (SP)
* Dorizzi Nina, Psychologin / Betreuerin (SP)
* Fritschi Stefan, Dipl. Betriebs- u. Produktionsing. ETH (FDP)
* Fuchs Peter, Unternehmer (SVP)
* Galladé Nicolas, Kaufm. Angestellter / Journalist (SP)
* Gugger Niklaus, Jugend- und Schulsozialarbeiter (EVP)
* Hauser David, lic. phil. I, Historiker (SP)
* Heusser Jakob, Eidg. Dipl. Hafnermeister (FDP)
* Huber Alexander, Dr. sc. nat., Wissenschaftler (FDP)
* Huber Eugen, Techn. Kaufmann (SVP)
* Hübscher Lilith C., Redaktorin (Grüne)
* Iseli Herbert, Techn. Kaufmann (EDU)
* Kalt Markus, Dienstchef (SVP)
* Keller Heinrich, Geschäftsführer ZGS (SVP)
* Kern-Weber Christa, Kaufm. Angestellte / Hausfrau (SVP)
* Kläy Dieter, Dr. phil. I (FDP)
* Kleiber-Schenkel Ruth, Handarbeitslehrerin (EVP)
* Künsch Ursula, Dr. med., Frauenärztin (FDP)
* Künzle Michael, Jurist (CVP)
* Langhard Walter, Betriebsleiter (SVP)
* Leschke Elsbeth, lic. iur., Rechts-/Scheidungsberatung (SP)
* Lisibach Josef, Kantonspolizist (SVP)
* Martinelli-Weidmann Ursula, Krankenschwester (EVP)
* Meier-Camenisch Annina Martina, lic. iur. (FDP)
* Meier Patrick, Stadtmann (SVP)
* Meier Rudolf, Landwirt (SVP)
* O'Brien Silv, Asylantenbetreuerin / Schulpflegerin (Grüne)
* Oertli Rotraut, Dipl. Berufs- und Laufbahnberaterin (SP)

* Ott Marianne, Rechtsanwältin (SP)
Peter Anja, Studentin (AL)
* Piotrowski Stefan, Dipl. Arch. ETH/HTL/SIA (FDP)
* Ramsauer Adrian, Rechtsanwalt (Grüne)
Rickli Natalie, Kaufm. Angestellte (SVP)
* Rütimann Peter, lic. iur., Rechtsanwalt (FDP)
* Scherrer Franz, Unternehmer (CVP)
* Schlegel Eva, Klavierlehrerin (SP)
* Schmid Gabriella, Soziologin (SP)
Schmid Kilian, Krankenpfleger (SP)
* Schürmann René, Personalchef (CVP)
* Schwager Mona, Krankenschwester / Hebamme (SP)
* Stauber Martin, Kulturingenieur ETH (Grüne)
* Steiner Werner, Dipl. Bauing. ETH/SIA, Geschäftsführer (SVP)
Stettler Beat, Gewerkschaftssekretär VHTL (SP)
* Strahm Hedi, Programmiererin (SP)
* Wegmüller Hanspeter, Bankkaufmann (SVP)
Weibel Rolf, Typograf (EVP)
* Werner Daniela, Lehrerin (SP)
* Wernli Paul, Einsatzleiter Arbeitsprojekte (SP)
* Werren Ruth, Einkäuferin / Prokuristin (FDP)
* Wettstein Edi, Werkstatt-Lehrer (SP)
* Würzler Hans Ulrich, Rechtsanwalt (SP)

Die mit * bezeichneten Mitglieder bilden die Bürgerrechtsabteilung des Grossen Gemeinderates.

Austritte im Berichtsjahr:

Isler René (SVP), Fröhlich Ursula, Sicherheitsbeauftragte (SD), Gfeller Matthias (Grüne), Serra Jorge (SP) und Krebs Cécile (SP).

Parlamentarische Kommissionen

Erweiterte Ratsleitung

Präsident: Kläy Dieter (FDP)
Mitglieder: Beutler-Bucher Gisela (SVP)
Ott Marianne (SP)
Leschke Elsbeth (SP)
Rütimann Peter (FDP)
Ramsauer Adrian (Grüne)
Iseli Herbert (EDU)
Kern - Weber Christa (SVP)
Scherrer Franz (CVP)

Aufsichtskommission

Präsidentin: Leschke Elsbeth (SP)
Mitglieder: Beutler Yvonne (SP)
Fritschi Stefan (FDP)
Hauser David (SP)
Martinelli-Weidmann Ursula (EVP)
Meier Patrick (SVP)
Schürmann René (CVP)
Stauber Martin (Grüne)
Wegmüller Hanspeter (SVP)
Wernli Paul (SP)
Werren Ruth (FDP)

Stadtentwicklung

Präsident: Rütimann Peter (FDP)
 Mitglieder: Dorizzi Nina (SP)
 Galladé Nicolas (SP)
 Künzle Michael (CVP)
 Lisibach Josef (SVP)
 Weibel Rolf (EVP)
 Würigler Hans Ulrich (SP)

Hochbau

Präsidentin: Ott Marianne (SP)
 Mitglieder: Baltensberger Beatrix (SP)
 Huber Alexander (FDP)
 Huber Eugen (SVP)
 Hübscher Lilith C. (Grüne)
 Piotrowski Stefan (FDP)
 Wettstein Edi (SP)

Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ent- und Versorgung

Präsident: Ramsauer Adrian (Grüne)
 Mitglieder: Böni Urs (SP)
 Fritschi Stefan (FDP)
 Fuchs Peter (SVP)
 Steiner Werner (SVP)
 Strahm Hedi (SP)
 Werner Daniela (SP)

Bildung, Sport und Kultur

Präsident: Iseli Herbert (EDU)
 Mitglieder: Böckli Beat (SP)
 Bodmer-Gilgen Carolyn (FDP)
 Kalt Markus (SVP)
 Peter Anja (AL)
 Rickli Natalie (SVP)
 Schlegel Eva (SP)

Soziales und Sicherheit

Präsidentin: Kern-Weber Christa (SVP)
 Mitglieder: Bründler Ursula (CVP)
 Gugger Niklaus (EVP)
 Langhard Walter (SVP)
 Meier-Camenisch Annina M. (FDP)
 Schmid Gabriella (SP)
 Schwager Mona (SP)

Bürgerrechtskommission

Präsident: Scherrer Franz (CVP)
 Mitglieder: Dolski Ursula (SP)
 Heusser Jakob (FDP)
 Keller Heinrich (SVP)
 Meier Rudolf (SVP)
 O'Brien Silv (Grüne)
 Oertli Rotraut (SP)

Parteilpolitische Zusammensetzung des Grossen Gemeinderates

Sozialdemokratische Partei	SP	21
Schweizerische Volkspartei	SVP	14
Freisinnig-demokratische Partei	FDP	10
Christlich-demokratische Volkspartei	CVP	4
Evangelische Volkspartei	EVP	4
Grüne Partei	Grüne	4
Eidgenössische Demokratische Union	EDU	1
Schweizer Demokraten	SD	1
Alternative Liste	AL	1

Total Mitglieder		60
------------------	--	----

Stadtrat

Stadtpräsident: Ernst Wohlwend
 Vizepräsident: Reinhard Stahel
 Mitglieder: Pearl Pedernana
 Hans Hollenstein
 Walter Bossert
 Verena Gick
 Maja Ingold
 Stadtschreiber: Arthur Frauenfelder

Departement Kulturelles und Dienste

Ernst Wohlwend

Stellvertreter: Reinhard Stahel

Stadtkanzlei
 Personalamt
 Stadtarchiv
 Integration
 Quartierkultur und Freizeitaktionen
 Kulturelles
 Stadtammann- und Betreibungsämter
 Friedensrichteramt

Departement Finanzen

Verena Gick

Stellvertreterin: Pearl Pedernana

Finanzkontrolle
 Finanzamt
 Steueramt
 Informatikdienste (ab 1.7.03 bei Departement Finanzen)
 Liegenschaftenverwaltung

Departement Bau

Reinhard Stahel

Stellvertreter: Ernst Wohlwend

Stadtplanungsamt
 Tiefbau
 Hochbau
 Vermessungsamt
 Baupolizeiamt

Departement Sicherheit und Umwelt

Hans Hollenstein

Stellvertreter: Walter Bossert

Departementsstab
Umweltschutzfachstelle
Stadtpolizei
Polizeirichteramt
Feuerwehr
Zivilschutzamt
Melde- und Zivilstandswesen
Arbeitsamt
Gesundheitsamt

Departement Schule und Sport

Pearl Pedergrana

Stellvertreterin: Maja Ingold

Departementsstab
Bildung
Berufsbildung
Zentrale Dienste
Sport

Departement Soziales

Maja Ingold

Stellvertreterin: Verena Gick

Vormundchaftswesen
Sozialamt
Alter und Pflege

Departement Technische Betriebe

Walter Bossert

Stellvertreter: Hans Hollenstein

Städtische Werke
Verkehrsbetriebe
Stadtgärtnerei
Forstbetrieb

Stadträtliche Ausschüsse

Personalausschuss

Präsident: Ernst Wohlwend
Vizepräsidentin: Verena Gick
Mitglied: Maja Ingold
Ersatz: Walter Bossert

Bauausschuss

Präsident: Reinhard Stahel
Vizepräsident: Ernst Wohlwend
Mitglied: Walter Bossert
Ersatz: Verena Gick

Vormundschaftsausschuss

Präsidentin: Maja Ingold
Vizepräsident: Walter Bossert
Mitglied: Verena Gick
Ersatz: Pearl Pedergrana
Hans Hollenstein
Reinhard Stahel
Ernst Wohlwend

Grundsteuernausschuss

Präsidentin: Verena Gick
Vizepräsident: Walter Bossert
Mitglied: Reinhard Stahel
Ersatz: Ernst Wohlwend
Hans Hollenstein

Finanz- und Investitionsausschuss

Präsidentin: Verena Gick
Mitglieder: Ernst Wohlwend
Walter Bossert
Ersatz: Reinhard Stahel

Schulbehörden

Zentralschulpflege

Präsidentin: Pearl Pedergrana, Stadträtin
Vizepräsidentin: Dora Weigold,
Kreisschulpflegepräsidentin

Mitglieder:

Walter Oklé	Präsident Kreisschulpflege Stadt
Ruedi Ehrsam	Präsident Kreisschulpflege Mattenbach
Toni Patscheider	Präsident Kreisschulpflege Oberwinterthur
Susanne Haelg	Präsidentin Kreisschulpflege Seen
Bea Schläpfer	Präsidentin Kreisschulpflege Töss
Dora Weigold-Maurer	Präsidentin Kreisschulpflege Veltheim
Vreni Färber-Dinkelacker	Präsidentin Kreisschulpflege Wülflingen

Kreisschulpflegen

Altstadt

Präsident: Walter Oklé, Kürschner
1. Vizepräsident: Felix Müller, dipl. Architekt ETH/SIA
2. Vizepräsidentin: Iris Brom, Damenschneiderin

Mitglieder:

Lisa Bionda Bosshard, Hausfrau
Iris Brom, Damenschneiderin
Dorothea Dubs-Sommer, lic. iur.
Jacqueline Engler-Beauverd, Sprachlehrerin
Hans Peter Gisler, lic. phil. I/Kaufmann
Vinzenc Glaus, dipl. Naturwissenschaftler ETH
Margrit Joelson-Strohbach, Dr. phil. I, Mittelschullehrerin

Marianne Kienast, Geschäftsfrau
 Alfred Lanz, dipl. phil. I, Medienfachmann
 Elke Leffringhausen Pantli, Krankenschwester/Hausfrau
 Anne-Käthi Matter-Messerli, Hauswirtschaftslehrerin/
 Familienfrau
 Zsolt Mesterhazy, Sozialpädagoge
 Esther Mötteli-Sigg, Lehrerin/Hausfrau
 Felix Müller, dipl. Architekt ETH/SIA
 Heidi Müller, Sekretärin
 Hanspeter Neumeyer, lic. phil. I, Psychotherapeut
 Silv O'Brien-Meyer, Asylantenbetreuerin/Schulpflegerin
 Walter Oklé, Präsident Kreisschulpflege
 Johanna Reinhart, Lebensmittelingenieurin ETH
 Hannes Wydler, El.-Ing. HTL
 1 Vakanz

Mattenbach

Präsident: Ruedi Ehram, Werklehrer
 1. Vizepräsidentin: Kristin Ljungberg,
 dipl. Übersetzerin/Hausfrau
 2. Vizepräsidentin: Ruth Trachsler, Sekretärin

Mitglieder:

Berrin Ant, KV/Familienfrau
 Franco Cazzato, eidg. dipl. Malermeister
 Dennis Dell'Apollonia, Reprograf
 Ruedi Ehram-Meierhans, Werklehrer
 Gaby Fritz-Rosser, Familienfrau
 Marie Louise Gisler-Püntener, Familienfrau
 Lilith Claudia Hübscher, Redaktorin
 Andrea Knasmillner, KV/Familienfrau
 Evelyne Landwehr, Familienfrau
 Kristin Ljungberg, dipl. Übersetzerin/Hausfrau
 Sabine Maurus-Marty, KV/Familienfrau
 Virginie Schmutz, Katechetin/Familienfrau
 Yves Senn, Geschäftsführer
 Ruth Trachsler, Sekretärin/Hausfrau
 Linda Vogel, KV/Familienfrau
 Petra Weidemann, Hausfrau/Betriebsbeamtin SBB
 Markus Würzer, Hausmann

Oberwinterthur

Präsident: Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 1. Vizepräsidentin: Vreni Gross-Güntensperger,
 Familienfrau
 2. Vizepräsidentin: Annemarie Gluch-Bosshard,
 Ernährungsberaterin

Mitglieder:

Peter Bleisch, Berufsinspektor
 Cornelia Brändli, Familienfrau/Krankenschwester
 Karin Buichl, Familienfrau/Sekretärin
 Christina Friederich-Roth, Familienfrau/
 Krankenschwester
 Nathalie Gloor, Sicherheitsbeauftragte KAPO
 Annemarie Gluch-Bosshard, Ernährungsberaterin
 Vreni Gross-Güntensperger, Familienfrau
 Silvia Haller-Girsberger, Hausfrau/Zahnarztgehilfin
 Regina Kurzen-Fuchs, Familienfrau/Arztgehilfin
 Anna Lüdi-Kluz, Krankenschwester/Hausfrau
 Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 Regula Salm, Familienfrau/Dentalassistentin
 Paul Schellenberg, dipl. Architekt HTL/STV
 Sonja Scholz-Krügel, Soz.-Pädagogin
 Urs Seiler, Lokomotivführer
 Silvia Waibel-Kraft, Schulsekretärin

Traugott Würmli, Fachlehrer
 Maria Zehnder, Dr. Oekonomie/Dolmetscherin
 Angela Zoske, Familienfrau/Krankenpflegerin
 Jürg Zumbach, dipl. Architekt HTL
 1 Vakanz

Seen

Präsidentin: Haelg Susanne, Kauffrau
 1. Vizepräsident: Heinrich Egg, Landwirt
 2. Vizepräsidentin: Beatrice Helbling-Wehrli, Typografin

Mitglieder:

Esther Althaus, Buchhändlerin
 Bruno Bischof, Dipl. Bauleiter Hochbau
 Emil Bodenmann, Betriebsfachmann
 Carolyn Bodmer-Gilgen, lic. phil. I
 Heinrich Egg, Landwirt
 Peter Flückiger, Hausmann
 Monika Frei-Mattenberger, Kindergärtnerin
 Maya Früh-Huber, med. Praxisassistentin
 Susanne Haelg, Kauffrau
 Beatrice Helbling-Wehrli, Typografin
 Nelly Iseli, Hausfrau
 Dominic Gerhard Kleiber, Oberstufenlehrer
 Betty Konyo Schwerzmann, Buchhalterin
 Markus Kopp, Ing. HTL
 Andrea Lorca, Familienfrau/med. Praxisassistentin
 Angelika Neukomm-Riesen, Hausfrau/Mutter
 Martina Puorger Kaufmann, lic. iur. Rechtsanwältin
 Marcel Rüegg, Fachspezialist
 Monique Stadler Schaad, Grafikerin

Töss

Präsidentin: Bea Schläpfer-Schweizer,
 kfm. Angestellte
 1. Vizepräsidentin: Beatrice Tarancón,
 Direktionsassistentin
 2. Vizepräsident: Werner Leemann, Disponent

Mitglieder:

Esther Baptista, Familienfrau, Hauswartin
 Cornelia Brunner-Scherrer, Kinderkrankenschwester
 Werner Burger, Elektro-Kontrolleur/Chefmonteur mit
 eidg. Fachausweis
 Mario Covi, Bankangestellter
 Monika Frey-Schwager, Familienfrau
 Felix Helg, Jurist
 Annegret Jeger, Buchhändlerin,/Familienfrau
 Werner Leemann, Disponent
 Bea Schläpfer-Schweizer, kaufm. Angestellte
 Werner Schwendimann, Betriebsdisponent SBB
 Richard Stadelmann, Dipl. Masch.-Ing. ETH
 Beatrice Tarancon-Ensslin, Direktionsassistentin
 Renate Wegmann, Wohnberaterin

Veltheim

Präsidentin: Dora Weigold-Maurer,
 Sekretärin/Hausfrau
 1. Vizepräsidentin: Christa Honegger Hauser, Juristin
 2. Vizepräsident: Werner Hess, Berufsfeuerwehr

Mitglieder:

Martin Beck, dipl. Geograph/Energieingenieur HTL
 Monika Büsser-Aeberhard, Hausfrau

Hans-Rudolf Gossweiler, alt Mittelschullehrer
 Werner Hess, Berufsfeuerwehr
 Christa Honegger Hauser, Juristin
 Christine Kellermüller Schelb, Primarlehrerin/
 Psychomotorik-Therapeutin
 Anita Manser Bonnard, dipl. Betriebs- und
 Organisationspsychologin IAP
 Sylvia Schwob-Häberli, Familienfrau/Arztgehilfin
 Roland Spiri, Siebdrucker, Stellwerkangestellter
 Ursula Stauffer-Schüle, Elektrophysiologisch-Technische
 Assistentin
 Susanne Trost Vetter, Theatererschaffende
 Dora Weigold-Maurer, Sekretärin/Hausfrau
 Christoph Witzig, Entwicklungsberater/Autor

Wülflingen

Präsidentin: Verena Färber-Dinkelacker, Hausfrau
 1. Vizepräsident: Martin Hasenfratz, Bereichsleiter
 2. Vizepräsident: Andreas Both, Geschäftsführer

Mitglieder:

Andreas Both, Geschäftsführer
 Regula Crestani-Schneider, Hausfrau und Mutter
 Jean Drummond-Young Bühler, Redaktorin
 Verena Färber-Dinkelacker, Hausfrau
 Martin Hasenfratz, Bereichsleiter
 Heinz Juon, Projektleiter
 Rietje Kranz-Creemers, Sprach- und Religionslehrerin
 Cécile Krättli-Derendinger, Geschäfts- und Hausfrau
 Felix Landolt, Architekt/Projektleiter
 Isabella Matzinger, kaufm. Angestellte
 Markus Moser, Landwirt
 Eva Müller-Angst, kaufm. Angestellte
 Doris Steiner, Hausfrau und Mutter
 Silvia Stöckli, Primarlehrerin
 Renate Werren Aeschbach, Hausfrau und Mutter
 Judith Wittwer-Blosser, medizinische Laborantin/
 Hausfrau
 Ursula Würigler-Faas, kaufm. Angestellte

KSP-Ressortverantwortliche Kindergarten

Esther Mötteli-Sigg, Lehrerin/Hausfrau (Altstadt)
 Andrea Knasmillner, KV/Familienfrau (Mattenbach)
 Silvia Haller-Girsberger, Hausfrau/Zahnarztgehilfin
 (Oberwinterthur)
 Maya Früh-Huber, med. Praxisassistentin (Seen)
 Beatrice Tarancón-Ensslin, Direktionsassistentin (Töss)
 Susanne Trost Vetter, Theatererschaffende (Veltheim)
 Doris Steiner, Hausfrau und Mutter (Wülflingen)

Fürsorgebehörde

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Lothar Kausche, lic. oec. HSG
 Sekretärin: Daniela Moro

Mitglieder:

Beatrix Baltensperger-Brander, Sozialarbeiterin HFS
 Gabi Bienz-Meier, Juristin/Hausfrau
 Gabriela Böni, kaufmännische Angestellte
 Astrid Füllemann-Seiler, Krankenpflegerin FA SRK

Daniel Neuenschwander, Leiter Reinigungsdienst
 Cyrus Schahab, Arzt
 Hanspeter Scheuring, Lehrer
 Ursula Schweizer-Stahel, Hausfrau
 Irene Spörri Bättig, Reallehrerin/Hausfrau
 Hans Steiger, techn. Angestellter
 Urs Wanders, Unternehmensberater
 Alexander Wunderli, Spitalseelsorger
 Heinz Zentner, Grafiker

Städtische Kommissionen

1. Departement Kulturelles und Dienste

Verwaltungskommission der Pensionskasse

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin

Mitglieder:

Peter Bihr, PVW
 Riccarda Foi Masciadri, PVW
 Stefan Graber, Polizeibeamtenverband
 Walter Lüthi, VPOD
 Silvia Nef, VPOD
 Walter Nisple, PVW
 Christoph Pohl, VPOD

Ersatz:

Kasimir Bischoff, Polizeibeamtenverband
 Alice Maltempi, PVW

Personalkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat
 Beisitzerin: Verena Gick, Stadträtin

Mitglieder:

Brigitte Berginz, Kindergärtnerinnenkonvent
 Kasimir Bischoff, Polizeibeamtenverband
 Reinhard Linder, VPOD
 Paul Matter, Polizeibeamtenverband
 Käthi Schneider, VPOD
 Daniel Schneller, PVW
 Jorge Serra, VPOD
 Susanne Tanner, PVW
 Maja Rhyner, PVW

Bibliothekskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat

Mitglieder:

Hansjörg Diener, Lehrer Kantonsschule Rychenberg
 Gertrud Muraro, Vorstandsmitglied Musikkollegium
 Dr. Hans Peter Haeberli, Dozent Zürcher Hochschule
 Winterthur
 Peter Leuthold, Sekundarlehrer
 Thomas Rutschmann, Rektor Kantonsschule im Lee
 Rudolf Stäubli, lic. phil.

Theaterkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat
 Aktuar: Ernst Jäggli, Theater am Stadtgarten

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Gian Gianotti, Künstlerischer Leiter
 Claudia Fueter-Corti
 Sylvia Hirsche **
 Paul Schnewlin
 Dieter Lang ****
 Gottfried Katzgrau ***
 Yvonne Beutler *
 Fritz Hoffmann *
 Rudolf Weiler *
 Ruth Werren *

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat
 ** Vertreterin Theaterverein
 *** Vertreter Kanton
 **** Vertreter Regionsgemeinden

Kunstkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat
 Sekretärin: Judith Bodmer

Mitglieder:

Gregor Frehner **
 Werner WAL Frei **
 Othmar M. Gnädinger
 Dieter Schwarz
 Elisabeth Hefti *
 Daniel Hoehn *
 Stefan Piotrowski *

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat
 ** Künstlergruppe

Beratende Stimme:

Alois Ulrich, Stadtarchitekt
 Walter Büchi, Kultursekretär

Literaturkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Stefan Bush, Redaktor
 Dr. Angelika Maass, Redaktorin
 Denise Sorba-Mosimann, Lehrerin
 Wolfgang Vogel, Buchhändler

Informatik-Kommission

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin

Mitglieder:

Ivo Eberle, Informatikdienste,
 Leiter Software + Consulting, Stadt Winterthur
 Erich Hubmann, Informatikdienste,
 Planung + Controlling, Stadt Winterthur
 Patrick Meier, Gemeinderat

Stefan Fritschi, Gemeinderat
 Walter Ruprecht, Leiter Informatikdienste,
 Stadt Winterthur
 Urs Steinmann, ff-Unternehmensentwicklung AG, Luzern
 Hedi Strahm, Gemeinderätin
 2 Vakanzen, IT-Fachpersonen

Integrationskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Mitglied: Pearl Pedergrana, Stadträtin

Weitere Mitglieder:

Silvia Schilter Gander
 Regula Forster
 Mark Würth
 Nadja Witzemann

Stadtentwicklungskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat
 Mitglieder: Walter Bossert, Stadtrat
 Verena Gick, Stadträtin
 Sekretär: Mark Würth, Stadtentwickler

Fachmitglieder:

Luc Estapé, Stadtmarketing
 Ruedi Haller, Stadtplaner
 Hans-Peter Hulmann, Stadttingenieur
 Erik Schmausser, Beauftragter für Umweltschutz und
 Energie
 Fridolin Störi, Bausekretär
 Christian von Burg, Direktor Städtische Werke

Ausländer/innen-Beirat

Präsident: Hans-Jakob Mosimann
 Sekretärin: Giovanna Maiorano Del Grosso

Mitglieder:

Vertreter/innen der Ausländerorganisationen
 Giuseppe Diana, Italien
 Giordano Facchin, Italien
 Umberto Mastrogioseppe, Italien
 Shefqet Cakolli, Kosovo
 Daria Mikulicic, Kroatien
 Stoja Oroz, Serbien
 Ana Ivanovic, Bosnien
 Muberra Ari, Türkei
 Yücel Yildirim, Türkei
 Arlete De Castro Baumann, übrige Länder
 Louella Schürch, übrige Länder
 Charong Tang Fricker, übrige Länder
 Vakant, Mazedonien

Vertreter/innen der Schweizer Organisationen
 Marco Anders, Kath Kirchgemeinde
 Cornelia Bachmann, Verband KMU/GVV
 Georges-A. Braunschweig, Ref. Pfarrkonvent
 Robert Riemer, GWB Winterthur
 Silvia Schilter Gander, DSO
 Peter Uhlmann, HAW
 Heiner Brodtbeck, DSS

im Weiteren:

Nadia Witzemann, Integrationsdelegierte
(beratende Stimme)
Tüllin Yanardöner, alevitische Vertreterin
(Beobachterstatus)

Fachbeirat Gewerbemuseum

Präsident: Peter Spoerli, dipl. Architekt ETH

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
Claudia Cattaneo, Co-Leitung Gewerbemuseum
René Fehr-Biscioni, Künstler
Karin Kammerlander, dipl. Designerin
Jue-Hua Liu, Werklehrerin
Markus Rigert, Co-Leitung Gewerbemuseum
Walter Rohrer, Metallgestalter

Fachbeirat Uhrensammlung

Präsident: Urs Zimmermann

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
Brigitte Vinzens,
Konservatorin Uhrensammlung Kellenberger
Max Denzler
Kriss Reinhart
Andreas Strehler
Andrea Tiziani

Wissenschaftlicher Beirat Münzkabinett

Präsident: Hans-Ulrich Geiger, Universität Zürich

Mitglieder:

Benedikt Zäch, Konservator Münzkabinett
Hans-Markus von Kaenel, Universität Frankfurt
Hortensia von Roten,
Münzkabinett Schweiz. Landesmuseum
Andreas Zürcher, Kantonsarchäologe Zürich

Funktionsbewertungskommission

Präsident: Fritz Lang, Personalchef
Vizepräsident: Christian Suter, stv. Personalchef
Aktuarin: Yvonne Hörler, Personalamt

Mitglieder:

Verena Anliker, VPOD
Judith Bodmer, PVW
Helmut Pfeifer, PVW
Jorge Serra, VPOD
Alice Maltempi, Beauftragte für Gleichstellung

Ersatz:

Eugen Kindhauser, PVW
Marina Heusser, Beauftragte für Gleichstellung

2. Departement Finanzen**Schätzungskommission**

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Stellvertreter: Hans Hollenstein, Stadtrat
Aktuar: Erich Dürig, Liegenschaftenverwaltung

Mitglieder:

Walter Huber, Architekt HTL, Winterthur
Harri Marti, Liegenschaftenverwaltung
Heinrich Ott, Bauingenieur HTL, Winterthur
Walter Wittwer, Immobilienreuhänder, Winterthur

Landwirtschaftskommission

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Stellvertreter: Hans Hollenstein, Stadtrat
Aktuar: Ueli Gnehm, Liegenschaftenverwaltung

Mitglieder:

Markus Briner, Landwirt, Winterthur
Gert Brunner, Landwirt, Winterthur
Erich Dürig, Liegenschaftenverwaltung
Heinrich Egg, Landwirt, Sennhof
Hans-Rudolf Hofer, Landwirt, Winterthur
Hans Huber, Landwirt, Winterthur
Markus Moser, Landwirt, Winterthur
Rudolf Schütz, Landwirt, Rätterschen
Bruno Wehrli, Flurpolizei (bis Frühling 2003)
Adrian Buchli, Umweltpolizei (ab Frühling 2003)

Rebkommission

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Vizepräsident: Erich Dürig, Liegenschaftenverwaltung
Aktuar: Ueli Gnehm, Liegenschaftenverwaltung

Mitglieder:

Rudolf Kunz, Rebmeister,
Kant. Landwirtschaftliche Schule Weinland, Winterthur
Hans Schorr, Weinbau, Winterthur
Urs Schweingruber, Betriebsleiter Volg, Winterthur

3. Departement Sicherheit und Umwelt**Arbeitsmarktkommission**

Präsident: Hans Hollenstein, Stadtrat
Vizepräsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
Mitglied: Pearl Pedernana, Stadträtin

Mitglieder:

Peter Baltensberger,
Leiter Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte
Shirley Barnes, Leiterin Berufsberatung
Walter Nisple, Vorsteher Arbeitsamt
Ruedi Hofstetter, Leiter Sozialamt (bis 31.3. 03)
Silvia Schilter Gander, Leiterin Sozial- und Wirtschaftshilfe
Heinz Vogt, Leiter Reg. Arbeitsvermittlungszentrum
(bis 31.7.03)

Kommission für arbeitsmarktliche Massnahmen

Präsident: Hans Hollenstein, Stadtrat
 Vizepräsidentin: Pearl Pedergrana, Stadträtin
 Mitglied: Maja Ingold, Stadtrat

Die weiteren Mitglieder sind Vertreter von:

- Arbeitnehmerverbänden
- Arbeitgeberverbänden
- Kantonalen Amtsstellen
- Städtischen Amtsstellen

Tripartite Kommission des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums RAV Winterthur

Präsident: Walter Nisple, Arbeitsamt

Mitglieder:

3 VertreterInnen von Arbeitgeberorganisationen
 3 VertreterInnen von Arbeitnehmerorganisationen
 2 VertreterInnen der Gemeinden der RAV-Region

Fachkommission Umweltschutz und Energie

Präsident: Hans Hollenstein, Stadtrat^{*/**}
 Sekretär: Erik Schmausser, Beauftragter für Umweltschutz und Energie^{*/**}

Mitglieder:

Christian von Burg, Direktor Städtische Werke **
 Ulrich Dinkelacker, Leiter Fachstelle Energie **
 Thomas Engesser, Vorsteher Gesundheitsamt *
 Herbert Ernst, Verkehrsplanung *
 Ruedi Haller, Stadtplaner *
 Hans Peter Hulmann, Stadttingenieur *
 Ruedi Külling, Leiter Gas/Wasser *
 Beat Kunz, Forstmeister **
 Eugen Meile, Leiter FW/KVA/ARA/Energiecontracting */**
 Martin Rapold, Leiter Planung/Naturschutz*
 Fridolin Störi, Leiter Baupolizeiamt/Bausekretär*
 Paul Welti, Leiter Fachstelle Haustechnik**

* auch in Fachgruppe Umweltschutz

** auch in Fachgruppe Energie

4. Departement Schule und Sport

Sportkommission

Präsidentin: Pearl Pedergrana, Stadträtin

Mitglieder:

Hedi Strahm ***
 Oskar Denzler ***
 Edi Wettstein ***
 Emil Manser ***
 Kurt Hess
 Max Ladtmann *
 Niklaus Gugger ***
 Urs Wunderlin

* auf Vorschlag des Dachverbandes Sport Winterthur

** auf Vorschlag des Behindertensportes Winterthur

*** auf Vorschlag des Grossen Gemeinderates

5. Departement Soziales

Jugendkommission

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Pearl Pedergrana, Stadträtin
 Mitglieder: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Hans Hollenstein, Stadtrat
 Sekretär: Heinz Häusermann, Jugendsekretär

Mitglieder:

Shirley Barnes Städler, Leiterin Berufsvorbereitung
 Charles Baumann, Leiter Jugend- und Familienberatung
 Christine Gäumann, Co-Leiterin
 Medizinisch-therapeutische Behandlungseinrichtungen
 Verena Anliker, Leiterin Gesetzlicher Betreuungsdienst
 Walter Heim, Stadtpolizei
 Werner Heiz, Leiter Schulpsychologischer Dienst
 Rolf Heusser, Leiter Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen
 Lars Schädeli, Leiter Niederschwellige Einrichtungen
 Urs Wunderlin, Leiter Sportamt
 Markus Städler, Suchtprävention
 Brigitte Wiederkehr, Schulsekretärin

Drogenkommission

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Hans Hollenstein, Stadtrat

Mitglied:

Pearl Pedergrana, Stadträtin

weitere Mitglieder:

nach Bedarf aus Sozialamt, Polizeirichteramt, Bezirksanwaltschaft, Kantonspolizei und Bezirksgemeinden

Kommission der Öffentlichen Krankenkassen

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Aktuar: Jakob Bächtold, Verwalter OeKK
 Mitglieder:

Hanspeter Fisch, kaufm. Angestellter
 Christian Glaus, Arzt
 Yvonne Hörler, P+O
 Berta Jung-Koller, Sozialpädagogin
 Samuel Kägi, kaufm. Angestellter/Prokurist
 Karl Petermann, Informatik-Projektleiter

Schulkommission der Schule für Pflegeberufe

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin

Mitglieder:

Agi Haas, Leiterin Betreuung und Pflege, Wohn- und Alterszentrum Oberi
 Sibylle Kull, Ausbildungsverantwortliche
 Hanni Wipf-Stengele, Schulleiterin
 Peter Liggerstorfer, Arzt Adlergarten
 Marlies Walder, Berufs- und Laufbahnberaterin

6. Departement Technische Betriebe

Kommission «Förderung des öffentlichen Verkehrs»

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat

Mitglieder:

Urs Huber, Direktor WV
Kurt Schönauer, Betriebeskommission
Nina Dorizzi, Gemeinderätin
Ruth Kleiber, Gemeinderätin
Ursula Künsch, Gemeinderätin
Michael Künzle, Gemeinderat
Werner Steiner, Gemeinderat
Paul Wernli, Gemeinderat
Martin Stauber, Gemeinderat
Ueli Rüsch, Verkehrsplanung
Beat Kammermann, Leiter Verkehrstechnik und Logistik

Naturschutzkommission

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat

Aktuar: Martin Rapold, Stadtgärtnerei

Mitglieder:

Petra Ammann, Dipl. Natw. ETH
Ernst Bachmann, Landwirt
Urs Buchs, Ing. chem. HTL
Hermann Dähler, Stadtplanung
Jakob Forster, a. Seminarlehrer
Ulrich Gnehm, Liegenschaftenverwaltung
Beat Kunz, Forstmeister
Werner Rüeger, Landschaftsarchitekt BSLA
Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei

Grabmalkommission

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat

Aktuar: Kurt Burgunder, Stadtgärtnerei

Mitglieder:

Gregor Frehner, Bildhauer
Daniel Isler, Bildhauer
Daniel Schneller, Denkmalpflege
Walter Weiss, Künstlergruppe
Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei

Vertretungen der Stadt Winterthur in handelsrechtlichen Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen und Zweckverbänden (Stand 31.12.03)

Stiftungen

Stiftung Oskar Reinhart	Ernst Wohlwend	Verein Hülfe für ältere Arbeitsfähige	Reinhard Stahel
Stiftung Technorama	Ernst Wohlwend		Walter Nisple
Stiftung Jakob Briner	Martin Haas	Verein Aids-Informationsstelle	
Anlagestiftung Winterthur	Verena Gick	Winterthur	Hans Hollenstein
Stiftung Greater Zurich Area	Ernst Wohlwend	Verein für ein Studentenheim	
Wölfflin Stiftung Winterthur	Reinhard Stahel	Winterthur	Pearl Pedergrana
	Heinz Häusermann	Verein für Eheberatung Winterthur	Charles Baumann
Stiftung für Kleinsiedlungen	Reinhard Stahel		
	Walter Nisple	Heimverein Schulheim Elgg	Heinz Häusermann
Schweizerische Technische		Verein Familien- und Jugendhilfe	Heinz Häusermann
Fachschule	Pearl Pedergrana	Kunstverein Winterthur	Ernst Wohlwend
Modell Winterthur	Maja Ingold	Verein Frauenhaus Winterthur	Rosmarie Müller
Arnold Schenkel-Stiftung	Maja Ingold	Verein «Pro Kinderklinik»	
Ehret-Stiftung	Maja Ingold	Verein Fotomuseum Winterthur	Ernst Wohlwend
Brühlgut-Stiftung	vakant		
Hans Vogel-Stiftung	Maja Ingold		
Stiftung Altersheim St. Urban	Max Romann		
	Martin Hasenfratz		
Musikschule WIWA	Markus Wanner		
Stiftung Winterthur –			
La Chaux-de-Fonds	Hans Peter Haeberli		
	Elsbeth Leschke		
	Werner Wäckerli		
Pro Senectute Kanton Zürich	Ernst Schedler		
Stiftung Ober Halden	Maja Ingold		
Stiftung Internationales Baumarchiv	Ernst Wohlwend		

Genossenschaften

Genossenschaft für Alters- und			
Invalidenwohnungen	Verena Gick		
	Maja Ingold		
Saalbaugenossenschaft Oberwinterthur	Reinhard Stahel		
	Peter Barandun		
Genossenschaft Schwimmbad			
Oberwinterthur	Urs Wunderlin		
Genossenschaft Schwimmbad Töss	Urs Wunderlin		
Genossenschaft Schwimmbad Veltheim	Urs Wunderlin		
Genossenschaft Schwimmbad Wülflingen	Urs Wunderlin		
Strassen- und Kanalisationsgenossenschaft			
Weierhöhe, Winterthur-Seen	Max Reifler		
Genossenschaft Sportplatz			
Schützenwiese	Pearl Pedergrana		
	Urs Wunderlin		
Heimstättengenossenschaft	Peter Barandun		

Vereine

Trägerverein Villa Flora	Ernst Wohlwend		
Verein Stadtmarketing	Ernst Wohlwend		
Verein Musikkollegium Winterthur	Reinhard Stahel		
	Pearl Pedergrana		
		Interessengemeinschaft	
		Rettungsdienst Region Winterthur	Hans Hollenstein

Aktiengesellschaften

Technopark Winterthur AG	Ernst Wohlwend
Fortuna Obertor AG	Ernst Wohlwend
	Verena Gick
Sport- und Ausstellungshalle AG	Reinhard Stahel
	Pearl Pedergrana
Verwaltungsrat Eulachhallen AG	Pearl Pedergrana
	Samuel Schwitter
Parkhaus AG Winterthur	Hans Hollenstein
Erdgas Ostschweiz AG	Walter Bossert
Swisspower AG	Christian von Burg

Verkehrsverbund

Verkehrsrat	Walter Bossert
-------------	----------------

Zürcher Hochschule Winterthur

Schulrat	Ernst Wohlwend
----------	----------------

Zweckverbände

Regionalplanung Winterthur und Umgebung	Ausschussmitglieder:
	Ernst Wohlwend
	Reinhard Stahel

Delegierte:
Walter Bossert
Walter Baumann

Departements- und Bereichsleitungen

(Stichtag: 21. Januar 2004)

Stadtkanzlei

Stadtschreiber: Arthur Frauenfelder

Departement Kulturelles und Dienste

Stadtpräsident Ernst Wohlwend

Departementssekretariat

Markus Spring

Personalamt

Fritz Lang

Stadtarchiv

Alfred Bütikofer

Integration

Nadja Witzemann

Kulturelles

Walter Büechi

Stadtammann- und Betreibungsämter

Roland Isler

Friedensrichterämter

Regina Müller

Departement Finanzen

Stadträtin Verena Gick

Departementssekretariat

Riccarda Foi Masciadri

Finanzkontrolle

Walter Hubmann

Finanzamt

Peter Barandun

Steueramt

Christian Beusch

Liegenschaftenverwaltung

Erich Dürig

Informatikdienste

Walter Ruprecht

Departement Bau

Stadtrat Reinhard Stahel

Departementssekretariat

Lukas Mischler

Stadtplanungsamt

Rudolf Haller

Tiefbau

Hans Peter Hulmann

Hochbau

Alois Ulrich

Vermessungsamt

Daniel Kofmel

Baupolizeiamt

Fridolin Störi

Departement Sicherheit und Umwelt

Stadtrat Hans Hollenstein

Departementssekretariat

Mark Ulrich Bona

Stadtpolizei

Hans-Rudolf Eichenberger

Feuerwehr

Josef Baumgartner

Zivilschutzamt

Lorenz Huser

Gesundheitsamt

Thomas Engesser

Melde- und Zivilstandswesen

Esther Wertli

Arbeitsamt

Walter Nisple

Umweltschutzfachstelle

Erik Schmausser

Departement Schule und Sport

Stadträtin Pearl Pedernana

Departementsstab

Regula Forster Erzinger
Eva Schwarzenbach Heusser

Zentrale Dienste

Markus Wanner

Bildung

Brigitte Wiederkehr

Berufsbildung / MSW

Franz Trottmann

Sport

Urs Wunderlin

Departement Soziales

Stadträtin Maja Ingold

Departementssekretariat

Muriel Tinner

Vormundschaftsamt

Silvia Rey

Gesetzlicher Betreuungsdienst

Verena Anliker

Sozialamt

vakant

Alter und Pflege

Ernst Schedler

Departement Technische Betriebe

Stadtrat Walter Bossert

Departementssekretariat

Daniel Jeker

Städtische Werke

Christian von Burg

Verkehrsbetriebe

Urs Huber

Forstbetrieb

Beat Kunz

Stadtgärtnerei

Christian Wieland

Inhaltsverzeichnis

	Seite		Seite
Grosser Gemeinderat, Stadtrat, Stadtkanzlei	7	Departement Sicherheit und Umwelt	87
Der Grosse Gemeinderat	7	Umweltschutzfachstelle	89
Der Stadtrat	14	Polizeirichteramt	93
Stadtkanzlei	15	Stadtpolizei	94
		Feuerwehr	97
Departement Kulturelles und Dienste	19	Zivilschutz	99
Personalamt	21	Gesundheitsamt	102
Personalstatistik 2003	25	Melde- und Zivilstandswesen	105
Stadtammann-und Betreibungsämter	26	Arbeitsamt	106
Friedensrichteramt	27	Departement Schule und Sport	113
Stadtarchiv	28	Zentralschulpflege	114
Integration	29	Departementssekretariat	116
Kulturelles	31	Bereich Bildung	116
Museen und Sammlungen	31	Sonderpädagogik und Gesundheit	117
Kunst- und Kulturpflege	34	Kindergarten/Volksschule	123
Konzerte	35	Bereich Berufsbildung	126
Winterthur Tourismus und städtische Infostelle	35	Zentrale Dienste	129
Theater Winterthur am Stadtgarten	35	Materialverwaltung	130
Winterthurer Bibliotheken	36	Sportamt	131
Departement Finanzen	41	Departement Soziales	133
Finanzkontrolle	42	Vormundschaftsamt	136
Finanzamt	44	Sozialamt	139
Informatikdienste (IDW)	47	Jugendsekretariat	142
Steueramt	49	Asylkoordination	145
Liegenschaftenverwaltung	51	Medizinisch-therapeutische Behandlung	148
Liegenschaftenbestand	55	Alter und Pflege	153
Departement Bau	57	Departement Technische Betriebe	163
Departementssekretariat	58	Städtische Werke	165
Stadtplanungsamt	59	Elektrizität	165
Tiefbau	63	Erdgas	169
Abteilung Tiefbauten	63	Fernwärme	171
Strasseninspektorat	66	Wasser	172
Stadtentwässerung	69	Kehrichtverbrennungsanlage	175
Hochbau	71	Kläranlage Hard	176
Abteilung Denkmalpflege	71	Energie-Contracting	176
Hochbauten	75	Umweltrelevante Aktivitäten der StWW	177
Fachstelle Haustechnik	77	Verkehrsbetriebe	179
Gebäudeunterhalt	78	Forstbetrieb	181
Vermessungsamt	80	Stadtgärtnerei	185
Baupolizeiamt	82	Initiativen und parlamentarische Vorstösse	187
Bauinspektorat	82	Behördenverzeichnis	195
Rechtsdienst	83	Vertretungen in Gesellschaften, Stiftungen usw.	205
Feuerpolizei	84	Departements- und Bereichsleitungen	206
Fachstelle Energieberatung	85		